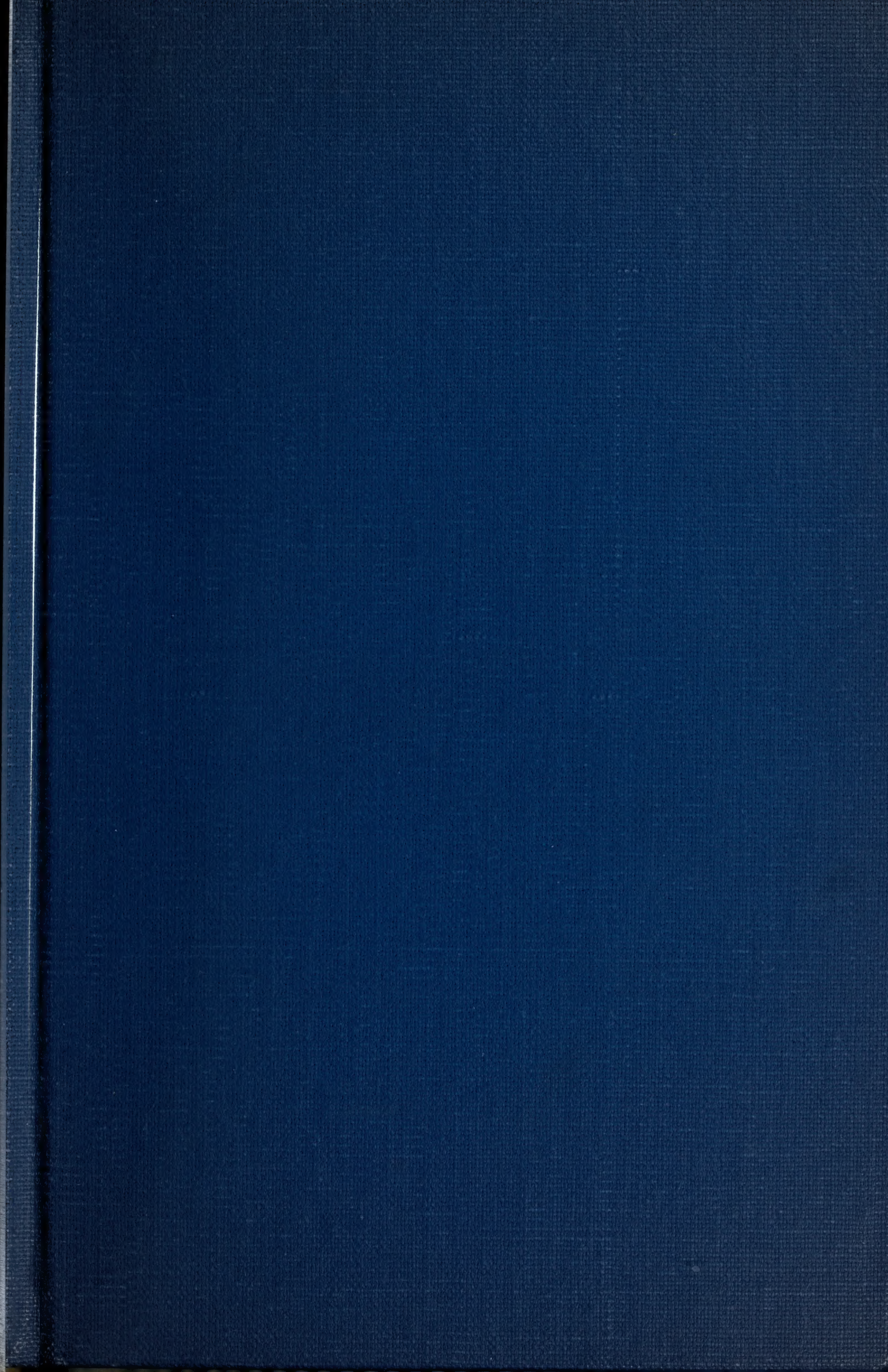
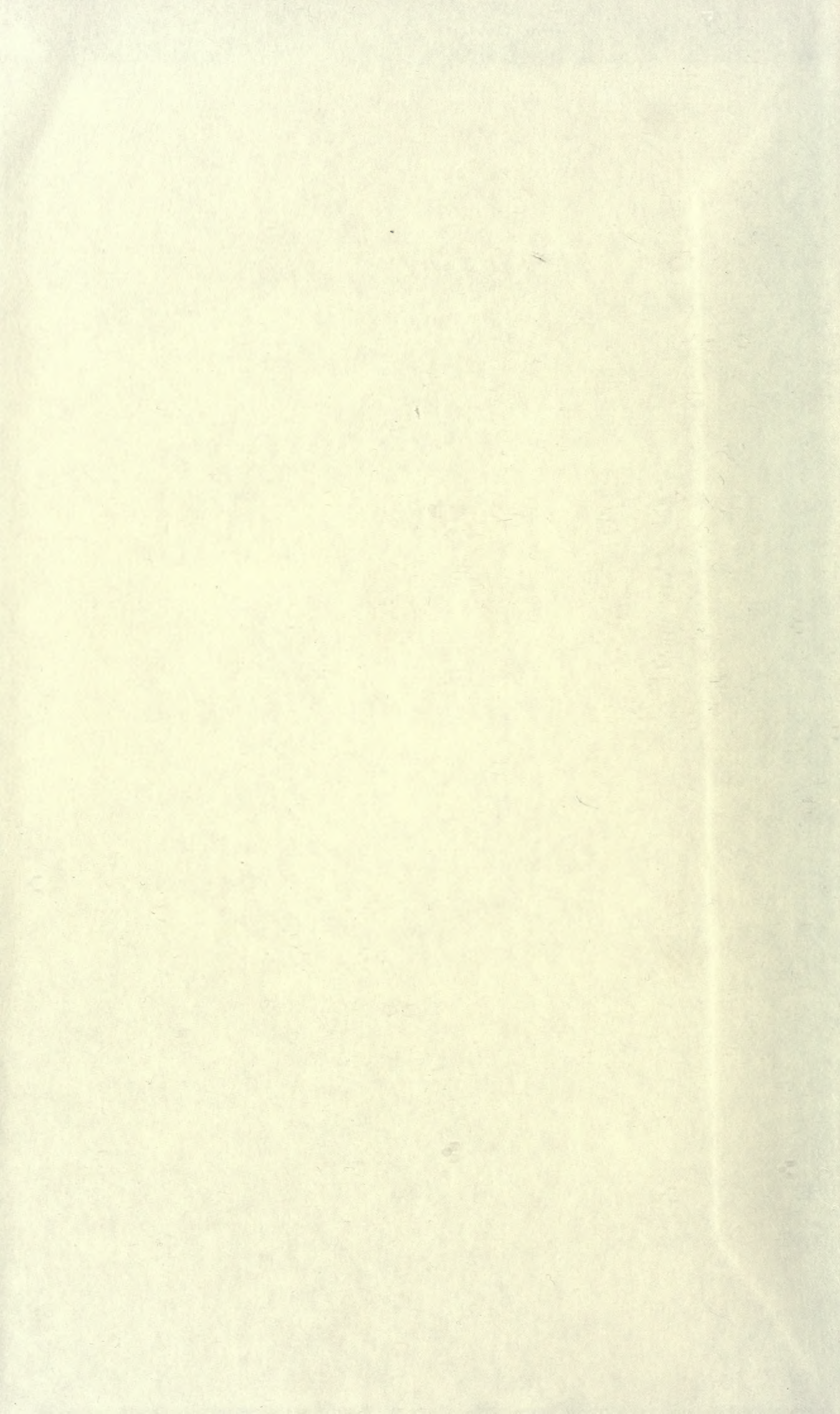
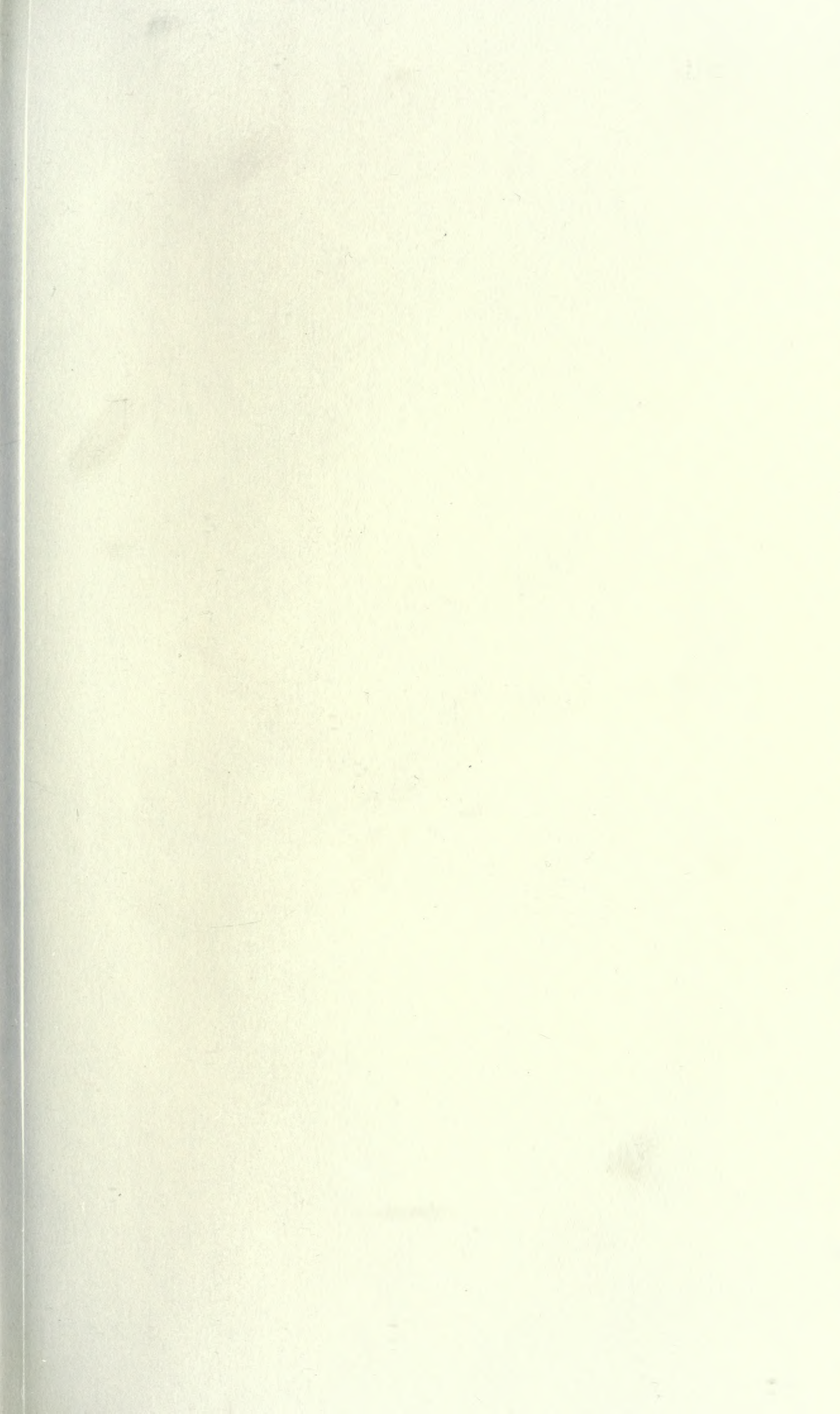
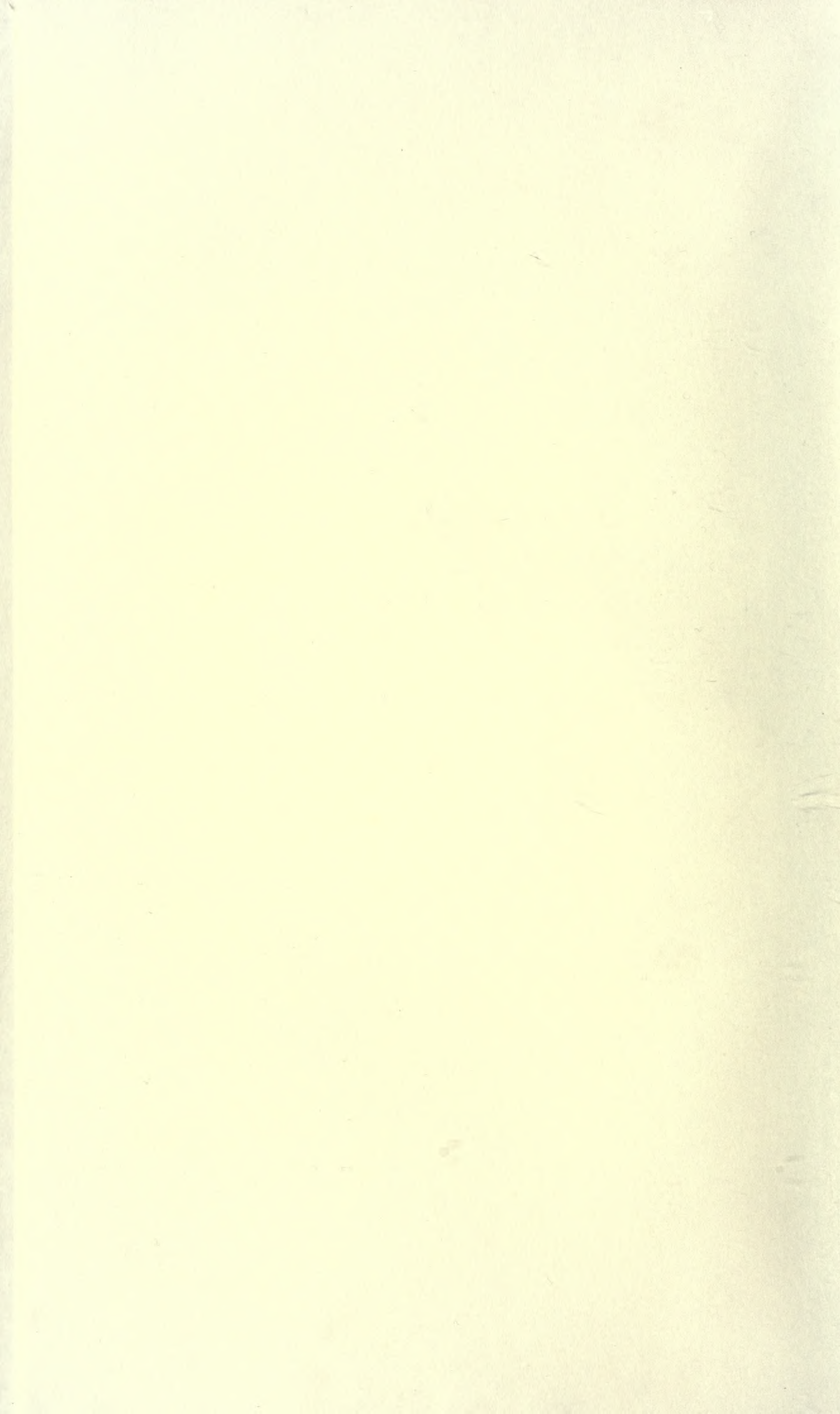
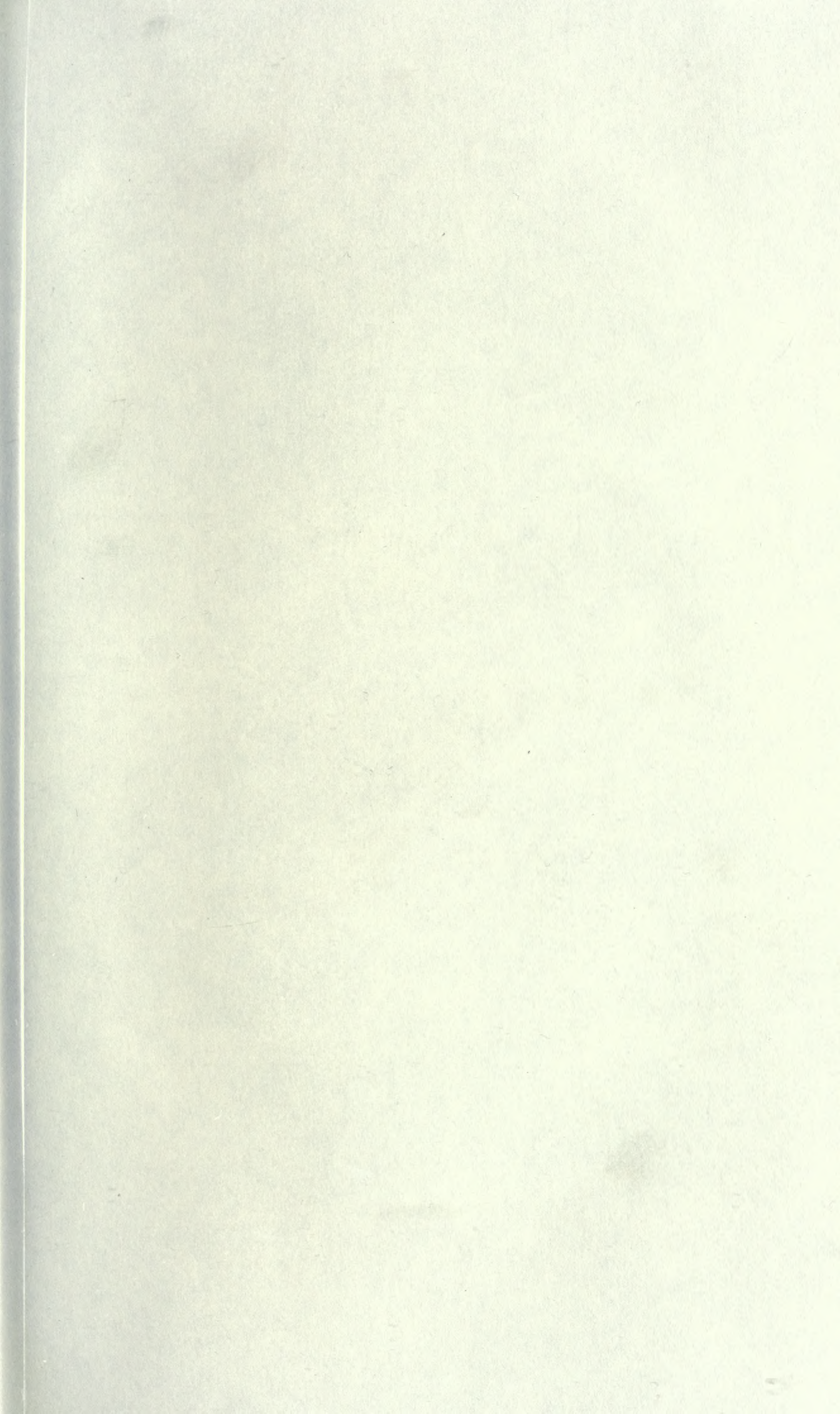












Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst

Im Auftrage des Prinzen
Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst
herausgegeben von Friedrich Curtius

Erster Band



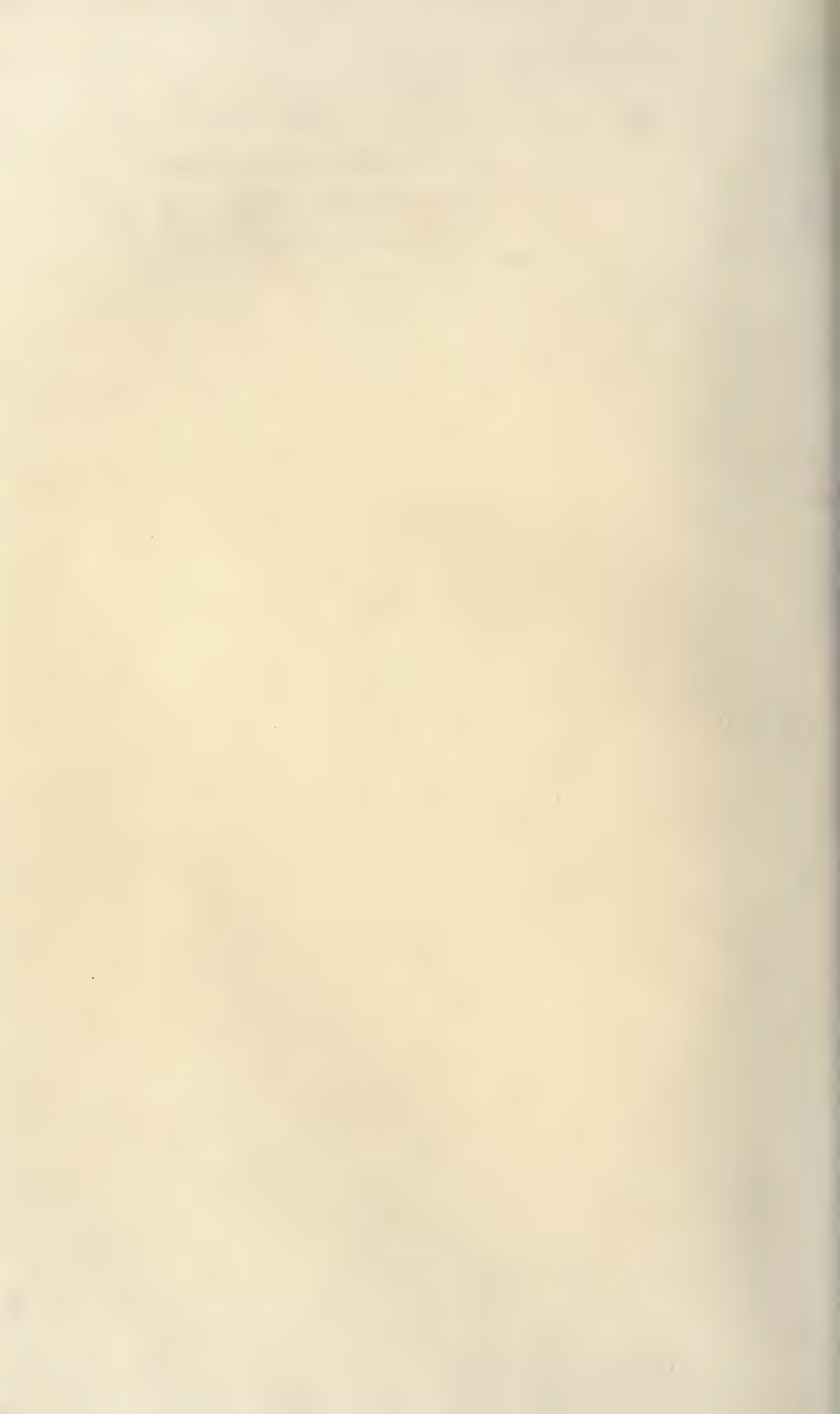
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

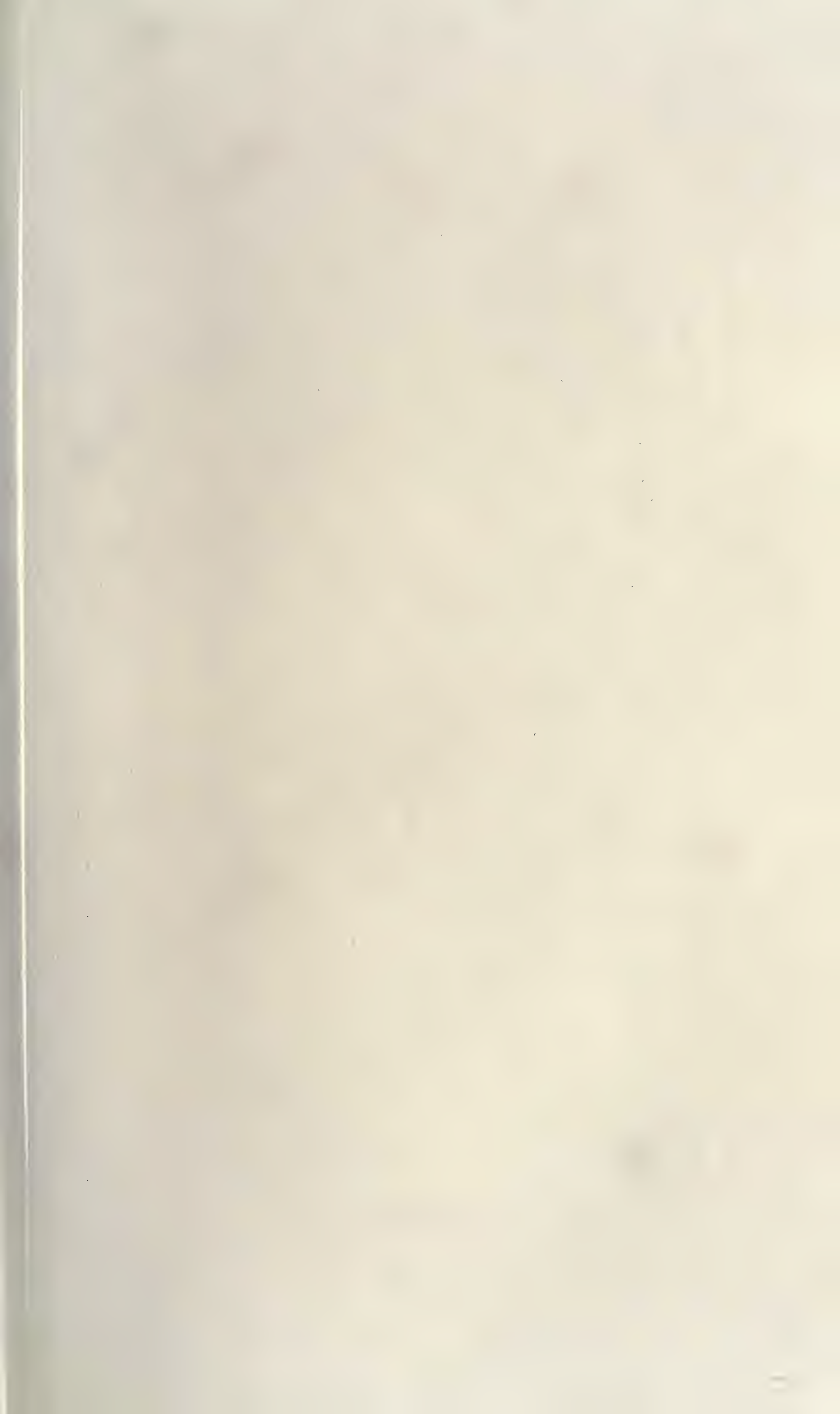






Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst







Fürst Chlodwig
zu Hohenlohe-Schillingsfürst
im Jahre 1846

Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst

Im Auftrage des
Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst
herausgegeben von Friedrich Curtius

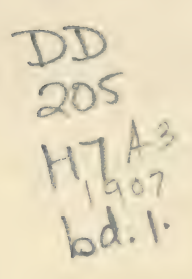
Erster Band

Mit zwei Bildnissen



Achtes Tausend

Stuttgart und Leipzig
Deutsche Verlags-Anstalt
1907



Published October 10, 1906
Privilege of Copyright in the United States reserved under the act approved March 3, 1905 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Papier und Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart



Vorwort des Herausgebers

Am 31. März 1901 feierte Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der im Herbst vorher das Amt des Reichskanzlers niedergelegt hatte, zu Colmar im Hause seines Sohnes seinen Geburtstag. Nach dem festlichen Mahle nahm er den Unterzeichneten beiseite und überraschte ihn durch die Frage: „Wollen Sie mir helfen, meine Memoiren zu schreiben?" An diese Frage knüpfte sich eine Unterredung, in welcher der Fürst mir aussprach, daß es sein Wunsch sei, den Rest seines Lebens dafür zu verwenden, seine schriftlichen Aufzeichnungen zu ordnen und deren Veröffentlichung vorzubereiten. Er wollte alle seine Papiere und Akten nach Schillingsfürst schaffen und lud mich ein, ihn im Laufe des Sommers auf einige Wochen dort zu besuchen. Da sollte das Material der Arbeit gesichtet und deren Plan festgestellt werden. Für den Fall seines Todes, sagte mir der Fürst, werde sein Sohn, Prinz Alexander, die Verfügung über seinen schriftlichen Nachlaß haben und in die Beziehungen zu mir, mit denen er einverstanden sei, eintreten. Die Entscheidung über Einzelheiten wurde auf weitere Besprechungen verschoben, die im Laufe des Sommers stattfinden sollten und die nicht mehr stattgefunden haben. Anfang Juli 1901 berührte der Fürst Colmar noch einmal, als ein Sterbender. Wenige Tage darauf endete sein Leben in Ragaz. So war es ihm nicht vergönnt, die letzte Arbeit, mit der er sein langes und arbeitsreiches Leben abschließen wollte, selbst anzugreifen. Für den Prinzen Alexander und für den Unterzeichneten ergab sich hieraus die Verpflichtung, den letzten Willen des Fürsten, soweit möglich, auszuführen. Freilich konnte nach dem Scheiden des Fürsten seine Absicht nur in unvollkommener Weise erfüllt werden. Er hatte gehofft, bei Durchsicht seiner Aufzeichnungen und Akten seine Erinnerungen zu beleben und so sein eigner Biograph zu werden. Nach seinem Scheiden kann es sich nur darum handeln, die hinterlassenen Aufzeichnungen, soweit sie zur Veröffentlichung geeignet sind, gemäß dem Willen des Entschlafenen weiteren Kreisen bekanntzumachen.

Seit dem Jahre 1866 hat der Fürst seine Erlebnisse und Eindrücke in fortlaufenden Aufzeichnungen, die er als sein „Journal" bezeichnete, niedergelegt. Die Mitteilungen dieses „Journals" werden ergänzt durch

Konzepte und Abschriften von Berichten und Briefen, die der Fürst ihres autobiographischen Wertes wegen für diesen Zweck zurückgelegt hatte. Wäre es dem Fürsten vergönnt gewesen, die Redaktion seiner Denkwürdigkeiten selbst zu leiten, so würde er vermutlich das Journal und diese Aktenstücke zu einer einheitlichen Darstellung verschmolzen haben. Da dies nicht geschehen ist, mußte der Herausgeber auf eine einheitliche Gestaltung verzichten. Denn es konnte ihm nicht in den Sinn kommen, den schriftlichen Nachlaß des Fürsten nur als Material für eine Biographie zu verwerten. Eine Biographie gibt immer das Bild einer Persönlichkeit, welches die Betrachtung ihres Wirkens in dem Geiste des Verfassers gestaltet hat. Selbst wenn ich mir daher die Fähigkeit zutraute, eine Biographie des Fürsten zu schreiben, so würde mich der von diesem empfangene Auftrag daran hindern. Denn dieser ging dahin, daß ich ihm helfen sollte, *seine* Memoiren zu schreiben. Die größte Zurückhaltung des Herausgebers war die Bedingung für die Erfüllung dieser Aufgabe. Hieraus erklärt sich die Form des vorliegenden Werks, welche dem, was der Fürst wünschte, so nahe kommt, als dies nach seinem Tode zu erreichen war. Der Leser steht nur dem Fürsten selbst gegenüber, er hört ihn reden oder betrachtet die urkundlichen Belege seines Wirkens. Nur was von tatsächlichen Notizen für das Verständnis des Gebotenen unentbehrlich schien, ist hinzugefügt worden.

Für die Zeit vor dem Beginn des Journals hat der Fürst nur Einzelaufzeichnungen über Reisen, politische Reflexionen und Beobachtungen hinterlassen. Ein in Koblenz im Jahre 1842 begonnenes Tagebuch gibt für die Vergangenheit nur einige Notizen, die zur Unterstützung des eignen Gedächtnisses bestimmt waren, und ist auch für die Folgezeit unvollständig. Zur Ergänzung konnten Briefe an die Mutter und an die Schwester, Prinzessin Amalie, benutzt werden. So ist es gelungen, auch für die Jugend des Fürsten eine Selbstdarstellung seiner Entwicklung zu gewinnen, für deren fragmentarischen Charakter die Authentizität des Gebotenen entschädigt.

Wertvolle Ergänzungen der eignen Aufzeichnungen des Fürsten boten dem Herausgeber Mitteilungen der verwitweten Prinzessin Konstantin zu Hohenlohe, geb. Prinzessin zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, und der überlebenden Schwester des Fürsten, Prinzessin Elise zu Salm-Horstmar. Dem gütigen Interesse beider hohen Frauen ist es zu danken, daß auch in den späteren Zeiten, in denen die eignen Aufzeichnungen des Fürsten sich wesentlich auf Politik beschränken, das persönliche Leben und allgemeinere Interessen nicht unberücksichtigt bleiben. Dies gilt besonders von den Mitteilungen der Frau Prinzessin zu Salm-Horstmar über die letzten Monate des Lebens.

Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen für die gnädige Erlaubnis zum Abdruck einiger an den Fürsten gerichteter Briefe, welche insbesondere die Kämpfe und Schwierigkeiten der Uebergangszeit von 1866 bis 1870 in lehrreichster Weise beleuchten und zugleich ein schönes Denkmal des rückhaltlosen Vertrauens sind, welches den Großherzog mit dem bayrischen Staatsmanne verband.

Für mannigfache Förderung der Arbeit durch Auskunft über bayrische Verhältnisse ist der Herausgeber seinem Freunde Freiherrn Julius von Freyberg in München zu warmem Danke verpflichtet. Ebenso Herrn Professor Friedrich in München, welcher die Redaktion der auf das Vatikanische Konzil bezüglichen Teile des Werks durch freundliche Mitteilungen und literarische Hinweise gefördert hat.

Straßburg, im Juli 1906.

Friedrich Curtius.

Inhalt des ersten Bandes

Illustrations-Beigaben:

Erstes Buch

Aus der Jugend

1819 bis 1847

Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst wurde am 31. März 1819 zu Rotenburg an der Fulda geboren.

Sein Vater, Franz Joseph, war am 26. November 1787 in Kupferzell geboren. Mit sieben Jahren wurde er mit seinem Bruder Albert einem Institut der Franziskaner in Parma zur Erziehung übergeben, von dem er keine freundlichen Erinnerungen mitnahm. Nach Vollendung seiner Erziehung in dem Theresianum zu Wien trat er in ein ungarisches Husarenregiment ein. 1804 vertauschte er den österreichischen Dienst mit dem preußischen und stand ein Jahr lang in einem Husarenregiment zu Ansbach, welches Prinz Solms, der Gemahl der Schwester der Königin Luise, späteren Königin Friederike von Hannover, kommandierte. Nach der Mediatisierung des Hohenloheschen Landes verließ er den Militärdienst. Sein älterer Bruder Karl, der Stifter der Linie Hohenlohe-Waldenburg, trat ihm im Jahre 1807 mit Zustimmung der Agnaten die Herrschaft Schillingsfürst ab. Er wurde erblicher Reichsrat und bayrischer Major. Sehr gegen seine Neigung und nur aus Liebe zu seiner Mutter hatte er der militärischen Tätigkeit entsagt. Die Verwaltung der wenig einträglichen und mit einer schweren Schuldenlast behafteten Herrschaft Schillingsfürst war eine undankbare Lebensaufgabe. Seit dem frühen Jünglingsalter liebte er die Prinzessin Konstanze zu Hohenlohe-Langenburg. Sieben Jahre lang hinderten die äußeren Verhältnisse die ersehnte Verbindung, bis die beiden Schwäger, der Landgraf Viktor Amadeus von Hessen-Rotenburg, welcher in zweiter Ehe mit der Prinzessin Elise von Hohenlohe-Langenburg, der Schwester der Prinzessin Konstanze, vermählt war, und Graf Moriz Fries, der Gemahl der Schwester des Fürsten, Prinzessin Therese, durch die Aussetzung eines Jahresgehalts die pekuniären Schwierigkeiten beseitigten. Am 30. März 1815 wurde die Ehe geschlossen, welche den Fürsten durch ein reiches Familienglück für den Verzicht auf militärische Erfolge entschädigen sollte. Das junge Paar lebte zuerst auf dem Gute des Grafen Fries in Vöslau bei Wien, dann abwechselnd in Schillingsfürst und Rotenburg. Der Landgraf nämlich, welcher kinderlos war, hatte die Söhne seines Schwagers zu Erben seines Allodialbesitzes ausersehen und wünschte an deren Erziehung teilzunehmen und sich ihrer hoffnungsvollen Entwicklung zu erfreuen. Die Hin- und Herreisen zwischen

Schillingsfürst und Rotenburg nahmen in den Jugenderinnerungen des Fürsten Chlodwig die erste Stelle ein.

Ueber den Charakter des Fürsten Franz schreibt seine älteste Tochter, die verewigte Fürstin Therese von Hohenlohe-Waldenburg: „Das Verlassen der militärischen Karriere trübte sein ganzes Leben. Er hatte überhaupt einen melancholischen Zug, dabei war er aber sehr witzig und konnte sehr heiter sein. Er war unendlich gütig, leutselig und liebenswürdig, und jedermann hatte ihn gern. Für Geschichte und Politik interessierte er sich lebhaft und sagte stets, er habe einen prophetischen Geist: es ist wahr, er hat manches vorausgesehen. Nur ungern entschloß er sich, sein ihm liebes, stilles Daheim in Schillingsfürst zu verlassen und fast alljährlich mit der großen Familie nach Hessen zu ziehen, aber er brachte, den Brüdern zuliebe, dem guten Onkel Viktor dieses Opfer. Auch den Aufenthalt in Corvey [1]) liebte er nicht sehr und sehnte sich stets nach Süddeutschland zurück." Zur Ergänzung dieser Charakteristik seien noch die Worte einer langjährigen Hausgenossin, der Erzieherin der Fürstin Therese, Frau Schneemann geb. Freiin von Etzdorff, angeführt. „Der Stern und die Leuchte seines Lebens," schreibt sie über den Fürsten Franz, „war die Liebe zu seiner Gattin. Deren hoher Geist, ihre Charakterstärke und ihre treue Liebe haben das höchste Verdienst. ‚Meine Frau trägt ihren Namen (Konstanze) mit Recht,' sagte er einst, da er ihre liebevolle und geduldige Pflege in einer längeren Krankheit lobte. Er hatte nicht viel studiert, aber instinktiv hatte er über viele Dinge ein besseres Urteil als mancher Gelehrte. Geschichte war ihm ein liebes Studium und erhielt sein Urteil klar und unparteiisch. Er hatte keine Standesvorurteile, ehrte die Arbeit und die braven, rechtschaffenen Menschen in jedem Lebensverhältnis. Die Josephinische Luft, welche damals die höheren Schichten, auch in Oesterreich, für eine Zeit wenigstens gereinigt hatte, hatte wohltätig auf ihn gewirkt. In guten Stunden war sein geistreicher Witz entzückend. Und nun sein Leben in der Familie! Dem Vaterlande konnte er in jener Zeit nichts sein, so ließ er im Hauche seiner Vaterliebe seine Kinder um sich herum erblühen. Viele Abende verlebte er in ihrem Kreise, und alle umfaßten ihn mit dem gleichen schrankenlosen Vertrauen. Die Fürstin war Aristokratin, aber ihr unerbittlicher Verstand ersparte ihr die Verirrungen, die andre sich zuschulden kommen lassen. Dazu kam die schöne Humanität und beider so aufgeklärte religiöse Ansichten, die allen ihren Handlungen den Stempel aufdrückten. Im wahren Sinne des Wortes waren beide edle Fürsten und waren es, weil sie edle Menschen waren."

Während die Söhne katholisch erzogen wurden, folgten die Töchter

---

[1]) Siehe Seite 4.

der Konfession der protestantischen Mutter. Religiöse Duldung war also die Grundlage und die Voraussetzung eines glücklichen Familienlebens, und die Tendenz, welche das politische Wirken des Fürsten Chlodwig beherrscht hat, war ein natürliches Ergebnis seiner Kindesliebe und seines innigen Verhältnisses zu den protestantischen Schwestern.

Den ersten Unterricht empfing der Knabe zusammen mit seinem am 10. Februar 1818 geborenen Bruder Viktor, dem späteren Herzog von Ratibor. Den ersten Bericht über das Leben und Lernen der Kinder gibt der folgende Brief der Mutter an eine Freundin:

Rotenburg, 13. Februar 1826.

... Chlodwig ist sehr witzig in seinen Lehrstunden und macht tausend Possen, die den Hofmeister ins Lachen bringen. Beide Buben lernen jetzt auch Klavier. Pater Ildephons gibt ihnen die Religionsstunden so außerordentlich gut und fängt es so gemütlich an, daß ich mich nicht genug darüber freuen kann ... Nachmittags war große Kindergesellschaft, wo denn eifrig Sprichwörter gespielt wurden, was überhaupt alle Sonntage geschieht. Unter anderm führten sie neulich auf ‚die Wurst nach der Speckseite werfen‘, da war Chlodwig die Speckseite und Philipp Ernst [1]) die Wurst, welche durch Otto Quessel mit solcher Gewalt gegen den Chlodwig geworfen wurde, daß die unglückliche Wurst auf dem Boden liegend in ein gräßliches Geschrei ausbrach. Chlodwig sollte neulich in der Geographie sagen, wie man diejenigen Personen nenne, welche die Aufsicht hätten, daß die Untertanen ihre Gesetze hielten. Da sagte er: ‚die Obertanen.‘ Gestern war hier Theater, nämlich eine Art Panorama, wo die Schlacht bei Leipzig vorgestellt wurde. Da deutete der Mann auf Figuren, welche die alliierten Mächte vorstellten, worauf Chlodwig sagte: ‚ich sehe ja keine Mägde.‘ Neulich sollte er sagen, wie viel die Hälfte von 10 sei, da sagte er 0, weil man einen Strich durch die 1/0 machen könne.

Von dem Winteraufenthalt in Rotenburg 1830 bis 1831 berichtet das Koblenzer Tagebuch: [2]) „zerrüttete Gesundheit des Körpers und Geistes. Schreckbilder."

Von 1832 bis 1833 besuchten die drei Prinzen Viktor, Chlodwig und Philipp Ernst das Gymnasium zu Ansbach. Im Sommer 1833 machte Chlodwig das Scharlachfieber durch, und auch für den Herbst 1833 ist in dem Tagebuch wieder „Krankheit" notiert.

Im Oktober 1833 wurden Viktor und Chlodwig in die Tertia des Gymnasiums zu Erfurt aufgenommen. „Freudloses und freundloses Leben,"

---

[1]) Der dritte der Brüder, geboren am 24. Mai 1820.

[2]) Siehe die Vorrede.

so charakterisiert das Tagebuch die Erfurter Anfänge. 1834 rückte der Prinz nach Sekunda auf. Im Herbst dieses Jahres heißt es: „Ankunft der ganzen Familie auf dem Neuerbe. Allgemeine Krankheit." Am 12. November 1834 war nämlich der Landgraf Viktor Amadeus gestorben und hatte seinen Allodialbesitz, das Herzogtum Ratibor in Schlesien, das Fürstentum Corvey in Westfalen und die Herrschaft Treffurt im Regierungsbezirk Erfurt seinen Neffen, den Prinzen Viktor und Chlodwig, hinterlassen. Corvey wurde seit dieser Zeit der regelmäßige Aufenthalt der Familie.

Aus dem Sommer 1835 stammt der erste uns erhaltene Brief des Prinzen. Er ist auf einer Fußreise durch den Harz geschrieben und vom Brockenhaus, 12. Juni 1835, datiert. Der Brief schildert den Weg durch das „romantisch fürchterlich schöne Bodetal" und berichtet mit Genugtuung von den Ergebnissen botanischer Bemühungen. Auf dem Brocken hat er „Trientalis Europaea" und „Brockenmyrthe" gefunden.

Die Sommerferien verlebte die Familie wieder in Corvey, von wo mit dem Bückeburger Hofe Verkehr gepflegt wurde. Ueber das gesellige Leben während der Schulzeit berichtet der folgende Brief an die Schwester Amalie,[1]) die, anderthalb Jahre jünger als der Prinz, als dieser zum Jünglinge heranreifte, immer mehr seine vertraute Freundin wurde.

Erfurt, 3. März 1836.

... Gestern Abend waren wir beim Kreisphysiko, wo wir uns sehr gut unterhalten haben, obgleich die Gesellschaft nicht sehr zahlreich war. Zuerst wurden Charaden aufgeführt und dann nach dem Klavier getanzt, das Herr Golde spielte. Heute abend werden wir auf einige Stunden auf den Kasinoball gehen, da wir hin müssen, weil es schon der zweite ist, zu dem wir geladen sind und wir den ersten nicht besuchten ...

Ketschau hat uns gestern ein sehr schönes, selbstkomponiertes Lied für Baßstimme mitgebracht, wir studieren es jetzt ein, und es wird Euch gewiß sehr gefallen. Gustels[2]) neues Klavier ist vortrefflich und hat, wie Ketschau sagt, einen besseren Ton als das in Corvey; Gustel spielt auch sehr eifrig darauf.

Noch vergaß ich Dir zu schreiben, daß wir neulich in Weimar uns sehr gut unterhalten haben. Es wurde eine neue Oper von Auber gegeben, ‚Die Ballnacht', mit ungeheuerm Pomp. Von der Musik weiß ich nichts mehr, denn der Großherzog,[3]) neben dem ich saß, sprach fast immer mit mir. Die Herrschaften in Weimar sind doch unmäßig artig. Auf

---

[1]) Geboren am 31. August 1821.

[2]) Der spätere Kardinal, geboren am 26. Februar 1823, welcher wie Prinz Philipp Ernst ebenfalls das Gymnasium zu Erfurt besuchte.

[3]) Karl Friedrich (1828 bis 1853).

nächsten Sonntag haben sie uns zum Konzert eingeladen, natürlich gehen wir nicht hin. Auch von einem Hofball sprach der Großherzog.

Mündlich haben wir uns viel zu erzählen, und ich sehe auch mit Freuden den Osterferien entgegen. Indem ich alles grüßen, küssen und empfehlen lasse, bin ich Dein Dich herzlich liebender und sich freuender Chlodwig.

Im Herbst 1836 notiert das Tagebuch: „Schrecken vor dem Abiturientenexamen. Einsame Spazierritte."

Auf das Gesuch des Fürsten Franz Joseph genehmigte der Minister Altenstein durch Erlaß vom 28. April 1837, daß die Prinzen Viktor und Chlodwig ausnahmsweise schon nach einem Besuch der Prima von etwas mehr als einem Jahre zur Abiturientenprüfung zugelassen wurden. Ueber den glücklichen Ausgang der Prüfung berichtet der folgende Brief an die Schwester:

Erfurt, 1. Juni 1837.

Heute der letzte Brief aus Erfurt, vielleicht sind wir früher da als er. Heute Morgen ist nämlich das Examen abgemacht worden. Denke dir, von 8 bis 1 Uhr mußten wir herhalten, um auf den Zahn gefühlt zu werden. Wir sind, wie natürlich, nicht unzufrieden mit der Beendigung dieser Geschichte, teils weil gewiß jeder gern ein Examen im Rücken hat, teils weil die Abreise uns mit Freude erfüllt. Wir haben das Zeugnis noch nicht. Der Landrat Türk (Prüfungskommissar) erklärte uns aber am Schlusse dieses Aktes für vollkommen reif. Frei sind wir jetzt auch von Sorgen, daher auch mehr in Corvey bei Euch als hier. Es wird sehr fleißig eingepackt und, wie man zu sagen pflegt, ‚rumort'. Visiten werden wir morgen machen, ein Schock ungefähr. Es hat doch immer etwas Wehmütiges, von Menschen sich zu trennen, mit welchen man drei Jahre zusammen gelebt hat. Doch die Hoffnung besiegt das Unangenehme der Gegenwart, die Hoffnung des Wiedersehens alles . . .

Am 3. Juni fand die feierliche Entlassung der Prinzen statt. In seiner Abschiedsrede sagte der Direktor Straß: „Es ist der Triumph des Jahrhunderts und der Wissenschaften, daß deutsche Fürstensöhne, weit entfernt, nur die Verdienste großer Ahnen statt eignen Werts für sich geltend machen zu wollen, durch rastloses Streben nach eignem wahren Wert sich ihrer Ahnen würdig zeigen und dem Neid und der Scheelsucht jeden Vorwand rauben, ihnen die Anerkennung zu versagen, die sie mit verstärktem Rechte fordern können. Indem sie mit jedem in die Schranken treten, der nur durch sich selbst, durch das, was er selbst ist, Beachtung gewinnen kann, beschämen sie nicht nur die geldstolze Trägheit, die vornehm sich spreizende Leerheit, die anmaßende Unwissenheit, die sich vordrängende Roheit, die ränkevolle, schleichende Heuchelei, sondern erwerben selbst einen höheren Rang unter den ihnen Ebenbürtigen."

Das Zeugnis der Reife des Prinzen Chlodwig rühmt sein sittliches Verhalten, seine Anlagen und seinen Fleiß: „Stets durch sittlichen Ernst und Anstand ausgezeichnet und mit echtem Ehrgefühl bemüht, in jeder Beziehung tadelfrei zu sein und durch inneren Wert zu gelten, behauptete sich derselbe unausgesetzt in der aufrichtigen Achtung seiner bisherigen Kommilitonen und in der herzlichen Zuneigung sämtlicher Lehrer. Die guten Anlagen des Prinzen, früh geweckt und entwickelt, fanden in den Wissenschaften eine anziehende Beschäftigung. Aufmerksamkeit und rege Teilnahme an allen Gegenständen des Unterrichts war stets sichtbar und wurde durch anhaltenden Fleiß in den Aufgaben und durch vielfache Privatarbeiten bewiesen." Bei Beurteilung der Leistungen des Prinzen in den einzelnen Fächern wird besonders im Deutschen seine „Gewandtheit, die Aufgaben zu durchdringen und logisch zu ordnen", gerühmt. „Er schreibt," heißt es weiter, „korrekt und fließend und entwickelt in poetischen Versuchen viel Lebhaftigkeit und Phantasie."

Am 23. Juni wurde der Prinz in Göttingen immatrikuliert und hörte noch in diesem Sommer Institutionen bei Mühlenbruch. Im September wurde von Corvey aus eine Reise über Driburg nach Paderborn, Iserlohn, Barmen und Elberfeld, Köln, Bonn und Neuwied ausgeführt. Das noch vorhandene Tagebuch dieser Reise enthält heitere und lebendige Schilderungen und zeugt von der regen Wißbegierde des jungen Reisenden. Im Winter 1837/38 hörte der Prinz Pandekten bei Mühlenbruch „ohne Verstand", wie das Tagebuch berichtet, außerdem Logik und Einleitung in die Philosophie bei Herbart.

Von den Osterferien in Corvey meldet das Tagebuch nur: „Sentimental. Schöner April. Lektüre des Werther."

Das Sommersemester 1838 studierte der Prinz in Bonn. Das Tagebuch nennt die Standesgenossen unter den Kommilitonen: den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, die Prinzen von Schaumburg-Lippe, von Löwenstein, den späteren Herzog Ernst II. von Sachsen und dessen Bruder, den Prinzen Albert, späteren Gemahl der Königin Viktoria.

Ueber das gesellige Leben in Bonn berichtet ein Brief an die Prinzessin Amalie:

Bonn, 20. Juli 1838.

... Unsre hiesige Lebensweise ist in Studien und Vergnügungen genau geteilt. Einen Brief hatte ich an dich zu schreiben begonnen, dessen Ende der bückeburgische Besuch verhinderte. Wir wurden nach Godesberg eingeladen, wo unser ein splendides Diner harrte. Der Fürst war sehr freundlich, die Fürstin auch, jedoch schien sie mir noch mehr zu spähen denn ehemals; sei dies nun, weil sie uns nicht recht traute, oder um zu untersuchen, welche von den acht Prinzen gute Ehemänner für ihre Töchter

sein könnten. Ich konnte nicht das Glück haben, lange mit ihr zu sprechen, da ich nicht oft neben sie zu sitzen kam. Den Abend ward auf die Ruine Godesberg gestiegen, wo ein alter Graf Beust den Grafen Erbach zur allgemeinen Belustigung eine Weinbergsmauer hinunterredete. Beide waren nämlich so tief im Gespräch versunken, daß sie nicht merkten, wie sie sich dem Abgrund näherten, bis Erbach unten lag, natürlich ohne sich zu beschädigen. Den folgenden Tag war ein Diner von Professoren bei dem Fürsten, dem wir nicht beiwohnten. Nachmittags machten wir mit der fürstlichen Familie eine Partie auf die Rosenburg, den Kreuzberg und tranken in Godesberg Tee. Wo man sich denn allerseits empfahl. Die Prinzessin Mathilde[1]) sieht sehr wohl aus.

Am Montag kommt der Herzog von Koburg,[2]) von England zurückkehrend, hierher ... Du siehst, es geht hier ziemlich bunt zu. Wir sammeln für die Zukunft Samen, der nützliche Früchte bringen wird.

Unsre Schwimmübungen von 1 bis 3 Uhr jeden Tag sind höchst angenehm. Die Gesellschaft — der Erbprinz, der Prinz von Koburg, Prinz von Löwenstein, Erbach und wir — ist immer sehr vergnügt und laut. Einen Kahn haben wir uns zurechtmachen lassen, auf dem sämtliche Fahnen wehen, in welchem wir uns selbst rudern.

Mit Beginn der Ferien 1838 trat der Prinz mit seinen Brüdern Viktor und Philipp Ernst eine Schweizer Reise an. Die Reisenden fuhren den Rhein hinauf nach Mannheim und Leopoldshafen. Dort wurde das Dampfschiff verlassen. Die Reise ging nun über Karlsruhe, Baden, Freiburg, durch das Höllental nach Schaffhausen, Zürich, Zug, über den Rigi nach Luzern, Langnau, Bern, schließlich über Lausanne nach Genf, wo im Hotel des Bergues abgestiegen wurde. Nach einem Ausfluge nach Chamonix ließ man sich zum Zwecke französischer Studien in Plongeon bei Genf nieder. Der Aufenthalt scheint nicht ausschließlich für Bildungszwecke benutzt worden zu sein, denn das Tagebuch meldet: „Torheiten, schöne Abende, Erinnerungen! Philipp Ernst und ich im Kastanienschatten sorgenvoll. Miß Jones."

Im November verlegten die Prinzen ihren Aufenthalt nach Lausanne, wo zuerst, vermutlich mit Bezug auf die anmutigen Erlebnisse in Plongeon, „traurige Tage" notiert werden. Ein Brief an die Schwester vom 18. Dezember ist in französischer Sprache geschrieben und bekundet den Fleiß und das eifrige Bildungsstreben des Prinzen. Von der waadtländischen Aristokratie, welche die deutschen Prinzen mit Zuvorkommenheit aufnahm, werden M. de Blonay, Mesdemoiselles de Seigneur und Madame

---

[1]) Spätere Herzogin von Württemberg (1818 bis 1891).

[2]) Ernst I. (1784 bis 1844).

de Gingins genannt, ferner der Baron de Chavette, dessen Gattin eine Tochter des Duc de Berry war. Vorlesungen in der Akademie werden gehört und die Sitzungen der waadtländischen Volksvertretung fleißig besucht. Um 12 Uhr pflegt der Prinz „allein spazieren zu gehen und seinen Gedanken Audienz zu geben, die teils in Erinnerungen, teils in Plänen, teils auch in soi-disant philosophischen, wenn nicht misanthropischen oder philanthropischen Reflexionen bestehen". Sieben junge Leute in der Pension, außer den drei Prinzen zwei Kantakuzenes, ein Holländer und ein Schweizer, vereinigen sich zu einer Gesellschaft, die einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und einen Sekretär hat und in französischer Sprache über politische Gegenstände disputiert. „Wir streiten gewöhnlich," heißt es in einem Briefe an die Prinzessin Amalie vom 15. Januar 1839, „über Politik. Da wird denn der Streit zuweilen so stark, daß alle blaß, grün und rot werden. Wir verteidigen unsre Sache, sie als Liberale die ihrige. Nachher ist aber alles beim alten. Jeder bleibt bei seiner Meinung. Wir sind jetzt sehr oft im Grand Conseil du Canton de Vaud gewesen, der legislativen Versammlung. Da kommt oft grauenhaftes Zeug zutage, sowohl in politischer als in logischer Hinsicht. Denn das hiesige Bauernvolk hat einen gewissen gebildeten Anstrich, der aber schlimmer ist als keine Bildung. Ihre Kultur ist nur Farbe. Dann brüsten sich aber diese Kerle mit ihrer Weisheit, rühmen ihre schöne Republik u. s. w. Ich bin nie mehr Monarchist und Aristokrat gewesen als hier in dieser Republik. Ich hasse jetzt mehr als jemals die Radikalen, da ich mehr als je hinter die Kulissen gesehen und ihre eigentlichen egoistischen Pläne erkannt habe. Uebrigens muß man auch vielen von den Leuten Gerechtigkeit widerfahren lassen, wie z. B. dem Professor Monnard, dessen Namen Du vielleicht in der Zeitung gelesen hast. Er ist zwar als Radikaler verschrien, aber nur ein ganz einfacher Republikaner, und das muß er auch in einer Republik sein. Er ist ein sehr edler, mutiger Mann und der beste Redner im Grand Conseil. Es ist sehr interessant für uns, diese für uns neue Verfassung genau kennen zu lernen.

Du kannst Dir nicht denken, wie angenehm es ist, in der Gesellschaft Französisch zu sprechen. Jetzt, da ich etwas Geläufigkeit habe, finde ich immer mehr, daß die französische Sprache dazu geschaffen ist. Man kann den ganzen Abend sprechen und hat dann doch nichts gesagt. Mehrere Franzosen sind indessen hier, von denen man bisweilen interessante Dinge erzählen hört, wie z. B. der bekannte Karlist Chavette, ein höchst liebenswürdiger Mann."

Vom 5. März bis 29. April machten die Prinzen eine Reise nach Italien, die sie bis Neapel führte. In Rom trafen sie mit dem Prinzen Albert von Koburg zusammen.

Im Mai 1839 wurde die Universität Heidelberg bezogen. Unter den Kommilitonen nennt das Tagebuch den Fürsten Karl Egon von Fürstenberg (geboren 4. März 1820), den Grafen Erbach-Erbach (geboren 27. November 1818), ferner die Badenser Marschall, Dusch und Sternberg. Die Briefe an die Schwester bezeugen den großen Fleiß des Prinzen. Jeden Morgen von 5 bis 10 Uhr wird gearbeitet, dann beginnen die Vorlesungen,[1]) und erst die Abendstunden sind der Erholung gewidmet.

Heidelberg, 30. Juni 1839.

. . . Die Auditorien boten bei der Hitze ein herrliches Schauspiel dar, alle Studenten zogen ihre Röcke aus, was hier Mode ist. Mir war das sehr fatal, da alle diese sonst weiß gewesenen Hemdärmel die frühere Weißheit nur erraten ließen, auch übrige Folgen daraus sich einstellten.

Jetzt wird hier tüchtig studiert, Partien werden wenig gemacht, mit Ausnahme einiger abendlicher Spazierritte mit Fürstenberg und Erbach, oder einiger Spaziergänge, die ich mit Sternberg und einem Herrn Uhde aus Dresden mache. Dieser letztere, ein Freund von Sternberg, ist sehr gescheit und angenehm. Diese Spaziergänge ziehe ich allen Partien vor. Besonders großen, zahlreichen Spazierritten, für welche Erbach eine große Rage hat, wobei er dann gewöhnlich zu fünfen in einer Reihe durch die Straße reiten will.

An die Mutter.

Heidelberg, 5. August 1839.

. . . Prinz Wilhelm von Preußen (Sohn Seiner Majestät), welcher den Nachmittag in Heidelberg erwartet wurde, kam erst um 11 Uhr des Abends. Wir konnten also nicht daran denken, ihm dann noch Visite zu machen. Heut erfuhren wir, daß er noch bis ½12 Uhr bliebe. Wir machten also (Viktor und ich) unsre Visite heute ab. Wir wurden sehr freundlich empfangen. Er erkundigte sich, wie lange unsre Studien noch dauern würden ꝛc. . . . Es freute ihn wahrscheinlich auch, daß wir uns nach seinem Befinden erkundigten, welches wirklich sehr schlecht gewesen sein soll. Zum Abschied wünschte er uns, indem er uns die Hand drückte, wir möchten noch recht gut studieren, damit wir desto besser praktisch wirken könnten. Ein Wunsch, welcher mich persönlich sehr rassüriert über

---

[1]) Der Prinz hörte im Sommer 1839 Lehnrecht, allgemeines europäisches Völkerrecht und allgemeines und deutsches Staatsrecht bei Zachariä, Kriminalrecht bei Zöpfl, Psychologie und Goethes Faust bei Reichlin-Meldegg, im Winter 1839 bis 1840 deutsches Staatsrecht bei Morstadt, katholisches und protestantisches Kirchenrecht bei Zachariä, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte bei Zöpfl und bei Reichlin-Meldegg über die philosophischen Systeme Kants, Fichtes, Schellings und Hegels.

meine künftigen Zivilpläne, da er doch voraussetzen muß, man tritt in den Zivildienst, wenn er einen guten Fortgang der juristischen Studien (diese hatte ich vorher angeführt) wünscht. Auch scheint es folglich gar nicht aufzufallen, daß wir so lange nicht in Berlin gewesen sind. Man setzt voraus, daß wir erst etwas lernen, ehe wir uns präsentieren. Freilich sind das alles Fiktionen, aber es läßt sich doch so manches aus der Art und Weise der Unterhaltung schließen.

Nachdem die Ferien in Corvey im Familienkreise fröhlich verlebt waren,[1]) wurden die Studien in Heidelberg wieder aufgenommen und auch in der Weihnachtszeit nicht unterbrochen. „Stille Weihnachten" meldet das Tagebuch. Am ersten Weihnachtstage schreibt der Prinz seiner Schwester:

„Ich lese jetzt Müllers Briefe an Bonstetten. Es ist nichts, was einen gewöhnlichen Menschen so erhebt, als zu sehen, wie große Männer, leuchtende Phänomene der Geisterwelt, durch ihre eignen Anstrengungen, freilich begünstigt durch Genie, zu einer Höhe gelangt sind, an der wir andern armen Erdenbürger hinaufschauen. Ich habe den Thomas a Kempis lateinisch bekommen. Eine ganz andre Sache. Herrliche Kraftsprache, die im Deutschen übersetzt immer etwas undeutsch wird. Auch kann man den Sinn nur da recht erfassen."

Heidelberg, 25. Januar 1840.

Unser Leben ist von mancherlei Kurzweil verschiedener Abendbelustigungen durchflochten, die weniges zum Studium der ernsten Rechtswissenschaft, weniges zum Studium der Menschen, deren Studium umsonst ist, gar nichts zum Vergnügen beitragen. Doch darf ich nicht ungerecht sein. Vor einigen Tagen habe ich mich mit Philipp Ernst sehr gut unterhalten bei Graf Rantzau, der einen niedlichen Lesezirkel hat, wo Rollen verteilt sind und danach Trauerspiele gelesen werden. Den Abend wurde der ‚Kaufmann von Venedig' gelesen. Wir beide hatten auch Rollen. Man unterhielt sich allgemein sehr gut.

Wir sind in einem Entzücken über den freundlichen Brief, den uns Prinz Albert auf die ihm geschriebenen Glückwünsche[2]) hat zukommen

---

[1]) „Wie schön war es," schreibt die überlebende Schwester des Fürsten, Prinzessin zu Salm-Horstmar, „wenn die Brüder in den Ferien von der Universität nach Hause kamen und in das große Schloß in Corvey Leben brachten. In dem herrlich großen Zimmer saß meine Schwester Amalie am Klavier und begleitete meinen Bruder Chlodwig, der einen schönen Bariton hatte, oder sie sangen auch Duette. Als kleines Kind sah ich bewundernd zu den Geschwistern auf. Oder meine Schwester spielte auf der Harfe und sang dazu. Die andern Brüder zeichneten viel, besonders Philipp Ernst, dem ein so kurzes Leben beschieden war."

[2]) Zu seiner Verlobung mit der Königin Viktoria.

lassen. Ein wahrhaft herzlicher, freundschaftlicher Brief. Auf einen Ball, der nächstens bei dem Großherzoge [1]) sein wird in Mannheim, freue ich mich. Ich habe nun einmal die Manie, großstädtisches Wesen dem kleinstädtischen vorzuziehen, wenn auch beides auf dieselben Resultate hinausläuft. Die Soireen, die der Graf Rantzau bisweilen veranstaltet, haben außer dem, daß man sich daselbst amüsiert, noch den Vorteil, daß sie an die Stelle des ekelhaften Teeschlappertons und der médisances männlicher und weiblicher Kaffeeschwestern eine vernünftige Konversation setzen und so vor dem horreur aller horreurs, den Abgeschmacktheiten einer Teegesellschaft, wahren. Freilich il faut savoir s'ennuyer avec grâce! bien! mais je n'ai pas le temps de m'ennuyer. Auf der andern Seite muß ich freilich zugestehen, daß man sich nicht so unbedingt über langweilige Gesellschaft erheben soll. Großenteils sind wir selbst schuld, wenn wir uns langweilen. Es gibt in jeder Gesellschaft ein interessantes Element, welches nur aufgefunden und zutage gefördert werden muß. Wer sich langweilt, messe die Schuld sich selbst zu und packe die Sache so an, daß sie ihn nicht langweile. So saß ich neulich bei einem Souper neben einer jungen polnischen Gräfin. Sie gilt für sehr einsilbig und ist es auch gewöhnlich. Mein guter Genius indessen führte mich auf einen Konversationsbeginn, der das angenehme Resultat hatte, den wahrhaft lebendigen Geist und das elegante Französisch meiner sonst so einsilbigen Dame bewundern zu können. So ist jeder selbst schuld, wenn er sich langweilt. Bei Leuten freilich, die keinen tiefen Geist und keine elegante Sprache aufzuweisen haben, muß man sich begnügen, deren Charakter zu sondieren, deren Dummheit zu vergleichen mit der unsrigen, was mich oft zu angenehmen, oft zu traurigen Resultaten führt, man muß sich begnügen, Psycholog zu sein, d. h. Geisteskräfte-Erforscher. Denn nur bei diesem Prinzip kann man versichert sein, seinen eignen Charakter bei Hallunken, sein bißchen Verstand bei Schafen und seinen fröhlichen Sinn bei Totengräbern zu bewahren.

In einem Briefe vom 13. Februar 1840 erzählt der Prinz von musikalischen Genüssen und schließt mit dem Satze: „Ohne Musik ist der Mensch nur ein Halbmensch."

In einem Berichte über uninteressante und leere Gesellschaften heißt es: „So ist es mir schon vorgekommen, daß ich so gleichgültig neben einer Dame stand, daß ich mich im stillen für das Repetitorium des nächsten Tags überhörte." Verletzend ist dem Prinzen die Feindseligkeit der in Heidelberg einheimischen Aufklärung gegen die „Pietisten". „Die größten Philosophen," schreibt er, „sind in ihren Forschungen auf die Grund-

[1]) Großherzog Leopold von Baden.

wahrheiten des Christentums zurückgekommen, haben die Größe von dessen Wahrheit angestaunt — und unbedeutende Kreaturen, die noch nicht über ihre Stiefeln philosophiert haben, wollen sich lossagen vom Glauben, von wahrer Frömmigkeit."

Anfangs März 1840 verlebte der Prinz den Karneval in Mannheim. Von da schreibt er am 2. März: „Gestern war hier ein wahrhaft prachtvoller Maskenzug: ein Jagdzug von den frühesten Zeiten deutscher Geschichte an bis auf die neueste Zeit. Prächtige Kleidung, schöne Pferde, hundert Hauptpersonen und viel Train. Es waren die hiesigen Herren, Offiziere und andre, die das mit großer historischer Treue und vielem Aufwand aufführten."

Nachdem die Osterferien in Corvey verlebt waren, wurden die Studien im Frühling 1840 wieder aufgenommen. [1]) Die Briefe an die Schwester rühmen die Lage der neuen Wohnung am Neckar.

„Die Kollegien sind noch nicht alle angegangen," schreibt der Prinz am 9. Mai 1840, „Mittermaier und Rau, zwei unsrer besten Professoren, sind noch auf dem von mir schon so oft und auf jede Weise verdammten Landtage. Ich muß mich zusammennehmen, Dir nicht noch stärkere Ausdrücke für diese Lumpenversammlung zu schreiben. Nie haben mich diese dummen Schwätzeranstalten mehr geärgert als jetzt, wo wir selbst darunter leiden. Wenn ich künftig irgend einmal kann, so soll dieser Aerger sich noch an dergleichen Instituten Luft machen."

Im September desselben Jahres folgte der Prinz einer Einladung des Prinzen Albert, der am 10. Februar der Gemahl der Königin Viktoria geworden war, nach Windsor. Leider sind von diesem englischen Aufenthalte, der vom 20. bis 24. September dauerte, nur die Namen von Personen und Sehenswürdigkeiten notiert. Den Rest der Herbstferien verlebte der Prinz in Corvey. Unterbrochen wurde dieser Aufenthalt durch eine Reise zu der Huldigung in Berlin am 15. Oktober und in Schlesien. Darauf folgten „fröhliche Hochzeitstage" bei der Vermählung der ältesten, am 19. April 1816 geborenen Schwester Therese mit dem Fürsten Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldenburg, welche am 26. November 1840 zu Langenburg gefeiert wurde. Bald darauf trat die schwere Erkrankung des Fürsten Franz Joseph ein, welche indessen den Prinzen nicht hinderte, den Abschluß seiner Studien zu betreiben. Zur Vorbereitung auf das Examen wurde Bonn gewählt. „Hier die Wintermonate still und traurig," sagt das Tagebuch.

---

[1]) Der Prinz hörte im Sommersemester 1840 Geschichte des römischen Privatrechts und Prozesses und römisches Erbrecht bei Deurer, Zivilprozeß bei Mittermaier, Naturrecht bei Röder, Nationalökonomie bei Rau, endlich bei Zöpfl ein Privatissimum über deutsches Staatsrecht und ein Zivilprozeßpraktikum und Relatorium, ebenfalls privatissime.

Am 14. Januar 1841 starb der Fürst Franz Joseph. „Traurige Reise nach Corvey. Rückkehr nach Bonn," heißt es in dem Tagebuch. Zunächst wurde nun die Vorbereitung auf das Auskultatorexamen beendigt. Am 3. April bestand der Prinz die Prüfung in Koblenz. Nach dem Zeugnisse vom 10. April hatte er „vorzüglich gute Kenntnisse und Fähigkeiten" bewiesen. Die Muße nach dem bestandenen Examen verwendete der Prinz für Besuche bei Verwandten. Das Tagebuch notiert: „Fröhliche Reise nach Castell über Meiningen, Langenburg, Kupferzell, Wickersheim. Wundervolle Maitage. Schöne Erinnerungen einer fröhlichen Vereinigung." Ueber die innere Entwicklung gibt ein Tagebuchblatt Auskunft.

Kupferzell, 6. Mai 1841.

Warum sollte man nicht unter den vielen fühlenden Herzen eines finden, das uns versteht, weil es uns innig liebt? Wahr ist's, die Menschen sind so verschieden gerade in dem eigentlich durchaus Individuellen, dem Gefühl. Erziehung, Schicksal, Verschiedenheit der Geistesrichtung und Anlage gestatten nicht, daß das Auffassen der äußeren Welt bei zwei Seelen dasselbe sei. Allein sollte darin das allein bestehen, was wir ‚Verstehen' in seinem tröstlichen Sinne nennen? Sollte nicht vielmehr das Erkennen des fremden Gedankens, der uns neuen Auffassungsweise, das Innusübergehen des fremden Schmerzes, sollten nicht alle diese möglichen Berührungen, dieses immer neue Ineinanderleben zweier befreundeter Seelen das wahre Verstehen im tröstlichen Sinne sein? Ist ein andres wünschenswert und möglich? Ist aber dieses unmöglich? Darum lasse ich die Hoffnung nicht sinken!

Nach dem Tode des Vaters waren die Brüder übereingekommen, daß der dritte von ihnen Fürst in Schillingsfürst werden sollte, da die beiden älteren, Viktor in Ratibor und Chlodwig in Corvey, durch die Rotenburger Erbschaft gebunden waren. Im Juni 1841 reiste der Prinz nach Schlesien zum Besuche des älteren Bruders, welcher am 3. November 1840 seinen Einzug im Schlosse Rauden bei Ratibor gehalten hatte. Der Nebenzweck dieser Reise war die Anknüpfung von Verbindungen mit den leitenden Persönlichkeiten des preußischen Ministeriums zur Vorbereitung des Eintritts in den preußischen diplomatischen Dienst. Der Prinz beschloß, ein Gesuch an den König zu richten, um von dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdienste bei der Justiz und den Verwaltungsbehörden, welcher nach den Anschauungen des hohen Adels nicht standesgemäß war, dispensiert zu werden. Am 21. September 1841 schrieb er der Mutter aus Rauden:

„... Unsre Reise nach Breslau ist sehr gut abgelaufen. Ich habe mit Graf Stolberg Konferenz gehalten, er war sehr freundlich und gut.

Ueberhaupt sind wir in Breslau von den höchsten Herrschaften, insbesondere vom Prinzen von Preußen, auf das freundlichste empfangen worden, so daß Graf Styrum sagte: ‚On voit que le roi vous veut du bien. A votre place j'en profiterais.‘ Und indem er sich zu Viktor wendete, sagte er: ‚Il n'y a pas d'autre moyen d'en profiter, Monseigneur, que d'entrer au service militaire.‘ Was freilich Viktor nicht tun kann ..."

Zur Förderung seiner Pläne hielt sich Prinz Chlodwig im Herbst in Berlin auf. „Schöne Versprechungen," notiert das Tagebuch. Um die Entscheidung abzuwarten, begab er sich im Spätherbst nach Corvey. Die Entscheidung blieb lange aus. Ungeduldig darüber erwog er auch die Möglichkeit, auf den Staatsdienst ganz zu verzichten und in Corvey als freier Edelmann nach eignem Geschmack zu leben. Aber die innere Nötigung zu politischem Wirken war doch zu stark, um einen solchen Verzicht auf die Dauer annehmbar erscheinen zu lassen. So schreibt er der Mutter von Corvey am 23. November 1841: „Mein bisheriger Aufenthalt in Corvey hat mir die Unmöglichkeit mehr und mehr dargetan, mich je hier zu etablieren. Das hat sein Gutes. Ich steuere nun heimatlos in die Welt und muß mit Eifer einen Berufszweck verfolgen, bei dem eine solche Heimatlosigkeit das Allerbeste ist ... Wenn ich nur endlich Gewißheit hätte und meinen Winteraufenthalt beginnen könnte! Wenn ich keine Aufnahme in die Diplomatie finde, so werde ich suchen, in England in das Militär zu treten, um dann die chinesische Expedition mitzumachen. Der Plan ist aber noch sehr unreif."

Corvey, 19. Dezember 1841.

... Eben erhalte ich einen Brief von Löwenstein, der mich bestimmt, sogleich nach Berlin zu gehen. Mir scheint, als ob Stolberg den Brief an den König nicht abgegeben habe. Indessen schadet es nichts, ich bleibe nun den Winter in Berlin und richte mich da ein. Bekomme ich eine abschlägige Antwort, so bleibe ich doch bis zum Frühjahr da und sehe, was andres zu machen ist.

Aus Berlin schrieb er der Mutter am 3. Januar 1842: „Deinen lieben Brief vom 21. habe ich erhalten und sage Dir meinen herzlichen Dank für die Wünsche und Hoffnungen. Ich will wenigstens meine Kräfte zusammennehmen und auf das Ziel losgehen, das ich mir gesetzt habe. Es kann dem einzelnen Menschen niemand raten in bezug auf den Lebensplan, mir ist bis jetzt nur zu viel geraten worden über das Ziel und über die Mittel. Dadurch habe ich mich oft irre machen lassen, indessen hoffe ich jetzt so ziemlich im klaren zu sein. Hier fange ich nun an zu arbeiten, vieles zu sehen und zu hören, habe sehr vergnüglichen Umgang mit den Fürstenbergs und Löwenstein und andern sehr netten Leuten."

17. Januar 1842.

Leider kann ich Dir heute keine sehr gute Nachricht mitteilen. Ich habe vom König Antwort erhalten, und zwar abschlägige. Sie lautet wie folgt:

Hochgeborner Fürst! Ich habe über den Mir von Euer Liebden unter dem 19. Oktober v. J. zu erkennen gegebenen Wunsch, Ihre Zulassung zur diplomatischen Prüfung ohne die vorherige reglementarische Beschäftigung bei den Gerichten und der Verwaltung betreffend, den Bericht des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten erfordert. Wenn Ich in Verfolg dessen Anstand nehme, auf jenen Wunsch einzugehen, so bestimmen Mich nicht bloß die Aufschlüsse, welche Mir bei dieser Gelegenheit über den augenblicklichen Stand der Prüfungsverhältnisse im Ministerium im allgemeinen zuteil geworden sind, sondern wesentlich auch die Rücksichten auf das eigene persönliche Interesse Euer Liebden, da Sie sich gewiß mit Mir selbst nicht verhehlen wollen, daß eine Bevorzugung, wie Euer Liebden solche in Antrag bringen, Sie künftig denen gegenüber in eine mindestens beengte Stellung bringen dürfte, mit denen Sie berufen werden, dem diplomatischen Dienst obzuliegen. Es wird mir daher angenehm sein, wenn Euer Liebden Ihren Entschluß, sich der diplomatischen Laufbahn in Meinen Diensten zu widmen, unter Erfüllung der dieserhalb bestehenden allgemeinen reglementarischen Vorschriften zur Ausführung bringen.

Berlin, 14. Januar 1842.

Euer Liebden freundwilliger Friedrich Wilhelm.

So stehen nun die Sachen. Du kannst Dir denken, daß ich mich keineswegs in erfreulichem Gemütszustande befinde.

Der Prinz überwand indessen die Vorurteile der „Mediatisierten" gegen eine regelrechte Beschäftigung im preußischen Staatsdienste und verstand sich dazu, den ihm durch den König gewiesenen Weg einzuschlagen. Am 6. April 1842 traf er in Koblenz ein, um als Auskultator bei den Gerichten zu arbeiten.

Das Tagebuch klagt über die „Langeweile der ersten Tage", berichtet die Namen der Tischgesellschaft, die aus Offizieren und Beamten bestand, und die Besuche, die gemacht wurden. Unter den letzteren wird der Oberpräsident von Bodelschwingh hervorgehoben, „ein liebenswürdiger Mann, einer, dem man die Rechtlichkeit des Charakters und den edeln Sinn sowie den Verstand auf der Stirn geschrieben sieht".

Die ernste juristische Tätigkeit gewährte dem Prinzen bald volle Befriedigung, und die Muße wurde zu eifrigem Studium benutzt. „Was es heißt, gründlich zu arbeiten und die Wonne davon zu empfinden," sagt

das Tagebuch, „habe ich heute und gestern recht empfunden, als ich mit der Feder in der Hand das Bülow-Cummerowsche Werk[1]) gründlich studiert habe. Durch das Wiederaufleben des inneren geistigen Lebens schwinden alle die kleinlichen äußeren Sorgen, das Leben verliert seine Eintönigkeit, und ich lebe wieder ganz eigentlich. Es ist ein glücklicher Zufall, der Wille des Königs, daß ich zu diesem wirklichen Leben zurückgekommen bin. Wenn auch die Form des hiesigen gerichtlichen Verfahrens eben keine Bekanntschaft mit den preußischen Verhältnissen verschafft, so ist doch die Bildung, welche ich dadurch erlange, das kräftige, klare juristische Denken mehr wert. Die Verhältnisse haben mir den hiesigen Aufenthalt als notwendig, als einzig möglich dargestellt. Ein Schelm macht's besser, als er kann.

Eines Vorteils muß ich entbehren und bin dessen doch so bedürftig. Einen Freund, irgendeine Seele, der ich trauen könnte, so ganz bis ins Innerste, dem ich Leiden und Freuden mitteilen könnte! Außer Philipp Ernst und Viktor habe ich nie dergleichen besessen. Nur Sternberg,[2]) der edle, gemütvolle, wahre Mensch voll Geist und Streben nach Höherem, ist der einzige außer jenen beiden (neben Mama und Amalie). Ach, warum ist der Mensch dem armen Mitmenschen so fremd! Warum quält sich der unglückliche in dem lumpigen, kurzen Menschenleben? Und wofür? Um dann zu sterben. Und dazu gehen sie alle kalt umeinander herum, nehmen Rücksichten, quälen und betrügen sich."

11. April 1842.

Das hausbackene Wesen der Koblenzer Hautevolee will mir noch nicht recht gefallen. Es fehlt jener Aplomb, jenes Sichgehenlassen der großen Welt. Denn das Außerordentliche einer Soiree in einer kleinen Stadt bringt es mit sich, daß jeder einzelne sich in einem sozusagen überreizten Zustand befindet, der insbesondere, wenn die Liebenswürdigkeit des Charakters nicht das Gleichgewicht hält, zu sehr ins Gemeine spielt.

Am 12. April klagt das Tagebuch über „geistige Trägheit, Folge des Berliner Nichtstuns". „Was für ein ganz andrer Mensch wäre ich vielleicht geworden, wäre ich ohne strenge hofmeisterliche Leitung vielleicht von meinem sechzehnten Jahre ab geblieben. Manche Torheit hätte ich begangen, vielleicht

---

[1]) v. Bülow-Cummerow: Preußen, seine Verfassung und Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland. Berlin 1842. Vergl. Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 5, S. 198.

[2]) Freiherr August v. Ungern-Sternberg, mit dem der Prinz in Bonn und Heidelberg studiert hatte, geboren zu Mannheim 16. August 1817, starb als Großh. badischer Geheimer Rat und Vorstand des Geheimen Kabinetts in Karlsruhe, 20. März 1895.

wäre ich untergegangen. Allein mir scheint, ohne daß ich den Verhältnissen zürnen will, daß ich besser geworden wäre. Einer von Natur ruhigen, träumerischen, tatschwachen Seele ist die Aufregung des Selbsthandelns, des nicht bloßen Geschehenlassens durchaus notwendig, wenn sie wirklich zu etwas gelangen will. Ich bin von Natur passiv, durch diese ewige Bevormundung zu einer großen Ausbildung innerer Beschaulichkeit, die ich nicht einmal Philosophie nennen kann, gelangt, ohne daß mein Charakter die geringste Festigkeit erlangt hätte. Diesen zu erhärten muß jetzt mein Streben sein."

An die Prinzessin Amalie.

Koblenz, 3. Mai 1842.

... Du hast recht, wenn Du glaubst, daß ich nie unglücklich sein werde, was man so eigentlich unglücklich sein nennt. Denn es wird immer das Begreifen des Unglücks und die Fähigkeit, darüber nachzudenken, mich schützen, daß es mich nicht ganz erdrücke. „Nur der Mensch ist wirklich unglücklich, der nicht die Fähigkeit besitzt, darüber zu weinen," werde ich einmal in einem Roman sagen. Dabei fällt mir ein Gedicht ein, das ich neulich gemacht habe und welches hierher paßt. Es sind sogenannte Gaselen:

Wolken auf am Himmel steigen,
Blüten welken an den Zweigen,
Und die Wellen fließen langsam,
Und es senkt sich banges Schweigen
Auf die dürstenden Gefilde.
Ach, wie die Gewitterzeichen
In den schwülen Sommertagen
Jenen Lebensstunden gleichen,
Da das Herz, alt und verhärtet,
Tränen wünscht, um zu erweichen!

Du hast recht, wenn Du mich um den schönen Aufenthalt beneidest. Seit fast drei Wochen haben wir hier so warmes Wetter, daß alles nach Regen seufzt. Die Blüten sind bald vorüber, und die Wälder fangen nun an zu grünen. Ach, es ist doch eine schöne Sache um den silbernen Mondschein, der sich im Rhein spiegelt, und die dunkeln Berge und den ehrwürdigen Ehrenbreitstein mir gegenüber. Hätte ich diese schöne Natur nicht, so wäre ich bei all meiner Philosophie doch unglücklich. Denn die Menschen sind hier keine Oreaden und Hamadryaden. Ich habe recht liebe, gute Leute kennen gelernt und mag manche recht gern leiden. Aber es fehlt ihnen jener feine Ton der Vornehmheit, das Sich-von-selbst-verstehen vieler Dinge, Du wirst es fühlen, was ich damit sagen will. Man kann

das nur bei wohlgezogenen Leuten oder in der großen Welt finden. Mein Umgang beschränkt sich mehr oder weniger auf sogenannte ‚fell mich ghorsamscht‘, zu denen sogar die höchsten Damen, Exzellenzen u. s. w. gehören (mit rühmlichen Ausnahmen). Eine schöne Witwe . . ., 21 Jahre alt, die eine recht schöne Altstimme hat, gefällt im ersten Augenblick. Aber wie sich bei aufmerksamem Zuhören in ihrem Gesange der Mangel an guter Schule entdeckt, so fand ich bald in ihrem Wesen eine gewisse pachterstöchterliche (verzeih diesen Ausdruck) Gewöhnlichkeit, untermischt mit sentimentaler Belesenheit und englischer Sprachkenntnis, die mir als solche Mixtur noch unangenehmer ist als die gewöhnliche Natur der Landkonfekte, die nichts andres sein können und wollen. Die alten Damen sind nun gar langweilig, und ich vermisse die Konversation mit meinen Berliner Freundinnen, wie Frau von Luck u. a. Unter den Herren und überhaupt in der ganzen Gesellschaft herrscht bei allen Vorzügen rheinischer Gutmütigkeit ein gewisser Wirtshauston, der mir zuwider ist. Das einzige, was mich tröstet, ist die Musik. Die wird viel getrieben, und die vergnügliche Frau . . . und ihre Schwester . . . singen und spielen in jeder Gesellschaft von Anfang bis zu Ende, dann wird einmal ein Chor oder Trio oder Quartett oder sonst etwas gesungen und Maitrank getrunken, so geht's hier zu, und man kann ganz vergnügt sein. Mein Gesangstalent ist noch nicht entdeckt. Ich nehme jetzt fleißig Singstunden und werde dann nach einiger Uebung plötzlich als der einzig vernünftige Bariton hier auftreten und alles bezaubern. Mein Lehrer ist nicht so übel, er läßt mich Solfeggien von Cherubini singen, bläut mir die Noten ein und gibt sich manche Mühe, so daß ich in zwei Monaten vom Blatt singen werde. Denke dir, welche Lust! Auch lerne ich die Tonarten begreifen, B-dur, C-dur und die Molltöne, halbe und ganze Vorzeichen u. s. w. So daß ich bald so weit sein werde, Lieder zu komponieren, die Begleitung muß mir dann mein Lehrer machen.

Ich bin gestern in Neuwied gewesen und kann nicht genug die guten Leute dort rühmen. Statt daß ich, wie ich gefürchtet hatte, wegen meines Auskultators schief angesehen worden wäre, sehen mich die Leute im Gegenteil mit einer Art von Staunen als ein besonders merkwürdiges Subjekt an. Dies hat mich nun noch mehr beruhigt. So ist der Mensch. Er will immer ein wenig von außen beruhigt sein und sollte doch zufrieden sein, wenn er sich seines guten Willens bewußt ist. Der Fürst[1]) hat etwas sehr Interessantes in seinem leidenden Gesicht. Von der blassen Totenfarbe stechen die schönen Augen ganz merkwürdig ab; er soll sehr talentvoll sein, schön zeichnen u. s. w. Ich habe ihn nur vom Sehen lieb-

[1]) Fürst Hermann zu Wied (1814 bis 1864).

gewonnen und bedauere seine zerrüttete Gesundheit. Schönlein,[1]) der vor kurzem hier war, hat ihm große Hoffnung gemacht, auch geht es wirklich besser. Der Prinz Max ist ein gescheiter, gesprächiger Mann. Prinz Karl hat den Papa und die Mama in Wien viel gesehen und erinnerte sich mit großem Vergnügen an jene Zeit. Während der Tafel kam Prinz Philipp Löwenstein, jeune homme fort élégant, wie immer, womöglich rajeuni. Er konnte mir nicht oft genug sagen: „Aber du siehst sehr gut aus!"

Wenn Du vorigen Sommer in Kiefernluft die Bemerkung machtest, daß sie den Menschen schlechter mache, so ist hier gewiß die Bemerkung angebracht, daß die Frühlingsluft am Rhein den Menschen verbessert. Wenn ich mitunter am Abend auf der beliebtesten Promenade am Rhein spaziere, so finde ich, daß die prosaischsten Philister eine Art poetischer Verklärung haben, die etwas Rührendes hat. Es ist aber auch gar nicht anders möglich, denn wenn einem vom Rhein her eine kühle Blütenluft anweht, dann mag der trübste Gedanke mich niederdrücken, gleich bin ich bis ins Innerste aufgefrischt und sehe mit noch größerem Genuß in die vergoldeten Berge und nach den friedlichen Kirchtürmen der gegenüberliegenden Dörfer. Dann fängt auch die Abendglocke zu läuten an, so daß nichts mehr fehlt, um die Seele in jene himmlische Stimmung zu versetzen, die jeden irdischen Gedanken ausschließt, nur nicht den, Euch alle zu mir her zu wünschen.

Seit mehreren Tagen ist dieser Brief liegen geblieben, da mich eine Tour nach Frankfurt und die auf solche Dampfschiffreise folgende Oede vom Schreiben abhielt. In Frankfurt saß ich mittags dem Herzog Paul von Württemberg gegenüber. Sein Gespräch war unaufhörlich, besonders da er in seinem Nachbarn Rüppell, einem der berühmtesten Reisenden unsrer Zeit,[2]) eine sehr gute Dachrinne für das Regenwasser seiner Erzählungen hatte. Ich mußte mir alle Mühe geben, nicht zu lachen über diesen netten Kerl.

Das Dampfschiff war höchst langweilig wie immer. Dazu war ich mit einem jungen sächsischen Offizier bekannt geworden, der sich ganz nach den Regeln der Komplimentierbücher „vollendeter Gesellschafter" und wie sie heißen, benahm und dadurch höchst langweilig wurde. Nun sitze ich hier wieder an meinem Schreibtisch, studiere meine Akten und freue mich meines Daseins bei einer Havannazigarre (das Tausend zu 50 Talern, dies für Viktor zur Nachricht) und einer Tasse Kaffee.

---

[1]) Der berühmte Berliner Pathologe.

[2]) Eduard Rüppell (1794 bis 1884), Naturforscher und Reisender in Aegypten, Nubien und Arabien.

Ich rate Dir, meine Briefe aufzuheben, wie ich es mit den Deinen tue, wie überhaupt mit allen. Wenn wir auch keine Bettinaschen Briefe herausgeben wollen, so würde es doch interessant sein, dieselben später wieder zu lesen. Sind wir dann später zu besseren Resultaten mit uns selbst gelangt, dann ist es erfreulich, den Weg, den man zurückgelegt hat, zu übersehen.

Sage Viktor, ich ginge diesen Sommer, wenn die Arnims[1]) nach Winkel am Rhein kommen, dorthin, wo ich vergnügliche Stunden zu verleben hoffte (bei der Bettina).

Aus dem Tagebuch.

3. Juni 1842.

Vom 3. Mai bis zum 3. Juni tritt eine Pause ein durch die dazwischen liegenden Masern. So unangenehm eine solche Krankheit ist, so hat sie doch auch ihr Gutes gehabt, denn sie hat das Uebermaß von Kraft des Körpers absorbiert, und ich kann nicht anders sagen, als daß eben dadurch und durch die einsamen Studien und Betrachtungen gar manches im Geist mir klarer geworden ist. Ich habe sogar diese Einsamkeit liebgewonnen; das Einförmige eines Krankenbetts hat, wenn nicht besondere Schmerzen vorhanden sind, für den Denkfähigen gar manche angenehme Stunde, wenngleich auch viele trübe, denn „es kehrt an das, was Kranke quält, sich ewig der Gesunde nichts". Scheußlich war das Kindergeschrei, und hätte ich Heiratspläne, sie würden durch dieses Plärren meiner Hausgenossen um zehn Jahre verschoben sein. Es gibt in der Welt wenig Unangenehmeres als Kindergeschrei.

Sowie ich wieder tüchtig arbeiten kann, muß ich mich an eine gründliche Bearbeitung des Staatsrechts begeben. Nichts ist gefährlicher als die Passivität in Betrachtung der staatswissenschaftlichen Gegenstände. Ohne Gründlichkeit werden wir insbesondere im Staatsdienst entweder blinde Werkzeuge oder gar Leute, die die Fahne nach dem Winde hängen, oder wir werden einseitig und dadurch der Raub einer Partei. Nur Gründlichkeit ist das Mittel, durch welches die Integrität des Charakters erhalten werden kann.

16. August 1842.

... Es ist doch etwas Trauriges um das Junggesellenleben. Die „Freiheit" wird immer gerühmt. Ja, wer in Liederlichkeit Befriedigung findet, dem ist freilich eine solche Freiheit zu gönnen. Aber in dieser Freiheit des alten Hagestolzen liegt ein furchtbarer Keim zu Egoisterei und Herzlosigkeit.

---

[1]) Die Bekanntschaft der Bettina von Arnim hatte der Prinz im Winter 1841/42 in Berlin gemacht.

11. September 1842.

Studium der Marheinekenschen Schrift über die Bruno Bauersche Angelegenheit,[1]) in der er, wie die Deutschen Jahrbücher nachweisen, nicht ganz konsequent geblieben ist. Indessen kann man, wenn man, wie die Jahrbücher tun, verschiedene auseinandergerissene Stellen zusammenpaßt, recht leicht Inkonsequenzen nachweisen.

Im Laufe des Sommers wurde der Prinz zu einer Soiree nach Schloß Brühl eingeladen und von dem König und der Königin sehr freundlich empfangen. Unter den Gästen erwähnt das Tagebuch den Prinzen von Cambridge, den Prinzen von Oranien, Erzherzog Johann von Oesterreich, den Großherzog von Mecklenburg und den Erbprinzen von Baden, „letzterer höchst liebenswürdig". Bei dem Konzert spielten die Schwestern Milanollo.

Im September machte der Prinz mit seinem Bruder Gustav eine Reise über Straßburg, Basel, Solothurn, Bern nach Lausanne. Von da berichtet das Tagebuch am 27. September:

Bei all diesen Freuden kann ich doch nicht sagen, daß ich noch so wie früher von all diesem hingerissen würde, daß ich alles aufgeben könnte, um ganz für alle Zukunft hier zu bleiben. Vielleicht bin ich jetzt zu sehr durch und durch deutsch. Vielleicht ist jene innere Unruhe und der noch wachsende Ehrgeiz auch an dieser Veränderung schuld. Der Mensch muß in der Jugend das Leben versuchen, sehen, was es ihm bringe und was er sich und andern geistig nützen könne. Jenes sentimentale Anschauen der Natur schwächt den Geist, der immer mehr zu Klarheit und Bestimmtheit heranwachsen soll. Das kann er nur durch außerordentliche Tätigkeit und bestimmten Lebenszweck. Darum vorwärts!

Nach der Rückkehr aus der Schweiz verlebte der Prinz die Herbsttage im Kreise der Verwandten in Kupferzell. Von dort aus besuchte er Bettina von Arnim in Frankfurt. Ueber einen Abend bei ihr berichtet das Tagebuch: „Die Töchter der Bettina liebenswürdig und geistreich wie immer. Wenn sie nur nicht paradox sein wollten! Das ist ganz unnötig. Sie sind so liebenswürdig und so gebildet und vernünftig, daß sie die Unvernunft des Paradoxen recht gut entbehren könnten. Manche tadelnde Mitteilung über die Zustände in Berlin wurde mir gemacht. So zum Beispiel das unnatürliche Zusammenrufen der Dichter u. s. w. in Berlin. Nach einer nicht eben günstigen Beurteilung des Tieckschen Charakters ging sie zu Rückert über und tadelte an ihm insbesondere, daß er ein Mensch

[1]) Der Minister Eichhorn hatte die theologischen Fakultäten zu einem Gutachten darüber aufgefordert, ob Bruno Bauer nach seinen radikalen Schriften noch für fähig und würdig zu halten sei, Theologie zu lehren.

sei, mit dem der König nichts anfangen könne, ein ungehobelter sonderbarer Kauz, der stets einen Ueberrock angehabt habe und nun glaube, auch im Frack gehen zu müssen, was ihm sehr schlecht stehe. Sie machte einen eigentümlichen Vergleich zwischen Rückerts Gesicht und, wenn ich nicht irre, einem schlapp getretenen Pantoffel. Das mitunter etwas harte Urteil über den König entspringt aus einer großen Liebe zu ihm und dem Wunsche, ihn als einen unsterblichen König zu sehen, was er ihrer Ansicht nach nicht anders werden kann als dadurch, daß er auf dem einmal betretenen Wege des Fortschritts rüstig fortschreitet und sich durch die Hemmungen der Minister, die sich zu viel Gewalt aneignen wollen, nicht abhalten läßt. Das Eigentümliche und Angenehme bei der Bettina ist, daß sie nicht eine gelehrte, verbildete, hochtrabende Dame, sondern trotz allem Interesse an gelehrten Gegenständen doch ein Naturkind ist. In ihrem Kreise ist alles ungezwungen, jeder tut, was er will, sie läßt alle Persönlichkeiten gelten und schließt sich an die an, die ihr gerade für den Augenblick neu und angenehm sind."

Im Jahre 1843 beschäftigte den Prinzen die Vorbereitung auf das zweite Examen und die Ueberlegung, was dann zu tun sei. Er entschloß sich, nach dem zweiten Examen aus dem Justizdienste auszuscheiden und sich für die Verwaltung und die Diplomatie vorzubereiten: „Also Landrat oder Diplomat oder beides!" heißt es im Tagebuch. Am 18. Februar 1843 schrieb er an die Mutter:

... Uebrigens gewinne ich meine juristische Beschäftigung immer lieber, einmal, weil ich sehe, daß ich darin vorwärts komme, und dann, weil der Nutzen, der für die Regulierung unsteter Gedanken daraus entspringt, sehr groß ist. Hätte ich früher die Ueberzeugung gehabt, wie ich sie jetzt habe, daß man durch die Zivilkarriere seinem Standpunkt nicht schadet, sondern nützt, indem man durch das Ungewohnte sich Ansehen verschafft und der Adel nur durch geistige oder moralische Vorzüge oder wenigstens Anstrengungen die Stellung behaupten kann, die ihm überall streitig gemacht wird, so hätte ich manches Jahr meines Lebens gewonnen, das mit bloßer Deliberation zugebracht ist. Jetzt, wo ich mich in der Karriere befinde, schweigen alle Stimmen, die früher dagegen waren, und mir ist bis jetzt noch keine Zurücksetzung zuteil geworden, wenn ich sie mir nicht durch Zerstreutheit und Unachtsamkeit selbst zugezogen habe. Selbst in neuerer Zeit habe ich wieder vollkommene Billigung meiner Berufswahl erfahren durch den Herzog von Nassau und den hiesigen kommandierenden General, die beide mit mir über die Trostlosigkeit des preußischen Militärlebens einverstanden waren. Uebrigens kümmere ich mich um das Urteil andrer Menschen jetzt nicht mehr und freue mich meiner Selbständigkeit, nachdem ich die Nachwehen der hofmeisterlichen

Bevormundung ganz abgeschüttelt habe. Ob ich in dieser Karriere bleibe in der Zeit, wenn die Bildung vorüber ist und das Arbeiten des Berufs angeht, weiß ich nicht. Mehr Nutzen würde es für mich gewähren, wenn ich dann in friedlicher Zurückgezogenheit, womöglich mit Dir zusammen, irgendwo leben könnte und meine Studien fortsetzen. Denn ich bin der Ansicht Wilhelm von Humboldts, daß das hauptsächlichste Streben des Menschen dahin gehen muß, sich als Individuum auszubilden und nach Vollkommenheit zu ringen, um durch das, was wir geworden sind, auf andre zu wirken und so Nutzen zu stiften. Das kann man aber besser allein und im stillen als in einem großstädtischen Kollegium.

Die folgende Betrachtung des Tagebuchs ist wohl der Niederschlag unbequemer Erfahrungen in der Koblenzer Gesellschaft.

30. Juli 1843.

. . . Für mich ist es gut, ja notwendig, überall Mißtrauen zu haben. Was gehen mich diese zufällig in mancher Beziehung mit mir harmonierenden Charaktere an! Ich muß vorsichtig sein, sonst gehe ich in Hingebung unter. Ueberall berechnen und beobachten mit dem äußern Schein der größten Gemütlichkeit und Freundschaft ist ein Ziel, das sich jeder Prinz setzen muß, wenn er nicht zu Torheiten geführt werden will, vor denen jeden andern jugendlich en Charakter die inferiore Stellung schützt. Also Vorsicht!

O Unnatur der jetzigen Zeit, Verderbtheit unsers jetzigen Menschengeschlechts, glänzendes Elend unsrer gesellschaftlichen Zustände, daß ein kräftiger Mann nur dadurch zum Ziele gelangen kann, daß er seine Kraft vergeudet, seine Sinne abstumpft, um auf diese Weise sich auf das Niveau seiner Umgebung stellen zu können, daß er schlecht wird, um den Schlechten nicht unbehaglich zu werden!

Nachdem der Prinz am 17. August das Examen bestanden hatte, wurde er am 9. September 1843 zum Referendarius ernannt. In diesem Monate machte er eine längere Reise durch die Schweiz nach Südfrankreich und Oberitalien, von Lausanne ab mit dem Bruder Gustav, der dort französische Studien getrieben hatte. In Lyon erlebten die Brüder die Ankunft des Duc de Nemours zu einer Truppenrevue. Er kam zu Dampfschiff. „Unter den 100000 Zuschauern," sagt das Tagebuch, „erschallte auch nicht eine Stimme." Vom 10. bis 25. Oktober reiste der Prinz allein nach Sardinien und kehrte dann von Genua aus über den Splügen zurück. Den November verlebte er in Kupferzell und ging dann über Corvey und Berlin nach Rauden, wo er bis zum Jahresschluß verweilte. Hier blieb der Prinz auch die ersten Wochen des Jahres 1844 und kehrte nach einem Aufenthalt in Berlin vom 8. Februar bis 25. März dorthin zurück. Der April wurde zu einer Reise nach Wien verwendet.

Inzwischen war er am 4. April der Regierung in Potsdam zur Beschäftigung überwiesen und durch Verfügung des Justizministers vom 17. April „behufs Eintritts in die Administration“ mit dem Zeugnis „guter Qualifikation und rühmlichen Verhaltens“ aus dem Justizdienst entlassen worden. Am 13. Mai langte der Prinz in Berlin an, um die Tätigkeit bei der Potsdamer Regierung zu beginnen.

Tagebuch.

19. April 1844.

Wochen und Monate hat dies Buch geruht. Unterdessen hat sich um mich her manches verändert, auch in mir. Jedoch bin ich in allem diesem bewegten Leben doch nur in meinem alten Satze bestätigt worden, daß geistige Tätigkeit allein den Menschen glücklich machen kann. Alles übrige ist als Nebensache, als Nebenvergnügen gar wohltuend. Wird aber die Erholung zum Zweck, so wird sie mühsam, und dann gibt es für uns natürlich keine Erholung mehr.

An die Mutter.

Berlin, 16. Mai 1844.

Ich werde morgen bei der Regierung in Potsdam eingeführt. Gegen Potsdam und seine Bewohner habe ich eine unbegrenzte Abneigung, die ich auch nicht zu verlieren hoffe, da ich jede freie Stunde zu einer Exkursion nach Berlin benutzen werde. Meine Visiten sind abgemacht. Die Prinzen habe ich auf der Eisenbahn getroffen, wo ich mit dem gewohnten Humor empfangen wurde, der noch dadurch gesteigert wurde, daß ich meinen Plan mitteilte, was den Prinzen Friedrich zu der Aeußerung veranlaßte, ich wolle wahrscheinlich Landrat werden, ohne daß er wußte, wie nahe er im Scherz an der Wahrheit war. Uebrigens billigte der Prinz von Preußen mein Vorhaben, bei der Regierung zu arbeiten, und sagte, er freue sich besonders, „da man Sie mitunter zu einem Löffel Suppe bitten kann“.

Tagebuch.

29. Mai 1844.

In der letzten Zeit war mein Geist zur Wiedergabe des Empfundenen wenig geeignet. Erst die friedliche Erregung des Aktenlebens erweckt wieder die Fähigkeit, das Gedachte wiederzugeben, ja es wird ein Bedürfnis, das aufzuschreiben und vor sich zu sehen, was sich nicht aussprechen läßt. Das war ja auch mein Zweck beim Wiederaufnehmen der Karriere, daß ich meiner selbst wieder recht bewußt würde. Und daß diese Fähigkeit nicht untergegangen ist, nur geruht hat, diese Ueberzeugung erfreut mich und macht mir meinen Beruf, der im übrigen nicht beneidenswert ist, zu einem angenehmen.

25. Juni 1844.

Durch die Gesetze der Jahre 1807 bis 1811 wurde in Preußen ein gewisser liberaler Geist geweckt, der in den Jahren 1813 und 1814 das ganze Volk zu einem merkwürdigen Nationalenthusiasmus bringen konnte. Nach dem Wiener Kongreß fanden die Regierungen in diesem durch ganz Deutschland verbreiteten Geiste etwas Gefährliches, und wenn auch die Gesetze von 1820 und 1821 in Preußen auf eine baldige Einrichtung einer ständischen Verfassung hindeuteten, so wurde diese Ansicht dem Volke doch bald durch die Einrichtung einer provinzialständischen Verfassung genommen. Indessen beruhigte man sich bei einer regelmäßigen Verwaltung, bei dem gerechten Sinne des Königs, der mit seinem Volke als Vater mit seinen Kindern manches Trübe und Fröhliche erlebt hatte und dessen Gesinnung die Garantie für das Bestehen des Guten und für Nichteinführung von Schlechtem so gut darbot wie jede konstitutionelle monarchische Verfassung. So trat der Tod König Friedrich Wilhelms III. ein.

Durch die Huldigungsreden wurden alle jene Hoffnungen auf eine freie Verfassung erweckt, wenngleich das Publikum in der Wahl der Minister Eichhorn, Stolberg, Thiele und andrer Staatsbeamten eine Neigung des Königs zu einer mehr kirchlichen Richtung erkennen wollte. Diese trat auch bald deutlicher hervor. Zugleich zeigte sich aber auch, daß jene Reden keine reichsständische Verfassung verheißen wollten, sondern das Gegenteil. Dies erregte überall Unzufriedenheit, und schon anfangs 1842 trat Mißstimmung ein. Mehr noch, als trotz der Zensurgesetze, die eine freiere Besprechungserlaubnis zu verheißen schienen, von seiten des Arnimschen Ministeriums immer mehr auf Restriktion hingearbeitet wurde, während das Oberzensurgericht nach freieren Grundsätzen viele Artikel freigab. Dazu kamen und kommen jetzt manche materielle Not- und Uebelstände, Arbeitsnot in Schlesien, in neuester Zeit das sonst so notwendige Eisenbahnaktiengesetz u. s. w. Endlich im allgemeinen eine gewisse Schwankung und Prinziplosigkeit oder, besser gesagt, Systemlosigkeit in den höchsten Staatsbehörden, Verzögerung der Geschäfte, Geldnot und verwirrte Finanzen, so daß jetzt die Stimmung, je nach den Provinzen, schlechter wird. Nun schickt man in der neuesten Zeit einen frommen Mann in die Rheinprovinz, um die Stimmung zu untersuchen. Als wenn dies die Behörden nicht besser wüßten! Dies wird am Rhein besprochen und kritisiert. Der Adel macht sich durch Gemeinheiten einzelner verächtlich. Und was sonst noch alles vorgebracht werden mag, das Ehescheidungsgesetz und das Strafgesetz gar nicht zu erwähnen. Nehmen wir nun diese Stimmung mit den Persönlichkeiten des jetzigen Ministeriums zusammen, so findet sich von selbst, daß dem Uebel nicht abgeholfen werden kann, wenn nicht von oben her eine Veränderung der Personalien geschieht.

Man darf es sich nicht verhehlen: eine kleine Veranlassung, und wir haben Aufstand. Einer reißt den andern fort. Das Militär ist unzuverlässig. Wer soll den Strom aufhalten, wenn er den Damm durchbricht und brausend über Wiese und Feld dahinströmt! Wer jetzt nicht seinen Kopf oben hält, wer nicht mit Macht daran arbeitet, sich eine tüchtige Bildung zu verschaffen, ist verloren. Denn es wird eine Zeit kommen, wo auf den Stand nicht mehr gesehen wird, wo sich Hohe und Niedere im freien Wort gegenseitig bekämpfen müssen. Die Pflicht der Aristokratie ist, sich zu waffnen, nicht mit Schild und Speer, sondern mit dem Wort voll Kraft, das sie aus der Wissenschaft schöpfe, damit sie eine feste, wahre und undurchdringliche Stütze für den Thron und für sich selbst sein könne. Wir sind die Bäume, auf die die Untergehenden sich bei der Wasserflut retten können. Sehen wir zu, daß unsere Wurzeln nicht morsch werden, sondern auf festem Grund und Boden stehen!

An die Mutter.

Berlin, 15. Juli 1844.

Bei Hofe bin ich fast alle Sonntage zum Diner und habe mir zu meinem Erstaunen die Gunst der hohen Herrschaften erworben. Der König offerierte mir gestern sogar seine Dose, aus der ich mit Begeisterung eine Prise nahm.

„Mitte Juli," schreibt das Tagebuch, „reiste ich nach Corvey und empfand dort recht wieder den Unterschied der Luft. Hier Geist und Körper niederdrückend, dort erhebend. Dazu kam die freundliche Vereinigung mit Viktor, Gustav und Konstantin.[1]) Dann bis zum Oktober ruhiges und ungestörtes Leben in Potsdam. Parforcejagden, Ende mit Schrecken. Im Dezember nach Rauden. Frohes, inniges und unvergeßliches Zusammenleben mit Mama, Philipp Ernst, Konstantin und Gustav. Am 8. Januar 1845 nach Berlin. Interessanter Karneval, Krollsche Romantik, Eisbahn, Hoffeste. Viktors Ankunft. Freude über sein Glück."[2])

An die Mutter.

Berlin, 17. Januar 1845.

Gestern erhielt ich einen Brief von Viktor mit der Nachricht, daß er erst am 20. hierherkommen wird. Zugleich bestätigte er meine Landtagsvertretung.[3]) Ich gehe dann mit Viktor zusammen nach Breslau. Wie

---

[1]) Der jüngste der Brüder, geboren 8. September 1828.

[2]) Infolge der Verlobung mit der Prinzessin Amalie von Fürstenberg.

[3]) Im schlesischen Provinziallandtag.

viel Nutzen diese Landtagsvertretung auch für mich hat — ich habe schon die interessantesten Gespräche mit Ministern und andern, auch mit dem Prinzen von Preußen darüber gehabt —, so ist mir doch unangenehm dabei zumute. Ich habe aus den wenigen Konversationen die Verwirrung und Unklarheit der Begriffe in den höchsten Regionen erkannt und gesehen, wie man jeden Wunsch des Volks, der mit den Absichten der Regierung nicht übereinstimmt, für ein Staatsverbrechen ansieht. Der Landtag würde für mich ein Wendepunkt sein, wenn ich nicht als Anfänger das Recht hätte, wenig zu sprechen und meine Prinzipien möglichst noch im Dunkeln zu halten.

Der Aufenthalt des Prinzen in Breslau dauerte von Anfang Februar bis zum 10. April. Am 19. April fand die Vermählung des Herzogs von Ratibor mit der Prinzessin Amalie von Fürstenberg in Donaueschingen statt. Schon vorher war die ernste Erkrankung des Fürsten Philipp Ernst eingetreten. „Frohe und doch schon getrübte Hochzeitstage," sagt das Tagebuch. Bald nach der Hochzeitsfeier in Donaueschingen verschlimmerte sich der Zustand, und am 3. Mai 1845 trat der Tod ein. „Mit diesem Ereignis," schreibt das Tagebuch am 14. Mai, „fängt ein neues Leben für mich an. Dieser Todesfall, der mir den genommen hat, der meinem Herzen am nächsten war, mit dem ich so unendlich viel Uebereinstimmendes in der Art zu denken und zu fühlen hatte, der mir den vergangenen Winter wieder so ganz nahe getreten war, zerstört mir meine innere Heiterkeit, den eigentlichen weltlichen Frohsinn auf immer. Was ich niemand vertraute, habe ich ihm gesagt, weil er alles verstand, überall die Persönlichkeit nachsichtig berücksichtigte, mild und liebenswürdig . . ."

Die äußere Folge dieses Verlustes war die Entscheidung in dem Leben des Prinzen, die ihn zum regierenden Fürsten von Schillingsfürst machte. Im Laufe des Sommers fanden die Verhandlungen statt, die zu einem Vertrage mit dem Herzog von Ratibor führten. Durch diesen Vertrag verzichtete Prinz Chlodwig auf Corvey, während der Herzog von Ratibor ihm die Erbfolge in Schillingsfürst abtrat. Die Herrschaft Treffurt blieb dem Fürsten Chlodwig, später hat er diese Besitzung verkauft und dafür größeren Grundbesitz in der Provinz Posen erworben. Das Aufgeben des preußischen Staatsdienstes war die weitere Folge. „Am 11. Juni," schreibt das Tagebuch, „war ich bei Arnim. Der Empfang war sehr förmlich und kälter als sonst. Auf mein Exposé erwiderte er bloß, ob ich nun noch weiter in Potsdam arbeiten wolle. Da ich ihm hierauf sagte, daß dies vielleicht der Fall, aber ohne Ziel sei, gab er seine Beistimmung, mithin zu erkennen, daß es ihm vollständig einerlei sei oder vielmehr erwünscht, wenn ich meine Karriere aufgebe. Wo ich nicht das geringste Encouragement finde, tue ich besser, abzugehen. Vorerst werde ich meine

Rückkunft nach Potsdam dahingestellt sein lassen, auf unbestimmte Zeit Urlaub nehmen und dann sehen, was in Schillingsfürst zu machen ist."

Den ganzen Winter 1845 bis 1846 brachte der Fürst in Schillingsfürst zu. „Schrecklicher Winter," heißt es in dem Tagebuch, „der doch auch sein Gutes gehabt hat. Der Mensch kann alles ertragen, wenn er nur will. Voluntas est potestas." Aus dem einsamen Winter auf Schillingsfürst stammt das folgende Gedicht:

Vom Schlosse schau' ich einsam
Ins stille Tal hinab.
Da seh' ich im Mondschein blinken
Die Kirche und das Grab.

Da haben sie dich begraben,
Den ich so heiß geliebt,
Den Freund, den tapfern, treuen,
Den — ach, wie's keinen gibt!

Sie haben viel tausend Tränen
Ins Grab dir nachgesandt;
Sie haben sich wieder getröstet,
Sie haben dich nicht gekannt.

Doch meine Tränen fließen
Noch wie an jenem Tag,
Da man dich hinuntergetragen
Und mir das Herz zerbrach.

Aus Briefen an die Prinzessin Amalie.

Schillingsfürst, 4. März 1846.

In die Ferne möcht' ich ziehen,
Durch die Täler, über die Höhen,
Ob auch grause Winterstürme
Um des Schlosses Zinnen wehen.

Durch die Meere sollt' mein Schifflein
Einen kühnen Seemann tragen,
Ob auch Well' auf Welle drohet
Und die Schiffer bang verzagen.

Mit des Südens Kindern möcht' ich
Palmenwälder kühn durchstreifen
Und auf mut'gem Roß Arabiens
Durch die glühende Wüste schweifen.

Mit dem Schwert, dem freiheitsstarken,
Möcht' ich in die Feinde hauen
Und die siegende Einheit Deutschlands
Noch mit brechendem Auge schauen.

Alles möcht' ich, nur nicht einsam
Hinter staub'gen Akten sitzen
Und in Schlafrock und Pantoffeln
Gähnend mir die Feder spitzen.

Eben habe ich meinen unruhigen, nervösen Brief etwas unterbrochen und zum Fenster hinausgeschaut. Ach, was das beruhigt! Diese wunderbar schöne Mondnacht, die sich über die weiten Täler und die Berge herabgesenkt hat. Es ist alles so still und friedlich und warm, und Frühlingslüfte wehen hier oben auf dem Berg. Da zieht denn die Erinnerung an vergangene Zeiten mit stiller Wehmut in das Herz, und was wir Gutes im Leben einmal gedacht und getan, steigt wieder aus der Vergangenheit empor und mit diesem die Erinnerung an die Abgeschiedenen, ja sie selbst. Ach, es ist doch ein Trost, daß dies alte heimliche Nest nicht verwaist und tot in die schöne Nacht hinaussieht, sondern so einem verdorbenen

Poeten gehört, der dann und wann selbst in eine schöne Mondnacht hinaus sieht. Es ist mir dann, als freute sich der alte Steinkasten selbst darüber.

14. März 1846.

... Ich bekomme jetzt einen sehr guten Pfarrer nach Frankenheim, einen ernsten, tüchtigen Mann namens Bischof, der neulich hier war. Er ist von allen Bewerbern der fähigste seinen Zeugnissen nach, und seine Unterhaltung war mir eine Freude in meiner Einsamkeit. Ich war gleich mit ihm ganz zu Hause in einem philosophischen Gespräch, was immer ein Beweis für ihn ist. Dabei ist er kein Rationalist, sondern ein ordentlicher Christ, aber auch kein Mucker, und, wenn meine Menschenkenntnis mich auch oft täuscht, so habe ich doch für Pfarrer, Gouvernanten und Hofmeister einen richtigen Blick.

Ich richte den Garten jetzt etwas her, mache Anschläge und Pläne für Einrichtung eines Gartenhauses. Anlagen zu machen und zu bauen, wird mich übrigens nie sehr beschäftigen. Ich langweile mich horrend dabei, besonders beim Bauen.

7. April 1846.

Das Gervinussche Buch [1]) habe ich gelesen. Vieles ist mir aus der Seele geschrieben, besonders der Ekel vor allem Dogmatischen, der mir durch Traktätchen von Gustel bis zum höchsten Grade gesteigert worden ist. Sehr richtig ist auch, was er über Schleiermacher sagt. Allein in seine sanguinischen Hoffnungen kann ich nicht einstimmen, insbesondere darin nicht, daß er seine Hoffnungen auf solche Wasserschädel wie Ronge und Czersky verschwendet. Zwar würde ich mich auch über eine große, allgemeine christliche Kirche freuen, die das Christentum rein und erhaben erfaßte, ich glaube auch, daß so etwas möglich ist, ich bin aber darin entgegengesetzer Ansicht, daß diese kirchliche oder religiöse Einigung vor der politischen möglich sei. Letzteres glaube und hoffe ich nicht. Der religiösen Einheit muß die politische vorangehen, wenn nicht eben durch das Streben nach religiöser Einheit ein Zustand herbeigeführt werden soll, der zum Gegenteil führt. Dieser unklare Satz sollte freilich noch weiter ausgeführt werden, doch hoffe ich, Du verstehst ihn schon.

Ich kann mich übrigens, soviel ich mir in letzter Zeit habe vorlügen wollen, in alle Dogmen nicht mehr hineinarbeiten, und deshalb eben habe ich einige Stellen in dem Gervinusschen Buche als meine innersten Gedanken erkannt. Ich bin überhaupt in der Einsamkeit dieses Winters unendlich

[1]) „Die Mission der Deutschkatholiken." 1846.

aufrichtig gegen mich selbst geworden und strebe nun, auch gegen andre ebenso aufrichtig zu sein. Die Lüge hat nie in meiner Natur gelegen, und alles, was davon in mich gekommen ist, verdanke ich Herrn Boltes[1]) in ihrer Art vortrefflichen Erziehung. „Bleibe dir selbst getreu" ist ein Satz, den man sich mit goldenen Buchstaben überall hinschreiben sollte . . . Und darum muß ich denn sagen, daß ich durchaus noch nicht ans Heiraten denke. Ich komme mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß das Heiraten für einen Mann nicht Zweck, sondern Mittel sein soll, Mittel zur Veredelung seiner Natur. Die Frau soll „der schattige Fußpfad neben der Heerstraße des Lebens" sein. Allein um solchen Glückes teilhaftig zu werden, dazu gehört, daß man rüstig auf der Heerstraße des Lebens einherwandeln könne, daß man ein Ziel erreicht, ein weiteres vor sich habe. In unserm Stande wird das Heiraten zu leicht zum Zweck des Lebens. Da setzt sich so ein Reichsfürst in sein Schloß, verheiratet sich, geht auf die Jagd, unterschreibt Dekrete und denkt wunder, was er für ein Held sei, und dabei fühlt er, wenn er noch so glücklich in seiner Ehe ist, eine gewisse innere Unzufriedenheit, die er sich nicht erklären kann und die ihm seine Tage verbittert, und das ist der Mangel eines bestimmten Ziels, der Mangel an tätiger Teilnahme an den höheren Interessen der Menschheit, kurz, die Stimme des Gewissens, die er nicht versteht, nicht verstehen kann oder will. Ein Grundbesitz wie in Schlesien, das regere Leben der Norddeutschen und Preußen gewährt für solche Existenzen schon ganz andre Ersatz- und Anregungsmittel, Süddeutschland nicht. Und die Glücklichen sind in diesem Lande und in unserm Stande nicht die Männer, sondern die Frauen, wenn sie einigermaßen ihre Stellung verstehen. Nichts aber läßt einen gescheiten, denkenden Menschen leichter in Melancholie verfallen als das Bewußtsein, nichts mehr erstreben, wirken und schaffen zu können. Sage mir nicht, daß mein hiesiger Wirkungskreis mir genügen müsse. Der gibt viel zu wenig zu tun, und alles, was er zu tun gibt, ist nicht geeignet, die Seele zu erheben. Das ist gut für die reiferen Jahre, nicht aber als Schule fürs Leben, und ich will und muß noch in die Schule gehen, ich will und muß noch die Wahrheit der Worte Chamissos anerkennen: „Laß uns arbeiten und schaffen in unsrer Wissenschaft, damit wir nicht auf den Gedanken geraten, uns eine Kugel durch den Kopf zu jagen."

Am 18. April 1846 war der Fürst in die bayrische Kammer der Reichsräte eingetreten und hatte sich an deren Arbeiten in München beteiligt. Den Niederschlag seiner ersten Erlebnisse auf dem Gebiete der bayrischen Politik gibt die folgende Aufzeichnung des Tagebuchs:

---

[1]) Langjähriger Hofmeister der Prinzen.

München, 9. Mai 1846.

Nichts ist im politischen Leben schlimmer und besser als jene Uebergänge vom Zweifel zum festen Bewußtsein. Schlimm, weil sie am innersten Leben zehren, gut, weil sie dem Zustande des Zweifels ein Ende machen. Ich bin jetzt so weit gekommen. Wenn ich bisher noch von der sogenannten ultramontanen Partei gut dachte, wenn ich sie für ungefährlich hielt, so ist dieser Gedanke, der mich bisher immer im Zweifel hielt, was ich zu tun habe, gewichen. Seit meinem Gespräche mit H. J. hat sich meine Ansicht befestigt. Ich sehe nun plötzlich den Abgrund, in den ich durch die Politik der Jesuiten zu stürzen Gefahr lief. Die Unduldsamkeit, der Haß gegen den Protestantismus, der sich bei ihm ganz klar darstellte, die Idee, daß die Reformation mit allen ihren Folgen nur eine Verirrung gewesen, daß unsre philosophischen, literarischen und andern Glanz- oder Größenpunkte nur Verirrungen des menschlichen Geistes seien, ist eine zu absurde, meinem innersten Wesen zu diametral entgegengesetzte Perfidität und auf eine innere Verworfenheit zeigende Korruption, als daß ich mich je entschließen dürfte und könnte, ohne mein ganzes vergangenes inneres Leben, alle meine teuersten Ueberzeugungen zu verleugnen, dieser Partei auch nur die geringste Hilfe zu leisten. Ich bitte Gott um Kraft, daß er die Versuchung dieser Teufelsgesellschaft, die nur auf Unterjochung der menschlichen Freiheit, und zwar der geistigen, hinarbeitet, von mir fernhalten möge, damit ich weder durch Versprechungen noch durch Drohungen irre gemacht werde, vom rechten Pfade der Wahrheit abzugehen. Dazu bedarf es eines offenen Bruchs mit der ganzen Clique, den ich so bald wie nur immer möglich herbeiführen werde.

An die Prinzessin Amalie.

München, 2. Juni 1846.

Ich akklimatisiere mich, wie Herr Bolte sagt, mehr und mehr in München. Schon ist es mir möglich, mit dem Volke in einem aus Hohenlohisch und Altbayrisch zusammengesetzten Dialekt zu sprechen und in der Gesellschaft französische Phrasen mit deutschen elegant zu verschmelzen. Sonst lebe ich, da die große Welt sich zerstreut hat, still für meine Pläne und für die Kunst und bedauere, daß ich dich nicht in all dem Schönen herumführen kann.

An die Mutter.

Schillingsfürst, 20. Juni 1846.

Meine Pläne sind noch unbestimmt, da ich noch abwarte, ob der König mich zum Vorstande des Landwirtschaftlichen Zentralvereins ernennt, und dann nach München gehe, um mich zu orientieren. Hier beschäftige

ich mich neben meinen Geschäften mit Lesung landwirtschaftlicher Bücher, um dann recht salbungsvoll über Verbesserung der Bodenkultur reden zu können. Das Amt läßt nun freilich eine Fortsetzung der preußischen Karriere nicht zu, allein es bringt mich in so genaue Verbindung mit dem Kronprinzen und macht mich zu einer Art Vermittler zwischen dem Kronprinzen und dem König, daß ich zwar in eine sehr schwierige, aber ebenso lehrreiche als vielleicht für spätere hohe Staatsdienstpläne fruchtbringende Stellung gesetzt werde. Da man mir diese Stelle, ohne daß ich etwas verlangte, angeboten hat, der ich erst seit Wochen in München bekannt bin, so war es zu ehrenvoll, als daß ich ausschlagen konnte.

Am 26. Juni 1846 erfolgte die Entlassung aus dem preußischen Staatsdienste durch die Regierung zu Potsdam mit dem Wunsche, „daß der Rückblick auf die Zeit Ihres hiesigen Referendariats, während welcher Sie sich mit lebendiger Teilnahme dem Geschäftsleben widmeten, für Eure Durchlaucht nur angenehme Erinnerungen mit sich führen möge".

An die Prinzessin Amalie.

Schillingsfürst, 1. Juli 1846.

Wenn man in einem einsamen Schlosse, um das die Winde heulen, ohne menschliche Gesellschaft, nur mit Büchern und Jagd beschäftigt, seinen Lebensmut erhält, so muß wohl die Luft daran schuld sein. Und diese Luft ist es auch, die mich an der neuen Tätigkeit, die mir bevorsteht, Vergnügen finden läßt. Allerdings ist diese Landwirtschaft wirklich pure Mißwirtschaft, und darum studiere ich auch mit Eifer darauf bezügliche Bücher. Da tut sich mir denn ein neues Feld des Wissens auf, eine neue Welt der Erkenntnis, ich sehe die Menschen und das Vieh mit andern Augen an, erhalte Achtung vor Personen und Bestrebungen, die ich früher verachtete, und finde mehr und mehr den alten Satz bestätigt, daß alle Philosophie, alle Abstraktion nur dann einen Wert hat, wenn sie auf die konkrete Basis einer möglichst großen und weiten positiven Kenntnis gegründet ist. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet und aus der Rücksicht, daß der Mensch, der von Natur faul ist, einen äußeren Antrieb zur Beschäftigung haben muß, wenn er nicht untergehen will, und daß der Mann nur ein ganzer Mann ist, der etwas Tüchtiges tut (im Gegensatz zur Frau, die etwas sein muß), aus dieser Rücksicht und vielen andern ist mir die in Aussicht gestellte Tätigkeit sehr erwünscht und erfreulich. Sollte, was noch immer nicht bestimmt ist, die Sache für mich günstig ausgehen, so sehe ich darin einen glücklichen Wink des Schicksals.[1]) Wie gern säße ich jetzt einen Abend bei Euch in Mamas Zimmer! Ihr würdet

[1]) Der Fürst erhielt das in Aussicht gestellte Amt nicht.

Eure Freude haben an dem frischen, fröhlichen Mut, mit dem ich mir mein Leben zimmern will. Dann wollte ich auch der lieben Mama ihre Sorgen möglichst verscheuchen und ihr sagen, daß Gustavs Plan, den Winter nach Italien zu gehen, gar nicht gefährlich ist, daß es zweierlei Menschen gibt und geben muß: die, welche sich und der Welt durch den freien Gedanken in der Wissenschaft und im Staat nützen, und andre, die, an das Gegebene sich haltend, für den positiven Glauben arbeiten, dessen Kulminationspunkt die katholische Kirche ist. Daß man aber eines oder das andre ergreifen könne, wenn man es aber ergriffen hat, auch ganz durchführen müsse, daß deshalb auch der Aufenthalt in Rom Gustav nicht zu einem Jesuiten, sondern zum klaren und festen katholischen Geistlichen machen werde, wie es Diepenbrock und Schwarzenberg, welche auch in Rom waren, geworden sind. Alles, was man tut, muß man ganz tun; unsre Zeit der Widersprüche und des Kampfes verlangt, daß jeder seine Ueberzeugung ausspreche, daß er Partei nehme. Denn nicht jeder ist berufen, zu vermitteln, sondern in einer Partei mitzubauen, damit alles vorbereitet werde, wenn Gott die Stunde der Ausgleichung oder der Vereinigung schlagen läßt.

Mit dem Gefühle innerer Klarheit und männlicher Entschlossenheit, das die letzten Briefe erfüllt, war in dem Fürsten die Ueberzeugung entstanden, daß nunmehr auch der Zeitpunkt gekommen sei, der ihm am 7. April noch fern schien, der Zeitpunkt für die Vollendung seiner Existenz durch die Ehe. Wir sehen aus den folgenden Briefen, daß er freundlichen Gedanken befreundeter Personen, die ihm zu diesem Glück zu helfen wünschten, nicht mehr ablehnend begegnete.

An die Prinzessin Amalie.

Frankfurt, 8. August 1846.

... In Köln sagte mir Herr v. Verno, daß die Wittgensteins nach Schwalbach kämen. Onkel Konstantins Freund, Herr Mülhens in Frankfurt, ist mit der Familie sehr bekannt. Nach seiner Aussage soll diese Familie ganz ausgezeichnet sein, und Herr Mülhens ist der ehrenhafteste, gemütlichste und eleganteste Mensch von der Welt. La personne principale soll ein Wunder von Liebenswürdigkeit und Natürlichkeit sein, fromm, gut u. s. w. Wäre ich nun nicht ein Vieh, wenn ich diese Gelegenheit, sie zu sehen, vorübergehen ließe? Die Dame soll trotz ihrer 17 Jahre selbständig sein und nicht leicht zu gewinnen. Der Eintritt in die Familie ist so leicht wie möglich. In Ostende fand ich Frau v. Lazareff und Prinzeß Fanny Biron, die mit Wittgensteins sehr genau befreundet ist. Beider Herzen habe ich mir durch ungemeine Liebenswürdigkeit, Mondscheinpromenaden, Seefahrten und Gesang erworben, so daß sie mich dringend

einluden, sie in Schwalbach zu besuchen, wo sie bei Wittgensteins acht Tage bleiben wollen. Ohne je über den Plan zu sprechen, der mich bewegte, merkte ich, daß sie denselben Wunsch hegen, und da sie ungemein zart und taktvoll, dabei doch ein wenig intrigant sind, so gehe ich mit großer Seelenruhe in diese Falle, die ich mir von andern habe bauen lassen. Das Gewebe von Intrigen, welches ich zu dem einen Zwecke angesponnen habe, die Personen, die, ohne es zu wissen, dabei tätig waren, ist wahrhaft jesuitisch, und ich tue mir viel darauf zugute. In der Hauptsache aber könnt Ihr wohl überzeugt sein, daß ich nur ehrenhaft handeln und Gelzers zehnte Rede[1]) nicht vergessen werde. Ich bin von dem Ernst des Schritts, der sich an diese Reise knüpfen kann, wohl überzeugt, werde mich durch keine äußeren Verhältnisse bestimmen lassen, eine Lüge zum Begleiter meines Lebens zu machen. Ich habe Mut genug und Ruhe und Selbstbewußtsein, um die Sache vorsichtig zu betreiben.

Bingen, 5. Oktober 1846.

... Mit jedem Tage fühle ich mehr und mehr, welches unbeschreibliche Glück mir unverdienterweise zugefallen ist. Jeder Tag bringt neue Annäherung, und zwar nicht gewöhnlicher Art, sondern eine jener innigen, verstandenen Konversationen, bei denen die Augen sich gegenseitig in Freude anleuchten, daß man auch hier, auch in diesem Punkte so von Grund der Seele übereinstimmt. Um so anerkennenswerter ist dies, als ich, wie Du weißt, nicht gern ernste Konversationen französisch führe, um so bewunderungswerter, als sie erst 17½ Jahre alt ist. Daß mir in solchem Beisammensein die Zeit wie im Paradies hingeht, kannst Du denken. Daß noch keine Erklärung erfolgt ist, gibt der ganzen Sache noch einen eigentümlichen Reiz.

Bingen, 30. Oktober 1846.

Nachdem die äußeren Rücksichten beseitigt, traten mir nun auf der Reise die inneren Beziehungen und Rücksichten recht klar und deutlich vor die Seele. Die Heiligkeit der Ehe ward mir klarer, die Notwendigkeit gegenseitiger unbegrenzter Liebe und unbedingten Vertrauens und alle ähnlichen Betrachtungen kamen mir vor die Augen und peinigten mich gewaltig. Denn ich mußte zwei Dinge anerkennen. Einmal, daß ich selbst mit meiner Zuneigung über ihre Gefühle nicht im klaren sei, ferner aber, daß eine Reise nach Bingen einer Deklaration sehr nahe kam und der Rücktritt dann sehr schwer werde. Diese Betrachtungen und Skrupel waren es denn auch, die mein Blut zum Herzen trieben und mir jene

---

[1]) Gelzer, Die Religion im Leben. Reden an Gebildete. Zehnte Rede: Die sittlich-religiöse Ehe.

unbehagliche Empfindung gaben, die den leichtsinnigsten und entschlossensten Menschen ergreift, wenn er im Begriffe ist, einen für das ganze Leben entscheidenden Schritt zu tun. So stieg ich denn a rather pale looking young man ans Ufer und bewegte mich nach dem Hotel Viktoria. Niemand war zu Hause bis 1/2 5 Uhr. Ich hatte also Zeit zur Ruhe. Zur bestimmten Stunde kam ich in den Salon. Die Fürstin kam zuerst, hinter ihr eine andre schöne große Dame. Alles, was mir mißfallen hatte, sah ich nicht mehr, was ich aber sah, war ein freundlicher, verständnisinniger Blick, der mir wie ein milder Sonnenstrahl ins Herz fiel und vor dem alle Zweifel und Skrupel wie Eis zerschmolzen. Von diesem Augenblick an war aller embarras weg. Wir unterhielten uns bei Tisch mit jener exklusiven, alles vergessenden Gesprächigkeit, die aus dem frohen Behagen entspringt, sich nun nach langer und nicht zu langer Zeit wiederzusehen, jenem Behagen, jener Freude, die so viel Hoffnung, so viel Glück in sich trägt.

München, 16. November 1846.

... Ich bleibe nun noch einige Zeit hier, ungefähr bis zum 3. Dezember, dann kehre ich nach Schillingsfürst zurück. Ich habe wieder recht schöne, liebe Briefe bekommen und sehe mehr und mehr, wie sich da eine ganze Welt des Vertrauens und der Sicherheit für mich eröffnet, die mir in allen Schwierigkeiten und Fatalitäten des Lebens gleichsam wie ein sicherer Hafen eine Zuflucht gibt ...

München, 21. November 1846.

... Wenn ich erst verheiratet bin, dann werde ich mit neuer Kraft und Tätigkeit an mein Tagewerk gehen, gefährlich vielleicht, ehrenvoll immer. Es ist eine schöne Sache um eine großartige Tätigkeit für ein ganzes Land. Und in allen Arbeiten an eine gute, freundliche Frau zu denken, das ist ein großer Trost und eine Stärkung ... Ich kann Gott nicht dankbar genug dafür sein. Ich habe ein solches Vertrauen in diesen Charakter, wie ich noch selten auf ein menschliches Wesen vertraut habe. Es ist in Beziehung auf Marie eine Stetigkeit und Unveränderlichkeit des Gefühls und der Gedanken über mich gekommen, von der ich früher keinen Begriff hatte.

Königs waren sehr gnädig gegen mich. Ich habe auch die Bekanntschaft des Herzogs von Leuchtenberg und des Kronprinzen von Schweden gemacht. Deux jeunes gens fort aimables.

Frankfurt, 30. Dezember 1846.

Seit drei Tagen bin ich hier, und wenn ich Dir alles sagen wollte und könnte, was mich jetzt bewegt, so müßte ich Zeit, Ruhe und immenses Talent haben. Von dem Augenblick an, als ich abends im Salon, am

Kamin wartend, Marie freundlich und seelenvergnügt mir entgegenspringen sah und wir, glücklicherweise allein, beide vor Freude kein Wort sprechen konnten, seitdem ich sie nun jeden Tag sehe, spreche und unsre Konversation nie ausgeht, seit ich sie wiedergesehen habe so schön, aufrichtig, edel und alles, was man sonst sein kann, liebe ich sie nicht mehr mit der ruhigen Ueberzeugung ihrer guten Eigenschaften, nicht mehr so, ich möchte sagen, bräutigammäßig, sondern ich bin — c'est une expression un peu triviale — verliebt, unruhig, fieberhaft ... Und dabei müssen wir noch etwas Komödie spielen, da die Deklaration erst in einigen Tagen stattfinden kann.

Am 16. Februar 1847 vermählte sich der Fürst zu Frankfurt a. M. mit der Prinzessin Marie zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg. Das junge Paar begab sich zunächst nach Corvey, von wo der Fürst am 5. März an die Prinzessin Amalie schrieb:

Ich habe kein andres Gefühl als das einer fröhlichen Frühjahrsstimmung, wenn man unter einem schattigen Baum auf einem nicht zu hohen Berg liegt und die Wolken über sich am blauen Himmel ziehen sieht. Denn mag draußen über dem Ziegenberg eine graue Schneewolke nach der andern herüberziehen, mich kümmert das wenig, denn ich bin glücklich und innerlich zufrieden, und ein seltsames Gefühl der Dankbarkeit erfüllt mein Herz gegen Gott, der die Schritte der Menschen so freundlich leitet zum Segen und zur Freude.

Wir haben hier das vernünftigste, klarste, schönste Leben, das einem Sterblichen zuteil werden kann. Wenn ich morgens zwischen 8 und 9 Uhr aufstehe, mache ich gewöhnlich einen Spazierritt, dann komme ich gerade zurück, wenn Marie fertig ist. Dann frühstücken wir zusammen im gelben Zimmer, freuen uns jeden Tag über den guten Kaffee oder eine neue Sorte Kuchen, mit der uns der Koch überrascht, und unterhalten uns bis gegen 11 Uhr, wo ich in mein Zimmer gehe, um meine Geschäfte zu besorgen, während Marie liest, Klavier spielt oder sich sonst beschäftigt. Gegen 2 Uhr bin ich fertig, dann gehen wir ein wenig in die Allee, wenn das Wetter schön ist, um dem Postboten zu begegnen, wo wir dann auf der Straße die Briefe lesen. Nach 2 Uhr essen wir, ebenfalls im gelben Zimmer, und fahren dann im kleinen Wagen gegen Godelheim, Brenkhausen oder nach dem Chausseehaus über die Weser, mitunter reiten wir beide, Marie in einem schönen braunen Kleid und schwarzem Hut auf dem Fuchs, der so ruhig geht wie ein Badeesel. Zurückgekehrt finde ich gewöhnlich Dedié[1]) in meinem Zimmer, der mir seine Angelegenheiten und sonstigen Neuigkeiten mitteilt. Abends lesen wir bis zum Tee alle mög-

[1]) Kammerrat Dedié, fürstlicher Beamter in Corvey.

lichen Bücher oder machen Musik ... Ein solches Glück wird aber besonders dadurch gehoben, daß man weiß, daß man nun doch nicht allein auf das idyllische Leben angewiesen ist, sondern nach wie vor am großen Rade der Zeit mitdrehen kann und besser als vorher und nicht eine Last von Sorgen uns in den Schmutz einer mediatisierten Langweile herunterzieht ...

Der Aufenthalt in Corvey wurde bis zum 29. April ausgedehnt. Dann reiste das fürstliche Paar über Berlin nach Schlesien. Am 29. Juni 1847 fand der Einzug in Schillingsfürst statt.

Zweites Buch

Die Revolution und die Reichsgesandtschaft

1848 bis 1850

Im November und Dezember 1847 war der Fürst mit einem Aufsatze „über den politischen Zustand Deutschlands, seine Gefahren und die Mittel zur Abwehr" beschäftigt, von dem der Entwurf und einzelne Ausführungen vorliegen. Die durch alle Kreise Deutschlands verbreitete Unzufriedenheit sollte durch eine Betrachtung der Zustände in Oesterreich, Preußen und den kleineren Staaten erklärt werden. Ausgeführt ist die folgende Betrachtung über Preußen:

Die Geschichte seit dem Emporkommen des Hauses Hohenzollern als Kurfürsten und Könige hat diesem Hause stets die Stellung angewiesen, den Protestantismus in Deutschland zu vertreten. Wenn und solange Preußen den Protestantismus in der weitesten Bedeutung, nämlich die freie Entwicklung des menschlichen Geistes innerhalb der gesetzlichen Sphäre beschützte und als das Motto seiner Handlungen die Wahrheit festhielt, daß eine Regierung dem Geist der Zeit voranschreiten und zuvorkommen müsse, so lange war Preußen an der Spitze des deutschen Volks, geachtet und gefürchtet von seinen Feinden. Wenn und sobald aber die preußische Regierung ihre Stellung verkannte, so versank sie in das Labyrinth der Inkonsequenz, die jeden Staat an den Rand des Verderbens bringt. In einem solchen Abgrund lag Preußen 1806. Da vermochte es nur das wahrhaft staatsmännische Talent eines Stein und seiner gleichgesinnten, begeisterten Freunde, den Staat aus dem Schmutze einer Miserabilität ohnegleichen zu retten. Die Gesetze, die damals gegeben wurden, haben dem Volke die Freude am Vaterlande und dadurch die Liebe zu diesem wiedergegeben und mit dieser Vaterlandsliebe die Kraft, sich von der Fremdherrschaft zu befreien. Allein dieser Erfolg war nur der Anfang zu weiterer Entwicklung des Volks. Die reaktionären Bestrebungen der Regierung von 1817 bis 1840 konnten es nicht verhindern, daß jene Gesetzgebung ihre segensreichen Früchte trug. Die Städteordnung von 1808, die agrarischen Gesetze, das ganze trotz aller Unterdrückung des ständischen Lebens fortdauernde mehr demokratische System der Regierung, die Freiheit der Religionsübung, die unter dem philosophischen Ministerium Altenstein geförderte freie geistige Entwicklung, endlich aber jener unverlöschliche Eindruck, den eine Zeit der Begeisterung ohnegleichen fort und fort auf die alte und auch auf die neu heranwachsende Generation aus-

übte, hatten zur Folge, daß sich ein wenn auch nicht frei redendes, doch frei denkendes Volk gebildet hatte, ein Volk, das systematisch einer Teilnahme am Staat entgegengebildet worden war. Dieses Volk glaubte sich zu Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms IV. aus dessen Worten zu einer Hoffnung auf Erfüllung seiner Wünsche, die seit dem Jahre 1817 geschwiegen, aber nicht geschlafen hatten, berechtigt. Allein die Regierung schlug einen andern Weg ein als den, den das Volk erwartete . . .

Bekannt ist das kirchliche System der Regierung Friedrich Wilhelms III. Es war nicht auf unbeschränkte kirchliche und religiöse Freiheit gegründet, was insbesondere seine Maßregeln gegen die katholische Kirche und die teilweise gezwungene Einführung der Union, die Unterdrückung und Verfolgung der sogenannten Altlutheraner zeigte. Allein, wenn wir fragen, warum diese Maßregeln eine mehr partielle als allgemeine Aufregung hervorgerufen haben, warum diese Ereignisse ohne weitere Folgen vorübergingen, so können wir diese Erscheinung nur daraus erklären, daß trotz aller Eigenmacht, trotz aller Uebergriffe das Regierungssystem Friedrich Wilhelms III. ein protestantisches war, daß diese Uebergriffe und Mißgriffe eben aus der Freisinnigkeit der Regierung hervorgingen und deshalb die Gewissen nicht beunruhigten. Ja, es zeigten diese Handlungen die alten Symptome des Preußentums, die Aufklärung mit dem Stocke zu verkündigen, zu sehr an der Stirn, sie waren deshalb, mehr als man es glaubt, zu sehr in Uebereinstimmung mit dem Geiste der Nation, als daß mehr denn eine bloß momentane Unzufriedenheit daraus entstehen konnte. Die freie Forschung, die dem Preußen angeborene räsonierende Philosophie, blieb unangetastet.

Das Ministerium Eichhorn — wer will es leugnen? — steht auf einem antipreußischen Grund und Boden. Bekannt und nicht zu beweisen ist sein System des orthodoxen Protestantismus.

Ueber die Gefahr der allgemeinen Unzufriedenheit schreibt der Fürst:

Die eigentliche Gefahr sind nicht die Parteien der Kommunisten, Sozialisten und Radikalen, deren es in jedem Staat und zu allen Zeiten gegeben hat, die eigentliche Gefahr sind nicht die im stillen wirkenden Väter der Gesellschaft Jesu und ihrer Freunde, die die Verdumpfung des Volks als das einzige Heil, den einzigen Rettungsanker darstellen, die eigentliche Gefahr ist die, daß die Unzufriedenheit, von der jene Parteien so geschickt Gebrauch zu machen wissen, so allgemein verbreitet, so wohl begründet ist. Wie der Mensch, wenn er zum Bewußtsein seiner selbst, wenn er nach sorgfältiger Erziehung und jugendlicher Erfahrung auf den Höhenpunkt der freien Selbstbestimmung und tatkräftigen Handelns gelangt ist, nun in eine Zeit tritt, in der er jede Hand zurückweist, die ihn weiterführen will, um allein den Weg zu betreten, den er für den guten hält,

so hat auch die Geschichte aller Völker eine Epoche, wo sie zum Selbstbewußtsein und zum Wunsche der freien Selbstbestimmung gelangen. In einer solchen Zeit werden die wohlgemeintesten Handlungen der besten Regierungen verkannt, die eifrigste Pflichterfüllung einer bevormundenden Beamtenwelt als ungenügend angesehen, wenn diese Regierungen, diese Beamten die Mündigkeit des Volks nicht anerkennen und aus Gewohnheit oder falsch verstandenem Interesse auf der alten Bahn fortschreiten.

Wir sind in Deutschland auf einem solchen Punkte angelangt. Wohin wir sehen, regt sich eine Teilnahme des Volks an den öffentlichen Angelegenheiten, wie noch zu keiner Zeit. Aber die Regierungen verkennen diese Bewegung. Sie sehen oder wollen in dieser Bewegung nur das Treiben einer propagandistischen radikalen Clique finden und erfüllen sich mit Mißtrauen. Ein Grund der Unzufriedenheit ist in Deutschland allgemein verbreitet, jeder denkende deutsche Mann empfindet ihn tief und schmerzlich. Es ist die Nullität Deutschlands gegenüber den andern Staaten. Man sage uns nicht, daß Oesterreich und Preußen als Großmächte die Macht Deutschlands nach außen vertreten. Einesteils vertritt Oesterreich nach außen gar wenig, weil ihm die innere Kraft fehlt, anderteils hat Preußen, wenn man recht offen sein will, doch nur eine geduldete Stellung unter den Großmächten und wird auch diese Stellung, wenn die politische Bewegung im Innern so fortgeht, wie sie begonnen hat, nicht lange mehr halten. Endlich aber sind das doch nur Preußen und Oesterreich, und der übrige Teil von Deutschland spielt immer die Nebenrolle und den kannegießernden Zuschauer. Niemand wird leugnen, daß es für einen denkenden, tatkräftigen Mann ein trauriges Los ist, in der Fremde nicht sagen zu können: ich bin ein Deutscher, nicht mit Stolz die deutsche Flagge auf seinem Schiffe zu sehen, in Bedrängnissen keinen deutschen Konsul zu finden, sondern sich sagen zu müssen: ich bin ein Kurhesse, ein Darmstädter, ein Bückeburger, mein Vaterland war einmal ein großes, mächtiges Land, jetzt ist es zersplittert in achtunddreißig Lappen. Und wenn wir die Karte betrachten und sehen, wie Ostsee, Nordsee und Mittelmeer an unsre Küsten schlagen und kein deutsches Schiff, keine deutsche Flagge auf der See den stolzen Engländern und Franzosen den üblichen Gruß abzwingt, muß uns da nicht die Farbe der Scham von dem schwarzrotgoldenen Bande allein übrigbleiben und in die Wange steigen? Und muß das elende Gerede über Einheit Deutschlands und deutsche Nation nicht so lange lächerlich und betrübt bleiben, bis das Wort kein leerer Schall, keine Phantasmagorie unsers gutmütigen Optimismus mehr ist, sondern wir wirklich ein großes, einiges Deutschland haben? Der durch den Zollverein mächtig heranwachsenden Industrie genügt der Handel in seiner bestehenden Ausdehnung nicht mehr, der reiche Handelsstand sucht auswärtige Märkte und über-

seeische Verbindungen. Nun werden sich die Klagen über die mangelnde deutsche Flotte mehren und die Frage der Einheit Deutschlands, der wirklich politisch vertretbaren Einheit, wird mit erneuerter Kraft in der nun freien Presse behandelt werden.

Es ist ein Irrtum, die Revolution durch liberale Reformen in den Einzelstaaten ohne Reform der Gesamtverfassung Deutschlands verhindern zu wollen. Die freie Presse ist eine Notwendigkeit, der Fortschritt ist eine Bedingung der Existenz der Staaten. Aber wenn wir die Presse freigeben wollen, müssen wir wissen und uns klarmachen, was von ihr gesagt und wiedergesagt in das Gemüt der Staatsbürger dringt und Früchte trägt. Wir müssen uns fragen: wollen wir diese Früchte? Wenn wir fortschreiten, müssen wir mit offenen Augen fortschreiten und die Augen recht aufmachen. Ehe wir ein ganzes Land auf einen Weg gehen lassen, müssen wir wissen, wohin dieser Weg führt. Es ist eine beklagenswerte Täuschung vieler wohlmeinender Staatsmänner, wenn sie in Deutschlands jetzigem Zustande den Fortschritt für etwas Unschädliches halten. Der Fortschritt führt zur Revolution. Ein hartes Wort, aber gewiß ein wahres!

Ueber die Absicht des ganzen Aufsatzes äußert sich die folgende Bemerkung: „Aus dem fraglichen Aufsatze ist eine Darstellung zu machen, in der gezeigt wird, daß der ganze jetzige Fortschrittslärm zur Revolution führt, wenn man die Sache nicht am rechten Punkte anfaßt. Solange dies, eine Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse, nicht von den Regierungen mit Ernst und Aufopferung angegriffen wird, solange führt das ganze Fortschritts- und Konzessionswesen zur Revolution. Solange ich also eine solche Stimmung nicht sehe, bin ich ultrakonservativ, weil ich darin mehr Garantie für die Ruhe des Vaterlandes finde. Ich will nicht Mitarbeiter an einer Revolution sein, und wenn über Deutschland die Revolution nach dem Vorbilde von 1789 einbricht und man den Adel vernichtet, so will ich wenigstens nicht sagen, daß ich mich durch eignen Unverstand dahin gebracht habe."

Am 3. März 1848 schrieb der Fürst an die Prinzessin Amalie von Schillingsfürst: „Also wir stehen jetzt nicht mehr am Vorabende großer Ereignisse, sondern mitten darinnen. Wir müssen jetzt auf alles gefaßt sein.[1]) Nachdem der erste Augenblick der Aufregung vorüber ist, sehe ich mit Ruhe dem entgegen, was kommen wird, und werde nicht untätig bleiben."

Am 31. März heißt es in einem Briefe aus München: „Wenn ich Dir bisher nicht geschrieben habe, so war es nicht Mangel an Schreibluft,

[1]) Nach den revolutionären Volksversammlungen, die in verschiedenen Städten Süddeutschlands stattfanden und von den Regierungen geduldet wurden.

sondern vollkommene Unmöglichkeit. Ich bin so mit allen Segeln im Meer der politischen Tätigkeit eingefahren, daß ich meine Zeit nur zwischen Konferenzen und Schreiben geteilt habe. Ich beschäftige mich jetzt mit der Vorbereitung auf unsre Sitzungen, die acht Tage ausgesetzt sind. Daß ich Mitglied von drei Kommissionen auf einmal geworden bin, zeugt von der Absicht meiner Kollegen, mich vorzuschieben."

Am 3. April: „Finster sieht es allerdings aus in der Welt bis in die nächste Nähe, aber keineswegs in meinem Innern. Wenn man erst den einen unangenehmen Moment des Aufwachens aus dem Zivilisationsschlaf überstanden und sich die Augen ausgerieben hat und um sich sieht, daß das, was wir von Mord, Totschlag, Pest und Hunger, Verarmung und dergleichen gelesen haben, nun auch uns einmal recht nahe kommen könne, wenn man diesen ersten Schrecken überstanden hat, ohne wie der gute Großherzog von Weimar in Ohnmacht zu fallen — das Weitere erträgt sich leicht. Denn das innere Licht des Geistes brennt noch recht hell und freundlich, und das kann uns doch niemand auslöschen. Auf alle Aeußerlichkeiten des Lebens bin ich so erst in den letzten Jahren mehr aufmerksam geworden und werde sie leicht wieder entbehren. Denn das werden wir vor allem verlieren, den Nimbus unsrer fürstlichen Stellung, auch für die Pairswürde habe ich keine großen Hoffnungen. Ob alles sonst ruhig abgeht, ob wir zu dem Ziele einer politischen Einigung Deutschlands ohne den Zwischenraum einer Anarchie und gräßlichen Blutvergießens gelangen werden, scheint mir zweifelhaft."

Die Befürchtung gewaltsamer Ereignisse, die sich in diesen Worten ausspricht, findet sich auch in der nachfolgenden Aufzeichnung vom 7. April über die Ergebnisse des Frankfurter Vorparlaments:

Die Versammlung in Frankfurt hat einen Beschluß gefaßt, nach dem binnen vier Wochen eine konstituierende Nationalversammlung in Frankfurt zusammentreten muß.

Indem die deutschen Regierungen hierzu die Hand bieten, sind sie verloren. Die konstituierende Nationalversammlung wird über die Reorganisation Deutschlands beraten. Sie wird entscheiden, ob Deutschland Republik oder konstitutionelle Monarchie werden soll, ob die einzelnen Regierungen fortbestehen sollen oder nicht.

Im günstigsten Falle werden also die Monarchen aus den Händen des Volks ihre Krone, ihr Mandat zum Weiterregieren mit höflichem Dank empfangen. In einem weniger günstigen Falle werden sie von dem konstituierenden Parlament gebeten werden, den Agenten der provisorischen Regierung Platz zu machen. Bis zum 1. Mai ist also die Existenz der deutschen Regierungen eine gefristete. Denn wer bürgt für den Ausfall der Wahlen? Wer kann diese Wahlen so leiten, daß sie konservativ aus-

fallen? Und wenn sie konservativ ausfallen, wenn dann die deutschen Regierungen die Erlaubnis erhalten, fortzubestehen, wird eine solche Existenz nicht ein bloßes Vegetieren sein, ein weitergefristetes Dasein bis zu dem Zeitpunkte, wo es einer andern Versammlung nötig scheinen wird, ihnen dieses Dasein zu rauben?

Soweit ist es also gekommen durch die Weisheit unsrer Regenten! Soweit ist es gekommen, daß jedes Recht in Zweifel gestellt wird, das seit Jahrtausenden bestanden hat. Das wenige, was sich die deutschen Regierungen bis heute an Kraft und Ansehen erhalten haben, es wird im günstigsten Falle am 1. Mai eine Lächerlichkeit sein. Mit der Kraft und dem Ansehen der Regierungen, mit einem auf gesetzlichem Boden gegründeten Rechtszustand der Staaten stürzen aber auch die Rechte der einzelnen, die persönliche Freiheit und das Eigentum unwiderruflich zusammen!

Ist aber dieser Zustand der Auflösung, den wir als unvermeidlich voraussehen, ein aus dem Willen des deutschen Volks hervorgehender, ist es nicht vielmehr die revolutionäre Minderheit, die uns in einen solchen Abgrund wissentlich und unwissentlich stürzen will? Wahrlich, ich sage es mit Schaudern, der Schlaf, in den das deutsche Volk von seinen Regierungen seit dreißig Jahren eingewiegt worden ist, er ist noch nicht vollständig aus den Augen gerieben. Das deutsche Volk wird aber die Augen aufmachen, wenn die verderbenbringende Woge der Anarchie über seinem Haupte zusammenschlägt. Dann wird es staunen, daß es einem kleinen, aber tätigen Häuflein von Republikanern und Kommunisten gelungen ist, Deutschland zugrunde zu richten. Dann wird es sich selbst das fürchterliche Wort zurufen: Zu spät!

Ist es aber jetzt zu spät? Der deutsche Mann, der noch an die Tatkraft und den guten Willen der Regierungen glaubt, muß nein sagen.

Noch haben die Regierungen Zeit, nicht eine konstituierende Versammlung, sondern ein Parlament zu berufen. Noch haben sie Zeit, eine Fürstenkammer zu bilden, ein Bundeshaupt zu ernennen. Die freigewählten Volksvertreter werden neben dem Hause der Fürsten ein auf breitester Basis gegründetes Volksparlament bilden. So gestaltet, wird die Versammlung nicht das Gesetz umstürzen, sondern begründen. Nur so und auf diese Art, nicht aber, wenn die Regierungen ängstlich schweigend zusehen, werden sie sich erhalten, wird Deutschland ein einiges freies, wird die Anarchie abgewendet werden.

Am 12. April 1848 schreibt der Fürst seiner Schwester: „Man gibt mir fürchterlich zu tun. Heute abend um 6 Uhr habe ich ein Referat über einen Gegenstand vorzutragen, den ich eben, das heißt um 5 Uhr, erhalten habe: das Wahlgesetz zur Versammlung in Frankfurt."

Am 13. April fand die Plenarsitzung der Kammer der Reichsräte statt. Im Beginne seines Vortrags sagte der Fürst: „In bezug auf das Gesetz im allgemeinen darf ich wohl sagen, daß wir es mit Freude begrüßen. Es ist der erste bedeutende, ich möchte sagen, fühlbare Schritt, der das deutsche Volk der Erreichung seines sehnlichsten Wunsches entgegenführt. Tief im Herzen aller Deutschen lebt der begeisternde Glaube an ein einiges, freies, kräftiges deutsches Vaterland. Dieser Glaube ist zur Tat, der Wunsch des Volks ist zum dringenden Verlangen geworden. Es wird ihm ein gesetzmäßiger Weg durch diesen Gesetzentwurf vorbereitet, geebnet. Die Versammlung der Volksvertreter wird uns von der Anarchie retten, die noch immer drohend über dem Vaterlande schwebt. Die Volksvertretung am Bunde wird das Bett sein, in dem die Wogen der allgemeinen politischen Erregung als Strom dahinfließen werden. Sie wird es sein im Gegensatze zu jenem alten Bundestage, der allerdings auch ein Bett war, in dem aber das deutsche Volk dreißig Jahre geschlafen hat — einen Schlaf, aus dem nur der Sturm der neuen Zeit mit Gewalt uns erwecken konnte."

An die Prinzessin Amalie.

München, 24. Mai 1848.

Ich habe Dir am 3. Mai geschrieben, aber nur angefangen, heute will ich es von neuem tun, weil mir immer beide Tage besonders wehmütig ums Herz ist und Du vor allen mit mir übereinstimmst.[1]) Es ist gar wohltuend, in dem wüsten Treiben der politischen Existenz sich von Zeit zu Zeit zurückzutauchen in eine bessere Zeit und in ihren Schmerz. Gerade so ist es, wenn man von Zeit zu Zeit in eine Kirche geht, was ich besonders gern jetzt tue, wo die wunderschönen Maiandachten in der Dämmerung gehalten werden. Denn in der politischen Beschäftigung, die recht nützlich und mir recht angenehm ist, zehrt sich das Gemüt ganz auf, und der Mensch wird zum berechnenden egoistischen Wesen. Ich habe den heutigen Tag mit einem oratorischen Triumph gefeiert, auf den ich sehr stolz bin und von dem ich Dir mündlich mehr erzählen werde. Unser Landtag zieht sich von einem Tage zum andern hin, zum Teil deshalb, weil der Hof Zeit gewinnen will und zu reagieren oder zu reaktionieren anfängt. Ein solcher reaktionärer Versuch der Hofpartei hat mir heute Morgen Gelegenheit gegeben, diese Partei niederzudonnern, wodurch nebenbei nun unsre Geschäfte beschleunigt werden.[2])

---

[1]) Der 24. Mai war der Geburtstag, der 3. Mai der Todestag des Fürsten Philipp Ernst.

[2]) Die Rede des Fürsten bezog sich auf das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit. Die Augsburger Allgemeine Zeitung berichtet: „Die Fürsten Waller-

Nachdem der Landtag am 5. Juni geschlossen war, hatte die praktische politische Tätigkeit des Fürsten zunächst ihr Ende erreicht, und er war während des Sommers auf die Rolle des Zuschauers beschränkt. Ueber die Tätigkeit des Frankfurter Parlaments schrieb er aus Frankfurt am 31. August: „Von politischen Verhältnissen kann ich Dir nur so viel sagen, daß es mit der deutschen Einheit ziemlich schief zu gehen scheint. Man hat hier die Zeit, wo das Eisen warm war und wo man die Einheit hätte schmieden können, mit dummen, einfältigen Schwätzereien verbracht, und jetzt sind die einzelnen Nationalitäten so erstarkt, insbesondere Preußen, daß wir weiter von der Einheit sind als je. Die ganze Nationalversammlung ist jetzt lächerlich. O Deutschland!"

Wiesbaden, 23. September 1848.

Wie schnell die politischen Verhältnisse sich ändern können, zeigt die Frankfurter Revolte, wo nicht viel gefehlt hätte, daß man die rote Republik ausrief. Unsre ganzen sozialen und politischen Verhältnisse sind furchtbar zerrüttet, insbesondere im Südwesten von Deutschland und überall da, wo das Christentum seit Jahren ausgerottet ist. Diese Verworfenheit zeigt die Ermordung Lichnowskys und Auerswalds, über die ich nicht imstande bin mehr zu schreiben. Es ist die grausenhafteste Tat, die je die Weltgeschichte gesehen hat. So groß ist aber die Verblendung unter den Deutschen, daß selbst die scheußlichsten Verbrechen ohne Eindruck vorübergehen und das ganze Volk dennoch aus bloßer purer Dummheit der Barbarei und dem Untergang der Zivilisation jeden Tag mehr und mehr in die Arme rennt. Es legt sich mehr und mehr eine Hoffnungslosigkeit ohnegleichen über mein politisches Bewußtsein. Zu dem Aufblühen eines großen freien Deutschlands, an das ich noch vor zwei Monaten geglaubt, gehört ein gesundes, kräftiges und frommes Volk. Mit Skeptikern und da, wo der Zweifel in die untersten Schichten der Gesellschaft eingedrungen ist, kann man kein staatliches Leben mehr hervorrufen. Da geht die soziale und staatliche Ordnung zugrunde. Keine Zeit hat in dieser Beziehung mehr Aehnlichkeit mit der unsern als die des Untergangs des römischen Reichs. Christentum und Zivilisation werden sich ein andres, gesunderes Volk aussuchen als das europäische. Es ist, als wollte Gott die Zivilisation nie bis zu ihrem Kulminationspunkt kommen lassen, damit der arme Erdenwurm nicht gar zu übermütig werde.

---

stein, Leiningen und Hohenlohe begrüßten das Gesetz als einen erfreulichen Fortschritt, sahen aber in demselben doch nur einen Uebergang zur Verwirklichung des wahren konstitutionellen Prinzips." Seit dem 19. April waren die Sitzungen der Kammer der Reichsräte öffentlich.

Trotz dieser pessimistischen Beurteilung der Entwicklung entzog sich der Fürst der an ihn ergehenden Aufforderung zu politischer Tätigkeit nicht. Durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 war „bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland" eine „provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation" eingesetzt worden. Diese hatte unter anderm „die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen".

Durch Rundschreiben der provisorischen Zentralgewalt vom 20. September wurden die Einzelstaaten aufgefordert, ihre Vertretungen im Auslande zurückzuziehen oder durch diese wenigstens erklären zu lassen, daß die politische Vertretung Deutschlands in den Gesamtangelegenheiten der Nation ausschließlich in den Händen der Reichsgesandten liege. „Eines Tages," so meldet eine mit Bleistift geschriebene, nicht datierte Aufzeichnung des Fürsten,[1] „kam ein Universitätsfreund der Heidelberger Zeit zu mir und teilte mir mit, das Reichsministerium beabsichtige, mir eine Mission anzuvertrauen. Bayrische Abgeordnete zum Reichstage hatten meine Tätigkeit im bayrischen Reichsrate erzählt und meine rege Anteilnahme an der Politik jener Tage gerühmt. Allerdings warnten mich erfahrene alte Diplomaten, setzten mir auseinander, daß das neue Reich keine Dauer verspreche und rieten mir, mich nicht auf ein wankendes Schiff zu begeben. Ich glaubte ihnen nicht. Ich hoffte auf den Sieg der preußisch-deutschen Idee. Dazu kam, daß die Gesandten, die das Reich bis dahin ausgeschickt hatte, eine ziemlich triste Rolle gespielt hatten, und ich meinte in jugendlichem Selbstbewußtsein, daß ich das besser machen und das Reich mit mehr Nachdruck werde vertreten und zur Geltung bringen können. Ich war jung und hatte eine mutige, reiselustige Frau." Durch ein Schreiben des Ministers v. Schmerling vom 1. November 1848 erhielt der Fürst die amtliche Mitteilung, daß der Reichsverweser ihn erwählt habe, „um seinen Antritt als Reichsverweser an den Höfen zu Athen, Rom und Florenz zu notifizieren". Ein Schreiben des Ministers v. Schmerling vom 13. November übermittelt dem Fürsten die Notifikationsschreiben für den Papst, den König von Griechenland und den Großherzog von Toskana. Für die Instruktion des Fürsten wird Bezug genommen auf die ihm übersandten Abschriften von Instruktionen[2]) und auf mündliche Mitteilungen des Unter-

---

[1]) Diese Aufzeichnung stammt offenbar aus den letzten Monaten des Fürsten und ist anscheinend die einzige Spur des Beginns der Arbeit, die er noch ausführen wollte.

[2]) Es waren dies die Instruktionen für den Reichsgesandten v. Raumer in Paris, den Gesandten Dr. Heckscher bei der sardinischen und sizilianischen Regierung und die Reichskommissare Welcker und Oberst Mosle in Wien und Olmütz —

staatssekretärs v. Biegeleben. Unter den Instruktionen befindet sich auch ein Rundschreiben der Zentralgewalt vom 14. November, das die vorläufige Stellung und Geschäftsführung der Reichsgesandtschaften regelt, solange die Einzelstaaten noch Gesandte beglaubigt haben.

Der Fürst verließ in Begleitung seiner Gemahlin Schillingsfürst im November 1848 und begab sich über Belfort, Lyon, Avignon nach Marseille mit der Absicht, sich dort nach Civitavecchia einzuschiffen, um seinen Auftrag zunächst bei dem Papste auszuführen. Als Sekretär war ihm Herr v. Schack zugesellt worden. Die Nachricht von dem Ausbruche der Revolution in Rom und der Flucht des Papstes, die der Fürst in Marseille durch römische Prälaten erhielt, veranlaßte ihn, sich zunächst nach Athen zu begeben. Hierüber berichtet er dem Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten am 29. November 1848:

Da Sie bereits durch die Zeitungen von den Ereignissen in Rom Kenntnis erhalten haben werden, so unterlasse ich es, die mir von Augenzeugen mitgeteilten Einzelheiten zu berichten, sehe mich aber durch die neueste wichtige Nachricht zu einem kurzen Berichte veranlaßt.

Die durch die hiesigen Blätter verkündigte Nachricht von der Flucht des Papstes aus Rom unterliegt keinem Zweifel, sie ist mir durch die mündlichen Erzählungen zweier geflüchteter Prälaten aus der Umgebung Seiner Heiligkeit bestätigt worden. Der Papst hat sich danach unter den Schutz des französischen Gesandten an Bord des „Ténare" begeben und aus Italien entfernt. Welche Richtung das Schiff eingeschlagen hat, ist bis jetzt nicht zu erfahren. An die Rückkehr des Papstes nach Rom ist in den nächsten Wochen nicht zu denken. Auf diese Art ist nun für den Augenblick meine Sendung nach Rom unmöglich gemacht, und ich bin entschlossen, am 1. Dezember mit dem Dampfschiffe direkt nach Athen abzureisen, um in der Zwischenzeit wenigstens diesen Teil meines Auftrags zu erledigen. Möglicherweise kann während dieser Zeit ein Umschwung der Dinge zum Besseren erfolgen und der Papst durch die Wünsche der Bessergesinnten zurückgerufen oder durch die morgen von hier abgehenden französischen Truppen die Ordnung wiederhergestellt werden. Möglicherweise kann aber auch die Proklamierung der Republik das Resultat dieser Umwälzung sein. Mit einem solchen Ereignisse würde aber selbstredend die Politik in der italienischen Kriegsfrage eine wesentliche Aenderung erleiden, und es möchten dann von der neuen republikanischen Regierung Ansichten manifestiert werden, die mit den Grundsätzen der Zentralgewalt in Widerspruch stehen. Denn wenn auch die Zentralgewalt von Deutsch-

---

betreffend die Stellung der Zentralgewalt zu den Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und Sardinien und den italienischen Angelegenheiten.

land die Selbständigkeit und nationale Kräftigung von Italien wünschen muß und sich in die inneren Angelegenheiten der italienischen Staaten nicht einzumischen gedenkt, so sind doch mit der Bildung der neuen radikalen Regierungen in Italien Grundsätze in die italienische Politik gekommen, die eine friedliche Lösung der oberitalienischen Frage auf der von Deutschland bisher festgehaltenen Grundlage nicht erwarten lassen.

Es ist mir daher zu wissen nötig, ob meine Mission nach Rom im Falle der Proklamierung der Republik als beendigt anzusehen, ob ich noch einer speziellen Sendung an den Heiligen Vater, im Falle seiner gänzlichen Entfernung auf lange Zeit von Rom und dem Kirchenstaat, entgegenzusehen habe und endlich welche weiteren Instruktionen über mein Verhalten gegenüber den radikalen Regierungen Italiens mir von dem Reichsministerium gegeben werden wollen.

Ich ersuche Sie daher, Herr Reichsminister, mir gütigst die nötigen Weisungen nach Athen unter der Adresse der preußischen Gesandtschaft zukommen lassen zu wollen.

Am 1. Dezember schifften sich die Reisenden auf dem „Télémaque" nach Neapel ein, lagen einen Tag vor der Stadt und fuhren dann auf dem „Scamandre" weiter durch die Meerenge von Messina nach Malta, wo sie einen Tag verweilten. Es folgte dann eine stürmische Fahrt um das Kap Matapan. Erst am 11. Dezember kamen die Reisenden im Piräus an und nahmen in Athen im Hotel d'Angleterre Quartier.

An den Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Athen, 17. Dezember 1848.

Unerwartete Hindernisse verzögerten die Seereise von Marseille nach dem Piräus, so daß ich erst am 11. abends hier eintraf. Ich übersandte am folgenden Morgen die Schreiben in der vorgeschriebenen Form an den Minister Kolokotroni, ward von ihm zu einer Besprechung eingeladen und erhielt nach gegebenen Erläuterungen das Versprechen möglichster Beförderung meiner Angelegenheit.

Die feierliche Audienz fand auch gleich am darauffolgenden Tage, dem 13. dieses Monats, statt. Seine Majestät der König empfing mich im Thronsaal nicht weit vom Throne stehend in Gegenwart des Ministers Kolokotroni, des Hofmarschalls und zweier Adjutanten. Meine dem Inhalte des zu übergebenden Schreibens entsprechende Anrede hörte der König mit Aufmerksamkeit an und beantwortete sie durch eine Gegenrede, in welcher er seine Teilnahme an der Bildung der Zentralgewalt aussprach, die völkerrechtlichen Beziehungen Griechenlands zu Deutschland berührte und seine freundschaftlichen Gefühle für Seine Kaiserliche Hoheit den Erzherzog

Reichsverweser zu erkennen gab. Hierauf wurde die Unterhaltung in ungezwungener Weise fortgesetzt, und teilnehmende Fragen des Königs über die deutschen Angelegenheiten gaben Veranlassung zu ziemlich umfassenden Mitteilungen.

Schon am folgenden Tage wurde ich zur Tafel geladen, eine nach der hier bestehenden Etikette ganz besondere Bevorzugung, bei welcher Gelegenheit der König, der mich mit ungewöhnlicher Auszeichnung behandelte, mehrfach sein reges Interesse an der neuen Gestaltung Deutschlands bekundete.

Die Audienz bei Seiner Majestät soll nach dem Versprechen des Ministers in der für offizielle Mitteilungen bestimmten Zeitung erscheinen. Ich erwarte nun hier die Nachrichten über die Rückkehr des Papstes nach Rom und die mir in meinem ersten Berichte vom 29. November erbetenen Befehle des Reichsministeriums, um mich dann nach Italien einzuschiffen.

Die hier lebenden Deutschen haben sich mir in corpore vorgestellt und ihre Freude sowohl über die einheitlichen Bestrebungen in Deutschland als auch über die Ankunft eines Reichsgesandten ausgesprochen, was ich mit anerkennenden und aufmunternden Worten erwiderte.

Der hier erwähnte Empfang der Deutschen von Athen hatte am 14. Dezember stattgefunden. In seiner Antwort auf ihre Begrüßung sagte der Fürst: „Sie haben recht, sich über die neue Gestaltung Deutschlands zu freuen. Denn das ist ja das Große und Herrliche der erstrebten Einheit Deutschlands, daß wir nun nicht mehr ein vergessenes Volk, ein geographischer Name sind, sondern daß sie es wissen, die Amerikaner und Russen, die Türken und Griechen, daß sie es wissen, daß es ein mächtiges deutsches Volk gibt, das einen Willen hat und ihn geltend zu machen weiß. Ich aber, meine Herren, kann Ihnen Kunde geben von der deutschen Einheit, daß sie wohl noch Feinde hat, die sie uns mißgönnen, daß sie aber so fest in der Brust jedes Ehrenmannes gewachsen ist, daß kein Mensch der Erde sie uns entreißen soll. Mir ist es in diesem Augenblick das erhebendste Gefühl, meinen deutschen Landsleuten zum erstenmal als Vertreter der deutschen Nation gegenüberzustehen. Ich verdanke dies Gefühl Ihrem freundlichen Besuche, darum nochmals meinen herzlichen Dank."

Am 17. Dezember war abends Diner bei Hofe, am 18. machten der Fürst und die Fürstin eine Promenade zu Pferde mit dem Könige und der Königin. Am 19. nahmen beide an einem diplomatischen Diner bei dem österreichischen Gesandten v. Prokesch teil. Am 20. Dezember gaben die Deutschen ihnen zu Ehren ein Fest. Die Fürstin schreibt darüber in ihrem Reisetagebuche: „A $8^1/_2$ heures une députation vint nous chercher

avec une voiture. La salle était décorée de drapeaux allemands. Il y eut un concert à la fin de la première partie duquel on nous présenta du vin du Rhin et on fit un discours à Chlodwig auquel il répondit. Un maître de musique me présenta une polka dédiée par lui à moi. A 10 1/2 heures nous étions de retour.“ Die Rede des Fürsten galt dem deutschen Volke. „Dem deutschen Volke,“ sagte er, „dies Glas deutschen Weins! Dem deutschen Volke mit seinen jugendlichen Träumen und seinen männlichen Taten! Mit seiner warmen Begeisterung und seinen tiefen Gedanken! Dem deutschen Volke in allen Teilen der Welt! Und Ihnen vor allem, den Deutschen in Athen! Mögen Sie von Tag zu Tag stolzer werden, Deutsch zu reden und Deutsche zu sein! Das deutsche Volk hoch!“

An den Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten.[1]

Athen, 23. Dezember 1848.

Die große Zuvorkommenheit, mit welcher mich der König aufgenommen hat, gab mir in der letzten Woche noch verschiedentlich Gelegenheit, mich mit Seiner Majestät über politische Dinge zu unterreden. Die deutschen Verhältnisse und deren Neugestaltung durch die Zentralgewalt bildeten natürlich das Hauptthema. Ich fand Seine Majestät von aufrichtiger Teilnahme für die sich bildende Einheit Deutschlands erfüllt, und wenn sich über diesen und jenen einzelnen Punkt noch ein Vorurteil im partikularistischen Sinne bemerklich machte, so versäumte ich nicht, dasselbe durch Darlegung der wahren Absichten der Zentralgewalt zu bekämpfen. Die entgegenkommende Weise, mit welcher der König meinen derartigen Erläuterungen Gehör schenkte, die vielfachen, von lebhaftem Interesse für die Zentralgewalt zeugenden Aeußerungen aus seinem Munde sowohl als aus dem des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, dies alles läßt mich nicht mehr daran zweifeln, daß der Zweck meiner Sendung erfüllt und die Anbahnung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen der Zentralgewalt und Griechenland gelungen ist.

Ich würde nun nach Erfüllung meiner hiesigen Mission mich sofort nach Rom begeben, um mich meiner Aufträge an den Papst zu entledigen, wenn nicht nach den neuesten Nachrichten der letztere sich noch als Flüchtling in Gaëta befände. Da jedoch unter diesen Umständen das Oberhaupt der Kirche und die weltliche Regierung des Kirchenstaats als zwei getrennte Potenzen dastehen und ich mich weder mit einer bloß persönlichen Sendung an den Papst noch mit irgendeiner Mission an ein von letzterem gesondertes

---

[1]) Am 17. Dezember hatte Schmerling sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger war Heinrich v. Gagern.

Gouvernement beauftragt glaube, so ist offenbar in diesem Augenblick noch kein Terrain für ein Auftreten in Rom vorhanden. Ich glaube daher den nicht mehr fernen Moment, daß diese Differenz ausgeglichen und der Papst zurückgekehrt ist, abwarten zu müssen. Mein erster Entschluß war, während dieses Zeitraums hier in Athen zu verweilen. Da ich indessen nach dem überaus glänzenden Empfange fürchten mußte, dem königlich griechischen Hofe durch zu lange Anwesenheit lästig zu werden, so habe ich das freundliche Anerbieten des königlich großbritannischen Gesandten Sir Edward Lyons, welcher mir ein englisches Regierungsdampfschiff zur Disposition gestellt hat, angenommen, um eine Exkursion nach verschiedenen griechischen Inseln und benachbarten Küsten des Mittelländischen Meeres zu machen. Diese Fahrt werde ich am 25. antreten. Etwaige Schreiben des Reichsministeriums erbitte ich nach wie vor unter der Adresse der preußischen Gesandtschaft in Athen, durch welche dieselben nach meinen Anordnungen jedenfalls sofort in meine Hände kommen.

Am 24. Dezember verlebte das fürstliche Paar den Weihnachtsabend im Hause des preußischen Gesandten Werther. Am 25. hatte die Fürstin ihre Abschiedsaudienz bei der Königin. Der Abend wurde bei Prokesch zugebracht, und am 26. abends fand die Abreise von Athen statt. Das Wetter war schlecht. Wegen des Sturmes mußte das Schiff in den Hafen von Milo einlaufen. Vom 28. meldet das Reisetagebuch des Fürsten: Noch immer in der Bucht von Milo. Der Regen und Sturm dauert fort. In unserm Salon brennt ein freundliches Kaminfeuer, Bücher haben wir genug. Der Sturm heult wie zu Hause und erweckt in mir angenehme Erinnerungen einer vergangenen Zeit und die Sehnsucht nach der Heimat. Es ist doch etwas Schönes und Freundliches um das deutsche Vaterland trotz Schnee und Sturm und trotz der politischen Wirren. Letztere können einem freilich die Heimat verleiden.

Mein Herz, bewegt von innerlichem Streite,
Erfuhr so bald in diesem kurzen Leben,
Wie leicht es ist, die Heimat aufzugeben,
Und doch wie schwer, zu finden eine zweite.

29. Dezember.

Der Wind wird etwas weniger stark. Doch ist das Wetter immer noch zu schlecht zum Ausfahren. Die Bucht, in der wir liegen, mag im Sommer recht schön sein. Vor uns liegt ein verfallenes Dorf an einem Hügel, der sich rechts und links ausdehnt. Hinter uns sind ziemlich hohe Berge, die den Meerbusen wie einen See umschließen. Das Meer ist trotzdem bewegt. Möven fliegen mit melancholischem Geschrei um das Schiff herum. Das Ganze erinnert mehr an Achenbachs Seelandschaften

von Norwegen als an die Inseln des Archipelagus. Mit Lesen, Schreiben und Whistspielen geht die Zeit recht angenehm vorüber.

Am 30. Dezember wurde bei sehr bewegter See die Fahrt fortgesetzt. Gegen Morgen des 31. lag man im Angesicht von Rhodos: „Leider halten wir nicht an, sondern fahren zwischen Rhodos und Skarpanto durch, die See ist nicht unangenehm." Den Ort, wo der Fürst das neue Jahr begann, bezeichnet eine noch erhaltene Meldung des Kapitäns: „The position of Her Majesty's Steam Vessel Volcano at the commencement of the year 1849: Latitude 35″ 4 North, Longitude 29″ 21 East of Greenwich, distant 324 miles from Jaffa." Am 2. Januar 1849 lag der schneebedeckte Libanon vor den Reisenden, gerade ihnen gegenüber der Berg Karmel. Wegen hoher See war die Landung in Jaffa unmöglich, das Schiff mußte deshalb bei Haifa in der Bucht von St. Jean d'Acre einlaufen. Von hier aus machte das fürstliche Paar einen Ausflug zu Pferde in das Heilige Land. Am 3. wurde der Karmel bestiegen, am 4. war man Abends in Nazareth, am 8. in Jerusalem, am 9. in Bethlehem, am 12. in Ramle, am 13. in Jaffa, am 15. wieder auf dem Karmel, da ein Sturm die Abreise verzögerte.

Tagebuch.

Berg Karmel, 16. Januar 1849.

Ich überzeuge mich mehr und mehr von der Notwendigkeit baldiger Zentralorganisation Deutschlands. England und Rußland machen sich hier nach Möglichkeit breit. Der Orient weiß von Deutschland nichts. Es muß ein deutscher katholischer Konsul nach Jerusalem. Der Einfluß Deutschlands im Orient gibt

1. Deutschland überhaupt mehr Macht,
2. befördert den deutschen Handel und etwaige Kolonisation.

Um diesen Einfluß zu begründen, ist das religiöse Element des katholischen Klerus zu benutzen. Daher muß diesem Gegenstand mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

18. Januar.

Die Angelegenheit der Kolonisation deutscher Auswanderer wird in neuerer Zeit mehrfach mit größerem Eifer betrieben. Projekte aller Art tauchen auf und gehen wieder zugrunde. Keines wird aber zu irgendeinem gedeihlichen Resultat führen, wenn nicht die Zentralregierung selbst und eine unter dem Ministerium des Aeußern stehende ständige Kommission sich damit abgibt. Aber vor allem ist die deutsche Diplomatie damit zu beschäftigen. Alles Auswandern, alles Kolonisieren, alles Wegschicken von Menschen selbst mit reicher Unterstützung in fremde Länder ist am Ende nichts andres als eine anständige Art Seelenverkäuferei, wenn nicht

umfassende völkerrechtliche Verträge zwischen den betreffenden Regierungen abgeschlossen werden. Tut man dies aber, tritt die Zentralregierung mit auswärtigen Regierungen in diplomatische Verhandlungen, so ist kein Grund vorhanden, sich nicht von dem fernen, schon ziemlich bevölkerten und nicht überaus fruchtbaren Nordamerika abzuwenden und zum Orient zurückzukommen. Es sind drei Inseln im Mittelländischen Meere, die schon europäischen Staaten gehört haben und die zur Zeit der Macht des osmanischen Reiches von diesem gewonnen wurden. Ich rede von Rhodus, Cypern und Kandia. Warum sollte man nicht jetzt bei der grenzenlosen Schwäche der türkischen Regierung trachten, diese Inseln wiederzugewinnen und deutsche Ansiedler darauf unterzubringen. Vor allem geeignet scheint mir Cypern. Die bodenlos schlechte türkische Verwaltung entvölkert diese Insel von Jahr zu Jahr mehr. Einwohner würden also die Einwanderer wenige vorfinden. Die Insel ist eine der fruchtbarsten des Mittelländischen Meeres, alle Früchte gedeihen daselbst. Die Mineralgruben, Kupfer und andres, würden reiche Ausbeute geben. Es gäbe keine vorteilhaftere Eroberung als diese Insel für Deutschland. Und deshalb müßte vor allem dahin getrachtet werden, diese auf friedliche Weise, etwa durch Kauf von der türkischen Regierung zu erlangen. Vor allem müßte sogleich ein geheimer Agent, der die Insel in geologischer, topographischer und jeder andern Hinsicht untersuchte, abgesendet werden. Würden diese Untersuchungen sich als genügend ausweisen und zeigen, daß es sich der Mühe lohnte, die Insel zu erwerben, so müßte mit allem Eifer und Klugheit in Konstantinopel darauf hingewirkt werden. Die Aufgabe der deutschen Zentralgewalt in bezug auf die orientalische Frage scheint mir nicht die zu sein, de se joindre aux intrigues absurdes dont s'amusent les diplomates à Constantinople, sondern die orientalische Frage zu irgendeiner Entscheidung zu bringen. Bei dem jetzigen Zustand der Frage gewinnt Deutschland nichts, verliert aber Zeit. Kommt aber die ganze Geschichte zum Zusammenbrechen, und ist Deutschland einig, stark, gerüstet, dann kann es Cypern und mehr noch bei der allgemeinen Teilung fischen. Vor allem aber möge Gott Einheitssinn und Verstand in die Herzen der patriotischen Schwätzer und der Regierungen Deutschlands senden, vor allem müssen wir über die kleinlichen Eifersüchteleien des parlamentarischen Lebens hinaus sein, wenn wir mit der alten deutschen Derbheit und Kraft gegen außen auftreten wollen. Aber wann wird's sein? Wenn wir aber auf friedlichem Wege des Vertrags mit der türkischen Regierung oder bei einer Erschütterung der orientalischen Frage Cypern und Rhodus oder sonst was erwerben, so gewinnen wir dadurch ein vortreffliches Asyl für Tausende von Proletariern, wir gewinnen Seehäfen und Handelsschiffe, Marine und Seeleute. Ebenso ist Syrien und Kleinasien nicht außer

Augen zu lassen und möglichst dahin zu trachten, die Russen und Engländer dort zu beschränken, und dazu ist vor allem nötig, keine protestantischen Bischöfe und Missionare dorthin zu schicken, sondern sich einen Halt an der katholischen Welt des Orients zu verschaffen. Deutsche Konsulate, mit tüchtigen Männern besetzt, sind eine der dringendsten Aufgaben des Reichsministeriums. Eher aber keine Konsuln als schlechte! Ein Konsul im Orient muß katholisch sein, der orientalischen Sprachen mächtig, gewandt und im Handelsfach erfahren, dabei muß der Generalkonsul in jeder Hinsicht ein guter Diplomat sein. Bis jetzt weiß man im Orient von Oesterreich nicht viel Gutes, von Preußen, daß es den protestantischen Bischof und Judenbekehrungen in Jerusalem befördert, von Deutschland gar nichts. Es ist eine der niederschlagendsten Empfindungen, als Deutscher im Orient zu reisen. Mehr als je beklage ich die Erbärmlichkeit, mit der man die erste Zeit der Revolution hat verstreichen lassen, ohne etwas Tüchtiges und Ganzes zu schaffen, damals, wo noch alle einzelnen Regierungen ohne Kraft waren. Doch wozu klagen! Suchen wir zu retten, was noch zu retten ist!

Am 19. konnte das Schiff Haifa verlassen und langte am 21. Januar 1849 vor Alexandria an. Bis zum 29. dauerte die Quarantäne. Am 30. konnten der Fürst und die Fürstin landen und trafen am 31. in Kairo ein, von wo in der Zeit bis zum 15. Februar eine Reise nach Oberägypten gemacht wurde. Vom 16. bis 19. verweilten die Reisenden wieder in Kairo, reisten am 20. Februar nach Alexandrien und vom 21. bis 25. nach Malta. Nach mehrtägiger Quarantäne landete das fürstliche Paar am 6. März in Neapel und traf am 9. in Molo di Gaëta ein. In Neapel hatte der Fürst die folgenden Briefe des Reichsministers Heinrich von Gagern gefunden:

Frankfurt, 6. Januar 1849.

Ihren gefälligen Bericht vom 17. v. M. habe ich richtig erhalten, und mit wahrer Teilnahme und Befriedigung hat der Reichsverweser durch mich die Benachrichtigung von dem so sehr entsprechenden Empfange erhalten, welchen E. D. in Athen getroffen haben ... Da für den Augenblick dem Reichsministerium keinerlei Veranlassung zur Verlängerung Ihres Aufenthalts in Athen bekannt ist, so soll ich Sie ersuchen, sich, sobald es geschehen kann, zu Seiner Heiligkeit dem Papste, sei es in Gaëta oder wo er sonst zu treffen sein wird, zu verfügen und die Uebergabe der Notifikation des Reichsverwesers zu bewirken. Die unbestimmbare, vielleicht nur noch kurze Dauer des Provisoriums liegt diesem Wunsche des Ministeriums zugrunde, und der Art nach zu urteilen, wie der Aufenthalt Seiner Heiligkeit in Gaëta eingerichtet zu sein scheint, zweifle ich keines-

wegs daran, daß der Papst dort Gesandte empfangen werde. Vom Hoflager des Papstes würde E. D. dann nach Florenz reisen. Ihrem Berichte sehe ich mit vielem Interesse entgegen.

23. Januar 1849.

E. D. wird der Erlaß vom 6. Januar, durch welchen ich Sie ersuchte, Seiner Heiligkeit dem Papste an dem Orte seines jetzigen Aufenthalts das Notifikationsschreiben vom 12. November v. J. zu übergeben, richtig zugekommen sein. Ich erhielt inzwischen auch Ihren gefälligen Bericht aus Athen vom 23. Dezember v. J. und bin mit der Ihrer Reise gegebenen Einrichtung einverstanden. Da die Zeit, welche Sie für Ihre Abwesenheit von Athen bestimmten, unterdessen abgelaufen ist und ich zweifle, ob Sie gegenwärtiger Erlaß noch daselbst getroffen haben würde, so erhalten Sie denselben in Gaëta durch Vermittlung der Kgl. preußischen Gesandtschaft in Neapel, an welche er heute abgeht. Als Anlagen folgen bei:

1. Abschrift eines Schreibens, welches der Heilige Vater d. d. Gaëta 4. v. M. u. J. an den Reichsverweser gerichtet hat,
2. das Antwortschreiben des Reichsverwesers nebst
3. offener Abschrift und
4. Uebersetzung desselben,

die beiden letzteren zur vorläufigen Mitteilung an die auswärtige Kanzlei des Papstes. Das Antwortschreiben des Reichsverwesers ersuche ich Sie Seiner Heiligkeit zu überreichen, was gleich nach erfolgter Uebergabe des erwähnten Notifikationsschreibens wird geschehen können.

Auf diese Erlasse berichtet der Fürst am 10. März 1849:

... Gestern traf ich hier ein und begab mich heute morgen zu Kardinal Antonelli, der als Prosegretario di Stato die Geschäfte eines Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten versieht, überreichte demselben das an den Kardinalstaatssekretär gerichtete Schreiben des Ministeriums sowie Abschrift und Uebersetzung des Notifikationsschreibens vom 12. November v. J. und der Antwort Sr. K. H. des Reichsverwesers auf das Schreiben des Heiligen Vaters vom 4. Dezember, und bat den Kardinal, bei Seiner Heiligkeit um eine Audienz für mich nachzusuchen. Kardinal Antonelli erklärte sich sogleich bereit, mich vorzustellen, und führte mich nach vorgängiger Meldung zum Heiligen Vater, der in demselben Hause wohnt. Die Etikette und das Zeremoniell sind in Gaëta durch die Umstände sehr vereinfacht, so daß diese Audienz als eine vollkommen entsprechende gelten kann, um so mehr, als auch die übrigen neu beglaubigten Gesandten und sogar der belgische Botschafter in gleicher Weise bei dem Heiligen Vater eingeführt worden sind.

Ich wurde gleich beim Eintreten vom Heiligen Vater mit herzlichem

Zuruf begrüßt, setzte mich nach dem üblichen Zeremoniell dem Heiligen Vater gegenüber und erwähnte nun des Zwecks der Sendung, überreichte das Notifikationsschreiben und sodann das Schreiben des Reichsverwesers vom 23. Januar, welches letztere ich noch mit der Versicherung der tiefen Betrübnis Sr. K. H. über die Ereignisse in Rom begleitete, Gefühle, die ich auch im Namen von ganz Deutschland aussprach. Diese Worte nahm der Heilige Vater sehr freundlich auf und knüpfte hieran die Bemerkung, wie das feste Zusammenhalten der Regierungen Europas um so notwendiger sei, als es sich um einen Kampf der Barbarei gegen Religion und gesellschaftliche Ordnung handle. Ich erwähnte nun der einheitlichen Bestrebungen in Deutschland und ihres gleichen Zwecks der Befestigung staatlicher und sittlicher Ordnung, worauf dann der Heilige Vater mit Wärme seine rege Teilnahme an der Einheit Deutschlands zu erkennen gab, das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen als den „nodo gordiano che vuol essere sciolto" bezeichnete und hinzufügte, er bete für die glückliche Beendigung der deutschen Angelegenheiten. Hierauf sprach der Heilige Vater noch mit der ihm eignen Liebenswürdigkeit von einigen mich persönlich betreffenden Angelegenheiten, worauf die Audienz beendigt war. Dieselbe wird, wie dies im Hoflager des Papstes nun gebräuchlich ist, in Ermanglung eines eignen Organs im neapolitanischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Wie dem Reichsministerium bereits bekannt sein dürfte, ist auch der Großherzog von Toskana hier anwesend, empfängt aber bis jetzt keine Gesandte. Für den Fall jedoch, daß, wie das Gerücht geht, ein französischer Gesandter an den Großherzog hier ankommt, würde ich dies als ein Präzedenz betrachten und auch meinerseits mein Schreiben abgeben. Ueber die politischen Verhältnisse behalte ich mir vor in meinem nächsten Berichte Vortrag zu erstatten, bemerke nur unterdessen, daß ich mich den Bestrebungen der hiesigen Diplomatie, den Papst auf geeignetem Wege in seine unabhängige Stellung in seinen Staaten zurückzuführen, anschließen werde.

Bericht vom 24. März 1849.

Der Prosegretario di Stato Seiner Heiligkeit des Papstes hat mir auf mein Ersuchen die Dokumente mitgeteilt, welche einerseits auf die Stellung des Heiligen Vaters zu der in Rom herrschenden usurpatorischen Regierung, anderseits auf die Verhältnisse Seiner Heiligkeit zu den europäischen Regierungen und die von denselben begehrte Intervention Bezug haben.

Der Stand der Interventionsfrage ist heute folgender:

Auf die Bitte des Papstes um Intervention haben sich die vier an-

gerufenen Mächte[1]) zur Intervention bereit erklärt, die Regierungen von Neapel und Spanien hatten dies bereits früher getan, die Antworten der französischen und der österreichischen Regierung sind vor wenigen Tagen eingetroffen. Auch hält, wie mir Kardinal Antonelli heute mitteilte, Frankreich seine Truppen zur Einschiffung an die italienische Küste bereit. Um über die Art der Intervention und deren Zeitpunkt zu beraten, soll in diesen Tagen eine Konferenz der Bevollmächtigten von Frankreich, Oesterreich, Neapel und Spanien in Gaëta stattfinden. Wenn nun gleich die Entscheidung nahe bevorsteht, so kann man sich doch nicht verhehlen, daß die eigentümliche Lage der französischen Regierung gegenüber der Nationalversammlung und ihr Verhältnis zu Oesterreich im Schoße der Konferenz Schwierigkeiten aller Art hervorrufen können. Dies verhehlt sich auch der Kardinal-Staatssekretär nicht, glaubt aber doch vermittelnd eingreifen zu können und vertraut hauptsächlich darauf, daß er die ganze Frage möglichst vom religiösen Standpunkte aus behandelt habe, die politischen Folgen bis nach beendigter Intervention vorbehaltend.

An das übrige diplomatische Korps sowie an mich sind keine Mitteilungen ergangen. Ich werde also nur dem Gang der Verhandlungen zu folgen suchen und seinerzeit weiter zu berichten die Ehre haben.

Bericht aus Neapel 11. April 1849.

Da eine Veranlassung zur Verlängerung meines Aufenthalts in Gaëta nicht gegeben war, so verabschiedete ich mich vorgestern bei dem Heiligen Vater und wurde auf die freundlichste Weise entlassen. Dem Großherzog von Toskana konnte ich das Schreiben des Reichsverwesers nicht übergeben. Denn wenn auch der Großherzog wahrscheinlich in nächster Zeit einen auswärtigen Minister in seine Nähe berufen und Gesandte empfangen wird, so konnte ich diesen Zeitpunkt bei der voraussichtlich nur noch kurzen Dauer des Provisoriums in Deutschland nicht abwarten. Ich habe dies dem Großherzog mitgeteilt und mich privatim bei ihm empfohlen. Da ich mit einem der nächsten Dampfschiffe nach Deutschland abreise, so werde ich demnächst die Ehre haben, meine Berichte mündlich zu ergänzen.

In einem Briefe aus Neapel vom 11. April 1849 schreibt der Fürst der Prinzessin Amalie: „Mein Aufenthalt in Gaëta in der Umgebung des vortrefflichen und edeln Papstes war sehr schön, und ich rechne ihn zu den erhebendsten Tagen meines Lebens."

Noch in Gaëta hatte der Fürst die Nachricht erhalten, daß König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone abgelehnt hatte. „Damit war,"

---

[1]) Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel.

heißt es in der obenerwähnten Notiz, „das Schicksal des Frankfurter Reichs besiegelt. Ich verabschiedete mich bei dem Papst und dem Großherzog von Toskana, an den ich mein Schreiben nicht abgeben konnte, da er keinen Minister des Aeußern hatte. Er sagte: ‚Grüßen Sie meinen Vetter in Frankfurt!‘ Wir gingen nach Neapel, blieben da den Monat Mai und kehrten über Paris nach Frankfurt zurück."

Als sich der Fürst bei dem Erzherzog Reichsverweser zur Audienz gemeldet und eine Stunde erhalten hatte, wurde ihm eine Stelle in dem Ministerium Grävell, das am 17. Mai der Nationalversammlung vorgestellt war, angeboten. Er lehnte ab, „da er keine Lust hatte, einem Ministerium anzugehören, das nur dazu berufen war, das Reich zu Grabe zu tragen". Als der Fürst den Erzherzog sah, sprach dieser nicht mehr davon.

Mit dem Ende der Reichsgesandtschaft war die aktive Beteiligung des Fürsten an der Politik vorläufig abgeschlossen. Er war wieder im wesentlichen auf die Rolle des Beobachters beschränkt. Die Eindrücke, die der allmähliche Niedergang der nationalen Hoffnungen und der beschämende Abschluß der Bewegung in ihm erregte, sind aus den Briefen an die Schwester und aus den Reden in der Kammer der Reichsräte zu erkennen.

An die Prinzessin Amalie.

München, 18. November 1849.

... Es ist ein eigentümliches Band geistiger Verwandtschaft, das uns Geschwister alle fest zusammenhält und von dem andre Menschen selten einen Begriff haben. Ich habe es in wenigen Familien gefunden. In der Gesellschaft der großen Welt findet man solchen Geist selten. Im allgemeinen und insbesondere hier ist die große Welt im innersten Herzen sehr gemein. Gut, wenn Du willst, freundlich, weniger schlecht, als sie von Landpastoren gewöhnlich geschildert wird. Aber es ist gar wenig dahinter. Mit den edeln Menschen, die diese Stadt birgt wie jede andre, kommt man schwer zusammen. Ich werde in solcher Umgebung, ohne es zu wollen, Demokrat; gerade, wie es mir in der Kammer geht, wo ich durch die Partei eingesäumter Aristokraten, die es sind ohne innere Berechtigung, auf die linke Seite getrieben und zum Beispiel bei der letzten Sitzung veranlaßt wurde, die deutsche Nationalversammlung gegen stupide Angriffe eines alten Herrn in Schutz zu nehmen. Wir haben eine interessante Sitzung über die deutsche Frage gehabt, und ich habe vor einer gedrängt gefüllten Galerie ziemlich gut gesprochen. Ich freute mich bei dieser Gelegenheit meiner Ruhe und Unbefangenheit. Es ist ein Glück in unsrer Zeit, wenn man dazu gelangt ist, ohne Verlegenheit klar vor vielen

Menschen zu reden. Meine sehr zahme Rede ist aber doch zu antiministeriell gefunden worden, und ich werde dadurch bei Hofe in Verruf kommen. „Kein Vernünftiger kann zergliedern, was den Menschen wohlgefällt."

Die Sitzung, die dieser Brief erwähnt, fand am 12. November statt und betraf die Haltung der bayrischen Regierung in der deutschen Frage, für welche die Kammer dem Ministerium ihre „dankbare Anerkennung" aussprach. Diese „dankbare Anerkennung" bezog sich, wie die Verhandlungen ergeben, auf die Ablehnung sowohl der Frankfurter Verfassung wie des Dreikönigsbündnisses. Fürst Hohenlohe schloß sich von diesem Votum nicht aus, erklärte aber bezüglich des Beitritts zum Dreikönigsbündnis folgendes: „Wäre die Frage der hohen Kammer vorgelegt worden, als sie noch eine offene war, wäre die hohe Kammer aufgefordert worden, sich zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zu diesem Bündnisse gebe, so gestehe ich, daß ich geraten haben würde, diese Zustimmung zu erteilen. Ich gehe von dem Grundsatze aus, daß eine starke Zentralgewalt nottut, und von diesem Standpunkte aus würde ich mir die Frage erlaubt haben, ob denn auf einem andern Wege dem Drange nach nationaler Einigung entsprochen werden könne als auf dem, der in großen Grundzügen in dem Dreikönigsbündnis enthalten ist.

Sämtliche deutschen Staaten sind konstitutionell monarchisch; es kann also eine autokratische Form der Zentralgewalt nicht wohl gedacht werden. Ein Parlament an der Seite dieser Zentralgewalt ist eine allgemein anerkannte Notwendigkeit. Nun ist aber meiner Ansicht nach eine kollegiale Führung der Exekutive gegenüber einem Parlament eine sehr gefährliche Sache. Ein Direktorium von Bevollmächtigten — denn Direktoren müssen immer bevollmächtigt sein —, ein Gesamtkollegium, überhaupt jede von diesen vielköpfigen Gestaltungen der Zentralgewalt wird immer nach Instruktionen handeln. Nun ist aber einem Parlament gegenüber durchaus notwendig, rasch, entschieden und kraftvoll zu handeln. Mir scheint, daß eine solche Kraftentwicklung, solche Raschheit, solche Entschiedenheit in der Ausführung nicht wohl mit dem Handeln nach Instruktionen vereinbar wäre; wir haben dies damals erfahren, als der Bund in seiner früheren Form noch existierte, und ich glaube, daß bis jetzt wenigstens das Rätsel noch nicht gelöst ist. Doch ich schweige heute von alledem. Die Frage über den Dreikönigsbund ist in diesem Augenblicke eine geschlossene. Sie ist wenigstens jetzt in ein Stadium getreten, in welchem eine weitere Verteidigung desselben zwecklos ist. Das bayrische Volk hat sich in seiner Vertretung gegen den Dreikönigsbund ausgesprochen. Die königliche Regierung hat den Dreikönigsbund zurückgewiesen, gestützt auf die Mehr-

zahl des bayrischen Volks. Meine entgegenstehenden persönlichen Ansichten, die ich jedoch in wenigen Worten vortragen zu müssen glaubte, müssen deshalb zurücktreten, sie berechtigen mich nicht, der Regierung deshalb zu zürnen, weil sie das getan hat, was die Mehrzahl des Volks will. In einer Frage, wo es sich um die Rechte eines ganzen Volks, um die Selbständigkeit eines Staates handelt, muß die persönliche subjektive Ueberzeugung des einzelnen zurücktreten. Ich weiß auch gar keinen andern Weg anzugeben, welchen die Regierung hätte einschlagen sollen, um die Wünsche des Volks mit dem Prinzip der Einigung des ganzen Deutschlands in Einklang zu bringen. Es ist schwer, ja fast unmöglich, den Wunsch nach nationaler Einigung zu erfüllen und zu der gleichen Zeit die ganze Selbständigkeit eines einzelnen Staates aufrechtzuerhalten. Wenn die Einheit im Jahre 1848 zugrunde gegangen ist, so ist es nicht sowohl durch die Sonderinteressen der Dynastien als durch die Feindseligkeiten der einzelnen deutschen Stämme geschehen. Das ist eine traurige Wahrheit; es ist aber notwendig, daß man sich die Wahrheit so oft als möglich gestehe. Unter solchen Verhältnissen, muß ich bekennen, konnte die Staatsregierung nicht anders handeln, als sie gehandelt hat."

An die Prinzessin Amalie.

München, 22. Dezember 1849.

... Gegenwärtig lesen wir immer von Zeit zu Zeit in Humboldts Briefen an eine Freundin. Darin finde ich meine eignen Gedanken auf jeder Seite. Doch kam ich in der letzten Zeit sehr wenig zum Vorlesen. Meine Tage waren vollkommen absorbiert durch die reichsrätliche Tätigkeit. Ich habe mir vor einigen Tagen durch eine recht gute improvisierte Rede einen großen Ruf erworben. Dieses événement war an jenem Tage der Gegenstand aller Gespräche. Da der Gegenstand nicht allgemeine Bedeutung hatte, so wirst Du die Sache nicht in der „Augsburger Zeitung" finden. Ich selbst bin gegen diese Erfolge gleichgültig. Ich freue mich, daß ich so etwas zustande bringe, weil es sehr unangenehm ist, wenn in ernsten Zeiten die Form uns am Handeln hindert. Doch macht mir dergleichen keine Freude.

Die Verhandlungen der Kammer, auf die sich diese Mitteilungen beziehen, betrafen die strafrechtliche Verfolgung der Pfälzer Revolutionäre. In der Sitzung vom 18. Dezember hatte Graf Arco-Valley im Gegensatz gegen die „jungen Reichsräte" sich selbst als einen „Hemmschuh auf dem Wege zur Republik" bezeichnet. Die Erwiderung auf diesen Angriff war wohl die „improvisierte Rede", von der der Fürst berichtet. Ueber die Frage der Amnestie sagt der Fürst in einer Aufzeichnung aus diesen Tagen:

Ich glaube, es dürften alle, die an den verbrecherischen Bestrebungen des letzten Frühjahrs teilgenommen haben, in zwei Hauptabteilungen zerfallen:
1. die eigentlichen Demagogen oder Radikalen von Profession,
2. Revolutionäre aus vorübergehenden Motiven.

Es ist bekannt, daß eine Partei, eine weitverbreitete Sekte besteht, die, mit der gegenwärtigen sittlichen und staatlichen Ordnung der Dinge zerfallen, eine neue erstrebt. Durch das Studium der Philosophie, insbesondere der Hegelschen, sind die Führer dieser Partei zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Christentum eine Lüge, der christliche Staat also auf Irrtum gegründet sei. Sie wollen also die von ihnen erkannte Wahrheit in Religion und Staat zur Geltung bringen. Was sie uns Positives bringen wollen, habe ich bei den eifrigsten Forschungen nie recht erfahren können. Wo sie zum praktischen Handeln gezwungen werden, ist das Geltendmachen der Theorie, die ihnen vorschwebte, an dem bloß negierenden Charakter eben dieser Theorie zugrunde gegangen. Mazzini in Italien, Pierre Leroux in Frankreich, Karl Vogt — ich nenne nur besonders hervorragende Persönlichkeiten der Partei —, alle haben sich bisher nur im Verneinen bedeutend gezeigt. Wäre aber auch diese Partei imstande, ein neues religiöses und soziales Gebäude aufzuführen, so könnte sie es nur, nachdem sie das bestehende vollständig zerstört hätte. Hier begegnet sie nun dem Widerstande der vernünftigen Männer. Es ist klar, daß aus einer Zerstörung der gegenwärtigen Zivilisation nur Barbarei entstehen kann. Es ist also Pflicht, den Bestrebungen der radikalen Partei mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Die radikale Partei ist zu klug, als daß sie zur Versöhnung, die ihr nichts nutzt, je die Hand bieten sollte. Sie will eben Kampf. Dieser also Verzeihung, Milde zuteil werden zu lassen, wäre Schwachheit.

Allein gerade diese Partei ist in der Pfalz wenig vertreten. Ihre Führer haben sich fast alle in Sicherheit gebracht. Es bleibt uns hauptsächlich die zweite Klasse, nämlich die Revolutionäre aus vorübergehender Veranlassung, die politisch Aufgeregten, deren Bewegung sich legt wie die Wellen des Meeres, wenn der Sturm aufhört. Als im vergangenen Jahre die Begeisterung für das einige Deutschland das Land durchzog, da stellten sich edle Männer an die Spitze der Bewegung und sagten dem Volke: „Beruhigt euch, wir wollen auf gesetzlichem Wege ein einiges Deutschland schaffen!" Die Nationalversammlung trat zusammen, das Volk beruhigte sich und wartete. Es wartete ruhig ein ganzes Jahr. In diesem Jahre beruhigte sich die Revolution, die Regierungen erstarkten. Ja, die Begeisterung für die deutsche Einheit erkaltete in manchen Herzen. Viele von denen, welche in Frankfurt zusammensaßen, hatten selbst nicht Lust, das Werk zustande zu bringen. Als nun die Verfassung mit Not und Mühe

zustande kam, da erwachte in vielen Männern von neuem die Begeisterung, die Erregung, wie im Jahre 1848. Aber die Zeiten hatten sich geändert. Was im vorigen Jahre geduldet wurde, weil man es nicht hindern konnte, es war jetzt Verbrechen. Das aber begriff jener bewegliche Teil des Volks nicht. Er konnte nicht wissen, daß das, was im März 1848 manchem Bewegungsmann zu hohen Ehren verholfen hatte, nun Vergehen sei. Er kannte die Zeit nicht. Gewiß, es ist schwer, sich immer von den politischen Konstellationen genaue Rechenschaft zu geben, genau zu berechnen, was gelingen wird, was nicht. Dieser Teil des Volks wußte nicht, daß die Regierung nun von kräftigen Männern geleitet wurde, die die Revolution zu besiegen wußten, die dem Gesetze Achtung zu verschaffen die Kraft hatten. Diese erregten Gemüter wußten nicht, daß die Zeit vorüber sei, wo man in Katzenmusiken die öffentliche Meinung zu erkennen glaubte. Daß das Volk alles dies nicht wußte, daß es im Glauben an eine Revolution handelte, die nicht mehr existierte, das ist der Hauptfehler, den die meisten Angeklagten und Kompromittierten begangen haben.

Die Stimmung des Fürsten bei dem Schwinden der letzten patriotischen Hoffnungen, die sich an das Dreikönigsbündnis geknüpft hatten, spricht sich in einem scharfen Artikel aus, in dem er in Nr. 71 des „Frankfurter Journals" die Thronrede des Königs von Württemberg besprach. „Durch die ganze Thronrede," heißt es darin, „klingt ein unheimlicher Ton, der von den Gefahren erzählt, die uns von außen drohen, wenn das württembergische und das deutsche Volk nicht den väterlichen Ermahnungen seiner Monarchen folgt und noch weiter dem Traumbilde der deutschen Einheit nachjagt. Wir vernehmen ausdrücklich, daß die Realisierung des Bundesstaates nicht möglich sei, ‚ohne Verletzung jener feierlichen Traktate, worauf unsre Stellung und unsre Unabhängigkeit gegen Europa sowie das politische Gleichgewicht Europas überhaupt beruht'. Wir hören von den ‚Gefahren, zu denen das Bündnis vom 26. Mai sowohl im Innern als nach außen führen muß'. Es ist also jetzt dem erhabenen Redner klar, daß das Ausland unsre Unabhängigkeit gefährden könnte, daß eine Einmischung der fremden Mächte in unsre innersten Angelegenheiten bevorstehe. So weit sind wir also gekommen, daß man die politische Schamhaftigkeit in einem deutschen Königreiche ganz ablegt und vor den Augen von ganz Europa gesteht, daß wir es nicht mehr wagen, uns eine Verfassung zu geben, wie sie *unsern* Bedürfnissen entspricht, sondern daß die letzte Stimme den Mächten zusteht, die die Verträge garantiert haben! So weit ist es also gekommen, daß man diese Geständnisse einer demokratischen Versammlung ohne Scheu macht und

machen kann! Wahrlich, man hätte besser getan, in der Thronrede vom ‚alten Recht‘ zu schweigen, wenn man die alte Ehre so ganz und gar verleugnet."

Kurz vor der Katastrophe von Olmütz schreibt der Fürst an die Prinzessin Amalie:

Sayn, 16. November 1850.

... Ich war gestern bei der Prinzessin von Preußen zum Tee. Sie war sehr niedergebeugt durch die neuesten politischen Ereignisse;[1]) sie ist so von Schmerz und Jammer über die Berliner Jämmerlichkeiten erfüllt, daß es einem leid tut, sie anzusehen. Ich möchte sie mit einer Niobe vergleichen. Jedenfalls ist der Vergleich auch deshalb richtig, weil sie im Untergang Preußens auch den Untergang der Zukunft ihres so vortrefflichen und vielversprechenden Sohnes betrauert.

---

[1]) Entlassung von Radowitz am 2. November nach der „vorläufigen Uebereinkunft" in Warschau am 28. Oktober, durch welche die Unionsverfassung aufgegeben wurde.

Drittes Buch

Aus den Jahren 1850 bis 1866

Für die Jahre 1850 bis 1866 fehlt das Material, um eine zusammenhängende Darstellung von dem Leben und Wirken des Fürsten aus seinen eignen Worten herzustellen. Ein fortlaufendes Tagebuch hat er in dieser Zeit nicht geführt, und die Briefe an die Prinzessin Amalie, in welchen vor der Heirat das Innenleben des Fürsten sich aussprach, nehmen, seit er in einer glücklichen Ehe lebte, begreiflicherweise einen andern Charakter an, beschränken sich auf tatsächliche Mitteilungen über die Erlebnisse und Geschäfte des Tags. Auch fehlt dieser Periode die Einheit, welche in den Entwicklungsjahren durch das Werden der Persönlichkeit gegeben ist. Diese ist gewissermaßen fertig und sucht nach einer Gelegenheit, sich in der Politik zu betätigen. Aber die Zeit war dafür nicht günstig. Der nationale Idealismus des Jahres 1848 war in der Oede der Reaktion erstorben und ein ehemaliger Reichsgesandter hatte keine Aussicht, von der bayrischen Regierung geschätzt und im Staatsdienste verwendet zu werden. Für einen nach seiner Bildung und sozialen Stellung konservativ gerichteten, dabei aber von starkem Nationalgefühl erfüllten Politiker bot das Bayern der fünfziger Jahre keine Gelegenheit, seine Kraft zu betätigen. Es ist psychologisch interessant, wie der Drang nach politischem Wirken den Fürsten allmählich zu einem Kompromiß mit den Verhältnissen führt, in denen allein ein solches Wirken für ihn möglich war, wie er bestrebt ist, seinen Frieden mit dem bayrischen Königtum zu machen und wie unter der Einwirkung dieser äußeren Gegebenheiten auch seine politischen Anschauungen allmählich eine Wendung nehmen, die ihn dem bayrischen Partikularismus näher bringt. Er wird ein Anhänger der Triasidee nicht aus innerer Ueberzeugung, aber aus dem Gefühle, daß bei der scheinbaren Aussichtslosigkeit des kleindeutschen Programms, bei der zweifellosen Unmöglichkeit einer großdeutschen Politik die Sammlung der in den süddeutschen und mitteldeutschen Staaten vorhandenen nationalen Kräfte zu einem dritten Deutschland immer noch den Vorzug verdiene vor der völligen Zersplitterung und Machtlosigkeit tüchtiger deutscher Stämme. Diese bayrisch-partikularistische Wendung ist besonders deshalb beachtenswert, weil sie auch in der späteren Wirksamkeit des Fürsten an der Spitze des bayrischen Staats nachwirkt und weil gerade diese Konzession an den Partikularismus die Voraussetzung war für die nationale Politik des

bayrischen Ministerpräsidenten. Nur ein Staatsmann, an dessen korrekt bayrischer Gesinnung nicht zu zweifeln war, konnte das Vertrauen König Ludwigs II. gewinnen und die nationale Haltung dieses Fürsten in den großen und entscheidenden Fragen der deutschen Politik bestimmen.

1. Paris und Rußland.

Im Dezember 1850 reiste der Fürst mit seiner Gemahlin für mehrere Monate nach Paris. Von dort schrieb er der Prinzessin Amalie am 15. Dezember:

... Die ersten acht Tage benutzten wir neben unsern Einrichtungsgeschäften, die verschiedenen Theater zu besuchen, weil dies nicht mehr möglich ist, wenn man abends ausgeht ... Die Theater sind interessant und lehrreich, was die Sprache anbetrifft. Madame Rachel und Madeleine Brohan in der Comédie Française sind sehr merkwürdig. Letztere wird besonders ihrer Schönheit wegen applaudiert, erstere ist über alle Kritik erhaben, so daß man sogar ihr Judengesicht vergißt. Im Théâtre de la Gaîté wird ein Melodrama „Paillasse“ gegeben, das von Frédéric Lemaître außerordentlich gut dargestellt wird. Die neue Oper „L'enfant prodigue“ von Auber ist der Gegenstand aller Unterhaltung. Es ist die Geschichte aus der Bibel und spielt in Aegypten und Palästina. Ein größeres Aergernis als diese Oper kann man sich nicht denken, ja am Schluß kommt eine Szene vor, wo der Himmel sich auftut und man die Engel mit Harfen sieht. Die Dekorationen sind prachtvoll, die Musik elend, und während fünf Stunden muß man dieses Gebärmel mit anhören. Einmal und nicht wieder!

Madame Sontag sah ich im „Barbier de Séville“. Ein sonderbarer Eindruck, nachdem ich sie zuletzt in ihrem Salon in Berlin gesehen hatte.[1])

Unsre „entrée dans le monde“ haben wir bei Frau von Narischkin gemacht. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, uns möglichst schnell bekannt zu machen, und hat dies mit der größten Freundlichkeit und Gewandtheit ausgeführt. Wir fanden viele Bekannte in ihrem Salon aus Athen und Neapel, so daß ihr ihre Aufgabe erleichtert wurde. Tags darauf ließ ich mich durch den bayrischen Gesandten bei dem Präsidenten vorstellen. Die Masse geht in die großen Salons, vornehme Leute in die kleinen Appartements des Präsidenten. Hier hinein führte mich Wendland. Im ersten Salon fanden wir den Hofstaat und an der Tür des zweiten einen kleinen Mann mit dem Gesicht eines bayrischen Chevaulegeroffiziers und dem großen Band der Ehrenlegion. Es war „le Prince“.

[1]) Henriette Sontag (1803 bis 1854) hatte als Gräfin Rossi von 1843 bis 1849 in Berlin gelebt.

Ich wurde ihm vorgestellt, und dann sprach er mit mir über Bayern: „J'y ai passé ma jeunesse, à Augsbourg, et j'en conserve toujours un très bon souvenir.“[1]) Er erzählte von einem Prinzen Hohenlohe, den er in München gekannt hatte. Dann wurde ich der Prinzeß Mathilde vorgestellt, einer dicken, schönen Dame mit Diamanten. Bald darauf setzte sich die ganze Gesellschaft in Bewegung und defilierte in die Tanzsäle, wo das Publikum Spalier bildete, um uns wie einen großen Hofstaat durchgehen zu sehen. Im Saal wurde ich Lord und Lady Normanby vorgestellt. Lord Normanby ist ein großer krausköpfiger, immer lächelnder Engländer mit vielen Orden, Lady Normanby ein dickes, impassibles Wesen mit Diamanten. Graf Hatzfeld, der preußische Gesandte, den ich auch kennen lernte, ein rheinischer Rittergutsbesitzer dans toute la force du terme. Seine Frau eine geistreiche Französin. Der österreichische Gesandte Hübner ist eine Mélange zwischen Liszt und Karl von Koschentin,[2]) geschickt und gewandt wie alle österreichischen Diplomaten. Die Russen sind zahlreich und für uns sehr liebenswürdig, im übrigen abgeschliffen und leer.

Gestern abend waren wir bei der Herzogin von Maillé, einer freundlichen Dame mit grauem Schnurrbart. Die Annehmlichkeit, in einen Salon von wenig Menschen zu kommen, von denen man niemand kennt, wurde uns da zuteil. Man bleibt jedoch nur eine halbe Stunde in diesen Avant-soirées. Nachher gingen wir zur Fürstin Lieven. Dort war es mir interessant, alle möglichen merkwürdigen Leute zu sehen und kennen zu lernen. Guizot ist eine gleich im ersten Augenblick auffallende Erscheinung. Er ist der einzige Mensch, den ich in der Pariser Welt bisher getroffen habe, der nicht an andre Dinge denkt oder zu denken scheint, wenn er mit einem spricht. Es ist dies sehr schwer und es gehört viel geistige Kraft dazu, in diesem heillosen Geschrei eines Pariser Salons und umgeben von den verschiedenartigsten Personen nicht verwirrt zu sein und zu scheinen. Molé[3]) ist ein ernster Mann, aber auch zerstreut, Berryer,[4]) der ebenfalls da war, den ich aber nicht kennen lernte, sieht aus wie ein Landpfarrer. Unter den Damen, die ich bisher gesehen, zeichnet sich Madame Kalergi durch Schönheit, Fürstin Grassalkowitsch durch rüstiges Alter, Madame Gudin durch Fett und naive Bemerkungen

---

[1]) Napoleon hatte von 1816 ab mit seiner Mutter Hortense mehrere Jahre in Augsburg gelebt und das dortige Gymnasium zu St. Anna besucht.

[2]) Prinz Karl zu Hohenlohe-Ingelfingen (1820 bis 1890) auf Koschentin.

[3]) Graf Louis Mathieu Molé, konservativer Staatsmann, Minister unter Louis Philippe.

[4]) Der berühmte Redner, Verteidiger Neys und Napoleons nach dem Unternehmen von Boulogne.

aus. Junge Mädchen sah ich bisher nicht, nur auf dem Ball bei dem Präsidenten einige.

Im allgemeinen ist alles hier sehr vormärzlich, mein Kutscher schreit mir immer „oui, Monseigneur“ zu. Wer einen Orden hat, trägt ihn immer, überall und zu allen Tageszeiten. Das Leben ist indessen angenehm und leicht, die Soireen, da deren viele an demselben Abend sind, kurz und bloße Visiten . . .

4. Februar 1851.

. . . Ich höre einen sehr interessanten cours bei Michel Chevalier über Nationalökonomie, wohin ich mit Marie, Fürstin Mentschikoff und Frau von Seebach fahre. Das Collège de France ist leider so weit, daß ich die übrigen cours, wie einen ganz verrückten cours de philosophie bei Michelet, nur ab und zu besuchen kann. Dienstag und Freitag um 7½ Uhr liest Blanqui[1]) in dem Conservatoire des arts et métiers über „économie industrielle“, eine höchst interessante und merkwürdige Vorlesung, die ich aber der Diners wegen nur selten besuchen kann. Es ist besonders merkwürdig, die verschiedenen Zuhörerklassen zu beobachten, Damen und Herren auf den reservierten Plätzen und Blusenmänner in Masse auf dem Amphitheater . . . Im allgemeinen gehe ich beruhigt, um manche Illusion ärmer von hier fort, also reicher im Innern. Marie fühlt mit jedem Tag mehr den Wert unsrer stillen Existenz in Schillingsfürst zunehmen und hat nun einen Schritt näher zum wahren Frieden getan. Und im Augenblick, wo alle diese Erfahrungen uns den Aufenthalt in der Heimat wert und teuer machen, droht uns eine unabweisbare Pflicht in die Ferne zu führen und eröffnet sich mir die Aussicht auf eine mühevolle aber fruchtbare Existenz.

Die letzte Bemerkung bezieht sich auf eine Uebereinkunft des Fürsten mit seinem Schwiegervater, dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein, nach welcher der Fürst die Verwaltung der großen Besitzungen in Rußland übernehmen sollte, welche das Erbteil der Fürstin und ihres Bruders von ihrer am 26. Juli 1832 verstorbenen Mutter geb. Prinzessin Stephanie von Radziwill bildeten. Die Uebersiedelung nach Rußland wurde für den Herbst 1851 festgesetzt.

An die Prinzessin Amalie.

Schillingsfürst, 24. Juli 1851.

. . . Nach London zu gehen habe ich große Lust, doch weiß ich nicht, wie ich es bei meinen bevorstehenden großen Reiseplänen machen soll. Es wird wohl nicht möglich sein, und ich werde, wenn auch mit großem Bedauern,

---

[1]) Nationalökonom, der ältere Bruder des Kommunisten.

darauf verzichten müssen, den Kristallpalast und die Weltausstellung zu sehen. Daß durch dieselbe nun der lange verkannte Wert des Prinzen Albert recht deutlich an den Tag getreten ist, freut mich sehr und ist ein neuer Beweis, wie unrecht man tut, wenn man der sogenannten öffentlichen Meinung und dem Urteil des Pöbels über hervorragende Personen Glauben schenkt . . .

An dieselbe.

Rauden, 4. Oktober 1851.

. . . Je länger ich von Schillingsfürst weg bin, desto fester wird in mir der Entschluß, nicht so bald dahin zurückzukehren, und da bleibt denn nur Rußland, das mit den dortigen Geschäften so schwer wiegt, daß die kleinen Schillingsfürster Geschäfte nichts dagegen wiegen. Warum ich gern von Schillingsfürst weggehe, warum ich so leicht das wirklich schöne, gemütliche und reiche Leben dort aufgebe und verschmerze, weiß ich kaum. Je älter wir werden, desto mehr tritt das ideale Leben in den Hintergrund. Der Mann soll und will schaffen und arbeiten, der vernünftige Mensch erkennt in der Arbeit die Quelle der Glückseligkeit, und deshalb dürste ich nach Arbeit, weil wir ja, wir mögen uns anstellen, wie wir wollen, doch immer nach Glückseligkeit streben. Darum ist mir das süddeutsche standesherrliche Leben immer ungenügend gewesen, weil es die Faulheit zum Lebensberuf stempelt. Darum habe ich durch die Uebernahme von Schillingsfürst etwas meiner Natur und meiner Bildung nicht Entsprechendes, sich stets Rächendes getan, und darum endlich danke ich Gott, daß er mich da mit Gewalt herausgerissen und auf eine wenn auch ungewisse, gefahrvolle, mühsame, aber doch naturgemäße Laufbahn geworfen hat. Verzeih, daß ich Dir so viel von meinen inneren und äußeren Verhältnissen vorerzähle, aber es ist mir, als brächte es Dir, wenn auch nur indirekt, Beruhigung, wenn Du siehst, daß ich meine Pflicht tue und nicht aus Leichtsinn in die weite Welt hinein fahre.

An die Prinzessin Elise.[1])

Werki, 25./13. Oktober 1851.

. . . Wir sind nun zwei Tage hier, und ich kann nicht sagen, daß Land und Leute einen unangenehmen Eindruck auf mich gemacht hätten. Wäre ich zehn Jahre jünger und noch voll Lebenshoffnung und Erwartung von zu verwirklichenden Idealen, so würde es mich allerdings etwas melancholisch stimmen, in diesen menschenleeren, traurigen Gegenden zu reisen, von denen man nicht weiß, ob sie von vergangener Größe oder

[1]) Jüngste Schwester des Fürsten, geboren den 6. Januar 1831, seit 1868 vermählt mit dem Prinzen zu Salm-Horstmar.

von zukünftiger reden. Mir scheint, weder das eine noch das andre. Das Land kann nie anders gewesen sein und eine andre Gestalt wird es auch nie annehmen. Man muß es nehmen, wie es ist. Es hat etwas Beruhigendes, Wohltuendes, diese großartige Einsamkeit der littauischen Wälder und unabsehbaren Kornfelder. Werki selbst erinnert an Lubowitz oder Fürstenberg. Es ist das Oder- oder Wesertal, nur ohne die Dörfer und mit mehr Wald und Wildnis. Die Lage des Schlosses ist sehr schön, das Schloß selbst und der Park ganz englisch. Wir werden uns ganz gut hier eingewöhnen . . . Ich war heute beim Generalgouverneur in Wilna, Bibikoff, einem sehr artigen Manne. Wir bleiben noch ein paar Tage hier und reisen dann weiter nach Norden und werden in Petersburg Ende des Monats eintreffen und im Bariatinskyschen Hause wohnen, von dem man einen Flügel für uns gemietet hat.

Die fürstliche Familie verlebte den Winter 1851/52 in Petersburg und kehrte im Frühling 1852 nach Werki zurück. Der Aufenthalt in Rußland dauerte bis in den Sommer 1853. Leider sind aus dieser Zeit schriftliche Aufzeichnungen des Fürsten nicht vorhanden. Ein Bild des häuslichen Lebens in Werki geben Briefe der Prinzessin Elise, welche den Sommer 1852 im Hause des Bruders verlebte. Einige Auszüge aus diesen Briefen, welche die Frau Prinzessin dem Herausgeber gütigst überlassen hat, mögen hier folgen.

Werki, 26. Juni 1852.

. . . Man sieht vom Schlosse ziemlich hoch hinunter auf den Fluß, die Wilia, der sich durch das Tal schlängelt. Von meinem Zimmer sehe ich nur ein kleines Stückchen des Flusses, da ich parterre wohne und die vielen Laubbäume, die den ganzen Berg bedecken, mir die Aussicht verbergen. Dicht vor dem Fenster sind viele Büsche, Jasmin u. a., und zwischen diesen und den Bäumen, die am Rande des Berges stehen, ist ein Grasplatz mit einem Kiesweg ringsherum. Von oben, aus dem Salon, sieht man über die Bäume weg. Da kann man einen kleinen, ganz von Bäumen eingeschlossenen See sehen, der am Fuße des Berges liegt, links den weiteren Lauf des Flusses und mehrere ganz im Grün versteckte Häuser, die zu Werki gehören. Das Schönste ist die Terrasse. Im Garten nämlich, am Rande des Berges, ist ein Stück ausgemauert, mit eisernem Geländer darauf. Unter einer großen Linde stehen Bänke und Stühle, und man hat eine herrliche Aussicht auf den Fluß. Eine weiße griechische Kirche sieht man am Ufer, und hinter dem Walde auf der Höhe liegt Wilna sehr hübsch. Es sieht sehr nahe aus, man braucht aber doch eine halbe Stunde, um hinzufahren. Die Straße führt rechts vom Flusse zwischen Kiefern den Berg hinauf. Der Horizont ist ringsherum von dunkelm Wald begrenzt.

Am Morgen ist es am schönsten auf der Terrasse. Der Himmel und die Luft sind klar wie im September.

Bauern habe ich noch nicht viel gesehen, es wohnen fast gar keine hier, die Häuser sind von Handwerkern bewohnt, die alle wohlhabend sind. Manchmal kommen Bettler mit Bittschriften in den Garten. Die sind gewöhnlich von entfernteren Orten und machen Komplimente bis auf den Boden.

28. Juni.

Ich sitze in einem Pavillon nahe bei der Terrasse; es ist ein runder Saal mit Glastüren ringsherum. Auf der Seite, wo ich sitze, sehe ich nur Kiefern und höre den Wind im nahen Walde rauschen und die Raben krächzen, deren es hier eine Menge gibt. Außer Schillingsfürst habe ich noch keinen Ort gesehen, wo es so viele schöne Spaziergänge gibt wie hier; jeden Tag nach Tisch führt mich Marie einen neuen Weg. Heute fuhren wir ein Stück bis hinüber auf einen waldigen Berg, wo wir ausstiegen und herrliche Wege gingen. Es standen immense Tannen unter den Kiefern, und grüne, sonnige Wege führten zwischen den Bäumen hindurch. Alle Augenblicke kam man an eine weiße Kapelle, von dunkeln Tannen umgeben. Dort in der Nähe ist der Kalvarienberg, auf dem die katholische Kirche steht. Wir stiegen hinauf, ehe wir zurückfuhren. Man sieht von dort das weiße Schloß mit seinem Turm aus dem dichten schwarzen Walde hervorragen wie ein Feenschloß; ringsherum nichts als Wald. Das Wilde und Liebliche ist hier vereinigt. Wenn die düsteren Wälder traurig stimmen, so wird man durch den blauen, spiegelklaren Fluß wieder erheitert und durch die reine, klare Luft gestärkt. Die Luft war heute wie am Meer; im Hause ist sie dumpf, die Gänge sind so finster und schmal, die Zimmer hoch, aber meistens auch schmal. Das ganze Haus ist schmal, ohne Seitenflügel, am einen Ende der Turm, am andern ein Anbau von Glas, in dem der Wintergarten ist. Schöne Palmbäume und alle möglichen Pflanzen sind darin. Aus Chlodwigs Zimmer und aus Mariens Schlafzimmer führen Türen hinein. In ersterem trinken wir immer Tee des Abends. Um 2 Uhr lese ich Marie vor, jetzt „Economie politique“ von Say und um 4 Uhr essen wir in dem hohen hellen Rittersaal.

22. Juli.

Abends, wenn ich das Licht ausgelöscht habe, nachdem ich noch mit Chlodwig aufgewesen bin, fühle ich mich oft ganz beseligt, auch seine Gefährtin sein zu dürfen, stolz, daß er seine Gedanken bei mir niederlegt. Da möchte ich alle Liebe auf ihn ausströmen lassen.

24. Juli.

Abends lesen wir jetzt die chemischen Briefe von Liebig, d. h. der Doktor liest sie vor und erklärt vieles von den Eigenschaften des Sauerstoffs,

Kohlenstoffs u. s. w., da in diesem Buche schon viele chemische Kenntnisse vorausgesetzt sind. Chlodwig zeichnet dabei, Marie und ich arbeiten. Mit Chlodwig bleibe ich nach dem Lesen noch ein Viertelstündchen auf. Diese und meine einsame Morgenstunde im Garten sind mir die liebsten im Tage.

5. September.

Chlodwig ist seit dem 2. nach Süden gereist auf die andern Güter, wo er Jagden machen will, in 14 Tagen wird er wohl erst zurück sein.

8. Oktober.

Chlodwig ist endlich zurück, am 4. kam er, hat leider nur einen Elchhirsch geschossen. Er sieht besonders wohl aus nach dieser Reise in den Wäldern. Seit seiner Rückkehr ist wieder ein ganz andres Leben im Hause, es wird mehr gesprochen. Die Tage haben mehr Gehalt.

Ich muß Chlodwig immer bewundern, wenn er abends Elisabeth [1]) auf dem Schoße hat und für sie zeichnet: die beiden feinen Gesichter, seines in Milde strahlend und der kleine Lockenkopf, der sich beständig bewegt, wenn sie ihm mit den zarten Händchen das Gesicht streichelt, es gäbe ein wunderschönes Bild. Als sie zu Bette war, fing Chlodwig an uns vorzulesen: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten." Jetzt geht mir in dem Buche eine Welt auf. Nach dem Tee fing der Doktor wieder zu lesen an. Neulich hat er uns den Bau des Auges erklärt an einem Ochsenauge. Den Schluß des Tages bildete ein Gespräch mit Chlodwig, das erquickend gewesen wäre, wenn ich ihm nicht zu sehr angemerkt hätte, daß sein Herz schwer war. Das macht mich immer unglücklich. An einem Morgen, als ich Elisabeth die Buchstaben lehrte, was ich lange ausgesetzt hatte, weil sie immer so unaufmerksam war, nahm ich mir vor, nicht ungeduldig zu werden, sondern wohl dreißigmal denselben Buchstaben zu wiederholen und immer mit Freundlichkeit, wie man eine Melodie vorsingt. Ich wurde belohnt, denn sie begriff nun auf einmal. Da sah Chlodwig einen Augenblick, ehe er zu den Geschäften ging, auf uns mit freundlichem Gesicht und sagte: „Das ist ein gutes System." Dies war genug, um mich gut und freudig zu stimmen.

Aufzeichnung des Fürsten.

3. Juli 1853.

Die gegenwärtige Bewegung in den Naturwissenschaften, welche einen Fortschritt derselben zuwege gebracht hat, von dem sich die früheren Jahrhunderte nichts träumen ließen, hat die Forscher dahin geführt, eine Vereinigung von Glauben und Wissen als eine vollständige Unmöglichkeit

---

[1]) Die älteste Tochter, geboren 30. November 1847.

darzustellen. Ja, die moderne naturwissenschaftliche Schule erklärt auch der Transzendenz den Krieg und verweist das Transzendentale in das Gebiet des Glaubens.

Damit sind wir auf einer gefährlichen Stufe angelangt.

Schon jetzt zeigt es sich, daß die wissenschaftlich gebildeten Menschen entweder keinen Glauben haben oder sich der Kirche ohne Ueberzeugung anschließen und unterordnen, soweit ihr Gebiet reicht. Ist aber letzteres mit dem ersteren nicht gleichbedeutend? Ist nicht der Glaube desjenigen, welcher sich, ohne innerlich davon durchdrungen zu sein, den kirchlichen Satzungen unterwirft, d. h. nach den Vorschriften der Kirche handelt, ohne daran zu denken, diese Satzungen für Wahrheit zu halten, ist ein solcher Glaube dann etwas andres als Pharisäismus? Wohl weiß ich, daß sehr wohldenkende, tieffühlende Menschen diesem sogenannten Pharisäismus huldigen. Wird aber eine solche mehr konventionelle Höflichkeit gegen die Kirche von Dauer sein? Werden nicht die Resultate dieser glaubenslosen Wissenschaft sich auch in jene Klassen verbreiten, die gar kein Interesse daran haben, sich der Kirche und ihren Lehren, den von ihr auferlegten Prüfungen und Entbehrungen unterzuordnen? Wird nicht am Ende die Zersetzung um sich greifen, oder hat sie nicht vielmehr schon begonnen, sich in die unteren Schichten der Gesellschaft auszubreiten? Noch leben die meisten in der süßen Täuschung der Transzendenz, die Wirkungen des Fortschritts in den Naturwissenschaften, wie er sich in der modernen Schule ausgebildet hat, sind bis jetzt nur fühlbar in der wissenschaftlich gebildeten Welt; wird es aber dabei bleiben? Und wenn sich nun diese Resultate weiter verbreiten, so gehen wir einer Glaubenslosigkeit entgegen, die unfehlbar zur Auflösung unsrer ganzen modernen Zivilisation führen wird. Darum die Fortschritte der Naturwissenschaften beklagen zu wollen, wäre kindisch. Denn alles ist zweckmäßig, notwendig und gut, weil es ist, d. h. weil es sich in der Entwicklung der Menschheit so herausgebildet hat. Allein nötig ist, sich nicht die Augen zu verschließen. „Man soll die menschlichen Dinge nicht beweinen, nicht belachen, man soll sie zu verstehen trachten."

Aus derselben Zeit stammt anscheinend die nachfolgende

Aufzeichnung ohne Datum.

Wir sehen in neuester Zeit mehr und mehr die Ueberzeugung vorherrschen, daß Wissen und Glauben vollständig voneinander getrennt bleiben müssen. Insofern nun im Protestantismus eine Vereinigung von Wissenschaft und Dogma angestrebt wurde, hat dieser infolge der Ausbreitung jener Ueberzeugung an Boden verloren. Der wissenschaftlich gebildete Mann, dem die Vernunft die Notwendigkeit der Religion und

Kirche klarmacht, wendet sich, aber ohne Ueberzeugung, zur katholischen Kirche, weil diese mehr den Anforderungen, die seine Vernunft an ein konsequentes Dogma stellt, entspricht. So wird sich nach und nach der ungläubige Teil der Menschheit dem katholischen Dogma nähern. Aber ob dadurch wirklich etwas begründet werden wird? Soll sich die Menschheit mit einem Dogma begnügen, das sie annimmt aus Notwendigkeit, aber ohne innere Ueberzeugung, während sie nach einem Dogma schmachtet? Ich glaube, daß das nicht auf die Dauer der Fall sein wird. Ich glaube aber, daß die Menschheit sich ein ihrem Standpunkte angemessenes Dogma wieder schaffen und dadurch wieder religiös werden wird.

Im Jahre 1853 gab der Fürst wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinem Schwiegervater die Verwaltung der littauischen Güter wieder auf. Die Familie kehrte nach Schillingsfürst zurück und behielt für die folgenden Jahre dort ihren Wohnsitz. Unterbrochen wurde das Leben in Schillingsfürst durch die Winteraufenthalte in München zur Teilnahme an den Landtagsverhandlungen und durch häufige größere Reisen. Von der Tätigkeit des Fürsten in der Kammer der Reichsräte und von den Beobachtungen über die europäische Politik, zu denen ihm seine Reisen Gelegenheit boten, mögen die folgenden Aufzeichnungen zeugen.

2. Rom 1856/57.

Den Winter 1856/57 verlebte die fürstliche Familie in Rom, wo der Bruder des Fürsten, Prinz Gustav zu Hohenlohe, damals Geheimer Kämmerer des Papstes war. Aus dem Tagebuche des Fürsten über seinen römischen Aufenthalt seien hier einige Auszüge mitgeteilt, die für die Kenntnis der damaligen Zustände und Persönlichkeiten der römischen Gesellschaft von Bedeutung sind.

Rom, 2. Dezember 1856.

... Ich verstehe jetzt mehr und mehr den Unterschied, der zwischen den Jesuiten und ihren Anhängern und den ihnen abgeneigten Geistlichen besteht. Erstere sehen in der Abtrennung der Geistlichen von der bürgerlichen Gesellschaft, in der Abtötung alles dessen, was den übrigen Menschen angenehm ist, in der völligen Unabhängigkeit von allem, was mit den bestehenden Formen, der bestehenden sozialen Hierarchie zusammenhängt, das Heil und die Zukunft der Kirche, während die andre Partei mit den Menschen als Menschen leben will, den bestehenden Standesunterschieden Rechnung trägt und nicht auf die Zerstörung der sozialen Weltordnung rechnet, sondern auf deren Bestand. Während die Jesuiten sich auf den Untergang dieser Ordnung gefaßt machen, glauben die andern nicht daran und meinen, die Ordnung aufrechterhalten und sich mit ihr identifizieren zu können.

12. Dezember.

... Der Nachmittag verging mit allerlei Gängen in die Stadt, abends waren verschiedene Geistliche bei uns, zuerst der gute Abbé de Geslin, dann der gescheite und energische Père Etienne Djunkowsky, Präfekt der nördlichen Regionen, der uns viel von seinem Aufenthalt in Lappland erzählte. Er ist auch von den Jesuiten angefeindet. Ich höre jeden Tag neue Intrigen dieser Leute und fange an, die gute Meinung, die ich von ihrer Wirksamkeit gehabt habe, zu verlieren.

17. Dezember.

... Später ging ich zu Theiner,[1] der mir von seinen Arbeiten im Archiv erzählte, das er in der größten Unordnung gefunden hat. Er ordnet nun alles mit deutscher Gründlichkeit und wird sich dadurch um den Heiligen Stuhl sehr verdient machen. Alle bisherigen Archivare hatten diesen Posten nur als ein Mittel benutzt, um weiterzukommen, Nunzius zu werden u. s. w., und hatten das Archiv liegen lassen ...

18. Dezember.

Um 11 Uhr war das Tedeum zu Ehren des Königs von Neapel[2]) und für dessen glückliche Rettung. Der neapolitanische Chargé d'affaires hatte uns auch dazu eingeladen. Wir kamen etwas spät und begaben uns auf die diplomatische Tribüne, die nicht weit vom Hochaltar aufgerichtet war. Wir fanden dort das ganze diplomatische Korps, daneben mehrere Damen. Gegenüber war eine Tribüne für die römischen Fürsten, in der Mitte eine kleine erhöhte Tribüne für die Königin Christine von Spanien. Der Hochaltar war prächtig verziert mit Kerzen von ungeheurer Länge, und die ganze Feierlichkeit mit den vielen funktionierenden weißen Dominikanern war imposant. Die Musik ließ zu wünschen übrig und ist zu der Kategorie des Gedudels zu rechnen.

Rom, 27. Januar 1857.

... Nachmittags besuchte ich Gustav im Vatikan. Ich fand einen Franziskaner, Pater Petrus, bei ihm, einen Dänen. Als wir gerade zusammen sprachen, wurde der Papst angekündigt; ich zog mich in das innere Zimmer zurück, der Mönch in die Kapelle, und Gustav ging dem Heiligen Vater entgegen, der mit Stella und Merode kam und sich im Salon etablierte. Bald darauf hörte ich, daß von mir die Rede war, und da der Papst erlaubte, daß ich hereinkomme, so erschien ich, setzte mich neben ihn und wohnte der lebhaften Unterhaltung bei, die über die verschiedensten Gegenstände geführt wurde. Wir sprachen von der Zeremonie

---

[1]) Augustin Theiner (1804 bis 1874) war durch den Einfluß des Prinzen Hohenlohe im Jahre 1855 zum Präfekten des Vatikanischen Archivs ernannt worden. Siehe Schulte in der „Allgemeinen Deutschen Biographie" Bd. 37 S. 674.

[2]) Ferdinands II., der am 11. Dezember einem Attentat entgangen war.

in San Pasquale, dann von Stiftern, Chanoinessen, von Neuchâtel, China, Persien u. s. w. Nachher sah sich der Papst die ganze Wohnung Gustavs mit vielem Interesse an, begrüßte auch den Franziskaner, der zum Vorschein kam, und war sehr heiter und teilnehmend.

1. Februar 1857.

Heute morgen um 7$^1/_2$ Uhr fand die Messe in der Kapelle des Heiligen Sakraments in der Peterskirche statt, bei welcher der Papst die Kommunion austeilte. Wir beeilten uns deshalb, zur rechten Zeit hinzukommen. Es war seit langer Zeit wieder einmal ein heller Morgen, die aufgehende Sonne erleuchtete prächtig die Säulen der Peterskirche. Der Papst las die Messe mit besonders kräftiger Stimme, es war eine stille Messe. Dann teilte er den Damen die Kommunion aus, auch einige Herren kamen. Ich war nicht dabei, weil ich Aussicht habe, in der päpstlichen Privatkapelle kommunizieren zu dürfen, was mir lieber ist als dieser Trubel.

8. Februar.

Heute um 11 Uhr ging ich in die Kirche del Gesù, um eine italienische Predigt zu hören. Ein Jesuit predigte sehr klar und gewählt. Er hatte sich zur Aufgabe gestellt, diejenigen zu widerlegen, welche behaupten, daß es der Würde eines freien Menschen widerspreche, seine Vernunft der Kirche zu unterwerfen.

7. März.

Da wir nicht allein hierhergekommen sind, um Merkwürdigkeiten zu sehen, sondern hauptsächlich, um uns eine Stellung in der hiesigen Gesellschaft zu machen und damit Gustav und auch dem ganzen Stand der Mediatisierten zu nützen, so vergehen manche Tage in scheinbar gleichgültigen Vorbereitungen zu frivolen Vergnügungen, die aber für uns einen tiefen Sinn haben. Heute waren wir auch mit den Vorbereitungen zur Soiree beschäftigt, die wir geben wollten. Es war nur ein Versuch, und deshalb hatten wir keine von den eigentlichen römischen Großen, sondern mehr den eleganten Teil der Gesellschaft, der sich genau kennt, geladen, um als Lockspeise für spätere Soireen eine amüsante Soiree vorausgehen zu lassen. Dies gelang auch vollkommen. Dadurch, daß wir die Duchessa Zagarolo, die Marchesa Calabrini u. a. sowie einige russische Damen geladen hatten und dazu viele Herren, wurde die Soiree zu einer jener eleganten Causerien, die dem Salon, wo sie stattfinden, eine eigne Berühmtheit und Basis in der Gesellschaft geben. Daß die Soiree bis 1 Uhr dauerte, ist ein Beweis, daß sie gelungen war.

8. März.

... Um $^1/_2$4 Uhr ging ich nach der Kirche von San Ignazio, wo eine sogenannte Jesuitenmission stattfand. Auf einer Erhöhung saßen

zwei Jesuiten, welche miteinander disputierten. Der eine stellte den Unwissenden, der andre den Gelehrten vor und nun stritten sie sich über Gegenstände der Moral. Für heute hatten sie die üble Gewohnheit des Fluchens zum Gegenstand ihrer Disputation gemacht. Während der „dotto“ die Sünde der „imprecazioni“ auseinandersetzte, fand der „ignorante“ doch nichts so Schreckliches darin. Letzterer, der seine Rolle etwas gar zu natürlich spielte, erheiterte das Publikum über alle Maßen. Es mag sein, daß diese Art des Vortrags dem Volk hierzulande Eindruck macht.

16. März.

Diner. König Max war verhindert, kam erst nach dem Diner, als die Gäste fort waren.

Nachdem er fort war, zog ich schnell meine Uniform an, um mit Marie zu den zwei ricevimenti zu fahren. Kardinal Geißel von Köln und Kardinal Haulik von Agram, die gekommen sind, um ihren Hut in Empfang zu nehmen, hielten heut ihren Empfang oder ricevimento. Geißel empfing in den Appartements des Kardinals Reisach im Palazzo St. Croce, Haulik im Palazzo di Venezia. Das glänzendere ricevimento war das des Agramer Kardinals. Der Palast war erleuchtet. Vor demselben spielten abwechselnd zwei Musikbanden Walzer u. dergl. Auf der Treppe wogte eine Menge Fremder und Einheimischer in Uniform. Die Salons waren voll. Gräfin Colloredo machte die Honneurs für den österreichischen Kardinal. Alle römischen Damen schmücken sich bei einer solchen Gelegenheit mit ihren schönsten Diamanten. Nachdem wir nach langem Warten unsern Wagen wiedererlangt hatten, fuhren wir noch zu Salviati, wo sich die bekannte Gesellschaft zusammenfand.

Sonntag, 22. März.

... Um 1/2 4 Uhr ging ich in die Stadt, und da ich glaubte, daß in San Agostino Predigt sei, so wandte ich mich dahin. Beim Eintreten überraschte mich das Summen vieler Stimmen. Als ich näherkam, erklärte sich dieses Sprechen. In der ganzen Kirche saßen Gruppen, hier Knaben, vor denen ein Geistlicher saß und examinierte, hier kleine Mädchen, vor denen wohlgekleidete Mädchen aus dem höheren Bürgerstand saßen, die sich ebenfalls mit den Kindern unterhielten und sie belehrten, dort erwachsene Mädchen mit einem alten Geistlichen. Alles war eifrig bemüht, die Aufmerksamkeit der Schüler war überall ungeteilt, der Eifer der Lehrenden und ihr Geschick und guter Wille sehr erbaulich. Aeltere Leute saßen dabei und hörten zu. Dieser Unterricht, der am Sonntag in vielen Kirchen gegeben wird, ist ein erfreuliches Zeichen des religiösen Lebens im Volke, das man nicht nach einigen Szenen in der Peterskirche beurteilen darf, und das mehr gepflegt wird als in vielen andern Ländern.

Von hier wanderte ich weiter, der Zufall führte mich in die Kirche San Luigi de' Francesi. Hier predigte der Père Chevreaux mit großem Pathos und vielem Geschick über den Unterschied zwischen Religion und Philosophie. Die Predigt war so interessant, daß ich bis zu Ende dablieb. Da es noch immer regnete, so suchte ich noch eine Kirche auf, trat zuerst in eine leere Kirche, San Apollinare, dann ging ich auf die Piazza Capranica und kam in die Kirche degli Orfanelli. Hier saßen viele Leute und warteten auf die Predigt. Auf einer kleinen Estrade stand ein rotseidener Lehnstuhl und ein Tisch. Nach einiger Zeit erschien ein Geistlicher, setzte sich auf den Lehnstuhl und begann seine Predigt oder vielmehr den Unterricht über die Beichte, der die ganze Woche jeden Nachmittag um 5 Uhr stattfindet. Der Geistliche redete einfach, klar und eindringlich in einer ungemein angenehmen Weise. Ich wäre gern bis zu Ende geblieben, da es aber schon ½6 Uhr war, mußte ich vor dem Schluß weg.

24. März.

... Nach Tisch ging ich in den Vatikan, um Gustav in der Anticamera Gesellschaft zu leisten. Ich gehe immer mit neuem Vergnügen die alten Treppen des Vatikans in der Dunkelheit hinauf, bei den Schweizern vorbei in den großen Hof der Loggien. Es ist da alles so still und feierlich, dabei die warme Frühlingsluft, der Sternenhimmel, die hohen Säulen und Galerien. In dem Vorzimmer war es wie gewöhnlich still und einsam. Wir sprachen, während im Nebenzimmer der Papst Audienz gab.

29. März.

Da ich erfahren hatte, daß in der Kirche St. Lucia del Gonfalone ein guter Prediger sei, so begab ich mich um 10 Uhr dahin. Nach dem Evangelium während der Messe kam der Pfarrer, setzte sich auf einen Lehnstuhl, der ihm vor den Altar gestellt wurde, und begann nun in einer so einfachen, logischen und klaren Weise und dabei so eindringlich über die Beichte zu sprechen, daß ich nur bedauerte, daß sein Auditorium so klein war. Es waren höchstens zwanzig bis dreißig Personen da. Ich habe selten etwas so Vollkommenes gehört. Es war eine der Reden, „die mit urkräftigem Behagen die Herzen aller Hörer zwingt". Nicht ein eingelerntes Wort, keine Rhetorik, keine Phraseologie. Es war ein neuer Beweis für die römische Seelsorge.

4. April.

Mit Gustav, der gestern nach Frascati gefahren war, hatte ich ausgemacht, ihn dort aufzusuchen ... Da der Wagen geschlossen und der Morgen wunderschön war, setzte ich mich zu dem Kutscher auf den Bock und fuhr durch die Campagna, die bei Morgenbeleuchtung prächtig aussah, nach Frascati. Im Hotel de Londres erfuhr ich, daß Gustav die

Nacht bei den Kamaldulensern zugebracht habe. Ich frühstückte daher und ließ mir ein Pferd kommen, um hinaufzureiten. Der Weg ist ungefähr drei Viertelstunden weit. Man reitet bei verschiedenen Landhäusern und Gärten vorbei und sieht bei jedem Schritt, wie die Gegend sich weiter und weiter ausbreitet. Bald sieht man Rom in der Ferne, dann das Meer, rechts die Berge im Morgenduft, darunter die grünen Hügel von Tivoli. Nun ist man auf der Höhe, und vor mir lag das Kloster der Kamaldulenser. Ein weißgekleideter Portier begrüßte mich und führte mich zu dem Prior, wo ich Gustav und noch einen der Mönche fand. Nur der Prior und dieser Mönch sprechen und zeigen sich, die andern leben in ihren Häuschen als Einsiedler und versammeln sich nur um Mitternacht, um im Chor zu singen. In dem großen Zimmer saßen wir um einen Kamin; es war ziemlich kalt. Durch die Wärme des Feuers hatte sich ein Skorpion anlocken lassen und spazierte zu meinen Füßen, der Prior faßte ihn aber alsbald mit einer Feuerzange und warf ihn in die Flammen. Nach einiger Konversation schlug man mir vor, das Kloster und die Kirche anzusehen, was ich mit Vergnügen annahm. Die Kirche bietet nichts Besonderes dar. Das Kloster besteht aus einer Reihe kleiner Häuser, deren jedes von einem Mönche allein bewohnt wird. Jeder Mönch hat darin ein Zimmer mit Bett und einigen Möbeln, daran anstoßend ein kleines Studierzimmerchen und jenseits des Ganges eine Kapelle. Man zeigte mir auch die Kapelle, wo Gustav wohnt, wenn er längere Zeit hier oben ist: ein hübsches Häuschen mit freundlichem Garten und Aussicht auf die Gegend von Rom, Meer, Campagna.

Nachdem ich alles gesehen hatte und von dem Pater Lorenzo reichlich mit Rosenkränzen beschenkt worden war, ritten wir, Gustav und ich, wieder nach Frascati, besahen uns unterwegs die Villa Falconieri, die dem Kardinal, dem letzten Falconieri, gehört und wo man interessante al fresco gemalte Familienporträts sieht. In Frascati setzten wir uns in Gustavs Wagen und fuhren über Marino, wo wir den Dom besahen, nach Castel Gandolfo. Hier stiegen wir am Garten aus und gingen durch die schattigen Laubengänge nach dem päpstlichen Schloß. Das Innere ist recht komfortabel für eine päpstliche Residenz. Interessant war mir das von einem Neapolitaner gemalte Bild des Sturzes, den der Heilige Vater in St. Agnese gemacht hat, wo alle Unglücksgefährten des Papstes porträtiert sind. Ich sah auch Gustavs Zimmer mit der schönen Aussicht auf den See. Von hier gingen wir hinunter nach Albano, aßen dort in der „Post“ zu Mittag und ritten nach Tisch über Ariccia nach Genzano, wo wir in dem schönen Park der Cesarini umherwanderten. Dann ritten wir wieder nach Albano. Es war $^1/_2$6 Uhr und wir eilten deshalb nach Hause. Der Kutscher des Vatikans brachte uns auch in weniger als zwei Stunden im

raschesten Trabe nach Rom. Als wir an das Kolosseum kamen, schien der Mond so hell, daß wir uns entschlossen, auszusteigen. Es war wundervoll still und heimlich, die Ruinen gar ernst und feierlich.

Palmsonntag, 5. April 1857.

Um 9 Uhr fuhren wir in die Peterskirche, um dem feierlichen Hochamt beizuwohnen. Eine große Menschenmenge drängte sich dort zusammen, doch ist die Kirche so ungeheuer groß, daß die 20 bis 30000 Menschen, die da versammelt waren, durchaus nicht auffielen. Wir nahmen heute zum ersten Male von unsrer Tribüne Besitz, die man für die Mediatisierten neben der Tribüne der königlichen Herrschaften errichtet hatte. Wir waren sehr nahe am Papst und konnten die Zeremonien, insbesondere die Austeilung der Palmen, sehr bequem ansehen. In der königlichen Tribüne waren der König von Bayern, die Königin Christine von Spanien, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Württemberg und Prinz Karl von Preußen. Alle mit zahlreichem Gefolge. Da die Frage wegen des Ranges noch nicht entschieden war, so mußte ich darauf verzichten, die Palme aus den Händen des Papstes zu empfangen. Die Messe dauerte bis 1/2 2 Uhr.

29. April.

Um 11 1/2 Uhr war ich zur Audienz beim Heiligen Vater bestellt und fand mich zur rechten Zeit ein. Da die Abreise des Papstes bevorsteht, so war das Vorzimmer voll von Wartenden. Vor mir wurden noch Deputationen eingelassen, dann kam Kardinal Roberti und endlich kam ich an die Reihe. Der Papst empfing mich wie immer sehr freundlich. Da ich sah, daß er eine Anrede erwartete, so begann ich damit, ihm zu sagen, daß ich gekommen sei, vor seiner Abreise um seinen Segen zu bitten, ihm danken wolle für seine Gnaden und ihm Gustav noch besonders empfehlen wolle. Er antwortete darauf sehr freundlich, sprach von Gustavs Unwohlsein und bemerkte, daß er nicht meine Gesundheit habe. Dann sprach er von der Audienz, die Marie und Fürstin Léonille[1]) bei ihm gehabt hatten, und von andern Dingen und verabschiedete mich. Ich küßte ihm die Hand und er blieb stehen, bis ich an der Tür war. Er war besonders heiter und freundlich.

4. Mai.

Da der Papst seine Abreise nach Loreto u. s. w. auf heute festgesetzt hatte, so begab ich mich um 6 Uhr früh zu Gustav, den ich im Begriffe fand, zum Heiligen Vater zu gehen. Wir blieben noch einen Augenblick beisammen, besprachen noch einiges und trennten uns dann. Ich ging

---

[1]) Die zweite Gemahlin des Vaters der Fürstin, geborene Bariatinsky.

nach Hause und holte Marie ab, um in die Peterskirche zu gehen. Hier fanden wir den Papst schon am Hochaltar, die Messe lesend. Wir hörten diese und die andre Messe, welche der Papst nach Beendigung seiner Messe anhörte, sahen dann Gustav noch einen Augenblick in der Kirche, während der Papst in einem Zimmer vor der Kirche mit dem Eingang unter dem Monumente des Papstes Alexanders VIII. frühstückte, und eilten dann vor die Kirchentür, um hier den Papst noch zu sehen. Auf dem Platze waren viele Truppen aufgestellt. Dazwischen sah man die mit Postpferden bespannten Reisewagen des Papstes. Bald darauf, ungefähr um 8 $1/2$ Uhr, trat der Papst mit seinem Gefolge aus der Kirche. Als er in unsrer Nähe war, sagte ihm Paur, daß wir da seien, da wandte er sich noch freundlich gegen uns und gab uns seinen Segen. Wir gingen nun mit dem Gefolge hinter ihm her die Stufen hinab und sahen ihn in den Wagen einsteigen. Kardinal Antonelli küßte ihm zum Abschied die Hand. Der Papst segnete noch aus dem Wagen das Volk, und die Wagen fuhren zur Porta Angelica hinaus. Gustav saß im zweiten Wagen.

Ueber die damalige römische Gesellschaft sagt das römische Tagebuch:

Wenn man von der römischen Gesellschaft spricht, so muß man drei Kategorien scharf unterscheiden: die eigentlich römische Gesellschaft oder die römische Aristokratie, das diplomatische Korps, die Fremden. Die römische Gesellschaft oder römische Aristokratie ist eine der besten Gesellschaften der Welt. Der Anstand (das decoro), der dem römischen Volke überhaupt eigentümlich und angeboren ist, dieses feine Gefühl für Schicklichkeit ist natürlich bei dem vornehmsten Teile des Volkes, der Aristokratie, ganz besonders ausgebildet und gibt der Gesellschaft einen Anstrich von Wohlanständigkeit, der auf den zivilisierten Menschen einen angenehmen Eindruck hervorbringt. Allerdings gibt das der Gesellschaft auch eine gewisse Steifheit, die im Anfang auffällt, die aber bei näherer Bekanntschaft verschwindet, wo dann im vertrauteren Umgange die höchst willkommene Zurückhaltung und Höflichkeit übrigbleibt. Im allgemeinen findet man wenig Bildung in den höheren Klassen, die Männer sind, mit wenigen Ausnahmen, sehr unwissend, unter den Frauen findet man auch wenig gebildete, doch fand ich mehr Wissen unter den Frauen als unter der Masse der Männer. Die Erziehung der letzteren ist im allgemeinen höchst mangelhaft, sie besuchen weder öffentliche Schulen noch suchen sie irgendeine wissenschaftliche Bildung zu erlangen. Wenn sie die Jahre des Elementarunterrichts hinter sich haben und etwas Französisch können, so ist die Erziehung vollendet, und der junge Mann tritt nun höchst sorgfältig gekleidet in die Welt. Einzelne studieren dann noch auf der Universität. Da sie indessen keine Aussicht haben, eine Karriere zu machen,

so fehlt ihnen der Sporn, sich weiter auszubilden. Sie treiben sich nun auf der Straße, auf dem Pincio, in den Soireen umher, tun ihren Dienst in der guardia nobile, wenn sie Nachgeborene sind, verheiraten sich möglichst früh, wenn sie Aussicht auf selbständige Stellung haben, und freuen sich ihres Daseins. Es sind meistens harmlose Menschen, in den Formen des gesellschaftlichen Lebens um so vollkommener, als ihnen dies Lebenszweck ist, vorsichtig wie alle Römer die Schwierigkeiten und Gefahren des Lebens umgehend und höchst erstaunt, wenn sie hören, daß es Menschen gibt, die bei hinreichendem Vermögen beflissen sind, „sich abzuplagen und geplagt zu sterben". Die Damen haben meist eine französische Erziehung erhalten, einige der jüngeren sogar eine originale italienische Bildung, Kenntnis ihrer eignen Schriftsteller, Interesse für ihr Land und seine Geschichte. Sie tragen aber ihre Kenntnisse wenig zur Schau, weil sie den Titel eines Blaustrumpfs vor allem fürchten und vermeiden wollen.

Die Sitten sind im ganzen gut. Jedenfalls bemerkt man in der Gesellschaft wenig. Das sogenannte Courmachen ist verpönt. Daß unter Damen und Herren der Gesellschaft Verhältnisse bestehen, ahnt man nur, zu sehen ist nicht viel. Ich rede natürlich nur von der ganz vornehmen Gesellschaft, den römischen Fürsten. Was unter dem „mezzo ceto", der zweiten Gesellschaft, vorgeht, weiß ich nicht. Auch die zur vornehmen Gesellschaft zugelassenen und in ihr geduldeten Adeligen der niedrigeren Kategorie sollen nicht viel taugen, und es kursieren darüber allerlei Skandalgeschichten.

Das Familienleben in der römischen Aristokratie ist noch vielfach patriarchalisch. Gemeinsames Morgen- und Abendgebet findet sich in den ersten Familien. Die Ehen werden nicht nach Neigung, sondern nach Uebereinkommen zwischen den Häuptern der Familien abgeschlossen, et les jeunes gens ne s'en trouvent pas plus mal. Extravaganzen junger Mädchen in den höheren Familien sind unmöglich. Bei dem Abschluß der Ehe werden in dem Heiratsvertrag alle Details des täglichen Lebens festgesetzt, so daß das junge Ehepaar seine Existenz genau vorgezeichnet erhält, es wird darin nicht nur die Mitgift, sondern auch deren Verwendung festgesetzt, man weiß, wie oft die Eheleute ins Theater gehen können, wie viel Reisen sie machen dürfen, wie viel Bediente, Pferde, Wagen sie halten können u. s. w. Dies ist nötig, weil die Ehen sehr früh geschlossen werden und Mann und Frau meist von gleichem Alter und gleicher Unerfahrenheit sind.

Alle diese Eigenschaften und Eigenheiten der Aristokratie fallen aber dem Volk nicht auf. Mit kleinen Modifikationen finden sich dieselben Sitten auch bei dem niederen Volk, und dieses findet es sehr in der Ordnung, daß gleiches in anderm Maßstabe auch bei der Aristokratie

stattfinde. Ueberhaupt hat die römische Aristokratie trotz aller ihrer Fehler größeres Ansehen, größeren Respekt, größere Anhänglichkeit beim Volke als wir in Deutschland. Der bei uns herrschende Neid der niederen Klassen gegen die höheren, dieser demokratisch revoltierende Geist, der bei uns alle Schichten der Gesellschaft durchdrungen hat, existiert dort nur in den Köpfen der revolutionären Sekten, nicht in dem Kern und in der Masse des Volks.

3. Aus dem Jahre 1859.

Im Beginn des Jahres 1859 begab sich der Fürst nach Berlin, um sich von den leitenden Persönlichkeiten und den Tendenzen der neuen preußischen Politik durch eigne Anschauung zu unterrichten. Ueber seine Eindrücke geben die folgenden Aufzeichnungen Aufschluß.

Politische Notizen, gesammelt in Berlin 1859.

Bildung des Ministeriums. Fürst von Hohenzollern wird als geeignet betrachtet, das zu ersetzen, was dem Prinzen von Preußen fehlt: Geschäftsgewandtheit und Charakterstärke. Gegengewicht gegen den Einfluß des Herrn von Auerswald, den man als unzuverlässig, falsch und zu liberal bezeichnet. Er hat Schulden, ist faul und genießt seines Privatlebens wegen keine Achtung. Herr von Patow ist ein guter Geschäftsmann, der seine Sache versteht und die Sympathien der konservativen Partei erworben hat. Bethmann-Hollweg tritt gegen die zu streng orthodoxe Partei auf, ohne Rationalist zu sein. Herr von Bonin hat nicht das Vertrauen der Armee, sie hält ihn für zu liberal. Herr von Voigts-Reetz ist in das Kriegsministerium berufen worden, um die Armee zu beruhigen. Die bevorstehende und nötige Reorganisation der Armee findet an der Trägheit des Ministers ein Hindernis. Flottwell ist zu alt und soll bald wieder abtreten. Arnim Boitzenburg wollte nur unter der Bedingung eintreten, daß Auerswald abträte. Dies will der Prinz-Regent nicht, da Auerswald sein Freund ist. Schleinitz hat sich das Vertrauen der Diplomatie erworben.

Berlin, 17. Februar 1859.

Das preußische Kabinett wünscht den Frieden zu erhalten, weil es keine Lust hat, einen Nationalkrieg zu beginnen, dessen Ende und zwar dessen glückliches Ende einen Nationalfrieden bedingen, d. h. die bei dem Kriege mitwirkende Nation zu Hoffnungen berechtigen würde, deren Realisierung man als sehr unbequem ansieht. Man gibt sich also von hier aus alle mögliche Mühe, das aus dem Leim gegangene europäische Konzert wieder zusammenzuleimen. Man stößt aber dabei

1. auf die Unberechenbarkeit Napoleons III.,

2. auf die politische Unfähigkeit, Grobheit und Unwahrheit des österreichischen Kabinetts,

3. auf den Aerger des John Bull, der durch die Pariser Winkelzüge seinen Handel beeinträchtigt sieht und nicht übel Lust hat, wenn es doch Geld kosten soll, die unbequeme Wirtschaft nun alsbald abzutun, endlich

4. auf den Haß der Russen gegen Oesterreich, die die Haltung Oesterreichs zur Zeit des orientalischen Kriegs mit einem Aderlaß in Italien rächen möchten.

Daraus folgt also, daß der Krieg zwar für den Augenblick vermieden werden kann, daß er vielleicht vertagt werden wird, daß er aber sehr wahrscheinlich über kurz oder lang kommen wird.

Der Herzog von Koburg ist hier und agitiert für die Versöhnung. Da er ein rühriger Mann ist, so kann er jedenfalls nützlich wirken . . .

26. Februar 1859.

Preußen befindet sich jetzt in einer besonders günstigen Lage. Seine innere Politik hat ihm die öffentliche Meinung in Preußen und Deutschland gewonnen. Oesterreich ist in einer gefährlichen Lage: die deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten sehen auf Preußen als den eigentlichen Führer in der schwierigen Zeit. Dies wissen die Herren hier sehr gut. Fürst Hohenzollern wird sich auch sehr wenig um die Kleinstaaten bekümmern, sondern ruhig seinen Weg gehen. Man mißbilligt hier die kriegerischen Worte in den süddeutschen Kammern.

8. März.

In der Zwischenzeit ist es Oesterreich gelungen, in den süddeutschen Ländern die öffentliche Meinung für den Krieg zu stimmen. Preußen dagegen hat sich ziemlich isoliert, indem es auf seine Gewalt pocht. Es hatte sich eine Annäherung an Frankreich und Rußland fühlbar gemacht, die von den Oesterreich feindlichen Preußen ausgebeutet wurde und die Regierung in die gefährliche Lage eines möglichen Bündnisses mit Frankreich drängte. Die Friedensnachrichten haben Preußen aus dieser Gefahr gerettet. Die österreichische Zirkulardepesche vom 22. Februar sieht man als eine Drohung an und ist darüber mißgestimmt. Jetzt ist Preußen durch den Frieden in die Lage versetzt, wieder einzulenken, und die öffentliche Meinung wird sich beruhigen, die in den letzten Tagen anfing, sich gegen Preußen zu wenden. Es scheint übrigens, daß man die Lust nach der Hegemonie in Deutschland noch immer verspürt. Die Neigung zu einer sogenannten Gothaischen Politik ist vorhanden, und es ist nicht unmöglich, daß sich dies demnächst noch deutlicher zeigen wird. Die Stellung der Mittelstaaten und Kleinstaaten wird recht schwierig.

14. März.

Eine wirklich kleindeutsche Politik, wie sie im Jahre 1849 versucht wurde, scheint hier wenigstens für den Augenblick nicht angestrebt zu werden. Alles beschränkt sich auf Mißtrauen gegenüber Oesterreich und auf eifersüchtige kleine Querellen. Eine positive Politik wird nicht verfolgt. Das Ministerium hat keine Staatsmänner. Das hat sich auch während der Debatte im Herrenhause bewährt. Der Ausdruck eines großen Teils der öffentlichen Meinung in Preußen findet sich in der Broschüre „Preußen und die italienische Frage".[1]) Bei dieser Reizbarkeit preußischer Eitelkeit wird hier von vernünftigen Männern bedauert, daß man von österreichischer Seite nicht vorsichtig genug zu Werke geht, wenn es sich um Abfassung von Depeschen in deutschen Angelegenheiten handelt, und es wird sehr gewünscht, daß man von Bayern aus in dieser Beziehung guten Rat geben möchte.

22. März.

Es verbreitet sich das Gerücht eines europäischen Kriegs. Das Ministerium ist hier nicht mehr recht solid. Es fehlt ein tüchtiger Minister des Innern und ein Redner im Ministerium. Man weiß nicht, wen man nehmen soll, auch ein andrer Handelsminister ist notwendig.

27. März.

... Ich wurde hier durch einen Artikel der „Allgemeinen Zeitung" überrascht, der mir die Stelle eines bayrischen Ministers der neuen Aera, des Chefs eines Ministeriums der Morgenröte in Aussicht stellt. Ob der König von Bayern diese Idee haben wird, weiß ich nicht ...

31. März.

... Neuere Nachrichten aus München lassen mich hoffen, daß der Ministerkelch diesmal an mir vorübergehen wird ...

Notizen über eine Reise nach England im Juni 1859.

Veranlassung zu der Reise war die Bitte meiner Tante, der Fürstin Feodora von Hohenlohe-Langenburg, sie nach England zu begleiten, wohin sie durch die Krankheit ihrer Mutter, der verwitweten Herzogin von Kent,[2])

---

[1]) Von Konstantin Rößler.

[2]) Der Herzog von Kent, jüngerer Bruder Wilhelms IV., war vermählt mit der Prinzessin Viktoria von Sachsen-Saalfeld-Koburg. Diese war in erster Ehe vermählt gewesen mit dem Fürsten von Leiningen. Ihre Tochter erster Ehe war die Prinzessin Feodora, welche seit dem 18. Februar 1828 mit dem Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, dem Bruder der Mutter des Fürsten Chlodwig, vermählt war. Sie war also die Halbschwester der Königin Viktoria.

gerufen war. Da der Fürst von Langenburg krank ist, die Söhne im Militärdienst stehen, so war es der Fürstin wünschenswert, eine andre verwandte Begleitung zu haben und mir dadurch Veranlassung gegeben, zu sehen, wie es in England in diesem Augenblicke aussieht. Ich beeilte mich also, dem Wunsche der Tante zu entsprechen, verabredete durch Briefe unser Zusammentreffen am 21. Juni in Mainz und machte mich an diesem Tage früh auf den Weg. Marie begleitete mich, da sie ihre Eltern in Sayn besuchen wollte. In Mainz fanden wir die Tante. Von Koblenz fuhr ich mit ihr allein den Rhein hinunter, kam um 6 Uhr nach Köln, besuchte den Dom und fuhr dann abends noch bis Aachen, wo wir die Nacht zubrachten. Den andern Morgen, am Fronleichnamstag, ging ich erst in die Kirche und setzte dann mit der Tante die Reise bis Ostende fort, wo wir um 6 Uhr abends ankamen. Am Bahnhof empfing uns der Kapitän des für uns herübergesandten Schiffs, Kapitän Smithead, ein alter ansehnlicher Seemann mit weißem Backenbart und majestätischer Haltung. Er schlug der Tante vor, erst am andern Morgen früh abzureisen, was sie mit großem Vergnügen annahm, da sie es vorzog, sich erst noch auszuruhen. Ich machte den Abend noch einen Spaziergang nach dem Hafen und den verschiedenen mir bekannten Promenaden von Ostende, wo es still und öde war, begrüßte einige Bekannte und ging dann zu Bett.

Den 23. Juni früh um 7 Uhr waren wir auf dem Schiff, einem neuen, sehr schnell fahrenden Dampfer „Frederic William". Es war ein heller kühler Tag, die See wenig bewegt, und nach vier Stunden zwanzig Minuten waren wir vor den weißen Felsenriffen der englischen Küste, kamen bei einem großen amerikanischen Dreimaster vorbei, der langsam den Kanal heruntersegelte, und fuhren bald darauf in den Hafen von Dover ein.

Hier hatte sich am Ufer eine zahlreiche Menschenmenge aufgestellt, angelockt durch die militärische Aufstellung, die der Tante zu Ehren stattfand. Sobald das Schiff angelegt hatte, kamen der Hafenkommandant, ein Marineoffizier und der kommandierende General mit seinem Adjutanten in Galauniform auf das Schiff, um die Tante zu begrüßen. Nach einer kurzen Vorbereitung und Umkleidung verließen wir das Schiff und gingen, die Tante am Arm des Generals, ich mit den übrigen hinterher durch die Volksmasse und durch die Spaliere der aufgestellten Linientruppen und Milizen auf den Bahnhof. Auch hier fanden sich innerhalb des Bahnhofs militärische Aufstellungen. Längs der Waggons stand eine Kompagnie des durch seine Taten in Lucknow berühmten 32. Infanterieregiments. Von den Soldaten schienen nur wenige den indischen Feldzug mitgemacht zu haben, dagegen sah man den Offizieren die Wirkungen der indischen

Sonne an. Beim Abfahren des Zugs präsentierte die Kompagnie das Gewehr und die Musik spielte das „God save the Queen“. Durch die grüne Landschaft, bei freundlichen Dörfern und Landhäusern vorbei, fuhren wir nun rasch nach London. Dessen Nähe verkündete der Anblick des imposanten Glaspalastes von Sydenham und bald auch die rauchige Atmosphäre der Stadt selbst. Vom Bahnhofe brachte uns ein Hofwagen nach dem Palaste der Königin, Buckingham-Palace, wo wir an dem großen Portal von dem Obersten Biddulph, dem Master of the household der Königin, empfangen wurden. Die Halle des Palastes, in die wir nun eintraten, ist wie der ganze Palast in modernem Baustil mit korinthischen Säulen verziert und mit dicken Teppichen belegt. Die Dienerschaft, die uns empfing, waren die sogenannten Pages, Kammerdiener in blauem Frack und schwarzen seidenen Strümpfen. Während wir in den Seitengang eintraten, der zur Treppe führt, kam die Königin der Tante entgegen und begrüßte sie aufs freundlichste. Wir gingen mit ihr in ein kleines Kabinett, wo einige Worte gewechselt wurden, ich erhielt meinen Teil freundlicher Begrüßung, und hierauf führte die Königin die Tante nach ihren Zimmern. Ich empfahl mich, um in den Gasthof zu fahren, in welchem mir vom Hofe aus Quartier bestellt war, da ich wegen Mangel an Raum nicht in dem Palast einquartiert war. Die Hofequipage brachte mich nach dem Brunswick-Hotel, Jermyn Street, einem ziemlich schlechten, aber seiner Nähe wegen gewählten Gasthof. Hier fand ich eine Wohnung mit mehreren Zimmern für mich hergerichtet, nahm davon Besitz und machte dann sofort einen Spaziergang. Ich hatte keine Zeit, war auch durch die Reise zu sehr zerstreut, um irgend etwas Ernsthaftes zu sehen oder zu tun, richtete also meine Schritte nach dem Hydepark, wo gerade große Promenade war. Kein Volk ist so wie das englische der Sklave seiner Sitten und Gebräuche, dieses schafsmäßige Nachahmen und Nachtun zeigt sich auch bei den Spazierfahrten in dem Hydepark. Jeder, der die Mittel dazu hat, fährt, reitet oder geht dahin und bewegt sich nun auf dem verhältnismäßig kleinen Raum während einer oder zwei Stunden mechanisch umher. Hier bildet sich das, was man die fashion nennt, in bezug auf Wagen, Pferde und Morgentoilette. Was hier getragen und gebraucht wird, gibt und bildet die Mode, die sich dann schnell über England verbreitet. So hat sich zum Beispiel in diesem Sommer die violette Farbe bei Herren und Damen in Halstüchern, Handschuhen u. s. w. auf eine merkwürdige Weise eingebürgert. Deshalb haben alle Kaufleute violette und lilaseidene Gegenstände aushängen.

An schönen Pferden war kein Mangel, obgleich die Stunde 5 Uhr nachmittags nicht die Zeit zum Reiten für die vornehme Welt ist. Diese reitet mittags 12 Uhr und geht den Nachmittag oder fährt. Ich konnte

es übrigens nicht lange aushalten, da mir durch die Masse von Menschen, die Hitze und das ewige Vormirvorbeireiten und -fahren der Kopf ganz wüst wurde.

Als ich nach Hause kam, war es Zeit, das Hofkostüm, den schwarzen Frack, kurze Hose und seidene Strümpfe, anzuziehen, worauf ich dann um 8 Uhr zum Diner nach Buckingham-Palace fuhr. Ich kam zwar nicht vor 8 Uhr an, kam aber doch viel zu früh und hatte Zeit, mich in dem für die königliche Familie bestimmten Versammlungszimmer umzusehen. Es war dasselbe Kabinett, in welches uns die Königin am Morgen geführt hatte: rot- und gelbseidene Tapeten und altmodische (Empire-) Möbel von demselben Stoff. Ein marmorner Kamin und ein großer Tisch in der Mitte. Zwei Fenster gewähren Aussicht auf den Garten. Dieser, ein wohlgehaltener kleiner Park mit wunderschönen großen Bäumen und grünen Rasenplätzen, gewährte beim Untergang der Sonne einen friedlichen und erfrischenden Anblick. Während ich mich daran erfreute, kam Fürst Ernst Leiningen, den ich seit zehn Jahren nicht gesehen hatte. Er ist in englischem Seedienst und trug auf seinem Frack eine auffallend große Anzahl von Medaillen, die er während der Krimkampagne erhalten hatte. Nach ihm erschien König Leopold der Belgier, mit seinem alten Fuchsgesicht still umherschleichend, mit ihm sein zweiter Sohn, ein langer fader blonder Jüngling, der Graf von Flandern. Bald kam auch Prinz Albert, der mich in gewohnter Weise freundlich begrüßte. Er war den Mittag bei dem großen Händelfest im Glaspalast gewesen und rühmte die Aufführung der Musikstücke durch viertausend Musiker vor fünfundzwanzigtausend Zuhörern. Während noch hierüber gesprochen wurde, kam die Königin in Begleitung ihrer Tochter, der Prinzeß Alice, und der Tante, und nun zog die ganze Gesellschaft, die Königin mit König Leopold voraus, nach dem großen Empfangssalon. Unterwegs schlossen sich uns die Damen der Königin an, darunter die Herzogin von Sutherland als Mistress of the robes, wenn ich nicht irre, und die Herzogin von Atholl, Lady in waiting. Im großen Saal fanden wir die eingeladenen Gäste, und sofort ging man zu Tisch. Mir war die Herzogin von Atholl bestimmt, die sich neben den Prinzen Albert setzte. Auf der andern Seite hatte ich eine Hofdame, ich glaube, sie hieß Miß Bullsteel. Beide waren gleich gesprächig, doch erinnere ich mich nichts Genaueres mehr über die Gegenstände der meinerseits mit einiger Mühe geführten englischen Konversation, außer daß bei Gelegenheit eines Gesprächs über russische Zustände die Herzogin von Atholl mit vielem Interesse von den schwarzen und braunen Käfern sprach, die russische Wohnungen bevölkern; ob es nun ethnographisches Interesse oder entomologische Kenntnisse waren, die sie auf dieses Thema führten, kann ich nicht beurteilen. Während der Tafel

beobachtete ich den Fürsten Paul Esterhazy,[1]) der, eben von Wien angelangt, neben der Königin saß und sie mit sehr lauter Stimme aufs beste unterhielt. Er erzählte ihr von seinem Aufenthalt in Rußland, und ich sah, daß die Königin durch seine Erzählungen sehr erheitert wurde. Als sich die Königin mit den Damen entfernt hatte, sah ich ihn eifrig mit König Leopold sprechen, auch hörte ich, daß er über die neueste österreichische Regierungspolitik sprach. Der König hörte ihm mehrenteils aufmerksam zu. Ich kam nun neben Prinz Albert zu sitzen und, wie natürlich, kam das Gespräch sogleich auf den österreichisch-französischen Krieg. Ueber den Kaiser von Oesterreich und dessen Politik sprach er sich überaus ungünstig aus und behauptete, daß der Erzherzog Ferdinand Max nur deshalb keine besseren Resultate in Italien erzielt habe, weil man von Wien aus alles hintertrieben und zerstört habe, was er in Italien getan und angestrebt. Ich erwiderte ihm hierauf, daß mir dies neu sei. „Ueberhaupt," fiel er mir dann sogleich wieder ins Wort, „kann man sich von einem Herrn nicht viel versprechen, der von den Jesuiten erzogen wurde, von diesen Menschen, die in ihren Mitmenschen nur das Schlechte anerkennen, die die menschliche Natur edler Gefühle und Gedanken für unfähig halten und immer die unlautersten Motive voraussetzen." Diese Menschen und die von ihnen inspirierte Politik sei die Veranlassung der gegenwärtigen Wirren. Ich erwiderte ihm darauf, daß, wenn ich auch keine besondere Neigung für die Jesuiten habe, ich doch bemerken müsse, daß die geheimen revolutionären Gesellschaften wohl den größten Teil der Schuld an den gegenwärtigen Wirren haben dürften und daß es leider das Zeichen einer im Niedergang begriffenen menschlichen Gesellschaft sei, wenn die Geschicke der Menschheit durch jene Gesellschaften geleitet würden. Dies bestritt Prinz Albert. Die geheimen Gesellschaften seien nur da vorhanden, wo Mißregierung sie hervorrufe; Reformen würden sie unmöglich machen, Freiheit der Völker werde die geheimen Gesellschaften verschwinden machen. Ich behauptete dagegen, daß mir das sehr unwahrscheinlich sei. In den Republiken des spanischen Amerikas gebe es so gut geheime Gesellschaften wie in Italien. Unter den Völkern romanischer Rasse werde immer die Partei, welche nicht an der Regierung teilnimmt, eine geheime Gesellschaft bilden. Auf die von dem Prinzen hierauf vorgetragene Theorie, daß das Christentum im philosophischen Sinne (Bunsen) das Wohl der Menschheit begründen werde, erwiderte ich ihm, daß das höchstens bei der deutschen Nation als eine Möglichkeit zugegeben werden könne, bei den romanischen Völkern aber führe Aufgeben des Autoritätsglaubens zum

[1]) Fürst Paul Anton Esterhazy (1786 bis 1866), welcher von 1815 bis 1842 österreichischer Botschafter in London gewesen war. 1856 war er als Krönungsbotschafter nach Moskau gegangen.

sofortigen Atheismus, zur Auflösung der sozialen Ordnung. Ueber dieses Thema wurde noch vielfach hin und her geredet, bis endlich der Hofmarschall kam und bemerkte, daß die Königin uns erwarte. Mit einem Zitat aus den Briefen des Apostels Paulus erhob sich der Prinz, in dessen ganzer Anschauungsweise mich ein gewisser doktrinärer Geist anwehte, der mir zeigte, wie unglücklich es für den Prinzen war, daß er unmittelbar von einer deutschen Universität, auf der er nur oberflächliche Studien gemacht hat, in seine jetzige Stellung kam, ohne durch die Berührung mit der praktischen Welt die Doktrin abgeschliffen zu haben.[1])

Nach Tisch hielt sich der ganze Hof in dem großen Saale, einer länglichen, prachtvoll dekorierten, mit Säulen verzierten Galerie, auf. Die Königin sprach nun mit den Anwesenden. Bei mir erkundigte sie sich mit vieler Teilnahme und in einem sehr ungekünstelten, ganz natürlichen Tone (ungleich dem gleichgültigen Geschnatter kontinentaler Souveräne) nach allen Verwandten und zeigte dabei das gute Herz, das man ihr häufig abgesprochen hat. Nach Beendigung des Cercle ging die Königin in den benachbarten Salon, wo sie auf einem Kanapee Platz nahm, die Damen und einige Herren umher. Hier hörte man der Musik zu, die in einem Nebengemache spielte. Gegen oder nach 11 Uhr erhob sie sich, und dies war das Zeichen zum allgemeinen Aufbruch.

Sonnabend den 25. Juni besuchte ich den österreichischen Gesandten Grafen Apponyi, der mir die Nachricht der unglücklichen Schlacht am Mincio[2]) mitteilte, die er eben durch telegraphische Depesche aus Paris erhalten hatte. Er war äußerst niedergeschlagen und sprach mit vieler Bitterkeit von der preußischen Politik, der Oesterreich diese Niederlage zu verdanken habe. Werde Oesterreich nun gezwungen, einen schimpflichen Frieden zu schließen, so werde sich Napoleon hierauf gegen Preußen und Deutschland wenden, und dann sei Oesterreich nicht mehr imstande zu helfen.

An diesem Tage war Lever, d. h. große Vorstellung bei Hofe. Ich ging in die Nähe des St. James-Palastes, um die vorbeifahrenden Equipagen zu sehen, unter denen die des Lordmayors von London und seiner Suite sich durch besonderen Glanz auszeichneten. Den übrigen Teil des Tages benutzte ich, um Einkäufe zu besorgen. Da die Königin kein großes Diner hielt, wurde ich nicht eingeladen und konnte bei Apponyi essen, wo ich dann auch den Abend zubrachte und um 12 Uhr nach Hause ging. Da es Sonnabend Abend war, so waren die Viktualienläden, besonders in den kleineren Straßen, offen, damit die Einkäufe für den Sonntag gemacht werden konnten. Auch fand ich die Straßen durch viele Betrunkene belebt.

---

[1]) Vergl. die übereinstimmende Beurteilung des Prinzen Albert in dem Werke des Herzogs Ernst: „Aus meinem Leben", Bd. I S. 129 ff.

[2]) Schlacht bei Solferino am 24. Juni.

Sonntag den 26. früh 9½ Uhr ging ich in die mir bekannte Kirche in Farm-Street, eine ganz besonders reinliche und freundliche Kirche.

Um 1 Uhr fuhr ich auf die Eisenbahnstation Waterloo-Bridge, um nach Windsor zu fahren. Auf dem Bahnhofe waren zahllose Sonntagsleute, die außerhalb der Stadt Erholung suchten. Ich kam um ½3 Uhr nach Windsor, besuchte Tante Feodora und die Herzogin von Kent, die ich auf dem Wege der Besserung fand, in Frogmore und ging dann über die Terrasse des Schlosses Windsor nach dem Bahnhofe zurück, von wo ich mit dem Zuge um 6 Uhr nach London zurückfuhr, wo ich um 7 Uhr ankam.

Um 8 Uhr war wieder Diner bei Hofe. Hier sah ich den Prinzen von Wales, der eben von seiner Kontinentreise zurückgekomnen war. Er sprach mir viel von Rom und seiner Seereise nach Gibraltar auf Viktors Schiff. Er scheint ein recht wohlerzogener junger Mensch, etwas erschreckt durch seinen Vater. Leider ist er auffallend klein für sein Alter.

Zu Tische führte ich Lady Sidney Herbert, die Frau des gegenwärtigen Kriegsministers, mit welcher ich übrigens nur wenige Worte wechseln konnte, da die auf der andern Seite sitzende Prinzeß Alice, zweite Tochter der Königin, mir viel zu erzählen hatte. Sie scheint für ihr Alter wohlunterrichtet, ist aufgeweckt und munter, und ihr Gesicht ist trotz der langen Nase, die sie selbst als eine Kalamität bedauerte, ganz hübsch. Nach Tisch war wieder Cercle, bei welchem sich die Königin lange mit mir über die neuesten politischen Verhältnisse unterhielt und dabei die Besorgnis aussprach, daß man in Berlin wieder halbe Maßregeln ergreifen werde. Eine Befürchtung, die ich vollkommen teilte. Unter den geladenen Gästen war der alte, nun sehr gebrechliche Lord Aberdeen, dann ein Mann mit großem Bart, der mir als Herzog von Newcastle bezeichnet wurde, Lord Carlisle, der Statthalter von Irland, ein affektierter Mensch, der ganz die Bewegungen eines alten Ballettmeisters hat, endlich Sir Sidney Herbert, ein lebhafter, viel gestikulierender Mann. Beim Auseinandergehen verabschiedete ich mich bei der Königin, da ich die Absicht hatte, den nächsten Abend abzureisen. Prinz Albert bat mich, ihn den andern Tag noch zu besuchen.

Montag den 27. besorgte ich einige Geschäfte, besuchte bei dieser Gelegenheit den Tower und sah mir dann Lincolns Inn an, das große Gebäude, in dem die Gerichtsverhandlungen der Court of Chancery und andrer Zivilgerichte abgehalten werden. Ich trat in einige der Sitzungszimmer und fand, daß die Verhandlungen vor den mit Perücken gezierten Richtern mit großer Gemütlichkeit geführt wurden. Leider hatte ich niemand, der mir die verschiedenen Personen und ihre Funktionen nennen konnte.

Um $3^1/_4$ Uhr fuhr ich nach dem Palast, um Prinz Albert meinen Abschiedsbesuch zu machen. Wie immer, geschah dies im gewöhnlichen Morgenanzug, ohne Uniform, Stern u. s. w. Ich wurde in seine Bibliothek geführt, wo ich in einem in Wien gearbeiteten Glasschrank viele deutsche Bücher, Kupferwerke u. s. w. sah. Er zeigte mir sogleich die Karte des Kriegsschauplatzes, mißbilligte den Angriff der Oesterreicher, behauptete, die Oesterreicher hätten, wenn sie überhaupt angreifen wollten, im Dreieck, mit der Spitze voran, vorgehen und die beiden Seiten des Dreiecks dann auseinander legen sollen. Er kam dann nochmals auf die ganze österreichische Politik zu sprechen, sagte, die Sommation an Sardinien sei ohne Wissen des Grafen Buol unter dem Einflusse von Grünne und Windischgrätz erfolgt. Letzteres zog ich entschieden in Zweifel. Dann zog er gegen die demokratische Desorganisation des Ministers Bach los, was ich gern zugestand, endlich erzählte er, Oesterreich habe geglaubt, wenn es den Krieg anfange, werde Deutschland gezwungen sein, mit loszuschlagen, eine Revolution sei von Oesterreich in München vorbereitet worden. Dann erwähnte er das Gerücht, Napoleon wolle dem Kaiser von Oesterreich direkt Friedensvorschläge machen, und schließlich sagte er mir Lebewohl, indem er zu dem Kampfe in Deutschland alles Glück wünschte. Er schien aber nicht zu glauben, daß es dazu kommen werde. Der Prinz von Wales erschien, um zu sagen, daß die Königin im Wagen warte, worauf beide eilig fortgingen. Ich wanderte nun langsam durch Regent-Park nach Piccadilly zurück, besorgte einige Kommissionen und fuhr abends zu Apponyi, wo ich zu Mittag aß und von wo ich mit Graf Chotek nach dem Olympiatheater ging, wo einige komische Stücke in großer Vollkommenheit aufgeführt wurden. Beim Herausgehen aus dem Theater fanden wir einen Gewitterregen, der uns nötigte, in einem Cab nach Hause zu fahren. Dienstag Morgen den 18. besuchte ich einen alten Bekannten, den ich seit 19 Jahren nicht gesehen hatte, Mister Cauvin. Er freute sich, nach langer Zeit seine Jugenderinnerungen an Göttingen und Corvey wieder auffrischen zu können. Da er ein Literat ist und die öffentliche Meinung in England genau kennt, so fragte ich ihn über die Absichten der englischen Regierung, über die Stimmung u. s. w. Ich fragte ihn insbesondere, ob man nicht fürchte, daß, wenn Napoleon Oesterreich und Deutschland geschlagen habe, er sich gegen England wenden werde. Er erwiderte mir, das englische Volk sei im vergangenen Winter gegen Napoleon gewesen, jetzt habe sich die Stimmung ihm zugewandt. Dies habe in zwei Ursachen seinen Grund. Erstens in der Teilnahme der Engländer an der angeblichen Befreiung Italiens, für welche sich der englische Philister gern begeistere, dann aber in dem Beifalle, den der Erfolg immer erringe. Außerdem glaube man sich stark und reich genug,

um Napoleon zu jeder Zeit entgegenzutreten, wenn es ihm einfallen sollte, England anzugreifen. „Wir haben," sagte er, „kein System in der Politik, wir leben von der Hand in den Mund." Cauvin begleitete mich noch auf einigen Touren in der Stadt und verließ mich dann, als ich um 5 Uhr zum Essen ging. Nach Tisch fuhr ich sogleich auf den Bahnhof und kam um 11 Uhr nach Dover, wo das Dampfschiff sogleich nach Ostende abging.

Dialogue royal.[1]

Der König. Sie haben mich allein zu sprechen gewünscht, lieber Fürst!

Ich. Ich sage Eurer Majestät vor allem meinen untertänigsten Dank dafür, daß Sie geruht haben, mich allein zu empfangen. Um so mehr, als ich kein eigentliches petitum habe. Ich habe nur Gelegenheit haben wollen, Eurer Majestät meine untertänigsten Dienste anzubieten. Ich hätte schon längst gewünscht, Gelegenheit zu haben, Eurer Majestät die Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit durch die Tat zu beweisen. Jetzt bei dem Tode des Grafen Lerchenfeld[2]) ist mir der Gedanke gekommen, ob nicht für mich die Möglichkeit gegeben wäre, in den königlichen Dienst einzutreten. Wenn Eure Majestät die Gnade hätten, mich zu verwenden, so weiß ich, daß ich durch Vermögen und Stellung in der Lage wäre, den bayrischen Namen würdig zu vertreten und die bayrische Fahne mit Energie und Entschiedenheit aufzupflanzen.

Der König. Diese Gesinnungen sind mir sehr erfreulich. Ich freue mich um so mehr darüber, als ich früher daran gezweifelt habe.

(Ce n'était pas tout à fait cela, c'était plus poli, mais le fond était le même.)

Wir sind aber alle jung gewesen, und die Erfahrung ändert manches, Verzeihen Sie, daß ich Ihnen das so offen sage.

Ich. Eure Majestät wollen ohne Zweifel von meiner Reichsgesandtschaft reden. Indessen erlaube ich mir zu bemerken, daß damals der Erzherzog Johann mich besonders ausgewählt hat, um auch einen Bayern in die Diplomatie der Zentralgewalt aufzunehmen. Es war dies die Hauptabsicht bei meiner Ernennung, und der Erzherzog wünschte sogar, daß ich meinen Weg über München nehmen sollte, um dies Eurer Majestät

---

[1]) Die Niederschrift der Unterredung mit König Maximilian II. ist für die Fürstin aufgesetzt, daher die Zwischenbemerkungen in französischer Sprache.

[2]) Graf Max Joseph von Lerchenfeld, bayrischer Gesandter in Wien, war am 3. November 1859 gestorben. Die Unterredung wird also im November 1859 stattgefunden haben.

selbst anzuzeigen. Ich wurde damals durch Umstände daran gehindert. die abzuwenden außer meiner Macht lag. Auch dachte ich bei der Annahme jener Gesandtschaft, daß doch die Zentralgewalt von allen Regierungen anerkannt sei. Als sie sich wieder in Nebel auflöste, habe ich mich sofort zurückgezogen.

Der König. Ja, ja! (Sehr gnädig:) Das waren damals andre Zeiten. Jetzt ist dies anders. Bayern ist doch immer die dritte deutsche Macht. Und ich werde mich weder von Oesterreich noch von Preußen ins Schlepptau nehmen lassen.

Ich. Jene Ansichten haben sich jetzt überlebt, es ist ein überwundener Standpunkt. Eine Zentralgewalt in jenem Sinne ist jetzt nicht mehr möglich. Auch stützen sich Eure Majestät auf die Gesinnung des ganzen bayrischen Volkes, das von einer preußischen Hegemonie nun einmal nichts wissen will.

Der König. Sehr wahr! Dies geht so weit, daß man mir es in diesem Frühjahre sogar übelnahm, daß ich nur den Schein einer Hinneigung zu Preußen hätte. Dies war gar nicht der Fall. Ich liebe die Wissenschaften und kann preußische Professoren berufen. Darum werde ich aber doch die Selbständigkeit meines Landes aufrecht zu erhalten wissen. Wie gesagt, Ihre Gesinnungen machen mir sehr viel Freude.

(Ici je craignais qu'il ne se contentât de ces phrases et je repris:)

Ich. Wenn ich es gerade jetzt gewagt habe, Eure Majestät mit dieser Bitte zu kommen, so habe ich noch einen persönlichen Grund. Wenn es Eure Majestät erlauben, so werde ich ganz offen reden.

Der König nickt gnädig.

Ich. Der Grund und die nächste persönliche Anregung kommt durch einen Brief meiner Schwiegermutter. Ici je lui raconte la conversation de Maman avec la Princesse de Prusse. Je parle de Hatzfeldt et de Louis. (Wunsch des Prinzen und der Prinzessin von Preußen, daß ich in den preußischen Dienst zurückkehren möchte.) Ich erwarte nun eine Proposition von Berlin, die mich in einige Verlegenheit setzen würde. Wenn ich dagegen als Ablehnungsgrund den Wunsch Eurer Majestät entgegenstellen könnte, mich in Höchstihrem Dienst zu verwenden, so würde mich dies aus der Verlegenheit ziehen. Auch würde dies den Wunsch meiner Schwiegermutter zugleich erfüllen.

Der König. Also glauben Sie, daß dies der Fürstin denselben Dienst erweisen würde?

Ich. Ja, denn wenn der Sohn auch in der preußischen Diplomatie wäre, so könnte er doch an demselben Orte sein, wo ich Eure Majestät repräsentierte und damit wäre dann derselbe Zweck erreicht, denn ich könnte ihn da auch beaufsichtigen.

Der König. Ah so! Gut, ich werde mir die Sache überlegen und freue mich sehr über die Gesinnungen, die Sie mir ausgesprochen haben.

Hierauf Erkundigungen nach Mama, toi u. s. w.

Beim Hinausgehen abermals: „Ich werde das, was Sie mir gesagt haben, in reifliche Ueberlegung ziehen."

Révérence et départ.

Ueber dieselbe Angelegenheit schreibt der Fürst an die Prinzessin Elise:

Schillingsfürst, 14. Jannar 1860.

... Mit unsern Plänen sieht's noch schwach aus. Der König ist in Verlegenheit. Er möchte mich wohl verwenden, weiß aber nicht, wie er es machen soll, da eine Menge Konkurrenten unter den bereits angestellten Diplomaten vorhanden sind. Ich würde es bedauern, wenn mir diese Gelegenheit, eine dauernde Beschäftigung und feste Lebensstellung zu erhalten, wieder entginge. Je älter man wird, desto nötiger ist ein Beruf. Was uns das Leben nimmt, muß die Pflichterfüllung ersetzen. Ich bin nicht geschaffen, mein Leben zur bloßen Erfüllung des aristokratischen Lebensberufs zu verwenden. So gern ich anerkenne, daß dieser Beruf ernster und wichtiger ist, als man gewöhnlich annimmt. Ich glaube sogar, daß ich der Aufgabe nicht einmal gewachsen bin und mir persönliche Hindernisse im Wege stehen, die ich nicht zu überwinden imstande bin. Entweder ist dieser aristokratische Beruf gut durchgeführt, dann ist er achtungswert und wird Anerkennung finden, oder er endet in Zersplitterung und mit Sortierung von goldenen Dosen und Weihnachtsgeschenken. Es sind schon bessere Menschen als ich dahin gekommen.

4. In Rußland und in Wien 1860/61.

Im September 1860 unternahm der Fürst eine Reise auf die Wittgensteinschen Besitzungen in Rußland und traf am 20. September in Werki ein.

Aus dem Reisetagebuch: Den 22. waren wir bei dem Generalgouverneur Nasimoff zu Mittag eingeladen, der in Swievinic wohnt, einem hübschen Landhaus an der Wilia. Wir waren auf 4 Uhr eingeladen und kamen zu spät, das Diner fand aber erst gegen $^1/_2$6 Uhr statt. Der Generalgouverneur ist ein kleiner Mann mit buschigen Augenbraunen und starkem Schnurrbart. Er gibt sich martialische airs, ist aber ein unbedeutender, gutmütiger Mann. Seine Frau war früher eine Schönheit und bewahrt noch einige Reste davon. Sie hat sehr gescheite, liebenswürdige Augen und ist die Seele des Hauses. Das Diner war schlecht und wurde mangelhaft serviert. Da nach russischen Begriffen ein Fürst, der keinen dienstlichen Rang besitzt keinen Rang hat, so stürzten

die zwei anwesenden Zivilgouverneure, als die Tafel angekündigt wurde, vor mir auf die Damen des Hauses, und ich ging mit dem Hausherrn und Peter [1]) nach. Ich saß neben dem Generalgouverneur, der während des Essens das absurdeste Zeug über höhere Politik debitierte, und hatte zu meiner Linken ein junges Mädchen, das mit seiner Nachbarin in verschiedenen Sprachen konversierte. Ich fand keinen Grund, mich hineinzumischen. Nach Tisch besuchten wir den Park, der das Haus umgibt, und sahen uns die zwei lebendigen Auerochsen an, die da gehalten werden. Zwei merkwürdige Tiere. Während die übrige Gesellschaft scheu hinter den Bäumen versteckt blieb, ging ich mit Peter und dem Wächter der Tiere ganz nahe heran und hatte das merkwürdige Schauspiel, zwei dieser sonderbaren Tiere auf drei Schritte vor mir zu sehen. Sie fraßen ruhig an einigen auf dem Boden liegenden Aesten, ihrer Hauptnahrung, und kümmerten sich wenig um uns. Doch sollen sie bisweilen kleine Attacken auf Menschen ausführen. Der Park war wunderschön durch den aufgehenden Mond und die Abenddämmerung erhellt. Vor uns floß der stille Fluß in sanften Windungen, jenseits lagen dunkle Kiefernwälder, und neben uns rauschte ein kleiner Wasserfall dem Flusse zu. Wir zogen uns, da es 7 Uhr war, bald zurück, setzten uns in unsern Wagen und fuhren nach Werki zurück, wo wir uns mit astronomischen Betrachtungen durch ein Teleskop unterhielten, bis Pastor Lipinsky kam, mit dem ich in ein langes Gespräch über die neuesten Bewegungen in der protestantischen Kirche in Deutschland geriet. Er wußte merkwürdigerweise weniger davon als ich, und mein Licht leuchtete hell. Doch bald hatte ich auch meine enzyklopädische Weisheit verbraucht, worauf dann allgemeine Schläfrigkeit eintrat.

25. September 1860.

Ich schreibe hier in einem Zelt, das mir Schatten gewährt, da draußen eine große Sonnenglut herrscht. Die Tür ist offen, ich sehe vor mir den Wald und höre die Eichen und Kiefern über mir rauschen.

Am 23. fuhren wir Morgens in einer halbbedeckten Kalesche von Werki ab, wechselten in Wilna und einigen andern Stationen die Pferde und kamen durch häßliche öde Gegenden nach Lubcz abends $8^1/_2$ Uhr. Nur zuletzt wurde die Gegend etwas freundlicher, der erste Teil des Wegs war lediglich Sand und Kiefern. Lubcz ist ein Wittgensteinsches Gut nahe am Niemen. Das Schloß war früher großartig und befestigt. Der Brand hat aber bis auf zwei Türme alles zerstört.

Am 24. wurde eine Jagd abgehalten. Erst gegen Abend kamen Rebhühner, Birkhühner und Bekassinen zum Vorschein. Der Tag war hell und warm und abends waren die weite Ebene und die grünen Ufer des

[1]) Fürst Peter zu Sayn-Wittgenstein (1831—1887), Bruder der Fürstin.

Niemens durch die untergehende Sonne magisch beleuchtet. Um 1/2 9 Uhr setzten wir uns in den Wagen, um das Jagdbiwak zu erreichen. Es war eine prachtvolle Mondnacht, und der Anblick der wüsten Ebene mit niedrigem Gestrüpp, aus dem der Nebel langsam emporstieg, zauberhaft. Nach einer halbstündigen Fahrt kamen wir an den Niemen, fuhren auf einem Floß hinüber und kamen dann in ein Dorf. Hier wurde uns mitgeteilt, daß der große Wagen nicht weiterkönne. Ein einspänniger Bauernwagen stand bereit. Wir bestiegen ihn und fuhren nun dem Walde zu. Bald konnte aber auch dieses Vehikel nicht mehr weiter, wir machten uns zu Fuß auf den Weg und erreichten bald Koslowabor, ein einsames Gehöft, in dessen Nähe die Zelte und das flackernde Feuer uns angenehm entgegenleuchteten. Wir machten nun unsre Vorbereitungen für den morgenden Tag, luden die Büchsen, richteten Patronen und legten uns schlafen. Es war das erstemal, daß ich in einem Zelt schlief. Draußen am Feuer sprachen die Jäger, der Wind rauschte durch den Wald. Nach und nach verstummten die Gespräche, und bald fielen wir in einen angenehmen Schlummer, der jedoch um 1/2 4 Uhr mit dem Rufe: „Es ist Zeit" gestört wurde. Wir waren bald fertig; die Büchse auf der Schulter und einen langen Stock in der Hand ging es nun in den Wald. Zwei Jäger begleiteten uns. Allerdings keine Jäger, wie man sie sich bei uns vorstellt. Sie hatten graue Röcke, weiße Leinwandhosen und Sandalen. Dessenungeachtet sind es die besten Jäger für diese Art Jagd, die ich kenne. Es handelte sich nun darum, in den Sümpfen den Elchhirsch anzulocken. Auf einem freien Platz angelangt, rief der eine Strajnik durch ein Birkenhorn, ganz wie die Hirsche zu tun pflegen. Ein Hirsch antwortete nicht weit von uns, kam aber nicht zum Vorschein. Wir versuchten nun an andern Stellen Hirsche zu locken, aber umsonst. Lohnend aber war der Weg durch den Wald; der über zwei Quadratmeilen große Sumpf ist bedeckt mit Erlen, Birken, Efeu und anderm Laubholz. Dabei ist das Unterholz so dicht und so mit Schilf durchwachsen, in dem Schlinggewächse aller Art wuchern, daß es fast unmöglich ist, durchzukommen. Es ist das vollständigste Bild eines Urwaldes. An den tiefsten Stellen sind Sträucher und Bäume in das Wasser gelegt, auf denen man mühsam hinüberwandelt, wenn nicht gerade ein umgestürzter Baumstamm eine bequeme Brücke baut. An den meisten Stellen ist aber keine Vorbereitung dieser Art getroffen, und es bleibt nichts andres übrig, als durch das moorige Wasser und den Schlamm zu waten. Es ist ein ewiges Platschen, Springen von festem Boden zu festem Boden, ein Durchwinden durch engverwachsene Sträucher. So ging es fünf Stunden. Es wurde viel gerufen durch das Birkenhorn. Endlich gaben wir die Jagd auf und kamen um 9 1/2 Uhr zum Biwak zurück, wo die zurückgebliebenen Herren uns mit einem guten

Frühstück empfingen. Die Toilette wurde nun teils in den Zelten und teils vor der Tür gemacht, und jetzt pflegt alles der Ruhe.

Den Abend, nachdem wir im Freien gegessen hatten, begaben wir uns in unsern Salon, d. h. wir legten uns auf einen großen Haufen Stroh neben einem mächtigen Feuer und betrachteten die verschiedenen Sternbilder.

Montag 1. Oktober.

Nach Tisch zum Grafen Chreptowitsch in Sciorsz. Er hatte neue Zeitungen und teilte uns die Niederlage Lamoricières mit.[1]) Seine Salons sind groß und im Stile Louis XVI. gebaut. Ein Bild seines Großvaters, des polnischen Reichskanzlers, fiel mir durch die Auffassung und durch das interessante Gesicht des Mannes auf. Unsre Zimmer waren ganz nach englischer Art eingerichtet. Die Frösche, die auf dem Vorplatze herumhüpften, kamen glücklicherweise nicht hinein.

Am 13. Oktober kam der Kaiser nach Wilna. Sonntag den 14. war die große Parade. Auf dem großen Exerzierplatze standen acht Kavallerieregimenter und einige Infanterieregimenter. Auch etwas Artillerie war dabei. Zufällig stand ich in der Nähe des Regiments „Prinz Karl von Preußen", als der Inhaber die Truppen begrüßte. Bald kam auch der Kaiser mit glänzendem Stabe und ritt unter Hurra die Front ab. Dann begann das Defilieren. Als alles vorüber war, fuhr ich nach Werki zurück, wo inzwischen die Prinzen Karl und Albrecht von Preußen und Friedrich von Hessen ihren Besuch angemeldet hatten. Sie erschienen bald mit ihren Adjutanten, sahen alles an, frühstückten im großen Saale und fuhren dann wieder nach Wilna. Der Adjutant des Prinzen Albrecht hatte ein Notizbuch, in welches er alles eintrug, was sein Prinz gesehen hatte, ausgestopfte Vögel, Bilder u. s. w., damit sein Prinz später wieder daran erinnert werden kann.

Abends war Ball bei dem Gouverneur. Alles war Uniformen und elegante Toiletten, die Nichtmilitärs in Zivil. Von alten Bekannten begrüßte ich Leon Radziwill, Graf Alexander Adlerberg und mehrere preußische Offiziere. Als der Kaiser kam, stand ich zufällig neben einer alten Gräfin Choiseul, mit welcher der Kaiser zuerst sprach, und wurde deshalb auch alsbald begrüßt und mit einigen wohlwollenden Aeußerungen beglückt, was mir den Neid aller anwesenden „Reußen" zuzog. Die fragliche Dame hatte auf ihrem grauen Kopfe eine Art Spange oder Brasselett über der Stirne, an beiden Enden zwei Granatsteine, von den

[1]) Die Niederlage der päpstlichen Truppen bei Castelfidardo am 18. September.

beiden Ohren herunter ein Paket Perlenschnüre, eine Coiffure von Tüll auf dem Hinterkopf. Sie war mir durch eine Geschichte interessant, die ihr Ehre macht. Als Napoleon in Wilna war, trug sie von allen Damen allein die Chiffre der Kaiserin Marie. Napoleon fragte sie: „Qu'est-ce que c'est que cela?" — „C'est le chiffre de S. M. l'Impératrice Marie." — „C'est bien, de le porter en face de l'ennemi!" soll Napoleon geantwortet haben.

Den 15. waren militärische Uebungen auf dem Exerzierplatze bei Wilna. Die Uebung der Infanterie war schon vorüber, als ich ankam, nur die Kavallerie stand auf dem Platz: zwei Husarenregimenter, zwei Ulanenregimenter und zwei Dragonerregimenter. Im ganzen etwa sechstausend Pferde. Erst wurde einzeln in Karriere defiliert mit Abschießen der Pistolen und Schwenken der Lanzen, dann wurde manövriert. Sehr komisch war es, als eine Batterie gegen die Zuschauer angeritten kam, abprotzte und feuerte. Das aus Juden bestehende Publikum schrie „au weih!" und stürzte übereinander. Eine große Frontveränderung sämtlicher Regimenter wurde mit großer Präzision ausgeführt. Die anwesenden Militärs fanden, daß dieses Kavalleriekorps ganz ausgezeichnet manövrierte. Nach dem Manöver fuhr ich mit Peter nach der Stadt, wo wir uns bei den fremden Fürsten einschrieben.

Um 2 Uhr war die Eröffnung eines Tunnels durch den Kaiser. Die dazu eingeladenen Personen, darunter viele Damen, versammelten sich auf dem Bahnhofe, wo ein in maurischem Stile ausgeführtes provisorisches Bahnhofsgebäude von Holz die Gesellschaft empfing. Der Kaiser, sein Gefolge und viele Damen setzten sich in einen offenen Waggon, der kunstreich gearbeitet war. Ich fuhr mit Peter, Leon Radziwill und zwei Generälen in einem andern Waggon. Am Tunnel angekommen, stiegen wir aus und folgten dem Kaiser zu Fuß in den durch Kronleuchter erhellten Tunnel. Die Geistlichkeit begleitete den Kaiser bis in die Mitte, wo er einen Stein einsetzte, auf den auch der Großherzog von Weimar einige Schläge tat. Letzterer führte dies mit vieler Grazie aus. Dann ging es im Geschwindschritt bis an das Ende des Tunnels und wieder zurück. Der Aufenthalt war nicht behaglich, da man ohne Hut ging und häufige Wassertropfen auf den Scheitel bekam. Der Rückweg wurde wieder mit der Eisenbahn genommen. Die überall aufgestellten Arbeiter begrüßten den Kaiser mit Hurrarufen. Eigentümlich war in Wilna das Hurra der Juden, das ganz dem Blöken der Schafe glich. Daß sie trotz ihrer loyalen Demonstrationen von der Polizei vielfach gestoßen und geprügelt wurden, versteht sich um so mehr, als ich nie ein unverschämteres Publikum gesehen habe als diese polnischen Juden, die sich überall wie wilde Tiere hinstürzen, auch wo sie gar nicht hingehören.

Wiener politische Notizen im Januar 1861.[1])

Die gegenwärtige Lage Oesterreichs ist eine erwartende und abwartende.

Daß das Diplom vom 20. Oktober [2]) niemand zufriedengestellt hat, ist bekannt. Es teilt Berechtigungen aus, ohne Verpflichtungen aufzulegen, schwächt die Regierungsgewalt, ohne die öffentliche Meinung zu gewinnen. Daher Unzufriedenheit und Mißtrauen.

Der Zwiespalt im Ministerium zwischen Rechberg und Schmerling ist das Symbol der ganzen Lage.

Während die Partei, zu der Rechberg gehört, sich nur de très mauvaise grâce den liberalen Strömungen anbequemt, hofft die Partei Schmerlings aus den einmal erlangten freisinnigen Maßregeln eine konstitutionelle Entwicklung des ganzen Staatslebens zu erzwingen. Als ich Schmerling besuchte, fing er gleich damit an, es sei allerdings leichter gewesen, eine der vorhandenen Konstitutionen, zum Beispiel die belgische oder die bayrische, zum Muster zu nehmen und danach eine österreichische Gesamtverfassung zu machen. Allein man habe gründlicher zu Werke gehen müssen in Berücksichtigung der eigentümlichen Verhältnisse des österreichischen Staats. Nicht die ungarischen Zustände allein seien das Hindernis. Diese betreffend äußerte er sich dahin, daß eine Revolution kommen, daß man aber damit fertig werden werde. Die altungarische Partei habe nie Sympathie in Ungarn gehabt, die konstitutionelle Partei von Deak sei und werde noch mehr von der Anarchie überflutet. Ueber die Haltung der Deutschen in Ungarn sprach er sich mit der größten Verachtung aus. Auf meine Frage, wie sich denn das Ministerium den vielen Landesvertretungen gegenüber stellen könne und ob dies nicht zu großen Schwierigkeiten führen werde, antwortete er rasch, seit seinem Eintritt in das Ministerium habe sich das wesentlich geändert. Man werde auch nach und nach dem repräsentativen Gesamtstaat näherkommen. Die Angelegenheiten der protestantischen Konfessionsverwandten würden in den nächsten Tagen geordnet. Das Konkordat selbst rühre er nicht an, da dies am besten dem Reichsrat überlassen bleiben könne. Durch eine bessere Stellung der Protestanten hoffe er das Verhältnis zu England zu verbessern. Mir scheint, daß Schmerling darauf rechnet, sich seiner ihm unbequemen Kollegen durch die Landesvertretung zu entledigen. Was in dieser Manipulation Gefährliches und Unpolitisches liegt, weil es abermals ein Sichabdringenlassen in sich schließt, mag er wohl nicht

---

[1]) Der jüngste Bruder des Fürsten Prinz Konstantin hatte sich im Jahre 1859 mit der Prinzessin Marie zu Sayn-Wittgenstein vermählt. Seit dieser Zeit pflegte der Fürst mit seiner Gemahlin regelmäßig im Winter einen Aufenthalt in Wien zu machen.

[2]) Das am 20. Oktober erlassene Staatsgrundgesetz, welches besondere Statuten für die einzelnen Kronländer verhieß.

verkennen. Seine Stellung dem Hofe, dem reaktionären Teile des Adels und der Konkordatspartei gegenüber macht ihm aber einen andern Weg unmöglich. Die Furcht vor dem Wort „Konstitution" verleitet die Regierung und den Kaiser, sich nach und nach mehr abdringen zu lassen, als die freisinnigste Konstitution geben könnte, und dazu gewinnen sie nicht einmal den Dank der Bevölkerung. Man hofft Zeit zu gewinnen und, wenn die Umstände besser werden, dann um so energischer den Absolutismus wiederherstellen zu können. In diesem Mangel an Aufrichtigkeit liegt die eigentliche Gefahr. Doktrinäre des religiösen Absolutismus, eingesäumte aristokratische Kasinomitglieder, Hofschranzen ohne politische Gesinnung — das sind die eigentlichen Ratgeber des Kaisers. Jetzt ducken sie alle. Bald wird aber die Zeit kommen, wo sie entweder alle in der Revolution unterliegen oder in einer allgemeinen Reaktion siegen werden.

21. Januar 1861.

Heute bei Fries fand ich Fürst Jablonowski. Nach Tisch ward das kaiserliche Manifest an die Ungarn [1]) vorgelesen. Ich knüpfte daran die Bemerkung, daß es mir sonderbar erschiene, von ungarischer Nationalität im Gegensatz zur deutschen sprechen zu wollen, da die Ungarn doch wesentlich deutsch seien. Keiner von allen, die ungarische Tracht tragen, spreche etwas andres als österreichisches Deutsch. Außerdem nahm ich Gelegenheit, den Herren die Gefahr ihrer „historisch-politischen Individualitäten" vorzuhalten. Jablonowski sagte, er erkenne keinen österreichischen Staat, sondern nur einen österreichischen Kaiser an. Wenn er dem Kaiser hätte raten können, so würde er geraten haben, dem Reichsrat nur beratende, den Provinzialversammlungen aber beschließende Stimme zu geben. Fries behauptete, die österreichische Monarchie sei so eigentümlich gestaltet, daß nur ganz besondere Institutionen dafür paßten. Ich bemerkte dagegen, daß mit ihrer Art, den Staat zu bilden, die Monarchie zerfallen werde; ich sei vor allem Deutscher und würde raten, sogar durch das demokratische Element die Reichseinheit aufrechtzuerhalten. Diese, die Demokratie, würde schon mit den Nationalitäten fertig werden. Darauf große Einsprache und Entrüstung.

Es war interessant, die Ansichten der österreichischen Adelspartei zu hören. Sie halten fest an dem Diplom vom 20. Oktober und glauben, daß damit die Monarchie gerettet werden könne. Ein heilloser Irrtum. Die Regierung sieht den Irrtum ein, das heutige Manifest beweist dies. Allein nachdem das unglückliche Diplom einmal gegeben ist und damit

---

[1]) Vom 16. Januar, welches sich gegen das revolutionäre Treiben in Ungarn richtete.

alle nationalen Leidenschaften entfesselt sind, wird das schwer werden, die Sache wieder in das Gleis zu bringen.

Von einer Reichsversammlung mit allgemeinen Wahlen wollen die durch das Diplom begünstigten Nationalitäten nichts wissen. Ich glaube aber, daß man mit den Tschechen schon fertig werden könnte. Die Ungarn müßte man vorderhand außer Berechnung lassen, und die Polen würden sich am Ende auch fügen. Mir scheint, als wenn weniger das Volk der einzelnen nichtdeutschen Landesteile, als die Aristokratie aus Ehrgeiz einzelner, Beschränktheit anderer oder Doktrinarismus einiger Professoren an der Autonomie und dem Diplom festhält.

Ich glaube, Schmerling ist meiner Ansicht und wird seinen Weg ruhig fortgehen.

22. Januar 1861.

Heute war ich bei dem großen Diner, welches zu Ehren des Generals Werder, der die Notifikation der Thronbesteigung König Wilhelms I. überbrachte, bei Hof gegeben wurde. Damen waren keine da, was durch die Abwesenheit der Kaiserin erklärlich ist. Es waren alle Notabilitäten des Hofs vertreten. Der Obersthofmeister Fürst Liechtenstein mit seinem weißen Schnurrbart, ganz wie ein alter Kater. Ferner der Obersthofmarschall Graf Kuefstein, ein Exdiplomat, der mir viel vom Wiener Kongreß erzählte, da ich neben ihn zu sitzen kam. Graf Lanckoronski, Oberstkämmerer, der Generaladjutant Graf Crenneville, ein sehr achtungswerter, anständiger Mann mit napoleonischen Zügen. Außerdem waren noch da Graf Grünne, Kriegsminister Graf Degenfeld, Graf Rechberg, Feldmarschalleutnant Graf Henrikstein und dann die preußische Gesandtschaft, sowie einige preußische Offiziere, welche dem General Werder zugeteilt sind und ihn begleitet haben.

Der Kaiser machte nach dem Diner Cercle. Mit mir sprach er längere Zeit über die neapolitanischen Zustände, rühmte den Mut der Königin,[1]) der es hauptsächlich zu verdanken sei, daß sich der König so lang gehalten,[2]) und sprach seine lebhafte Indignation über das Benehmen der neapolitanischen Offiziere aus, durch welche die Königin im vergangenen Sommer verraten worden. Bei der freundlichen und natürlichen Art des Kaisers, zu sprechen, bedauerte ich innerlich, daß er diese Gabe seinen Untertanen gegenüber so wenig zu gebrauchen versteht. Es ist ihm nicht möglich, sich durch herablassendes Wesen populär zu machen, was bei einem kindlichen Volke, wie die Oesterreicher, von großer Bedeutung wäre.

Heute den 30. war Bürgerball. Der Hof erschien gerade, als wir

---

[1]) Der Schwester der Kaiserin von Oesterreich.

[2]) Bis zur Kapitulation von Gaëta am 14. Januar.

ankamen. Der Empfang war lautlos. Man merkte von seiten des Publikums die absichtliche Gleichgültigkeit und eine Art Unzufriedenheit. Der Kaiser blieb lange da, stand aber immer oben auf der Galerie und sprach mit dem Bürgermeister, statt im Saale herumzugehen und mit den Bürgern zu reden, wie König Ludwig und König Max es zu ihrem großen Vorteil tun.

4. Februar.

Heute hat Graf Rechberg das Präsidium des Ministeriums abgegeben und Erzherzog Rainer dasselbe übernommen. Rechberg bleibt Minister des Auswärtigen. Die Leute wissen noch nicht recht, was sie dazu sagen sollen. Die Stellung eines Erzherzogs als Ministerpräsident ist etwas sonderbar. Es scheint mir, daß man auf diese Art Rechbergs Rücktritt recht anständig machen wollte, d'avoir cédé le pas à un archiduc. Schmerling wird die Seele des Ministeriums sein, der Erzherzog den Namen hergeben.

Der alte Graf Hartig, mit dem ich bei Bray eine lange Unterhaltung hatte, erzählte mir viel Interessantes. Er behauptet, man habe sich durch die Ungarn überlisten lassen, als man das Diplom vom 20. Oktober gab. Er hält wie ich das Diplom für einen Unsinn und meint, man werde bessere Zustände nur dadurch herbeiführen, daß man mehr Sicherheit und Stabilität in die Gesetzgebung bringe. Er glaubt, daß dies auch jetzt der Fall sein werde, und verspricht sich viel von den zu erwartenden organischen Einrichtungen.

5. Tätigkeit in der Kammer der Reichsräte 1861.

Emanzipation der Juden.

Im April 1861 hatte der Fürst das Referat in der Kammer der Reichsräte über einen von der Zweiten Kammer ausgegangenen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung gewisser Beschränkungen der Freizügigkeit und des Gewerbebetriebs der Juden. Indem er diesen Gesetzentwurf zur Annahme empfahl, mußte der Fürst dem bei den Reichsräten erhobenen Einwurf entgegentreten, daß bei zunehmender Gleichberechtigung der Juden der bayrische Staat aufhören werde, ein christlicher Staat zu sein, und an dessen Stelle der „nackte Rechtsstaat" treten werde. Um hier zu einem richtigen Urteil zu gelangen, heißt es in dem Referat vom 25. April 1861, „muß man sich vor allem über die Begriffe des christlichen und des Rechtsstaats klar werden".

Nach der im Mittelalter in ganz Europa verbreiteten Auffassung war der Staat der Kirche untergeordnet. Dieses Unterordnungsverhältnis versuchte man aus der Begründung der Staatsgewalt durch

die Kirchengewalt abzuleiten und zu rechtfertigen. Religion und Politik, Staat und Kirche wurden unablässig vermischt. Der Staat stand im Dienste der Kirche; wer nicht Glied der katholischen Kirche war, der galt überhaupt nicht als berechtigtes Glied im Staate, und wer mit der kirchlichen Lehre und Einrichtung in Widerspruch trat, ward schon darum als Feind des Staates angesehen. So vor allem die Juden, welche weniger als Fremdlinge in Europa, denn als Feinde des Christentums und christlichen Staats als absolut rechtlose Wesen betrachtet wurden und froh sein mußten, im römischen Reiche deutscher Nation als „kaiserliche Kammerknechte" gegen nicht eben geringe Abgaben Duldung und Schutz vom Kaiser und später von den Landesherren, denen das „Judenschutzrecht" durch Privilegien verliehen wurde, zu erlangen. An dieser Auffassung des christlichen Staats änderte auch die Reformation wenig. Sie löste zwar die alte Verbindung der katholischen Kirche mit dem Staate, aber der Staat war darum doch nicht minder „christlich" geblieben, wenn man darunter die konfessionelle Exklusivität gegenüber den nichtanerkannten Religionsparteien auch auf dem Gebiete des Rechts versteht.

Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann eine neue Anschauung über das Verhältnis von Staat und Kirche und damit über das Wesen des ersteren Platz zu greifen. Man fing an, Staat und Kirche als zwei verschiedene, selbständige und von einander unabhängige Organismen zu erkennen, von denen jeder seine eigentümliche Mission zu erfüllen habe. So brachen sich gleichzeitig die Ideen der Bekenntnisfreiheit und des Rechtsstaats Bahn. Mit dem Siege der ersteren war die bis dahin übliche Auffassung des „christlichen Staates" nicht mehr zu halten. Der Staat konnte nicht mehr konfessionell und unduldsam bleiben, er mußte in einem andern Sinne christlich, d. h. gerecht und duldsam gegen alle Untertanenklassen, er mußte zum Rechtsstaate oder besser zum Gerechtigkeitsstaate werden.

Es wurde zwar die Ansicht und Befürchtung ausgesprochen, daß der moderne Staat aufgehört habe oder aufhören werde, ein christlicher zu sein, und man hat auf den schon öfter gehörten Satz hingewiesen: „Der Staat sei ein atheistisches Wesen und müsse es sein." Allein ich teile diese Ansicht und Befürchtung durchaus nicht, und eine bessere Theorie hat jenen Irrtum auch längst erkannt und korrigiert. Man hat eingesehen, daß eine überstürzende Richtung in Trugschlüssen sich verirrt und übersehen habe, daß sie das Unmögliche voraussetzte. Der moderne Staat kann nur ein christlicher sein, wenn er auch aufgehört hat, der konfessionell-feudale Staat des Mittelalters zu sein. Er kann nur ein christlicher sein, weil alle Beziehungen des bürgerlichen und Familienlebens vom Geiste des Christentums durchdrungen, weil unsere sozialen, staatlichen und rechtlichen Institutionen auf

das Christentum gegründet sind, weil unsre ganze moderne Gesittung, da wo sie überhaupt besteht, eine christliche, weil endlich das im Rechtsstaate nach voller Realisierung hinstrebende Sittengesetz kein anderes ist als das christliche. Man kann also gar nicht darüber streiten, ob der christliche Staat fortbestehen solle oder nicht, weil er besteht und bestehen wird, solange das Christentum die Religion des größten Teils seiner Mitglieder ist.

Der moderne Staat hat aber den mit einer wahrhaft christlichen Anschauungsweise unvereinbaren Begriff der Rechtlosigkeit irgendwelcher Individuen längst ausgemerzt und den Begriff des Staatsbürgertums, auf welchem unser heutiges Staatsleben vornehmlich basiert ist, über alle Untertanenklassen ausgebreitet, ohne daß deshalb, wie man allgemein wird zugestehen müssen, der christliche Charakter des Staats alteriert worden wäre. War aber im christlichen Charakter des Staats unserer Zeit kein Hindernis gegeben, den Nichtchristen die staatsbürgerlichen Rechte zu verleihen, so dürfte der Verleihung aller bürgerlichen Rechte an die Juden noch weniger ein gegründetes Bedenken entgegenstehen. Jeder moderne Staat kann, ohne seiner ganzen historischen Entwicklung untreu zu werden, den Juden die politische und rechtliche Gleichstellung mit den Christen nicht versagen.

Die kurhessische Verfassungsfrage. Mai 1861.

Der kurhessische Minister Hassenpflug hatte im Herbst 1851 die Unterstützung des soeben wiederhergestellten Bundestags für den Umsturz der hessischen Verfassung vom 5. Januar 1831 erlangt. Nachdem der anfängliche Widerstand Preußens in Olmütz gebrochen war, beschloß der Bundestag am 27. März 1852, die kurhessische Verfassung vom 5. Januar 1831 sei als unvereinbar mit den Bestimmungen der Wiener Schlußakte außer Wirksamkeit zu setzen. Ein von der kurhessischen Regierung in Gemeinschaft mit den Bundeskommissaren ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Verfassung sollte nebst dem zugehörigen Wahlgesetze sofort als Gesetz verkündigt und demnächst den auf Grund dieses Wahlgesetzes zu bildenden Ständen „zur Erklärung" vorgelegt werden. Die Verkündigung der neuen konstitutionellen Gesetze geschah am 13. April 1852. Aber trotz der rücksichtslosesten Anwendung aller Machtmittel, welche diese Gesetze der Regierung gaben, gelang es dieser nicht, die nach dem oktroyierten Wahlgesetze gebildeten Kammern zu einer zustimmenden Erklärung zu bewegen, so daß der gesetzlose Zustand in Kurhessen noch ein Jahrzehnt lang fortdauerte. Am 15. Juli 1858 beantragte die hessische Regierung bei dem Bundestage, dieser möge von einer zustimmenden Erklärung der Stände absehen und die oktroyierte Verfassung von 1852 garantieren. Der Ausschuß der

Bundesversammlung sprach sich am 26. Juli 1859 für den hessischen Antrag aus und beantragte, der Bundestag möge Hessen auffordern, den Verfassungsentwurf von 1852 für endgültig zu erklären. Hierdurch wurde die in der allgemeinen Depression des Jahres 1852 kaum beachtete Frage, inwieweit das Recht, welches der Bund durch seinen Beschluß vom 27. März 1852 in Anspruch nahm, eine Gefahr für alle deutschen Konstitutionen bedeute, zur Diskussion gestellt, und die kurhessische Frage gewann unter diesem Gesichtspunkte eine neue Bedeutung, welche ihre lebhafte Erörterung in der Presse, in den Verhandlungen der Regierungen und in den Landtagen herbeiführte. Im November 1859 trat die preußische Regierung im Bundestage für das verletzte Recht Kurhessens ein und verlangte die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 unter Beseitigung ihrer dem Bundesrechte widersprechenden Bestimmungen, während die Mehrheit des Bundestags unter Oesterreichs Führung den reaktionären Prinzipien von 1852 getreu blieb. In seiner Thronrede vom 12. Januar 1860 sprach der Prinz-Regent aufs neue mit größter Entschiedenheit aus, daß das Zurückgehen auf die Verfassung von 1831 der einzige Weg zur Wiederherstellung gesetzlicher Zustände in Kurhessen sei. Derselben Ueberzeugung gab die preußische Regierung am 17. März 1860 in einer Erklärung über ihre bevorstehende Abstimmung im Bundestage Ausdruck. Indessen entschied die Bundesversammlung am 24. März 1860 nach dem Antrage ihres Ausschusses. An diesem Beschlusse hatte auch der bayrische Bundestagsgesandte von der Pfordten teilgenommen. Preußen protestierte gegen den Beschluß und verwahrte sich gegen dessen Folgen. Das preußische Abgeordnetenhaus sprach am 20. April mit großer Mehrheit seine Zustimmung aus.

In Bayern wurde die kurhessische Frage im März 1861 in der Kammer der Abgeordneten verhandelt. Auf Antrag des Dr. Völk beschloß diese Kammer, „gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die demselben zugrunde liegenden, dem bayrischen Verfassungsrechte widersprechenden Prinzipien feierlichst Verwahrung einzulegen" und dem Könige die Bitte vorzutragen, daß das Staatsministerium angewiesen werde, „zur Herstellung rechtlich geordneter Verfassungszustände in Kurhessen nach Kräften mitzuwirken".

Der erste dieser Beschlüsse wurde der Kammer der Reichsräte zur Kenntnisnahme, der zweite zur Beratung mitgeteilt. Der Referent der Kammer der Reichsräte, Reichsrat von Bayer, bestritt die Kompetenz des bayrischen Landtags, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, weil eine solche Kompetenz nur dann begründet sei, „wenn sich hierfür eine Vorschrift der Verfassungsurkunde anführen lasse" und weil nach allgemeinen Grundsätzen des deutschen Staatsrechts die Entscheidung in Angelegen-

heiten der auswärtigen Politik allein dem Staatsoberhaupte zustehe. Dementgegen stellte Fürst Hohenlohe den Antrag:

1. es sei gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die ihm zugrunde liegenden Prinzipien und Motive . . . feierlichst Verwahrung einzulegen,

2. die Regierung sei zu ersuchen . . . auf geeignete Weise zur Herstellung rechtlich geordneter Zustände in Kurhessen nach Kräften hinzuwirken.

In der Sitzung der Kammer vom 4. Mai 1861 begründete er diesen Antrag mit folgender Rede:

Die Ursachen, welche den Abgeordneten Völk veranlaßt haben, seinen Antrag über die kurhessische Frage in der Kammer der Abgeordneten einzubringen, sind Ihnen bekannt. Ich will Sie nicht ermüden mit einer Darstellung der kurhessischen Verfassungswirren . . . Die Tatsache, an welche wir hier zunächst anzuknüpfen haben, ist die Intervention in Kurhessen im Jahre 1850. Ich bin weit entfernt, der Königlichen Staatsregierung daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Die Intervention in Hessen war ein Glied in der Kette der Politik, zu welcher die bayrische Regierung durch die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 gedrängt wurde. Diese Politik fand ihre Berechtigung in der Abneigung der deutschen Stämme, ihre partikulare Selbständigkeit den Einheitsbestrebungen des Jahres 1848 zum Opfer zu bringen.

Folge dieser Abneigung war das Scheitern der Einheitsbestrebungen von 1848, und hierdurch war die bayrische Regierung genötigt, zum Bundestage zurückzugreifen, und die Intervention war der Schlußstein dieser Politik, zu welcher die bayrische Regierung zum Teil durch die Volksstimmung gedrängt wurde. Die Folge der Intervention war nun der vielbesprochene Bericht der Bundeskommissäre sowie der darauf gegründete Bundesbeschluß vom 27. März 1852. Dieser Bundesbeschluß setzte die kurhessische Verfassung von 1831 außer Wirksamkeit und forderte den Kurfürsten auf, eine neue Verfassung zu oktroyieren und den Ständen vorzulegen.

Diese Verfassung wurde publiziert, eine Vereinbarung mit den Ständen aber ist bis jetzt nicht zustande gekommen. Es ist das auch ganz natürlich, denn auf der einen Seite hält das hessische Volk an seiner Verfassung fest und erkennt den Rechtsbestand des Bundesbeschlusses von 1852 nicht an, auf der andern Seite stützt sich der Kurfürst auf die Berechtigung, welche ihm durch die Autorisation des Bundesbeschlusses gegeben wurde. Das ist der Kern der sogenannten kurhessischen Frage.

Ich brauche Sie wohl nicht zu ermüden mit Auseinandersetzungen der Rechtsfrage; auch darüber sind Sie bereits genügend informiert. Ich

brauche mich deshalb nur zu beziehen auf Artikel 56 der Wiener Schlußakte, welcher hier besonders in Betracht kommt. In diesem Artikel heißt es:

> Eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassung kann nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.

Dieser Artikel wurde durch den Bundesbeschluß von 1852 umgangen. Die Bundesversammlung glaubte sich hierzu durch die Interpretation berechtigt, daß unter dem Worte „verfassungsmäßig" nicht die Landesverfassung, sondern die Bundesverfassung zu verstehen sei. Ich brauche wohl dieser Interpretation nicht weiter entgegenzutreten. Sie ist nicht gerechtfertigt und mag wohl in neuerer Zeit von der Bundesversammlung selbst wieder aufgegeben sein. Da nun ein Bundesbeschluß vorliegt, der den Artikel 56 der Wiener Schlußakte außer acht läßt, so hat man daraus den Schluß gezogen, daß dadurch der Bestand der sämtlichen Verfassungen der deutschen Einzelstaaten in Frage gestellt sei. Ich teile diese Ansicht und glaube daher, daß Grund gegeben ist, sich gegen eine solche Gefährdung auszusprechen. Dies ist die Veranlassung, weshalb ich meinen Antrag, der aus zwei Teilen, der Verwahrung und einer Bitte an Seine Königliche Majestät besteht, eingebracht habe. Die Königliche Staatsregierung hat zwar in der Kammer der Abgeordneten die Berechtigung der Kammer in Zweifel gezogen, über einen Beschluß der Bundesversammlung in Beratung und Beschlußfassung zu treten; es wurde dagegen eingewendet, daß dies ganz außer der Kompetenz der Kammern liege, und unser sehr verehrter Herr Referent hat eben wiederholt die Kompetenz der Kammern bestritten. Dies wäre ganz richtig, wenn der Bundesbeschluß in gar keinem Bezug zur bayrischen Verfassung stände. Dies ist aber nicht der Fall. Die Königliche Staatsregierung hat vielmehr mitgewirkt zur Fassung dieses Bundesbeschlusses, sie hat sich ferner zu den demselben zugrunde liegenden Prinzipien bekannt und könnte, wenn sie auch wollte, den Konsequenzen desselben sich nicht mehr entziehen. Denn ein Bundesbeschluß ist ein bindendes Gesetz, ich sage nicht für die einzelnen Staaten, sondern für die Regierungen, welche eben durch die Bundesverfassung genötigt sind, einen solchen Bundesbeschluß nach Möglichkeit zur Durchführung zu bringen.

Wenn es nun der Majorität der Bundesversammlung gefallen sollte, wieder auf diesen Bundesbeschluß zurückzukommen oder einen auf gleichen Prinzipien basierenden Beschluß zu fassen, so würde keine deutsche Regierung in der Lage sein, sich dieser Majorität zu entziehen, und wenn dieser Beschluß auf die bayrische Verfassung Bezug hätte, so würde auch die bayrische Regierung einem solchen Bundesbeschlusse in Anbetracht dieser Präzedenz nicht entgegenzutreten vermögen. Man sagt zwar, dies sei nicht möglich, weil die Verhältnisse bei uns nicht derart seien wie die kurhessischen Ver-

hältnisse, welche den Bundesbeschluß von 1852 provoziert haben. Ich teile vollkommen die ausgesprochene Hoffnung, daß wir nie in eine ähnliche Lage versetzt werden können; aber es handelt sich hier nicht um Hoffen oder Glauben, sondern um Rechtsprinzipien und Rechtsfragen, und in dieser Beziehung können wir nicht positiv genug sein. Ist aber eine Gefahr oder Gefährdung der bayrischen Verfassung aus dem Bundesbeschluß abzuleiten, so dürfte damit auch die Kompetenz der Kammern, sich mit der Beratung dieses Beschlusses zu befassen, gegeben sein, und es wird sich darum handeln, welche Mittel angewendet werden müssen, um einer solchen Gefährde entgegenzutreten. Es handelt sich um Aufrechterhaltung der Staatsverfassung. Ich beziehe mich mit dem Herrn Referenten auf den § 25 Titel VII der Verfassungsurkunde; durch diesen Paragraphen wird der Eid normiert, welchen die Stände zur Aufrechterhaltung der Staatsverfassung schwören. In diesem Eide liegt aber nicht bloß die Verpflichtung, nichts zu tun, was der Staatsverfassung zuwiderläuft, sondern auch die Pflicht und das Recht, darüber zu wachen, daß die Staatsverfassung von allen Seiten respektiert werde. Bei wirklichen Verfassungsverletzungen sind den Ständen die Wege vorgezeichnet. Es sind dies die Anklage und die Beschwerde. Von diesen kann hier nicht die Rede sein.

Hier handelt es sich um eine mittelbare Verfassungsverletzung, als welche die Gefährde der Verfassung anerkannt werden muß. Die bayrische Regierung hat zu dieser Gefährde beigetragen, und deshalb ist eine Verwahrung und eine Bitte an die Krone jedenfalls berechtigt.

Man hat zwar die Opportunität dieses Antrags bestritten und behauptet, es sei gar nicht nötig, eine Verwahrung auszusprechen ... Ich teile nun vollkommen das Vertrauen in den guten Willen der Staatsregierung und der derzeitigen Herren Minister, nie etwas unternehmen zu wollen, was der Staatsverfassung entgegen ist. Ich habe aber nachzuweisen versucht, daß es hier nicht allein auf den Willen der Regierung ankommt, ich glaube ferner, daß der Wille der Regierung nicht ausreicht und daß er unterstützt werden muß durch eine Verwahrung von seiten der Kammer. Auch würde die Hinweisung auf die guten Absichten der Staatsregierung nur dann begründet sein, wenn positive Belege dafür vorhanden wären, daß sie sich von dem Bundesbeschluß und den demselben zugrunde liegenden Prinzipien lossage.

Welche Erklärung hat aber der Königliche Staatsminister abgegeben?

Ich habe die Aeußerung des Herrn Staatsministers in der Kammer der Abgeordneten nachgelesen und habe im allgemeinen gefunden, daß derselbe die Berechtigung des Bundes, den Beschluß vom Jahre 1852 in der Art und Weise zu fassen, wie er wirklich gefaßt worden ist, vollkommen anerkennt. Denn Seine Exzellenz der Herr Staatsminister sagen:

„Ich glaube, meine Herren, Sie werden aus dieser Darlegung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß nicht Willkür geübt worden ist, sondern daß die Bundesversammlung, auf dem Boden der Bundesgesetze stehend, sich berechtigt fand, in der Weise vorzugehen, wie es geschehen ist."

Sie werden in nicht gar langer Zeit von seiten des Ministertisches wieder dieselbe Erklärung hören. Sie werden hören, daß das Staatsministerium den Standpunkt der Regierung in dieser Frage wahre und die Berechtigung des Bundes vollkommen aufrechterhalten müsse.

Ich halte also die Verwahrung für nötig. Ich gehe aber noch weiter und beantrage eine Bitte an die Krone.

Der Herr Referent hat das ganze Gewicht seiner Beweisführung gegen diese Bitte gerichtet, die Zulässigkeit derselben bestritten und seine Ansicht insbesondere dadurch zu begründen versucht, daß diese Bitte in keinem Zusammenhange mit der bayrischen Verfassung stehe, also vollständig außerhalb des Wirkungskreises der Kammern sich bewege . . .

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der Staatsverfassung zu den Befugnissen der Kammern gehört; wenn also eine Beziehung zwischen dem Bundesbeschlusse und dessen Motiven mit dem Bestande unsrer Verfassung erwiesen ist, wenn daraus Befürchtungen für unsre Verfassung hergeleitet werden, so ist auch die Befugnis der Kammern gegeben, nach § 19 Titel VII der Verfassungsurkunde daraus hervorgehende Anträge und Wünsche an die Krone zu bringen . . .

Man hat darauf hingewiesen, daß es nicht an der Zeit sei, einen solchen Antrag zu bringen, weil der Bund jetzt nicht mehr in der Lage sei, einen Beschluß in dieser Angelegenheit zu fassen. Ich verweise hier nur auf den Bundesbeschluß von 1860, in welchem eine Aufforderung an die kurhessische Regierung enthalten ist, zur Feststellung des Verfassungswerks unverzüglich Einleitung zu treffen und wieder an die Bundesversammlung Bericht zu erstatten. Die Sache wird also jedenfalls wieder am Bunde zur Sprache kommen, und es wird der Königlichen Staatsregierung Gelegenheit gegeben sein, ihre Ansichten wiederholt am Bunde auszusprechen, sie wird diese dann durch die kundgegebenen Meinungen der Kammern verstärken können.

Ich muß nun zum Schlusse eilen und erlaube mir nur noch, auf die politische Seite der Frage aufmerksam zu machen.

Es ist wahr, daß die kurhessische Frage als ein Mittel zu Agitationen und politischen Umtrieben benutzt wird, sie wird benutzt, um Mißtrauen zwischen Regierung und Volk hervorzurufen. Die kurhessische Frage hat deshalb eine unangenehme Seite; dies kann aber bei der Entscheidung der vorliegenden Rechtsfrage nicht ins Gewicht fallen . . .

In einer Zeit aber, wo, wie ein Redner der Kammer der Abgeordneten sagt, die Revolution das „fait accompli“ auf ihr Banner schreibt, ist es notwendig, daß die konservativen Elemente des Staatslebens das Recht auf ihr Banner schreiben und dieses Banner hoch erheben. Ich fordere Sie auf, meine hohen Herren, zu zeigen, daß Sie wirklich eine konservative Versammlung sind, indem Sie das Recht unabhängig von politischen Rücksichten aufrechterhalten. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Fürsten mit 29 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Mit dem Fürsten stimmten Graf von Giech, Graf Fugger-Hoheneck, Graf zu Pappenheim, Präsident von Harleß, Freiherr von Franckenstein, Graf von Holnstein und Herr von Heintz.

Bekanntlich wurde die hessische Verfassungsfrage im Jahre 1862 im Sinne des von dem Fürsten Hohenlohe vertretenen Rechtsstandpunkts entschieden. Am 8. März 1862 stellten Oesterreich und Preußen den gemeinsamen Antrag beim Bundestage, die hessische Regierung aufzufordern, die geeigneten Schritte zu tun, damit die im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung von 1831 vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmäßigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich seien, wieder in Wirksamkeit trete. Am 24. Mai nahm der Bundestag den preußisch-österreichischen Antrag an, am 26. Mai fiel das reaktionäre Ministerium in Kassel und am 22. Juni 1862 wurde die hessische Verfassung von 1831 wiederhergestellt.

Der Fürst hatte im Beginne des Jahres 1861 in einer Korrespondenz mit seinem Bruder die Frage erwogen, ob ihm als dem Besitzer des von Friedrich Wilhelm IV. bestätigten zweiten Familienfideikommisses Ratibor-Corvey, nämlich der Herrschaft Treffurt, ein Sitz im preußischen Herrenhause gebühre. Nach einem Briefe des Herzogs von Ratibor vom 14. April 1861 hatte sich der König bereit erklärt, ein Immediatgesuch des Fürsten, betreffend dessen Eintritt in das Herrenhaus, entgegenzunehmen, da er in dessen Eintritt „einen qualitativen Gewinn für Krone und Staat in so schwerer Zeit" sehen würde. Nach der Kammerverhandlung über Kurhessen antwortete der Fürst auf diese Mitteilung:

München, 14. Mai 1861.

. . . Was die obenerwähnte Angelegenheit betrifft, so will ich Dir ganz offen sagen, daß ich mich in einer eigentümlichen Verlegenheit befinde. Ich wünsche allerdings in das Herrenhaus aufgenommen zu werden. Allein ich kenne die hiesigen Verhältnisse und Stimmungen zu genau, um nicht zu wissen, daß mir ein direkter Schritt, der darauf abzielt, sehr übelgenommen werden würde. Ich habe mir die spezifisch bayrische Partei,

den Hof, ja selbst den König durch meine Rede in der kurhessischen Frage spinnefeind gemacht. Vernehmen nun diese Herren, daß ich „auf meinen besonderen Wunsch" zum Mitgliede des Herrenhauses ernannt worden bin, so wird daraus der Schluß gezogen, daß ich meine hiesige Stellung ganz verlassen wolle, daß ich also aufhören wolle, Bayer zu sein, daß ich gar nichts mehr von ihnen wissen wolle. Dies ist aber nicht der Fall; ich glaube im Gegenteil, daß beide Stellungen sich recht gut vereinigen lassen. Man wird mir ferner folgendes vorwerfen: man wird sagen, ja jetzt begreifen wir, warum der Fürst Hohenlohe sich in der kurhessischen Frage so entschieden ausgesprochen hat. Wir haben es ja immer gesagt, es ist bloß die Partei des Nationalvereins, die die kurhessische Frage in Bayern aufs Tapet gebracht hat. Der Fürst Hohenlohe gehört also auch zu der Partei, denn er hat sich ja um eine Stelle im preußischen Herrenhaus beworben, er will also Bayern an Preußen verkaufen und was dergleichen Unsinn mehr ist.

Wenn also der König die Gnade hätte, mich auf Grund dessen, daß ich Besitzer des von Seiner Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV. bestätigten zweiten Fideikommisses bin, ohne daß ich mich darum bewerbe, zum Mitgliede des Herrenhauses zu ernennen, so würde ich dafür sehr dankbar sein, und ich könnte hier die Sache als eine sich ganz von selbst verstehende Folge meines preußischen Grundbesitzes darstellen. Eine Eingabe ist mir in diesem Augenblick sehr schwer.

6. Reisen nach Baden, Schlesien und Berlin, Paris und Karlsruhe und zum Frankfurter Fürstentag (1861 bis 1863).

Baden-Baden, 17. Juli 1861.

Die Nachricht von dem Attentat[1]) veranlaßte mich, nach Baden zu reisen, um dem König von Preußen meine Verehrung zu bezeigen.

Ich fand schon unterwegs mehrere hohe Persönlichkeiten, die ebenfalls nach Baden reisten, teils im Auftrage ihrer Souveräne, teils aus eignem Antriebe, so Graf Adlerberg u. a.

In Baden war noch alles voll Entrüstung über die Tat und voll Freude über die wunderbare Rettung des Königs. Die Pistole soll eigentlich à bout portant abgefeuert worden sein. Die Kontusion ist ziemlich stark, doch geht der König aus, obgleich sein Hals noch etwas steif ist, wie ich heute auf der Promenade bemerkte, als er mit mir sprach.

Ich meldete mich gestern bei meiner Ankunft bei den diensttuenden

---

[1]) Das Attentat des Studenten Becker am 14. Juli 1861.

Adjutanten und hörte von ihnen verschiedene Details der Tat, die übrigens in allen Zeitungen stehen. Merkwürdig war eine Glückwunschadresse, welche dem Adjutanten des Königs aus Tharandt geschickt wurde. Sie lautete ungefähr: „Die preußischen Studenten Tharandts reiben zur Freude über die glückliche Rettung des Königs unter Pereat des Attentäters einen patriotischen Salamander."

Heute war ich bei dem badischen Minister von Roggenbach. Wir kamen bald auf die deutsche Politik zu sprechen. Er äußerte sich darüber ungefähr in folgender Weise: es sei ein unbegründeter Vorwurf, wenn man ihn mit dem Nationalverein identifiziere oder ihm vorwerfe, daß er Preußen zu einer unionistischen Politik treiben wolle. Er halte den Nationalverein für unnütz und für positiv nachteilig, er sei die irreguläre Truppe in dem Feldzuge. Vor allem handle es sich darum, daß man auf preußischer Seite wisse, was man wolle. Sei man überhaupt dort zu ängstlich, um sich an die Spitze von Deutschland zu stellen, so möge man den Wagen nicht aus der Remise ziehen. Da aber doch auch von den ängstlichen Leuten zugegeben werden müsse, daß etwas zu geschehen habe, um dem Bedürfnisse größerer Einheit zu entsprechen, da es im Interesse der Erhaltung der einzelnen Dynastien sei, nicht bei der Verteidigung unhaltbar gewordener Positionen zu beharren, so sei es nötig, sich über das Ziel klar zu werden. Seiner Ansicht nach dürfe Preußen weder eine Annexionspolitik noch eine Unionspolitik verfolgen. Ersteres verstehe sich von selbst. Unter letzterem verstehe er eine Politik, welche die Konzentration auf Gebiete übertrage, wo sie nicht nötig, nicht praktisch und für die Erhaltung der einzelnen Staaten gefahrbringend sei, wie zum Beispiel die Einheit der Gesetzgebung u. dergl. Ihm scheine es vor allem nötig, daß die einzelnen deutschen Staaten das aufgeben, was sie faktisch gar nicht haben, nämlich die Verteidigung Deutschlands und die Vertretung Deutschlands dem Auslande gegenüber. Oesterreich müsse seinen eignen Weg gehen und werde es tun, wenn es einmal aufgegeben habe, Tendenzpolitik zu treiben, und sich der Interessenpolitik zuwende. Dann werde es einsehen, daß es sich des Ballasts seiner deutschen Politik entledigen müsse. Wenn dann in den deutschen Mittelstaaten der österreichische Einfluß aufhöre, würden auch diese sich eher zu einem Anschlusse an die preußische Politik verstehen.

Im Verfolg des Gesprächs kamen wir auf die Stellung der deutschen Standesherren zu sprechen. Roggenbach bemerkte, er sehe mit Freude, wie viele deutsche Standesherren die traurige Rolle aufgeben, sich in dem Schlepptau der partikularistischen Junkerpolitik mitziehen zu lassen. Die Standesherren müßten dies zu ihrer Selbsterhaltung aufgeben. Ihre Stellung sei eine allgemein deutsche, ihre Politik müsse deshalb auch eine deutsche werden. Sie seien das Element, an dem sich die deutsche Rechts-

bildung aufrichten könne u. s. w. Teilweise waren dies allerdings captationes benevolentiae, allein Wahres liegt darin. Er ermahnte zu einer allgemeinen deutschen standesherrlichen Genossenschaft. Ich teilte ihm die desfallsigen Versuche und Hindernisse mit.

Der König empfing mich mit der gewohnten Freundlichkeit, dankte mir für meine Teilnahme, und daß ich sogleich gekommen sei. Ich bat um Entschuldigung, die Zahl der Audienzen noch um eine vermehrt zu haben u. s. w. Er war noch angegriffen und müde und setzte sich auf einen Lehnstuhl, ich ihm gegenüber an seinem Schreibtische. Er sprach erst von Berlin, vom Herrenhaus, vom Reichsrat in München u. a. Dann sagte er: „Sie erinnern sich, als ich Sie voriges Jahr hier sah, da waren alle deutschen Regierungen mit Preußen einverstanden,[1]) man hatte Vertrauen zu mir. Jetzt ist das anders geworden, es ist viel Mißtrauen und gibt allerlei Dissense." Wir kamen dann auf die kurhessische Frage zu sprechen, die er mit großer Sachkenntnis behandelte. Hier seien Oesterreich und Bayern am schwierigsten. Er verkenne allerdings nicht, daß es ihm leichter gewesen sei, einzulenken, da seit dem Umsturz der hessischen Verfassung in Preußen ein Regierungswechsel stattgefunden habe, in Oesterreich, wo weder der Kaiser noch der Minister gewechselt hätten, sei die Aenderung der Politik in der kurhessischen Frage schwieriger, allein es gebe nun einmal keinen Weg als den der Umkehr. Schließlich dankte er mir noch einmal und ich verabschiedete mich.

Aufzeichnung aus dem Jahre 1862.

Es gibt unter den deutschen Staatsmännern und Politikern viele, welche der Bewegung, welche in neuester Zeit das deutsche Volk erfaßt hat, die Berechtigung absprechen, indem sie meinen, der politische Zustand Deutschlands, wenn er auch manches zu wünschen übriglasse, sei doch im ganzen zufriedenstellend, und nur böser Wille vermöge das Gute zu verkennen, welches uns die bestehende Gesamtverfassung biete. Sie vergleichen Deutschland, wie es heute ist, mit dem Deutschland des Reichsdeputationshauptschlusses und finden, daß denn doch die Föderativorganisation des Deutschen Bundes, wie sie aus den mühsamen Verhandlungen des Wiener Kongresses hervorgegangen, der Desorganisation des Deutschen Reiches weit vorzuziehen sei. In diesem Punkte mögen sie wohl recht haben; denn auch die entschiedensten Mängel in unsrer heutigen Militärorganisation sind Vorzüge im Vergleich mit den Römermonaten und Kreiskontingenten des Deutschen Reiches; auch die beklagenswertesten Beschlüsse des Bundestags sind weisheitsvolle Kraftstücke im Vergleich mit den Verhandlungen des Regensburger

---

[1]) Bei der Fürstenversammlung in Baden im Juni 1860.

Reichstages, und unsere gegenwärtige Kleinstaaterei wird sich immer noch großstaatlich genug ausnehmen, wenn man sie mit dem buntgeflickten Kleide der Karte des Deutschen Reiches zur Zeit des Friedens von Lunéville vergleicht.

Wenn dessenungeachtet auch die anerkennenswerten Seiten unsrer Bundesverfassung wenig gewürdigt werden und der Wunsch nach Reform derselben sich mit immer größerer Entschiedenheit kundgibt, so liegt dieser Erscheinung unter vielen bekannten Ursachen eine zugrunde, die vielleicht noch nicht genügend hervorgehoben wurde. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in keinem Teile von Deutschland „die deutsche Einheit" eine größere Popularität genießt als in den südwestdeutschen Staaten. Während Oesterreich und Preußen die Frage der Verbesserung der Bundesverfassung nur nebenbei anerkennen oder als Mittel, sei es zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses in Deutschland, sei es zur eignen Vergrößerung benutzen, wird im südwestlichen Deutschland die Frage der Reform der Bundesverfassung als eine Lebensfrage betrachtet und bildet fortwährend den Gegenstand ängstlichen Nachdenkens für den Politiker und spannender Aufregung für die Massen.

Kein vernünftiger Mensch wird den Grund dieser Erscheinung in demagogischen Umtrieben suchen wollen. Bewegungen solcher Art lassen sich nicht künstlich erzeugen, sie wurzeln tiefer. Wir glauben, daß dieser tiefere Grund in der mehr oder weniger bewußten Ueberzeugung beruht, daß ein großer Teil der deutschen Nation von der Bestimmung der Geschicke Deutschlands ausgeschlossen ist, weil diese Geschicke in ihren Beziehungen zu den übrigen Nationen durch Oesterreich und Preußen mit Ausschluß der übrigen 16 Millionen Deutscher bestimmt und geleitet werden. Dieses Gefühl der Ausgeschlossenheit ist um so bitterer und schwerer zu tragen, als gerade im südwestlichen Deutschland der eigentliche Kern des germanischen Stammes liegt und sich rein erhalten hat, während in Oesterreich und Preußen das deutsche Element vielfach mit slawischen Elementen gemischt erscheint. Hier, im Südwesten von Deutschland, ist die Wiege unsrer größten Fürstengeschlechter. Aus diesem Teile von Deutschland sind vorzugsweise die Männer hervorgegangen, die auf die ganze geistige Entwicklung der Nation den entschiedensten Einfluß geübt haben; ja noch bis auf die neueste Zeit waren selbst in Oesterreich und Preußen die hervorragendsten Staatsmänner von süddeutschem Stamme. Dieses bittere Gefühl ist um so schmerzlicher, je mehr diese Volksstämme sich ihrer geistigen und materiellen Ueberlegenheit bewußt werden und dennoch ihre politische Tätigkeit auf mehr oder weniger lokale Interessen beschränkt sehen.

Wenn es aber unbestreitbar feststeht, daß zur politischen Ausbildung und Kräftigung eines Volkes die Teilnahme an den Interessen der Menschheit, an dem, was man gewöhnlich große Politik nennt, unumgänglich nötig

ist, und daß sich in kleinlichen, beschränkten Verhältnissen der Horizont des Individuums verengert und damit Tatkraft, gesundes Urteil und Charakterstärke zugrunde gehen und einer spießbürgerlichen Weichmütigkeit, einem ungesunden Kosmopolitismus Platz machen, so kann man nicht leugnen, daß der Ruf nach deutscher Einheit, wie er sich in den mittleren und kleineren deutschen Staaten erhebt, nichts andres ist als das Streben eines Kranken, der des Uebels sich bewußt nach dem Heilmittel verlangt, das ihn vom Untergange retten kann.

Es gibt philosophische Sozialpolitiker, die uns das Wort entgegenhalten werden: die Deutschen sind ein Kulturvolk, weniger berufen zum Eingreifen in die äußeren Geschicke der Welt als zur Pflege der geistigen Entwicklung und zur Lösung der großen Fragen der Menschheit. Wer sich damit tröstet, dem wünschen wir die Resignation der Juden. Denn auch die Juden waren ein Kulturvolk. Zu dieser Resignation haben wir es noch nicht gebracht. Wir glauben, daß das deutsche Volk noch nicht so tief gesunken ist, um sich mit dem Bewußtsein, ein Kulturvolk zu heißen, über seine politische Machtlosigkeit zu trösten.

Reise nach Schlesien und Berlin im Winter 1862.

Der Zweck meiner Reise war ein doppelter. Einmal die Frage wegen des Verkaufs von Treffurt in Rauden zu besprechen und ferner erst mit Viktor wegen des Herrenhauses zu sprechen und dann später in Berlin dasselbe Thema in Ordnung zu bringen, womit sich auch noch weitere Pläne in Verbindung bringen ließen.

In Rauden kam ich am 31. Dezember an, fuhr dort sogleich bei grimmiger Kälte auf die Saujagd, ohne etwas zu schießen.

Den andern Tag war großes Neujahrsdiner, wo dann auch Justizrat Engelmann und Wiese erschienen, mit denen ich die Treffurter Sache absprach.

Nachdem ich noch in Rauden einige Tage mit Jagen zugebracht hatte, kam Karl von Koschentin.[1] Mit ihm hatte ich noch einige interessante Gespräche über die gegenwärtige politische Lage Preußens.

Er gesteht wie alle übrigen gescheiten Leute in Preußen, daß der Regierung nichts übrigbleibe, als sich entweder mit Energie an die Spitze der Bewegung zu stellen oder eine mehr konservative Haltung einzunehmen. Mit der bloßen liberalen Gutmütigkeit kann die Regierung bloß das erreichen, daß sie es mit den Herren und den Demokraten gleichzeitig verdirbt, wie dies auch die Erfahrung bei den Wahlen gezeigt hat. Diese sind aus drei Gründen so demokratisch ausgefallen:

---

[1] Prinz Karl zu Hohenlohe-Ingelfingen (1820 bis 1890).

1. weil sich die Bauern und Bürger vor den Lasten der neuen Militärorganisation fürchten und glauben, daß nur die Demokraten frech genug sein würden, den Wünschen des Königs in betreff der Militärorganisation entschieden entgegenzutreten,

2. weil das Ministerium den Landräten die Einwirkung auf die Wahlen verboten hat, wodurch diese dann in die Hände der demokratischen Kreisrichter fielen,

3. weil die Kreuzzeitungspartei eher rote Demokraten als Liberal-Konservative zu haben wünschte, ihre Teilnahme also eine sehr zweifelhafte blieb.

In Oppeln traf ich Regierungsrat Rudloff,[1]) mit dem ich nach Breslau fuhr. Seine Ansichten gingen ungefähr auf dasselbe hinaus, was ich soeben gesagt habe. Ich brachte den Tag mit Rudloff in Breslau zu, erfuhr von ihm manches über die gegenwärtige Situation, sprach ihn auch über mein Herrenhausprojekt und erhielt den Rat, mit Geheimrat von Obstfelder in Berlin zu sprechen. Abends traf ich mit Viktor und Fürst Karl Lichnowski auf der Eisenbahn zusammen und kam den 14. Morgens in Berlin an. Hier wurden während des Tages die nötigen Meldungen gemacht, in der „Maison dorée" zu Mittag gegessen und dann der Abend auf dem Kasino beschlossen. Die übrigen Tage wurden mit verschiedenen Visiten hingebracht. Zwei Abende war ich bei der Königin zum Tee. Ich saß den ersten Abend am Teetisch der Königin zwischen Frau von Lazareff und Hugo,[2]) den zweiten zwischen der Königin und Frau von Lazareff. Am Sonntag den 19. war Ordensfest. Die Eingeladenen fanden sich um ½12 Uhr in der neuen Schloßkapelle ein, die mit einer für protestantische Kirchen überreichen Pracht ausgestattet ist. Es wimmelte von Dekorierten aller Art. Rechts vom Altar waren Fauteuils für die königliche Familie aufgestellt, links gegenüber waren die Sitze der Ritter des Schwarzen Adlerordens. Auf den übrigen Sitzen nahmen nach der Rangordnung die übrigen Ritter Platz. Die königliche Familie erschien um 12½ Uhr, die Damen in Schleppkleidern. Nun begann der Gottesdienst nach der protestantischen unierten Liturgie, die Gesänge des Domchors vortrefflich vorgetragen. Die Predigt hielt ein Württemberger, Hofmann. Sie war taktvoll und inhaltreich und sehr gut vorgetragen. Er sprach von der Klarheit, Entschlossenheit und Hingebung an Christus als den drei Eigenschaften, die den Ritter zu zieren hätten. Nach dem Gottesdienst war großes Diner von fünfhundert Gedecken. Ich saß zwischen zwei Hofdamen, Gräfin Brandenburg und Gräfin Schwerin. Neben letzterer saß der Feldmarschall Wrangel, der gegen das Dessert zu immer heiterer und lärmender wurde. Diese Stimmung wurde auch unter

[1]) Mit diesem war der Fürst als Auskultator in Koblenz bekannt geworden.

[2]) Fürst Hugo zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest (1816 bis 1897).

der ziemlich gemischten Gesellschaft in den andern Sälen immer vorherrschender. Um 4½ Uhr war alles zu Ende.

Berlin, 18. Januar 1862.

Heute um ½3 Uhr war ich bei dem Kronprinzen. Nach einigen allgemeinen Konversationen kam er auf unsre Familienverhältnisse zu sprechen, auf die Fideikommisse von Ratibor und Corvey, auch Treffurt u. s. w. Ich erklärte ihm dies auf seinen Wunsch und unterließ nicht zu betonen, daß ich mich noch weiter in Preußen anzukaufen gedächte. Er hob dies hervor und sagte, daß ihn das um so mehr freue, als er mit Bedauern erfahren habe, daß ich zwar einmal die Absicht gehabt habe, mich um einen Sitz im Herrenhause zu bewerben, diese Absicht aber aufgegeben habe. Ich bemerkte hierauf, daß ich mich im vergangenen Jahre an meinen Bruder gewendet hätte, um ihn wegen des Herrenhauses zu fragen. Er habe mir darauf günstige Nachrichten darüber gegeben. Ich hätte es aber damals und während der Zeit des bayrischen Landtages nicht gewagt, eine Eingabe in diesem Betreff zu machen. Daraus sei dann das irrtümliche Gerücht entstanden, ich hätte erst gewollt und dann die Absicht wieder aufgegeben. Dies sei keineswegs der Fall. Ich würde im Gegenteil jeden Augenblick die nötigen Schritte tun und fände die Tätigkeit im preußischen Herrenhause sehr vereinbar mit meiner Tätigkeit in Bayern, da wir dort nur alle drei Jahre Landtag hätten. Was die politische Seite der Sache betreffe, so sei dies für mich auch keine Schwierigkeit. Ich sei nun einmal in München als Preuße verschrien und werde also weder eine bessere noch eine schlechtere Stellung dadurch in Bayern bekommen. Diese letztere Aeußerung motivierte ich nun, indem ich in einer längeren Auseinanderlegung meine politische Lebensgeschichte vortrug, mit einer drastischen Beschreibung der Reichsgesandtschaft anfangend und dann übergehend zu meiner politischen Stellung in Bayern, mein Votum von 1849 hervorhob und meine damalige Stellung als Kleindeutscher charakterisierte. Der Prinz hörte mit der größten Aufmerksamkeit zu und sprach dann ganz offen seine ebenfalls kleindeutsche Ansicht, seine Freude über die Tätigkeit des Herrn von Roggenbach aus, stimmte mir aber vollkommen bei, als ich bemerkte, daß bei der herrschenden Stimmung in Süddeutschland, bei den sehr feinen und unbekannten Projekten des Kaisers Napoleon nur mit der größten Vorsicht vorgegangen werden dürfe. Schließlich bat ich den Kronprinzen, dem König zu sagen, daß ich keineswegs meine Absichten auf den Eintritt in das Herrenhaus aufgegeben habe, sondern jeden Augenblick bereit sei, wenn es der König wünsche, die nötigen Schritte zu tun.[1])

[1]) Der Fürst gab den Gedanken, in das Herrenhaus einzutreten, infolge des preußischen Verfassungskonfliktes ganz auf. Am 12. Dezember 1862 schrieb er dem

Berlin, 21. Januar 1862.

Heute Abend war ich wieder bei der Königin zum Tee. Ich hatte mit ihr ein längeres Gespräch über Literatur und Literatentum, bei welcher Gelegenheit sie sehr vernünftige Ansichten über den Umgang mit Gelehrten und die Gefahren dieses Umgangs kundgab. Der König kam wie immer etwas später, war recht heiter und mitteilend, saß aber entfernt von mir, so daß ich ihn nur gegen Ende der Soiree einen Augenblick sprechen konnte.

24. Januar.

Heute Mittag ließ mir die Königin sagen, ich solle um 1/2 4 Uhr „im Morgenanzuge" zu ihr kommen. Da ich wußte, daß trotz aller anglomanen Tendenzen der Ueberrock doch noch nicht als Morgenanzug bei Hofe eingeführt ist, so zog ich den Frack an und erlaubte mir nur die schwarze Halsbinde. Die Königin war aber noch spazieren gefahren und hatte die Gräfin Haacke beauftragt, mir unterdessen Gesellschaft zu leisten.

Um 4 Uhr kam die Königin, entließ die Gräfin, setzte sich, wie sie war, in Hut und Mantel an einen Tisch im Fenster und bedeutete mir, mich an das andre Ende des Tisches zu setzen.

Sie sagte, sie habe gewünscht, mir einige Fragen vorzulegen, die ich ihr ganz offen ohne Rücksicht darauf, was und wer sie sei, als alter Bekannter beantworten solle. Sie sei früher durch den Fürsten von Hohenzollern mit der Politik in Verbindung gewesen. Dessen Gesundheitsumstände hätten aber seine Entfernung unumgänglich nötig gemacht. Sie mische sich gar nicht in politische Dinge, sie sehe die Minister nur zum Tee, könne also von ihnen nichts erfahren. Sie gestehe mir offen, daß sie sehr niedergeschlagen sei. So schlimm habe sie sich das Regieren nicht gedacht, so trostlos habe sie nicht geglaubt, daß ihr die Verhältnisse in ihrer neuen Stellung und nach kurzer Zeit erscheinen würden. Der König sei irritiert und mißgestimmt, man sehe allgemein schwarz in die Zukunft, die Menschen, mit denen man zu tun habe, die Führer der Parteien, schienen ihr so unangenehm, so wenig Gentlemen nach dem englischen Begriffe, alles stehe sich so schroff gegenüber, daß sie beunruhigt sei, besonders da ihr von allen Seiten die Verhältnisse als bedenklich geschildert würden.

„Wir, der König und ich," fuhr sie fort, „sind alte Leute, wir können am Ende nichts mehr tun, als für die Zukunft arbeiten. Aber für unsern Sohn wünschte ich eine glücklichere Lage voraussehen zu können."

Herzog von Ratibor: „Es käme mir indelikat vor, mich bei Seiner Majestät um eine Stelle im Herrenhaus zu bewerben, wenn ich voraussehen zu müssen glaubte, daß ich über kurz oder lang mit den Allerhöchsten Orts gehegten Ansichten in Widerspruch geraten würde."

Nun ging sie über auf die äußere Politik. Hier spiele die deutsche Frage die Hauptrolle. Man feinde sie persönlich deshalb an und verleumde sie. Ihr Standpunkt sei weder der eines unbeweglichen Stillstehens noch der einer Eroberungspolitik, sie stehe in der Mitte zwischen den Parteien, sie wolle jedem deutschen Fürsten seine Rechte erhalten, ohne doch auf der andern Seite ihr Ohr den dringenden Wünschen und Bedürfnissen der Zeit zu verschließen.

Nachdem sie geendet hatte, überlegte ich mir kurz, was sie eigentlich wolle. Klar wurde mir aber ihre Absicht noch nicht, doch glaubte ich am besten zu tun, ihr offen meine Ansicht zu sagen. Ich fing damit an, ich habe immer den alten Spruch [1]) für wahr gehalten, den Dahlmann an die Spitze seiner Politik gestellt habe: „Man müsse die menschlichen Dinge nicht beweinen und nicht belachen, man müsse sie zu verstehen trachten." Ich könne deshalb den gegenwärtigen Zustand von Preußen durchaus nicht für so bedenklich ansehen. Ich bat sie, nicht zu vergessen, daß Preußen ein durch seine vierzigjährige Legislation gründlich demokratisiertes Land sei. Diese Demokratisation datiere aus einer Zeit, die das preußische Volk als seine schönste Zeit verehre. Ich wies auf das Ordensfest als ein echt preußisches, aber demokratisches hin. Wenn dieser Geist unter der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. zurückgedrängt sei, so sei dies eben nur ein Zurückdrängen gewesen, und mit der neuen Regierung, mit den Hoffnungen, die sie erregt, sei der alte demokratische Geist wieder kräftig hervorgetreten. Dies sei ein Grund der demokratischen Wahlen. Ein andrer Grund sei der, daß der Bauer und die übrigen steuerpflichtigen Untertanen geglaubt hätten, Demokraten würden eher geeignet sein, durch ihre Frechheit das Budget zu vermindern als Ministerielle. Wegen der Wahlen aber die Kammer aufzulösen, würde ich für einen großen Fehler ansehen. Es könnten im Laufe der Sitzungsperiode Umstände eintreten, die einen solchen Schritt nötig machten, darüber könne ich mir ein Urteil nicht erlauben.

Ferner machte ich die Königin darauf aufmerksam, daß das konstitutionelle Leben in Preußen erst seit ungefähr zehn Jahren existiere, daß manche Erscheinung, die man als eine politische Katastrophe ansehe, nichts weiter sei als ein Symptom des Entwickelungsprozesses, durch den wir in den süddeutschen Staaten schon viel früher hindurchgegangen seien. Der Kampf des Rechtsstaats mit dem feudalen Staate des Mittelalters sei in Preußen natürlich viel heftiger als anderswo. Es sei dies ein Kampf, der den Engländern noch bevorstehe, den die Kontinentalstaaten zum größten Teile bereits durchgekämpft hätten.

---

[1]) Spinoza.

Bedauernswert sei es allerdings, daß wir in unserm politischen Leben nicht mit Gentlemen zu tun hätten, dies sei aber ein Begriff, der uns überhaupt abgehe.

Was die auswärtige Politik anbetreffe, so könne ich ihre Auffassung nur billigen. Es sei auch eine zuwartende Politik jetzt nötiger als je. Die deutsche Frage werde dann ihrer Lösung näher geführt, wenn das revolutionäre Prinzip in Europa die Oberhand gewinne, sie werde aber von ihrer Lösung dann entfernt, wenn das Prinzip des historischen Rechts mehr Chancen habe. In der neuesten Zeit scheine die letztere Eventualität eingetreten zu sein. In einem solchen Augenblick, wenn nur der geringste Schein gesicherter Zustände auftauche, denke kein Monarch in Deutschland daran, auf irgendein Recht zu verzichten, das seiner aristokratischen Bureaukratie Nachteil bringen, zum Beispiel die Zahl der Gesandtenstellen vermindern könne u. dergl. Die deutsche Frage sei eine unendlich schwierige, und ich sehe zurzeit gar keine Möglichkeit, zu irgendeinem befriedigendem Resultat zu gelangen. Es entspann sich hierauf noch ein Zwiegespräch über denselben Gegenstand, über die Entrüstung, welche die Bernstorffsche Note [1]) hervorgerufen habe u. s. w., Klagen über die feindliche Haltung der „Allgemeinen Zeitung“, über Lerchenfeld u. a.

Schließlich sagte die Königin, sie müsse noch von meiner eignen Stellung sprechen: „Leonille [2]) hat mir oft gesagt, sie wünsche, daß Sie eine Stellung in Preußen einnehmen möchten. Es ist dies auch mein Wunsch. Sie sind uns nötig“ — hierauf verschiedene schmeichelhafte Aeußerungen. „Ich glaube, der einzige Weg ist, wenn Sie in das Herrenhaus kämen. Wäre dies denn nicht möglich? Könnten Sie es mit Ihrer Stellung in Bayern vereinigen? Denn die dürfen Sie nicht aufgeben. Wir haben so wenig Beziehungen mit Süddeutschland, daß uns ein solches Band sehr nötig ist.“ Das war also der Zweck, die Vermittlerrolle zwischen preußischen Projekten und Süddeutschland!

Ich erklärte, daß ich allerdings Erkundigungen eingezogen habe über die Möglichkeit, in das Herrenhaus zu kommen, daß ich das Projekt voriges Jahr nur verschoben, nicht aufgegeben habe, und daß ich es wieder aufgreifen würde, wenngleich ich noch Schwierigkeiten begegnen würde.

---

[1]) Das Bundesreformprojekt des sächsischen Ministers von Beust, welches das Alternat zwischen Oesterreich und Preußen im Bundespräsidium vorschlug, hatte Preußen durch eine Note vom 20. Dezember 1861 beantwortet, in welchem die Bildung eines Bundesstaats innerhalb des Staatenbunds als möglich und allein ausführbar hingestellt wurde. Dagegen protestierten Oesterreich und die Mittelstaaten in identischen Noten am 2. Februar 1862.

[2]) Die Stiefmutter der Fürstin Hohenlohe, Fürstin Leonille zu Sayn-Wittgenstein, welche der Königin Augusta nahe befreundet war.

Nach einigen weiteren Aeußerungen über mich stand sie auf, sprach noch in einem fort, indem sie nach der Tür ging, drehte sich dann an der Tür um, gab mir die Hand, die ich respektvoll mit meinen Lippen berührte, und verschwand.

Paris, Winter 1862.

Aus einem Briefe an die Prinzessin Elise.

Paris, 22. Februar 1862.

... Ich gestehe dir, daß ich mich nicht besonders hier unterhalte. Das eigentliche Amusement existiert für mich nur insofern, als es Ausruhen von der Arbeit ist. Wenn man aber in meinem Alter keine Arbeit hat, so langweilt man sich. Mein Interesse ist nicht hier, sondern zu Hause. Was ich hier sehe, erfüllt mich insofern mit Aerger, als ich eine große Nation mit einem nationalen Zentrum, großen, weltumfassenden Interessen, Plänen und Gedanken erblicke, während daheim Uneinigkeit, Zersplitterung nationaler Kräfte, Pläne und Gedanken herrscht, und Deutschland nicht die Stellung einnimmt, die es in einer Zeit, wie die unsrige, einnehmen sollte. Wir werden hier angesehen wie die Polen, wie eine überlebte Nation, von deren Uneinigkeit man Nutzen zieht, und deren Reste man aufzuzehren sich anschickt. Das trägt dazu bei, mir den Aufenthalt zu verbittern. Ich bin nun einmal zu sehr Politiker, um nicht alles, was ich sehe, damit in Beziehung zu setzen ...

Paris, 23. Februar.

Die Predigt, welche ich heute in der Kirche St. Klothilde gehört habe, war in mehrfacher Beziehung interessant.

Ich ging mit der Fürstin Wittgenstein schon um 2 Uhr hin, obgleich die Predigt erst um 3 ¼ Uhr anfing.

Die Kirche ist in schönem gotischen Stil gebaut und erst im Jahre 1857 fertig geworden. Die Glasmalereien sind mittelmäßig. Die Orgel hat einen sehr schönen Ton, doch wurde sie während der Vespergesänge zu sehr im Pastoralstil gespielt, die Musik war eine Art Schweizerarie mit Variationen. Der Prediger Pater Felix (Jesuit), ein kleiner Mann von mittleren Jahren, vielleicht dreißig, vielleicht vierzig Jahre alt. Er spricht sehr deutlich, mitunter etwas theatralisch, aber im ganzen ausgezeichnet.

Sein Thema war die Einladung zu Beiträgen zu einem Karmeliterkloster, welches in Meaux gegründet werden soll. Er beantwortete die Frage, wozu die Klöster überhaupt und die Karmeliterinnen insbesondere nötig sind, durch Hinweisung auf den Egoismus unsrer Zeit, der sich überall geltend mache, der die Familie zerstöre und die Staaten zerstöre. „L'égoïsme dans l'Etat,“ sagte er unter anderm, „c'est la tyrannie en

haut, le servilisme en bas, la dépravation partout.“ Dieser Egoismus, das Grundübel unsrer Zeit, gebe sich in drei Strömungen kund: als Habsucht, Sinnlichkeit und Hochmut. Diesem Egoismus wirkten die Karmeliterinnen entgegen, indem sie das Gelübde der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams ablegten. Es war eine wohldurchdachte und gut vorgetragene Predigt.

24. Februar.

Heute abend waren wir bei Galiera, wo sich die Gesellschaft des Faubourg St. Germain vereinigt fand. Auch Thiers war da, ebenso Montalembert und der ehemalige Minister Graf Duchâtel. Der Duc de Valençay, der von Berlin angekommen war, erzählte von der dort herrschenden Stimmung. Ein alter M. de Pontois beklagte den Mangel der Einigkeit in Deutschland. Canofari, ehemaliger Gesandter des Königs von Neapel, geht mit mißgestimmtem Gesicht umher. Er ist ein gescheiter Diplomat, der aber wohl umsonst auf die Wiederherstellung des Königreichs Neapel wartet. Man spricht viel von den Szenen, die im Senat stattgefunden haben. Die Rede des Prinzen Napoleon[1]) beschäftigt alles. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese Rede nicht ohne die Zustimmung des Kaisers gehalten worden ist, obgleich gestern der Duc de Tacher und Duc de Bassano versicherten, man solle nicht glauben, daß der Kaiser diese Ansichten teile. Im Gegenteil, der Kaiser fühlt, daß die Besetzung von Rom ihm bei der demokratischen Partei schadet, und hat diese Gelegenheit benützt, um durch seinen Vetter der Demokratie eine Konzession machen zu lassen, um ihr Sand in die Augen zu streuen.

Paris, 9. März.

Die deutsche Frage beschäftigt zur Zeit alle Staatsmänner nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Es ist dies auch ganz natürlich. Jede Frage der Gegenwart, die von der Revolution ausgebeutet wird, muß die Aufmerksamkeit denkender Männer in um so höherem Grade beschäftigen, je begründeter die Klagen und Mißstimmungen sind, die diesen „Fragen“ zugrunde liegen. Was man heutzutage „Fragen“ nennt, sind große Bewegungen, Oszillationen der Menschheit, Rätsel, die gelöst werden müssen. Die deutsche Frage ist nicht bloß in den Köpfen der Demagogen entstanden, sie ergibt sich aus der Natur der Dinge und durchdringt die Männer aller Parteien in Deutschland. Denn ein ganzes Volk, dessen einzelne Stämme, verbunden durch gemeinsame Sprache und Literatur, bewegt durch gleiche Interessen, infolge der erleichterten Verkehrsmittel mit jedem Tag in immer engere

---

[1]) Bei der Adreßdebatte im Senat hatte der Prinz Napoleon am 22. Februar eine sehr heftige Rede gegen den legitimistischen Grafen Laroche Jaquelein gehalten.

Verbindung treten, wird auf die Dauer einen Zustand staatlicher Zersplitterung nicht ertragen, der es zum Spielball fremder Intrigen und zum Spott fremder Nationen macht.

Hierin liegt die große Gefahr. Hieraus erklärt es sich, daß auch die friedlichsten, konservativsten Leute in Deutschland dahin geführt werden, zu erklären: wir müssen durch die Revolution zur Einheit kommen, weil wir auf gesetzlichem Wege das Ziel nicht erreichen können.

Damit gewinnt die Demagogie die Allianz der ehrlichen Leute und wird zu einer Macht, der keine Regierung gewachsen ist. Es fragt sich nun: kann die Revolution, die zwar nicht in nächster Nähe bevorsteht, die aber unvermeidlich ist, wenn nicht vorgebeugt werde, auf dem Wege der Reform vermieden werden?

Die Projekte, welche bisher von den Regierungen ausgegangen sind, um zur Reform des Bundes zu führen, sind durchaus unpraktisch. Das Projekt des Herrn von Beust [1]) ist nichts als ein Schachzug gegen Preußen. Ueberzeugt, daß Preußen nicht darauf eingehen wird, haben die Mittelstaaten dieses wohlfeile Anerbieten gemacht, das sie zu realisieren nie Gelegenheit haben werden.

Das Wort „großdeutsch" hat zwei Bedeutungen. Entweder heißt es „eine große deutsche Republik", in welche auch die deutsch-österreichischen Länder mitaufgenommen werden sollen, oder es ist nichts als eine Phrase, mit der Preußen entgegengearbeitet und der gutmütige Spießbürger in Schlaf gehalten wird. Der großdeutsche Föderativstaat kann in der Theorie richtig sein, er ist aber unpraktisch und unmöglich. Er setzt das Aufgeben gewisser Hoheitsrechte von seiten der Souveräne voraus, wozu sich diese nur dann verstehen werden, wenn sie von der Revolution gedrängt sind; käme es aber soweit, wäre die Revolution eine Macht geworden, die die deutschen Fürsten zu irgend etwas drängen könnte, so würde sie sich nicht mit dem Föderativstaat begnügen.

Ein praktisches großdeutsches Programm hat nie existiert und wird nie existieren.

Der Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich kann beklagt, aber nicht wegdemonstriert werden. Es ist ebenso unmöglich, daß Oesterreich unter Preußen, wie daß Preußen unter Oesterreich stehe. Die Monarchen und die Diplomaten können da nichts zu- und nichts abtun. Die Völker wollen es nicht. Alles was man von der Wiederherstellung eines Deutschen Reichs unter dem Hause Habsburg redet, ist eitel Träumerei.

Will man aber keine großdeutsche Republik, sieht man ein, daß die

---

[1]) Siehe Seite 120.

Fortdauer des gegenwärtigen Zustands zur Revolution führt, so muß man sich nach einem Projekte umsehen, das innerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Da kommt man denn folgerichtig wieder auf die Idee des Herrn von Radowitz zurück: Bundesstaat unter Preußen und Bündnis mit Oesterreich.

Diese Idee ist gescheitert, weil im Jahre 1849 die Geister noch nicht von der Ueberzeugung durchdrungen waren, daß alle andern Pläne unmöglich seien. Seitdem sind aber 13 Jahre verflossen, und jene Idee gewinnt mit jedem Tage neue Anhänger. Die Idee des Bundesstaats ist aber ferner gescheitert an dem Widerstand der katholischen Partei in Deutschland, an der Abneigung dieser, sich unter einem protestantischen Kaiser zu einigen. Ich glaube, die katholische Partei ist hier im Irrtum. Durch den Anschluß an die großdeutsche Partei, durch das Festhalten des großdeutschen Programms hindert sie die Reform ohne irgend eine Aussicht auf die Verwirklichung ihrer Wünsche. Sie arbeitet für die Stagnation und damit für die Revolution, während sie unter einem preußischen Kaiser nichts verlieren, sondern nur größere Freiheit für die Kirche erlangen wird. Der Zustand der Katholiken in Preußen, verglichen mit dem Zustand der Katholiken im übrigen Deutschland, beweist dies.

In die Hand dieser Partei ist es jetzt gegeben, zu entscheiden, ob die Reform des Deutschen Bundes auf friedlichem Wege oder auf dem Wege der Revolution geschehen soll. Schließt sie sich der Idee des Nationalvereins an, so werden die Regierungen gezwungen, nachzugeben. Es wird damit in die Bewegung ein konservatives Element hineingetragen, welches dafür Bürgschaft leistet, daß die Bewegung eine Reformbewegung bleiben wird.

In diesem Sinne wäre ein Wort des Grafen Montalembert von großer Wichtigkeit und zündender Wirkung.

10. März.

Heute habe ich Montalembert in diesem Sinne bearbeitet. Er hat mir zwei Gründe entgegengehalten:

1. klagt er über die preußische Intoleranz gegen die Katholiken, insbesondere in betreff der Universitäten. Er sagt, daß die den Katholiken feindliche Politik Friedrich Wilhelms III. die Katholiken gegen Preußen aufgebracht habe. Dazu komme, daß die Katholiken in Deutschland „par suite d'un préjugé et de traditions“ an dem österreichischen Kaiserhause hingen und deshalb gegen Preußen seien,

2. aber hält er die Idee des Herrn von Radowitz deshalb für unausführbar, weil Oesterreich den Einheitsstaat nicht halten könne. Oesterreich sei für den Föderativstaat gemacht und könne die widerstrebenden Stämme auf die Dauer nicht in den Einheitsstaat einzwängen.

Ich verteidigte die Ideen des Herrn von Schmerling und suchte den ersten Punkt zu widerlegen. Darüber wurden wir unterbrochen.

Karlsruhe, 26. September 1862.

Während meines Aufenthalts in Karlsruhe hatte ich Gelegenheit, mehrere Gespräche mit Roggenbach zu führen, die teilweise mich selbst, teilweise allgemeine politische Fragen betrafen. Zunächst wurde bei einem Souper bei Roggenbach zwischen ihm und mir und den beiden Holstein die preußische Frage diskutiert. Der gegenwärtige Zustand sei, sagte Prinz W. Holstein, die Folge der Macht und des Einflusses, den die Kreuzzeitungspartei noch immer nicht bloß im Herrenhause, sondern auch gegenüber der Krone und der Gesellschaft ausübe. Unter diesem Drucke leide alles. Es wurde viel hin und her geredet über Detailfragen, Kreisordnung u. a., worauf Prinz Fr. Holstein Gewicht legte, wogegen Roggenbach hervorhob, es handle sich vor allem darum, daß die Aristokratie oder ein Teil derselben sich an die Spitze der Bewegung, soweit sie das Recht vertrete, stelle und in die liberale Partei konservative Elemente hineintrage, statt in die konservativen Fraktionen liberale Elemente hineintragen zu wollen. Das übrige werde sich dann schon finden.

In betreff der deutschen Frage führte er aus, diese könne nicht diskutiert werden, solange nicht eine große europäische Frage, etwa die orientalische, den Hebel abgebe, durch welchen die Großmächte zu Konzessionen gegenüber Deutschland gezwungen würden. Deutschland könne sich nicht de but en blanc als Einheitsstaat konstituieren, ohne das europäische Gleichgewicht in Frage zu stellen und ohne also sofort eine Koalition gegen sich hervorzurufen, was dann vermieden werden würde, wenn die betreffende europäische Frage die Großmächte scheide und Gelegenheit gebe, die Konzession in betreff der deutschen und holsteinischen Frage als Gewicht der Allianz in die Wagschale zu werfen.

Auf dem Hofball kamen W. Holstein und Roggenbach nochmals auf die preußische Frage zurück, und Roggenbach betonte, es müsse sich vor allem eine regierungsfähige Partei im Herrenhause bilden, diese müsse dann zum Beispiel in den Fragen wegen Verfassungsverletzung, Interpretation der Verfassung u. s. w. die Initiative ergreifen, etwa in Form einer Interpellation, und dann dem Lande gegenüber sich Achtung erwerben und dadurch bei eintretender Krisis in der Lage sein, die Augen auf sich zu ziehen als auf Männer, aus welchen eine Regierung zusammengesetzt werden könne.

Bei der letzten Konferenz mit Roggenbach im Ministerium, wo wir allein waren, kamen wir zuerst auf die Stellung Oesterreichs in Deutschland zu sprechen. Hier führte er nun aus, daß es sich für Oesterreich

nur darum handle, seine Stellung gegenüber Deutschland und seinen Einfluß auf ein bestimmtes Maß zu reduzieren und seine Stellung innerhalb der Möglichkeit zu fixieren. Jetzt gehe Oesterreich von der Idee aus, Preußen zu zerstören und sich an die Spitze des Reichs der Mitte zu setzen. Dies sei eine unausführbare Aufgabe, da Oesterreich derselben nicht gewachsen sei. Durch das Anregen der deutschnationalen Frage treibe Oesterreich ein sehr gefährliches Spiel, da es die nationalen Sympathien seiner deutschen Bevölkerung für Deutschland rege mache, für die es keine Form gebe und worüber der Einheitsstaat zugrunde gehe. Europa werde nie dulden, daß das protestantische Preußen zerstört werde, diese Zerstörung sei aber die Vorbedingung der österreichischen Herrschaft in Deutschland. Wenn also der Zweck, welchen enthusiastische Köpfe in Oesterreich erreichen wollten, nicht erreichbar sei, so bleibe eine fruchtlose Agitation, die für Oesterreich selbst von den gefährlichsten Folgen sein werde. Das großdeutsche Programm sei ein radikales, sowie es aufhöre, ein negatives zu sein. Mit meiner Idee, daß durch ein Parlament ohne gleichzeitige starke Zentralregierung der Revolution ein Organ geschaffen werde, war er einverstanden.

Ueber meine eigne Stellung sagte er am Schlusse der Unterredung: Bei der Thronbesteigung des jetzigen Kronprinzen werde man sich nach einem Manne umsehen, dessen solide Stellung, Bildung und Gesinnung für die Uebernahme des Postens des Ministerpräsidenten geeignet sei, da wisse er nun niemand als mich, und es sei auch bereits für mich vorgearbeitet. Als Minister des Auswärtigen schlug er für diesen Fall Usedom vor. (Ich denke aber, er wird sich selbst im Auge gehabt haben, denn Usedom ist dazu ganz ungeeignet.)

Sein Programm scheint etwas Cavourisches zu haben. Er will Preußen auf Kosten von Oesterreich an die Spitze von Deutschland bringen. Wenn Oesterreich zerstört wird, fallen die deutsch-österreichischen Provinzen ohnehin an Deutschland. Das ist das fin mot des kleindeutschen Parteiprogramms. Oesterreich soll, wenn einmal Kleindeutschland konstituiert ist, das Venetien für Deutschland werden. Deshalb hat Herr Metz von Darmstadt aus der Schule geschwätzt, als er die Oesterreicher Schmerzenskinder nannte. Das war verfrüht. Der Ruf wird in einiger Zeit wiederkommen.

Roggenbach meint, daß alle diese Versammlungen in Frankfurt, Weimar u. s. w. Fiasko machen werden. Auf meinen Einwurf, daß man mich nicht kenne, wenn ich etwa in die Lage käme, preußischer Ministerpräsident zu werden, antwortete Roggenbach mit großer Naivität: „Wenn man einen Braten serviert, so gibt man auch die Sauce dazu. Die liefert dann die Presse."

Reise nach Frankfurt zum Deutschen Fürstentag.

Freitag den 14. August Abreise von München um 6 Uhr Morgens über Ulm und Stuttgart.

Bei dem öfteren Wechseln der Waggons kam ich mit Graf Waldstein, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, zusammen, der ebenfalls aus Interesse an dem Fürstentag nach Frankfurt reiste. Er erzählte mir manches Interessante über die böhmischen Zustände und schien der gesamtstaatlichen Partei anzugehören. Seine Urteile über die tschechisch-deutsche Aristokratenpartei waren äußerst vernünftig. Auf den Bahnhöfen in Ulm und auf der Route sah man schon die Vorbereitungen zur Dekorierung. Die Hitze überstieg alle Begriffe. In einem Zustande von Gekochtsein kamen wir nach Frankfurt. Ich fand ein bescheidenes Zimmer im Hotel de Russie und beeilte mich, mich umzuziehen und zu Tisch zu gehen. Hier fand ich zu meiner freudigen Ueberraschung Mülhens, mit dem ich dann den Abend verlebte. Wir gingen nach Tisch zu Madame Metzler, dann einen Augenblick ins Theater, wo wir den letzten Akt des „Kaufmanns von Venedig" sahen.

Ueber die Sache selbst habe ich bis jetzt nichts gehört. Das Publikum ist hier hauptsächlich mit Ausschmücken der Häuser, mit dem bevorstehenden Einzug, der Wohnung der hohen Herrschaften und ähnlichen Dingen beschäftigt.

15. August.

Um 10 Uhr zum Herzog von Koburg. Ich fand ihn glücklich darüber, daß der Gedanke, welchen der Kaiser eingegeben hatte, ausgeführt worden sei. Er meint, der Kaiser solle den deutschen Fürsten sogleich eine neue Bundesverfassung vorschlagen, gewissermaßen oktroyieren. Preußen werde dann auf vierzehn Tage aus dem Bunde austreten, dann aber sehr glücklich sein, wenn man es wieder aufnehmen wolle. Der König von Bayern sei wütend, die andern Monarchen sehr konsterniert, es sei eine sehr komische Situation, daß die Herren, die eben erst die deutsche Fahne in ihren Ländern verboten hätten, nun gezwungen seien, unter einer prächtigen schwarzrotgoldenen Fahne in ihren Wohnungen in Frankfurt zu seufzen.

Von hier ging ich zu Pfordten.[1]) Er war sehr freundlich, schien aber die ganze Situation sehr bedenklich anzusehen. Daß man gar nichts vorher mitgeteilt habe, scheint ihm sonderbar. Daß ihn seine Freundschaft für Oesterreich, seine Antipathie gegen Preußen dahin geführt hat, machte ihm einen unangenehmen Eindruck. Er ist offenbar betroffen darüber und gegen Oesterreich mißgestimmt. Mir machte es ein wahres Vergnügen,

---

[1]) Freiherr von der Pfordten war Vertreter Bayerns beim Bundestage von 1859 bis 1864.

ihn in dieser Klemme zu sehen, die ich den bayrischen Herren schon lange vorausgesagt habe. Ich bin neugierig auf den König, der auf einmal ungeheure preußische Sympathien haben soll.

Nachmittags 5 Uhr begab ich mich mit Mülhens und dem Prinzen Bernhard Solms, mit dem ich gegessen hatte, in das Beifußsche Haus, von dessen Balkon wir den Einzug des Kaisers mitansehen wollten.

Um 6 Uhr kam der Kaiser in einer offenen zweisitzigen Kalesche. Da man geglaubt hatte, er werde mit großem Gefolge mit acht Pferden u. s. w. kommen, so erkannte ihn niemand, und er fuhr ohne Hurra vorbei. Nur Frau von Bethmann auf unserm Balkon warf einige Bukette hinunter, die aber, glücklicherweise für den Kaiser, nicht in den Wagen fielen.

Abends wanderten wir noch in den Straßen umher, und um 9 Uhr fuhr ich zur Madame Metzler, wo ich bis 11 Uhr blieb. Ich kam gerade nach Hause, als der König von Hannover anfuhr.

Heute den 16. großes Treiben auf den Straßen, die Souveräne besuchen sich gegenseitig, das Publikum staunt und kritisiert.

Die Situation scheint jetzt folgende: Oesterreich wird ein Delegiertenprojekt vorlegen, über dessen Detail noch nichts bekannt ist. Der Herzog von Koburg und Herr von Kerstorf sollen die Idee dazu gegeben haben.

Der König von Bayern und der Großherzog von Baden sind nicht günstig gestimmt. Württemberg will annehmen. Von Hannover weiß ich nichts. Die Oesterreicher sind bei der Sache am sichersten. Kommt nichts zustande, so können sie sagen: wir haben alles tun wollen, aber die deutschen Souveräne wollen nicht. Entsteht dann Unzufriedenheit, Revolution u. s. w., so ziehen sie sich in ihren Gesamtstaat zurück und fischen im trüben. Stimmen aber die Souveräne zu, so steht Oesterreich an der Spitze seines ersehnten Siebzigmillionenreichs. Insofern ist der Coup sehr geschickt, ob im Interesse von Deutschland, ist eine andre Frage.

Nachmittags.

Es scheint, daß das Projekt der künftigen Verfassung doch nicht so übel ist: ein Direktorium, Fürstenrat, darin eine Stimme für die Reichsunmittelbaren, dann Delegiertenhaus mit ziemlich weitgehenden Befugnissen. An Preußen will man dann eine Deputation der Fürsten senden, um es zum Beitritt aufzufordern. Morgen wird also die erste Beratung sein. Gott gebe, daß der Widerspruch, der sich erheben wird, nicht zu einem Zerfall des Ganzen führe!

Mein Tag wurde großenteils auf der Straße zugebracht. Ueberall traf ich Minister und Diplomaten, Apponyi von London, Larisch, Schrenck u. a. Dem Herzog von Augustenburg machte ich meinen Besuch im „Englischen Hof“.

Abends Ermüdung und Spaziergang im Zoologischen Garten.

Um 11 Uhr desselben Tags kam noch Hermann[1]) zu mir und teilte mir mit, daß er am andern Tage eine Besprechung mit dem bei dem Herzog von Koburg angestellten Regierungsrat Sammer haben werde über die den Reichsunmittelbaren im Fürstenrat zugedachte Stimme. Er wünscht, daß ich auch dabeisein möchte.

18. August.

Infolgedessen ging ich heute Morgen zum Herzog von Koburg, wo ich den Herzog mit Erbach, Hermann und einigen Herren beim Frühstück fand.

Es wurde über das neue Verfassungsprojekt gesprochen, und ich erfuhr erst hier die Details.

Es soll ein Bundesdirektorium aus fünf Stimmen gebildet werden. Eine Stimme Oesterreich, eine Preußen, eine Bayern. Die Fürstenversammlung besteht aus der bisherigen Bundesversammlung.

Den Standesherren ist ein Anteil an einer Kuriatstimme im Fürstenrat zugedacht. Hiergegen hat sich schon Opposition erhoben. Es handelte sich also bei der Beratung mit Hermann und Sammer darum, ob man darauf hinarbeiten solle, uns in den Bundesrat zu bringen. Wir waren aber der Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, wenn wir möglichst danach trachteten, in den Fürstenrat zu kommen. Viel ist nicht dabei zu machen, nur würde dadurch das Prinzip der Ebenbürtigkeit gewahrt. Sammer meinte dies auch. Uebrigens glaubt er, daß die Frage des Bundesstaats durch diese Verfassung nicht beseitigt sei. Diese Verfassung werde nicht lange dauern und dann die Frage des Bundesstaats wieder auftauchen.

Jetzt um 11 Uhr ist die Versammlung beim Kaiser, wo der Kaiser den Souveränen das Projekt vortragen wird. Es heißt, der König von Bayern werde die Antwortrede halten. Dann werden die Souveräne in Beratung treten, die noch einige Tage dauern wird. Man spricht davon, eine Fürstendeputation mit dem König von Sachsen an der Spitze nach Baden zu dem König von Preußen zu schicken. An einen Austritt Preußens aus dem Bunde glaubt man nicht, besonders wenn Hannover beitritt.

Montag den 17. August kam ich zu dem Entschlusse, nach München zu gehen und Donnerstag wieder zurückzukehren, da in diesen Tagen eine Pause eintreten mußte. Die Fürstenversammlung hatte sich zu einem Briefe an den König von Preußen entschlossen.

Nach einem Aufenthalt von einem Tage in München kam ich Donnerstag den 20. wieder nach Frankfurt zurück. Der König von Sachsen[2]) war

[1]) Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, der gegenwärtige Statthalter in Elsaß-Lothringen.

[2]) Welcher am 19. August mit dem Schreiben der Versammlung an den König von Preußen nach Baden gereist war.

noch nicht wieder da. Ich ging Abends zum Herzog von Koburg, wo ich Hermann fand. Hier bemerkte ich sogleich, daß die Lage sich vollkommen geändert hatte. Der Herzog lamentierte, daß nichts zustande kommen werde. Von seinem Schwager, dem Großherzog von Baden, werde gegen das ganze Projekt agitiert. Hinter dem Großherzog stehe die Gothaische Partei mit Häusser und Bluntschli an der Spitze, die Oesterreich Opposition machen wolle. Der Großherzog verhindere alles, hetze die Fürsten gegen Oesterreich auf und sei gegen den Kaiser persönlich unhöflich.

Ich ging dann mit Hermann nach Hause, der die Absicht hatte, den andern Morgen nach Langenburg abzureisen.

Freitag 21. August.

Heute Morgen in den Abgeordnetentag, der in einem schönen Saale des sogenannten Saalbaus abgehalten wird. Die Galerien sind geräumig. Die ständige Kommission des Abgeordnetentags schlug vor, gleich ohne weitere Prozedur das Bureau zu wählen und proponierte Bennigsen, Unruh und Barth, die dann sogleich zu Präsidenten gewählt wurden. Bennigsen hielt eine Art Antrittsrede mit wohlklingender Stimme und großer Gewandtheit. Er sieht jung aus und hat ganz die Sicherheit eines Mannes, der sich viel im öffentlichen Leben bewegt hat. Unruh ist der preußische Regierungsrat, wie er im Buche steht. Barth war mir bekannt. Von den Reden, die gehalten wurden, war die bedeutendste die von Häusser, der den Standpunkt seiner Partei gegenüber dem Reformprojekt des Kaisers sehr klar darlegte. Ich sah daraus sogleich, daß die liberale Partei in Deutschland von Oesterreich nichts wissen will und an der preußischen Spitze festhält und dem Programm des Nationalvereins. Welcker, der sehr alt geworden ist, sprach mit gewohntem Eifer für Reichsverfassung. Schulze-Delitzsch hielt eine sehr schöne Rede, die aber besser für eine Volksversammlung gepaßt hätte. Einige andre Redner waren unter aller Kritik widerwärtig, so ein deklamierender Jude Fischer aus Breslau, ein Herr Becker und einige andre Unbekannte.

Nachmittags war ich wieder da, konnte aber nur bis 4 Uhr bleiben und hörte daher die Rede von Völk nicht, die gut gewesen sein soll. Um 5 Uhr aß ich mit Larisch, der als altenburgischer Minister hier ist, im „Russischen Hof" zu Mittag. Dieser ist nun in gewohnter ehrlicher Weise offen gegen das österreichische Bundesreformprojekt. Er hält die Reform ohne vollkommene Gleichstellung beider Großmächte für unmöglich und die Gleichstellung beider Großmächte im Bunde für unausführbar. Wolle man, so sagte er, den Bund mit Oesterreich, so könne man nur eine Föderation in der bisherigen Weise beibehalten. Ein Bundesstaat mit Oesterreich an der Spitze setze eine Demütigung Preußens voraus, zu der mitzuwirken die

kleinen Souveräne keine Lust und kein Interesse haben und die sich Preußen, und insbesondere das preußische Volk und die preußische Armee, nicht gefallen lassen würden. Dieser Ansicht sind Oldenburg, Baden, Meiningen, Altenburg und andere. Darmstadt und Nassau gehen mit Oesterreich, ebenso Sachsen, wahrscheinlich weil der kluge Herr von Beust meint, daß doch nichts daraus wird. Bayern verhält sich abwartend, Württemberg ebenfalls zweifelhaft. Da das Reformprojekt die liberale Masse nicht befriedigt, so sagen sich die Souveräne: warum sollen wir unsre Selbständigkeit aufgeben, wenn wir damit nicht einmal Dank bei unsern Liberalen ernten? Für Oesterreich tun sie natürlich keinen Schritt trotz der zur Schau getragenen Sympathie. Das Wegbleiben Preußens ist den Herren ohne Ausnahme ein prächtiger Vorwand, nichts zu tun. Nun unterstützt sie der Deutsche Abgeordnetentag. Hätten diese Professoren ihr Interesse gekannt, sie würden das Parlament gehabt haben, auch wenn es nur Delegierte waren, sie hatten eine Handhabe und konnten daraus später machen, was die Umstände erlaubten. Statt dessen reiten diese Schafsköpfe auf der Reichsverfassung herum, die ihnen kein Mensch geben wird, und sitzen in der Luft. Ich habe mich wieder einmal überzeugt, daß die Deutschen für die deutsche Einheit noch nicht reif sind. Ob sie es je werden, weiß Gott.

Bei Roggenbach fand ich eine Anzahl preußisch gesinnter Diplomaten, die die Köpfe zusammensteckten. Hier ist das Hauptquartier derer, die das Projekt nicht wollen, weil sie Oesterreich nicht in Deutschland wollen. Sie wollen reindeutsch bleiben, keine Konzession an Oesterreich. Hier vermischt sich der Liberalismus mit der Sorge für die Aufrechterhaltung der Partikularsouveränität und persönlichem Ehrgeiz. Hier wird besonders darauf Gewicht gelegt, daß Preußen nicht majorisiert werden dürfe. Alle diese Herren sind preußisch gesinnt. An sie schließen sich aber auch im geheimen die an, die bis jetzt noch äußerlich österreichisch waren und sind und die über das Gebaren der Feinde Oesterreichs, trotz äußerlicher Demonstrationen des Mißvergnügens, innerlich herzlich froh sind, daß sie den Kopf aus der österreichischen Bundesreformschlinge wieder herausziehen können.

Heute den 22. hatte in der Nacht um 1 Uhr Oesterreich ein Projekt herumgeschickt, in welchem es den Fürsten vorschlägt, die ihnen günstigsten Hauptpunkte in der heutigen Konferenz endgültig anzunehmen und nur über die Details und über Nebensachen Ministerkonferenzen beraten zu lassen. Darüber große Konsternation unter den kleinen Opponenten. Selbst der Herzog von Koburg findet, daß das zuviel sei, das könnten sich die Kleinen nicht gefallen lassen. Großes Herumfahren der Minister am frühen Morgen. Um 11 Uhr findet die Fürstenkonferenz statt. Es scheint aber,

daß Oesterreich die Partie verloren hat. Meiner Ansicht nach hatte man sich in Wien über die Stimmungen der mittleren und kleinen Fürsten getäuscht. Man glaubte sie in der Tasche zu haben und dachte mit einem Coup d'Etat Preußen zugrunde richten zu können. Dies ist nun nicht gelungen, da die deutschen Souveräne sofort gegen Oesterreich Front machten, als dies merken ließ, es wolle die andern unterdrücken. Hätte Oesterreich sein Terrain besser gekannt, so würde es dieses Manöver unterlassen haben oder es mußte noch revolutionärer vorgehen und die Demokratie durch eine demokratische Verfassung gewinnen.

22. August.

Oesterreich hat gestern früh den Vorschlag, den es in der Nacht gemacht hatte, wieder zurückgezogen, wie es scheint, auf Veranlassung des Königs von Sachsen. Dann fand die Konferenz statt, in der viel diskutiert worden sein soll. Man hat sich bis zu Artikel 6 geeinigt, den Artikel 3 aber — über das Direktorium — ausgesetzt. Ueber diesen findet heute Mittag eine Beratung statt. Die kleinen Souveräne wollen sich dem Fünferdirektorium nicht so unbedingt unterwerfen, sie wollen, daß dieses der Ausdruck der Gesamtsouveränität der deutschen Bundesstaaten, nicht aber ein Herrscher über die andern sei. Deshalb wollen sie, daß das Direktorium dem Fürstenrat eine Art Rechenschaftsbericht vorlegen müsse. Die Könige sind mit dem Direktorium von 5 nicht zufrieden, Sachsen proponiert 6 Direktoren, davon sollen 2 Oesterreich und Preußen, Bayern 1, Sachsen, Württemberg, Hannover zusammen 2 haben und der letzte von den andern Fürsten gewählt werden.

Morgen wird darüber beim Kaiser abgestimmt. Wenn dieser Punkt beseitigt ist, wird das übrige wohl in kurzer Zeit beendigt sein, so daß Mittwoch alles zu Ende sein kann.

Abends war Ball bei Baron Bethmann. Ich fand da eine Menge Bekannte, so u. a. Herrn von Vincke (Gisbert), der jetzt hier wohnt, Sternberg, Dumreicher, Zachariä aus Göttingen. Der Großherzog von Baden nahm mich beiseite, um mir seine Ansichten auseinanderzusetzen. Der Großherzog von Weimar lud mich ein, im Herbst nach Weimar zu kommen. Ebenso sprach ich mit dem Herzog und dem Erbprinzen von Meiningen, mit Rechberg, Crenneville, Schrenck und vielen andern. Die Nachricht, daß die bayrische Kammer sich für den Verfassungsentwurf ausgesprochen habe, machte viel Sensation.

Herr von Kerstorf bemerkte, daß es Zeit sei, daß die Souveräne von Frankfurt wieder abreisten, „sie fingen an, das Publikum zu langweilen."

Fürst und Fürstin Metternich waren ebenfalls auf dem Ball. Letztere in einer etwas auffallenden Toilette und sehr bemalt.

Heute Nachmittag war Pferderennen, wohin ich mit Lerchenfeld und Hompesch fuhr. Auf der Tribüne für die Souveräne waren der Kaiser, der Kurfürst von Hessen, der Herzog von Meiningen und einige andre.

Nach dem Rennen ging ich noch zum Großherzog von Baden. Er erzählte mir aus der Fürstenkonferenz, daß diejenigen Souveräne, welche an der Reformakte etwas auszusetzen fänden, von Oesterreich und der Majorität terrorisiert würden. Er habe sich erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, daß man doch nicht ohne Geschäftsordnung diskutieren könne, sein Einwurf sei aber nicht berücksichtigt worden. Man habe fortgefahren zu sprechen, und zuletzt habe der Kaiser gesagt: „Wir wollen es einmal mit der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen probieren", und aus dem Probieren sei dann Ernst geworden. Gleich nach der Vorlesung des ersten Artikels über den Zweck des Bundes habe der Kaiser gefragt, ob jemand etwas dagegen zu erinnern habe. Da niemand das Wort ergriffen, so habe er, der Großherzog, bemerkt, er müsse doch darauf aufmerksam machen, daß dieser Artikel die wichtigsten staatsrechtlichen Fragen in sich schließe, da sich aber keiner der Herren darüber ausspreche, so nehme er an, daß man eben keine Diskussion wolle. Darüber allgemeines Mißvergnügen. Man habe ihn gefragt, ob er etwas Besseres wüßte u. s. w. Ueberhaupt werde durch Terrorismus und Intrige jede von der österreichischen Ansicht abweichende Ansicht niedergehalten. Der Großherzog scheint von der Ansicht auszugehen, daß hier Preußen zugrunde gerichtet werden soll, und daß er berufen ist, dies zu hindern. Abends traf ich bei Madame Metzler den Fürsten Metternich, Rechberg, den Erbprinzen von Meiningen und einige Diplomaten und viele elegante Damen von Frankfurt. Ich machte mich bald aus dem Staube.

24. August.

Nachmittags vor meiner Abreise ging ich noch einen Augenblick zum Herzog, der eben aus der Fürstenkonferenz kam und sehr befriedigt über deren Resultat war (sechs Stimmen im Direktorium). Er hat Hoffnung, daß die Sache zustande kommen werde.

Um 4 Uhr reiste ich nach Sayn ab, überzeugt, daß im standesherrlichen Interesse nichts zu tun sei, und ermüdet von einer Existenz, die dadurch peinlich wurde, daß ich nur halb hörte und erfuhr, was geschah, und dabei zu einem Urteil aufgefordert wurde von Leuten, die eingeweiht waren, über Dinge, die ich eben nur halb kannte, und durchdrungen von der Wahrheit des Spruchs: „Wo deines Amtes nicht ist, da laß deinen Fürwitz!"

7. Schleswig-Holstein.

München, 18. Februar 1864.

Gestern war ich bei Bodenstedt. Ich hatte erfahren, daß er wünsche, daß ich in den Schleswig-Holstein-Verein eintreten möchte, und daß dies das Mittel sei, um Minister zu werden, was er und die liberale Partei in Bayern für nötig halten. Bodenstedt beklagte, daß ich nicht früher gekommen sei, da ich dann im Verein hätte nützen können. Jetzt sei es schon zu spät. Er beklagte sich über Schrenck und dessen Untätigkeit, glaubt, daß der König, wenn er einen andern Minister hätte, ganz anders auftreten würde, und teilte mir mit, daß Schrenck dem Könige schon über die schleswig-holsteinsche Frage gesprochen habe, Deutschland sehe auf den König, habe Schrenck gesagt u. s. w.

Heute war ich nun bei Schrenck.[1] Dieser fing damit an, mir zu sagen, er habe gehört, ich werde in ihren Verein eintreten. Auf mein Verneinen hielt er mir eine Vorlesung, daß man in einer so heiligen Sache mit seiner Ansicht nicht hinter dem Berge halten dürfe u. s. w. Ich erwiderte darauf, daß ich mit meiner politischen Meinung nie hinter dem Berge halte, wenn ich berufen sei, meine Ansicht zu äußern, daß ferner jeder Mensch in Bayern wisse, welcher Ansicht ich angehöre, daß mir aber folgende Erwägung den Eintritt in den Verein unmöglich mache: ich glaube nämlich, daß die schleswig-holsteinschen Vereine demnächst in der Lage sein würden, sich über die Alternative zu entscheiden, ob sie den gesetzlichen Weg verlassen wollten oder ob sie, der Macht weichend, sich in das Privatleben zurückziehen wollten. Beide Entschlüsse seien mir unangenehm. Wenn ich einmal einem Verein beiträte, so würde ich auch alle logischen Folgerungen, die man daraus ziehen und die sich daraus ergeben würden, akzeptieren. Auf halbem Wege stehen zu bleiben, sei meine Sache nicht. Da ich aber die Revolution in gewissen Verhältnissen als eine logische Folge dieser Vereine kommen sähe, so hielte ich es für zweckmäßig, mich nicht zu beteiligen.

Auf den Einwurf Schrencks, daß der Verein aus sehr soliden Leuten zusammengesetzt sei — er zitierte Ringseis —, bemerkte ich ihm, daß ich ohne Selbstüberschätzung behaupten müsse, daß eben *mein* Beitritt dem Verein eine politische Färbung geben werde. Im Verlauf des Gesprächs setzte ich ihm mein Programm auseinander, machte ihm klar, daß es sich für Bayern um eine Existenzfrage handle, und daß zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Bayerns die Zusammenberufung eines deutschen mittelstaatlichen Parlaments und eine entschiedene Politik nötig sei.

---

[1] Minister des Auswärtigen und des Handels 1859 bis 1864.

München, 12. März 1864.

In der Zwischenzeit sind verschiedene Ereignisse eingetreten.

Der Tod des Königs[1] wird an der Politik in der schleswig-holsteinschen Frage zunächst nichts ändern. Schrenck wird im Amt bleiben.

Die Sache selbst steht jetzt folgendermaßen:

Hannover hat einen Antrag gestellt oder stellen wollen, Dänemark solle durch den Bund zur Aufgebung der Kaperei deutscher Schiffe aufgefordert werden. (Oesterreich ist dagegen, der Antrag wird also unterbleiben.) Im Weigerungsfalle solle Dänemark durch den Bund der Krieg erklärt werden. Die Vormächte wollen aber vom Bund nichts wissen.

Ebenso soll Darmstadt verlangt haben, die Bundestruppen sollten an dem Krieg gegen Dänemark teilnehmen. Auch dies wird von Oesterreich und Preußen abgewiesen. Hilfe einzelner deutscher Staaten will man annehmen, aber keine Bundeshilfe. Die Vormächte wollen die Sache selbst in der Hand behalten.

Der Antrag auf Beratung wegen der Erbfolgefrage soll in die Länge gezogen werden. Von einer Einberufung der holsteinschen Stände wollen die deutschen Großmächte nichts wissen. Man will nur freie Hand haben. Herr von Bismarck hat, wie es scheint, Oesterreich ins Schlepptau genommen.

Die Sendung des Erzherzogs Albrecht ist teilweise allgemeinen Inhalts, Anknüpfung freundlicherer Beziehungen. Aber auch spezielle Vorschläge sollen gemacht worden sein, insbesondere wegen der Stellung der Anträge beim Bunde, die mit den Ansichten der österreichischen Regierung nicht übereinstimmen. Die bayrische Regierung, insbesondere der verstorbene König Max, sind aber festgeblieben.

Fürst Hohenlohe gehörte zu den entschiedenen Anhängern des Herzogs Friedrich. Am 12. Mai 1864 richtete er in Gemeinschaft mit zwölf andern Mitgliedern der Kammer der Reichsräte das folgende Schreiben an den Minister von Beust, welcher auf der Londoner Konferenz den Deutschen Bund vertrat:

Eurer Exzellenz liegen bereits eine Reihe von Zuschriften vor, welche als Ausdruck der in Deutschland herrschenden Rechtsüberzeugung hinsichtlich des deutsch-dänischen Konfliktes gelten dürfen. Wenn die unterzeichneten Mitglieder der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern in gleichem Sinne sich hiermit schriftlich an Eure Exzellenz wenden, so geschieht es nicht bloß in vollem Einklange mit dem von der eignen Landesregierung beharrlich festgehaltenen Standpunkte, sondern auch in der freudigen Anerkennung, daß Eure Exzellenz für dieselbe Ueberzeugung, für

[1] König Maximilian II. gestorben 10. März 1864.

dasselbe Recht von je Ihr gewichtiges Wort in die Wagschale gelegt haben. Es ist das altverbriefte Recht der Herzogtümer Schleswig und Holstein auf untrennbare Zusammengehörigkeit unter ihrem eignen Herzoge; es ist, nach dem Ableben Friedrichs VII., Königs von Dänemark und Herzogs von Schleswig-Holstein, der rechtsbegründete Anspruch des legitimen Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg auf die Thronfolge in den Herzogtümern Schleswig und Holstein. Nach unbestrittenen und unbestreitbaren Prinzipien des Privatrechtes wie des öffentlichen Rechtes steht niemand, also auch nicht den europäischen Großmächten, die Befugnis zu, über klare Rechte dritter Personen — hier des Herzogs Friedrich VIII., der Stände der Herzogtümer und, soweit es Holstein betrifft, des Deutschen Bundes — eine diese Rechte beeinträchtigende Verfügung zu treffen. Je unheilvoller und gefahrdrohender der Rückschlag sein würde, welchen eine solche Verfügung auf das Rechtsbewußtsein der deutschen Nation ausüben müßte und je empfindlicher hierdurch die Ehre und die Interessen Deutschlands verletzt würden, um so zuversichtlicher geben wir uns der Hoffnung hin, daß Eure Exzellenz als legaler Vertreter des Deutschen Bundes auf der Londoner Konferenz alles aufbieten werden, eine den Rechten des legitimen Erbfolgers, des schleswig-holsteinschen Volkes sowie des Deutschen Bundes entsprechende Lösung herbeiführen zu helfen.

Da der Landtag zurzeit nicht einberufen ist und hiermit, wie in Ermanglung einer Vertretung des Volkes am Bunde, es nur den einzelnen als solchen gestattet ist, ihrer Besorgnis wie ihrer gewissenhaften Ueberzeugung in dieser ganz Deutschland tief berührenden Frage Ausdruck zu geben, so bitten wir Eure Exzellenz, in diesem Sinne gegenwärtiges Schreiben genehmigen und es zugleich als Zeugnis der festen Zuversicht hinnehmen zu wollen, mit welcher wir Deutschlands Ehre und Interessen in die Hände Eurer Exzellenz gelegt sehen.

Herr von Beust erwiderte hierauf:

London, 20. Mai 1864.

Eure Durchlaucht haben mir ein von mehreren Mitgliedern der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern unterzeichnetes Schreiben, d. d. München, 12. l. M., zu übersenden die Geneigtheit gehabt, welches einen neuen gewichtigen Ausdruck der in Deutschland herrschenden Rechtsüberzeugung hinsichtlich des deutsch-dänischen Konflikts enthält. Ich danke Eurer Durchlaucht verbindlichst für diese gefällige Mitteilung, die mir um so wertvoller sein mußte, als sie neben den mir bereits vorliegenden Kundgebungen einen abermaligen und sehr erfreulichen Beweis dafür liefert, wie lebhaft die hochwichtige Angelegenheit, die mich hierher geführt hat, von allen, auch den konservativsten Kreisen der Nation in ihrer

ganzen Bedeutung für die politische Zukunft Deutschlands erkannt und gewürdigt wird.

Mit gutem Gewissen darf ich mir das Zeugnis geben, daß, soweit es auf meine Bestrebungen ankommt, das schmeichelhafte Vertrauen, welches in der erwähnten Zuschrift sich ausgedrückt findet, nicht unbegründet ist. Aber ich hege zugleich die Zuversicht, daß auch der Erfolg meiner Bemühungen dieses Vertrauen rechtfertigen wird. [1]) Ich hoffe, daß es gelingen soll, eine Lösung der schleswig-holsteinschen Frage herbeizuführen, welche die Rücksichten auf das Rechtsbewußtsein und die politischen Interessen der deutschen Nation mit den Rücksichten auf die Wünsche der Bevölkerung der Herzogtümer vereinigt.

Aufzeichnung über eine Reise von Aussee über Wildalpen nach München.

2. bis 10. Oktober 1864.

... In Linz kaufte ich mir eine „Presse" und ersah daraus, daß Minister Schrenck seinen Abschied genommen hat.

In München Ankunft um 10 Uhr.

Den andern Morgen besorgte ich einige Kommissionen, kam dann in die Ludwigsstraße, wo ich Venninger traf, der mir zu meiner Ernennung zum Ministerpräsidenten gratulierte. Er sagte, in der Banksitzung sei ich als solcher genannt. Bald darauf begegnete ich dem Handelsgerichtsrat Völderndorff, mit dem ich spazieren ging. Er sprach auch von dem Ministerwechsel und erzählte, daß man in Franken allgemein auf mich rechne und auf mich baue. Wir sprachen über das, was der Minister des Auswärtigen in Bayern jetzt zu tun habe und waren beide einverstanden, daß die Einwirkung auf den jungen König jetzt das wichtigste sei, sonst Vorsicht in den Bestrebungen, Bayern an die Spitze der Mittelstaaten zu bringen. Strengere Handhabung der inneren Verwaltung, keine Reaktion, gegen außen Vorsicht und Unabhängigkeit.

---

[1]) In der Sitzung der Londoner Konferenz vom 17. Mai hatte der preußische Vertreter die deutsche Erklärung verlesen, welche für die Herzogtümer vollständige politische Unabhängigkeit forderte. Obwohl hierdurch die Erbfolge des dänischen Königs nicht ausgeschlossen war, wurde dieser Antrag doch von Dänemark sofort abgewiesen. Dadurch war die Möglichkeit einer Entscheidung für die Personalunion mit Dänemark endgültig beseitigt und die Fortsetzung des Kriegs mit dem Ziele der völligen Trennung der Herzogtümer von Dänemark gesichert. Beust hatte in der Sitzung namens des Bundes die Erklärung abgegeben: „que la majorité de la Diète ne consentirait pas à une solution qui même sous la forme d'un arrangement conditionnel ou éventuel rétablirait l'union entre les Duchés et le Danemarc." Graf Beust: „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. I S. 383.

Oettingen lamentiert über die Schwierigkeiten, die ein Standesherr in dieser Stellung haben würde. Harleß erzählte, daß der König sich geäußert habe, er werde keinen Standesherrn zum Minister machen.

Die neuesten Nachrichten nennen Hompesch als Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Als ich ihn in den „Vier Jahreszeiten" bei Tisch fand, war er nicht angenehm überrascht, mich zu sehen. Dies bestätigt mir, daß er Hoffnung hat. Im Theater sah ich den König. Er sieht wohl aus. Mir kam es aber vor, als wenn er schon den mißtrauischen Ausdruck seines Vaters annehme.

Meine Gegner sind die Hofleute, der niedere Adel, die Ultramontanen und die österreichische Partei. Der gebildete Mittelstand ist für mich, desgleichen die Demokraten. Es scheint aber, als ob preußische und österreichische Einflüsse sich geltend machten, eine Reaktion in Bayern anzubahnen. Diese wollen mich nicht, und in dieser Ueberzeugung bin ich denn auch ruhig und unbehelligt wieder abgereist.

Aus einem Briefe an die Prinzessin Elise.

Aussee, 29. Oktober 1864.

... Die „Presse" hat einen geharnischten Artikel aus München gegen mich gebracht. Sie wirft mir vor, ich erscheine jedesmal, wenn ein Ministerwechsel bevorstehe, in München und spricht in sehr wegwerfendem Ton von dieser ungerechtfertigten Prätension. Auch meine Jugend wirft sie mir vor! Ich gestehe, daß mich der Artikel etwas geärgert hat. Es ist aber recht gesund, wenn man auch mitunter geschimpft wird.

Aus einem Briefe an Herrn von Mülhens in Baden.

Schillingsfürst, 23. November 1864.

Minister bin ich trotz der öffentlichen Stimme nicht geworden. Die bayrische Dynastie will keinen Mediatisierten als Minister. Es soll dies Hauspolitik sein. Ich kann mich darüber nicht betrüben. Besser Ministerkandidat als abgetakelter Minister ...

An König Ludwig.

München, 3. April 1865.

Eure Königliche Majestät haben zu befehlen geruht, den Gegenstand, der mich zur Bitte einer Audienz veranlaßt hat, zu Allerhöchster Kenntnis zu bringen, und ich zögere nicht, diesem Befehle zu folgen und die Bitte, die ich mündlich vorzutragen beabsichtigte, schriftlich zu den Füßen Eurer Königlichen Majestät zu legen.

Eure Königliche Majestät haben mir seit Allerhöchstderen Regierungsantritt stets nur Beweise Allerhöchster Gnade zuteil werden lassen. Ich

bin darauf stolz und dafür tief dankbar. Die wahre und innige Verehrung, welche ich für Eure Königliche Majestät im Herzen trage, läßt mich dringend wünschen, dieses gnädigen Wohlwollens und insbesondere der Achtung Eurer Königlichen Majestät nicht verlustig zu werden.

Der Beginn des Landtags hat aber in mir die Befürchtung erregt, daß es möglich sei, Eure Königliche Majestät könnten über meine Wirksamkeit in der Kammer und über die Motive meiner Handlungen Berichte erhalten, die mich in falschem Lichte erscheinen lassen.

Gewohnt, bei den Beratungen des Landtags nur nach Ueberzeugung und treu meinem geschworenen Eide zu handeln, verhehle ich mir nicht die Möglichkeit, in einzelnen Fällen mit der Staatsregierung nicht in Uebereinstimmung zu sein. Die erhabene Gesinnung Eurer Königlichen Majestät weiß die Unabhängigkeit der Vertreter des Landes, zu denen auch die Reichsräte gehören, zu würdigen. In dieser Beziehung fürchte ich also nichts. Wohl aber fürchte ich falsche Darstellung in betreff der Motive meiner Handlungen.

Sollten daher Eure Königliche Majestät in vorkommenden Fällen meine Reden und Tun im Reichsrate für wichtig genug halten, denselben Allerhöchstihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und darüber Aufklärung für nötig erachten, so würde ich Eurer Königlichen Majestät zum tiefgefühltesten Danke verpflichtet sein, wenn Allerhöchstdieselben diese Aufklärungen direkt von mir zu befehlen oder durch Allerhöchstihr Kabinett einfordern zu lassen die Gnade haben wollten.

Das ist die alleruntertänigste Bitte, die ich Eurer Königlichen Majestät mündlich vorzutragen beabsichtigte und die ich hier schriftlich niederzulegen wage.

Zwei Schreiben an die Königin Viktoria von England über die sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands, 1864, 1865.

Im April 1864 erhielt der Fürst einen Brief seiner Tante, der Fürstin Feodora von Hohenlohe-Langenburg, in welchem diese ihm einen Wunsch ihrer Schwester, der Königin Viktoria, aussprach.[1]) Die Königin klagte darüber, seit dem Tode des Prinzen Albert von der Verbindung mit Deutschland gewissermaßen abgeschnitten zu sein, sich mit niemand offen aussprechen und von niemand genaue, unparteiische Ansichten hören zu können. Sie hegte Vertrauen zu dem Fürsten, als dem alten Freunde des Prinzen Albert, und wünschte durch ihn in bezug auf die sozialen und

1) Siehe Seite 84.

politischen Verhältnisse von Deutschland au courant erhalten zu werden. Bei der Aufmerksamkeit, mit welcher man in England deutsche Einflüsse verfolgte, sollten diese Berichte an die Königin durch die Vermittlung der Fürstin Feodora übersandt werden. Namentlich sollte der Fürst die schleswig-holsteinsche Sache und deren Bedeutung für Deutschland besprechen, da die Engländer diese nicht verständen. Auf den Wunsch der Königin Viktoria erstattete der Fürst die nachfolgenden beiden Berichte vom 4. Mai 1864 und 15. April 1865, ein politisches Glaubensbekenntnis unmittelbar vor dem Ausbruch der großen Bewegung, die den Fürsten selbst zum politischen Handeln an leitender Stelle berief.

München, 4. Mai 1864.

Eure Königliche Majestät haben mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, von Zeit zu Zeit Bericht über die sozialen und politischen Zustände von Deutschland abzustatten. Ich erlaube mir, diesem Auftrage in nachstehendem Folge zu leisten.

Was die sozialen Zustände betrifft, so sind diese zu allen Zeiten in Deutschland mit den religiösen so eng verbunden gewesen, daß der religiösen Bewegung in Deutschland zunächst Erwähnung zu tun ist.

Vor allem ist es eine bemerkenswerte Erscheinung, daß sich die Gegensätze der gläubigen und nichtgläubigen Richtung immer schroffer gestalten. Während die im Westen von Deutschland herrschende Richtung, deren Repräsentanten in einigen Ländern sogar das Kirchenregiment in der Hand haben, den Grundsatz aufstellen, daß die Reformation auf halbem Weg stehen geblieben sei, von der katholischen Kirche zu viele Elemente in sich aufgenommen und dadurch sich dem Fortschritt verschlossen habe, daß aber jetzt die Zeit gekommen sei, das Christentum im Geiste der Zeit umzubilden und das Glaubensbekenntnis dem wirklich bestehenden Glauben und damit den Bedürfnissen einer nicht mehr orthodox gläubigen Gemeinde entsprechend zu reformieren, schließt sich im Gegensatz zu dieser protestantischen Bewegungspartei die orthodox lutherische Glaubensgenossenschaft fester aneinander an. Diese bestreitet die Notwendigkeit des Fortschritts und der zeitgemäßen Entwicklung des Protestantismus, sie hält sich an die Bibel und an Luther, ja ein Teil derselben würde gern in den Schoß der katholischen Kirche zurückkehren, wenn diese ihr nur einige Konzessionen im Dogma, insbesondere in der Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben, machen wollte oder könnte. Da dies nicht möglich ist, so bildet sie wenigstens innerhalb ihrer Kirche eine strenge Gläubigkeit aus, modifiziert ihre Liturgien in einer der katholischen ähnlichen Art und nimmt so viel als immer möglich von den Werken der katholischen Kirche in ihre Sitten und Gebräuche auf. Die Institution der Diakonissen,

die Brüder des Rauhen Hauses in Hamburg und Berlin, die Johanniterritter u. s. w. sind Beweise dieses Strebens.

Außerhalb dieser christlichen Parteien steht die große Schule des Materialismus oder Nihilismus, vertreten durch die Koryphäen der materialistischen Philosophie und Naturforschung. Darunter sind Männer von großem positiven Wissen und gewissenhaftem Streben, die aber im Verfolg ihrer Studien zur Ableugnung alles dessen gelangt sind, was sie nicht mit dem Mikroskop erfassen können. Wären diese Theorien auf die Schule beschränkt, so würde die Gefahr nicht groß sein. In Deutschland aber ist die Bildung eine so verbreitete, das Volk selbst nimmt so lebhaften Anteil an dem, was die Professoren sagen, die Wissenschaft ist, wenn ich mich so ausdrücken soll, so demokratisiert, daß solche Theorien nicht ohne bedenklichen Einfluß auf unsre sozialen Zustände bleiben werden. Allerdings haben wir kein Proletariat in der Ausdehnung wie England, Belgien und Frankreich. Die Arbeiterbevölkerungen sind auf verhältnismäßig wenige einzelne Punkte zusammengedrängt, und große Teile von Deutschland, wie namentlich Bayern, haben vorzugsweise eine ruhige Ackerbaubevölkerung. Bei den Fortschritten der Industrie wird aber auch die Arbeiterbevölkerung an Zahl zunehmen und einen um so nachteiligeren Einfluß auf die sozialen und politischen Zustände ausüben, je tiefer in dieselbe eine halbe, falsche und subversive Bildung eingedrungen ist.

Was die politischen Zustände betrifft, so löst sich in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick alles in die schleswig-holsteinsche Frage auf. Daß diese Frage eine so große Bedeutung erlangen konnte, hat seinen Grund zunächst in dem Umstand, daß die Deutschen ein Rechtsvolk sind, daß Rechtsfragen stets den größten Anklang finden, wie denn Prozesse in manchen Gegenden von Deutschland zu den erheiternden Beschäftigungen in der Erholungszeit des Landmanns gehören. Abgesehen aber hiervon fühlt jeder in Deutschland die tiefere Bedeutung der schleswig-holsteinschen Frage für unsre inneren Zustände. Jeder weiß, daß in jener Frage die deutsche Frage entschieden wird. Im Anfang hatte es den Anschein, als wenn die deutschen Mittelstaaten, die eigentlich reindeutschen Staaten, durch die schleswig-holsteinsche Sache zu einer größeren politischen Geltung gelangen könnten. Hier liegt der Grund, warum diese Frage in den deutschen Ländern außerhalb Preußens und Oesterreichs eine größere Bewegung hervorgerufen hat.

Wer die Erschütterungen, welche Deutschland in den letzten fünfzig Jahren bewegt haben, aufmerksam beobachtet, wird finden, daß deren eigentliches Motiv in der Unzufriedenheit der Bewohner der Mittelstaaten und Kleinstaaten, einer Bevölkerung von ungefähr neunzehn Millionen Menschen, zu finden ist, die sich von der Teilnahme an den Geschicken

Europas ausgeschlossen sehen. Diese Bevölkerung der Mittelstaaten und Kleinstaaten Deutschlands sieht sich in dem Zustand großjährig gewordener Männer, denen die Verwaltung ihrer eignen Angelegenheiten vorenthalten wird. Ein solcher Zustand wird auf die Dauer unerträglich. Man hat dagegen eingewendet, der materielle Zustand der Mittelstaaten sei ein befriedigender, und es sei eine Torheit, einen andern Zustand anzustreben, in welchem jedenfalls größere materielle Opfer als die bisherigen erfordert würden. Allein dieser Ehrgeiz oder, um es besser auszudrücken, dieses Bedürfnis nach Ehre und Ansehen ist ein Zeichen der Lebensfähigkeit des deutschen Volks, das Ehre und Ansehen höher stellt als das bloße materielle Genügen. Um also aus diesem Zustande herauszukommen, hat man im Jahre 1848 die sogenannte deutsche Einheit angestrebt. Denn diese Bewegung begann in Südwestdeutschland. Sie hat sich als unpraktisch erwiesen, da weder Oesterreich noch Preußen sich einer idealen Macht unterwerfen konnten.

Eine Partei hat sodann die preußische Hegemonie durchführen wollen. Sie ist an dem Ablehnen des preußischen Königshauses gescheitert.

Jenes obenerwähnte Streben blieb aber bestehen, weil es auf einer tatsächlichen Grundlage beruhte. So fand sich die schleswig-holsteinsche Frage, die den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, wenn sie sich hätten einigen können, die Möglichkeit gewährt hätte, eine politische Stellung in Europa zu erringen. Das Volk glaubte den Augenblick gekommen und drängte die Regierungen. Diese, uneinig und unfähig, ließen den günstigen Augenblick vorübergehen. Als nun die deutschen Großmächte die Sache in die Hand nahmen, schwanden die politischen Hoffnungen, welche das süddeutsche Volk an die schleswig-holsteinsche Sache geknüpft hatte, ohne daß aber das Interesse an der Sache abnahm. Nun wandte sich die öffentliche Meinung wieder mehr Preußen zu, da man die Hoffnung hegt, Preußen werde nach den kriegerischen Erfolgen die Rechte der Herzogtümer nicht untergehen lassen.

Das deutsche Volk hat seit 1848 in der politischen Bildung Fortschritte gemacht, es hat insbesondere warten gelernt. Es hat gelernt, daß man in politischen Dingen nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennt. Es ist aber bei dieser Lage der Sache und bei der in Deutschland durchgängig herrschenden Stimmung unausbleiblich, daß die Folgen einer das Rechtsbewußtsein des Volks verletzenden Lösung der schleswig-holsteinschen Frage für Deutschland und insbesondere für die Existenz der Mittelstaaten und Kleinstaaten von den bedenklichsten Folgen sein würde. Nicht daß daraus ein sofortiger revolutionärer Ausbruch hervorgehen könnte. Dazu ist die Masse des Volks zu ruhig und zu schwer erregbar. Aber es würde eine Mißachtung der Regierungen, denen man einen großen Teil der Schuld

zuschieben würde, weil sie nicht rechtzeitig eingegriffen, eine langsame, schleichende Unzufriedenheit entstehen, die auf die Dauer zu einer Untergrabung der Existenz der Dynastien dieser Staaten führen müßte.

Dies erkennen auch die Staatsmänner dieser Staaten vollkommen an, und hieraus erklärt es sich, daß konservative Männer wie Beust und Pfordten in dieser Frage mit der Bewegungspartei gehen.

Wenn ich mich nicht täusche, ist man auch in Preußen zu dieser Ueberzeugung gelangt. Denn was die Mittelstaaten und Kleinstaaten zugrunde richten würde, müßte auch in Preußen, wenn auch erst später, verderbliche Folgen herbeiführen. Denn Preußen ist ein deutsches Land, und seine Regierung muß, mag sie wollen oder nicht, auf die Strömung der öffentlichen Meinung Rücksicht nehmen, während Oesterreich als vorherrschend slawischer Staat auf seine deutsche Bevölkerung und deren Stimmung wenig Rücksicht zu nehmen pflegt und es auch nicht nötig hat. Die schleswig-holsteinsche Frage ist also eine Rechtsfrage für das Volk, eine Machtfrage für die Regierungen und eine Existenzfrage für den Bund, das heißt für die Mittelstaaten und Kleinstaaten. Ich bitte Eure Majestät um Entschuldigung, so weitläufig in einer Sache gewesen zu sein, über die Eure Majestät ohne Zweifel besser unterrichtet sind als ich. Meine Berichte können selbstverständlich keine politischen Neuigkeiten bringen, da ich den Zentralpunkten der europäischen Politik fernstehe. Sie sollen nur der Ausdruck der politischen Meinung der gebildeten Klasse in Deutschland sein, und als solche bitte ich meine Darstellung im allgemeinen nachsichtig beurteilen zu wollen.

München, 15. April 1865.

Eure Majestät wollen gnädigst entschuldigen, wenn ich dem im Mai vorigen Jahres vorgelegten Berichte erst jetzt einen zweiten folgen lasse. Mein Aufenthalt im österreichischen Gebirge und die Entfernung vom Schauplatze der Politik während des vergangenen Sommers machte es mir schwer, ein Urteil über die politischen Dinge in Deutschland abzugeben. Seitdem ich hierher zurückgekehrt bin, habe ich öfters versucht, das Versäumte nachzuholen, ich fand aber, daß ich, sowie ich zu schreiben anfing, in den widerwärtigen Stil unsrer Zeitungen geriet und konnte mich nicht entschließen, das Geschriebene Eurer Majestät vorzulegen.

Ich muß es nun aber dennoch wagen, auch auf die Gefahr hin, durch meine Darstellung einen ungünstigen Eindruck zu machen, die Fortsetzung meiner politischen Beobachtungen einzusenden, die am Ende doch größtenteils Resultate der Lektüre von Zeitungen und Zeitschriften sein können, weshalb ich um gnädige nachsichtige Beurteilung bitte. Die Frage, welche im vergangenen Frühjahr noch ganz Deutschland in Aufregung hielt, ist

in den Hintergrund getreten. Es wird zwar noch viel von Schleswig-Holstein gesprochen und geschrieben, allein die Teilnahme im Volk hat sich vermindert. Es beweist dies die Richtigkeit meiner früheren Behauptung, daß das Interesse für die Herzogtümer, welches sich im vorigen Jahre in so stürmischer Weise kundgab, weniger der schleswig-holsteinschen als der deutschen Frage galt, welche bei diesem Konflikt zur Lösung zu kommen versprach. Nachdem nun die Sache eine Frage der Macht und des Einflusses zwischen Preußen und Oesterreich geworden ist, hat sich die aufgeregte Stimmung der Massen gelegt oder eine andre Richtung genommen. Allerdings trägt zu dieser Beruhigung auch die Befriedigung bei, die man darüber empfindet, daß die Herzogtümer aufgehört haben, dänisch zu sein, aber dies hindert nicht, daß sich in den süddeutschen Staaten mehr und mehr das Gefühl der Mißstimmung verbreitet über die passive Rolle, zu welcher diese Staaten bei der die deutschen Interessen berührenden Frage verurteilt sind.

Dieses Gefühl teilen Regierungen und Volk in gleichem Maße, und es erscheint deshalb für die Regierungen notwendig, die Mittel zu suchen, aus dieser Lage herauszukommen. Bayrische Staatsmänner sehen die Rettung in der sogenannten Trias, d. h. in dem festeren Zusammenschluß der Mittelstaaten und deren Organisation zu einem Bundesstaat unter der Hegemonie Bayerns. Ein Bundesstaat, der mit Oesterreich und Preußen zusammen den eigentlichen Deutschen Bund zu bilden hätte.

Der Verwirklichung dieser Idee treten aber noch viele zunächst unübersteigliche Hindernisse entgegen. Zunächst die Abneigung der verschiedenen Dynastien, auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zugunsten desjenigen Herrscherhauses zu verzichten, welches an die Spitze des engeren Bundes zu treten hätte. Ich glaube, daß weder der König von Sachsen noch der König von Württemberg Lust haben werden, zugunsten unseres jugendlichen Königs auf irgendein Recht zu verzichten. Auch der König von Hannover wird dazu keine Neigung verspüren.

Ein zweites Hindernis bildet die Abneigung der demokratischen Partei gegen den Triasgedanken. Die süddeutsche und mitteldeutsche Demokratie gehört zum Teil dem Nationalverein an und erstrebt in diesem die Organisation eines deutschen Bundesstaats unter der Führung Preußens. Die Regierung des Herrn von Bismarck halten sie für ein vorübergehendes Uebel, nach dessen Entfernung der Gedanke doch zur Ausführung kommen werde. Die übrigen Demokraten sind bewußte oder unbewußte Republikaner, die auf die Zeit warten, wo ein demokratischer Sturm des Kontinents die Throne erschüttern und die glücklichen Zeiten einer konstituierenden Nationalversammlung für ganz Deutschland wiederbringen werde. Bei der Abneigung gerade dieses Teils der öffentlichen Meinung, die sich am

entschiedensten zur Geltung zu bringen weiß, ist eine Reform der Bundesverfassung in der angedeuteten Richtung sehr schwierig.

Ein drittes Hindernis für die bayrische Idee liegt in der Abneigung Oesterreichs und Preußens gegen die Trias. In Oesterreich will man die Aufrechterhaltung des Bundes, wie er ist, und widerstrebt auch aus dem Grunde der Bildung einer dritten Staatengruppe, weil in derselben protestantische und katholische Staaten in Verbindung gebracht werden, ein Gedanke, der den Ultramontanen unangenehm ist. Vielleicht vertraut man auch in Wien auf den Zerfall des ganzen Deutschen Bundes, um dann aus den abfallenden Stücken die österreichische Monarchie gegen die deutschen Grenzen hin besser zu arrondieren. Ich bin in die Geheimnisse der Wiener Hof- und Staatskanzlei zu wenig eingeweiht, um darüber ein Urteil zu haben.

Die preußische Politik sieht in der Trias sowohl eine Beeinträchtigung der preußischen Hegemonie über Deutschland als auch ein Hindernis der Vergrößerung Preußens im Norden von Deutschland. Hier werden also die bayrischen Gedanken auf entschiedenen Widerspruch stoßen.

Ich fürchte daher, daß die Mittelstaaten dazu verdammt sein werden, nach wie vor in dem gegenwärtigen Zustand zu verbleiben, bis sie einmal in einem großen europäischen Konflikt als Opfer von notwendigen Territorialveränderungen fallen werden.

Mir scheint dieser Zustand beklagenswert nicht allein im Interesse der bedrohten Staaten, sondern sogar im Interesse der deutschen Großmächte selbst. Oesterreich bedarf keiner Territorialvergrößerungen. Eine geordnete innere Verwaltung und geregelte Finanzen sind ihm zu allen Zeiten nötiger und genügen, um seine Macht dauernd zu begründen, insbesondere wenn dazu natürliche Allianzen kommen. Preußen könnte seinen deutschen Bundesstaat nur infolge einer ganz besonders günstigen Konstellation der europäischen Lage ausführen und nur dann, wenn Oesterreich von der Karte von Europa verschwände. Die politische Lage von Europa war im Jahre 1848 der Durchführung des Bundesstaats günstig. Man hat damals in Preußen die Gelegenheit nicht benutzt. Eine solche Gelegenheit wird so bald nicht wiederkommen. Oesterreich wird trotz Italien, trotz schlechter Finanzen und trotz Konkordat nicht von der Karte von Europa verschwinden. Die Vorbedingungen des Zustandekommens eines deutsch-preußischen Bundesstaats werden also noch lange nicht gegeben sein. Unterdessen kann aber der gegenwärtige Zustand des Deutschen Bundes zu der heillosesten Konfusion führen, zu einer Verwirrung, die ihre Schwingungen auch nach Wien und Berlin tragen würde.

Aus diesem Grunde würde ich es im Interesse von Oesterreich und

Preußen für zweckmäßig halten, wenn diese Staaten, den gegebenen tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragend, sich nicht allein der Konstituierung der dritten Staatengruppe nicht entgegenstellten, sondern ihren Einfluß geltend machten, um dieselbe formell zustande zu bringen. Unter diesem Einfluß würde sowohl die Abneigung der einzelnen deutschen Souveräne in den Hintergrund treten, als auch die Sympathien und Antipathien der demokratischen Partei an Bedeutung verlieren. Ich glaube, die deutschen Großmächte würden damit die Ruhe von Deutschland und Europa auf lange Jahre sichern, indem sie eine Hauptursache der Unruhe und Unzufriedenheit in Deutschland beseitigten.

Ich sehe keine andre Lösung des deutschen Rätsels. Man wird nie zum Ziel kommen, wenn man den tatsächlichen Verhältnissen nicht die nötige Rechnung trägt. Zu diesen gehört vor allem der individuelle Charakter der deutschen Volksstämme und die Zähigkeit, mit der sie an ihren Stammeseigentümlichkeiten festhalten. Das Gleichmachen in politischer und sozialer Beziehung geht in Frankreich und Italien, wo der Nationalcharakter eine größere Gleichförmigkeit, weniger individuelle Selbständigkeit hat. Wie aber in Deutschland die Volksstämme noch deutlich zu unterscheiden sind, in die sich Deutschland in der Zeit Karls des Großen teilte, wie noch heute die Württemberger den alemannischen und suevischen, die Bayern den bojoarischen Charakter beibehalten haben, wie man das lebhafte Wesen der Franken in Mitteldeutschland, das gemessene und tüchtige der Sachsen unter der westfälischen und hannoverschen Bevölkerung erkennt, so hat im allgemeinen das, was man gewöhnlich Partikularismus nennt, in dem deutschen Nationalcharakter seine feste Wurzel und ist mit Theorien nicht auszutilgen.

Da wo, wie in Preußen und Oesterreich, der Einfluß der Slawen sich geltend gemacht hat, ja teilweise überwiegend vorherrscht, ist die staatliche Vereinigung und Gleichmachung leicht gewesen. In dem von dem slawischen Elemente unberührten Teile des südlichen und westlichen Deutschlands ist die Zersplitterung geblieben, weil sie durch den Volkscharakter bedingt ist. Diese Staaten zu einer nur einigermaßen praktischen föderativen Verbindung zusammenzubringen, wird schwer, aber immer noch leichter sein, als sie einem Staat wie Preußen oder Oesterreich in irgendwelcher Form, ob staatlich oder bundesstaatlich, zu inkorporieren. In politischen Dingen ist aber immer nur das Mögliche zu erstreben, so schmerzlich es sein mag, liebgewordene theoretische Pläne aufzugeben.

Wenn ich schließlich zusammenfassen soll, womit sich zurzeit das Publikum in Deutschland beschäftigt, was den Gegenstand der Unterhaltung politisch gebildeter und ungebildeter Menschen ausmacht, so sind dies folgende Punkte:

1. die päpstliche Enzyklika,[1]) die im allgemeinen unter den deutschen Katholiken keinen günstigen Eindruck gemacht hat,

2. die Frage, wer in Preußen bei dem Kampfe zwischen Regierung und Volk den Sieg davontragen wird,

3. die damit zusammenhängende Lösung der schleswig-holsteinschen Frage, ob der Herzog Friedrich selbständiger Monarch von Schleswig-Holstein oder dieses preußische Provinz werden wird,

4. der amerikanische Krieg. Dieser greift besonders in Süddeutschland tief in die materiellen Interessen ein. Nicht allein leiden unsre Baumwollspinnereien in einer Weise, die deren Existenz in Frage stellt, sondern auch die Kapitalbesitzer, die ihr Geld in amerikanischen Papieren angelegt haben, sehen mit Spannung auf die Entwicklung des Kriegs und ersehnen den endlichen Frieden und den Sieg der Nordstaaten. Dazu kommt, daß die Sympathie der demokratischen Bevölkerung Süddeutschlands aus politischen Gründen auf seiten der Nordstaaten steht.

Was endlich Bayern betrifft, so kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir den liebenswürdigsten Monarchen haben, der mir noch je vor Augen gekommen ist. Er ist eine durchaus edle, poetische Natur. Sein Wesen ist so außerordentlich einnehmend, weil man fühlt, daß seine Höflichkeit der Ausdruck eines wohlwollenden Herzens ist. Dabei fehlt es ihm nicht an Verstand und Charakter. Ich hoffe, daß die Aufgaben, welche ihm während seiner Regierung bevorstehen, nicht seine Kräfte übersteigen möchten.

Die vorstehenden Aufzeichnungen des Fürsten über seine Reisen und über politische Eindrücke geben kein Bild von dem reichen und glücklichen Familienleben des Schloßherrn auf Schillingsfürst, das sich gerade in dieser ruhigen Periode von 1853 bis 1866 stetig entwickelte. Am 30. November 1847 war dem fürstlichen Paare die älteste Tochter Elisabeth geboren, am 6. Juli 1851 die Prinzessin Stephanie. Am 5. Juni 1853 wurde ihm der Stammhalter geschenkt, der jetzt regierende Fürst Philipp Ernst. Ein am 14. Oktober 1857 geborener Sohn Albert wurde den Eltern im Frühling 1866 durch die Diphtheritis entrissen. Endlich wurden am 6. August 1862 die Zwillinge Prinzen Moritz und Alexander geboren.

Im Jahre 1858 erwarb der Fürst das Haus an der Briennerstraße in München, welches er dann während der Sitzungen des Reichsrats mit seiner Familie bewohnte. Im Jahre 1865 kaufte er ein Bauernhaus in

---

[1]) Die Enzyklika „Quanta Cura“ vom 8. Dezember 1864 mit dem „Syllabus“.

Alt-Aussee in Steiermark, das er zu einer Villa umbauen ließ. Dort pflegte die Familie seitdem einen Teil des Sommers zu verbringen. In der Erziehung der Kinder unterstützte die Eltern die jüngste Schwester des Fürsten, Prinzessin Elise, welche bis zu ihrer Vermählung mit dem Prinzen zu Salm-Horstmar im Jahre 1868 im Hause des Bruders ihre Heimat hatte. Aus ihren Briefen, deren Einsicht dem Herausgeber freundlichst gewährt wurde, seien hier einige kurze Notizen mitgeteilt, welche das Leben und den Geist des Hauses beleuchten. Die Prinzessin Amalie, die Vertraute der Jugend des Fürsten, heiratete 1857 gegen den Wunsch der Familie den Hofmaler Richard Lauchert. Die hierdurch herbeigeführte zeitweilige Entfremdung dauerte nur wenige Jahre. Die Prinzessin Salm schreibt darüber: „Später hat sich meine Schwester mit allen Brüdern wieder ganz ausgesöhnt und hat auch mit meinem Bruder Chlodwig wieder schöne Stunden verlebt. Die Brüder sahen ein, daß der treffliche Mann, um dessentwillen sie alles verlassen hatte, ihrer wert war. Er war nicht nur ein talentvoller Künstler, sondern ein vorzüglicher, zuverlässiger Charakter. Leider ist er schon 1868 gestorben, sie waren nur $11^1/_2$ Jahre verheiratet."

Ueber das Verhältnis des Fürsten zu seinen Geschwistern schreibt die Prinzessin: „Alle Geschwister haben in allen zweifelhaften Fällen bei ihm ihre Zuflucht gesucht. Die große Klarheit und Ruhe, der Ernst und die brüderliche Liebe, die man immer spürte, gaben seinen Ratschlägen ein großes Gewicht. Unsrer Mutter Milde war in Amalie und Chlodwig übergegangen. Er hatte Akten angelegt über jedes seiner Geschwister, um die Fäden ihrer Angelegenheiten jederzeit wieder anknüpfen zu können. Wenn man in Schillingsfürst in seinem kleinen Schreibkabinett saß, er an seinem Schreibtisch und eines von uns auf einem kleinen Fauteuil daneben, wenn er von seiner Arbeit auffah und sich gleich in die Angelegenheit vertiefte, die man ihm vortrug — das ist eine unbeschreibliche Erinnerung, man spürt noch heute seinen durchdringenden Blick." „Chlodwig," heißt es in einem Briefe der Prinzessin aus dem Jahre 1852, „muß ich immer mehr bewundern, wie ruhig, uneigennützig und geduldig er handelt. Man mag sagen, was man will, über ‚männliche Energie, kräftiges Auftreten' u. s. w. — das ist alles recht schön, aber ‚a noble mind' und ‚a refined one' geht über alles und ist besser allein, ohne jene Eigenschaften, als umgekehrt. Heute sprach er sich wieder einmal über das Heiligste aus. Ich weiß nicht, was mir das für einen eignen Eindruck macht, wie es mich bewegt, wenn ich aus seinem Munde den Namen ‚Christus' höre, das ist so tiefgefühlt, wenn es von ihm kommt."

Ueber die Lage von Schillingsfürst schreibt die Prinzessin: „Im Sommer war das Leben dort anziehend durch die weite Aussicht, die

großartige Stille oben auf dem Berge, den Sonnenglanz, der die großen Zimmer durchleuchtete, und die glorreichen Sonnenuntergänge. Die Nähe von Langenburg, wo damals noch der Fürst Ernst, Bruder meiner Mutter und Vater des jetzigen Statthalters, wohnte, ein Mann von alter ritterlicher Art mit seiner geistvollen und schönen Gemahlin,[1]) war für uns von großem Wert. Nähere adelige Nachbarschaft gab es nicht, so daß Schillingsfürst doch im ganzen ein einsamer Ort genannt werden konnte. Für meine liebe Schwägerin, die von Jugend her so etwas nicht gewohnt war, war dies in mancher Beziehung schwer, zumal die trockene Luft, der Mangel eines Flusses und der scharfe Wind, ohne den Schillingsfürst selten war, ihrer Gesundheit nicht zuträglich schien. Dies veranlaßte öftere Badereisen nach Schwalbach und Schlangenbad oder an die See. Auch nach Rauden bei Ratibor, nach England und später auch nach Wien[2]) wurden öfters Reisen unternommen. Meines Bruders eigentlicher Natur war dies viele Hin- und Herreisen nicht sympathisch. Aber er nahm von allem das Beste heraus, machte überall interessante Notizen, hatte mit allen Menschen lehrreiche Gespräche und stellte sein eignes Ich immer in den Hintergrund.

Von allen seinen Reisen und Aufenthaltsorten machte mein Bruder an den Winterabenden in Schillingsfürst Zeichnungen in ein großes flaches Buch. Er hatte dabei das jüngste Kind auf dem Schoße, die älteren standen daneben, und alle schauten mit größter Begier in das Buch, in welchem sie ihre eignen Porträts in den verschiedensten Situationen und die Porträts ihrer Eltern, Verwandten und Dienstboten unter der Hand ihres Vaters entstehen sahen. Es entstanden auf diese Weise viele Bücher, welche eine ganze Familiengeschichte enthalten.

Mein Bruder liebte die Jagd und war ein geschickter Schütze, aber es geschah mit Maß. In seinen letzten Jahren im Reichskanzlerpalais sagte er einmal zu mir: ‚Ich kann keine Geweihe mehr sehen, denn die Jagd ist eine Abgötterei geworden.'"

Zur Ergänzung der Mitteilungen der Prinzessin Elise mögen die folgenden Aufzeichnungen der Schwägerin des Fürsten, Prinzessin Konstantin zu Hohenlohe, dienen, welche nicht das häusliche, sondern das gesellschaftliche Leben des Fürsten betreffen.

„Mein Schwager Chlodwig," schreibt die Prinzessin, „erschien mir stets als ein Uebergangscharakter, der, tief in den feudalen Anschauungen der Reichsunmittelbaren wurzelnd, ein intuitives lebhaftes Verständnis für

---

[1]) Siehe Seite 84.
[2]) Siehe Seite 99.

alle liberalen Strebungen hatte, die erst in unsrer modernsten Zeit zum Durchbruch gekommen sind. Seiner milden Lebensphilosophie war es gegeben, Schroffheiten abzustumpfen, Gegensätze zu vermitteln. Ob die Gegensätze in der eignen Brust ihn nicht oft schmerzlich erschütterten, hat er in undurchdringliches Schweigen gehüllt. Mir erschien seine unwandelbare Ruhe nur eine Folge der Selbstüberwindung nach langen Seelenkämpfen.

Er nahm sich mit väterlicher Fürsorge seines jüngsten Bruders Konstantin an, der zur Zeit des Todes der geliebten Mutter kaum dem Knabenalter entwachsen war. Er und seine Frau vermittelten auch unsre Heirat, und Marie freute sich, eine Cousine in ihren engeren Familienkreis zu bringen. Als solche hat sie mich stets bevorzugt. Sie kamen auch alle Jahre, uns als junges Ehepaar zu besuchen. Die damals so exklusive, vornehme und glänzende Wiener Gesellschaft übte auf meine Schwägerin einen unwiderstehlichen Reiz. Ihr Mann war weniger dafür empfänglich, aber wie immer wollte er kein Störenfried sein und beteiligte sich mit heiterer Resignation an allen prunkvollen Festen, auf denen die schöne Erscheinung, der kostbare Schmuck seiner geliebten Fürstin Aufsehen erregten. Oft begleitete er mich in eine Vorlesung, die mich interessierte, während die beiden übermütigeren Ehehälften sich in einer Offenbachschen Operette besser unterhielten. In den Jahren 1866 bis 1870 änderten sich diese harmlosen Beziehungen, denn Chlodwigs bekannte politische Gesinnungen und sein Erlaß gegen das Konzil erregten großes Mißfallen in Wien. Das machte meinem Mann große Sorgen, der selbst seines Bruders politisches Vorgehen lebhaft mißbilligte. Doch Chlodwigs kamen nach wie vor. Sie wollten sich naiv ihren Anteil an dem gewohnten festlichen Treiben nicht schmälern lassen, und er tat, als merke er nicht die kühle Steifheit, mit der man ihm begegnete, lächelte höchstens, wenn einer gar zu plump sich seiner Begrüßung entzog. Seine würdige verschlossene Haltung hielt jeden direkten Angriff ab, so daß jede peinliche Erörterung unterbleiben mußte. Unser Kaiser war ihm stets freundlich gesinnt, was in den letzten Jahren der Elsässer Statthalterschaft und des Reichskanzlertums sich bis zur Herzlichkeit steigerte. Der Kaiser bedauerte, das Goldene Vlies nicht dreien Brüdern Hohenlohe gleichzeitig verleihen zu können. Außer meinem Manne hatte auch der älteste Bruder Ratibor das Vlies erhalten, weil er sich stets tatkräftig österreichischer Interessen in Berlin annahm. Gleich nach dem Tode des Herzogs von Ratibor wurde Chlodwig durch das Goldene Vlies, diesen exklusivsten aller Orden, ausgezeichnet. Wir hatten viele gemütliche Begegnungen im einsamen Wildalpen, wo mein Mann eine der schönsten Gemsjagden unsrer Monarchie gepachtet hatte. Meine Schwägerin flammte auf in leidenschaftlicher Erregung für

dies neue edle Weidwerk. Ihr Gatte kam seinem Weidmannsberufe stets korrekt nach, aber mit viel geringerer Passion. Er nahm lateinische Klassiker auf seinen Stand mit, was meine Söhne, die damals noch im Gymnasium schwitzten, mit Staunen erfüllte. Ich erinnere mich, daß ich einmal in den letzten Jahren auf dem Stand mit ihm war. Um uns die lange Wartezeit abzukürzen, rezitierte er mir aus dem Gedächtnis ohne Stocken die längsten und schönsten Gedichte. In unsrer poetischen Begeisterung verpaßte er denn auch die Gemsböcke, die ihm zugetrieben waren. Zum Schlusse, als wir schon aufbrechen sollten, fesselte ihn eine Meise, die, von all dem Geknatter und Geknalle erschreckt, ängstlich Schutz bei ihm suchte. Wir verspäteten uns beträchtlich, da er damals schon sehr langsam ging. Man war um uns besorgt und hatte uns Jäger entgegengeschickt. Das unauslöschliche Gelächter der Gesellschaft, die nicht glauben wollte, daß wir uns auf einer Gemsjagd wegen einer Meise aufgehalten hatten, störte Chlodwigs passive Ruhe nicht im geringsten."

8. Das Jahr 1866.

Aufzeichnung des Fürsten.

München, 21. März 1866.

Bei der bevorstehenden oder beabsichtigten Demonstration [1]) muß man sich vor allem klar werden über Zweck und Mittel, man muß sich fragen, ob der Zweck erreichbar ist und die Mittel, die uns zu Gebote stehen, Erfolg versprechen.

Der Zweck soll sein: die Regierung durch die Bildung eines Vereins zu einer mehr entschiedenen Haltung, zu tätigem Eingreifen in die gegenwärtige Krisis zu veranlassen und ihr dabei gleichzeitig die Allianz der Nation, wenigstens des südwestlichen Teiles derselben, durch die Voranstellung des Planes der Zusammenberufung eines deutschen Parlaments zu sichern.

Das tätige Eingreifen der Regierung soll befördert werden, damit eine Einigung der Mittel- und Kleinstaaten zustande komme.

Hier fragt es sich: ist dieser Teil des Programms jetzt erreichbar? Was die Dynastien anbetrifft und die sie vertretenden Regierungen, so können wir auf Beistimmung nur rechnen bei Sachsen; Württemberg ist zweifelhaft, Baden feindlich, die kleinen Herzogtümer und ganz Norddeutschland auf preußischer Seite. Alle diese Staaten würden nur dann

---

[1]) Näheres über die beabsichtigte „Demonstration" war nicht zu ermitteln. Die Veranlassung ergibt der nachfolgende Brief des Prinzen Karl von Bayern.

dem Ruf Bayerns folgen, wenn sie durch eine populäre Agitation gedrängt würden. Darauf ist aber nicht zu rechnen.

Schon im eignen Land würde die Idee eines deutschen Parlaments jetzt mit Mißtrauen betrachtet werden. Die Situation ist jetzt derart, daß eine naive, unbefangene Anregung der Berufung eines deutschen Parlaments mit Hohngelächter aufgenommen werden würde; es müßte also das Parlament der Mittelstaaten, das sogenannte Triasparlament, vorzugsweise betont werden.

Ist aber hier auf Zustimmung zu rechnen? Die ultramontane Partei will davon nichts wissen, die Fortschrittspartei, soweit sie nationalvereinlich ist, geht von der preußischen Spitze nicht ab, sie will abwarten. Die demokratische Fortschritts- oder Volkspartei ist bei uns zu schwach, um darauf irgendeine Rücksicht zu nehmen. Es bleibt also nur die großdeutsch-liberale Fraktion. Diese ist zurzeit ohne Einfluß; wenigstens ist ihr Einfluß zu gering, um durch das Aufstellen eines Programms die bayrische Nation mit fortzureißen.

In Württemberg ist die Parteigruppierung eine ähnliche, Baden ist teils ultramontan, teils nationalvereinlich, der Norden ist ganz für den Nationalverein, es ist also auch außerhalb Bayerns für das Triasparlament keine Begeisterung zu erwecken.

Das tätige Eingreifen der Regierung soll ferner darin bestehen, aus der Neutralität heraus und in eine entschiedene Allianz mit Oesterreich zu treten.

Dieser Zweck wird auch ohne unsre Mitwirkung erreicht werden. Entweder geht Oesterreich an den Bund, überträgt die Besetzung Holsteins den Bundestruppen oder Bundeskommissären, was Preußen nicht leiden wird, dann ist der Krieg mit Preußen da, und die Allianz mit Oesterreich folgt von selbst.

Oder Oesterreich geht nicht an den Bund und schlägt allein los, was unwahrscheinlich ist, dann wird die sofortige kategorische Frage beider deutscher Großmächte an die Mittelstaaten, ob ja oder nein, nicht einen Augenblick auf sich warten lassen. Dann kann aber Bayern, ob gern oder ungern, nur mit Oesterreich gehen.

Die Aufstellung der Parlamentsidee der deutschen Mittelstaaten könnte aber noch zu unerwarteten Resultaten führen, die für Bayern wenig erwünscht wären. Wer steht uns dafür, daß, wenn die Parlamentsidee plötzlich in Anregung gebracht und Beifall finden würde, Preußen nicht darauf einginge, die Bundesreform offiziell und direkt in Vorschlag brächte, wie sie dieselbe schon offiziös angedeutet hätte. Dann säßen wir mit einem Male in der Union von 1849.

Sollte ich mich aber in allen diesen Punkten täuschen, sollte es doch

zweckmäßig und nötig sein, in der vorgeschlagenen Weise zur Bildung eines Vereins vorzuschreiten, so ist ein wichtiger Punkt zu berücksichtigen. Politische Demonstrationen müssen weder von hominibus novis noch von solchen ausgehen, die nicht ganz oder nicht mehr das ungeteilte Vertrauen des Volkes besitzen. Wenigstens dürfen diese beiden Kategorien nicht allein die Demonstration versuchen. Demonstrationen können nur dann auf Erfolg rechnen, wenn an deren Spitze Männer stehen, die das Volk (ob mit Recht oder Unrecht, bleibt sich gleich) als die Männer seines Vertrauens ansieht. Stehen diese an der Spitze, so können wir uns ihnen anschließen, treten wir aber allein auf, so werden wir als fürwitzige Aristokraten verhöhnt werden und uns für ewige Zeiten unmöglich machen. Ich rechne zu den Vertrauensmännern, von denen die Demonstration ausgehen müßte, unter andern folgende Persönlichkeiten: Pötzl, Schlör, Hegnenberg, Lerchenfeld, Stenglein und vor allen andern Völk und Marquard Barth.

Der Zweck der Demonstration ist von Anfang an verfehlt, wenn sie nicht eine zündende Wirkung ausübt. Diese freiwilligen politischen Taten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie die Manifestation eines alle Herzen durchglühenden Gedankens sind, wenn in dem Augenblick, wo sie stattfinden, jeder ausrufen muß: „Das ist das Richtige!" Nur keinen Schlag ins Wasser, besonders wenn das Wasser trüb ist!

Darum fasse ich den Schluß in die Worte des ersten Briefes an die Korinther Kap. 9, Vers 26:

„Ich laufe aber also, nicht als aufs Ungewisse, ich fechte also, nicht als der in die Luft streichet."

Prinz Karl von Bayern an den Fürsten.

München, 23. März 1866.

Eurer Durchlaucht

sende ich Ihre Bemerkungen vom 21. d. M., die ich heute selbst zurückbringen wollte, mit bestem Dank zurück.

Das Programm Bayerns, Oesterreich zu unterstützen, wenn es zum Bundesstandpunkt zurückkehrt, wird von allen Parteien gebilligt. Ein in dieser Richtung tätiger Verein ist überflüssig. Ein Verein, der die sofortige Berufung eines Parlaments für Gesamtdeutschland oder für die Mittelstaaten verlangt, ist unpraktisch und deshalb lächerlich. Einen solchen Gedanken hatte ich nicht.

Das Parlament soll einstweilen nur unter den Bedingungen entsprechender Reform der Bundesverfassung figurieren, an die Bayern seinen Anschluß an Oesterreich zu knüpfen hätte.

Mir dünkt, eine günstigere Gelegenheit, ohne Revolution zu einer Bundesreform zu kommen, als heute dürfte so bald nicht wiederkehren, und würde ich noch heute eine in dieser Richtung tätige, allenfalls auch, im Falle steigender Verwicklung, Zusammenberufung des Landtags bezielende Vereinigung großdeutscher Liberalen für praktisch halten.

Möglich jedoch, daß Sie recht haben, daß auch hiezu die Zeit noch nicht gekommen.

Ich habe übrigens Pfordten im Verdacht, in aller Stille nebenbei Rheinbundpolitik zu treiben; wie dann?

Dies die Bemerkungen, auf die ich vorhatte die Aufmerksamkeit Eurer Durchlaucht zu lenken.

Ich einstweilen werde den Rat der Vorsicht nicht vergessen, für welchen ich den aufrichtigsten Dank wiederhole, und verharre

Eurer Durchlaucht

ergebenster Diener

gez. Karl.

Journal.[1]

München, 11. April 1866.

Heute Diner beim König. Nach der Tafel im Wintergarten fing der König an, mit mir von Politik zu sprechen, und äußerte sich besorgt wegen der von Preußen aufgestellten Parlamentsidee. Ich sagte, die Parlamentsidee werde immer wieder auftauchen, jetzt sei der Moment für Bayern günstiger als zu irgendeiner andern Zeit. Die demokratische Partei werde nicht unbedingt mit Bismarck gehen, während dies bei einem liberalen preußischen Ministerium der Fall sein würde. Preußen erstrebe jetzt nur die Suprematie in Norddeutschland. Hier unterbrach mich der König und sagte: „Jetzt, aber später werden sie auch noch mehr verlangen." Ich bezweifelte dies und fügte bei, daß ich glaube, Bayern werde sich jetzt mit Preußen verständigen können, und Preußen werde nichts dagegen haben, wenn wir uns eine ansehnlichere Stellung in Süddeutschland bilden wollten. Darauf sprach er dann von dem Einfluß, den Bismarck auf den König habe und der unbeschränkt sei. Die Königin und der Kronprinz seien gegen Bismarck. Nach mir sprach der König mit Maurer,[2] der auch in meinem Sinne sprechen wollte, und mir nachher sagte, er habe den König besonders ermahnt, sich jetzt nicht zu fürchten und die Gelegenheit zu benützen.

---

[1]) Hier beginnen die regelmäßig fortlaufenden Aufzeichnungen des Fürsten, die er sein „Journal" nannte.

[2]) Staatsrat von Maurer (1790 bis 1872), Mitglied der Kammer der Reichsräte.

München, 31. Mai 1866.

Gestern Abend angekommen. Die Adresse ist gestern Morgen beraten worden. Arco-Valley, den ich auf dem Bahnhof fand, erzählte mir, daß Zu Rhein eine gegen Preußen gerichtete Verschärfung der Adresse begutachtet und in längerer Rede befürwortet, Wilhelm Löwenstein eine Milderung im preußischen Interesse beantragt habe. Die Kammer nahm aber das Projekt von Harleß als genügend scharf und würdig an. Ich glaube, Stauffenberg hat die Sitzung, wenn auch nicht absichtlich, doch nicht ohne innere Befriedigung unmittelbar vor meiner Ankunft angesetzt. Er wollte mir die Gelegenheit nehmen, ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Vielleicht hatte er aber auch nur den Plan, so bald wie möglich wieder acht Tage Ferien zu machen, um heute abreisen zu können.

Die Stimmung ist hier gegen Preußen. Die Sympathien für Preußen, die in der Armee geherrscht haben, sind verschwunden, wie man sagt. Ich ging gestern lange mit Bodenstedt auf dem Dultplatz auf und ab, der insbesondre für Volksbewaffnung sprach, natürlich neben den stehenden Heeren. Es sei nun einmal ein Schlagwort der Demokratie, und wenn die Leute sich diese Kosten und Unannehmlichkeiten machen wollten, so solle man sie damit beglücken. Revolution werde dadurch nicht entstehen.

Der König hat sich unter den Münchner Bürgern durch seine Reise nach der Schweiz [1]) sehr geschadet. Man soll ihm öffentlich auf der Straße Schimpfworte nachgerufen haben; bei der Fahrt nach der Kirche am Eröffnungstag des Landtags ist er vom Publikum nicht behurrat worden, und man hat ihn kaum gegrüßt. Nun hat er den Polizeidirektor Pfeufer, [2]) wie man sagt, deshalb nach Augsburg als Regierungsdirektor versetzt (als wenn die Polizei die Stimmung machen könnte), und Fritz Luxburg [3]) zum Polizeidirektor ernannt, der darüber unglücklich ist und sich noch nicht entschieden hat, ob er annehmen soll.

Pfordten erklärt wiederholt, daß er die Wirtschaft satt habe, bleibt aber doch und wird wahrscheinlich als Bundesbevollmächtigter zu den Konferenzen gehen. Ich begreife nicht recht, wie dies mit dem Landtag zusammenpassen wird, da dann kein Minister da ist, der die Vorlagen der Regierung vertreten kann.

Man erzählt, der König habe die Kammern nicht persönlich eröffnen wollen, da seien denn der alte König Ludwig und der Prinz Karl nach

---

[1]) Die Reise nach der Schweiz, wo der König den Schauplatz des „Tell“ besuchte, wurde irrtümlich von der öffentlichen Meinung als eine Begegnung mit Richard Wagner ausgelegt.

[2]) Später Minister des Innern.

[3]) Graf Luxburg, 1871 Präfekt in Straßburg, dann Regierungspräsident in Würzburg.

Berg gefahren und hätten ihm la leçon gemacht. Der Schlußsatz der Adresse der Reichsräte ist auch eine gute Lehre:

„Wo die Hingebung eines Monarchen an seine in der Gegenwart doppelt schweren Regentenpflichten vom Vertrauen zu seinem Volke getragen ist und hinwiederum das Vertrauen des Volks sich durch jene Hingebung gestärkt und gehoben fühlt, da kann Fürst und Volk mit Zuversicht selbst in eine dunkle Zukunft blicken. Einigt uns ein solches Band wechselseitigen Vertrauens, dann dürfen wir mit Eurer Majestät hoffen, daß, wenn es trotz aufrichtiger Bemühung um Frieden zum Waffenkampfe für das Recht kommen sollte, die Tapferkeit unsers Heeres und des Volkes treue Vaterlandsliebe mit Gott den Sieg erlangen werde."

München, 1. Juni 1866.

Prinz Reuß[1]) fürchtet, daß die antipreußischen Demonstrationen in der bayerischen Kammer das Resultat haben werden, schließlich die preußische Bevölkerung gegen die süddeutschen Staaten aufzubringen und dadurch den Krieg zu befördern. Er behauptet, Preußen werde immer mehr und mehr in die Defensive gedrängt. Oesterreich werde durch die künstliche Steigerung des Kriegsenthusiasmus zum Krieg genötigt werden. Das Projekt der Bundesreform, welches er mir mitteilte, bezieht sich auf wenige Punkte, läßt die Zentralgewalt ganz aus dem Spiel und wird niemand befriedigen. Ich sagte ihm dies heute und machte ihn aufmerksam, daß Bismarck durch eine Parlamentsberufung ohne gleichzeitige Organisierung einer Zentralgewalt nur die Revolution befördere. Vielleicht ist dies seine Absicht. Meiner Ansicht nach wäre eine Versammlung von Ministern mit gleichzeitiger Zuziehung von Vertrauensmännern aus den Kammern, die dann zusammen ein Projekt einer Bundesverfassung zu beraten und ein Wahlgesetz zu beschließen hätten, der einzig praktische Weg zum Ziele.

München, 3. Juni 1866.

Gestern Abend war wieder Bierkrawall im Sterngarten. Die Landwehr schoß auf die Tumultuanten, wobei ein Mensch getötet und zwei verwundet wurden. Ich hörte das Schießen, dachte aber, es sei Feuerwerk in einem der Biergärten. Daß dieser Unfug durch bezahlte Leute veranlaßt wird, unterliegt gar keinem Zweifel. Heute Nachmittag soll beim Löwenbräu der Lärm wieder beginnen. Wer es anstiftet, ist nicht klar. Die Liberalen sagen, es seien die Ultramontanen, die Revolution machen wollten, um den jungen König zu vertreiben; die andern sagen, es seien Bismarcksche Agenten, die den Spektakel veranlaßten, um Bayern zu nötigen, einen Teil seiner Truppen von der Grenze ab und nach dem Innern zu ziehen.

---

[1]) Preußischer Gesandter in München.

Die Konferenzen scheinen auf Schwierigkeiten zu stoßen. Degenfeld,[1] den ich heute traf, sagte, daß Oesterreich Bedingungen stelle, die ohne Zweifel die ganze Konferenz scheitern machen würden. Es scheint, man will in Oesterreich den Krieg um so mehr, je mehr man hört, daß in Preußen wenig oder keine Kriegsbegeisterung herrscht. Ich zweifle nicht mehr an dem Krieg. Napoleon wird sich dann schließlich mit Italien und Preußen verbinden, und wenn die südwestdeutschen Staaten zu viel Lärm machen, werden sie gemeinschaftlich von Frankreich und Preußen besetzt werden. Wir sind militärisch zu wenig organisiert, als daß hier auf großen Wiederstand zu rechnen wäre.

Die Entlassung des Polizeidirektors Pfeufer ist verursacht durch einen offenen Bericht desselben an den König über die notorisch schlechte Stimmung der Hauptstadt. Man hat ihn, ohne ihn davon zu benachrichtigen, seines Amtes entsetzt und zum Regierungsdirektor in Augsburg ernannt. Der Minister des Innern, statt dagegen zu remonstrieren, hat sich diesen sultanischen Eingriff seitens des Kabinetts als echt bureaukratische Schlafmütze gefallen lassen. Solange der König durch die Erbärmlichkeit des Beamten- und Hofadels in seinen Einfällen unterstützt wird, so lange wird er fortfahren, sich als einen Halbgott anzusehen, der sich alles erlauben kann, und für den die übrige, wenigstens die bayrische, Welt geschaffen ist.

4. Juni.

Gestern Abend erzählte mir jemand, Blome[2] sei der Chef der Kriegspartei in Oesterreich und dringe um so mehr auf Krieg, als er glaube, jetzt sei der geeignete Moment, um die weltliche Macht des Papstes in ihrem früheren Umfang wiederherzustellen. Wenn die Jesuiten, unter deren Einfluß selbst Bismarck steht, den Krieg für ihre Interessen nötig erachten, dann kann uns kein Gott den Krieg abwenden. Seit ich das weiß, zweifle ich nicht mehr, daß es in vierzehn Tagen losgeht.

München, 5. Juni.

Oesterreich wird den Kongreß oder die Konferenzen nicht beschicken. Daraus folgern die Leute, daß der Krieg sofort ausbrechen wird, insbesondere wenn es wahr wäre, daß Preußen in Wien erklären wolle, die Zusammenberufung der Stände in Holstein werde von Preußen als Casus belli angesehen werden. Infolgedessen allgemeiner Schrecken in München. Dagegen sagt Könneritz,[3] Bismarck sei in einer scheußlichen Lage, er sehe nun ein, daß er sich zu weit vorgewagt habe, daß die Stimmung gegen

---

[1]) Württembergischer Gesandter.

[2]) Der österreichische Gesandte in München.

[3]) Sächsischer Gesandter.

ihn zu sehr überhandnehme, die Militärorganisation nicht genüge und die Landwehr nicht den nötigen kriegerischen Geist habe. Das Gardekorps könne nicht von Berlin weg, weil die Stimmung dort zu schlecht sei, und infolge aller dieser Dinge spreche man von Abdankung des Königs. Ob dies eine zu sächsisch gefärbte Anschauung ist, weiß ich nicht.

In betreff der schleswig-holsteinschen Sache soll ein Projekt besprochen werden, nach welchem der Herzog Friedrich zugunsten seines Sohnes auf die herzogliche Krone verzichten und eine Vormundschaft eingesetzt werden solle, dann könne Preußen eher nachgeben (?).

Wenn wirklich in Preußen ein Thron- und Systemwechsel eintritt, dann wird die preußische Nationalvereinspartei in Bayern wieder stärker und die Position der bayrischen Regierung schwieriger werden.

München, 7. Juni 1866.

Je länger ich hier bin, desto klarer wird mir die Lage der Dinge in Bayern. Es muß sich erst langsam alles vor mir aufrollen, damit ich ein richtiges Bild bekomme, und dazu gehören viele langweilige Besuche und Abende auf dem Klub.

Gestern war Berchtold [1] lange bei mir und erzählte mir von den Unterhaltungen der Abgeordneten im Adreßausschuß. Pfordten hat seine Politik offen dargelegt und die Zustimmung aller Parteien erhalten. Man hat ihm gesagt, gegen ihn habe man nichts, wohl aber gegen seine unfähigen Kollegen. Bayern hält am Standpunkte des Bundes fest, und darin wird Pfordten von allen Parteien unterstützt. Die Linke der Kammer stimmt ungern mit, aber sie kann kein andres Programm finden. Die Trias ist dabei nicht ausgeschlossen und wird ebenfalls vorbereitet. Berchtold erzählte mir, es gehe das Gerücht, ich hätte mich mit der Fortschrittspartei, Barth und Völk verständigt, und diese wolle den König zu sich herüberziehen, Wagner zurückrufen lassen und mich dann zu ihrem Ministerkandidaten machen. Ich komme sehr unschuldig zu dieser Ehre und habe außer mit Herrn Umbscheiden, [2] dem ich oft auf der Straße begegne, da er in meiner Nachbarschaft wohnt, mit keinem Abgeordneten der Linken gesprochen. Da Pfordten aber jetzt fester steht als je, so ist von einer solchen Kombination, die mir sehr unangenehm wäre, keine Rede.

9. Juni.

Heute ist die Adreßdebatte in der Kammer der Abgeordneten zu Ende geführt worden. Sie hat zwei Tage gedauert. Im allgemeinen hat man das Ministerium Pfordten wenig angegriffen. Für unbedingten Anschluß

---

[1]) Fortschrittlicher Parlamentarier.

[2]) Justizbeamter, ehemals Mitglied des Frankfurter Parlaments.

an Oesterreich hat sich, soviel ich gehört habe, keine Stimme erhoben. Diese Ungewißheit und das Schwankende der ganzen Lage veranlaßte die Abgeordneten zu vorsichtigen Reden. Im ganzen wurde viel Unbedeutendes gesagt, da niemand mit der Farbe herauswollte.

Der Referent, Professor Edel von Würzburg, sagte ungefähr das, was man gewöhnlich in der „Allgemeinen Zeitung" liest. Er war grenzenlos langweilig. Die Linke, Völk und Hofmann sprachen in sehr gewundenen Redensarten. Ein Abgeordneter der Pfalz sagte, man dürfe nicht mit Oesterreich und nicht mit Preußen gehen, aber auch nicht neutral bleiben, sondern müsse das Heer zur Disposition des deutschen Parlaments stellen, worauf ihm Pfordten erwiderte, er möchte ihm doch erst sagen, wo das deutsche Parlament zu finden sei.

Pfordten sprach klar wie immer und stellte sich ganz auf den Standpunkt des Bundesrechts. Damit wird er freilich nicht weit kommen, wenn der Bund durch den Krieg der beiden Großmächte zerrissen sein wird. Für die engere Verbindung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die sogenannte Trias, scheint die Stimmung jetzt sehr günstig. Ob dieser Plan aber ernstlich durchgeführt werden wird, ist mir noch zweifelhaft.

Die Debatten über die Geldfrage werden Ende der Woche in der Zweiten Kammer beginnen, dann bekommen wir diese Diskussionen in der Woche vom 17. zum 28. Juni. Ich werde dabei wahrscheinlich Gelegenheit haben, gegen das Staatspapiergeld zu sprechen.

Der Krieg scheint jetzt unvermeidlich. Ich habe allen Grund, zu vermuten, daß Napoleon mit Preußen einverstanden ist und die Sachen so gehen werden, wie ich es schon früher geschrieben habe.

München, 16. Juni 1866.

Schlag auf Schlag kommen jetzt merkwürdige Nachrichten. Erst der Austritt Preußens aus dem Deutschen Bund infolge der Mobilisierungserklärung der Bundesarmee — nun heute die Nachricht von dem Einmarsch der Preußen in Sachsen, der Abreise des Königs Johann nach Prag und dem Rückzug der sächsischen Truppen über die böhmische Grenze. An Hannover hat Preußen eine Sommation ergehen lassen, zu entwaffnen oder es werde einrücken, ebenso an Kurhessen. So ist denn der Plan der Teilung Deutschlands so ziemlich fertig. Wir hier lassen uns schieben, bald von Preußen, dann wieder von Oesterreich und haben keinen festen Plan.

Die bayrische Armee ist in keinem genügenden Zustand. Der Prinz Karl als Oberfeldherr ist zu alt. Die Offiziere haben kein rechtes Vertrauen in die eigne Kraft. Ich glaube nicht, daß wir große Lorbeeren ernten werden bei der noch so guten Gesinnung der Mannschaft und trotz der angeborenen Rauflustigkeit der Bayern.

In der Kammer der Abgeordneten wird am Montag die Debatte über die 31 Millionen stattfinden, die für militärische Zwecke nötig sind. Ich bin neugierig, die Reden über Papiergeld zu hören. Brater und Kolb sind meiner Ansicht und dagegen.

Der König sieht jetzt niemand. Er wohnt mit Taxis[1]) und dem Reitknecht Völk auf der Roseninsel und läßt Feuerwerke abbrennen. Auch die Reichsräte, welche ihm die Adresse überbringen wollten, sind nicht empfangen worden. Ein Fall, der im konstitutionellen Leben Bayerns unerhört ist. Ergebenheitsadressen nicht zu empfangen, und zwar von dem getreuen Reichsrat, das stimmt die hohe Kammer sehr trüb. Die eigentlichen Münchener räsonieren wieder recht. Andre Leute kümmern sich nicht um die Kindereien des Königs, da er ja die Minister mit den Kammern ganz ungestört regieren läßt. Es ist aber sein Benehmen unklug, weil es dazu Gelegenheit bietet, ihn verhaßt zu machen. Um 1 Uhr war ich bei Reuß, der seine Abberufung erwartet. Louis[2]) will eintreten. Er muß es auch, wenn er seine Stellung in Preußen nicht ganz verderben will.

Das große Publikum sieht die ganze Krisis mit einer gewissen Gleichgültigkeit, mit einem objektiven Interesse an. Daß die gegenwärtigen Zustände nicht dauern können, das sieht jedermann ein. Warum für die Erhaltung derselben Krieg führen? Könneritz meint, Bayern werde doch nicht aktiv auftreten.

Heute Abend ist, wie Stauffenberg erzählt, hier Judenkrawall angesagt. Ich glaube es aber nicht.

München, 19. Juni 1866.

Infolge des Antrags auf Mobilisierung des Bundesarmeekorps hat Preußen seinen Austritt aus dem Bund angekündigt und hat Sachsen, Hannover und Hessen angegriffen. Die bayrische Regierung, die bis jetzt in einem Zwischenzustand angeblicher Unparteilichkeit war und sich schmeichelte, darin bleiben zu können, ist plötzlich zu ihrem Erstaunen aus ihrem Traum aufgeweckt und genötigt worden, sich auf die österreichische Seite zu stellen. Sie hat dem preußischen Gesandten angekündigt, daß sie die diplomatischen Verbindungen abbreche, und Reuß ist mit Louis heute abend um 6 Uhr abgereist. Ich habe ihm noch auf der Eisenbahn Lebewohl gesagt, es war dort die französische, die russische, die italienische Gesandtschaft, ferner Quadt, Deroy und ich.

Reuß ist mit schwerem Herzen abgereist, da er ohne Zweifel nicht

---

[1]) Ordonnanzoffizier Prinz Paul Taxis.

[2]) Prinz Ludwig zu Sayn-Wittgenstein, Bruder der Fürstin, damals bei der preußischen Gesandtschaft in München.

wieder hierher zurückkehren wird. Alvensleben bleibt noch einige Zeit hier, um alles in Ordnung zu bringen.

Die verschiedensten Gerüchte werden hier verbreitet. Einen Tag sagt man, die Preußen seien in Hof, den andern Tag, die Oesterreicher hätten Görlitz mit Sturm genommen, ein Erzherzog sei geblieben u. s. w., dann will jemand ein Telegramm gelesen haben von jemand in der Nähe von Frankfurt, der dort Kanonendonner gehört habe.

Unsre Armee ist nicht in besonderem Stand, und die Oesterreicher tun gut, noch Truppen zur Unterstützung nach Süddeutschland zu schicken, es werden in diesen Tagen Oesterreicher erwartet.

Ich fürchte, daß jetzt der Krieg sehr lang und sehr blutig werden wird. Man wird sich nur nach und nach an den Krieg gewöhnen, aber die Gewohnheit wird kommen, und wenn die Deutschen einmal im Raufen sind, dann wissen sie kein Ende zu finden.

Die Rheinpfälzer haben eine Deputation hierher geschickt, um sich zu beklagen, daß man sie den Franzosen preisgebe. Der Kaiser Napoleon lasse schon herumfragen, ob die Bevölkerung französisch werden wolle. Das charakterlose Volk dort, das nie eine Anhänglichkeit an irgendeinen Souverän und ebensowenig an Deutschland gehabt hat, wird sich leicht französisch machen lassen. Das empört die dortigen Patrioten, und sie schicken Deputationen, um zu bitten, daß man sie schütze. Wo aber eine Armee hernehmen, um die französischen Truppen abzuhalten? Unsre Truppen haben genug zu tun, um die Preußen abzuhalten, für die Pfalz bleibt nichts übrig.

Heute war eine lange Reichsratssitzung, in der ich einen Antrag zur Garantie gegen die Nachteile des Papiergeldes einbrachte. Die Kammer und das Ministerium waren aber nicht damit einverstanden, und so zog ich ihn zurück, da meine Absicht nur darin bestand, die Frage zur Sprache zu bringen.

Heute Abend fand ich Pfordten im Klub. Er klagte über den Krieg, der die Zerreißung Deutschlands zur Folge haben werde, er wiederholte: „Das ist das Ende von Deutschland!“ Ich glaube es jetzt fast auch. Preußen wird sich in Norddeutschland arrondieren als großer preußischer Staat, wir in Süddeutschland werden unter französischer oder österreichischer Protektion fortvegetieren, bis auch unsre Stunde geschlagen haben wird, und ein Teil an Frankreich, ein Teil an Oesterreich fallen wird.

Baron Guttenberg kam spät auf den Klub und erzählte, die Preußen hätten sich in der Nähe von Hof gezeigt. Taxis [1]) habe darauf schnell seine Truppen gesammelt und ihnen entgegengeschickt, worauf sie wieder über die Grenze zurückgegangen wären ohne Gefecht. Das soll richtig sein.

---

[1]) General Prinz Taxis war der Schwiegervater des Freiherrn von Guttenberg.

Leidenhayn erzählt, man räsoniere in seinem „Klub" über den Krieg. „Was wir denn gegen die Preußen hätten, wozu wir für den Augustenburg Krieg führten?" so sagten die dortigen Gäste. „Wenn der Max noch lebte," setzte er hinzu, „so würde es nicht soweit gekommen sein."

München, 21. Juni 1866.

Heute hatten wir unsre letzte Sitzung über ein Gesetz, die Erweiterung des Rechts der Bank zur Emission von Banknoten betreffend. Pfordten hielt am Schluß der Sitzung eine Abschiedsrede, in der er hervorhob, daß die bayrische Regierung das ihrige getan habe, um den Krieg abzuhalten u. s. w. Um 1 Uhr aß ich mit einer Anzahl Reichsräte und Gustav Castell[1]) im „Bayrischen Hof". Gustav Castell war in Bamberg gewesen, um dort in der Residenz Anordnungen für das Hauptquartier zu treffen und war gestern abend hierher zurückgekehrt. Prinz Karl ist gestern Mittag mit seinem ganzen Hauptquartier nach Bamberg abgereist. Von der Tann ist Generalquartiermeister, eine Unzahl Offiziere u. s. w. reisten im Gefolge mit; desgleichen ein österreichischer General Huyn. Prinz Luitpold ist auch ins Hauptquartier, der König geht morgen dahin ab, wie man sagt, wird sich aber nur kurze Zeit dort aufhalten. Es wird heute wieder von Schlachten gesprochen. So soll in Sachsen oder Böhmen ein Kavalleriegefecht gewesen sein und bei Oppeln eine große Schlacht stattgefunden haben. Doch ist nichts Sicheres bekannt. Die Stimmung ist hier nicht begeistert. Man ist von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt, beklagt ihn aber und geht ungern mit. München ist verödet, die Leute stehen an den Schaufenstern der Buchhandlungen, sehen die Landkarten an und erzählen sich die Gerüchte.

Dusemann war eben bei mir und erzählte, der „Neue bayrische Kurier" halte sich darüber auf, daß ich Reuß auf die Bahn begleitet habe. Als wenn darin eine Sympathie für Preußen zu finden wäre. Ich konnte doch Louis nicht abreisen lassen, ohne ihm das Geleit zu geben.

Gestern Abend war ich um 11 Uhr auf der Eisenbahn, um österreichische Truppen durchpassieren zu sehen. Es waren aber nur Wagen mit Bedeckung von Italienisch sprechenden Soldaten. Eine Menge Zuschauer lustwandelte dort umher. Ueberhaupt ist alles immer auf den Beinen, um nach dem Bahnhof zu gehen und dort die Truppenzüge zu betrachten. Ich gestehe, daß mich der Anblick traurig stimmt, da es sich um einen Krieg in Deutschland und zwischen Deutschen handelt.

Hier überlegt man, ob man seine Kostbarkeiten nicht in die Schweiz

---

[1]) Graf Gustav Castell-Castell, damals Artilleriehauptmann und Adjutant des Königs.

bringen solle. Ich habe indessen doch wieder vernünftige Leute gehört, die solche Fluchtversuche für einfältig halten.

München, 26. Juni 1866.

Gestern Abend von Baden zurückkehrend, erfuhr ich, daß der Herzog von Augustenburg hier sei. Ich ging heute Nachmittag zu ihm. Er lud mich ein, bei ihm zu essen, wo ich Sammer, einen Dr. Lorenzen und einen Major Schmidt fand. Nach Tisch fuhren wir beide zu Schack und dann in den Englischen Garten. Er erzählte mir seine ganze politische Lebensgeschichte seit 1863. Er ist merkwürdig ruhig und vertrauensvoll und zweifelt nicht an dem Gelingen seiner Sache. Neu war mir, daß der König von Preußen und Bismarck mit ihm vollkommen einverstanden waren, bis zu der Reise Bismarcks nach Biarritz.[1] Nach dessen Rückkehr suchte Bismarck alle möglichen Ausflüchte und Umwege, und brachte dann die ganze Sache so weit, wie sie jetzt ist. Er, der Herzog, war zu allen möglichen Konzessionen bereit. Bismarck wollte aber die Annexion. Der Vertrag mit Italien war schon *vor* der Gasteiner Konvention abgeschlossen,[2] und Bismarck hat den Krieg schon seit zwei Jahren vorbereitet und alle darauf bezüglichen Maßregeln getroffen. Damals scheiterte die Sache an dem Widerstand des Königs, der „nicht über den Graben wollte". Deshalb allein schloß man die Gasteiner Konvention ab. Der Herzog sagt, die ganze Geschichte mit der deutschen Reform, mit dem Parlament u. s. w. sei lauter Schwindel. Bismarck wolle nur die Arrondierung Preußens, was er von Preußen aufgeben müsse nach dem Krieg, sei ihm ganz gleichgültig, wenn er nur mehr Quadratmeilen durch anderweitige Entschädigungen erhalte. Er will Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen, vielleicht auch Sachsen.

Der Herzog hofft, daß Oesterreich und die übrigen deutschen Staaten schließlich siegen würden.

Vom Herzog von Koburg sagte er, es sei einer von den Leuten, die immer eine Rolle spielen wollten und es nicht abwarten könnten, bis wieder das Rad herumgegangen sei, wo sie an ihrer Stelle wieder eingreifen könnten. Er selbst versteht das Warten. Das muß man ihm lassen. Er macht einen überaus guten Eindruck mit seiner Ruhe und seinem ehrlichen, guten Gewissen. Er wartet nun hier auf den König, weiß aber noch nicht, wo er sich nun hinwenden wird.

Im übrigen ist es hier ruhig. München ist wie ausgestorben. Die Nachricht vom Siege der Oesterreicher in Italien[3]) hat große Freude erregt.

---

[1]) Gemeint ist wohl der Aufenthalt in Biarritz im Oktober 1864.

[2]) Ueber die Verhandlungen mit Italien im Sommer 1865 siehe Sybel, „Begründung des Deutschen Reichs", Bd. 4 S. 129 der Volksausgabe.

[3]) Schlacht bei Custozza am 24. Juni.

Thurnau, 28. Juni.

Seit gestern bin ich hier. Von München bis Nürnberg merkte man nichts von den Kriegszeiten. In Nürnberg fing es an, militärisch lebendig zu werden. In Bamberg war eine Batterie des 3. Artillerieregiments. Ich fand den Hauptmann von Massenbach, dem ich meine „Allgemeine Zeitung" gab, worüber er sehr erfreut war. Die Soldaten benahmen sich wie rohe Bauernlümmel am Sonntag, sie johlten und lärmten greulich. Der Restaurateur des Bahnhofs klagte mir sein Leid über die traurigen Zeiten. Da, wo sonst Kissinger Badegäste in eleganter Toilette zu Mittag aßen, tobte das Kriegsvolk. Auf dem Weg nach Lichtenfels begegnete ich Zügen mit Kürassieren. In Lichtenfels standen Vorposten aus. Hier herum ist alles leer. Wer weiß, ob nicht die Preußen hereinkommen, ehe ich wieder abreise. Doch wird sie die verlorene Schlacht in Böhmen,[1]) von der man heute in der Zeitung liest, wohl etwas vorsichtiger machen.

München, 3. Juli 1866.

Die neuesten Nachrichten vom böhmischen Kriegsschauplatz bringen hier eine Stimmung hervor, die nicht eben für die Charakterfestigkeit der Bevölkerung spricht. Jetzt finden auf einmal die Leute, es sei doch besser gewesen, neutral zu bleiben, gegen die preußischen Zündnadelgewehre könne man doch nichts machen u. s. w. Dazu kommt, daß unsre Armee, welche die Hannoveraner sehr gut hätte befreien können, Wochen verloren hat, ohne daß dafür ein Grund besteht oder wenigstens bekannt ist. Man hörte im bayrischen Hauptquartier den Kanonendonner von Langensalza und hat sich nicht gerührt. Wenn man freilich den Krieg von München aus dirigiert, wenn sich das Hauptquartier der Leitung eines ehemaligen Professors[2]) unterordnet und die Befehle erst aus dem Ministerium des Auswärtigen erhält, dann kann man keinen Krieg führen. Die Indignation der bayrischen Offiziere soll darüber groß gewesen sein. Infolge alles dessen verlieren die schwachen Leute den Mut, die andern schimpfen noch ärger als je. Daß die gegenwärtige Bundesmilitärverfassung sich nicht bewährt hat, daß auch die gegenwärtige Bundesverfassung sich überlebt hat, das wird nach und nach allen Leuten klar. Gestern Abend 7 Uhr ging ich vom „Bayrischen Hof", wo ich an der Table d'hote mit den Herren des Herzogs von Augustenburg gegessen hatte (der Herzog ist auf einige Tage nach Langenburg), nach Hause. Ich kam aber erst nach $1^1/_2$ Stunden zu Hause an; denn in der Ludwigstraße fand ich Taufkirchen,[3]) Deroy

[1]) Das Treffen bei Trautenau am 27. Juni.

[2]) von der Pfordten war in Würzburg und Leipzig Professor gewesen.

[3]) Graf Taufkirchen, damals Stadtrichter in München.

und Gustav Castell, denen sich andre anschlossen. Da stand man und politisierte eine Stunde. In der Briennerstraße fand ich Gräfin Lerchenfeld mit sechs alten Damen, die mich umringten und ebenfalls politische Diskussionen begannen. Dann zog ich mit den Damen nach der Redaktion der „Bayrischen Zeitung", um das Extrablatt zu kaufen, wo aber nichts Neues zu lesen war. Man fängt an hier einzusehen, daß wir uns wohl blamieren dürften. Die Zögerung Pfordtens in diesem Winter trägt ihre übeln Früchte. Es kommt mir vor, als wenn wir uns zwischen zwei Stühle zu setzen im Begriff wären. Vielleicht wird jetzt das bayrische Armeekorps energisch vorgehen. Frau von der Tann behauptet es. Es ist zu hoffen, doch wäre es besser gewesen, unter dem Eindruck der ersten günstigen Gefechte in Böhmen und der Nachricht von Italien vorzurücken und die Hannoveraner zu entsetzen. Jetzt ist dieser günstige Augenblick versäumt, und ich kann es der „Ostdeutschen Post" nicht übelnehmen, wenn sie über Bayern loszieht.

Der König ist wieder in Berg. Die „Bayrische Zeitung" verkündet, zur Verbindung mit den Ministern werde jetzt ein Telegraph errichtet zwischen Berg und München, auch bleibe Staatsrat Pfistermeister zu dem Zweck des beschleunigten Verkehrs des Königs mit den Ministern hier in München!

München, 5. Juli 1866.

Die Nachrichten aus Böhmen bringen hier eine sehr niedergeschlagene Stimmung hervor. Dazu kommt, daß die bayrische Armee aus purer Unfähigkeit ihrer Führer den Hannoveranern nicht zu Hilfe gekommen ist. Die „Bayrische Zeitung" entschuldigt dies damit, „daß man im Hauptquartier nicht gewußt habe, wo die Hannoveraner seien". Kann man sich etwas Absurderes denken?! In unserm Kriegsministerium geht es nach altem bureaukratischen Schlendrian her. Selbstzufriedenheit und Langsamkeit überall. Der Kriegsminister von Lutz ist, soviel ich in den Ausschußsitzungen der Kammer der Reichsräte beurteilen konnte, ein Mann von sehr geringen geistigen Fähigkeiten. Ein solcher Mann, der sich noch dazu neulich seinen Kopf beim Aufsteigen aufs Pferd an die Tür anrannte und dadurch noch unfähiger wurde, leitet jetzt die bayrische Armeeverwaltung. Prinz Karl ist ein alter ängstlicher Herr, die Generalstabsoffiziere sind zum Teil nicht gescheiter als der Minister. Ich sehe mit Schrecken auf den Fortgang des Krieges. Gut ist es wenigstens, daß unsere bayrischen Soldaten ganz besonders rauflustig sind, insbesondere wenn sie gut genährt werden. Es ist möglich, daß die Soldaten das wieder gutmachen werden, was ihre Führer verfehlen.

Hier, wo man schon in ruhigen Zeiten keine andre Erholung kennt, als zu räsonieren, nimmt das Schimpfen und Besserwissen kein Ende.

Die Nachricht der vorgestrigen Schlacht zwischen Königgrätz und Josefstadt hat ganz besonders aufgeregt.

Jemand, der nicht ohne Einfluß ist, hat die Idee gehabt, mich zum Kultusminister in Vorschlag zu bringen, er hat mich vorher fragen lassen. Ich habe aber gedankt, da ich erstens jetzt nicht Minister werden will, zweitens nicht mit diesen Kollegen, und drittens nicht Kultusminister, wo ich mich vor Intrigen aller Arten nicht mehr retten könnte. Dazu kommt, daß das Kultusministerium die Musikanstalten unter sich hat, wo ich dann noch das Vergnügen hätte, mit Richard Wagner u. s. w. in Konflikt zu kommen. Ich wäre da wie verraten und verkauft.

Nachmittags 6 Uhr.

Mit Pfordten und mehreren Diplomaten zu Mittag gegessen. Pfordten erzählte mir, daß der Vorschlag zu einem Waffenstillstand von Paris nach Wien abgegangen sei. So scheint also der Friede in Aussicht. Es sei denn, daß man mit Preußen den Krieg allein fortsetzen wollte, was ich für eine Torheit halten würde. An der Table d'hote stritt Pfordten mit Könneritz. Ersterer behauptete, Bismarck sei ihm noch lieber als die liberale preußische Partei, die ebensowenig Achtung vor dem Recht hätte. Rosty[1]) meinte, Oesterreich werde den Krieg mit Preußen fortsetzen, nachdem es Italien aufgegeben habe. Allgemeine Freude ist darüber, daß die Bayern sich auch wenigstens geschlagen haben. Die Preußen sind in Brückenau und in Neustadt a. S. Das 8. Armeekorps des Prinzen Alexander von Hessen läßt nichts von sich hören, und deshalb haben sich die preußischen Truppen zwischen dem 8. und 7. Armeekorps hereingedrängt. Nun wird der Waffenstillstand auch diesen Feldzug beendigen.

München, 7. Juli 1866.

Gestern hatte ich in Ansbach zu tun und fuhr deshalb um 6 Uhr von hier ab. Auf dem Bahnhof begegnete mir der Redakteur der „Neuesten Nachrichten", der mir ein Telegramm zeigte, daß Napoleon die Bedingung stelle, Preußen solle Böhmen verlassen, sonst werde er die Rheinprovinz besetzen. Ich habe seitdem nichts mehr von dieser Bedingung gehört. In Ansbach erfuhr ich, daß die Börse in Frankfurt in Friedenshoffnungen schwelge und sich die Kurse ungeheuer gehoben hätten. In Ansbach wollte alles einpacken. Alles fürchtete die Preußen. Die Feigheit der Menschen ist noch größer, als ich es je gedacht habe. Was mich besonders ärgert, ist, daß auch die Behörden den Kopf verloren hatten. Da sieht man recht das Demoralisierende unsrer Bureaukratie. Männer gibt es nirgends, sondern nur tintenkleckſende alte Weiber. Weil ein paar hundert Kürassiere

---

[1]) Oesterreichischer Gesandtschaftssekretär.

und Ulanen den Kopf verloren hatten und bei einem Kavalleriegefecht davongeritten waren und von Fulda bis Würzburg atemlos kamen, verlor ganz Unterfranken den Mut. Von der Unfähigkeit unsrer Militärverwaltung werden mir viele Beispiele erzählt. Der Präsident Zu Rhein telegraphierte nach München, man möchte doch ja befehlen, daß Würzburg nicht verteidigt werde, wenn die Preußen kämen! Unterdessen waren die Preußen schon längst wieder über die bayrische Grenze zurück.

Das Gefecht der Bayern bei Diedorf und Roßdorf[1]) war sehr anständig. General Zoller hat sich gut bewährt. Man hat sogar Gefangene gemacht und **keinen** Gefangenen verloren. Hier wird fortwährend Unsinn geschwatzt. So erzählt man, der Kaiser von Oesterreich sei durchgekommen, um sich in das Hauptquartier des Prinzen Karl zu begeben und von da nach Petersburg zu reisen! Dann soll er wieder nach Paris oder nach Straßburg gehen u. dergl.

Ich fange an zu glauben, daß wir noch weit vom Frieden sind. Wenn es wahr ist, daß Napoleon den Preußen zu schroffe Bedingungen macht, zum Beispiel Wiedereinsetzung der vertriebenen deutschen Fürsten, Abzug aus Böhmen während der Waffenruhe u. s. w. (ich sage „schroff" im Sinne der Preußen), dann wird der König von Preußen nicht darauf eingehen, und dann rückt Napoleon in die Rheinprovinz. Dann haben wir einen europäischen Krieg. Das wird sich nächstens entscheiden. Es spricht vieles für diese Ansicht. Es ist wahrscheinlich, daß es Napoleon gelegen sein würde, wenn Preußen die jetzigen Friedensbedingungen nicht annähme, dann hätte er die beste Gelegenheit, die Rheinprovinz zu besetzen. In diesem Fall würde es aber möglich sein, daß Deutschland sich gegen Frankreich wendete. Die Verwirrung der politischen Angelegenheiten in Deutschland würde den höchsten Grad erreichen. Ich hoffe, daß ich mich täusche, aber unmöglich wäre diese Wendung nicht. Vorderhand ist der Waffenstillstand wohl nicht zu bezweifeln. Was aber nachher kommt, ist unklar. Daß es so schnell aus sein sollte wie im Jahre 59, ist mir unwahrscheinlich. Nach neueren Nachrichten soll die Panik der Würzburger ohne Grund gewesen sein, da gar keine versprengten Kavalleristen dort angekommen seien.

München, 13. Juli 1866.

Die letzten Tage hier waren Tage großer Aufregung über die Gefechte in und bei Kissingen.[2]) Das Publikum machte seiner Aufregung durch Schimpfen Luft, wie es unter gewöhnlichen Leuten zu geschehen pflegt. Heute hatte ich Gelegenheit, mit einem Offizier zu Mittag zu essen

---

[1]) Gefecht bei Hünfeld am 4. Juli.

[2]) Am 10. Juli.

(Dürig), der Ordonnanzoffizier des Generals Zoller war und dessen Leiche hierher begleitete. Dürig hat alle Gefechte mitgemacht und erzählte uns vieles. Die Soldaten haben sich überall sehr tüchtig geschlagen. Die oberste Leitung des Generalstabs und des Verpflegungswesens scheint viel zu wünschen zu lassen. Von Kissingen erzählte er, daß die Badegäste noch am Tage des Gefechts früh morgens in den Straßen umhergingen, bis auf einmal die erste Granate in die Straßen fiel, dann verkrochen sie sich in die Keller, wo mancher Badegast zugrunde gegangen sein mag. Zoller wurde von einer Granate getötet, die auch Dürigs Pferd tötete. Beide stürzten gleichzeitig. Dürig hob Zoller wieder auf, der aber tödlich verwundet war. Das Stück der Granate hatte ihm die rechte Seite in der Lebergegend weggerissen. Dürig brachte die Leiche aus dem Gefecht und hat sie dann mit großem Glück durch die preußische Gefechtslinie nach Schweinfurt gefahren, wo sie ankam, als man dort von derselben Richtung, aus der er herkam, die Preußen erwartete.

Heute ist Dürig wieder nach Bamberg zurück. Ueber den Waffenstillstand herrschen die verschiedensten Gerüchte. Die einen sagen, er sei abgeschlossen, die andern, die Verhandlungen hätten sich zerschlagen. Ich glaube immer, daß man sich allerseits nach Frieden sehnt und die Preußen nur die Verhandlungen in die Länge gezogen haben, um Zeit und viel Terrain zu gewinnen. Wenn der Waffenstillstand nicht zustande kommt, so kommen wir in die üble Lage, mit Frankreich gegen Preußen fechten zu müssen, eine politische Position, die ich für unehrenhaft halte. Es wird dann bald eine Zeit kommen, wo das deutsche Bewußtsein dagegen reagieren und diejenigen verdammen wird, die einen solchen Bund eingegangen haben. Und doch kann man uns nicht zumuten, gleichzeitig gegen Oesterreich und Frankreich zu kämpfen. Es gibt Lagen wie die, in der sich Bayern im Jahre 1805 befand, wo man zu einem undeutschen Bündnis gezwungen wird ohne irgendeinen Ausweg! Das Leichenbegängnis des Generals Zoller gestern war imposant. Ich hatte mich dem Zug angeschlossen und ging neben dem Kriegsminister hinter dem Prinzen Adalbert. Die Leichenrede war unbedeutend. Der Pfarrer brauchte den höchst unpassenden Ausdruck: der Verlebte sei ein Opfer seiner Vaterlandsliebe gefallen. Das kann man höchstens von jemand sagen, der ermordet worden ist, nicht aber von einem auf dem Felde der Ehre Gefallenen.

Die Deputierten der Stadt München haben Pfordten einen Besuch gemacht, um eine Aenderung des Ministeriums in betreff der Kollegen Pfordtens zu verlangen.

Ich betrachte die jetzige Katastrophe mit großer Ruhe. Sie war unvermeidlich, weil der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen zum Austrag und zur Entscheidung kommen mußte; und es war besser jetzt

als zehn Jahre später. Sie ist aber heilsam, weil sie viele verrottete Zustände in Deutschland aufräumt und namentlich den Mittel- und Kleinstaaten ihre Nichtigkeit und Erbärmlichkeit recht klar ad hominem demonstriert. Daß dies für die Dynastien ein Unglück ist, gebe ich zu, für die Völker ist es ein Glück.

Der König hat Dürig nicht empfangen (obgleich er ihm auf Veranlassung Holnsteins[1]) ein Pferd geschenkt hat). Aber ein „oberster Kriegsherr", der einen vom Schlachtfeld rückkehrenden Offizier nicht empfängt! Ist so etwas nicht zum Schimpfen?

München, 13. August 1866.

Bei meiner Ankunft in München am 12. Abends ging ich in den Klub, wo ich Gustav Castell und Taufffirchen fand. Letzterer teilte mir mit, daß Bayern zu Gebietsabtretungen genötigt werden würde. Man spricht von der Abtretung eines Teils der Pfalz an Frankreich und eines Teils von Unterfranken an Darmstadt. Ob Bayreuth an den Herzog von Koburg abgetreten werden soll, ist noch unentschieden. Die Kriegskosten, die Bayern zu zahlen haben wird, sollen sich auf dreißig Millionen Gulden belaufen.

Der Herzog von Augustenburg ist wieder hier, nachdem er seinen Bruder Christian in der Schweiz besucht hatte.

Gestern Abend war ich in einer Volksversammlung. Ich hielt dort trotz einer Hitze von 25⁰ und einer Stickluft von Menschenausdünstung und Biergeruch bis 11 Uhr aus. Kolb sprach gegen den Anschluß an Preußen, Völk für denselben. Die Stimmung in der Versammlung war geteilt. Allgemein war nur der Beifall, wenn die Tapferkeit der Armee gelobt, wenn die Führung derselben verdammt, und wenn auf von der Pfordten geschimpft wurde. Die Versammlung war merkwürdig durch die Erregtheit, die sich in den Gesichtern der Zuhörer kundgab. Ich fand im Saal keinen Platz und brachte den Abend auf einem Gestell für Bierfässer in dem Büfett zu, von wo aus man sehen und hören konnte, ohne gesehen zu werden, was für mich besonders wichtig war.

In der großen Politik liegt jetzt alles an der Entscheidung des Königs von Preußen. Bismarck will dem Wunsch des Kaisers Napoleon nachgeben und ihm Saarbrücken, Luxemburg und einen Teil der bayrischen Pfalz geben, der König sträubt sich dagegen. Wenn der König nicht nachgibt, so entsteht Krieg zwischen Preußen und Frankreich. Dann werden wir mit Oesterreich und Frankreich gegen Preußen gehen. Ob dieser Entschluß sehr deutschpatriotisch ist, will ich nicht entscheiden, ob er Beifall im Volk finden wird, bezweifle ich; doch scheint mir, es wird so kommen.

---

[1]) Oberst-Stallmeister Graf von Holnstein.

Patriotismus und Volksstimmung kommen jetzt wenig in Betracht. Wollte man diese Eventualität vermeiden, so müßte man sich mit Preußen verständigen, und dazu ist weder in Berlin noch in München große Lust.

Die depossedierten deutschen Souveräne intrigieren an allen auswärtigen Höfen um Intervention des Auslands. Die offiziellen und nichtoffiziellen Agenten laufen sich die Beine ab. Das deutsche Volk hält Reden und schimpft, und unterdessen bereiten sich die Tatsachen ohne seine Mitwirkung vor, die es dann plötzlich vor sich stehen haben wird und zu denen es dann wird schweigen müssen und zahlen. So war es immer, und so wird es auch noch eine Zeitlang bleiben.

München, 18. August 1866.

Gestern war ich beim neuen Kriegsminister,[1] um ihm meinen Gegenbesuch zu machen. Es ist ein eleganter Offizier, dem man es ansieht, daß er ein großes Vermögen, eine unabhängige Stellung und feine Bildung hat. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lutz, der ein geschraubtes, ungesundes Wesen hatte, macht er einen frischen, angenehmen Eindruck; und doch behauptet man, daß dieser Kriegsminister nicht die Fähigkeiten habe, die Armee neu zu organisieren. Was der bayrischen Armee fehlt, ist gründliche fachwissenschaftliche Bildung und die nötigen Bildungsanstalten. Man hat dies dem Prinzen Karl, wie mir der alte M. versichert, seit dreißig Jahren gepredigt, dieser fand aber die Bildung vollkommen genügend.

Von den Berliner Friedensunterhandlungen erzählt man u. a. folgendes: von der Pfordten sagte Bismarck, er begriffe nicht, warum man Bayern so harte Friedensbedingungen mache, da doch Sachsen, Württemberg und Hessen so günstige Bedingungen erhielten. Darauf sagte Bismarck: „Was wollen Sie? Für Sachsen verwendet sich Oesterreich, für Württemberg und Darmstadt Rußland — für Sie verwendet sich niemand!“ Eine bittere Kritik der von der Pfordtenschen Politik.

Man hat sich hier les bonnes grâces des Kaisers Napoleon verschaffen wollen und hat Perglas nach Paris geschickt. Der ist aber gar nicht einmal von Napoleon empfangen worden, und seine Mission ist gescheitert. Wäre ich schadenfroh, so würde mich das freuen.

Gestern ging das Gerücht, Bayern habe mit Preußen eine Allianz geschlossen und ihm hunderttausend Mann zur Verfügung gestellt, wogegen Preußen auf jede Gebietsabtretung und Geldentschädigung verzichtet habe. Nähere Erkundigungen ergaben aber, daß dies Gerücht erfunden war. Der König beschäftigt sich mit Erfindung von Dekorationen für die Oper „Wilhelm Tell“ und läßt sich Kostüme machen für Opern, die er dann anzieht

---

[1] Freiherr von Pranckh.

und womit er in seinem Zimmer umhergeht. Unterdessen handelt es sich darum, dem Königreich Bayern dreißigtausend Einwohner in Franken und siebenhunderttausend in der Pfalz wegzunehmen.

Der Herzog von Nassau ist hier. Er trägt eine blaue Brille und sieht wie ein Käuzchen aus. Warum er in Uniform geht, weiß ich nicht; vielleicht haben ihm die Preußen seine Zivilkleider weggenommen. Ich finde es begreiflich und vom „rein menschlichen" Standpunkt aus zu entschuldigen, wenn sich diese vertriebenen oder, wie man jetzt zu sagen pflegt, „depossedierten" Monarchen an die fremden Mächte um Hilfe gegen Preußens „Vergewaltigung" wenden. Vom deutschen Standpunkt aus läßt es sich aber nicht rechtfertigen, und im Interesse Deutschlands ist ihnen das Mißlingen ihrer Intrigen zu gönnen.

Meine Anwesenheit wird noch immer mit großem Mißtrauen betrachtet. Wenn der Geheimrat Aretin ein wirklicher Basilisk wäre, so hätte er mich mit seinen Blicken schon längst vergiftet. Auch in vielen andern Blicken sehe ich solche mißtrauischen Gedanken. Prinz Ludwig ist noch nicht außer Gefahr. Man hat die Kugel noch nicht gefunden.

Bayern wird wahrscheinlich zwanzig Millionen Gulden zahlen und einen kleinen Teil von Unterfranken und ein Stück von Oberfranken, Hof u. s. w. abtreten müssen. Das ist das Neueste.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die an Preußen zu zahlende Kriegsentschädigung hatte die Kammer der Abgeordneten den Wunsch ausgesprochen, „Seine Majestät der König wolle allergnädigst geruhen, dahin zu wirken, daß durch einen engen Anschluß an Preußen der Weg betreten werde, welcher zurzeit allein dem angestrebten Endziele entgegenführen kann, Deutschland unter Mitwirkung eines freigewählten und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten Parlaments zu einigen, die nationalen Interessen wirksam zu wahren und etwaige Angriffe des Auslands erfolgreich abzuwehren".

Der Referent der Kammer der Reichsräte, Freiherr von Thüngen, konnte diesen Antrag zur Zustimmung nicht empfehlen, sondern nur etwa in folgender Fassung: „Wir wünschen, daß Seine Majestät der König im Falle eines Angriffs des Auslands auf deutsches Gebiet mit allen Kräften des Volks und des Heeres diesem Angriffe entgegentreten werde." Fürst Hohenlohe trat dagegen in der Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 31. August 1866 für den Antrag ein. „Mir scheint," sagte er, „dieser Antrag von hoher Bedeutung zu sein. Er führt uns mit einem Male in die deutsche Frage und zeugt von einer Meinungsänderung des ganzen Landes von so durchgreifender Art, wie sie mir in meinem politischen Leben noch nicht vorgekommen ist. Als ich vor siebzehn Jahren in der Sitzung

vom 12. November 1849 der Neugestaltung Deutschlands im Sinne der damaligen Vorschläge Preußens im Sinne des engeren Anschlusses an Preußen das Wort redete, tat ich es und mußte es tun unter der ausdrücklichen Anerkennung, daß ich mich mit den Anschauungen des bayrischen Volks im Widerspruch befände. Ich habe mich damals den Anschauungen der Majorität gefügt. Seitdem sind zahlreiche Projekte im großdeutschen Sinne aufgetaucht und wieder verschwunden. Ich habe sie nie für praktisch durchführbar gehalten. Heute nun sehen wir uns einem Antrage der großen Mehrheit der Abgeordnetenkammer gegenüber, der die Neugestaltung Deutschlands im engen Anschlusse an Preußen anstrebt. Sie werden, meine hohen Herren, es konsequent finden, wenn ich mich diesem Antrage anschließe und Ihnen dessen Annahme empfehle. Wenn Sie staunend fragen, wie es möglich ist, daß ein solcher Umschwung in der Meinung des bayrischen Volks stattfinden konnte, so ist die Antwort darauf sehr leicht.

Nach dem Austritte Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde, nach der Sprengung des Deutschen Bundes trat an uns die Frage: was wird aus Bayern? Drei Wege blieben uns offen. Die Gründung des Südwestdeutschen Bundes, die Isolierung Bayerns und die Anlehnung an Preußen. Daß die Gründung des Südwestdeutschen Bundes in das Bereich der Möglichlichkeit gehöre, hat wohl noch niemand im Ernste behauptet. Es ist mir wenigstens noch kein wirklicher Anhänger dieses sogenannten Winkeldeutschlands vorgekommen. Ebenso unmöglich erscheint mir die Stellung Bayerns als selbständiger, unabhängiger Staat in der Mitte der europäischen Großmächte. Niemand wird behaupten, daß eine solche Stellung eines Staats von fünf Millionen möglich ist ohne Anlehnung an eine größere Macht. Es könnte also nur die Frage sein, ob wir uns, wie zur Zeit des Rheinbunds, an Frankreich oder ob wir uns an Preußen anlehnen wollen.

Nun muß ich zur Ehre unsers Vaterlands konstatieren, daß selbst in den schlimmsten Tagen unsrer neuesten Geschichte sich kein Fürsprecher für einen französischen Bund gefunden hat, mit Ausnahme vielleicht eines Münchner Winkelblatts, das diesen Gedanken verteidigt hat. Es bleibt also nur das Bündnis mit Preußen. Hier entsteht nun die Frage, ob es jetzt schon an der Zeit sei, dieses Bündnis anzustreben. Man könnte dagegen einwenden und es ist dies, wenn auch nicht in dieser hohen Kammer, getan worden, es sei Bayerns nicht würdig, jetzt schon dem siegreichen Feinde die Hand zu reichen. Ich gestehe, daß ich diesen Einwand nie verstanden habe. Wir haben Frieden mit Preußen geschlossen, Friede aber bedeutet Versöhnung und schließt jeden Gedanken der Rache und Bitterkeit aus. Es ist die Prärogative zivilisierter Völker, den Krieg als eine politische Notwendigkeit anzusehen im Gegensatze zu den Negerstämmen Mittelafrikas, die den Krieg aus Beutelust und Blutdurst führen,

und schließlich ihre Gefangenen schlachten und verzehren. Bei zivilisierten Völkern hört die feindliche Gesinnung auf, wenn die politische Notwendigkeit verschwunden ist, um so mehr bei Völkern eines und desselben Stammes, welche aufeinander angewiesen sind. Ein andrer Einwand, der hier gemacht wurde, besteht darin, daß man erst abwarten wolle, wie der Norddeutsche Bund sich gestalten wird, ehe man erklärt, ob man eintreten wolle oder nicht. Allein, bedenken Sie, meine hohen Herren, daß solches Abwarten für Bayern sehr gefährlich werden kann. Wer steht Ihnen dafür, daß die gegenwärtige Ruhe Europas ungestört bleiben wird? Tritt aber ein Ereignis ein, das diese Ruhe erschüttert, so steht Bayern allein und verlassen da. Was es aber heißt, keinen Fürsprecher, keinen Freund, keinen Alliierten zu haben, hat der Herr Staatsminister des Aeußern in Berlin zur Genüge erfahren. Ich halte es aber für zweckmäßiger, jetzt, wo noch alles im Flusse ist, wo man noch im Organisieren begriffen ist, die Stellung zum Norddeutschen Bunde zu erstreben, jetzt, wo es noch möglich ist, für die Selbständigkeit Bayerns und seiner Dynastie günstige Bedingungen zu erlangen, als anzuklopfen, um mich eines Bildes zu bedienen, welches der sehr verehrte zweite Herr Präsident gebraucht hat, an einem fertigen Hause, das sozusagen kristallisiert ist, und dessen Tore verschlossen sein können. Dann werden wir entweder ausgeschlossen bleiben, oder wir müssen uns Bedingungen fügen, die für unsre Dynastie und für unsre Stammeseigentümlichkeit vernichtend sein können. Man hat auch gesagt, Preußen will unser Bündnis gar nicht; ich glaube die Stimmung in Preußen zu kennen und muß behaupten, daß diese Abneigung gegen einen Bund mit Süddeutschland nur bei einer Partei, bei der sogenannten Kreuzzeitungspartei, existiert, der das konstitutionelle Leben in Süddeutschland ein Greuel ist. Das preußische Volk in seiner Majorität teilt diese Abneigung nicht und ebensowenig die Regierung. Wenn die preußische Regierung uns keinen Vorschlag gemacht hat, um uns zum Eintritt in den Bund oder zu einem Bündnisse einzuladen, so ist dies bei der Stellung Preußens zu Frankreich sehr natürlich. Dies kann aber für die süddeutschen Länder und ihre Vertreter kein Grund sein, ihre Meinung zu verschweigen. Ich sollte denn doch meinen, daß, wenn auch Preußen Grund hat, auf Frankreich Rücksicht zu nehmen, die deutsche Nation groß genug ist, zu sagen, was sie will, was sie für gut, für recht und für zweckmäßig hält für ihr eignes Wohl, unbekümmert, was jenseits des Rheins gewünscht und gehofft wird. Auch bin ich der Ansicht, daß die angebliche feindselige Stimmung in Frankreich gegenüber von Deutschland eine durch unlautere Parteibestrebungen künstlich gemachte ist. Das französische Volk ist zu großgesinnt, zu selbstbewußt und zu edel, um sich zu fürchten vor der Konstituierung eines geeinigten Deutschlands.

Ich gestehe, daß die Formulierung des Antrags zu wünschen übrigläßt. Wenn aber der Anschluß an Preußen notwendig ist, wenn er jetzt schon notwendig ist, so ist es Pflicht, dies auszusprechen, wie es der vorliegende Antrag, wenn auch in unvollkommener Weise, tut. Ich sehe in dem Antrage keine Mediatisierung Bayerns, sondern nur den Wunsch des Landes, auf irgendeine Weise aus der Isolierung herauszutreten. Er kann also nur die Grundlage weiterer Unterhandlungen bilden. Ich empfehle also dessen Annahme im Interesse unsers Vaterlands, im Interesse Bayerns, im Interesse der Erhaltung Deutschlands."

Der Antrag der Kammer der Abgeordneten wurde von den Reichsräten abgelehnt. Mit Ja stimmten außer dem Fürsten Hohenlohe nur die Reichsräte Graf von Fugger-Babenhausen, Graf von Pappenheim und Fürst von Oettingen-Wallerstein.

In derselben Sitzung verhandelten die Reichsräte über den weiteren Antrag der Kammer der Abgeordneten:

„Seine Majestät der König wolle dem bayrischen Volke den gebotenen Fortschritt in der Entwicklung der inneren staatlichen Einrichtungen, namentlich die Reform der Heeresverfassung, eine gesetzliche Regelung des Schulwesens auf freisinniger Grundlage sowie die Sicherung voller Gewissensfreiheit gewähren und die ungesäumte Vorlage der Entwürfe zu den sozialen Gesetzen anordnen."

Diesem Wunsche stimmte die Kammer der Reichsräte in der Sitzung vom 31. August 1866 bei. Dagegen stimmten die Erzbischöfe von Scherr und von Deinlein, Bischof von Dinkel, Graf von Seinsheim und die Freiherren Karl und Karl Maria von Aretin.

Journal.

München, 1. September 1866.

Der zum Zweck der Beratung des Friedenschlusses berufene Landtag ist nun zu Ende. Die Vorlage des Friedensvertrages gab mir keine Veranlassung zum Reden, und ich glaubte schon ruhig durchgekommen zu sein, als die Kammer der Abgeordneten bei Beratung eines Finanzgesetzes einen Antrag fast einstimmig annahm, der die Regierung bittet, den engen Anschluß an Preußen und ein deutsches Parlament zu erstreben. So kam also diese Frage auch an uns, und nun konnte ich nicht mehr schweigen. Jedermann kannte meine Gesinnungen und erwartete von mir, daß ich diesem Antrag das Wort reden würde. Ich habe dies auch in der gestrigen Sitzung getan. Es ist nicht dem geringsten Zweifel unterworfen, daß die öffentliche Meinung in Bayern in allen Landesteilen, in allen Klassen für den Anschluß an Preußen ist. Allerdings ist dies nicht die Meinung des Hofs und der Minister. Diese sehen darin eine Mediatisierung Bayerns

und wehren sich dagegen; ebenso die ultramontane Partei, die aber mehr und mehr Boden verliert. Die Gegner von Preußen haben aber ein Gegenprojekt gegen den Anschluß nicht aufgestellt. Einen Anschluß an Oesterreich hat niemand vorgeschlagen, selbst die ultramontane Partei nicht, einen Anschluß an Frankreich und das Wiederaufleben des Rheinbundes wagt niemand vorzuschlagen; für den südwestdeutschen Bund erhebt sich keine Stimme, ebensowenig glaubt jemand, daß Bayern allein bleiben könne. Trotzdem wird mir ohne Zweifel meine Rede in der Hofpartei und von den Ultramontanen sehr übelgenommen werden. Meine Chancen für das Ministerium werden dadurch sehr vermindert. Da ich nun aber doch einmal den Ruf eines Preußenfreundes habe und dieser Ruf auch durch meine politische Vergangenheit gerechtfertigt wird, so war für mich keine Wahl, als dieser Ansicht treu zu bleiben und sie offen zu vertreten, um so mehr, als ich die ganze Kammer der Abgeordneten hinter mir habe. In der Kammer der Reichsräte war die Opposition gegen mich sehr schwach. Pfordten hatte wegen des von einem bayrischen Soldaten ermordeten preußischen Offiziers [1]) ein Telegramm unfreundlichen Inhalts von Bismarck erhalten und bat die Reichsräte, ja nicht zu heftig gegen Preußen aufzutreten. So fand ich wenig energische Opposition in der Kammer, und Pfordten war die preußisch gefärbte Rede recht angenehm. In der ultramontanen Presse, namentlich im „Volksboten" und im „Neuen bayrischen Kurier" werde ich ohne Zweifel recht geschimpft werden.

Man hofft hier in ultrabayrischen Kreisen durch Hinziehen und Abwarten noch etwas zu gewinnen. Man glaubt immer noch, daß es möglich sein werde, Bayern selbständig zu erhalten. Man hofft wie die Familie Micawber in „David Copperfield", „that something will turn up". Darüber vergeht die Zeit, und Bayern geht so ganz langsam seinem Untergang entgegen. Wenn man sich zu entscheidenden Unterhandlungen mit Preußen entschließen könnte, so würde man jetzt noch eine ganz erträgliche Stellung für König und Land erreichen können. Das wird man aber nicht tun und bei der ersten großen europäischen Krisis irgend jemand zur Beute fallen. Ich habe wenigstens meine Meinung gesagt.

München, 11. Oktober 1866.

Meine Reise nach München ist in einen recht interessanten Moment gefallen und war mir zur Orientierung sehr nützlich. Gleich bei meiner Ankunft ließ ich Dr. Schanzenbach [2]) rufen, um Philipp Ernsts Knie zu

---

[1]) Ein bayrischer Soldat hatte aus einem Eisenbahnwagen heraus einen preußischen Offizier erschossen.

[2]) Angesehener Arzt, der sich der Kundschaft der vornehmen Gesellschaft erfreute.

untersuchen. Nachdem er das nötige Pflaster verordnet hatte, ging er gleich auf die Politik über. Ich sah ihm an, daß mit ihm etwas vorgegangen sein mußte; er hatte eine Atmosphäre von staatsmännischer Wichtigkeit um sich, die mir an ihm neu war. Das Rätsel löste sich sofort; denn er erzählte mir, er sei jetzt seit vierzehn Tagen fast jeden Abend mit dem König bei Paul Taxis zusammengekommen. Sein Urteil über den König ist sehr günstig; es stellt sich mehr und mehr heraus, daß alle Mißgriffe und Unterlassungen, deren sich der König schuldig gemacht hat, durch das Kabinett veranlaßt worden sind. Mein Gefühl hat mich nicht getäuscht; es ist wahr, daß Pfistermeister und Lutz [1]) den König absichtlich isoliert haben, um ungestört ihr Protektionswesen zu treiben in Gemeinschaft mit Pfordten und Bomhard. So ist es gekommen, daß der König von dem Trauergottesdienst für die Armee nichts wußte. Pfistermeister war es, der den König abgehalten hat, der Beerdigung des Generals Zoller beizuwohnen. Pfistermeister hat den König abgehalten, die Spitäler zu besuchen u. s. w. Es scheint, daß Schanzenbach mit dazu beigetragen hat, dem König die Augen zu öffnen. Dann hat der König den früheren Minister Neumayr [2]) konsultiert, und so kam er zu dem Entschluß, das Kabinett zu ändern, und Neumayr, Tauffkirchen und Feilitzsch zu berufen. Die Unterhandlungen schweben noch. Neumayr soll Kabinettsminister oder Minister des Königlichen Hauses werden. Die beiden andern sollen als Kabinettsräte eintreten. Pfordten wird dann weggehen müssen. Der König will mich an Pfordtens Stelle haben und hat dies gesagt, woraus dann die Zeitungsartikel entstanden sind. Dagegen wird nun von der ultramontanen Partei und wahrscheinlich auch von Neumayr gearbeitet, der mir meine Angriffe bei einer Diskussion in der Kammer nicht vergessen kann. Die Stimmung im allgemeinen ist noch immer gleich günstig für mich. Meine Rede hat mir viel genützt, weil die große Mehrheit eine Verständigung mit Preußen, solange der Norddeutsche Bund nicht fest organisiert ist, für notwendig hält, und ich das ungescheut zuerst ausgesprochen habe. Pfordtens planlose Politik wird allgemein verdammt. Gleich den Tag nach meiner Ankunft wurde ich wieder durch einen Artikel der „Neuesten Nachrichten" überrascht, in welchem bestimmt versichert wurde, ich sei ausersehen, Pfordten zu ersetzen. Die guten Münchner, die alle die „Neuesten Nachrichten" zum Kaffee lesen, nahmen natürlich die Nachricht für bare Münze. Da hatte mich einer in Gala zum König fahren sehen, der andre wollte gesehen haben, wie der König zu mir gekommen sei, um mich zu bitten, das Ministerium anzunehmen,

---

[1]) Ministerialrat Pfistermeister, Chef des Zivilkabinetts des Königs, Appellationsgerichtsrat Lutz, der spätere Minister, im Kabinett beschäftigt.

[2]) Max von Neumayr, ehemals Gesandter in Stuttgart und Minister des Innern.

ein dritter wollte wissen, ich hätte abgelehnt, weil man mich früher übergangen habe u. dergl.

Die Wahrheit scheint zu sein, daß der König den Plan nicht aufgegeben hat, daß aber von allen Seiten dagegen intrigiert wird. Vecchioni,[1]) bei dem ich heute Nachmittag war, meint auch, daß es sehr möglich sei, daß die früheren Kabinettsräte wieder in ihre Stellen eingesetzt würden und daß alles beim alten bleibe. Die „Augsburger Postzeitung" prophezeit Unheil aus meiner Ernennung zum Minister, die andern Lokalzeitungen sehen darin den Anfang einer paradiesischen Zeit; die „Augsburger Allgemeine" ignoriert mich vornehm.

Jedenfalls werden diese Intrigen noch einige Monate fortgehen. Das Provisorium im Kabinett soll noch bis zum 1. Dezember fortdauern, wie mir von der Tann sagt. Wenn aber Pfistermeister definitiv abgesetzt sein wird, so können Pfordten und Bomhard nicht bleiben.

Ob ich Minister werde, hängt davon ab, ob Neumayr es in seinem Interesse erachtet, seine Popularität durch meinen Eintritt in das neue Ministerium zu erhöhen, oder ob er fürchtet, daß ich ihm schaden könne. Ist letzteres der Fall, so wird ohne Zweifel der gute Bray[2]) oder eine andre Nullität aus der bayrischen Diplomatie zum Minister des Aeußern gemacht.

München, 3. November 1866.

Am 25. Oktober erhielt ich einen Brief Holnsteins[3]) vom 18., in welchem er mich zu einer Besprechung nach München über den Eintritt ins Ministerium einlädt, und den darauffolgenden Tag einen zweiten Brief mit dem Rundschreiben des Ministers von der Pfordten und dem Auftrag des Königs, meine Ansicht darüber auszusprechen. Ich machte mich also sofort an die Arbeit und war einige Tage darauf fertig. Am 31. kam ich nach München. Taufkirchen war der erste, den ich sah. Ich zeigte ihm das Rundschreiben und mein Gutachten, mit welchem er vollkommen einverstanden war, bis auf den Schluß, wo ich dann seinem Rat entsprechend einige Modifikationen anbrachte.

Den 1. November kam Holnstein. Er fing damit an, mir im Namen des Königs das Ministerium des Hauses und des Aeußern und die Ministerpräsidentschaft anzubieten, und stellte mir gleichzeitig die Uebertragung der Kronoberstkämmererstelle in Aussicht. Un honneur que je goûte fort médiocrement. Ich gab ihm dann das Gutachten und beriet

---

[1]) Chefredakteur der „Münchner Neuesten Nachrichten".

[2]) Graf Bray-Steinburg, damals Gesandter in Wien, 1870 Minister des Aeußern.

[3]) Oberst-Stallmeister Graf Holnstein.

mit ihm die etwaigen Aenderungen in den übrigen Ministerien. Wir wurden darüber einig, daß Bomhard auch ausscheiden müsse, daß aber die übrigen Minister bleiben könnten. Der Schluß der ganzen Sache wurde aber noch vertagt, wenn Holnstein mit Neumayr gesprochen haben würde. Dies sollte den 2. geschehen. Unterdessen ging ich auf Erkundigungen aus und fand, daß eigentlich zurzeit kein Grund zu einer Ministerveränderung gegeben sei, und daß ich auf keinen außerordentlich günstigen Empfang in der öffentlichen Meinung würde rechnen können. Man würde im allgemeinen wohl meinen Eintritt ins Ministerium billigen, allein ein besonderer Wunsch besteht zurzeit nicht. Die Parteien haben sich noch nicht organisiert, und die antipreußische Stimmung hat sich noch nicht genügend beruhigt. Zudem kann ich mir nicht verhehlen, daß allen Mitteilungen Holnsteins zufolge der Wunsch des Königs, mich zum Minister zu haben, aus seiner Passion für Wagner hervorgeht.[1]) Der König erinnert sich, daß ich einmal die Entfernung Wagners als etwas Unnötiges bezeichnet habe, und hofft, daß ich ihm die Rückkehr Wagners ermöglichen würde. Ein Wagner-Ministerium zu bilden, dazu habe ich aber keine Lust, wenn ich auch die Rückkehr Wagners später für kein besonderes Unglück halte. Dies und die Erwägung, daß ich nach dem Beginn des Landtags oder vielleicht unmittelbar vorher eine bessere Stellung haben würde als jetzt, wo das Ministerium nur durch eine Hofintrige zustande gekommen schiene, machte es mir ganz erwünscht, daß Holnstein am andern Tage kam und sagte, daß Neumayr ganz entschieden gegen mich sei. Da nun aber Neumayr jetzt schon dem König zuwider ist und sich nicht lange halten wird, so wird er mir nicht lange schaden. Unterdessen wird sich Holnstein in der Gunst des Königs zu halten suchen und meine Interessen vertreten. Nun höre ich allerdings auch von andrer Seite, namentlich von Dönniges[2]) und Umbscheiden, daß die Kammer auf meiner Seite sein würde, wenn ich unmittelbar vor dem Zusammentritt des Landtags ein Ministerium bildete, daß aber, wenn das Ministerium bis nach Eröffnung des Landtags bliebe, die Veränderung schwieriger werden könnte. Ich habe deshalb Taufkirchen in einem Brief freie Hand gelassen, wenn er es für nötig hält, in diesem Sinne zu wirken. Die Intrigen Neumayrs habe ich durch die Einwirkung von Dönniges und Umbscheiden ungefährlich gemacht und damit das Terrain für mich günstig vorbereitet.

[1]) In einem Briefe vom 17. Januar 1867, welcher in Nr. 574 der „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 8. Dezember 1904 veröffentlicht ist, nimmt Richard Wagner für sich die Ehre in Anspruch, dem König Ludwig zuerst den Rat erteilt zu haben, sich dem Fürsten Hohenlohe anzuvertrauen und seinen Rat einzuholen.

[2]) von Dönniges (1814 bis 1872) damals, nachdem er als bayrischer Geschäftsträger in der Schweiz abberufen war, ohne Amt in München lebend.

Wenn also der König doch noch auf dem Gedanken bestehen sollte, daß ich vor dem Zusammentritt des Landtags ein Ministerium bilde, so habe ich Einleitungen getroffen, daß er mich telegraphisch zurückrufen läßt. Unterdessen wird die Presse in meinem Sinne bearbeitet.

Ich reise heute abend ab und werde suchen, die Sachen so schnell als möglich zu erledigen, um zu rechter Zeit wieder hier sein zu können, oder wenigstens à portée eines Telegramms, welches mir nach Rauden an Viktor zu adressieren wäre.

Die Projekte, die hier gemacht werden, sind wirklich so dumm und landesgefährlich, daß ich bei aller Bescheidenheit meinen Eintritt ins Ministerium als eine Notwendigkeit ansehe. Ich bin einem Komplott auf der Spur, welches Neumayr zum Ministerpräsidenten und Bray zum Minister des Aeußern machen will. Je l'ai ébruité und habe damit vielleicht der Sache die Spitze abgebrochen.

In dem Seite 177 erwähnten Rundschreiben des Ministers von der Pfordten, welches am 5. November 1866 abgesendet wurde, wird über die künftige Stellung Bayerns zu Norddeutschland folgendes gesagt:

„Der Eintritt in den Norddeutschen Bund kann auf keinen Fall als Ziel der bayrischen Politik betrachtet werden. Seit dem Jahre 1848 hat Bayern konsequent den Grundsatz befolgt, jeder Reform des Deutschen Bundes zuzustimmen, an welcher sich Oesterreich und Preußen gleichmäßig beteiligen, aber mit einer dieser beiden Großmächte allein in kein Verfassungsbündnis einzutreten, sowohl im bayrischen als im allgemeinen deutschen Interesse, weil darin ebenso die Mediatisierung Bayerns wie die Zerreißung Deutschlands liegen würde. Diesem Grundsatze gemäß hat die bayrische Regierung die Reichsverfassung von 1849 abgelehnt und ihren Beitritt zu dem sogenannten Dreikönigsbündnis mit dem Erfurter Parlament verweigert. Diesem Grundsatze gemäß hat sie im Jahre 1863 nach dem Mißlingen des Fürstentags sich nicht dazu verstanden, eine Neugestaltung des Bundes ohne Preußen durchzuführen. Diesem selben Grundsatze gemäß wird sie auch jetzt von einem Eintritte in den Norddeutschen Bund absehen müssen."

Hiergegen wendet sich das vorerwähnte Gutachten des Fürsten. Es heißt darin:

Wie die Tätigkeit der bayrischen Regierung in der deutschen Frage seit 1849 eine wesentlich negative war, so geht die Absicht des Herrn Ministers von der Pfordten auch jetzt dahin, die bayrische Selbständigkeit durch negative Bestrebungen zu erhalten.

Mir scheint aber die Lage Bayerns nach den neuesten Ereignissen zu gefahrvoll, um in einer abwartenden Haltung die genügende Sicherheit

für die Selbständigkeit des Throns und die Unabhängigkeit des Landes erblicken zu können. Das Uebergewicht Preußens in Deutschland ist seit dem Austritt Oesterreichs aus dem Bunde und seit der Vergrößerung Preußens eine Tatsache. Das vergrößerte Preußen beherrscht den deutschen Norden, steht an der Spitze von dreißig Millionen Einwohnern und verfügt über eine Armee von nahezu achthunderttausend Mann. Ein Freundschaftsbündnis zwischen Bayern und dem deutschen Norden ist die Allianz eines Stärkeren mit einem Schwächeren, die gerade so lange von Preußen respektiert wird, als dies im Interesse Preußens liegt.

Anders ist es mit einem Verfassungsbündnisse, welches, wie die Erfahrung zeigt, dauernde Garantien bietet. Was dem Deutschen Bunde trotz seiner Mängel eine fünfzigjährige Dauer gewährte, war sein Charakter als Verfassungsbündnis. Und obgleich Preußen seit Jahrzehnten an dessen Auflösung gearbeitet hat, konnte die Zerstörung des Bundes nur durch das Zusammentreffen außerordentlicher Umstände erreicht werden. Bayern hat auch bisher nie ohne den Schutz eines solchen Verfassungsbündnisses bestanden, denn der deutsche Reichsverband sowohl wie der Rheinbund können als solche gelten.

Nun soll aber das Experiment der selbständigen Stellung in einem Augenblicke versucht werden, in welchem die Existenz der Mittelstaaten, abgesehen von allem andern, schon durch das Streben der Völker nach großen Staatenbildungen und durch die prekäre Lage Europas überhaupt gefährdet erscheint.

Wäre Bayern ein Staat, der sich selbst genügte und selbst genügen könnte, so wäre die Gefahr geringer. Allein, würde sich Bayern selbst genügen können in politischer Beziehung im Falle einer Bedrohung seiner Grenzen?

Würde es, auf eigne Kraft angewiesen, auch nur die Pfalz gegen Frankreich verteidigen können?

Ebensowenig genügt es sich selbst in der Regelung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn sich der Zollverein auf Norddeutschland zurückzöge und sich gegen den Süden abschlösse, so bliebe ihm immer noch ein Gebiet von dreißig Millionen. Diese Maßregel könnte aber die Industrie Bayerns nicht ertragen. Wenn der Norddeutsche Bund in bezug auf die Regelung des Verkehrs, auf Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, auf Münze, Maß und Gewicht gemeinschaftliche Einrichtungen trifft, wenn für Zivilrecht und Strafrecht eine einheitliche Gesetzgebung entsteht, und wenn Bayern von all diesen Vorteilen ausgeschlossen bleibt, so wird damit eine Anziehungskraft auf die süddeutsche Bevölkerung ausgeübt, deren Folgen sich nur zu bald erkennen lassen werden.

Man hat in letzter Zeit mit gewisser Beruhigung auf Belgien und die Schweiz hingewiesen, um die Möglichkeit des Bestehens für Bayern als alleinstehender Staat nachzuweisen. Allein man vergißt dabei, daß die Schweiz und Belgien teils abgegrenzte, teils bestimmt ausgeprägte Nationalitäten sind, die sich in dieser Absonderung wohl fühlen und darin durch manche äußeren Umstände unterstützt werden, die Bayern fehlen, insbesondere aber, daß sie durch keine Nationalsympathien zu einem größeren Ganzen hingezogen werden.

Dies führt mich aber zu der größten Gefahr, die der bayrischen Selbständigkeit droht. Das bayrische Volk, darüber darf man sich keiner Illusion hingeben, ist von dem Einheitstrieb, der alle deutschen Stämme erfaßt hat, durchdrungen. Dieser, wie das Rundschreiben sich ausdrückt, „seit Dezennien erwachte Einheitstrieb" ist durch zahlreiche Kundgebungen der deutschen Regierungen gepflegt und gefördert worden. Der Antrag der Kammer der Abgeordneten vom 30. August hat diesem Streben abermals Ausdruck verliehen.

Bei einer eintretenden Katastrophe, etwa bei dem Tode des Kaisers der Franzosen, werden die revolutionären Elemente wieder in den Vordergrund treten. Das Streben der deutschen Bevölkerungen nach Einigung wird in einem solchem Falle Dimensionen annehmen, die gar nicht zu berechnen sind. Schon jetzt gewinnt diese Stimmung in Süddeutschland mehr und mehr Boden. Jetzt ist es noch möglich, sich auf den partikularistischen Geist der süddeutschen Bevölkerung zu stützen, um die partikulare Selbständigkeit in gewissem Grade zu erhalten. Jetzt ist die Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen und ihre Anhänglichkeit an die angestammten Fürstenhäuser noch stark genug, um, gestützt auf diese Elemente, günstige Bedingungen beim Abschlusse eines neuen Bundesvertrags zu erlangen. Diese Stimmung wird aber nicht immer dauern, deshalb wäre sie jetzt zu benutzen, und zwar bei der Beratung eines neuen deutschen Verfassungswerks.

Wenn es allgemein anerkannt wird, daß durch die Auflösung des Deutschen Bundes die Existenz der Mittelstaaten bedroht ist, wenn es Pflicht eines Ministers Seiner Majestät des Königs ist, diesen Gefahren entgegenzutreten und die Rechte des Monarchen und seine Selbständigkeit zu verteidigen, so müssen die Wege eingeschlagen werden, die diesen Zweck am sichersten erreichen und die Krone auf möglichst lange Zeit hinaus vor äußeren und inneren Angriffen bewahren. Das Rundschreiben sagt mit vollem Recht, „daß die Mittelstaaten nicht sowohl durch ihre Macht, als durch ihre geschichtlichen und vertragsmäßigen Rechte existieren". Darum gebietet es aber die Pflicht der Selbsterhaltung, sich sobald als möglich wieder auf den Boden vertragsmäßiger Rechte zu stellen.

Journal.

München, 12. Dezember 1866.

Von Wien gestern früh zurückkehrend, schrieb ich sofort an Tauffkirchen, um ihn zu bitten, zu mir zu kommen. Er erschien um 1 Uhr und teilte mir mit, daß er Holnstein zwar noch nicht gesprochen habe, aber aus Aeußerungen Schanzenbachs entnehme, daß Neumayrs Einfluß fester stehe als je, und daß auch Holnstein sich von ihm habe überzeugen lassen, daß die Kammer gegen mich sei. Neumayr habe beim König Ludwig und Prinz Karl wahrscheinlich die Verpflichtung eingegangen, mich vom Ministerium fernzuhalten, und dadurch die Befürchtungen beschwichtigt, die beide hohe Herren gegen seinen Eintritt ins Kabinett gehegt hatten. Es scheint also, daß es mit meinem Eintritt ins Ministerium nichts sein werde. Jedenfalls werde aber, meint Tauffkirchen, die Kammer sich für mein Programm entscheiden, und dann werde meine Stellung um so besser. Abends begegnete ich Tauffkirchen, der zu Holnstein berufen war. Er versprach, dann um 8 Uhr zu mir zu kommen. Dies geschah, und nun zeigte es sich, daß die Situation wesentlich verändert war. Pfordten hatte nach der Ankunft des Königs in der Nacht vom 10. bis 11. sein Entlassungsgesuch eingereicht, Neumayr liegt krank zu Bett, und der König verlangt Holnsteins Rat. Tauffkirchen hat ihm also geraten, den König zu bestimmen, Pfordtens Entlassung anzunehmen, das Ministerium bis zum Zusammentritt und zur Meinungsäußerung der Kammern durch Staatsrat Daxenberger verwalten zu lassen und dann erst das Ministerium zu bilden. Das stimmt mit meinen früheren Vorschlägen überein. Jedenfalls wird sich die Kammer in meinem Sinne aussprechen, und dann ist meine Ernennung sicher und meine Stellung eine sehr gute.

Heute früh war Tauffkirchen bei mir und sagte mir, daß dies geschehen sei. Der König geht nach Hohenschwangau und nimmt Lutz mit. Dieser ist nicht gegen mich und wird nun dadurch noch gewonnen werden, daß man ihm das Justizministerium in Aussicht stellt. So bin ich sicher, daß in der Zwischenzeit keine Intrigen gegen mich angezettelt werden. Neumayr wird dann gestürzt, und Assessor Riedel kommt als einfacher Kabinettssekretär oder Rat ins Kabinett.

Den 17. Dezember.

Freitag den 14. Abends kam Holnstein zu mir und teilte mir den Wunsch des Königs mit, daß ich mit Schlör [1]) reden möchte, den der König im Ministerium behalten will. „Ich solle mich mit demselben verständigen," da Neumayr dem König gesagt hatte, daß alle Minister ihre

[1]) Schlör war als Direktor der Ostbahnen und einflußreicher Abgeordneter der erste Handelsminister in Bayern geworden. Er war damals Vertreter des Wahlkreises Amberg.

Entlassung nehmen würden, wenn ich ins Ministerium einträte. Am andern Morgen kam Taufkirchen mit dem Brief des Appellationsgerichtsrats Lutz, in dem dieser Auftrag für mich enthalten war, und mit meiner Kritik des Pfordtenschen Rundschreibens zu mir, damit ich beide Aktenstücke bei meiner Unterredung mit Schlör zur Hand hätte. Ich fand Schlör auf dem Ministerium und gab ihm die Papiere mit dem nötigen Kommentar. Das Resultat der Besprechung war, daß wir in den Hauptpunkten einverstanden waren, doch hielt Schlör die Erstrebung eines Bundesvertrags mit Preußen im Augenblick nicht für zweckmäßig und nötig. Ich versprach ihm nun ein Programm auszuarbeiten und ihm vorzulegen. Dies Resultat beeilte ich mich sofort dem König durch Holnstein mitzuteilen. Mein am Abend aufgesetztes Programm besprach ich am Sonntag mit Dönniges, gab es dann an Taufkirchen, der es nicht entschieden genug fand und nun ein neues Programm verfaßte, das er mir Montag brachte und mit dem ich mich um so mehr einverstanden erklären konnte, als ich in der Zwischenzeit von Reuß gehört hatte, daß man aus Rücksicht auf Frankreich wegen der bevorstehenden Beratungen des norddeutschen Parlaments auf Unterhandlungen mit Süddeutschland sich nicht einzulassen geneigt sei. Ich fragte Taufkirchen am Schluß unsrer Beratung, ob er damit einverstanden sei, daß ich Schlör sage, daß er das Programm gemacht habe, und knüpfte daran die Frage, ob er zur Uebernahme des Ministeriums des Innern eventuell bereit sei. Er bejahte beides und fügte die Bitte bei, daß er auch vor dem Lande als der Verfasser des Programms genannt werde, wenn es soweit komme, was ich ihm auch zusagte, da ich das Motiv, sich dadurch mehr Boden in der öffentlichen Meinung zu gewinnen, vollkommen anerkennen mußte.

Am Abend desselben Tages gab ich Schlör das Programm. Er brachte es am andern Tage (Dienstag) und erklärte sich damit einverstanden. Taufkirchen war anwesend. Es wurden einige Abänderungen beschlossen, und so schickte ich es an Holnstein. Da ich aber in der Zwischenzeit erfahren hatte, daß die Ernennung Taufkirchens zum Minister auf große Mißbilligung im Lande stoßen würde, so faßte ich das Schreiben an Holnstein so ab, daß daraus hervorging, ich beabsichtige keine Abänderung des Ministeriums mit Ausnahme vielleicht des Justizministers, für dessen Ersatz ich Präsident Neumayr [1]) in Vorschlag brachte. Nun am 20. warte ich auf die Antwort des Königs.

Das in den vorstehenden Aufzeichnungen erwähnte „Programm" hat folgenden Wortlaut:

---

[1]) Ludwig von Neumayr, Appellationsgerichtspräsident, Bruder des ehemaligen Ministers, bedeutender Jurist, Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis München.

I

1. Als der wenn auch entfernte, doch unverrückt im Auge zu behaltende Zielpunkt der Politik Bayerns erscheint uns die Erhaltung Deutschlands, die Vereinigung der Gesamtzahl und, soweit dies unmöglich, der größeren Zahl der deutschen Stämme zu einem Bundesstaat, geschützt gegen außen durch eine starke Zentralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Verfassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staats und der Krone Bayern.

Dieses Ziel direkt und unmittelbar zu verwirklichen, halten wir nicht an der Zeit. Oesterreich, aus dem Bunde geschieden, sucht im Augenblick einen Haltpunkt in seinen außerdeutschen Elementen. Die Bildung eines süddeutschen Bundesstaats unter Führung dieses Gesamtösterreichs halten wir weder für wünschenswert noch für ausführbar. Preußen in Bildung eines dem Einheitsstaate sich nähernden Bundes mit den kleineren Staaten des deutschen Nordens begriffen, will heute selbst den Eintritt der süddeutschen Staaten in diesen Bund nicht, und auch wir halten bedingungslosen Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund nicht für den geeigneten Weg, zur Einheit zu gelangen. Wir würden das Streben nach solchem Aufgehen im preußischen Staate mit den Pflichten der Räte der Krone Bayern für gänzlich unvereinbar halten.

Ja, wir würden es als einen unnützen und deshalb besser zu unterlassenden Versuch ansehen, mit Preußen in diesem Augenblick und ehe Norddeutschland selbst das Bedürfnis solcher Einigung fühlt, über eine Vereinigung zu irgendeiner andern Form des Bundesstaats in Unterhandlung zu treten.

Ein Südwestdeutscher Bund mit parlamentarischer Verfassung wäre zwischen den Staaten Bayern, Württemberg, Baden und dem nicht mit Norddeutschland vereinigten Teile von Hessen vielleicht anzustreben, wenn der Wunsch nach solcher Einigung in der Bevölkerung der sämtlichen genannten Staaten lebendig wäre. Dies ist aber so wenig der Fall, daß von einem Versuche, der nur dazu dienen könnte, die innere Zerfahrenheit zu offenbaren und zu vergrößern, entschieden abzuraten ist.

Es ist sonach richtig, daß in der Frage der organischen Wiedervereinigung aller deutschen Stämme Bayern heute, wir sagen leider, zu einer abwartenden Haltung gezwungen ist.

2. Mit diesem Ausspruche ist aber nicht die heutige Aufgabe der bayrischen Politik bezeichnet.

Bayern als Staat zweiten Ranges kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. Es bedarf einer solchen Stütze namentlich in einem Augenblick, in welchem die Verfassung des Deutschen Bundes zerrissen ist und die Möglichkeit ernster europäischer Konflikte nicht bestritten

werden kann. Der Großstaat, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse im Kriegsfalle es sich offen zu erklären hat, ist nach unsrer bestimmten Ueberzeugung Preußen.

Es ist nicht Oesterreich, dessen Organismus eine Gewähr einstigen Erreichens unsers Zielpunktes nicht bietet, es ist nicht Frankreich, welches, abgesehen von den Bedenken, die das Wiedererstehen eines von der Geschichte gebrandmarkten Bundes finden müssen, ein solches Bündnis wohl nur im Interesse der Arrondierung seiner Grenzen eingehen könnte.

Durch die Allianz mit Preußen sind wir allein imstande, nicht die Erhaltung des Friedens in Europa zu sichern, aber doch ein Gewicht für die Erhaltung des Friedens in die Wagschale zu werfen.

Aber nicht Bundesgenossenschaft allein; die gegenwärtigen Machtverhältnisse bringen es mit Notwendigkeit mit sich, daß Bayern, gegen bestimmte Garantie der Souveränität seines Königs, im Falle eines Kriegs sich der Führung Preußens unterstellt, weshalb bei der Organisation unsrer Wehrkräfte auf diese Möglichkeit Bedacht zu nehmen ist. Eine solche Allianz sofort anzubahnen, halten wir für geboten.

Wenn es aber offen ausgesprochen werden muß, daß Bayern im Falle eines Angriffs auf Preußen an dessen Seite stehen würde, so ist doch wohl selbstverständlich, daß neben dieser Allianz die freundschaftlichen Beziehungen mit den übrigen Mächten und vor allem mit dem Kaisertum Oesterreich soweit möglich zu wahren sind.

3. Bezüglich der deutschen Mittelstaaten der südwestlichen Gruppe wird sich nach dem Vorgetragenen unsre Politik in dem Streben betätigen, die gleiche Allianz mit Preußen und mit uns herzustellen.

II

1. Dem Zielpunkte der bayrischen Politik in der nationalen Frage entsprechend, ist es Aufgabe der bayrischen Regierung, dahin zu wirken, daß Gesetzgebung und Verkehr in allen deutschen Staaten gemeinschaftlich und gleichartig geregelt werden.

2. Die Beratung und Durchführung der sozialen Gesetzgebung sowie der allgemeinen Prozeßordnung sind diesem Grundsatz entsprechend zu leiten und möglichst zu beschleunigen.

3. Die Heeresorganisation ist nach den Grundsätzen der allgemeinen Wehrpflicht, doch unter Vermeidung derjenigen Mißstände durchzuführen, welche in der preußischen Heeresverfassung zu gegründeten Klagen Veranlassung geben.

Gesetzliche Regelung aller im Falle eines Krieges zulässigen Ausnahmebestimmungen erscheint nötig.

Die Untersuchung und Aburteilung gemeiner Verbrechen und Vergehen

der Soldaten im Frieden ist den Zivilgerichten zu überlassen, wobei Gesetzesverletzungen der Offiziere als Verbrechen und Vergehen gegen die Standesehre erklärt und deshalb nach wie vor militärgerichtlicher Aburteilung unterliegen können.

4. Den erschütterten Handels- und Bodenkredit durch Assoziation des Kapitals zu heben und zu unterstützen, ist dringend geboten. Im Staatshaushalt ist strengste Ordnung und Vereinfachung der Perzeption durchzuführen. Auf allmähliche Beseitigung der Gefahren, welche dem Kredit des Staats aus dessen Haftung für Bankgeschäfte und die Ausgabe von Staatsnoten entstehen könnten, ist hinzuwirken.

5. Strenge Unterordnung aller Kreise der Verwaltung unter das Gesetz wird allmählich Achtung vor dem Gesetze auch im Volke zur Folge haben. Vereinfachung und damit Kräftigung des gesamten Verwaltungsorganismus und einheitliche Leitung des gesamten Sicherheitsdienstes werden genügen, um den berechtigten Anforderungen bezüglich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu entsprechen. Wirklichen Mängeln der Gesetze in dieser Richtung ist, wenn solche bestehen, durch Antrag auf Modifizierung derselben abzuhelfen.

6. Vollkommene Unabhängigkeit des Richterstandes und der Rechtspflege ist zu wahren und die Aufsicht über die Richterbeamten durch ein Disziplinargesetz zu regeln. Die Disziplin der Anwälte und Notare wird durch Kammern vermittelt, die von den Betreffenden zu wählen sind.

7. Der Friede unter den Konfessionen und insbesondere der Friede mit der katholischen Kirchengewalt ist unter gewissenhafter Beobachtung der bestehenden Gesetze zu wahren. Kein Opfer ist zu scheuen, um bezüglich des öffentlichen Unterrichts den Anforderungen der Zeit zu entsprechen.

8. Das Recht des Landtags, die Regierung um Vorlage von Gesetzentwürfen zu bitten, wird anerkannt.

9. Die Erweiterung der Kammer der Reichsräte ist durch Vorlage eines Gesetzentwurfs zu bewirken.

10. Nötig endlich erscheint es, die Zuständigkeit des Ministerrats zu regeln und hierdurch die Bildung und Erhaltung eines einheitlichen Gesamtministeriums zum Schutz der Krone und der Verfassung zu ermöglichen.

Aufzeichnung des Fürsten aus diesen Tagen.

Bei der Uebernahme des Ministeriums sind noch einige Punkte in Erwägung zu ziehen.

Die Bildung eines Gesamtministeriums ist notwendig, damit sämtliche Ministerien, geleitet von demselben Geist und denselben Grundsätzen, zusammenwirken. Die darauf bezüglichen Vorschläge, die Instruktion für ein solches Gesamtministerium und für den Ministerpräsidenten würden

Gegenstand einer späteren Vorlage sein. Der Vorstand des Kabinetts könnte gleichzeitig Minister ohne Portefeuille sein; dies gewährte den Vorteil, daß der direkte Ratgeber der Krone den Kammern verantwortlich wäre. Die Verfassung kennt aber keinen Minister ohne Portefeuille, die Kreierung dieses Ministeriums würde die Zustimmung der Kammern zu einer Verfassungsänderung bedingen, und ich glaube deshalb, daß man vorderhand davon absehen und es bei der beschlossenen Ernennung des Herrn von Neumayr bewenden lassen sollte.

Was die einzelnen Minister betrifft, so dürfte Herr von Pechmann in seinem Amte zu belassen sein. Er ist ein anständiger, geachteter Mann, der durch die Vorlage seiner sozialen Gesetzentwürfe Gelegenheit hat, das Vertrauen des Landes zu erwerben. Ebenso ist gegen Herrn von Pfretzschner und Herrn von Schlör nichts zu erinnern.

Minister Gresser fehlt es vielleicht an der nötigen Energie, doch würde dieser Mangel durch das Zusammenwirken des Gesamtministeriums in wichtigen, die kirchlichen Angelegenheiten betreffenden, Fragen zu heben sein.

Minister Bomhard dürfte am zweckmäßigsten durch Herrn von Neumayr zu ersetzen sein.

Graf Tauffkirchen hält seinen Eintritt in das Ministerium aus Rücksicht auf die bureaukratischen Vorurteile nicht für opportun und würde eine Ernennung zum Ministerialrat im Ministerium des Aeußern vorziehen. Die Besetzung der erledigten Reichsratstellen dürfte am zweckmäßigsten durch die Berufung solcher Männer geschehen, die das Vertrauen des Landes, loyale Gesinnung und praktische Erfahrungen im Staatsleben oder in volkswirtschaftlichen Zweigen haben. Ich nenne Graf Hegnenberg-Dux, Dingler in der Pfalz, Neuffer oder Fikentscher in Regensburg.

Journal.

München, 22. Dezember 1866.

Gestern Abend um 11 Uhr kam Holnstein zu mir und sagte mir, der König sei angekommen, sei aber noch zweifelhaft, da von seiten der königlichen Familie, namentlich des Königs Ludwig, sehr gegen mich gearbeitet werde. Man halte mich für einen Verräter, der Bayern an Preußen bringen wolle u. s. w. Was die Sache noch mehr verzögere, sei die Ungewißheit wegen Neumayr, dessen Entlassung aber wohl kommen werde. Während wir noch sprachen, kam ein Jäger des Königs, der Holnstein das Entlassungsgesuch Neumayrs[1]) brachte. Damit wäre also

---

[1]) Neumayr war seit seiner Entlassung als Minister des Innern im November 1865 außer Dienst. Mit dem „Entlassungsgesuch" muß also ein Gesuch, bei den bevorstehenden Veränderungen im Ministerium nicht herangezogen zu werden, gemeint sein.

wieder ein Hindernis beseitigt. Nun schrieb Holnstein noch ein Billett an Lutz, um ihm vorzuschlagen, heute mit ihm über die Sache zu sprechen.

Die Besprechung mit Lutz hat stattgefunden. Er ging auf alle einzelnen Punkte des Programms ein und hatte über einige noch genauere Auskunft zu verlangen, namentlich über die, welche das Innere betreffen. Er wollte wissen, ob ich in dem Ausdruck „strenge Unterordnung unter das Gesetz wird u. s. w." die Absicht habe, eine größere Abhängigkeit der Verwaltung von den Gerichten zu veranlassen, die Verwaltung mehr binden wolle und dies durch Vorlegung von Gesetzentwürfen zu tun beabsichtige. Gegen den Verwaltungsgerichtshof hatte er nichts zu erinnern. In der Frage wegen der Unabhängigkeit des Richterstandes und der Rechtspflege fragte er, ob damit positive Aenderungen beabsichtigt würden, was ich ebenfalls verneinte und nur hervorhob, daß bei einem Programm, wenn es veröffentlicht würde, sämtliche Zweige der Verwaltung durchgegangen werden müßten und dieser Grundsatz also nicht übergangen werden könne.

In betreff des Friedens der Konfessionen fragte er, ob ich zu Konzessionen gegenüber der Kirche neige und zu Abänderungen oder Verbesserungen zugunsten der Kirche geneigt wäre, was ich so allgemein verneinte. Ich hielte, sagte ich, eine Verständigung mit der Kirche, namentlich über das Verhältnis des Konkordats zur Verfassung für wünschenswert. Die gesetzliche Regelung des Ministerrats halte er für bedenklich, namentlich abermalige Vorlage des Verantwortlichkeitsgesetzes an die Kammern, der Zweck werde auch ohne es erreicht.

Schließlich kamen wir dahin überein, daß ich auf eine sofortige Aenderung des Ministeriums verzichten wolle, damit die einzelnen Minister noch Gelegenheit hätten, sich gegen etwaige Angriffe vor den Kammern zu rechtfertigen. Selbst der Justizminister solle bleiben. Vor den Weihnachtstagen sei jetzt mit dem König nichts zu machen. Ich könnte also heute abreisen, möchte aber am 27. abends wieder hier sein, damit ich vom 28. an zur Disposition des Königs stehe.

Am 27. Abends kam ich wieder nach München zurück und setzte den nunmehrigen Ministerialrat von Lutz, der an der Spitze des königlichen Privatkabinetts steht, von meiner Rückkehr in Kenntnis. Er kam den andern Vormittag den 28. zu mir. Hier erklärte er mir, der König habe die Absicht, mich zum Minister des königlichen Hauses und des Aeußern an Pfordtens Stelle zu ernennen. Von der Ernennung zum Ministerpräsidenten sei auch die Rede gewesen, und er frage deshalb, ob bestimmte Zusicherungen durch den Grafen Holnstein gemacht worden seien. Ich erwiderte, daß dies allerdings der Fall gewesen sei, daß ich aber um so weniger Wert auf den Titel Ministerpräsident lege, als derselbe eine Solidarität des Ministeriums und eine Vertretung der Repräsentation

durch mich voraussetze, von der jetzt keine Rede sei und auch keine Rede sein könne. Ich würde deshalb vorziehen, mich mit der Vorstandschaft im Ministerrat zu begnügen. Wir hatten dann eine längere Besprechung über den Rang und erwogen das Für und Wider der Frage, ob ich mir den Rang vorbehalten solle oder nicht. Ich kam zuletzt zu dem Entschluß, die Rangfrage nicht als Bedingung meines Eintritts zu behandeln.

Wir kamen dann auf die noch zu besprechenden Punkte des Programms. Was die Beziehung zur Kirchengewalt betrifft, so machte er darauf aufmerksam, diesen Punkt lieber auszulassen, da es den Anschein gewinnen könne, als wolle man der ultramontanen Partei Konzessionen machen, was sofort einen Sturm erregen werde. Im übrigen ließ mich der König auffordern, die Grundzüge meiner politischen Anschauungen in einem besonderen Schreiben niederzulegen und dies an den König zu richten, darin zugleich mich darüber auszusprechen, ob ich bereit sei, wie dies Pfordten getan habe, jedes Schriftstück an Gesandte oder auswärtige Regierungen vorher dem König vorzulegen. Ich beeilte mich, zu erklären, daß ich keinen Anstand nähme, dies zu versichern, da es mir nur von Wert sein müsse, der Zustimmung des Königs in allen vorzunehmenden Schritten sicher zu sein. In der Frage wegen Besetzung von Gesandtenposten erklärte er, daß der König immer bereit sein würde, auf meine Vorschläge einzugehen, doch mache er mich darauf aufmerksam, daß die Gesandten mit dem hiesigen Adel zusammenhingen und daß jede Abberufung eines solchen mir eine große Anzahl von Feinden machen werde. (Das bin ich gewohnt.)

In der Frage wegen des Kabinetts und seiner Stellung gegenüber dem Ministerium erklärte er mir seine Ansicht, nachdem er Neumayrs Bestrebungen charakterisiert hatte. Er hält eine Einwirkung des Königs auf die Geschäfte für nötig, will nicht, daß der König bloß die Unterschreibmaschine in den Händen seiner verantwortlichen Minister sei, und will dem König diese Stellung wahren. Im übrigen versprach er, loyal und offen mit mir zu verkehren. Dönniges rät er entschieden nicht im Ministerium zu verwenden; er wäre nur in der Schweiz zu brauchen, aber an keinem Hofe, in Florenz nicht wegen des schlechten Eindruckes, den das in Rom machen würde. An anderen Höfen nicht wegen seiner Grobheit u. s. w. Ich könnte mich übrigens aus den Akten selbst überzeugen.

Auch auf die Besetzung der Reichsratstellen kamen wir zu sprechen, ich wies auf Hegnenberg hin, dessen Ernennung mir wünschenswert sei. Er hatte dagegen nur einzuwenden, daß nach seiner Ansicht ein ganz populärer Name oder eine tüchtige juristische Arbeitskraft gewählt werden müsse. Hegnenbergs Zeit sei schon vorüber. Ich erwiderte darauf, daß was in der Kammer der Abgeordneten abgenützt sei, in der Kammer der

Reichsräte noch sehr brauchbar sein könne, und deshalb werde auch Hegnenbergs Ernennung von großem Werte und gutem Eindruck im Lande sein. Er meinte, Präsident Neumayr sei besser. Der ist aber in der Zweiten Kammer nicht zu entbehren. Endlich muß ich noch erwähnen, daß ich des Streites gedachte, welcher vor einigen Jahren in den beiden Kammern über das Recht der Anträge geführt worden ist. Ich machte deshalb darauf aufmerksam, daß ich auch jetzt noch dieselbe Ansicht hätte, und Lutz war einverstanden, daß dieser Punkt in dem an den König einzureichenden Schreiben zu erwähnen sei. Wegen Wagner, meinte er, möchte ich nichts erwähnen, er werde jedenfalls nicht vor dem Frühjahr zurückkommen.

Nach der Besprechung ging ich zu Taufkirchen, der darin eine Schlinge fand, daß Lutz mir gesagt habe, ich möchte das Programm kürzer zusammenfassen. Man rede in der Stadt, daß ich meinen Ansichten untreu würde, und deshalb sei es ratsam, mich strikte an das zu halten, was ich schon einmal schriftlich von mir gegeben habe, sonst werde man wieder sagen, daß ich noch ein Programm eingereicht habe.

Ich tat dies auch und schrieb dann das Schreiben vom 29. Dezember [1]) an den König und einen Nachtrag, in welchem ich mich zur Vorlage der „Erlasse" an den König bereit erklärte. Beide Schreiben gingen am Morgen des 29. an den Kabinettssekretär ab.

Am Nachmittag besuchte ich den Minister des Innern,[2]) dem ich die Lage der Dinge auseinandersetzte. Er war anfangs etwas befangen, und ich konnte ihm seine Mißstimmung gegen mich ansehen. Ich teilte ihm die Punkte meines Programms mündlich mit. Er sprach mir von seinen Maßregeln bezüglich der Presse. Dann bemerkte er, ich würde ohne Zweifel auch Vorsitzender des Ministerrats werden, und da werde nun die Schwierigkeit entstehen, daß der Vorsitzende bisher immer das Gesamtministerium bei Angriffen in den Kammern verteidigt habe, das werde nun in betreff der vorliegenden Gesetzentwürfe nicht der Fall sein können. Ich schwieg darauf, da ich ihm nicht mitteilen wollte, daß ich den König um Ernennung zum Vorsitzenden des Ministerrats gebeten habe.

Bei Minister Gresser[3]) fand ich dieselbe etwas erschreckte und befangene Aufnahme. Er hörte auch meine Mitteilungen aufmerksam an und teilte mir dann seine Grundsätze mit, nach welchen er das Kultusministerium leite. Möglichste Unabhängigkeit der Kirche, soweit kirchliche Dinge berührt sind, Hebung des Unterrichts, Entziehung der Schulaufsicht aus den ausschließlichen Händen des Klerus u. s. w.

---

[1]) Das Konzept dieses Schreibens ist nicht erhalten.

[2]) Freiherr von Pechmann.

[3]) Kultusminister.

Um 7 Uhr ging ich zu Pfretzschner,[1]) den ich in seinem Ministerium fand. Ich teilte ihm den Zweck meines Besuches mit. Er sagte, er wisse schon durch Schlör von meinem Programm. Er gestand, daß ihm besonders daran gelegen sei zu wissen, daß mein Programm die Selbständigkeit Bayerns betone. Er ist gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund, über die Frage des Süddeutschen Bundes verhielt er sich reserviert. Allianz mit Preußen, Unterordnung unter Preußens Führung im Fall des Krieges unter Garantien gab er zu. Doch wollte er die Freiheit Bayerns gewahrt wissen, auch anderweitige Bündnisse abzuschließen. Dann kam er auf meine Rede, gestand zu, daß sie zu verschiedenen Auslegungen Veranlassung gebe, daß sie aber gewisse Befürchtungen erweckt habe. Die bayrische Partei könne eben nicht glauben, daß es die Fortschrittspartei mit ihrer Versicherung, die Unabhängigkeit Bayerns nicht antasten zu wollen, ernst meine.

Dann kam er auf die Frage der Solidarität der Minister, daß sie sich stets an Pfordten angeschlossen hätten, ein Herz und eine Seele gewesen wären. Wenn nun der Ministerwechsel eine Aenderung der Politik bedeute, so müsse er sich fragen, ob er dann bleiben könne. Ich verwies ihn auf die Worte meines Programms, sagte, daß Schlör und Lutz sich damit einverstanden erklärt hätten. Er deutete an, daß dann ein neues Programm verfaßt werden könnte, was ich aber, nachdem ich nun meine Grundsätze dem König vorgelegt habe, als unzweckmäßig ablehnte, um so mehr, als man mir ohnedies vorwerfe, mein Programm jeden Tag zu ändern.

Heute, Sonntag den 30., war Morgens Dr. Lang bei mir, der mir interessante Mitteilungen über die Einrichtung von Preßbureaus machte und dem ich mit wenigen Worten mein Programm mitteilte. Er wird das für seine autographische Korrespondenz verwerten. Dann kam Marquardsen aus Erlangen, dem ich ebenfalls meine Grundsätze mitteilte, und von dem ich hörte, daß er damit ganz einverstanden ist, und mir auch die Zustimmung seiner Freunde in Aussicht stellte. Dann kam Schanzenbach, der in seiner etwas poetischen Weise politisierte und namentlich Taufkirchen als den geeignetsten Minister des Innern bezeichnete. Abends kam Taufkirchen zu mir, um mir verschiedene Flöhe ins Ohr zu setzen. Zunächst behauptete er, es seien wieder Schwankungen im Kabinett eingetreten, es scheine, daß man wieder von mir abgehen wolle, und man scheine zu erwarten, daß ich selbst dem König die Mittel an die Hand gebe, mit der Feststellung des Ministeriums bis nach dem Landtag zu warten. Dann kam er auf die Gefahren, die mir drohten, wenn ich in dieses Ministerium einträte, ich würde mich abnützen, endlich kam er darauf, ich möchte lieber Völderndorff ins Ministerium

---

[1]) Finanzminister.

nehmen (als Ministerialrat), da man seine Ernennung zum Ministerialrat als ein Armutszeugnis für mich auffasse, da seine Tätigkeit bei meinem Programm bekannt geworden sei. Ich glaubte zwar die Gefahr, die mir aus dem Eintritt in das bestehende Ministerium erwachsen würde, nicht, da die Ansichten über das Ministerium im Lande sehr geteilt sind und die Agitation gegen dasselbe vor allem durch Taufkirchen ins Werk gesetzt ist, eine Agitation, die ich nun schon den ganzen Sommer im Gang sehe und die schließlich zum Sturz des Ministers von der Pfordten geführt hat. Indessen hielt ich die Sache doch zu wichtig, um nicht mit Lutz zu reden, und ging noch um 10 Uhr Abends zu ihm. Er sagte, von einem Schwanken in der Meinung des Königs bezüglich meiner sei keine Rede. Die Verzögerung in der Ausfertigung habe lediglich formelle Gründe; er habe noch mit den Ministern gesprochen und deren Beistimmung zu dem Programm erholt, nur Pfretzschner habe eine gemeinschaftliche Beratung haben wollen, dem sei er aber übers Maul gefahren, und nun sei alles in Ordnung. Morgen würde ich die Aufforderung erhalten, zum König zu kommen, träte ich jetzt zurück, so würde ich den König in die größte Verlegenheit setzen und mich dem Vorwurf oder dem Verdacht aussetzen, daß ich im letzten Augenblick vor dem Landtag zurückgeschreckt sei. Ich beeilte mich, ihm zu erwidern, daß ich nicht daran dächte, zurückzutreten, daß ich lediglich geglaubt hätte, entgegenkommen zu müssen, im Fall der König etwa verzöge, noch mit der definitiven Bildung des Ministeriums zu warten. Nun kamen wir überein, die ganze Sache beruhen zu lassen und er versprach mir, auch mit dem König nicht mehr darüber zu reden.

Am darauffolgenden Tage, dem 31. Dezember, kam Ministerialrat Lutz um 12 ½ Uhr zu mir und sagte mir, der König wolle mich um 1 Uhr sehen. Ich hatte nur gerade Zeit, mich in Frack und weiße Krawatte zu „werfen“, und da kein Wagen da war, mit einer Droschke in die Residenz zu fahren.

Der Adjutant führte mich in die Zimmer des Königs, die eigentlichen Wohnzimmer. Hier fand ich den König im schwarzen Frack mit Stern. Er empfing mich sehr freundlich, dann setzte er sich auf das Kanapee und lud mich ein, mich auf einen Fauteuil zu setzen. Ich dankte ihm für das Vertrauen, das er in mich gesetzt habe. Er sagte dann, ich hätte nicht Ministerpräsident werden wollen. Ich erwiderte, daß ich dies deshalb abgelehnt hätte, weil diese Stelle hier nicht existiert habe, doch würde ich ihm für die Verleihung des Vorsitzes im Ministerrat sehr dankbar sein. Er sprach dann über die Minister, meinte, es wäre doch besser, wenn ich Ministerpräsident geworden wäre, „dann könnte ich die andern Minister besser in Ordnung halten“, klagte über die Minister, sprach ungünstig über Pfretzschner, der schwankend sei, sehr günstig über Schlör, ziemlich gut

über Pechmann und indifferent über Bomhard. Dann erinnerte er sich beifällig eines Gesprächs, das wir am 7. April gehabt hatten, und wo ich ihm geraten hatte, sich mehr an Preußen zu halten. Darauf kamen wir auf den Krieg zu sprechen, auf den Prinzen Alexander von Hessen, auf verschiedene andre Gegenstände. Er fragte mich nach meiner Korrespondenz mit der Königin Viktoria, nach dem Prinzen von Wales, nach Prinz Albert u. s. w. Auch von der Presse wurde gesprochen. Ich sagte, wenn doch schon in den Wirtshäusern räsoniert werde, so sei es gleichgültig, ob das gesprochene Wort auch noch in den kleinen Blättern veröffentlicht werde. Dies führte auf die Frage des Biertrinkens, auf das Münchner Klima, auf das Münchner Volksleben und vieles andre. Hegnenberg empfahl ich ihm in den Reichsrat, sprach auch über die Erweiterung der Kammer der Reichsräte und sagte dann, daß ich noch nicht in der Ministeruniform kommen würde. Er meinte, das sei ganz unnötig. Ich erwiderte, daß ich mich als Beamter betrachten würde, wenn ich einmal den Dienst übernommen hätte, und daß ich auch auf meinen Rang verzichte. Dies wollte er nicht zugeben und versicherte, er werde deshalb die nötigen Befehle an das Oberstkämmereramt ergehen lassen. Ich nahm dies dankend an. Dann sagte er, er hoffe mich später noch länger zu sprechen, und entließ mich.

Ich habe seitdem gehört, daß er sehr entzückt war über unsre interessante Konversation. Noch muß ich nachtragen, daß auch darauf die Rede kam, daß sein Großvater und seine Onkels gegen mich seien, daß er sich aber nicht habe irre machen lassen. Ich sprach ihm meine Bewunderung über seine Charakterfestigkeit aus. Auch erklärte ich ihm, warum sein Vater so mißtrauisch gegen mich gewesen sei.

Die Ernennung des Fürsten zum Minister des königlichen Hauses und des Aeußern und zum Vorsitzenden des Ministerrats erfolgte am 31. Dezember 1866.

Viertes Buch

Das bayrische Ministerium

1867 bis 1870

Aufzeichnung vom 4. Januar 1867.

Resultate der Diskussion im heutigen Ministerrate.

Nachdem ich die Gründe entwickelt hatte, welche mich zu dem Antrage veranlaßten, den Gesetzentwurf [1]) jetzt noch nicht zu beraten, sondern ihn erst den Regierungen von Württemberg, Hessen und Baden mit dem Ersuchen mitzuteilen, sich darüber auszusprechen, ob sie geneigt wären, gemeinschaftliche Konferenzen der Minister des Aeußern und des Kriegs zu veranstalten, welche über die Frage, ob eine gemeinschaftliche, gleichartige Heeresreorganisation in den genannten Staaten eingeführt werden solle, zu beraten hätten, wurde mir vom Kriegsminister entgegengehalten, daß er wünschen müsse, sobald als möglich mit der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs zu Ende zu kommen. Dies könne aber während des gegenwärtigen Landtags nicht geschehen, wenn nicht sofort zur Beratung im Ministerrat, im Staatsrat und in den Kammern geschritten würde. Er müsse 1868 fertig sein und, wenn er nicht im Frühjahr anfange, werde er bis dahin nicht fertig. Schlör sagte, es werde wohl nichts dabei herauskommen, die Württemberger hätten eine andre Idee. Indessen gebe er zu, daß man den Versuch wagen könne. Die Herren vereinigten sich schließlich zu der Ansicht, daß man die Beratung des Gesetzentwurfs im Ministerrat anfangen solle. Ich könnte unterdessen die nötigen Anfragen an die betreffenden Regierungen stellen lassen.

Die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen wurden durch eine Depesche an die bayrischen Gesandtschaften vom 9. Januar eingeleitet und führten zu einer Uebereinkunft mit Württemberg vom 18. Februar, nach welcher der Freiherr von Varnbüler die vier Südstaaten zum 3. Februar zu Konferenzen in Stuttgart einladen sollte. Eine „Punktation“ stellte die Gegenstände fest, bezüglich deren gemeinsames Vorgehen zu erstreben sei, und durch ein „geheimes Uebereinkommen“ einigten sich Bayern und Württemberg dahin, sich bei den Konferenzen durch etwaigen Widerspruch Badens und Hessens nicht aufhalten zu lassen, sondern die Einrichtungen, über welche Einstimmigkeit nicht zu erzielen

[1]) Ueber die Heeresreorganisation.

sei, unter sich einzuführen. Bezüglich der süddeutschen Festungen bestimmte das geheime Uebereinkommen, daß Baden veranlaßt werden solle, Rastatt zu erhalten, während Bayern und Württemberg Ulm und Neu-Ulm als einen gemeinschaftlichen Waffenplatz erhalten und verwalten wollten.

Gemäß der Uebereinkunft wurden die Einladungen nach Stuttgart von der württembergischen Regierung vollzogen.

Inzwischen gaben die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten über die an den König zu richtende Adresse dem Fürsten die erste Gelegenheit, sich über die Ziele seiner deutschen Politik öffentlich auszusprechen.

Rede in der Kammer der Abgeordneten am 19. Januar 1867.

Meine Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag gibt mir die erwünschte Gelegenheit, die Stellung zu bezeichnen, welche die Staatsregierung der deutschen Frage gegenüber einzunehmen beabsichtigt.

Ich werde versuchen, dieses mit möglichster Bestimmtheit zu tun.

Nach der Auflösung des Deutschen Bundes und mit dem Austritt Oesterreichs aus Deutschland ist die Stellung der deutschen Mittelstaaten vollkommen verändert und unleugbar gefährdet.

Ich unterlasse es, einen Rückblick auf die bayrische Politik der letzten Jahre zu werfen und zu untersuchen, ob Bayern Mittel und Gelegenheit geboten waren, dieser gefahrvollen Wendung der Dinge vorzubeugen.

Die praktische Politik ist angewiesen auf die Tatsachen der Gegenwart; die Vergangenheit kann sie der Beurteilung der Geschichte überlassen.

Meine Herren! Ich habe zu verschiedenen Zeiten die Gelegenheit gehabt, mich über das Verhältnis Bayerns zu Deutschland auszusprechen, und habe dies stets mit größter Offenheit getan. Ich bezeichne auch heute noch als den Zielpunkt der bayrischen Politik: die Erhaltung Deutschlands, die Einigung der Gesamtzahl der deutschen Stämme und, soweit dies nicht möglich ist, der größeren Zahl derselben zu einem Bunde, geschützt nach außen durch eine kräftige Zentralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Verfassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayerns.

Wenn ich nun, meine Herren, diesen Bund als den Zielpunkt der bayrischen Politik anerkenne, so darf ich mich doch der Wahrnehmung nicht verschließen, daß ein solches Ziel jetzt und unmittelbar nicht zu erreichen ist.

Preußen war beim Abschlusse des Prager Friedens veranlaßt, sich auf die Bildung eines engeren Bundesverhältnisses nördlich von der Linie des Mains zu beschränken, und hat diese Beschränkung durch Unterzeichnung des Friedensvertrages als für sich bindend anerkannt. Sie

können diese Tatsache beklagen, Sie werden aber die Folgen nicht bestreiten können, welche sich daran knüpfen.

Es folgt daraus, daß Preußen jeden Versuch der süddeutschen Staaten, der auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund gerichtet wäre, zurückweisen muß.

Es folgt daraus ferner, daß die Staatsregierung nicht versuchen kann, über die Vereinigung Bayerns mit dem Norddeutschen Bund in Unterhandlungen zu treten.

Ich muß überdies ebenso offen aussprechen, daß die Entwicklung der norddeutschen Bundesverhältnisse, wie sie sich jetzt gestaltet, eine so entschiedene Hinneigung zum Einheitsstaate bekundet, daß ich es mit der Würde des Landes und den Pflichten der Staatsregierung nicht vereinbar halte, den bedingungslosen Eintritt in diesen Norddeutschen Bund anzustreben. Ich wenigstens würde einem solchen bedingungslosen Eintritt meine Stimme nicht geben und die Verantwortung desselben nicht übernehmen.

Auch glaube ich nicht, daß man sich bei der Bildung des Norddeutschen Bundes durch die Rücksicht auf den Süden von Deutschland aufhalten lassen wird. Ebensowenig wird man im gegenwärtigen Augenblick zugunsten des Eintrittes der süddeutschen Staaten Modifikationen in der Gestaltung des Norddeutschen Bundes vornehmen.

Wir dürfen uns nicht täuschen, die Entwicklung Deutschlands auf dem Wege der Einigung schreitet nur langsam vorwärts.

Wenn ich nun die Schwierigkeiten anerkenne, die der organischen Wiedervereinigung der deutschen Stämme in den Weg treten, so bin ich doch anderseits fest entschlossen, mich jedem Schritt entgegenzustellen, der die Erreichung des von mir bezeichneten Zieles verhindern könnte.

Meine Herren! Die Staatsregierung wird keinen südwestdeutschen Bund unter dem Protektorate einer nichtdeutschen Macht schließen. Ein solches Bündnis ist in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einfach eine Unmöglichkeit. Ebenso ist Bayern nicht in der Lage, ein Verfassungsbündnis süddeutscher Staaten unter der Führung Oesterreichs abzuschließen. Wenn ich den Gang der Entwicklung der inneren Zustände Oesterreichs richtig beurteile, so scheint mir das deutsche Element mehr in den Hintergrund zu treten und die Regierung ihre Stütze in den außerdeutschen Elementen der Monarchie zu suchen.

Ein Verfassungsbündnis mit einem so gestalteten Oesterreich erscheint weder wünschenswert noch ausführbar.

Wohl aber werde ich es mit Freuden begrüßen, wenn die österreichische Monarchie aus den inneren Kämpfen, in welchen sie begriffen ist, gekräftigt und gestärkt hervorgeht, damit sie ihre zivilisatorische Mission als östliche

Grenzmacht erfüllen könne. Ich werde mich bemühen, darauf hinzuwirken, daß die freundschaftlichsten Beziehungen Bayerns zu Oesterreich erhalten und gefördert werden.

Meine Herren! Die Staatsregierung wird auch nicht die Hand bieten zur Bildung eines in sich abgeschlossenen südwestdeutschen Bundesstaates, weil unzweifelhaft eine Uebereinstimmung der Regierungen und Bevölkerungen in dieser Beziehung nicht zu erreichen ist und weil ein solcher Bundesstaat die Kluft zwischen dem Süden und Norden von Deutschland noch erweitern würde.

Wenn ich aber erklärt habe, daß die Staatsregierung keinen Schritt zu tun gedenkt, der uns vom Ziele der deutschen Gesamtpolitik entfernt, so darf ich mich auf diesen negativen Standpunkt nicht beschränken. Es würde dies die Proklamierung der Isolierungspolitik sein. Bayern als Staat zweiten Ranges kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. Es bedarf einer solchen Stütze namentlich im gegenwärtigen Augenblick, in welchem die Verfassung des Deutschen Bundes zerrissen ist und die Möglichkeit europäischer Konflikte nicht bestritten werden kann. Der Großstaat aber, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse es im Falle eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären hat, ist Preußen.

Diese Bundesgenossenschaft, die in der Aufgabe der bayrischen Regierung liegt, bringt es mit sich, daß Bayern gegen bestimmte Garantie der Souveränität des Königs sich im Falle eines Krieges gegen das Ausland der Führung Preußens unterstelle; sie bringt es mit sich, daß das bayrische Heer in einer Art und Weise organisiert wird, die eine gemeinschaftliche Kriegführung ermöglicht. Diese Bundesgenossenschaft wird an Wert gewinnen, wenn es gelingt, nicht nur die Wehrkraft Bayerns zu erhöhen, sondern auch die übrigen südwestdeutschen Staaten zur Einrichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganisation zu bestimmen. Die Staatsregierung ist bestrebt, diese Uebereinstimmung herbeizuführen und damit die Annäherung des Südens von Deutschland an den Norden zu fördern, zugleich aber auch die eigne Unabhängigkeit, soweit dies an uns liegt, vor Annexionsgelüsten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu wahren.

Erlauben Sie mir nun, meine Herren, zum Schlusse noch einmal die Aufgabe der bayrischen Politik in wenigen Worten zusammenzufassen! Es ist die Anbahnung eines Verfassungsbündnisses mit den übrigen Staaten Deutschlands, sobald und soweit dies unter Wahrung der bayrischen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich ist; bis zur Erreichung dieses Zieles die Schaffung einer achtunggebietenden Macht, nicht durch die Organisation des Heeres allein, sondern auch durch

den Ausbau unsrer inneren Staatseinrichtungen auf freisinniger Grundlage, durch Hebung des Selbstbewußtseins und des Vertrauens in unsre eigne staatliche Existenz.

Wenn uns dies gelingt, so wird man unser Bündnis suchen, und wir werden nicht nötig haben, uns ängstlich nach einem schirmenden Dach umzusehen; dann wird es auch gelingen, für die wichtige Frage über die Reorganisation des Zollvereins eine würdige und den Interessen des Landes entsprechende Lösung zu erzielen.

Aus einem Schreiben des Freiherrn von Roggenbach an den Fürsten.

Neuwied, 24. Januar 1867.

... Wer wie ich sechs Jahre lang mit der politischen und moralischen Verwirrung zu tun hatte, die die Herren von Beust und von der Pfordten durch ihre Staatsschriften, ihre Agenten und Preßorgane in den armen Köpfen unsrer süddeutschen Landsleute angerichtet haben, und wer sich über die Gefahren nicht täuscht, welche durch die babylonische Sprachverwirrung für den Bestand und die Zukunft unsers Volkstums und der deutschen Staatsentwicklung schließlich bereitet wurden, der muß mit innigster und aufrichtigster Freude Ihre Aeußerung begrüßen. Sie sagt mir, daß ein so bedeutender Staat wie Bayern und ein so wichtiges Element des europäischen Völkersystems wie das süddeutsche endlich wieder unter den Einfluß einer verständigen und ehrlichen, einfachen und besonnenen Leitung zurückgekehrt ist und daß die finstern Mächte entfernt sind, welche seit Jahren an der Herbeiführung eines Brandes geschürt haben, von dem sie hofften, er werde Preußen und eine gesunde Kulturentwicklung in Deutschland verzehren, der aber nun schließlich sie selbst und ihre bösen Ränke verschlungen hat ...

Journal.

München, 25. Januar 1867.

Reuß [1]) las mir eine Depesche von Bismarck vor, in welcher die Befriedigung der preußischen Regierung über meine Erklärung in der Kammer ausgesprochen wird. Daran knüpft Bismarck Aeußerungen über die Heeresorganisation und Finanzen, die mir Reuß noch vorlegen wird, um sie technisch beantworten zu lassen.

In betreff der deutschen Frage sagte die Depesche, daß man sich in Süddeutschland täusche, wenn man glaube, Preußen wolle die Verbindung mit dem Süden auf denselben Grundlagen wie im Norden. Hier seien

---

[1]) Prinz Reuß, damals preußischer Gesandter in München.

sie durch die Rücksicht auf ihre eigne Sicherheit zu einem strafferen Zusammenschließen genötigt gewesen. Was den Süden betreffe, so sei Preußen zufrieden, wenn es die Garantie habe, daß der Süden sich nicht an fremde Mächte anlehnen werde, und daß die gemeinsame Wahrung und Pflege der materiellen Interessen gesichert sei. Preußen werde in der Verschmelzung des Südens mit dem Norden so weit gehen, als dies Bayern wünsche. Wenn man die Autonomie im Süden nicht in derselben Weise beschränken wolle wie im Norden, so sei es auch bereit, in Unterhandlungen auf einer weiteren Grundlage einzugehen.

Auf die Frage, wie ich mir die Verfassung und namentlich die Beschränkung der Autonomie dächte, behielt ich mir die weitere Aeußerung vor. Er erklärte sich bereit, bei seiner Regierung anzufragen, ob ich seine Depesche dem König vorlesen dürfe, was ich für notwendig erachtete.

Am 3. Februar wurden die Stuttgarter Konferenzen unter dem Vorsitze des Freiherrn von Varnbüler eröffnet. Außer den vier Ministern der auswärtigen Angelegenheiten nahmen die Kriegsminister und mehrere Kommissare an den Verhandlungen teil.

In der einleitenden Besprechung äußerte der badische Minister von Freydorf, er möchte wünschen, daß dem bei den vorgeschlagenen gemeinsamen Maßregeln doch wohl vor allem maßgebend gewesenen Bestreben der Einigung Deutschlands, welches nach der Auffassung der badischen Regierung dringend einen unumwundenen Anschluß an die preußische Wehrverfassung erheische, in bestimmter Weise Ausdruck gegeben werde und schlage deshalb eine Kundgebung folgenden Wortlauts vor:

„Die versammelten Vertreter der vier süddeutschen Regierungen erkennen es als ein nationales Bedürfnis, die Wehrkräfte ihrer Länder nach den Prinzipien der preußischen Wehrverfassung einzurichten, so daß sie als Bestandteile eines deutschen Heeres im Kriegsfalle anwendbar werden."

Fürst Hohenlohe führte dagegen aus, daß der badische Antrag leicht mißverständliche Auffassung finden könne, hauptsächlich weil die vorgeschlagene Fassung der dermaligen Gestaltung der politischen Verhältnisse Deutschlands doch nicht vollständig entsprechen dürfte. Die weiteren Debatten bezogen sich wesentlich auf die Frage, bis zu welchem Grade der Anschluß an das preußische Wehrsystem durchgeführt werden solle. Durch kommissarische Beratungen der Kriegsminister wurde schließlich ein Schlußprotokoll vereinbart, das die Zustimmung aller Mitglieder der Konferenz fand. Der badische Minister gab dabei unter Bezugnahme auf die schon im Laufe der mündlichen Verhandlungen mehrfach von ihm kundgegebenen Aeußerungen über die Stellung, welche seine Regierung in der Frage über die Regelung der deutschen Verfassungsverhältnisse, insbesondere dem

zu gründenden Norddeutschen Bunde gegenüber, einnehmen zu müssen glaube, nachstehende Erklärung zu Protokoll:

„Die Großherzoglich badische Regierung ist der Ansicht, daß die hier getroffenen Verabredungen etwaigen militärischen Vereinbarungen des Großherzogtums mit dem Königreich Preußen, beziehungsweise den norddeutschen Staaten, nicht im Wege stehen und behält sich nach Umständen solche Vereinbarungen vor."

Der hessische Minister von Dalwigk erklärte darauf, „daß auch er in Anbetracht der eigentümlichen Stellung, welche die hessische Regierung dem zu gründenden Norddeutschen Bunde gegenüber einzunehmen haben werde, sich veranlaßt finden müsse, die Zustimmung seiner Regierung zu den Beschlüssen mit einem Vorbehalte zu begleiten, wie solcher eben von der Großherzoglich badischen Regierung vorgetragen worden".

Das am 5. Februar unterzeichnete Schlußprotokoll [1]) beginnt mit der Erklärung, daß die Versammelten es als ein nationales Bedürfnis erkennen, die Wehrkräfte ihrer Länder zu erhöhen und so zu organisieren, daß sie zu achtunggebietender gemeinsamer Aktion befähigt werden. Sie einigen sich deshalb zu einer möglichsten Erhöhung ihrer Militärkräfte unter einer den Prinzipien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung. Als solche Prinzipien werden aufgestellt: die allgemeine Wehrpflicht, die dreijährige Präsenz, die Einteilung der Wehrpflicht in die Dienstpflicht im stehenden Heere, die Reservepflicht und die Landwehrpflicht. Erstrebt wird eine Gleichartigkeit der Organisation, welche die Heere zu gemeinsamer Aktion befähigt, gleiche taktische Einheiten, möglichste Uebereinstimmung der Reglements, der Feuerwaffen und Munition, gemeinschaftliche Uebungen und gleichmäßige Ausbildung der Offiziere. „Bezüglich der Festungen Ulm und Rastatt" heißt es am Schlusse des Protokolls, „wird ein Entschluß bis nach Beendigung der möglichst zu beschleunigenden Liquidationsverhandlungen aufgeschoben." [2])

---

[1]) Abgedruckt bei Aegidi und Klauhold, Das Staatsarchiv, Bd. XII Nr. 2733.

[2]) Artikel 7 des Prager Friedens bestimmte, daß in Frankfurt a. M. eine Kommission zusammentreten sollte, bei welcher sämtliche Forderungen an den ehemaligen Deutschen Bund anzumelden und zu liquidieren seien. Oesterreich und Preußen wollten sich in dieser Kommission vertreten lassen. Allen andern Staaten des ehemaligen Bundes stand die gleiche Befugnis zu. Artikel 8 gab Oesterreich das Recht, aus den ehemaligen Bundesfestungen das kaiserliche Eigentum und von dem beweglichen Bundeseigentum den matrikularmäßigen Anteil Oesterreichs fortzuführen oder sonst darüber zu verfügen. Die „Liquidationskommission" trat im Herbst 1866 zusammen und führte ihre Arbeit bis zum Sommer 1867 so weit durch, daß Oesterreich und Holland, letzteres für Luxemburg und Limburg, für ihre Ansprüche in Geld abgefunden wurden. Auch die Ansprüche der übrigen Staaten wurden rechnerisch festgestellt. Es wurde aber beschlossen, eine tatsächliche Teilung nicht auszuführen, vielmehr die endgültige Erledigung der Frage zu vertagen.

Unmittelbar nach den Stuttgarter Konferenzen am 6. Februar 1867 hatte der Fürst in Mühlacker eine Besprechung mit dem Großherzog Friedrich von Baden. An denselben schrieb er:

München, 19. Februar 1867.

Eure Königliche Hoheit

haben mir erlaubt, mich schriftlich direkt an Höchstdieselben zu wenden, wenn es mir nötig schiene, über die in Mühlacker besprochenen politischen Fragen weitere Mitteilungen zu machen. Der gegenwärtige Augenblick der bevorstehenden Eröffnung des norddeutschen Reichstags läßt es für die süddeutschen Regierungen dringend geboten erscheinen, sich über die Haltung zu verständigen, die sie den Beschlüssen des norddeutschen Parlaments gegenüber einzunehmen haben. Es ist vorauszusehen, daß nach dem Schlusse der Verhandlungen, wenn diese zu einem befriedigenden Resultate führen, an uns die Frage gestellt werden wird, in welcher Weise wir unser Verhältnis zum Norddeutschen Bunde regeln wollen.

Hierbei dürfte es sich um folgende Punkte handeln:

1. Erhaltung der eignen Souveränität,
2. Kräftigung Deutschlands zur Beseitigung äußerer Gefahren,
3. Befriedigung des nationalen Strebens im Volke,
4. Offenhalten des Beitritts Deutsch-Oesterreichs.

Ich glaube, daß das gemeinschaftliche Vorgehen der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und (soweit es sein kann) Hessen auf folgender Basis ratsam wäre:

1. Wir bieten Preußen und dem Norddeutschen Bunde an, in einen unauflöslichen Bund einzutreten.

2. Preußen führt das Präsidium und den Oberbefehl im Krieg.

3. Die vier Staaten treten, und zwar

Bayern mit 6,
Württemberg mit 4,
Baden mit 3,
Hessen mit 2 Stimmen

in den also erweiterten Bundesrat ein, der die Geschäfte des Bundes leitet und die Streitigkeiten unter den Bundesgliedern entscheidet.

4. Durch Vertrag wird festgesetzt:

das allgemeine deutsche Indigenat und Heimatsrecht,
der Deutsche Zollverein,
gleiches Maß, Gewicht und Münze,
das Bankwesen,
gleiche Rechtshilfe (Prozeßordnung),
gleiche Grundsätze in Beziehung auf Post, Eisenbahn, Telegraphenwesen und Schiffahrt.

5. Die unter 4. vorgesehenen gemeinsamen Angelegenheiten werden auf Initiative des Bundesrats geregelt, und soweit Gesetze zu erlassen sind, wird auf dem bezüglich der Wechsel- und Handelsgesetzgebung eingeschlagenen Wege verfahren. Die Gesetzgebung bleibt im Norden dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, im Süden den Kammern der vier Staaten. Bezüglich der Militärverfassung erkennt Preußen die Stuttgarter Konferenzbeschlüsse an.

6. Zur Marine des Bundes und zur Vertretung der Handelsinteressen durch Konsulate trägt der Süden eine durch Vertrag festzusetzende Quote bei.

7. Der Anteil an den Kosten und an der Besatzung der Bundesfestungen und Bundeshäfen wird im Prinzip gleichfalls durch Vertrag geregelt und durch den Bundesrat festgesetzt.

8. Bedingung des Abschlusses ist gleichzeitiger Abschluß einer Allianz des gesamten Deutschlands mit Oesterreich, in welcher die Integrität des deutschen Gebiets gegenseitig garantiert, dagegen von Oesterreich unter Modifizierung des Prager Friedens der Deutsche Bund anerkannt wird.

Ich lege auf letzteren Punkt deshalb großes Gewicht, weil bei den hier sich mehr und mehr fühlbar machenden Einflüssen Oesterreichs nur dadurch die Stimmung und Zustimmung zum Abschluß eines Bundesvertrags mit Preußen zu gewinnen sein wird, wenn gleichzeitig Oesterreich in der Allianz eine Entschädigung dafür geboten werden kann, daß es seinen Einfluß auf Süddeutschland durch das Zustandekommen eines Bundes der süddeutschen Staaten mit dem Norden vermindert sieht. Indem ich Eurer Königlichen Hoheit diese Skizze vorzulegen mir erlaube, bitte ich um Höchstderen Aeußerung über dieselbe und darüber, ob Eure Königliche Hoheit eine detailliertere Darlegung befehlen. Ich würde für eine baldgnädige Antwort aus dem Grunde besonders dankbar sein, weil ich von Stuttgart in den nächsten Tagen Eröffnungen entgegensehe, die ich nicht eher beantworten will, ehe ich die Ansicht Eurer Königlichen Hoheit kenne.

Schließlich erlaube ich mir zu bemerken, daß die Ratifikationsurkunde über die Stuttgarter Konferenz Seiner Majestät dem Könige vorliegt und in diesen Tagen abgehen wird. Ich wage die Bitte, die Auswechslung der Ratifikationen gnädigst sobald als möglich anbefehlen zu wollen, wenn unsre Urkunde in Karlsruhe ankommt, da mir die Veröffentlichung der Resultate der Konferenz in allseitigem Interesse geboten erscheint.

Ueber die Beurteilung, welche die ersten öffentlichen Erklärungen des Fürsten in Berlin gefunden hatten, schrieb ihm der bisherige preußische Gesandte in München, Prinz Reuß:

Berlin, 20. Februar 1867.

Seit gestern früh bin ich hier und habe den Grafen Bismarck sogleich gesehen und ihm viel von München und von Ihnen erzählen müssen. Ich

brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß er die besten Wünsche für das Reussieren Ihres Ministeriums hegt und alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um Sie zu unterstützen. Ich besprach mit ihm Ihren Wunsch mit Beziehung auf ein eventuelles Eingeständnis der Existenz des geheimen Vertrags.[1]) Graf Bismarck sah ein, daß es Ihnen und auch der württembergischen Regierung angenehm und für Ihre Stellung dem Lande gegenüber vorteilhaft sein würde, wenn Sie den geheimen Vertrag avouieren könnten. Er hat nichts dagegen, daß dies seinerzeit geschieht, und möchte nur abwarten, bis der Spektakel in der französischen Kammer sich etwas gelegt haben wird. Also vielleicht bis nach den Interpellationen über die auswärtige Politik des Kaisers.[2]) Dann ist er der Ansicht, auf die Sache durch scheinbare Indiskretionen in den Zeitungen vorzubereiten; er würde aber gern Ihre Ansichten hören, falls Sie die Oeffentlichkeit auf eine andre Weise haben möchten.[3]) Er trug mir auf, Ihnen zu schreiben und Ihnen zugleich zu sagen, daß, wenn Sie das Bedürfnis fühlen sollten, in dieser oder einer andern Angelegenheit sich direkt an ihn zu wenden, er sehr gern bereit sein würde, den Weg der direkten Privatkorrespondenz zu betreten. Er hat vollständiges Vertrauen in Werthern,[4]) glaubt aber, daß, bevor derselbe zu dem Grad von Vertraulichkeit Ihnen gegenüber gelangt sein sollte, es Ihnen vielleicht lieber sein dürfte, sich gegen ihn (Bismarck) auszusprechen. Montgelas[5]) wird von ihm als ein guter Geschäftsmann und ehrlicher Mensch bezeichnet, er meint aber, daß es darüber hinaus aufhöre und intimere Geschäfte nicht leicht mit ihm anzuknüpfen seien.

In demselben Sinne schrieb dem Fürsten der Herzog von Ratibor:

Berlin, 3. März 1867.

Heute Abend war ich bei Puttbus auf einem Ball und hatte dort Gelegenheit, mit Bismarck zu sprechen. Er kam von selbst auf Dich zu sprechen, indem er am Büfett ein Glas Champagner auf Dein Wohl und das Gedeihen Deiner dortigen Bestrebungen trank. Ich erzählte ihm, daß Du mir geschrieben, und er ist ganz darin einverstanden, daß man dort vorsichtig zu Werke gehen müsse. Man verlange hier von Bayern gar

---

[1]) Das gleichzeitig mit dem Friedensvertrage geschlossene Schutz- und Trutzbündnis.

[2]) Die Debatte der französischen Kammer über die auswärtige Politik fand vom 14. bis 18. März statt.

[3]) Die Veröffentlichung des Schutz- und Trutzbündnisses erfolgte am 19. März 1867, unmittelbar nach der ersten Verhandlung des Norddeutschen Reichstags, welche Luxemburg berührte. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs, Bd. 6 S. 58.

[4]) Der preußische Gesandte in München.

[5]) Bayrischer Gesandter in Berlin.

nichts mehr, als es uns geben wolle, wenn er keinen Taler bekommen könne, nehme er einen Silbergroschen. Man werde durchaus nicht drängen. Die materiellen Interessen Süddeutschlands — das könne man Deinen Gegnern dort vorhalten — bedingten einen Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde; ohne einen solchen sei auch der Zollverein gefährdet und dadurch der ganze Wohlstand der dortigen Länder aufs Spiel gesetzt. Das könne den Leuten dort nicht oft genug gesagt werden. Er empfiehlt Vorsicht und keine Uebereilung. Er nimmt das größte Interesse an allem, was in München geschieht.

Die Königin sprach sich gestern in demselben Sinne aus und grüßt Dich vielmals. Feldmarschall Wrangel läßt Dir auch Glück wünschen zu Deinen bisherigen Erfolgen, hofft das Beste für die Zukunft und empfiehlt sich Dir. Auch Herr von Vincke sprach mit mir über Dich und freute sich darüber. Du siehst, daß alle Parteien hier für Dich sind. Bismarck betrachtet auch die Führung Bayerns unter den süddeutschen Staaten als selbstverständlich und hat alle Anträge von Württemberg und Baden zurückgewiesen, die nicht im Verein mit Bayern gemacht wurden.

Großherzog Friedrich von Baden an den Fürsten Hohenlohe.

Karlsruhe, 4. März 1867.

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihre beiden Briefe vom 19. und 20. Februar, aus denen ich mit großer Freude entnehmen durfte, daß unsre Besprechung in Mühlacker der Beginn eines vertraulichen Verkehrs wurde, dessen Wert ich sehr zu schätzen weiß.

Wir begegneten uns in dem Streben einer engeren Verbindung des Südens mit dem Norden von Deutschland, und wir haben dabei schon besprochen, in welchen verschiedenen Stadien der Entwicklung wir uns dieses Einigungswerk vollbracht denken.

Mit aufrichtigem Danke habe ich somit Ihre Vorschläge als einen hoch anzuerkennenden Versuch begrüßt, dieses Streben mehr und mehr zu betätigen, und werde nun nach gründlicher Prüfung versuchen, Ihnen meine Anschauungen darüber in Kürze darzulegen.

Im allgemeinen bin ich gern bereit, auf Ihre Vorschläge zu näherer Beratung einzugehen, würde aber sehr wünschen, über das Detail derselben noch weitere Mitteilungen von Ihnen zu erhalten, um die ganze Ausdehnung und Tragweite einzelner Punkte näher kennen zu lernen.

Die vier Grundgedanken Ihrer Vorschläge betrachte ich als den Ausdruck für die in den süddeutschen Staaten zu überwindenden Schwierigkeiten und Vorurteile. Ich erkenne darin den Kreis von Rücksichten, welche Sie zu nehmen genötigt sind, um einen Uebergangszustand für eine innigere

Vereinigung mit dem Norden vorzubereiten. Ich verkenne aber auch nicht die Schwierigkeit, diese vier Grundsätze so zu verbinden, daß sie dem mehr und mehr sich befestigenden Norddeutschen Bunde annehmbar gemacht werden können.

Der erste Satz unter den acht Punkten, in welchen Sie die Grundlage des gemeinschaftlichen Vorgehens der süddeutschen Staaten erblicken, bezeichnet das Verhältnis zu Norddeutschland als einen unauflöslichen Bund, und zwar als einen weiteren Bund im Gegensatz zu dem engeren Norddeutschen. Dieser Gedanke genügt, um alle übrigen Punkte als mehr oder weniger untergeordnet erscheinen zu lassen, insofern als dieselben von einer Vereinbarung mit Preußen abhängen. Ich unterlasse es daher, mich auf das einzelne schon heute näher einzulassen, und will nur zwei Fragen Ihrer freundlichen Erwägung empfehlen.

Diejenigen Teile der Gesetzgebung, wobei es unerläßlich ist, eine volle Gleichmäßigkeit über Deutschland zu verbreiten, sind vorzugsweise auf dem Gebiete materieller Interessen zu finden. Es wird dabei die Frage des Zollvereins wohl die leichteste Handhabe gewähren, um die Schwierigkeit zu lösen, welche jetzt noch in dem Mangel einer Zusammenfassung aller deutschen Staaten in einem gemeinsamen Reichstag besteht. Vertrauliche Mitteilungen aus Berlin sagen uns, daß der Eintritt von Vertretern süddeutscher Regierungen in den Bundesrat und süddeutscher Abgeordneten in den Norddeutschen Reichstag für Zollangelegenheiten und somit die Verwandlung desselben in ein Zollparlament als eine vielleicht nahe bevorstehende erste nähere Verbindung von Nord und Süd zu erwarten stehe. Ein solcher Anfang würde sich wohl sehr bald weiter ausbilden und über andre Gebiete verbreiten. Die ganze so schwierige Gesetzgebungfrage würde dadurch auf natürlichem, praktischem Wege eine gute Lösung finden, und es dürfte wohl geraten sein, diese Lösung durch einen dahinzielenden Vorschlag vorzubereiten.

Die Aussicht auf Beteiligung der süddeutschen Staatsregierungen und Landesvertretungen bei den entsprechenden Organen des Norddeutschen Bundes, insbesondere die Aussicht auf Bildung eines Zollparlaments, würde dann wohl auch dem Punkt 4 Ihrer Vorschläge eine modifizierte Gestalt verleihen, indem dann auf dem Wege der Gesetzgebung teilweise zu erlangen wäre, was dort Verträge festsetzen sollen.

Sofern nun aber ein Bundesvertrag zwischen den einzelnen süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossen werden will, der nach dem Vorbilde der alten bisherigen deutschen Bundesakte gestaltet werden soll, frage ich mich, ob es nicht ratsamer wäre, sich möglichst streng an diesen alten Bundesvertrag anzuschließen und danach zu streben, dessen entwicklungsfähige Keime zur Reife zu bringen. So wenig auch

diese alte Institution während ihres langen Bestehens Gutes zu leisten vermochte, da es keine Abhilfe gegen die Rivalität zweier Großmächte in einem Bunde gibt, dürfte doch nun die Voraussetzung geschaffen sein, mit welcher die wesentlichsten Bestandteile der alten Bundesverfassung sich vereinen lassen. Diese Voraussetzung ist der Prager Friede, das Ende des langjährigen und für Deutschland so schädlichen Dualismus.

Der Artikel IV des Prager Friedens stellt eine nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde in Aussicht. Oesterreich erkennt diesen weiteren Bund in seiner Neugestaltung im voraus an.

Dies ist der zweite Punkt, den ich besonders behandeln wollte, d. h. Nr. 8 Ihrer Vorschläge.

Sie halten es mit Bezug auf den sich mehr und mehr in München fühlbar machenden Einfluß Oesterreichs für unerläßlich, zur Gewinnung der Zustimmung Bayerns für den Abschluß eines Bundesvertrags mit Preußen, wenn Oesterreich durch eine Allianz mit Deutschland dafür entschädigt wird, daß es seinen Einfluß in Süddeutschland durch das Zustandekommen eines Bundes desselben mit dem Norden vermindert sieht.

Ich kann mir lebhaft denken, wie schwierig es für Sie sein muß, die österreichischen Sympathien in gewissen maßgebenden Kreisen zu behandeln und diesen gegenüber den neuen Standpunkt des Prager Friedens zu vertreten. Auch erkenne ich gewiß sehr gern an, daß gewisse Vorurteile nur bekämpft werden können, indem man ihnen möglichst schonend entgegentritt. Ich bin daher gern bereit, auch diesen wichtigsten Punkt Ihrer Vorschläge weiter mit Ihnen zu erörtern, wenngleich ich mit einer solchen Bedingung des Vertragsschlusses mit Preußen mich nicht befreunden könnte. Ich möchte Ihnen aber in jeder Weise bestätigen, daß es mir ernst darum zu tun ist, Sie, soweit ich kann und darf, in Ihrer schönen, aber schweren Aufgabe zu unterstützen.

Meine Gründe gegen den Vorschlag einer solchen Allianz von ganz Deutschland mit Oesterreich unter den angegebenen Voraussetzungen sind mehrfacher Art.

Zunächst erscheint mir nötig zu wissen, ob Preußen geneigt ist, eine solche Bedingung anzunehmen, damit nicht durch Ablehnung derselben die gewünschte Verständigung verhindert werde. Ich kann nicht glauben, daß Preußen geneigt sein wird, den Prager Frieden gerade in seinem wichtigsten Punkte zu modifizieren und damit eine europäische Frage aufzuwerfen, welche der genannte Friedensvertrag eben vermeiden will, indem er die nationale Verbindung von Süd- und Norddeutschland als eine innere Frage vom Auslande anerkennen läßt.

Eine Garantie des deutschen Gebiets Oesterreichs halte ich nicht für ratsam, solange dieses Reich mit den unheilvollsten Entwicklungsleiden zu

kämpfen hat, die stets die Gefahr in sich tragen, Deutschland in seiner eignen inneren Entwicklung zu stören oder in äußere Verlegenheiten zu verwickeln.

Es sollte demnach wohl die Konsolidierung des österreichischen Kaiserstaats abgewartet werden können, bevor Deutschland eine Verpflichtung eingeht, deren Erfüllung vielleicht kaum ausführbar sein dürfte.

Endlich gestatte ich mir einen Zweifel darüber zu äußern, ob es in Bayerns Interesse liegen kann, Preußen gegenüber als der Vertreter österreichischer Interessen zu erscheinen, bevor Oesterreich selbst einen solchen Wunsch zu erkennen gegeben hat.

Dürfte es unter diesen Verhältnissen nicht richtiger sein, die Regelung der Beziehungen des durch Bündnis vereinten Deutschlands zu Oesterreich in dem Bundesvertrage auf ähnliche Weise in Aussicht zu stellen, wie dies in dem Verfassungsentwurfe des Norddeutschen Bundes in betreff der süddeutschen Staaten geschieht?

Diese Form ist viel eher für alle Teile annehmbar und dürfte wohl den Interessen, welche Sie zu berücksichtigen suchen, in genügender Weise entsprechen.

Eine Bearbeitung aller derartigen Vorschläge halte ich zwar für wünschenswert, um sich auf die Zeit vorzubereiten, wo das Verfassungswerk des Norddeutschen Bundes seinen Abschluß wird erreicht haben. Insofern aber seit unsrer Besprechung in Mühlacker die Lage der Verhältnisse sich bedeutend verändert hat, indem entscheidende Aussprüche in Paris und Berlin über manche Fragen ganz neues Licht verbreitet haben, erscheint es mir wünschenswert, daß wir uns diesen Verhältnissen gegenüber vorerst noch zuwartend verhalten.

Die Verhandlungen des Reichstags in Berlin und die ganze Entwicklung des Norddeutschen Bundes werden uns wohl in nicht ferner Zeit sichere Anhaltspunkte für den Inhalt und die Formen der von uns erstrebten Verbindung bringen. Es wird uns dann leicht sein, solche zu erfassen und weiter zu verwerten.

Ich glaube mich indessen mit Ihnen in Uebereinstimmung zu befinden, wenn ich das zunächst anzustrebende Bundesverhältnis mit Preußen als einen Uebergangszustand bezeichne, der damit endet, daß eine Verfassung sämtliche deutsche Gebiete soll umfassen können. Mit großem Interesse und aufrichtiger Dankbarkeit werde ich Ihre weiteren Mitteilungen empfangen.

Nach Empfang dieses Schreibens sandte der Fürst den Ministerialrat Grafen Taufkirchen nach Karlsruhe, um dem Großherzog die Absichten der bayrischen Regierung näher zu erläutern. Nach dessen Rückkehr schrieb er dem Großherzog:

München, 14. März 1867.

Eurer Königlichen Hoheit erlaube ich mir meinen untertänigsten Dank für das gnädige Schreiben vom 4. d. M. auszusprechen, sowie für die huldvolle Aufnahme, welche Eure Königliche Hoheit dem Grafen Tauffkirchen zuteil werden zu lassen geruht haben.

Der Brief Eurer Königlichen Hoheit und der Bericht des Grafen Tauffkirchen haben mir einen neuen Beweis der freundlichen Gesinnung gegeben, mit welcher Eure Königliche Hoheit mich beehren, auch geben sie Zeugnis von einer solchen Annäherung der Ansichten, daß meine Hoffnungen auf ein gedeihliches Zusammenwirken der südwestdeutschen Staaten in der deutschen Frage neu belebt ist.

Ehe ich aber auf die besprochenen Fragen näher eingehe, bitte ich Eure Königliche Hoheit, mir zu gestatten, die bestimmte Versicherung vorauszuschicken, daß meine in dem Briefe vom 19. Februar über die Anbahnung freundlicher Verhältnisse zu Oesterreich gemachten Bemerkungen in keiner Weise durch Einflüsse des Wiener Hofs oder der hier bestehenden österreichischen Partei veranlaßt, sondern der Ausdruck meiner eignen bestimmten Ueberzeugung waren, nach welcher eine Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich als das geeignete Mittel erscheint, europäische Verwicklungen fernzuhalten und den Frieden zu sichern, dessen die südwestdeutschen Staaten nicht minder als Oesterreich dringend bedürftig sind.

Wenn ich nun das Resultat des bisherigen Gedankenaustausches zusammenfasse, so glaube ich meinen Standpunkt, und zwar bis jetzt nur als eine höchst persönliche Ansicht, in folgenden Sätzen bezeichnen zu dürfen.

Der Zeitpunkt, in welchem die zum Abschluß des Norddeutschen Bundes drängende preußische Regierung gemäß Artikel 71[1]) des Verfassungsentwurfs die vertragsmäßige Regelung der Verhältnisse zu Süddeutschland verlangen wird, steht nahe bevor. Es ist dringend zu wünschen, daß in solchem Augenblick eine Einigung der südwestdeutschen Staaten über ihre dann in dieser Frage einzunehmende Haltung bereits so weit als möglich erzielt sei.

Diese Einigung wird namentlich ohne Verzug dann anzubahnen sein, wenn die Basis, auf der sie beruht, unabhängig von den Modifikationen

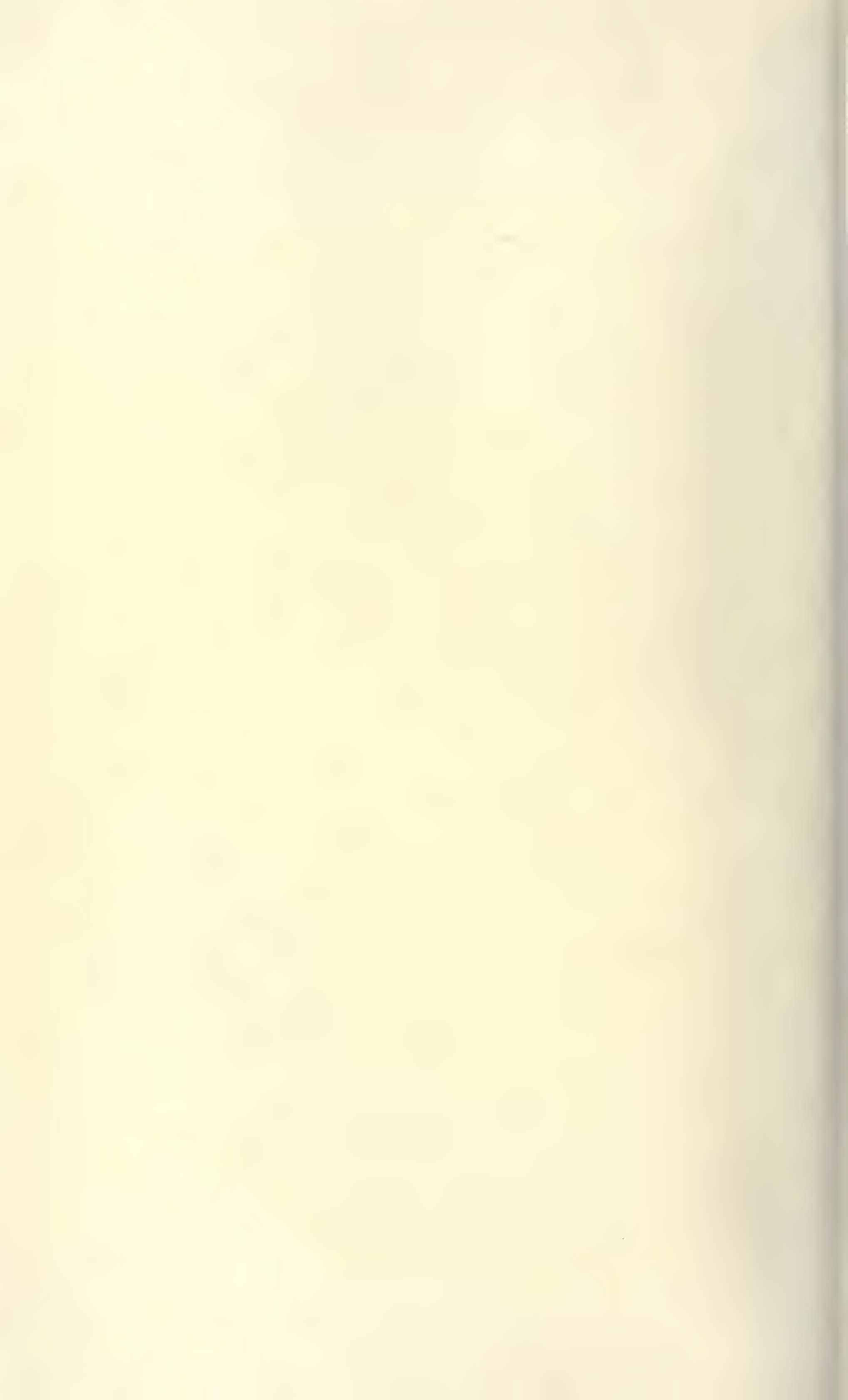
---

[1]) Artikel 71 des Entwurfs lautete: „Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes durch besondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden."

Auf Antrag von Lasker und Miquel erhielt der Artikel durch Beschluß des Reichstags vom 10. April den Zusatz: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung."



Fürst Chlodwig zu Hohenlohe
zur Zeit des bayrischen Ministeriums.



ist, welche die Beratungen des Parlaments in den Entwurf der norddeutschen Verfassung bringen können.

Die staatsrechtliche Basis, auf der wir allein uns frei und korrekt bewegen können und jeder Bedingung überhoben sind, ist Artikel IV des Prager Friedens. Derselbe gestattet die Bildung eines deutschen Staatenbundes mit Ausschluß Oesterreichs nach dem Vorbild der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 unter den durch die Zeitverhältnisse gebotenen Modifikationen, während zurzeit die Statthaftigkeit einer näheren unter den Begriff des Bundesstaates fallenden Vereinigung mit dem Norden, namentlich eines gemeinsamen gesetzgebenden Körpers nach den Schlußworten des gedachten Artikels zweifelhaft erscheint.

Zu dem doppelten Zwecke, 1. diese Zweifel zu heben und hierdurch in die Lage versetzt zu werden, den berechtigten Forderungen der Nation zu entsprechen, 2. der Gefahr einer Störung des Friedens in Mitteleuropa zu begegnen, wäre zugleich eine Allianz mit Oesterreich anzubahnen, und zwar in ähnlicher Weise, wie solches in Artikel 71 des Entwurfs der Verfassung des Norddeutschen Bundes bezüglich der Regelung des Verhältnisses zu Süddeutschland geschehen.

Erst nach Abschluß einer solchen Allianz wird zum Ausbau des deutschen Verfassungswerks mit Zentralgewalt und Parlament geschritten werden können.

Ich glaube hiernach meine Gedanken in folgenden vier Punkten formulieren zu können:

1. Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen einigen sich, dem Norddeutschen Bunde gemeinschaftlich die Gründung eines dem früheren Deutschen Bunde nachgebildeten Staatenbundes mit Ausschluß Oesterreichs anzutragen.

2. Den Beratungen über diesen gemeinschaftlichen Antrag ist die Bundesakte vom 8. Juni 1815 zugrunde zu legen und nur so weit zu modifizieren, als es die durch Austritt Oesterreichs veränderte Lage, die Uebertragung des Präsidiums an Preußen und die Sicherung des Zollvereins nötig machen.

3. Diesem neuen Bundesvertrage ist, ähnlich dem Artikel 71 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, ein Artikel über Anbahnung einer Allianz mit Oesterreich beizufügen.

4. Der Ausbau dieses Verfassungswerks zu einem Bundesstaate mit parlamentarischer Verfassung wäre vorzubehalten.

Eine Formulierung der mir nötig scheinenden Modifikationen der Bundesakte will ich heute unterlassen, indem ich die Vorschläge, welche Herr Staatsminister Mathy dem Grafen Taufkirchen zuzusichern die Güte hatte und welchen ich mit lebhaftem Interesse entgegensehe, erwarte.

Bezüglich der Art, wie sich die vier Staaten zu solchem gemeinsamen Antrag an den Norddeutschen Bund zu einigen hätten, für heute nur so viel, daß die Berufung eines süddeutschen Parlaments zu diesem Zwecke mir nicht wünschenswert erscheint, im Gegenteil, je geheimer dieses Einigungswerk betrieben wird, um so mehr Aussicht dafür gegeben ist, der Einwirkung störender Einflüsse überhoben zu sein.

Eure Königliche Hoheit haben mit dem Ministerialrat Grafen Tauffkirchen die Frage berührt, ob nicht zu versuchen wäre, die Ansicht des Grafen Bismarck über eine Allianz mit Oesterreich zu erforschen. Der dermalige Stand der orientalischen Frage legt demselben offenbar die größte Reserve in dieser Beziehung auf, und würde deshalb vielleicht vorzuziehen sein, den ganzen eben dargelegten Plan vorläufig und bis wenigstens Bayern, Württemberg und Baden Einigung über dessen Grundzüge erzielt haben, gänzlich geheimzuhalten.

Für diesen Brief des Fürsten dankte der Großherzog umgehend am 16. März. Im Begriff, nach Berlin abzureisen, verschob er die Fortführung der sachlichen Verhandlung bis zur Rückkehr von dieser Reise. In Berlin wollte er, ohne das Projekt des Fürsten dem Grafen Bismarck mitzuteilen, doch dessen Ansichten über die Entwicklung des Verhältnisses zu Süddeutschland zu erforschen suchen. „Da ich nun aber," schreibt der Großherzog weiter, „nicht zu lange Zeit vorübergehen lassen möchte, ohne Sie über meine Beurteilung Ihres jüngsten Schreibens zu unterrichten, will ich Ihnen hierzu eine mündliche Gelegenheit verschaffen. Staatsrat Dr. Gelzer hat es übernommen, nach München zu reisen, wo er wohl am Dienstag dem 19. eintreffen kann. Er ist mein langjähriger, intimer und wohlerprobter Freund. Das hieraus entspringende unbedingte Vertrauen zu ihm vergönnt mir, dasselbe auf die vielfachsten Gebiete des Lebens auszudehnen, und daher ist er denn auch von Ihren Vorschlägen und Briefen sowie von meinen Anschauungen genau unterrichtet. Es würde mich sehr freuen, wollten Sie die Güte haben, Herrn Staatsrat Gelzer auch Ihr Vertrauen zu schenken, und ihm Gelegenheit geben, sowohl meine als insbesondere seine eignen Anschauungen darzulegen. Ich empfehle ihn daher recht angelegentlich Ihrem Wohlwollen." Gelzers Name war dem Fürsten schon aus seiner Jugend vertraut, da seine religiösen Schriften besonders von der Mutter des Fürsten geschätzt waren.[1]) Die Wahl dieses Mannes zur mündlichen Verhandlung der deutschen Frage war daher dem Fürsten besonders willkommen, und nachdem Gelzer am 21. März in München eingetroffen war, fanden zwischen ihm und dem Fürsten Besprechungen statt,

---

[1]) Siehe Seite 34.

die zu einem vollkommenen Einverständnis führten. In denselben Tagen war auch zum gleichen Zwecke der württembergische Minister Freiherr von Varnbüler in München anwesend.

Journal.

12. März 1867.

Nachdem sich Wagner vorgestern bei mir angemeldet, nachher aber wieder entschuldigt hatte, da er krank geworden war, schrieb ich ihm heute, um ihn abends zu mir zu bitten. Er kam um $^1/_2$ 7. Anfangs war er etwas befangen, sprach von allgemeinen Dingen und entschuldigte sich, daß er überhaupt eigentlich kein Recht habe, zu mir zu kommen. Ich setzte ihn in eine behaglichere Stimmung, indem ich ihm sagte, wir hätten zwei Vereinigungspunkte, wir seien von derselben Partei gehaßt und einig in gleicher Verehrung für den König. Darauf wurde er mitteilender, sprach von der Art, wie man den König behandelt und gequält habe, so daß er zweimal ihm geschrieben habe, er würde abdanken, erzählte unter Beteuerungen, daß er sich damit nicht rühmen wolle, daß er mich dem König als Minister empfohlen habe; dann kam er auf die Aufgabe Bayerns als ein deutscher Staat, dessen Bevölkerung die Gewandtheit der Franken mit der Phantasie der Schwaben und der Naturkraft der Bayern vereinige, daß der König ganz der Mann sei, diesen deutschen Staat zu regieren und das Ideal des Deutschtums zu verwirklichen, kam dann auf seine Kunstrichtung zu sprechen, auf seine hiesigen Erfahrungen, auf seine Pläne mit der Einrichtung einer Kunstschule, auf die Hindernisse, die ihm in den Weg gelegt worden seien, und endlich auf das Kabinett. Dazwischen sprach er von der Notwendigkeit, daß ich im Ministerium bleibe. Worauf ich ihm erwiderte, daß dies nicht von mir abhinge. Ich könne nicht dafür einstehen, daß man nicht das Vertrauen des Königs in mich untergrabe, und sei dessen um so weniger sicher, als der König nach der Tradition des Königlichen Hauses nicht direkt, sondern nur durch das Kabinett mit mir verkehre. Er sagte nun, daß dies nicht so bleiben könne, worauf ich ihn darauf aufmerksam machte, daß es sehr gefährlich sei, sich mit dem Kabinett in einen Kampf einzulassen, er wisse das am besten. Mein politisches Programm erwähnte er, worauf ich auf einige Einzelheiten noch einging.

Schließlich sprach er noch die Hoffnung aus, daß der König nie das Vertrauen in mich verlieren würde.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 16. März 1867 war über den Antrag der Abgeordneten Dr. Edel und Dr. Völk betreffend die Errichtung eines Obersten Verwaltungsgerichtshofs verhandelt worden. Der Antrag entsprach einem Beschlusse der Kammer vom 27. Juni 1865, weshalb nach einer eingehenden Befürwortung durch den Abgeordneten

Dr. Edel sich niemand weiter zum Worte meldete. Der Präsident schloß deshalb die Diskussion vorbehaltlich einer Schlußbemerkung des Referenten und der Regierungsvertreter. Darauf erhob sich der Minister von Bomhard und erklärte die Frage für noch nicht so reif, daß die Staatsregierung nicht noch Zeit beanspruchen müsse, um sie näher in Erwägung zu ziehen. Der Präsident bemerkte nach dieser Rede, daß er die Aeußerung des Staatsministers der Justiz als einen Wiedereintritt in die Diskussion betrachte und annehme, daß Herr von Bomhard als Abgeordneter gesprochen habe, indem dessen Aeußerung mit der sonstigen Stellung des Staatsministeriums kaum vereinbar sei. In der nun wieder eröffneten Diskussion ging der Abgeordnete Dr. Völk zu einem scharfen Angriffe vor, erinnerte daran, daß schon am 27. Juni 1865 der Staatsminister des Innern erklärt habe, daß man sich eingehend mit der Frage eines Verwaltungsgerichtshofs beschäftigt habe und daß er von der Notwendigkeit dieser Einrichtung durchdrungen sei. „Es ist für ein Staatsleben in jetziger Zeit," sagte er, „keine Kleinigkeit, wenn man ihm auch nur mit einem Schein von Berechtigung nachsagen kann, daß es ein steuerloses sei, und das sagt man dem bayrischen Staatswesen zurzeit nach."

Journal.

17. März 1867.

Am Sonntag dem 17. März 1867 kam ich Abends $^1/_2$ 12 Uhr von Ansbach zurück. Ich fand einen Brief von Minister Schlör, in welchem mir derselbe mitteilte, daß den Tag vorher eine Szene in der Kammer der Abgeordneten stattgefunden habe, die ihn bestimmte, mich zu bitten, einen Ministerrat Montag den 18. anzusetzen. Bomhard hatte nämlich in der Sitzung am Sonnabend bei der Beratung über den Verwaltungsgerichtshof ganz unnötigerweise das Wort ergriffen und in einer Weise gesprochen, die es offenkundig machte, daß über den Verwaltungsgerichtshof eine Meinungsverschiedenheit unter den Ministern stattfände. Nachdem ich nun vorher einer Ausschußsitzung in der Kammer der Abgeordneten beigewohnt hatte, kamen um 1 Uhr die Minister bei mir zusammen. Hier wurde nun dem Justizminister Bomhard sein Unrecht vorgeworfen und ihm deutlich zu verstehen gegeben, daß er seinen Abschied nehmen möchte. Er gab zu, daß er in seiner Rede etwas zu weit gegangen sei, bestritt aber, daß dies seine Entlassung zur Folge haben müsse. Er werde nicht abgehen, aber dem König die Sache vortragen und dem König die Entscheidung anheimstellen. Hierauf ging er weg. Wir andern, mit Ausnahme des Ministers Pranckh, blieben nun noch beisammen und berieten, was wir zu tun hätten, und kamen dann überein, daß Schlör bis zum andern Tag ein Promemoria für den König ausarbeiten solle. Montag Abends aß Varnbüler mit Schlör

und Taufkirchen bei mir zu Mittag, und nach Tisch wurde viel über das Verhältnis Süddeutschlands zum Norddeutschen Bunde gesprochen.

Den andern Vormittag verhandelte ich mit Varnbüler über die deutsche Frage, und mittags kamen die Minister mit Ausnahme Bomhards wieder bei mir zusammen. Das Promemoria Schlörs schien uns allen zu grob, so daß Gresser beauftragt wurde, ein höflicheres auszuarbeiten. Damit der König nicht allein von Bomhard Nachricht erhielte und sich vielleicht ihm gegenüber engagiere, so schlug ich vor, mich zu ermächtigen, den andern Tag zum König zu gehen und ihm vorläufig mündlich den Stand der Sache darzulegen. Ich schrieb also an Lutz, er möge den König bitten, mich statt Pfretzschner, der in die Reichsratssitzung mußte, zu empfangen, um ihm eine dringende Sache im Namen des Ministerrats vorzutragen. Abends um 1/2 12 Uhr bekam ich die Antwort, der König wünsche erst zu wissen, worum es sich handle, ehe er mich empfange. Am andern Morgen antwortete ich, ich hätte nur den Auftrag, mündlich dem König die Ansichten des Ministerrats vorzutragen, wenn der König wolle, daß ich eine schriftliche Eingabe mache, so müsse ich erst den Ministerrat berufen, um einen Kollektivantrag zu veranlassen.

Auf dieses Schreiben erfolgte umgehend die Antwort, daß der König den Fürsten am selben Tage nach 1/2 1 Uhr empfangen werde.

Am 30. April erfolgte die Entlassung des Justizministers von Bomhard. Ein Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofs wurde der Kammer der Abgeordneten am 27. November 1867 vorgelegt.

Bericht an den König, die Verhältnisse Bayerns zu den übrigen deutschen Bundesstaaten betreffend.

München, 20. März 1867.

Um in den Verhandlungen über die Stellung Bayerns gegenüber den übrigen deutschen Staaten, wie solche von Preußen angekündigt, mit Württemberg, Baden und Hessen vorbereitet, mit Oesterreich ohne Zweifel zu eröffnen sind, mit Aussicht auf Erfolg vorgehen, wie überhaupt in der gegenwärtigen überaus schwierigen Lage seine Aufgabe erfüllen zu können, bedarf der treugehorsamst Unterzeichnete vor allem andern der völligen Sicherheit, daß er mit den Ansichten seines Königs und Herrn über Ziele und Wege vollständig übereinstimme, er bedarf des Vertrauens Eurer Königlichen Majestät, und zwar in dem Maße, daß sowohl das Land als die obengenannten Regierungen über das Bestehen dieser Uebereinstimmung und dieses Vertrauens keinen Augenblick im Zweifel sein können. Eure Königliche Majestät werden nicht verkennen, daß, wenn diese Ueberzeugung nicht eine festbegründete und allgemeine ist, jeder Versuch gedeihlicher

Lösung der schwebenden Frage schon in seinem Beginne ein verfehlter sein würde. Zur Begründung dieser Ansicht erlaubt sich der treugehorsamst Unterzeichnete an die letzten Wochen zu erinnern, in welchen umlaufende Gerüchte genügt haben, eingeleitete Vorbesprechungen mit dem Großherzog von Baden und dem württembergischen Minister von Varnbüler ins Stocken zu bringen und die Partei, welche in Karlsruhe auf Eintritt in den Norddeutschen Bund hinarbeitet, zu kräftigen.

Diese Erwägungen müssen daher dem treugehorsamst Unterzeichneten die Pflicht auflegen, Eurer Königlichen Majestät den Standpunkt, den er bei den bevorstehenden Unterhandlungen einzunehmen für nötig findet, schon jetzt mit aller Offenheit und mit möglichster Genauigkeit vorzulegen.

Nur wenn Eure Königliche Majestät diesen Standpunkt im wesentlichen zu genehmigen geruhen, ist der treugehorsamst Unterzeichnete in der Lage, die ihm allergnädigst übertragene Aufgabe zu erfüllen, und er kann um so hoffnungsvoller ans Werk gehen, je bestimmter und zweifelloser die Form ist, in welcher ihm Eure Königliche Majestät diese Uebereinstimmung zu erkennen zu geben geruhen würden.

Die Gefahr, welche dem Königreiche durch die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes droht, ist eine doppelte:

1. Jede europäische Verwicklung, sie mag für die eine oder die andre europäische Großmacht günstig ausgehen, wird, wenn sie Deutschland berührt, für den Bestand Bayerns und seine Selbständigkeit die größte Gefahr bringen.

2. Das Streben des deutschen Volkes, den nationalen Gedanken auch gegen den Willen der Regierungen zu verwirklichen, kann zu inneren Kämpfen führen, bei welchen die Dynastie bedroht wäre.

Es muß also die Aufgabe der Staatsregierung sein:

1. Bündnisse zustande zu bringen, durch welche der Gefahr europäischer Verwicklungen vorgebeugt wird, und

2. eine nationale Einigung Deutschlands anzustreben, welche den berechtigten Forderungen der Nation genügt, ohne die Souveränitätsrechte Eurer Königlichen Majestät oder die Integrität Bayerns zu beeinträchtigen.

Je weniger es bestritten werden kann, daß Bayern im gegenwärtigen Augenblicke noch in der Lage ist, jedes dieser Ziele zu verhindern, um so unzweifelhafter erscheint es, daß Bayern für Erreichung dieser Ziele ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen vermag.

Diese Möglichkeit beruht aber in Umständen vorübergehender Natur, und die gebotene Gelegenheit dürfte nur eine kurzgemessene sein.

Mit dem Eintritt einer allgemeinen europäischen Verwicklung, mit dem Ausbruch einer intensiven nationalen Bewegung in Süddeutschland ist diese Gelegenheit unwiederbringlich verloren. Aus diesen Erwägungen

glaubt der treugehorsamst Unterzeichnete vor allem der Ansicht entgegentreten zu sollen, als könne es den Interessen des Königreichs entsprechen, abzuwarten, bis Oesterreich wieder in die Lage käme, die frühere Stellung in Deutschland einzunehmen. Ich halte eine solche Aenderung der Verhältnisse Oesterreichs bei der dermaligen Gestaltung der österreichischen Monarchie weder für wahrscheinlich, noch glaube ich, daß der Wiedereintritt Oesterreichs in den Deutschen Bund bei dem unbedingten Widerspruch Preußens möglich ist, wie es denn nach den mir von Wien zugekommenen Nachrichten auch nicht in den Intentionen der österreichischen Regierung liegt.

Jedenfalls würde der Versuch zu einem europäischen Kriege führen, der die Existenz Bayerns in Frage stellen müßte.

Aber auch von solcher Kriegsgefahr abgesehen, würde bei Fortdauer einer abwartenden und gänzlich isolierten Stellung Bayerns Preußen nicht verfehlen, aus dieser Isolierung bei Behandlung der schwebenden materiellen Fragen Vorteile zu ziehen, welche den Wohlstand des Landes und indirekt die Erhaltung gesetzlicher Zustände im Lande in hohem Maße gefährden würden.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt daher verpflichtet zu sein, den Eintritt in die von Preußen angekündigten Verhandlungen über das Verhältnis der süddeutschen Staaten zu dem Norddeutschen Bunde dringend anraten und vorher, soweit irgend möglich, eine Verständigung über gemeinschaftliches oder doch gleichartiges Vorgehen der südwestdeutschen Staaten in dieser Frage herbeiführen zu sollen. Mehren sich schon täglich die Anzeichen, daß Preußen mit Inangriffnahme der Frage lange zu warten nicht gesonnen sei, in welcher Beziehung der treugehorsamst Unterzeichnete auf die Rede des Königs von Preußen vom 24. Februar und auf die Rede des Grafen Bismarck am 11. März 1867 [1]) Bezug nimmt, so

[1]) Die Thronrede König Wilhelms vom 24. Februar (bei Eröffnung des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes) sagte in bezug auf Süddeutschland: „Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu unsern Landsleuten im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Teile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsre Hand den süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirtschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebiets werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Teilen angestrebt werden." Die Rede des Grafen Bismarck vom 11. März sagte von Süddeutschland: „Was dann noch die wichtige Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung von Norddeutschland und Süddeutschland allen Fragen gegenüber, wo es sich um den Angriff des Norddeutschen Bundes handelt, in allen Punkten gesichert. Sie ist gesichert durch das Bedürfnis des Südens und durch die Pflicht des Nordens, ihm beizustehen."

erscheint es um so mehr unverschieblich, mit den südwestdeutschen Staaten über gleichartige Behandlung der Frage ins Benehmen zu treten.

Als den bezüglich dieses Einigungswerkes zu betretenden Weg glaubt nun der treugehorsamst Unterzeichnete Eurer Königlichen Majestät ganz ausschließend denjenigen vorschlagen zu sollen, welcher mit den geltenden Staatsverträgen übereinstimmt, also korrekt ist und den Frieden nicht gefährdet, welcher Anknüpfungspunkte sucht in der jüngsten Vergangenheit, also vernünftig konservativ ist und welcher mehr als jeder andre die Stellung Bayerns und die Rechte Eurer Königlichen Majestät zu wahren geeignet ist.

Die Basis bildet der Friede von Prag vom 23. August 1866, welcher im Artikel IV feststellt:

1. daß Deutschland ohne Beteiligung und mit Ausschluß Oesterreichs neu zu konstituieren sei,

2. daß den südwestdeutschen Staaten freistehe, eine nationale Verbindung mit dem deutschen Norden zu vereinbaren, daß jedoch

3. den südwestdeutschen Staaten im Gegensatz zu den Staaten des Norddeutschen Bundes eine internationale unabhängige Existenz zu wahren sei.

Dieses letztere Erfordernis ist gewahrt durch Abschluß eines Staatenbundes, während ein Bundesstaat, der sich von ersterem insbesondere durch ein Organ für gemeinsame Gesetzgebung (Bundesparlament) unterscheidet, die gezogene Grenze überschreiten würde.

Die jüngste Vergangenheit, an welche anzuknüpfen wäre, ist der Deutsche Bund, aus dem Oesterreich ausgeschieden, der aber, wenn auch formell aufgehoben, doch bezüglich der tatsächlichen Verbindung der deutschen Staaten untereinander nicht als vollständig gelöst erachtet werden kann. Die Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815 würde also eine geeignete Grundlage bieten.

Eine Rekonstituierung des Deutschen Bundes mit Ausschluß der österreichischen Staaten unter Zugrundelegung der Bundesakte und mit nur denjenigen Modifikationen derselben, welche durch die eingetretenen Aenderungen von selbst geboten sind, dies ist die Basis, auf welcher nach der Ueberzeugung des treugehorsamst Unterzeichneten Einigung der südwestdeutschen Staaten zu erzielen und mit dem Norddeutschen Bund zu unterhandeln wäre.

Es würde hierdurch unter dem Namen „Deutscher Bund" ein Staatenbund geschaffen, der allerdings den Uebergang zu engerer bundesstaatlicher Vereinigung bilden, zurzeit jedoch als ein Verfassungsbündnis im rechtlichen Sinne des Wortes nicht aufgefaßt werden könnte.

Mitglieder dieses Staatenbundes wären

der Norddeutsche Bund,
Bayern,

Württemberg,
Baden und
das südliche Hessen.

Das Präsidium hätte Preußen als Vormacht des Norddeutschen Bundes.

Auf günstige Verteilung des Stimmenverhältnisses wäre möglichst Bedacht zu nehmen.

Für die Regelung der Militärverhältnisse wären der Separatvertrag vom 22. August 1866 und die Stuttgarter Beschlüsse maßgebend.

Artikel 19 der Bundesakte wäre in einer die Existenz des Zollvereins sichernden Weise zu modifizieren.

Der Schwerpunkt der Gesetzgebung hätte in den Kammern der Einzelstaaten und für den Norddeutschen Bund in dessen Bundesrat und Parlament zu beruhen.

Eintritt süddeutscher Abgeordneter in dieses Parlament wäre abzulehnen.

In allem übrigen würde die Selbständigkeit der Einzelstaaten unberührt bleiben.

So gewiß sich auf diesem Wege eine Einigung Deutschlands anbahnen läßt, die gegebenen Falles auch den deutschen Provinzen Oesterreichs die Möglichkeit späteren Eintrittes offen läßt, so gewiß wird auf die Dauer eine solche Form den berechtigten Wünschen der deutschen Nation bezüglich ihres Anteiles an der gemeinsamen Gesetzgebung und der kräftigen Wahrung der deutschen Interessen nach Außen nicht genügen.

Das Mittel, bei dem naturgemäßen und unaufhaltsamen Fortschreiten dieses deutschen Einigungswerkes europäische Verwicklungen zu vermeiden und die Integrität der Einzelstaaten und namentlich Bayerns zu wahren, findet der treugehorsamst Unterzeichnete in Anbahnung einer Allianz dieses Deutschen Bundes mit Oesterreich, welche beiden die Möglichkeit friedlicher Rekonstituierung und Entwicklung sichern würde.

Ganz analog dem Artikel 71 des Entwurfes der Verfassung des Norddeutschen Bundes wäre daher in der neuen Akte des Deutschen Bundes festzustellen, daß eine Allianz dieses Bundes mit Oesterreich sofort anzubahnen sei.

Der treugehorsamst Unterzeichnete war bisher nur imstande, mit der äußersten Vorsicht indirekte Erkundigungen über Aufnahme dieses seines Gedankens einzuziehen. Jedoch schon diese Erkundigungen haben Aussicht dafür gegeben, daß eine solche Anregung weder in Wien noch in Berlin ungünstige Aufnahme finden werde.

In Karlsruhe scheint man bereit, auf den Plan einzugehen, auch an Einwilligung der württembergischen Regierung zweifelt der treugehorsamst Unterzeichnete nicht.

Auf dieser Basis nun in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt Unterhandlungen zu eröffnen und in Berlin und Wien Anknüpfungspunkte zu suchen, dies ist es, wozu ihn zu ermächtigen der treugehorsamst Unterzeichnete an Eure Königliche Majestät hiermit den allerehrfurchtsvollsten Antrag stellt.

Welches auch der Ausgang dieser Verhandlungen sein mag, so viel ist gewiß und wohl zu erwägen, daß schon deren Eröffnung die Stellung Bayerns zu Preußen in den schwebenden und teilweise brennenden materiellen Fragen, nämlich:

a) der Liquidation des Bundeseigentums,
b) der Aufhebung des Salzmonopols,
c) der Erneuerung des Zollvereins, [1])

in erheblicher Weise verbessern wird.

Eurer Königlichen Majestät Ministerrat hat sich nach Vortrag dieses Berichtes mit den Ausführungen und Anträgen desselben mit Ausnahme des in der Sitzung des Ministerrates nicht anwesenden Staatsministers von Bomhard einverstanden erklärt.

Marginalreskript des Königs auf den vorliegenden Bericht:

Die hierneben erbetene Ermächtigung erteilt
München, am 30. März 1867.

Ludwig.

Aufzeichnung des Fürsten.

Gespräch mit Ministerialrat Lutz den 29. März 1867.

Lutz war ganz blaß vor innerer Aufregung, als ich zu ihm kam. Er wußte, daß es sich um seine ganze Zukunft handle. Ich fing damit an, ihm zu sagen, daß ich noch keine Gelegenheit gehabt habe, mich mit einem Kandidaten für das Justizministerium zu besprechen. Ich habe andre Pläne, wie er auch von Taufkirchen bereits gehört habe. Diese Pläne könnten aber nicht ohne ein vollständiges Revirement des Ministeriums ausgeführt werden. Es handle sich von ihm selbst. Es sei nun jetzt für mich schwer, wenn nicht unmöglich, eine Aenderung des Ministeriums in Vorschlag zu bringen, da ich mit den übrigen Ministern in

[1]) Preußen hatte in Artikel VII des Friedensvertrags vom 22. August 1866 den provisorischen Fortbestand des Zollvereins zugestanden, sich aber eine sechsmonatige Kündigungsfrist vorbehalten und, nachdem durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes außer den Zöllen auch die indirekten Steuern für Bundessache erklärt waren, sofort eine dementsprechende Aenderung der Zollvereinsgesetzgebung gefordert. Demgemäß mußte zunächst das bayrische Salzmonopol fallen, worüber am 9. Mai 1867 ein Vertrag zustande kam.

keinem Zwiespalt sei und namentlich für Gresser und Pechmann wahre Achtung hege. Indessen könne es wünschenswert und notwendig erscheinen, in den nächsten Monaten ein Ministerium zu haben, auf das die Welt und namentlich unsre Nachbarn mit Achtung sähen, und da sei es nun nötig, daß gescheite Leute in das Ministerium kämen, da hätte ich nun auch an ihn gedacht. Dann setzte ich ihm auseinander, wie es nicht möglich sei, daß er allein an Bomhards Stelle in das Ministerium trete, und sagte, die Schwierigkeit liege nur darin, daß, wenn jetzt das Justizministerium besetzt werde, für ihn später kein Platz sei.

Er erwiderte, wie dankbar er das Vertrauen anerkenne, das ich in ihn setze, doch glaube er, daß er bei dem Könige auf Widerspruch stoßen werde. Er erzählte, daß er schon früher vom Minister Koch für das Kultusministerium in Vorschlag gebracht worden sei, und daß dies damals an dem Widerspruch des Königs gescheitert sei. Auch könne er nicht sich selbst in Vorschlag bringen.

Ich erwiderte, daß ich jetzt keine Intrige gegen meine Kollegen beginnen könne, da kein Anlaß dazu gegeben sei, dieser Anlaß könne aber später kommen. Es könne auch ohne Anlaß dringend erscheinen, neue, junge Kräfte in das Ministerium zu bringen. Für diesen Fall wäre es erwünscht, wenn er sich möglich erhielte und die Besetzung des Justizministeriums noch auf Monate hinausschiebe.

Auf die Frage, ob ein Hinschleppen mit Bomhard möglich sei, versicherte ich ihm, daß wir uns dann zu sehr blamieren würden.

Endlich kamen wir überein, daß er dem Könige sagen wolle, ich hätte zwar an Steyrer[1]) gedacht, hätte aber noch nicht mit ihm gesprochen und hielte es für wünschenswert, wenn die Sache noch in suspenso bleibe und das Ministerium noch so fortgeführt werde, nachdem Bomhard seine Entlassung erhalten habe.

Uebrigens müsse er mir offen sagen, daß sich Einflüsse geltend machten, die den König in andrer und günstigerer Weise für Bomhard bestimmten. Er habe also den König in dieser Beziehung nicht mehr in der Hand und könne für nichts einstehen.

Bericht an den König, Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde betreffend.

München, 31. März 1867.

Eure Königliche Majestät haben durch Allerhöchstes Signat vom 30. dieses Monats den treugehorsamst Unterzeichneten zu ermächtigen geruht, in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt Unterhandlungen zu eröffnen, um

[1]) Damals Ministerialrat im Justizministerium.

zwischen den südwestdeutschen Staaten eine Verständigung über gemeinschaftliches oder doch gleichartiges Vorgehen gegenüber den bevorstehenden Verhandlungen mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde herbeizuführen.

Inzwischen hat das Streben Württembergs und Badens, in dieser Frage mit Eurer Königlichen Majestät Regierung sich in Uebereinstimmung zu setzen, tatsächlichen Ausdruck gefunden.

Der württembergische Staatsminister Freiherr von Varnbüler und der Großherzoglich badische Staatsrat Dr. Gelzer waren, der letztere in besonderem Auftrag des Großherzogs von Baden, in jüngster Zeit in München, um die Grundlagen einer Uebereinkunft vorläufig mit dem treugehorsamst Unterzeichneten zu besprechen.

Das Ergebnis der Besprechungen mit Freiherrn von Varnbüler ist in anliegender Skizze[1]) niedergelegt, welche mit den von Eurer Königlichen Majestät genehmigten, im Original wieder anliegenden Vorschlägen vom 20. dieses Monats vollständig übereinstimmt und deshalb, wenn auch ohne jeden offiziellen Charakter, doch die gegründete Hoffnung dafür ergibt, daß Württemberg sich dem vom treugehorsamst Unterzeichneten aufgestellten Plane durchweg anschließen wird.

Auch Staatsrat Gelzer erklärte sich im Auftrag des Großherzogs von Baden mit den ihm mitgeteilten Grundzügen der bei den Unterhandlungen mit Norddeutschland zu beobachtenden Haltung vollkommen einverstanden.

Die Aussicht, eine Uebereinstimmung Bayerns, Württembergs und Badens auf dem vorgeschlagenen Wege herbeizuführen, ist demnach eine wohlbegründete. Anderseits schreiten die Ereignisse mit jede Voraussicht hinter sich lassender Schnelligkeit vor. Das norddeutsche Parlament — hieran ist kaum mehr zu zweifeln — wird im nächsten Monat seine Aufgabe zu Ende geführt haben.

Der Gedanke einer Allianz des zu bildenden deutschen Staatenbundes mit Oesterreich scheint nach offiziösen Kundgebungen in Berlin und Wien alle Aussicht auf Erfolg zu bieten, und handelt es sich vielleicht nur um den ersten Schritt. Gleichzeitig tritt die luxemburgische Frage mit großem Ernste an Deutschland heran und mahnt dringend zur Einigung.

Der treugehorsamst Unterzeichnete hält es für unabweisbare Pflicht, Eure Königliche Majestät auf diese Verhältnisse und auf die Gefahren, welche eine Zögerung für die Stellung Bayerns in dieser Frage mit sich bringen muß, in allertiefster Ehrfurcht aufmerksam zu machen und verbindet hiermit die alleruntertänigste Bitte, die Allerhöchste Genehmigung darauf zu erstrecken, daß die mit Freiherrn von Varnbüler besprochene

---

[1]) Diese „Skizze" ist nicht erhalten. Ihr Inhalt ergibt sich aus dem Berichte vom 20. März und aus dem nachfolgenden Vertrag vom 6. Mai 1867.

Uebereinkunft abgeschlossen und derselben entsprechend mit den übrigen südwestdeutschen Staaten unterhandelt werde.

Marginalreskript des Königs auf den vorstehenden Bericht:

Die hier gestellte Bitte genehmige Ich mit dem Beisatze, daß die unter Ziffer II formulierte Ablehnung des Eintrittes der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund beim Abschluß des Uebereinkommens noch in entschiedenerer Weise ausgesprochen und in der Folge strengstens festgehalten werden soll, und daß Mir die unter Ziffer IV 6 enthaltene Anerkennung der Notwendigkeit eines Parlaments [1]) nicht unbedenklich, aber auch entbehrlich zu sein scheint, und daß Ich dieselbe deshalb vermieden sehen möchte. Ziffer IV 8 verstehe Ich und genehmige Ich deshalb in dem Sinne, daß die vertragsmäßige Regelung [2]) sogleich mit der Regelung der allgemeinen Beziehungen und vor dem Inkrafttreten der neuen Bundesverträge erfolge.

München, 11. April 1867.

Ludwig.

In diesem Zeitpunkte wurde der Gang der Verhandlungen durch die internationale Verwicklung unterbrochen, welche der französische Plan der Erwerbung Luxemburgs verursachte.

Am 1. April 1867 Nachmittags erhielt Herr von Werthern das folgende Telegramm des Grafen Bismarck:

Es würde dringend erwünscht sein, von Eurer Exzellenz Nachricht zu erhalten, welchen Eindruck dem dortigen Kabinett der angebliche Verkauf von Luxemburg an Frankreich macht und auf welche Stimmung in Bayern, falls wir darüber in Weiterungen mit Frankreich gerieten, zu rechnen wäre.

Bismarck.

Eine Aufzeichnung des Fürsten ohne Datum berichtet den Inhalt dieses Telegramms und fährt dann fort:

Werthern antwortete: Die öffentliche Meinung erwarte, daß Preußen die Rechte Deutschlands in Luxemburg wahre. Kabinett (d. h. Ministerium) trage der Stimmung Rechnung, wenn es auch die Verhältnisse unbefangen beurteile. Heute habe ich Werthern darauf aufmerksam gemacht, in seinem schriftlichen Berichte an Bismarck die Festigkeit der öffentlichen Meinung

---

[1]) Nach dieser Bestimmung sollte „bezüglich der Fortbildung der Bundesgesetzgebung die Berechtigung nationaler Vertretung am Bunde anerkannt" werden. Zurzeit sollte die Gesetzgebung des Bundes von der Zustimmung im Süden der Ständekammern, im Norden des norddeutschen Parlaments abhängig sein.

[2]) Des Verhältnisses zu Oesterreich.

in Bayern nicht allzusehr hervorzuheben. Es sei viel Parteitreiben dabei, und die Stimmung könne jeden Augenblick umschlagen.

Am 2. April erging an den bayrischen Gesandten in Berlin, Grafen von Montgelas, die folgende Depesche:

Gestern Abend sprach mir Baron Werthern den Wunsch des Grafen Bismarck aus, die Ansicht der Königlichen Regierung in der Luxemburger Angelegenheit zu kennen. Ich habe mich beeilt, die Beschlüsse Seiner Majestät des Königs, meines allergnädigsten Herrn, einzuholen und entspreche nunmehr dem ausgesprochenen Wunsche in nachstehender Weise:

Graf Bismarck wird die Schwierigkeit einer bindenden Aeußerung in einer Angelegenheit anerkennen, von der mir bis jetzt jede offizielle Kenntnis fehlt, in welcher ich vielmehr auf Zeitungsgerüchte und auf die gestern Abend hier eingetroffene telegraphische Notiz der Erklärung des Grafen Bismarck im Reichstage[1]) hingewiesen bin.

Soweit hiernach eine Beurteilung möglich ist, teilt die Königliche Regierung den von dem Grafen Bismarck angedeuteten Standpunkt vollkommen und möchte nur demselben noch beifügen, daß sie im Hinblick auf die Verträge vom 19. April 1839 und 27. Juli 1839 jede Veräußerung des Großherzogtums Luxemburg ohne freie Einwilligung der Wallramschen Linie des Hauses Nassau, als Rechtsnachfolgers, für unzulässig hält. Jedenfalls vertraut die bayrische Regierung, daß Graf Bismarck nichts unterlassen hat und nichts unterlassen wird, was dazu dienen kann, die Rechte Deutschlands in dieser Sache auf friedlichem Wege zu wahren.

Sollten, was Gott verhüten wolle, die Dinge eine noch ernstere Wendung nehmen, so erwartet die Königliche Regierung, daß ihr vom Grafen Bismarck vertrauliche Mitteilung ohne Verzug zuteil werde.

E. H. wollen Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen von Bismarck Kenntnis von dem Inhalte dieser Depesche geben.

Laut Telegramm an Werthern vom 2. April wünschte Graf Bismarck durch Vermittlung Bayerns zu erfahren, welche Haltung er im Falle eines Kriegs mit Frankreich von Oesterreich zu erwarten habe. Nachdem eine Anfrage durch chiffriertes Telegramm an den bayrischen Gesandten in Wien ergangen war, richtete der Fürst an diesen noch an demselben Tage das folgende Schreiben:

Durch chiffriertes Telegramm vom Heutigen habe ich E. H. aufgefordert zu versuchen, Verlässiges über die Stimmung der Kaiserlichen Regierung im Falle kriegerischer Wendung der Luxemburger Frage zu erfahren.

---

[1]) Am 1. April auf die Interpellation Bennigsen.

Zwar geben die letzten Aeußerungen der preußischen Regierung zu keinen direkten und bestimmten Befürchtungen Veranlassung, allein sie sind doch geeignet, zu ernster Prüfung der Frage aufzufordern, welche Stellung die Königliche Regierung einzunehmen habe. Die Königliche Regierung hat neben dem dringenden Bedürfnisse und Wunsche der Erhaltung des Friedens die ihr dem gesamten Deutschland und insbesondere Preußen gegenüber obliegenden Verpflichtungen im Auge zu behalten und in dieser Erwägung eine Anfrage des Grafen Bismarck durch die in Abschrift anliegende Depesche beantwortet.

Wenn schon in meinem Rundschreiben vom 24. Februar 1867 der Wert freundlicher Beziehungen Bayerns und des übrigen Deutschlands zu Oesterreich hervorgehoben wurde, so tritt die Bedeutung einer solchen freundlichen Beziehungen Ausdruck gebenden Aeußerung der Kaiserlichen Regierung durch die jüngste Komplikation so sehr in den Vordergrund, daß die Frage der Erhaltung des Friedens wohl vorzugsweise von der Stellung abhängen dürfte, welche die Kaiserliche Regierung in dieser Sache einzunehmen sich entschließt.

Welchen Wert die Erhaltung des Friedens im gegenwärtigen Augenblick für Oesterreich hat, wie selbst bewaffnete Neutralität die Entwicklung der angebahnten Aenderungen des Verfassungslebens in Oesterreich gefährden würde, wird von Herrn von Beust sicher zugegeben werden. Durch eine den deutschen Interessen günstige Haltung könnte, wie kaum zu zweifeln, die österreichische Regierung nicht bloß dieser Gefahr begegnen, sondern Beziehungen zu Deutschland wieder anknüpfen, die im allseitigen Wunsche und Interesse liegen. Jedenfalls ist es der bayrischen Regierung von der höchsten Wichtigkeit, von den Entschlüssen Oesterreichs in dieser Beziehung Kenntnis zu erhalten.

Im Auftrage Seiner Majestät des Königs, meines allergnädigsten Herrn, beauftrage ich Sie, sobald irgend möglich vertrauliche Anfrage in dieser Richtung an Herrn von Beust zu stellen, und ermächtige Sie, demselben Kenntnis von dem Inhalte dieser Depesche zu geben. Ueber die Antwort und alle auf diese Frage bezüglichen Vorkommnisse wollen E. H. mir mit möglichster Beschleunigung berichten.

Am 3. April fand ein Ministerrat statt, in welchem der Fürst sich der einstimmigen Zustimmung seiner Kollegen zu den bisher von ihm getanen Schritten versicherte. An demselben Tage telegraphierte Graf Bismarck an Herrn von Werthern:

„Sagen Sie dem Fürsten Hohenlohe ganz vertraulich folgendes: Diplomatische Eröffnungen Frankreichs behaupten, daß der luxemburgische Handel abgeschlossen sei. Der Kaiser könne nicht mehr zurück, obwohl ich

Benedetti gesagt habe, daß wir nach Lage der öffentlichen Meinung nicht weichen können und werden. Graf Perponcher berichtet dagegen aus dem Haag, daß der Abschluß nicht erfolgt sei, und er hoffe, ihn zu hindern. Nach Stand der Dinge in Deutschland müssen wir meines Erachtens eher den Krieg wagen, so wenig auch das Objekt Luxemburg an sich des Kriegs wert ist. Die Auffassung der Sache in der Nation, deren Ehrgefühl ins Spiel gezogen, ist das entscheidende. Jedenfalls sollten wir beide den günstigen Einfluß des Inzidenzfalls auf Konsolidierung der nationalen Sache nach Kräften ausbeuten und uns daneben vom Kriege, der schnell eintreten kann, materiell nicht überraschen lassen. Die englische Regierung scheint den Krieg im geheimen nicht ganz ungern zu sehen, hoffend, daß Frankreich unterliegen werde, vielleicht bereit, dazu mitzuwirken, sobald das Glück uns günstig ist."

Herr von Werthern sendete dieses Telegramm dem eben an der königlichen Tafel speisenden Fürsten zu.

Aufzeichnung des Fürsten „über den Vortrag bei Seiner Majestät dem Könige den 4. April, vormittags 11 Uhr".

In der heutigen Audienz hielt ich dem Könige über den Stand der luxemburgischen Angelegenheit Vortrag. Fragte, welche Antwort auf die Depesche des Grafen Bismarck von gestern zu geben sei und erhielt die Ermächtigung, zu erklären, daß im Falle eines Kriegs Bayern an der Seite Preußens in Gemäßheit des geheimen Vertrags stehen werde, daß es aber die süddeutschen Verhältnisse dringend wünschenswert erscheinen ließen, daß Bismarck das Ergebnis der Anfrage nach Wien abwarte, ehe zu äußersten Entschlüssen geschritten werde.

Am 5. April wurde durch eine Note an Herrn von Werthern bestätigt, „daß, falls es in der Luxemburger Angelegenheit zu einem kriegerischen Konflikte mit Frankreich kommen sollte, die bayrische Regierung ihre Stellung an der Seite Preußens und der übrigen deutschen Staaten als durch die abgeschlossenen Verträge feststehend erachtet".

Zur Beschleunigung der am 2. April mit Oesterreich angeknüpften Verhandlungen wurde zunächst am 3. April Julius Fröbel[1]) nach Wien geschickt. Dieser kam am 7. April früh nach München zurück und berichtete

[1]) Fröbel, der von 1862 bis 1866 im Dienste der österreichischen Regierung gestanden hatte und damals in Stuttgart für die württembergische Regierung arbeitete, war bereits am 26. Februar im Auftrage des Fürsten nach Wien gegangen, um die Stellung des Freiherrn von Beust zu dem deutschen Programm des Fürsten zu erkunden. Fröbel, Ein Lebenslauf, Bd. II S. 469.

— zufolge einer Aufzeichnung des Grafen Tauffkirchen —, er habe mit Beust am 4. April abends gesprochen. Beust habe gesagt: mit Frankreich sei er in keiner Weise engagiert. Wohlwollende Neutralität liege in der Natur der Dinge. Sich selbst in die Aktion zu engagieren, habe Oesterreich zurzeit kein Motiv. Ja, wenn Preußen zu Gegenleistungen bereit wäre. Namentlich in der orientalischen Frage durch Sicherstellung gegen eine Besetzung Bulgariens durch Rußland. Man habe aber Beweise, daß Preußen den Bestrebungen der Regierung im Lande feindlich entgegentrete. Dies müsse jedenfalls aufhören. Ueberhaupt müsse Preußen selbst kommen. Bayern habe durch die Verträge die zu einer Vermittlerrolle nötige Selbständigkeit verloren. Außerdem brachte Fröbel folgende Notizen: Beust müsse sehr vorsichtig sein. Die hohe Adelspartei sei ihm feind. Sie würde, wenn sie siegte, ein Ministerium Metternich mit absolutistischem Regiment und französischem Bündnis herbeiführen. Die Erfolge Beusts auf dem Landtage in Prag [1]) könnten für seine Stellung entscheidend sein. Heinrich von Gagern teile jetzt ganz das bayrische Programm. Fröbel vermutete, daß Napoleon eher einen Kongreß als den Krieg wolle. [2])

Graf Tauffkirchen bemerkte: die Selbständigkeit Bayerns sei durch den Vertrag so wenig aufgehoben, daß derselbe dem Könige von Bayern das Recht selbständiger Kriegserklärung sichere und für diesen Fall Preußen zur Hilfe verpflichte. Habe Oesterreich an der Erhaltung einer Selbständigkeit Bayerns und Süddeutschlands und der Nichtausdehnung des Norddeutschen Bundes auf dasselbe Interesse, so könne es solches nicht besser als durch Annahme der Vermittlung sichern.

Aufzeichnung des Fürsten vom 8. April 1867.

Heute Vortrag beim Könige. Ich las ihm die Depesche von Bismarck vor, welche die friedliche Wendung der Luxemburger Sache mitteilt. Dann kam er auf allerlei Nebendinge. Später auf das Ministerium. Hier fragte er, wen von den Ministern ich als besonders fähig ansehe. Ich nannte Schlör. Dann sprach er von Pranckh und Orff, ich empfahl letzteren, er sprach für Pranckh. Zuletzt schien er einzulenken. Dann kam er auf Gresser, sagte, daß dieser nicht der Stelle gewachsen sei, und verlangte, die Minister sollten sich mit ihm brouillieren sowie mit Bomhard, damit man ihn los würde. Ich sagte, das sei gar nicht möglich, doch könne

[1]) Die Neuwahlen nach Auflösung des böhmischen Landtags, welche vom 22. bis 29. März vorgenommen waren, hatten eine starke, verfassungstreue deutsche Majorität ergeben. Beust selbst wurde von der Handelskammer von Reichenberg gewählt. Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, Bd. II S. 111.

[2]) Die Aufzeichnungen des Grafen Tauffkirchen stimmen überein mit Fröbels eignem Berichte. Ein Lebenslauf, Bd. II S. 477.

man ihn leicht irgendwo als Regierungspräsidenten unterbringen, wozu er fähig sei.

Depesche an die bayrische Gesandtschaft in Berlin.

München, 9. April 1867.

In dem Berichte vom 6., hier eingetroffen am 8. d. M., ist betont, daß Graf Bismarck eine bestimmte Erklärung der bayrischen Regierung über die Stellung wünsche, welche dieselbe im Falle des Ausbruchs eines Kriegs mit Frankreich einnehmen würde. Ich hielt diese Frage schon durch mein chiffriertes Telegramm vom 6. d. M. und durch gleichlautende Erklärungen an Herrn von Werthern gelöst, habe jedoch nicht verfehlt, die weiteren Befehle Seiner Majestät des Königs einzuholen, durch welche ich nunmehr zu der Erklärung ermächtigt bin, daß die bayrische Regierung, wenn in der Luxemburger Frage zwischen dem Könige von Preußen und dem Kaiser der Franzosen ein Krieg ausbrechen sollte, den Fall des Separatvertrags d. d. Berlin, 22. August 1866 für zweifellos gegeben erachtet, demnach für diesen Fall dem Vertrage entsprechend zu handeln bereit sein würde. Mit dieser Erklärung verbinde ich jedoch die wiederholte Versicherung, daß die Königliche Regierung, weit entfernt, zum Kriege zu drängen, an allen zur Erhaltung eines ehrenvollen Friedens geeigneten Schritten teilzunehmen, überhaupt alle hierzu geeigneten Mittel zu erschöpfen bereit ist.

Die Depesche trägt den Genehmigungsvermerk des Königs vom 9. April.

Großherzog Friedrich von Baden an den Fürsten Hohenlohe.

Karlsruhe, 9. April 1867.

An demselben Tage, an dem ich von Berlin zurückgekehrt war, meldete sich Staatsrat Gelzer bei mir an, um mir mündlich über seine Reise nach München zu berichten. Was er mir über die Aufnahme, die ihm bei Ihnen zuteil geworden und über den Gedankenaustausch, der in bezug auf die wichtigsten Fragen der Gegenwart mit Ihnen stattgefunden, mitteilte, konnte nur in hohem Grade die Eindrücke bestätigen, die ich seinerzeit von der Unterredung in Mühlacker zurückbrachte.

Staatsrat Gelzer hat Ihnen in meinem Namen die Versicherung gegeben, daß sein Besuch hauptsächlich den Sinn habe: auch außerhalb des formellen Geschäftsganges ein Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und mir zu befestigen, das für die glückliche Lösung der nationalen Aufgaben mir in hohem Grade wünschenswert erscheint. Staatsrat Gelzer sprach mir wiederholt mit dankbarer Befriedigung davon, wie sehr das Vertrauen, womit er Ihnen entgegentrat, in der wohltuendsten Weise erwidert wurde;

und gerade auf diese Vertrauensbasis setze ich den höchsten Wert bei allen unsern Berührungen in Gegenwart und Zukunft.

Was nun die Punktation betrifft, die auf Ihren Wunsch während der Anwesenheit des Staatsrats Gelzer in München als Grundlage künftiger Unterhandlungen mit Berlin entworfen und mir mitgeteilt wurde, so wissen Sie sowohl aus meinen mündlichen und schriftlichen Erklärungen als aus den eingehenden Darlegungen des Staatsrats Gelzer, wie ich im Grunde meines Herzens zu den hier vorliegenden Fragen und Zielen stehe. Es war ganz in meinem Sinne gehandelt, wenn Gelzer in seinen Unterredungen mit Ihnen sowie mit dem Herrn Grafen von Tauffkirchen allen Nachdruck auf die drei Tatsachen legte:

1. daß die Vereinigung von Süd- und Norddeutschland in einen einzigen Bundesstaat — sei es durch Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund, sei es durch Weiterentwicklung des Zollvereins — mir stets als das wünschenswerteste Ziel vor Augen steht, zu dessen Erreichung ich vor keinem persönlichen Opfer zurückschrecken würde,

daß aber, solange dieses Ziel noch nicht erreichbar ist, ich es für geboten halte, mich keinem Versuche zu entziehen, der uns dem gewünschten Ziele wenigstens um einige Schritte näherbringt;

2. daß ich eben darum mich schon früher bereit erklärte und auch jetzt wieder diese Erklärung erneure: den von Ihnen ausgehenden Vorschlägen zu einer Verständigung über gemeinsame Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde vertrauensvoll entgegenzukommen, weil ich gerade auf das aufrichtige Zusammengehen mit Ihnen, solange ich der eignen Ueberzeugung nicht untreu werden muß, den größten Wert lege, daß ich mit einem Worte es für eine vaterländische Pflicht halte, Ihre Stellung und Ihren Einfluß in Bayern, soviel an mir liegt, zu unterstützen;

3. daß ich den für Sie maßgebenden Wunsch, für Erhaltung des europäischen Friedens und für die Verhütung einer Zerreißung Deutschlands in zwei feindselige Lager nach besten Kräften zu wirken, vollkommen zu würdigen weiß, und daß ich in diesem Zusammenhange Ihre auf Oesterreich bezüglichen Vorschläge auffasse, wie sie in Nr. VI der von Ihnen entworfenen Punktation formuliert sind.

Das Bisherige, in diese drei Tatsachen Zusammengefaßte glaubte ich noch einmal hervorheben zu müssen, um meine Gesinnung und Stellung Ihren Bestrebungen gegenüber in ihren innersten Beweggründen darzulegen. Es liegt mir daran, daß Sie über meine Absichten und Ueberzeugungen vollkommen ins klare gesetzt seien.

Eine andre Frage ist nun aber die: welche Aussichten für die entworfenen Punktationen gegenwärtig in Berlin vorhanden seien? Während

meiner dortigen Anwesenheit sind mir zwei Wahrnehmungen am bedeutungsvollsten in dieser Beziehung erschienen:

Einmal glaube ich nicht, daß man dort für irgendein andres Interesse ein offenes Ohr und ein eingehendes Verständnis erwarten darf, bis die norddeutsche Bundesverfassung gesichert ist.

Sodann konnte ich mich dort überzeugen, daß nach Annahme der norddeutschen Bundesverfassung sofort die Beratung einer Zollvereinsrevision (wie dies auch gar nicht anders zu erwarten war) die erste Stelle vor allen sonstigen Unterhandlungen einnehmen wird. Hierauf glaube ich Sie um so entschiedener aufmerksam machen zu müssen, weil mir in Berlin von dem Grafen Bismarck nicht verhehlt wurde, welchen ungünstigen Eindruck dort eine Denkschrift in der Zollvereinssache gemacht hatte, welche gerade in jenen Tagen von München eingetroffen war.[1])

Für Ihre neueste gütige Mitteilung in betreff der Genehmigung, welche Sie von dem Könige erlangten, in den hier genannten Fragen die ersten Schritte zu tun, bin ich Ihnen sehr dankbar.

Mit Ihnen wünsche ich von Herzen, daß die Luxemburger Angelegenheiten keine neuen Störungen in die Entwicklung der deutschen Verhältnisse bringen. Immerhin kann aber diese Frage ein Probestein werden für den wahren Gehalt der deutschen Nation, und in diesem Falle dürfte Einigung und Kräftigung daraus erwachsen.

Bericht an den König.

München, 10. April 1867.

Die Frage wegen Abtretung des Großherzogtums Luxemburg an Frankreich hat in wenigen Tagen die Gefahr eines Kriegs zwischen Preußen und Frankreich in drohende Nähe gerückt. Daß sich Bayern der Teilnahme an einem solchen Kriege nach dem Wortlaute des Allianzvertrags vom 22. August 1866 und der Stimmung im Lande nicht würde entziehen können, steht außer Zweifel. Um so dringender ist es, jede gebotene Möglichkeit zu ergreifen, die Kriegsgefahr zu beseitigen oder äußerstenfalls durch eine Allianz zu verringern, die geeignet ist, den Rücken zu sichern.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Aufforderung des Grafen Bismarck aufzufassen, über die Geneigtheit Oesterreichs zum Abschluß einer Allianz mit Preußen und Bayern Erkundigungen einzuziehen.

Die offiziellen, durch den Grafen Bray in dieser Beziehung eingeleiteten Schritte haben zu der ziemlich kühlen Antwort geführt, welche Eurer Königlichen Majestät aus der vorliegenden Depesche vom 7. d. M. ersichtlich ist. Eingehender sprach Baron Beust über die Frage mit einer Privatperson, welche im Auftrage des treugehorsamst Unterzeichneten sich

---

[1]) Denkschrift des bayrischen Ministerialrats Weber.

zur Erforschung der Ansichten des Ministers nach Wien begeben hatte.[1]) Hiernach wäre Oesterreich nicht absolut abgeneigt, eine aktiv freundliche Stellung zu Preußen in der Sache einzunehmen, es würde sich vielmehr nur darum handeln, die Gegenleistungen und Garantien festzustellen, die Preußen und Deutschland überhaupt, und zwar insbesondere in der orientalischen Frage, der österreichischen Regierung dafür bieten würde.

Könnte es dem treugehorsamst Unterzeichneten gelingen, eine Vermittlung der Interessen Preußens und Oesterreichs in dieser Frage zu erzielen, so würde hierdurch die Stellung Bayerns in den Unterhandlungen mit Preußen einen Vorschub der wesentlichsten Art gewinnen. Eben deshalb hält es der treugehorsamst Unterzeichnete für wichtig, kein Mittel, das zu diesem Ziele führen könnte, zu versäumen. Als ein solches Mittel, welches, selbst wenn es von direktem Erfolge nicht begleitet wäre, doch indirekt zur Ebnung manches Hindernisses dienen könnte, habe ich bereits mündlich Eurer Königlichen Majestät die Sendung eines Vertrauensmanns nach Berlin und Wien bezeichnet. Welche Aufgaben mit dieser Mission zu verbinden wären, ergibt der anliegende Entwurf einer Instruktion, welchen der treugehorsamst Unterzeichnete der Allerhöchsten Genehmigung unterstellt.

Als die Person, welche mit dieser ebenso wichtigen wie schwierigen Mission zu betrauen wäre, bringt der treugehorsamst Unterzeichnete Eurer Königlichen Majestät den Ministerialrat im Ministerium des Aeußern, Grafen Taufffirchen, alleruntertänigst in Vorschlag ... Es wird dem treugehorsamst Unterzeichneten zur Beruhigung gereichen, wenn Eure Königliche Majestät vor der Fassung des definitiven Entschlusses den Grafen Taufffirchen empfangen und sich Allerhöchstselbst davon überzeugen wollten, ob die Auffassung der vorliegenden Aufgabe seitens des Grafen den Intentionen Eurer Königlichen Majestät vollkommen entspricht.

Der dem Berichte beigefügte Entwurf einer Instruktion bezeichnet als die Aufgabe der Mission des Grafen Taufffirchen an die Höfe von Berlin und Wien:

1. die einer Allianz zwischen Preußen und Oesterreich entgegenstehenden Hindernisse zu ermitteln und, soweit möglich, zu beseitigen,

2. eine solche Allianz im allgemeinen oder doch speziell bezüglich der Luxemburger Frage zum Abschluß zu bringen und derselben für Bayern, vorbehaltlich der Genehmigung Seiner Majestät des Königs, beizutreten,

3. dafür von Preußen günstige Bedingungen bei den über die Stellung Bayerns und der übrigen südwestdeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde zu eröffnenden Unterhandlungen zu erzielen und ein Uebereinkommen hierüber, vorbehaltlich der Genehmigung Seiner Majestät des Königs, abzuschließen.

---

[1]) Fröbel. Siehe Seite 224.

Nach der Zustimmung des Königs trat Graf Tauffkirchen seine Reise an. Aus Berlin schrieb er dem Fürsten am 14. April:

„Bismarck hat mich in ganz auffallender Weise mit Aufmerksamkeit überschüttet. Er scheint Oesterreich sehr notwendig zu brauchen. Desto besser, wenn es gelingt, dort Eingang zu finden ... Der König von Preußen sprach sich über Eure Durchlaucht in der allervertrauensvollsten, anerkennendsten Weise aus und trug mir viele Grüße an Sie auf ..."

In Wien war die Mission des Grafen erfolglos. Nach einer Unterredung mit dem Freiherrn von Beust am Vormittage des 18. April schrieb er dem Fürsten am 19. April: „Ich halte es für ganz zweifellos, daß der dem Könige zu gebende Rat kein andrer sein kann, als mich zurückzurufen." [1])

Fürst Hohenlohe an die bayrische Gesandtschaft in Berlin.

München, 23. April 1867.

Baron Werthern hat mir vor einigen Tagen eine Depesche des Grafen Bismarck vorgelesen, in welcher die Königlich preußische Regierung zu wissen wünscht, ob die Königlich bayrische Regierung in eigner, freier Entschließung bereit sei, die Verantwortlichkeit, welche der Schutz der Unabhängigkeit Luxemburgs direkt oder indirekt haben kann, mit Preußen zu teilen. Die Depesche hebt ferner hervor, daß sich die deutschen Regierungen darüber klar werden müßten, was ihrem Interesse entsprechend sei, entweder die Folgen, die aus der verweigerten Konzession an Frankreich erwachsen könnten, zu tragen — und in diesem Falle frage es sich, ob Bayern gehörig gerüstet sei — oder diese Folgen abzulehnen, in welchem Falle sich die betreffenden Regierungen erklären müßten, ob sie die Ablehnung des Kriegs und die ihr zugrunde liegende Zustimmung zu einer friedlichen Politik vor der Oeffentlichkeit zu vertreten entschlossen seien.

Nachdem die Königliche Regierung schon durch die Depesche vom 9. April d. J. ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, in ehrlichem Vollzuge des Separatvertrags vom 22. August 1866 der preußischen Regierung in den Entwicklungen der Luxemburger Frage zur Seite zu stehen, so folgt daraus, daß ihr Entschluß auch unabhängig von den ihr zurzeit noch unbekannten Phasen der in dieser Frage von der Königlich preußischen Regierung befolgten Politik feststeht. Es dürfte ihr jedoch in diesem Falle um so weniger eine Verantwortung für den etwaigen Ausbruch des Kriegs zur Last zu legen sein, als ihr eine Einwirkung auf die betreffenden Entschließungen nicht möglich war.

---

[1]) Die Unterredung ist wiedergegeben in der Depesche Beusts vom 19. April an den Grafen Wimpffen in Berlin, abgedruckt bei Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, Bd. II S. 119.

In eigner, freier Entschließung, also abgesehen von dem Allianzvertrage, hält dagegen die Königlich bayrische Regierung dafür, vor einem zur Aufrechterhaltung der Ehre und europäischen Stellung Deutschlands nötigen Kriege nicht zurückzuschrecken, jedoch anderseits kein Mittel unversucht zu lassen, welches zur Erhaltung eines diese Ehre und Machtstellung wahrenden Friedens führen kann. Sie muß die Erhaltung eines solchen Friedens um so dringender wünschen, je größer und imminenter das Unheil ist, das ein Krieg mit Frankreich über den Süden Deutschlands bringen würde, und je schwieriger es für die militärischen Kräfte des südwestlichen Deutschlands sein dürfte, einem Angriff der französischen Armee genügenden Widerstand entgegenzusetzen.

Die Königliche Regierung findet eine weitere Veranlassung zum dringenden Wunsche für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Haltung des kaiserlich königlich österreichischen Kabinetts, welches sich, nach den neuesten aus Wien eingetroffenen Nachrichten, zurzeit auf eine abwartende Neutralität zu beschränken entschlossen ist. Wenn es hiernach nicht zweifelhaft sein kann, daß eine solche friedliche Politik den Interessen Bayerns vorzugsweise entspricht, so nimmt die Königliche Regierung auch keinen Anstand zu erklären, daß sie diese Politik und ihre Folgen auch vor der Oeffentlichkeit zu vertreten entschlossen sei. Das kann sie aber erst dann, wenn ihr das Maß der Konzessionen bekannt sein wird, welche zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens an Frankreich gemacht werden sollen. Die Königliche Regierung muß sich daher die Beantwortung dieses Teils der an sie gestellten Frage bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, wo ihr über den Stand der Unterhandlungen zwischen den beteiligten Mächten und über die Bedingungen des Ausgleichs der zwischen Preußen und Frankreich schwebenden Differenz nähere Aufschlüsse zugekommen sein werden.

Soweit der Königlichen Regierung durch Mitteilungen des Baron Beust der Inhalt der österreichischen Vermittlungsvorschläge[1]) bekannt ist, steht sie übrigens schon jetzt nicht an, diese für eine annehmbare Verhandlungsbasis zu erklären und hat nur den Wunsch beizufügen, daß Frankreich gleichzeitig die neuen Verhältnisse in Deutschland anerkenne.

Die Frage des Zustands der bayrischen Armee wird von dem königlichen Generalmajor und Generalquartiermeister Grafen von Bothmer, welcher sich heute zu diesem Zwecke nach Berlin begeben hat, in rückhaltloser Weise beantwortet werden.

Ich ersuche E. H., dem Herrn Grafen von Bismarck diese Depesche vorlesen und um Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Unterhandlungen bitten zu wollen.

---

[1]) Ueber Oesterreichs Vorschläge vom 12. April siehe Sybel Bd. VI S. 92.

Die inzwischen fortgesetzten Verhandlungen mit Württemberg über die Regelung der Beziehungen zu Norddeutschland führten zu einer Verständigung, welche in der nachfolgenden „Ministerialerklärung" vom 6./16. Mai 1867 ausgesprochen wurde:

Die Unterzeichneten, durchdrungen von dem hohen Werte gemeinsamen Vorgehens der südwestdeutschen Staaten, insbesondere Bayerns und Württembergs, bei den mit dem Norddeutschen Bunde gemäß Artikel 71 des Verfassungsentwurfes zu pflegenden Verhandlungen, haben sich mit Allerhöchster Genehmigung ihrer Souveräne über folgende Punkte geeinigt:

I.

Bayern und Württemberg sind bereit, auf Anregung Preußens in Unterhandlungen über Abschluß des im Artikel IV des Prager Friedens vorbehaltenen nationalen Bundes mit dem deutschen Norden zu treten.

II.

Der Eintritt in einen gemeinsamen Bund unter Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf die Südstaaten, kann als Basis für diese Unterhandlungen nicht anerkannt werden, vielmehr ist der Abschluß eines weiteren Bundes mit dem Norddeutschen Bunde anzustreben.

III.

Für die Verfassung dieses weiteren Bundes sind die Prinzipien der Bundesakte vom 8. Juni 1815 mit den durch den Austritt Oesterreichs und die Anforderungen der Zeit gebotenen Aenderungen zum Ausgangspunkte zu nehmen.

IV.

Die bayrische Regierung behält sich die Vorlage eines Entwurfes vor, dessen Grundzüge hiermit wie folgt festgestellt werden:

1. der Bund besteht aus dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen.

2. Zweck des Bundes ist, die nationale Zusammengehörigkeit zu wahren, die Integrität des Bundesgebiets zu erhalten und die Wohlfahrt seiner Bewohner zu fördern. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte; sie verpflichten sich gleichmäßig, die Bundesakte unverbrüchlich zu halten.

3. Die Angelegenheiten des Bundes werden von einem Bundesrate unter dem Vorsitze Preußens geführt, bei welchem

Preußen 17,
Bayern 6

und die übrigen souveränen Fürsten und freien Städte des Bundes die in Artikel VI der Bundesakte vom 8. Juni 1815 vorgesehene Stimmenzahl haben.

4. Die Artikel III und IV des Entwurfes der Verfassung des Norddeutschen Bundes werden als Basis der Verhandlungen über Feststellung der gemeinsamen Bundesangelegenheiten anerkannt.

5. Um späteren Schwierigkeiten bei der Gesetzgebung des Bundes vorzubeugen, und mit Rücksicht auf die unter der Herrschaft der früheren Bundesakte gemachten Erfahrungen, soll die Regelung jeder einzelnen dieser gemeinsamen Angelegenheiten, soweit möglich, auf dem Wege des Vertrages als Bundesgrundgesetz erfolgen.

6. Bezüglich der Fortbildung dieser Gesetzgebung ist die Berechtigung nationaler Vertretung am Bunde anzuerkennen, zurzeit jedoch, und solange das Verhältnis eines erweiterten Bundesparlamentes zu dem Parlament des Norddeutschen Bundes unüberwindliche Schwierigkeiten bieten würde, soll die Gesetzgebung des weiteren Bundes von der Zustimmung im Süden der Ständekammern und im Norden des norddeutschen Parlamentes abhängig sein. Der Bundesrat bereitet die Bundesgesetzgebung vor.

7. Die Exekutive steht im Norden dem Präsidium des Norddeutschen Bundes, im Süden den einzelnen Souveränen zu.

8. Zu dem doppelten Zwecke, die Schwierigkeiten, welche aus den Schlußworten des Artikel IV des Prager Friedens für die nationale Entwicklung des weiteren Bundes entstehen könnten, zu beseitigen und eine Bürgschaft für Erhaltung des europäischen Friedens zu schaffen, ist dem Bundesvertrage die dem Artikel 71 des Entwurfes der Verfassung des Norddeutschen Bundes nachgebildete Bestimmung beizufügen, daß eine Allianz des Bundes mit Oesterreich anzubahnen sei, soferne solche nicht gleichzeitig mit Abschluß des Bundesvertrages zu erreichen ist.[1])

V.

Bezüglich der Militärverhältnisse der süddeutschen Staaten, insbesondere Bayerns und Württembergs, zum Norden, hat es bei den abgeschlossenen Allianzverträgen und unter den süddeutschen Staaten unter sich bei den Stuttgarter Beschlüssen vom 5. Februar 1867 sein Bewenden.

VI.

Die Unterhandlungen selbst sollen nach vorheriger Anregung der preußischen Regierung in Form von Ministerkonferenzen in Berlin stattfinden.

VII.

Vorläufige Aeußerungen Bayerns und Württembergs in dieser Frage sollen, soweit tunlich, gegen Preußen erst nach vorherigem Einvernehmen erfolgen, jedenfalls aber sofort gegenseitig mitgeteilt werden, und wird als Form für diese Mitteilung direkte Korrespondenz der Unterzeichneten festgesetzt.

---

[1]) Die spätere Fassung dieser Nummer siehe S. 244.

VIII.

Bayern übernimmt es, den Anschluß Badens und Hessens zu dieser Punktation womöglich zu vermitteln und bietet Württemberg in dieser Beziehung seine guten Dienste an.

Durch Schreiben des bayrischen Staatsministeriums vom 6. Mai wurden Baden und Hessen zum Beitritt zu dieser Vereinbarung aufgefordert.

Gleichzeitig erfolgte eine vertrauliche Mitteilung des Projekts an die österreichische Regierung.

Die bayrisch-württembergische Vereinbarung wurde von dem badischen Ministerium eingehend geprüft. Der Minister des Auswärtigen von Freydorf machte dazu folgende Bemerkungen:

1. Aus Nr. I, II und IV 8 ist alles zu entfernen, was dem Eintritt süddeutscher Staaten in den Norddeutschen Bund widerspricht.

2. Nr. V ist so zu fassen, daß weitere Vereinbarungen süddeutscher Staaten mit Preußen oder dem Norddeutschen Bunde in militärischen Angelegenheiten nicht ausgeschlossen sind. (Baden trat damals mit Preußen in Verhandlungen über eine Militärkonvention.)

3. Nr. IV 5 ist „rein unmöglich", wenn der Bund in absehbarer Zeit zustande kommen soll.

4. Nr. IV 3 und 6 sind ebenso unmöglich, daher ist eine Gesetzgebung durch die Vermehrung des Norddeutschen Reichstags durch eine Anzahl süddeutscher Abgeordneter erforderlich.

Graf Bismarck, dem diese Verbesserungsvorschläge mit dem bayrisch-württembergischen Uebereinkommen mitgeteilt waren, bemerkte darüber dem badischen Gesandten von Türkheim in Berlin am 14. Mai 1867: er werde einem Bunde nach Maßgabe des Protokolls vom 6. Mai nicht zustimmen, wolle dies aber nicht so bestimmt öffentlich aussprechen. Ueber die von Baden vorgeschlagenen Modifikationen behielt er sich die Erklärung vor, bis Bayern und Württemberg ihnen zugestimmt hätten. Für jetzt wollte er nur so viel mit Bestimmtheit sagen, daß Preußen fürs erste einen weiteren Bund mit dem Süden wünsche und denselben namentlich als die Grundlage für die Erneuerung des Zollvereins betrachte, daß aber für Bund wie für Zollverein eine Form einfacher Beschlußfassung über gemeinsame, nicht immer lange vorauszusehende Angelegenheiten gefunden werden müsse. Ohne diese unerläßliche Voraussetzung würde er lieber auf Bund und Zollverein mit dem Süden oder mit den Staaten, die grundsätzlich widerstreben, verzichten. Baden sollte nach dem Wunsche des Grafen Bismarck in diesem Sinne die Verhandlungen fortsetzen. Im gleichen Sinne schrieb Bismarck an den preußischen Gesandten in Karlsruhe am 17. Mai: „Die Basis der Ministerialerklärung vom 6. Mai ist für uns unannehmbar. Die

Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung (Nr. IV 4) betrachten wir als ein Benefizium nicht sowohl für uns, für den Norddeutschen Bund, als für die süddeutschen Staaten. In betreff der Zollangelegenheiten namentlich können wir uns unmöglich auf ein Verhältnis einlassen, welches für eine gemeinsame Maßregel außer dem Beschluß des Reichstags noch die Zustimmung von acht süddeutschen Kammern erfordern und einer jeden der letzteren praktisch ein Veto geben würde. Der einzige für uns annehmbare Modus einer gemeinsamen Zollgesetzgebung ist eine zum Behufe derselben eintretende Erweiterung des Bundestags und des Reichstags durch die Teilnahme von Vertretern Süddeutschlands."

Inzwischen hatte die badische Regierung ihre Abänderungsvorschläge zu dem Protokoll vom 6. Mai in München mitgeteilt und nachdem diese durch den Fürsten Hohenlohe zum Teil angenommen waren, schien das so modifizierte Uebereinkommen eine mögliche Grundlage für gemeinsame Verhandlungen der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde zu bieten. Durch Entschließung des Großherzogs vom 27. Mai 1867 wurde daher das Ministerium ermächtigt, „unter Zugrundelegung der bayrisch-württembergischen Ministerialerklärung vom 6./16. Mai mit den in der Note des Fürsten Hohenlohe vom 22. d. M. vorgeschlagenen Modifikationen gemeinschaftlich mit den drei andern Regierungen in Verhandlungen über die Gründung eines weiteren Bundes der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde einzutreten".

Indessen wurde der Lauf dieser Verhandlungen durch die eigne Initiative der preußischen Regierung in der Frage des Zollvereins unterbrochen. Ende Mai teilte der preußische Gesandte, Baron Werthern, dem Fürsten Hohenlohe mit, daß Graf Bismarck eine Konferenz von Ministern in Berlin zu veranstalten gedenke, um über die Rekonstruktion des Zollvereins und die damit zusammenhängenden Fragen zu beraten. Der Fürst vermutete, daß dabei auch der Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund zur Sprache kommen könne und wünschte daher vor der Berliner Konferenz die Verständigung mit den übrigen süddeutschen Staaten zum Abschluß zu bringen. Deshalb erklärte er dem Baron Werthern, daß ihm die Vertagung der Konferenz bis Ende Juni erwünscht sein würde. Gleichzeitig berichtete der bayrische Gesandte in Stuttgart, daß Varnbüler mit dem Fürsten zur Beratung über die bevorstehenden Zollkonferenzen zusammenzutreffen wünsche. Infolgedessen begab sich der Fürst am 30. Mai 1867 zu einer Besprechung mit Varnbüler nach Nördlingen. Er war von dem Ministerialrat Grafen Tauffkirchen begleitet.

Aufzeichnung des Grafen Tauffkirchen.

München, 30. Mai 1867.

Auf die bei den Akten befindliche Einladung begab sich der Königliche Staatsminister Fürst Hohenlohe mit dem Königlichen Ministerialrate Grafen

Tauffkirchen am Heutigen mit Frühzug nach Nördlingen, woselbst Freiherr von Varnbüler bereits anwesend war.

In dem Wohnzimmer des Bahnhofsvorstands fand hierauf zwischen den drei Genannten folgende Besprechung statt.

Baron Varnbüler las seine Depesche an Grafen Degenfeld vom 29. vor und behändigte sie zu weiterer Verfügung dem Fürsten.

Er fügte erläuternd bei: die Sendung des Grafen Tauffkirchen hat in Paris eine sehr tiefgehende Mißstimmung hervorgerufen. Der französische Gesandte in Stuttgart, dem er wahrheitsgemäß erklärt, daß er an dieser Mission weder Anteil noch von derselben Kenntnis habe, gebrauchte die Worte: „Bayern wird, wenn es zum Kriege kommt und Frankreich siegreich ist, teuer, sehr teuer für diesen Schritt büßen müssen.“ Die Berichte des Baron Wächter aus Paris stimmten hiermit überein. Auch Baron Beust habe sich Baron Thumb gegenüber, der instruktionsgemäß über die Frage der Rekonstituierung Deutschlands die größte Zurückhaltung beobachtet habe, ungünstig und unfreundlich über den bayrisch-württembergischen Plan geäußert. Varnbüler las eine Stelle aus einer neueren Depesche Thumbs vor, nach welcher — so wenigstens las Varnbüler — Beust ihm gesagt habe: er gedenke nicht, den Ultramontanen in Bayern ein Pflaster abzugeben. Das Wort „Allianz“ werde nun einmal mit den Konflikten zwischen Preußen und Frankreich in Beziehung gebracht und errege in Paris den größten Anstoß. Es sei demnach sehr geraten, eine andre Fassung zu substituieren, und er müsse für Württemberg auf dieser Aenderung um so mehr bestehen, als ja bei den Beratungen in Wirklichkeit diesem Ausdrucke solche aggressive Bedeutung nicht entfernt unterlegt worden sei.

Varnbüler fuhr fort: Nach den neuesten Berichten aus Berlin bestehe daselbst zurzeit, eben um einen außerdem drohenden Krieg mit Frankreich zu vermeiden, die Absicht, in nationaler Einigung mit dem Süden vorzuschreiten, durchaus nicht. Varnbüler las Stellen aus einem Berichte des Gesandten Baron Spitzemberg vom 24. Mai 1867 vor, wonach Graf Bismarck demselben eröffnet, er gedenke sich für jetzt auf Regelung der Zollvereinsangelegenheiten zu beschränken und werde, wenn es nicht einer der Südstaaten ausdrücklich verlange, nicht weiter gehen. Auch eine besondere Militärkonvention verlange er nicht. Energische und gleichmäßige Durchführung der Stuttgarter Beschlüsse genüge ihm. Spitzemberg habe darauf angeregt, ob es nicht geraten sei, zur Abkürzung der nach Pfingsten beabsichtigten Zollkonferenzen, denselben zur Feststellung der Grundlagen Ministerkonferenzen vorhergehen zu lassen. Bismarck sei auf diesen Gedanken sehr bereitwillig eingegangen. Er meinte, die Einladung solle auf Konferenzen der Minister des Aeußern ohne vorher festgestelltes Programm

gestellt und dieses in der Einladung auf den Zollverein und mit demselben in direkter Verbindung stehende Gegenstände beschränkt werden, wie die Patentgesetzgebung und das Gewerbewesen. Die Minister der größeren Staaten des Norddeutschen Bundes wären einzuladen. Er fürchte, daß man in München argwöhnisch sein werde und würde wünschen, daß Varnbüler bei Fürst Hohenlohe sondiere. Er, Varnbüler, habe den Gedanken freudig — jedoch unter ausdrücklicher Beschränkung der Konferenz auf Zollvereinsangelegenheiten — akzeptiert, indem er bei dem gegenwärtigen Streben, die Empfindlichkeit Frankreichs zu schonen und Oesterreich zu verbinden, den günstigsten Augenblick zu solchen Unterhandlungen gegeben erachte. Die Einladung in München habe er jedoch Bismarck überlassen. Nachdem er von dort erfahren, daß Fürst Hohenlohe dilatorisch geantwortet und die Absicht bestehe, die Einladung zu wiederholen, auch wirklich gestern, den 29., Nachts 11 Uhr eine solche wiederholte Einladung an ihn durch Baron Rosenberg gelangt und vermutlich derselbe Auftrag gleichzeitig an Baron Werthern ergangen sei, habe er diese mündliche Aufklärung nötig erachtet.

Bezüglich der Stellung, welche die württembergische Regierung zur Frage selbst einnehmen würde, fügte er bei, an der Punktation vom 6. Mai 1867, die Angelegenheit, soweit möglich, durch Vertrag zu regeln, festzuhalten.

Der Zollvertrag würde

1. das Zollgebiet,
2. die Einnahmequellen,
3. den Verteilungsmodus

festzustellen haben.

Als Einnahmequellen wären die Zölle, die Rüben-, Salz- und allenfalls Tabaksteuer anzuerkennen, Getränkesteuern dagegen abzulehnen. Neue Steuern sollen nur durch Vereinbarung eingeführt werden können.

Auf Gleichheit der Verteilung sei zu bestehen. Ob der Vertrag auf Zeit, ob kündbar oder unkündbar abzuschließen, lasse er noch dahingestellt.

Im übrigen: Beschlußfassung einer aus Volkswahl hervorgegangenen Versammlung zu übertragen.

Die Anschauungen der Weberschen Denkschrift hätten in Berlin übeln Eindruck gemacht und würden, wenn sie von Bayern aufrecht erhalten würden, dessen Austritt aus dem Zollverein zur Folge haben. Er könne sich denselben gleichfalls nicht anschließen. Da Bismarck die Absicht zu erkennen gegeben habe, diese Ministerkonferenzen noch vor seiner Abreise nach Paris (am 5. Juni) abzuhalten, so sei ein rascher Entschluß nötig. Varnbüler übergab eine bei der württembergischen Instruktion berücksichtigte Zusammenstellung der korrespondierenden Bestimmungen des Zollvereinsvertrags und der Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Bezüglich der Militärverhältnisse bemerkte Varnbüler schließlich, daß die württembergische Regierung in Vorbereitung eines Wehrverfassungsgesetzes unausgesetzt tätig, auch zur Ausführung der mit Bayern angebahnten Vereinbarungen bereit sei und hierauf einen großen Wert lege, um allenfallsigen späteren Prätensionen Preußens ein Fait accompli entgegensetzen zu können.

Fürst Hohenlohe sprach Baron Varnbüler für diese Mitteilungen seinen Dank aus und erkannte deren Dringlichkeit in dem Maße an, daß er sich entschloß, den eben abgehenden Postzug zur Rückkehr nach München zu benutzen, um noch heute Seiner Majestät in den beiden zur Sprache gebrachten Angelegenheiten Bericht erstatten zu können.

Zum Schluß betonte Baron Varnbüler den Wunsch einträchtigen Vorgehens Bayerns und Württembergs und deutete an, wie wichtig es für Bayern im gegenwärtigen Augenblicke wäre, in Berlin durch eine Persönlichkeit vertreten zu sein, welche über die häufigen Schwankungen der dortigen Anschauungen sichere Nachrichten zu geben imstande wäre.

Um 3 Uhr 35 Minuten waren Fürst Hohenlohe und Graf Taufffirchen in München zurück und übergab ersterer, nachdem er durch Baron Werthern erfahren hatte, daß eine weitere Einladung zu Ministerkonferenzen noch nicht an ihn gelangt sei, noch am selben Abend zu Berg den anliegenden Antrag.[1])

Bericht an den König.

München, 30. Mai 1867.

Auf telegraphische Einladung des Freiherrn von Varnbüler hat sich der treugehorsamst Unterzeichnete heute früh zu einer vertraulichen Besprechung nach Nördlingen begeben.

Gegenstand derselben war eine an Herrn von Varnbüler bereits gelangte, dem treugehorsamst Unterzeichneten aber bereits angekündigte und stündlich von ihm erwartete telegraphische Einladung der preußischen Regierung zur Teilnahme an Konferenzen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche in den nächsten Tagen in Berlin eröffnet werden sollen. Diese Ministerkonferenz soll die Zollkonferenz einleiten und sich auf die Frage der Rekonstituierung des Zollvereins beschränken. Nach Varnbülers Eröffnungen legt nicht bloß die württembergische Regierung auf allseitige Annahme dieser Einladung den größten Wert, sondern hat sich auch Freiherr von Beust mit den Zielen dieser Konferenz unbedingt einverstanden erklärt.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt um so mehr zur Annahme der Einladung raten zu sollen, als nach Artikel VII des Berliner Friedens

---

[1]) Der nachfolgende Bericht.

vom 22. August 1866 eine Berechtigung zur Ablehnung nicht besteht und überdies die Kündigung des Zollvereins zu befürchten wäre, endlich gerade der gegenwärtige Augenblick, der Preußen wegen der gespannten Verhältnisse zu Frankreich Mäßigung auferlegt, zu solchen Unterhandlungen höchst günstig erscheint.

Ueber die Instruktion des treugehorsamst Unterzeichneten wird weiterer Antrag erfolgen.

Ferner hat Freiherr von Varnbüler dem treugehorsamst Unterzeichneten die anliegende Note übergeben, in welcher der Austausch der von Eurer Majestät genehmigten Ministerialerklärung vom 6. d. M. von einer Aenderung der Fassung des Artikels IV Ziffer 8 abhängig gemacht wird, welche geeignet ist, die von Oesterreich in der Eurer Majestät vorliegenden Note vom 15. l. M. erhobenen Bedenken gegen das Wort „Allianz" zu beseitigen, welche sohin als eine entschiedene und durchaus unbedenkliche Verbesserung zu erklären ist.

Der treugehorsamst Unterzeichnete muß den größten Wert auf alsbaldigen Austausch dieser Ministerialerklärung legen und stellt demgemäß den alleruntertänigsten Antrag:

Eure Königliche Majestät wollen genehmigen, daß sofort auf telegraphischem Wege

1. die Einwilligung zur Teilnahme an den Ministerkonferenzen unter der Bedingung, daß dieselben auf Angelegenheiten des Zollvereins beschränkt bleiben, erteilt und

2. der von Freiherrn von Varnbüler beantragten Modifikation der Ministerialerklärung vom 6. Mai zugestimmt werde.

Marginalreskript des Königs:

Diese beiden Anträge genehmigt

Schloß Berg, 30. Mai 1867.

Ludwig.

„Allerhöchstes Signat" vom 30. Mai 1867.

Ich bin bei Genehmigung der zwischen Bayern und Württemberg gepflogenen Verhandlungen sowie der nach Karlsruhe und Darmstadt gerichteten Aktenstücke von der wiederholt von Ihnen hervorgehobenen Voraussetzung ausgegangen, es sei die Einleitung von Verhandlungen zwischen Süddeutschland und Preußen über eine Rekonstituierung des Bundes nicht von den südwestdeutschen Regierungen anzuregen und werde keinenfalls von Bayern angeregt werden, daß mir aber jetzt doppelte Vorsicht vonnöten zu sein scheint, da es sich nicht bloß um Wahrung der Selbständigkeit Bayerns, sondern im Hinblick auf die gereizte Stimmung Frankreichs und

Oesterreichs gegen Preußen bei der auf Seite der ersteren einmal bestehenden und für dieselben maßgebenden, gleichviel ob berechtigten oder nicht berechtigten Auffassung des Prager Friedens, auch um Fernhaltung der Gefährdung des europäischen Friedens handelt.

Ludwig.

Schreiben des Fürsten an die bayrische Gesandtschaft zu Wien.

München, 30. Mai 1867.

Die ausschließend zu vertraulicher Kenntnisnahme erfolgte Mitteilung der Grundlagen, über welche die Königliche Regierung eine Einigung der süddeutschen Staaten bezüglich ihrer nationalen Beziehungen zum übrigen Deutschland zu erzielen sucht, hat eine mündliche Aeußerung des Freiherrn von Beust, welche die Königliche Gesandtschaft am 12. Mai 1867 berichtet hat, und eine wesentlich weitergehende Note des Kaiserlichen Kabinetts vom 15. l. M., welche mir Graf Trautmannsdorf vorgelesen hat, hervorgerufen. Die offene Darlegung der letzteren macht der Königlichen Regierung eine ebenso offene Erwiderung zur Pflicht.

Weder die bayrische noch eine andre der süddeutschen Regierungen hat einen Vertrag eingegangen, welcher sie in ihrer Berechtigung, ihre nationalen Beziehungen zum übrigen Deutschland nach eignem freien Ermessen zu regeln, irgendwie beschränkte. Der Nikolsburger Präliminarvertrag vom 26. Juli 1866, auf dessen Artikel II der zwischen Preußen und Bayern am 22. August 1866 abgeschlossene Friedensvertrag in Artikel V Bezug nimmt, enthält eine solche Beschränkung und namentlich die dem Artikel IV des Prager Friedens vom 23. August 1866 beigefügte Klausel[1]) nicht. Er enthält keine Ver-

---

[1]) Artikel III des Berliner Friedens (zwischen Preußen und Bayern) vom 22. August 1866: „Seine Majestät der König von Bayern erkennt die Bestimmungen des zwischen Preußen und Oesterreich zu Nikolsburg am 26. Juli 1866 abgeschlossenen Präliminarvertrags an und tritt denselben, soweit sie die Zukunft Deutschlands betreffen, auch seinerseits bei."

Artikel IV des Prager Friedens vom 23. August 1866: „Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaats. Ebenso verspricht Seine Majestät, das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches Seine Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt *und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird.*" Der Zusatz der letzten acht Worte unterscheidet den Prager Frieden von dem sonst gleichlautenden Artikel II der Nikolsburger Präliminarien.

pflichtung, sondern nur den Ausdruck der Berechtigung der südwestdeutschen Staaten, einen Staatenverein unter sich zu bilden. Wenn die Königlich bayrische Regierung sich bei den Friedensunterhandlungen durch der Kaiserlichen Regierung nicht unbekannte Umstände isoliert und hierdurch veranlaßt fand, einen Allianzvertrag am 22. August mit Preußen abzuschließen, so hat *sie* hierdurch die Verträge und insbesondere den Prager Frieden vom 23. August, an welchem sie keinen Teil hatte, sicherlich nicht verletzt.

Ueber die Frage, ob diese Verträge mit den von *Preußen* zu Prag eingegangenen Zusagen unvereinbar sind, findet sich die Königliche Regierung zurzeit nicht veranlaßt eine Ansicht auszusprechen, muß sich jedoch dagegen verwahren, daß dieses ihr Stillschweigen als Zustimmung aufgefaßt werde. Dagegen erkennt die bayrische Regierung die moralische Verpflichtung vollkommen an, bei ihren *künftigen* Verträgen mit Preußen den von dieser Macht durch den Prager Frieden angenommenen Standpunkt auch ihrerseits festzuhalten und die volle Verantwortung, welche sie treffen würde, wenn durch ihre Teilnahme an einer Abweichung von diesem Vertrage europäische Verwicklungen hervorgerufen würden. Sie ist sich bewußt, diese Richtung bei ihren Beziehungen zu den übrigen deutschen Staaten konsequent und nicht ohne Erfolg vertreten zu haben, sie glaubt derselben auch bei dem Vorschlage vom 6. Mai treu geblieben zu sein und muß der Auffassung, daß in diesem Vorschlage eine Abweichung vom Prager Frieden zu finden sei, mit Bestimmtheit entgegentreten.

Daß durch vorherige Bildung eines süddeutschen Staatenvereins die Rekonstituierung Deutschlands nach Maßgabe des Prager Friedens — also ohne Oesterreich — erleichtert worden wäre, ist nicht zu bezweifeln. Der Grund des Nichtzustandekommens eines solchen Vereins lag bis jetzt in der rein negativen Haltung der württembergischen, badischen und hessischen Regierung und in dem Mangel jedes Anklangs dieser Idee im Volke, Umstände, welche einen solchen Versuch als vom Anbeginn verfehlt hätten erscheinen lassen. Die bayrische Regierung mußte sich deshalb bis jetzt auf die teilweise Einigung beschränken, welche in den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz Ausdruck gefunden hat.

Für den demnächst eintretenden Fall nun, daß bei Abschluß des Norddeutschen Bundes ein Verein der süddeutschen Staaten nicht bestehe, begegne ich zwei extremen Ansichten.

Nach der einen wäre die Voraussetzung, unter welcher Preußen eine beschränkende Verbindlichkeit übernommen habe, nicht eingetreten, habe also Preußen nun unbeschränkte Befugnis, sich vertragsmäßig mit den südwestdeutschen Staaten nach Belieben zu verbinden.

Nach der andern wäre die Bildung eines süddeutschen Staatenvereins Vorbedingung, ohne welche jede nationale Annäherung der süddeutschen

Staaten oder eines derselben an den Norddeutschen Bund einen Bruch des Prager Friedens begründe.

Ich kann keine dieser beiden Auffassungen als richtig anerkennen.

Der Artikel IV des Prager Friedens enthält zwei Hauptsätze:

1. die Anerkennung des Rechts der deutschen Staaten, einen nationalen Bund an Stelle des früheren Deutschen Bundes mit Ausschluß von Oesterreich zu bilden,

2. die Beschränkung dieses Rechts durch die Verpflichtung Preußens, den Staaten südlich des Mains innerhalb dieses Bundes eine internationale, unabhängige Existenz zu lassen.

Der in einer international unabhängigen Existenz einzelner Staaten innerhalb eines nationalen Bundes liegende Widerspruch löst sich durch einen Rückblick auf das frühere Bundesrecht, namentlich Artikel II der Bundesakte vom 8. Juli 1815,[1]) welcher die Selbständigkeit der den Beschlüssen der Bundesversammlung unterworfenen einzelnen Staaten anerkennt.

Eine Einigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland auf den Grundlagen, auf denen auch die frühere Bundesakte beruhte, ist demnach dem Prager Frieden nicht zuwiderlaufend. Eine solche Einigung glaubt die bayrische Regierung auch ohne vorherige Gründung eines südwestdeutschen Staatenvereins anstreben zu können, ohne hierdurch die mit der Abweichung von den Grundsätzen des Prager Friedens verbundene Verantwortung auf sich zu laden.

Erachtet sich die Königliche Regierung hiernach vollkommen berechtigt, auch ohne vorherige Zustimmung andrer Regierungen auf dem von ihr betretenen Wege vorzuschreiten, so mußte ihr doch der Rat der Kaiserlichen Regierung, eine rein zuwartende Stellung einzunehmen, die Verpflichtung auferlegen, die Frage der Opportunität, der tatsächlichen nationalen und politischen Rücksichten wiederholt und reiflich zu prüfen. Bayern, welches durch die Ereignisse des letzten Jahres aus Deutschland sicherlich nicht ausgeschieden ist, hat die nationale Pflicht und Aufgabe, das zerrissene nationale Band sobald möglich neu zu knüpfen. In dem Gefühle dieser Pflicht stimmt die Regierung mit dem weitaus größten Teile des Volks überein.

Bayern hat, wie aus dem Wortlaut des Artikels I der Punktation vom 6. Mai 1867 erhellt, nicht die Absicht einer Initiative in dieser Beziehung, sondern glaubt solche dem Norddeutschen Bunde überlassen zu sollen.

---

[1]) „Völkerrechtlicher Verein der deutschen souveränen Fürsten und freien Städte", B. A. 1, 2.

Wenn jedoch das Anerbieten von solchen Unterhandlungen von Preußen erfolgte, so würde die Königliche Regierung eine Weigerung, diesen Unterhandlungen beizutreten, im eignen Lande nicht zu vertreten imstande sein. Doch gesetzt, es gelänge ihr, solche nationale Regungen gewaltsam niederzudrücken, so würde ihr zweifellos die Macht fehlen, die übrigen südwestdeutschen Staaten zu gleicher Passivität zu bestimmen. Württemberg, Baden, Hessen werden mit dem Norddeutschen Bunde unterhandeln. Bayern hat die Wahl, bei diesen Unterhandlungen eine einflußreiche Stellung einzunehmen und Ueberschreitungen der durch die Verträge gezogenen Grenzen möglichst zu hindern, oder sich jedes Einflusses auf diese Neugestaltung zu begeben, ohne deshalb den möglicherweise aus denselben entstehenden Gefahren zu entgehen.

Die materiellen Interessen Bayerns und des übrigen Deutschlands sind so mannigfach verknüpft, daß Bayern es auf eine Zerreißung dieser Bande nur im Falle der äußersten Notwendigkeit und immer mit Gefahr für die eigne staatliche Existenz ankommen lassen könnte. Die Königliche Regierung demnach will und kann sich nicht von Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde über die Rekonstituierung Deutschlands ausschließen.

Die Königliche Regierung, welche den Wunsch und das Streben einer Wiederannäherung Oesterreichs an Deutschland deutlich genug manifestiert hat, wird bei diesen Unterhandlungen bestrebt sein, alle nach ihren oben dargelegten Ansichten dem Prager Frieden zuwiderlaufenden Stipulationen, alle eine spätere friedliche Annäherung an Oesterreich hindernden Verträge fernzuhalten. Ich glaube, daß die Kaiserliche Regierung das Gewicht dieser Gründe, daß sie die Gefahr, welche in einem Ausschluß Bayerns aus Deutschland für friedliche Regelung der deutschen Verhältnisse und insbesondere für Regelung der Beziehungen zu einem durch Ausbau seiner Verfassung neu gekräftigten Oesterreich liegen würde, kaum wird verkennen können. Ich hoffe demnach, daß die Kaiserliche Regierung sich zu der Tätigkeit der bayrischen Regierung in dieser Frage wenn nicht beistimmend, doch auch nicht hindernd verhalten und es unterlassen wird, der bayrischen Regierung in Erreichung ihrer Ziele hindernd in den Weg zu treten.

Um übrigens jede Mißdeutung des in Artikel IV Ziffer 8 der Punktation vorkommenden Worts „Allianz" zu beseitigen, sind die bayrische und die württembergische Regierung über eine andre, das Wort vermeidende Fassung dieser Stelle übereingekommen.

Der Königliche Gesandte erhält den Auftrag, dem Freiherrn von Beust von dem Inhalt dieser Depesche in vertraulichster Weise und mit dem ausdrücklichen Ersuchen Kenntnis zu geben, dieselbe als ausschließend für die Kaiserliche Regierung bestimmt und zu weiterer Mitteilung nicht geeignet erachten zu wollen.

Gemäß den vorstehenden Verhandlungen wurde die Fassung von Artikel IV Ziffer 8 der Ministerialerklärung vom 6. Mai dahin geändert:

„Dem Bundesvertrage ist die dem Artikel 71 des Entwurfs der Verfassung des Norddeutschen Bundes nachgebildete Bestimmung beizufügen, daß eine der Gemeinsamkeit der Nationalität entsprechende Verbindung mit Oesterreich anzustreben sei, sofern solche nicht gleichzeitig mit Abschluß des Bundesvertrags zu erreichen ist."

In dieser Form wurde der Vertrag am 31. Mai 1867 vollzogen, gleichzeitig mit ihm die folgende

„Besondere Uebereinkunft"
über gemeinsames Vorgehen Württembergs und Bayerns bei den Unterhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde.

I.

Für den Fall, daß das Erfordernis der Einstimmigkeit zu Abänderungen der Bundesgesetze nicht durchzusetzen ist, soll darauf bestanden werden, daß zur Aenderung einer Bestimmung des Bundesvertrags bei Annahme des in Artikel IV Ziffer 3 der Ministerialerklärung vorgesehenen Stimmenverhältnisses eine Majorität von drei Vierteilen erforderlich sein soll.

II.

Es soll darauf bestanden werden, daß der Anteil der Bundesglieder an dem Rechte der Bundeskriegserklärung, die Vertretung der Zollvereinsinteressen durch Generalkonsulate und die nach Verhältnis ihres Wertes für die einzelnen Bundesländer zu regelnde Beisteuer zur deutschen Marine durch Vertrag festgestellt werden.

III.

Auch mit dem Fürsten von Liechtenstein wird die bayrische Regierung über die Stellung, welche er in dieser Frage einzunehmen gedenkt, ins Benehmen treten.

Aufzeichnung des Fürsten über die Ministerkonferenz am 3. Juni 1867 in Berlin.

Nachdem ich gestern um 5[20] Uhr von München abgereist war, kam ich heute um 12 Uhr in Berlin an. Graf Montgelas empfing mich auf dem Bahnhofe und begleitete mich nach dem Hotel de Rome, wo ich sofort eine Einladung zu einer um 2 Uhr stattfindenden Ministerkonferenz vorfand. Zuvor kam Baron Varnbüler und teilte in allgemeinen Grundzügen den Stand der Sache mit und die Vorschläge der preußischen Regierung. Um 2 Uhr fuhr ich mit Ministerialrat Weber zum Grafen Bismarck. Dort fanden wir die Minister von Varnbüler, Dalwigk und

Freydorf sowie die Geheimräte Delbrück und Philippsborn, dann den Legationsrat von Nordeck, der mit Freydorf gekommen war.

Bismarck leitete die Verhandlungen mit einem kurzen Vortrag ein und gab uns das Protokoll, welches den Standpunkt der Regierung kennzeichnet. Ich ergriff sofort das Wort, bemerkte, daß ich gekommen sei, um die Bereitwilligkeit der bayrischen Regierung zu bekunden, sich an den Verhandlungen über die Rekonstruktion des Zollvereins zu beteiligen, obgleich ich von dem Programm und Plan des Gegenstands der Verhandlungen gar keine Kenntnis gehabt habe, müsse aber bemerken, daß der Standpunkt der preußischen Regierung, wie er in dem Protokoll ausgesprochen sei, durchaus nicht mit den Ansichten der bayrischen Regierung übereinstimme. Der Eintritt unsrer Abgeordneten in das Norddeutsche Parlament sei eine Einrichtung, die bei uns auf keine Zustimmung rechnen könne. Hierauf fragte Baron Varnbüler, wie denn die preußische Regierung sich das legislative Organ zusammengesetzt denke, worauf Bismarck erwiderte: analog dem früheren Bundestag werde die Einteilung der Stimmen in dem Bundeszollrat sein. Das legislative Organ sei eine dem Norddeutschen Reichstage analoge Körperschaft, gewählt aus direkten Wahlen, ein Abgeordneter auf 100 000 Einwohner. Die Kompetenz sei bestimmt durch die Verträge. Er erkläre, daß wenn wir Bedenken trügen, dem Zollparlament zuzustimmen, Preußen vorziehe, daß wir in Süddeutschland ein eignes Zollgebiet bildeten, das sich dann mit dem Norddeutschen Bunde und dem Norddeutschen Zollverein auf möglichst guten Fuß setzen könne. Preußen werde aber nicht von dem Projekte abgehen. Die Auflösung des Zollvereins werde die Folge der Nichtannahme sein. Was die Wahl der Abgeordneten betrifft, so rät Bismarck zu direkten Wahlen, er überlasse das aber uns und empfehle die Streichung der Diäten.

Ich führte nun aus, daß wir uns ein Zollparlament ganz anders gedacht hätten. Wir hätten eine Versammlung im Auge gehabt, welcher das Norddeutsche Parlament und die süddeutschen Kammern gewisse Rechte abzutreten hätten, welche auf die Zoll- und Handelsangelegenheiten Bezug haben, nicht aber einen Eintritt in das Norddeutsche Parlament. Nachdem Varnbüler und Freydorf sich für die preußischen Vorschläge erklärt hatten und Dalwigk bemerkt hatte, daß ihm wohl auch nichts andres übrig bleiben werde, als zuzustimmen, hob Bismarck noch einmal die Vorteile hervor, die ein Zollvereinsparlament vor der bisherigen Einrichtung haben werde.

Ich gab zu, daß bezüglich der reinen Zollangelegenheiten solche Vorteile nicht zu verkennen seien, müsse jedoch auf die politische Seite der Frage aufmerksam machen. Die Beschickung des Norddeutschen Parlaments zum Zwecke der Zollvereinsverhandlungen werde uns nach und nach in

den Norddeutschen Bund führen. Es widerstrebe uns aber, uns indirekt und nach und nach da hineinziehen zu lassen. Wenn wir eintreten wollten, würden wir schon von selbst kommen. Ich schlüge deshalb nochmals vor, eine besondere Versammlung zu berufen, der das Norddeutsche Parlament gewisse auf den Zollverein bezügliche Befugnisse abzugeben hätte, ebenso wie auch die süddeutschen Staaten zugunsten des Parlaments auf ihre bezüglichen Befugnisse verzichten würden.

Hiergegen erklärte sich Bismarck ganz entschieden. Darin liege eine Auflösung des Norddeutschen Bundes. So lieb ihm der Zollverein sei, so könne er doch nicht den Norddeutschen Bund dem Zollverein opfern. Minister von der Heydt stimmte dem bei.

Bismarck führte dann noch aus, daß wenn man gemeinschaftliche Einrichtungen wolle, man auch auf Teile seiner Selbständigkeit verzichten müsse. Er erkenne meine Offenheit an, erkläre aber hier, was er öffentlich nicht sagen würde, daß Preußen die süddeutschen Staaten nicht inkommodieren werde. Der preußischen Regierung liege nichts an unserm Eintritt in den Norddeutschen Bund, sie würde durch den Eintritt von achtzig süddeutschen Abgeordneten in den Reichstag nur in große Verlegenheit kommen. Varnbüler meinte, man könne ja die Versammlung „Zollabgeordnetenversammlung" nennen, und Dalwigk erinnerte an die englische Verfassung. Der Reichstag könne sich nach englischer Analogie in ein Komitee verwandeln u. s. w. Nachdem hierüber kein weiterer Beschluß gefaßt wurde, nahm nun Bismarck einen Konventionsentwurf vor, den er uns vorlas.

Hierüber wurde bis abends $^1/_2$9 Uhr diskutiert und das Protokoll entworfen, welchem den darauffolgenden Tag von Württemberg und Baden zugestimmt, während von mir eine besondere Erklärung abgegeben wurde.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß Preußen eher den Zollverein aufgeben als die Idee des Parlaments fallen lassen wird. Was Seine Majestät beschließen soll, ist schwer zu raten. Für Annahme spricht der Umstand, daß von weiteren Bundesverfassungsberatungen abgesehen werden kann, wenn wir den Zollverein haben, dann die Gefahren, die aus der Auflösung des Zollvereins entstehen. Will der König mit einem andern Ministerium die Auflösung des Zollvereins versuchen, so bin ich gern bereit, zurückzutreten.

Während der Präliminarvertrag vom 4. Juni von Baden und Württemberg sofort, von Hessen am 7. Juni unterzeichnet wurde, erklärte Fürst Hohenlohe, daß er diesen Entwurf einstweilen nur als einen preußischen Vorschlag betrachten könne, über den er die Erklärung der bayrischen Regierung vorbehalten müsse. In München schien Artikel 7 des Vertrags

mit der Erhaltung der Selbständigkeit des bayrischen Staats unvereinbar. Nach diesem Artikel sollte die gemeinsame Gesetzgebung über Zölle und indirekte Steuern durch den Bundesrat des Zollvereins als gemeinschaftliches Organ der Regierungen und ein Parlament als gemeinschaftliche Vertretung der Bevölkerungen ausgeübt werden. „Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen," sagte der Vertrag, „ist zu einem Vereinsgesetz erforderlich und ausreichend." Bayern widersprach der Einrichtung einer gemeinsamen, den Einzelstaat bindenden Gesetzgebung in Zollangelegenheiten, welche eine Mediatisierung der Einzelstaaten zu bedeuten schien und wünschte die Entwicklung der gemeinsamen Angelegenheiten des Zollvereins auf den Weg des Vertrags zu verweisen.

Zur Vertretung dieses Standpunkts wurde der bereits zum Gesandten in St. Petersburg ernannte Graf Taufffirchen am 14. Juni noch einmal nach Berlin gesandt. Er hatte in dem entscheidenden Punkte keinen Erfolg, erreichte aber zweierlei: daß Bayern im Zollbundesrate sechs statt vier Stimmen führen solle und daß bei Verhandlungen mit Oesterreich und mit der Schweiz Vertreter der angrenzenden Staaten zugezogen werden sollten. Auch wurde für die gesetzgebende Versammlung der Name „Zollparlament" vereinbart. Mit einem diese Bestimmungen enthaltenden Protokolle wurde der Vertrag vom 4. Juli vollzogen. Die Unterzeichnung des definitiven Zollvereinsvertrags durch die Vertreter aller Mächte fand zu Berlin am 8. Juli statt.

Journal.

München, 18. Juli 1867.

Heute nach dem Ministerrat ging ich zu Lutz, um ihm zu sagen, daß es mit der Vakatur des Justizministeriums nicht mehr länger gehe und daß ich mich entschlossen hätte, ihn in Vorschlag zu bringen. Er war davon angenehm berührt, riet aber, die Sache noch bis zur Rückkehr des Königs von Paris [1]) zu verschieben. Ich glaube, er fürchtete, man könne ihn dann um seine Reise nach Paris bringen. Er klagte dann über den Minister des Innern und versicherte mir, daß es nicht mehr länger mit ihm gehe. Die Abgeordneten machten sich über ihn lustig und die Angelegenheit mit dem Bürgermeister von Nürnberg breche ihm beim König den Hals. Dort war ein Herr von Wächter Bürgermeister. Diesen schlug Pechmann dem König als Regierungsdirektor vor. Der König sagte, er wolle nicht, denn dann werde in Nürnberg ein Radikaler gewählt und es entstünden Schwierigkeiten wegen der Bestätigung. Pechmann insistierte und behauptete, es würde jedenfalls ein Konservativer gewählt, und dann

---

[1]) König Ludwig reiste am 20. Juli nach Paris und kehrte am 29. zurück.

gab der König nach. Nun zeigt es sich, daß die Nürnberger einen sehr fortschrittlich gesinnten Herrn von Stromer wählen wollen und daß die Behauptungen Pechmanns aus der Luft gegriffen sind. Wir stimmten beide in dem ungünstigen Urteil über Pechmann überein und Lutz versichert, daß Pfeufer Aussicht habe, Minister des Innern zu werden. Auf diese Art erreiche ich meinen Zweck. Schließlich fragte ich ihn noch, wie es mit meinem Antrag wegen Hegnenberg-Dux stehe und erhielt die erfreuliche Nachricht, daß der König nichts dagegen einzuwenden habe, so hoffe ich, Graf Hegnenberg zum Gesandten in Berlin zu bekommen. Den Antrag wegen der Uebertragung des Justizministeriums an Lutz werde ich also jetzt ins reine schreiben und dem König geben, sobald er von Paris zurückkommt.

In das „Programm" des Fürsten,[1]) welches die Genehmigung des Königs und der im Amte bleibenden Minister gefunden hatte, war auch die „einheitliche Leitung des gesamten Sicherheitsdienstes" als zu erreichendes Ziel vorgesehen. Auf eine Anfrage des Ministerpräsidenten nach dem Stande der Arbeiten für die Vorbereitung dieser Reform erwiderte der Minister des Innern Freiherr von Pechmann am 11. Juli 1867, daß „der vielfach angeregten Umgestaltung des Gendarmeriekorps in ein Zivilinstitut dermalen und für die nächste Zukunft die erheblichsten Bedenken und Schwierigkeiten entgegenständen", daß sich insbesondere die Gewißheit ergeben habe, „daß im Falle der Vornahme dieser Umgestaltung der Gesamtaufwand für die Gendarmerie (gegenwärtig 1500000 Gulden) nicht unbeträchtlich zu erhöhen und gleichwohl die periodische Ergänzung des Mannschaftsstandes aufs äußerste gefährdet sein würde". Der Minister hatte sich danach für ein System entschieden, nach welchem die Gendarmerie ein militärisches Institut bleiben, Offiziere und Mannschaften dem Militärstande angehören und unter militärischer Disziplin und Gerichtsbarkeit stehen, in bezug auf die ihnen zugewiesenen Zivildienstleistungen aber in ein „unmittelbares Verhältnis zu den Polizeibehörden" gebracht werden sollten. Die administrative Leitung der Gendarmerie sollte von dem Kriegsministerium auf das Staatsministerium des Innern übergehen und in dessen Budget der Gesamtaufwand für die Gendarmerie eingestellt werden. Der Minister berief sich für diese Ordnung des Gendarmeriedienstes auf das Vorbild Preußens und die dort und in andern Staaten gemachten Erfahrungen.

Fürst Hohenlohe wendete sich gegen dieses Projekt in dem folgenden, eigenhändig konzipierten Schreiben an den Minister des Innern.

---

[1]) Siehe Seite 186.

München, 21. Juli 1867.

Der Unterzeichnete hat die schätzbare Note Seiner Exzellenz vom 11. d. M. empfangen und beehrt sich, dafür seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Er bedauert jedoch, mit der hiernach in Aussicht stehenden Maßregel sein Einverständnis nicht erklären zu können. Die vollständige Reorganisation der Gendarmerie ist eine absolute Notwendigkeit, wenn das in Angriff genommene Werk innerer Reformen in allen Richtungen mit Erfolg ausgeführt werden soll; sie ist deshalb ein Postulat der Politik im allgemeinen, und eben deshalb glaubt der Unterzeichnete auch, indem er die Feststellung der Detailbestimmungen und die Gestaltung der Einrichtung an sich als selbstverständlich lediglich zum Ressort des Königlichen Staatsministeriums des Innern gehörig unberührt läßt, bei der Entscheidung über das Grundprinzip, welches bei der Reform zu befolgen sein wird, wesentlich beteiligt zu sein und erlaubt sich deshalb, auf die Frage näher einzugehen.

Die schätzbare Note von 11. d. M. läßt im Eingang ersehen, daß auch Seine Exzellenz der Staatsminister des Innern Freiherr von Pechmann die Umgestaltung der Gendarmerie in ein Zivilinstitut als das wahrhaft Richtige ansehen. Der Unterzeichnete teilt nicht nur diese Ansicht, sondern er ist vollständig überzeugt, daß die Regierung mit einer andern Maßregel gar nicht in die bevorstehende Budgetberatung eintreten kann, daß jeder Versuch, die Gendarmerie als einen Teil des Militärstands zu erhalten, die ganze Reform nutzlos machen und überdies ein völlig aussichtsloser sein würde, welcher der Regierung eine eklatante Niederlage in der Kammer wie in der öffentlichen Meinung bereiten müßte. Daß der Beseitigung dieses Militärverbands, insbesondere aber der Abschaffung der militärischen Offiziere große Schwierigkeiten entgegengestellt werden würden, hat sich der Unterzeichnete nie verhehlt, allein gerade dieser letztere Punkt ist es, bei dem die Reform des Instituts vor allem anfangen muß; denn er ist es zumeist, welcher verhindert, daß die Gendarmerie den berechtigten Anforderungen entspricht. Es ist eine so große Anomalie, die zum Polizeidienste und zur Ausführung der Befehle der Verwaltungsbehörden bestimmten Organe unter das Kommando von Vorgesetzten zu stellen, welche der Sache völlig fremd sind, vom Polizeiwesen gar keine Kenntnis haben, nicht die mindeste Erfahrung im Sicherheitsdienste besitzen und den Verwaltungsbehörden nicht subordiniert sind, daß nur die gewichtigsten Gründe eine solche in sich selbst widersprechende Einrichtung motivieren könnten.

Diese Gründe kann nun der Unterzeichnete nirgends auffinden.

Weshalb das Hinwegfallen des sehr teuren Apparats eines Gendarmeriekorpskommandos und einer Anzahl von Stabsoffizieren die Kosten der Gendarmerie vermehren soll, ist nicht wohl abzusehen. Aber selbst wenn

die Kosten der Gendarmerie durch Organisation derselben als Zivilinstitut auf das Doppelte steigen würden, so würde die Kammer jedenfalls für eine richtig reorganisierte Gendarmerie eher drei Millionen zahlen als für das gegenwärtige Institut auch nur eine halbe Million bewilligen. Daß aber die bisherige Ergänzung der Gendarmerie nicht gerade das beste Material zuführt, daß vielmehr vielfach junge, unerfahrene, mehr dem Lebensgenusse als dem Dienste ergebene Soldaten nicht die richtige Schutzmannschaft sind, darüber herrscht im ganzen Lande nur eine Stimme. Wenn übrigens die Ergänzung der Gendarmerie bisher so schwierig war, so ist dies erfahrungsgemäß gerade die Abneigung brauchbarer Elemente, sich unter das Kommando von Militäroffizieren zu stellen und mit Exerzieren und andern für den Sicherheitsdienst völlig unnötigen militärischen Uebungen und Dienstleistungen behelligt zu werden.

Die militärische Organisation der Gendarmerie reduziert sich nach der beabsichtigten Reform auf die Beibehaltung der militärischen Disziplin, die Militärgerichtsbarkeit und die Besetzung der Offizierstellen mit Linienoffizieren, obwohl auch in dieser Beziehung eine Konzession an das von dem Unterzeichneten vertretene Prinzip durch die in Aussicht gestellte Beförderung von tüchtigen Brigadiers gemacht wird. Die militärische Disziplin kann selbstverständlich bleiben, ohne daß die Gendarmerie dem Militärstande angehört; es ist hier nur auf die Grenzzollwache zu verweisen. Die Militärgerichtsbarkeit ist um so unmöglicher aufrechtzuerhalten, als sie künftig auch bei dem Heere auf ein Minimum beschränkt sein wird. Es kann sich daher nur noch fragen, ob die Offiziere zur Polizei oder zum Militärstande gehören sollen. Diese Frage ist aber durch die gar nicht zu umgehende Konzession entschieden, daß, „sobald die Gendarmerieoffiziere auf Anordnung des Ministeriums des Innern oder einer Kreisregierung zu Zivildienstleistungen kommandiert sind, dieselben den hierbei erhaltenen näheren Anordnungen pünktlich Folge zu leisten hätten". Jemand Gehorsam gegen die Befehle einer Stelle auflegen zu wollen, welche ihm nicht vorgesetzt ist, erscheint aber ein innerer Widerspruch und deshalb völlig untunlich. Ob das Kriegsministerium ein Interesse daran haben kann, ein Korps zu besitzen, welches weder im Frieden noch in Kriegszeiten zur Armee zugewiesen werden darf, und welches überdies „andern Militärbefehlshabern als seinen speziellen Vorgesetzten fernerhin nicht mehr unterstellt sein soll", also einen Staat im Staate bildet, darf billig bezweifelt werden, und endlich mag hervorgehoben werden, daß die Sache durch Einstellung des Budgets der Gendarmerie in das Budget des Ministeriums des Innern entschieden sein dürfte, denn ein Militärinstitut auf das Budget des Zivildienstes zu stellen, kann wohl nicht beabsichtigt, jedenfalls nicht durchführbar sein.

Der Unterzeichnete ersucht Seine Exzellenz dringend, die Frage nochmals in Erwägung ziehen zu wollen. Eine Erkundigung über die Stimmung der Mitglieder des Landtags wird Seine Exzellenz überzeugen, daß ein Projekt wie das in Betracht kommende auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat, und außerdem würde der Unterzeichnete lebhaft bedauern, wenn er bei Beratung dieses Vorschlags im Ministerrat demselben mit Entschiedenheit entgegentreten müßte . . .

Journal.

24. Juli 1867.

Seit der Abreise des Königs beschäftigte mich zuerst die nordschleswigsche Frage. Frankreich hat in Berlin eine Mitteilung machen lassen, daß es die Garantieforderung wegen der Deutschen seitens Preußens [1]) nicht für begründet halte. Thile ist darüber beunruhigt. Die Antwort von Dänemark an Preußen in derselben Sache lautet ausweichend, doch schließt sie eine Verständigung nicht aus. Es wäre klug, wenn Preußen die Sache nicht auf die Spitze treiben wollte. Ich habe dies Werthern gesagt und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen sehr isoliert bleiben würde. Mit Lesourd, dem französischen Legationssekretär, habe ich auch in dieser Sache gesprochen und zur Vorsicht geraten.

In der Zwischenzeit ist die Reise des Sultans durch Bayern aufgetaucht und machte mir viel zu tun. Anfragen in London und Paris führten zu dem Resultat, daß der Sultan am 25. in Nürnberg übernachten werde. Ich beantragte sofort beim König, er möge einen königlichen Prinzen abordnen, um den Sultan zu begrüßen, und mich ebenfalls absenden. Dies wurde genehmigt. Ich telegraphierte nun an Ferad Pascha nach Aachen und zeigte ihm dies an und offerierte ein Souper. Die Antwort lautete, daß der Sultan das Souper nicht annehme, da er die Stunde seiner Ankunft nicht bestimmen könnte, dagegen sich freuen würde, den Prinzen zu sehen. Von Graf Pückler aus Koblenz kam die Liste der vierzig hoffähigen Türken, die an dem Souper teilzunehmen hätten. So war nun alles zur Reise bereit, und Hof und Stall wurden in Bewegung gesetzt, das Nötige nach Nürnberg zu schaffen.

25. Juli.

Nachdem die Vorbereitungen soweit getroffen waren, machte ich mich heute früh auf den Weg zur Eisenbahn, die Tasche voll Telegrammen an

[1]) Am 18. Juni hatte Preußen durch eine Note seines Gesandten in Kopenhagen „die nötigen Garantien für den Schutz der Deutschen" und die Uebernahme eines Teils der Schuld der Herzogtümer für die Voraussetzung der im Prager Frieden (Artikel 5) vorgesehenen Rückgabe der nördlichen Distrikte von Schleswig an Dänemark erklärt. Dies führte zur Einmischung Frankreichs.

die Regierungspräsidenten, Stadtkommandanten u. s. w., die ich dem Prinzen Adalbert zur Genehmigung vorlegte (er war zur rechten Zeit auf der Eisenbahn) und dann absandte. Um 6 Uhr stieg ich zum Prinzen in den Salonwagen. Wir unterhielten uns ganz gut. Der Prinz ist recht angenehm und war äußerst liebenswürdig. Seine politischen Ansichten zeugen von vielem Verständnis.

In Gunzenhausen wollte ich eine Tasse Kaffee trinken, fand aber auf dem Weg zur Restauration den Revierförster Geiger und mußte deshalb, da ich denselben, der halb blind war und seiner Augen wegen nach Nürnberg reiste, nicht vom Platz bringen konnte, wieder hungrig einsteigen. Hier fand ich nun den Prinzen vor einem Haufen von zwölf Würsteln, vielem Brot und einer Maß Bier. Er aß alle zwölf Würsteln! Mir wurde ganz flau vom Zusehen. Um 12 Uhr waren wir in Nürnberg. Den offiziellen Empfang hatten wir uns verbeten. So war außer dem Eisenbahnpersonal in Uniform niemand da. Der Prinz lud mich ein, mich zu ihm in den Wagen zu setzen. Das Volk begrüßte uns mit sehr freundlichen Hochrufen. Der Prinz war über diese Manifestationen sehr erfreut.

Um 1 Uhr war Diner, dem die Generalität beiwohnte. Nach Tisch war Siesta, wie der Prinz es nennt. Um 4 Uhr besahen wir das Schloß. Als der Prinz sich aber zu tief in die Marterkammern, unterirdischen Gänge u. s. w. vertiefte, verlor ich mich mit Moy[1]) und machte einen Spaziergang durch die Stadt, die auffallend belebt war. Ganz Franken war hierher mit der Eisenbahn gekommen. Als wir wieder auf die Burg in unsre Wohnung kamen, erhielten wir die Nachricht, daß der Sultan um 10 Uhr abends ankommen werde.

Demgemäß wurde die Abfahrt von der Burg um 9 Uhr festgesetzt. Moy und Graf Kreith fuhren voraus. Ich mit dem Prinzen in einem Galawagen nach.

Die Straßen waren voll von Menschen, Kopf an Kopf. Wir warteten im königlichen Salon. Pünktlich um 10 Uhr wurde das Zeichen gegeben, daß der Zug nahe. Bald kam er unter atemloser Spannung der Menge herein. Die Musik fing an zu spielen. Der Zug konnte lange nicht auf den richtigen Platz kommen, um dem Sultan das Aussteigen auf dem Teppich vor dem Prinzen zu ermöglichen. Unterdessen hatte das Publikum die Dächer der Waggons erklettert, um das Aussteigen mitanzusehen, zum großen Aerger des türkischen Gesandten in Berlin, der früher ausgestiegen war und dem diese Nürnberger Rücksichtslosigkeit sehr mißfiel.

Endlich konnte der Wagen geöffnet werden. Der Sultan, ein kleiner

---

[1]) Oberzeremonienmeister von Moy.

Mann mit schwarzem Bart und freundlichen schwarzen Augen, stieg aus, Der Prinz geleitete ihn in den Salon, hielt ihm dort eine stattliche Anrede in französischer Sprache, die Ferad Pascha übersetzte. Während der Anrede des Prinzen kratzte sich der Sultan den Bart und sah sehr gelangweilt aus. Erst als ihm Ferad die Rede übersetzt hatte, antwortete er sehr leise, worauf der Prinz wieder einige höfliche Worte erwiderte. Dann stellte uns der Prinz dem Sultan vor; als er meinen Namen nannte, reichte der Sultan mir die Hand, ich stand aber so weit, daß ich erst nach einem wie Bescheidenheit aussehenden Zögern die Hand ergreifen konnte. Nachdem die Vorstellung beendigt war, bestieg der Sultan den Wagen; erst wollte er Ferad im Wagen haben, der Prinz aber drang sehr artig darauf, die Ehre haben zu dürfen, mit ihm zu fahren, und Ferad, der in der Nähe sein mußte, wurde nun sofort von mir eingeladen, in den nächsten zweisitzigen Wagen einzusteigen. Ich setzte mich zu ihm, überließ Graf Zech, für die kaiserlichen Prinzen, die noch irgendwo in einem Wagen sitzengeblieben waren, zu sorgen, und wollte fortfahren lassen. Nun erklärte aber Ferad Pascha, der premier chambellan müßte auch mit, so daß wir denselben zwischen uns einklemmten. Wir kamen durch die furchtbare Volksmenge endlich glücklich im „Bayrischen Hof" an. Die Leute waren ziemlich anständig, johlten nur bisweilen und guckten mit der größten Neugierde in die Wagen, waren natürlich desappointiert, wenn sie meine bayrische Uniform statt des erhofften Turbans zu sehen bekamen.

Im Hotel ging der Prinz mit dem Sultan in einen besonderen Salon. Ich wurde ebenfalls eingeladen, mich dazu zu setzen. Der Sultan saß auf einem Kanapee, hatte ein Bein untergeschlagen und unterhielt sich mit Hilfe Ferad Paschas mit uns. Bald darauf sagte der Prinz: „Ich denke, jetzt könnten wir gehen." Worauf dann allgemein Aufbruch war.

26. Juli.

Der Sultan hatte sich gestern entschlossen, in Nürnberg bis heute Mittag zu bleiben. Wir konnten also ausschlafen, was um so wünschenswerter war, als das Souper mit dem Prinzen Adalbert bis 1 Uhr dauerte.

Heute früh kam die Nachricht, daß König Otto[1]) heute Nacht versehen worden sei.[2]) Das wird wieder viel zu tun geben.

Um 11 Uhr fuhr ich mit Moy hinunter. Wir besuchten erst Ferad Pascha. Dann als der Prinz nachkam, ging ich hinunter, um dem Abschiedsbesuch des Prinzen beim Sultan beizuwohnen. Der Sultan saß mit dem Prinzen auf einem Kanapee. Eine Türe, die auf den Balkon ging, war offen, so daß die Nachbarn und sogar einzelne aus dem Volk auf

[1]) Von Griechenland, der in Bamberg residierte.

[2]) Mit den Sterbesakramenten.

der Straße die Entrevue mitansehen konnten. Der Prinz bat den Sultan, einen Augenblick auf den Balkon zu treten, um sich den Leuten zu zeigen. Es wurde dann etwas Hoch gerufen, doch mehr aus Scherz als aus irgendwelcher Sympathie für den Sultan, die man auch den Nürnbergern in keiner Weise zumuten kann.

Die Konversation wurde wieder durch Ferad Pascha geführt. Der Sultan hat ein blasiertes, skeptisches, aber freundliches Wesen. Sehr viel Bewußtsein seiner Würde. Er macht ganz den Eindruck wie ein polnischer Gutsbesitzer. Sein Tarbusch ist anders als die, welche ich im Orient gesehen habe. Es scheint, daß die Mode sich geändert hat. Die jetzigen roten Mützen haben die Form umgestülpter kleiner Blumentöpfe und sind sehr häßlich. Er trug einen schwarzen Anzug wie ein protestantischer Pfarrer, der kleine Prinz von zehn Jahren ebenso. Auf dem Bahnhof, wohin wir uns nach dem Besuch begaben, wurde der Kleine herbeigeholt und saß mit sehr ernster Miene vor Prinz Adalbert.

Hier dauerte die Konversation noch geraume Zeit. Endlich kam die Meldung, daß alles fertig sei. Der Prinz begleitete den Sultan bis an den Waggon, dort wurde Abschied genommen. Der Sultan gab auch mir noch die Hand, stieg ein, und nach einigem Zögern fuhr der Zug ab. Auf dem Weg vom Gasthof zum Bahnhof fuhr ich wieder mit Ferad Pascha. Ich fragte ihn nach seinen politischen Eindrücken. Er meinte, man sei allgemein sehr friedlich gesinnt. Nur die schleswigsche Frage habe ihn etwas beunruhigt. Der König von Preußen habe sich aber in sehr friedlicher Weise geäußert.

Mir sagte er in seiner orientalischen Manier viel Schmeichelhaftes, daß er sich gefreut habe, „un des hommes les plus distingués de l'Allemagne“ kennen gelernt zu haben, wofür ich ihm dann die Erwiderung an den Kopf schleuderte, daß ich sehnlichst gewünscht hätte, „de faire la connaissance de l'homme d'Etat qui depuis bien des années avait pu conduire la politique de l'Empire Ottoman avec tant de talent et de succès“. Schließlich beauftragte mich Prinz Adalbert, ihm ein Telegramm aufzusetzen, um dem König das Resultat unsrer Mission und die „remercîments sincères“ des Sultans auszusprechen.

Dann um 1 Uhr Diner und 4^{20} Uhr Abreise nach München, womit diese sehr interessante Episode schloß.

Von König Otto keine bessere Nachricht.

Auf der Rückreise nach Nördlingen erhielt ich das Telegramm, daß König Otto um 6¼ Uhr Abends gestorben sei.

München, 5. August 1867.

Gestern war ich um 12 Uhr nach Berg zum König bestellt. Ich fand auf der Eisenbahn den reußischen Gesandten Herrn von Schmertzing,

der um dieselbe Zeit seine Audienz hatte. In Starnberg fanden wir eine offene Kalesche vom Hof, welche uns nach Berg brachte. Herr von Schmerling war sehr erstaunt über das ländliche Aussehen des königlichen Etablissements. Die ganze Hofhaltung ist fast bürgerlich. Die Gänge wimmeln immer von Spülweibern und Mägden, die allerlei Gefäße tragen. Sauer[1]) empfing uns an der Treppe. Während der reußische Gesandte beim König war, ging ich zu Ministerialrat Lutz, um ihn über das Ministerium zu fragen. Die Entlassung von Pechmann scheint in den Hintergrund getreten zu sein. Was den Justizminister betrifft, so zeigte er eine lange Liste aller nur irgend denkbaren Kandidaten, die er mit dem König besprochen hat. Die Hauptkandidaten sind Neumayr, Steyrer, Seuffert und Metz. Neumayr und Metz sind mir unangenehm, weil sie zu der Koterie der Ministermacher gehören. Steyrer ist schwerfällig. Seuffert ist auch nicht geeignet. Die Abgeordneten, die darauf verzeichnet waren, wie Hohenadel, Streit, Stenglein u. s. w. sind auch keine passenden Leute; ich bleibe bei der Ansicht, daß Lutz der einzige ist, der mir paßt. Er ist ein gescheiter, energischer Mann. In den politischen Ansichten stimmt er mit mir überein, und im Ministerrat werde ich an ihm eine Stütze haben. Ich sagte daher Lutz, daß ich den Antrag, der ihn vorschlägt, dem König geben würde.

Bald darauf wurde ich zur Audienz gerufen. Der König war sehr liebenswürdig. Er teilte mir sofort mit, daß die Königin von Griechenland die Masern habe, ich also nicht nach Bamberg zu gehen brauche. Dann kamen wir auf die griechische Frage[2]) zu sprechen, wobei ich ihm Taufffirchens Vorschlag mitteilte, wonach die Sache in Petersburg besprochen werden solle, womit er einverstanden war. Er legt keinen Wert auf die ganze Sache und will sie fallen lassen.

Ich erzählte ihm nun, daß Napoleon wegen der mexikanischen Katastrophe nach Salzburg komme, las ihm einen Brief von Dönniges vor, der über die deutschen Sympathien des Kaisers Napoleon spricht, kam dann auf Hegnenberg, mit dessen Ernennung nach Berlin der König einverstanden ist,[3]) auf die Reise Holnsteins nach Dessau und anderes. Endlich zog ich meinen Antrag bezüglich des Justizministers vor, worin ich Lutz in Vorschlag bringe. Ich fragte, ob ich ihm denselben direkt geben dürfe, da es sich wohl nicht passe, ihn durch Lutz selbst geben zu lassen. Er war damit einverstanden, sagte aber, er könne Lutz nicht entbehren.

---

[1]) Flügeladjutant von Sauer.

[2]) Finanzielle Forderungen des Königs Ludwig I. an die griechische Regierung aus der Zeit der bayrischen Herrschaft.

[3]) Graf Hegnenberg-Dux lehnte den Berliner Posten ab, worauf Freiherr von Perglas, bis dahin in Paris, nach Berlin ernannt wurde.

Worauf ich erwiderte, daß ich den Antrag als acquit de conscience geschrieben hätte und er ihn überlegen möchte.

Beim Weggehen sprach er noch über Paris, erzählte, daß der Kaiser ihn gewarnt habe, sich nicht zu tief mit Preußen einzulassen und entließ mich dann mit Grüßen an meine Frau, der er ein Bukett schickt.

Ich ging dann wieder hinunter, frühstückte mit Herrn von Schmertzing und Sauer und fuhr dann nach München zurück.

Auch von Paumgarten war die Rede. Der König glaubte, Paumgarten sei schon Gesandter in London, während ich ihm den Grafen Hompesch nannte, der auch gut angeschrieben zu sein scheint. Dönniges nach Italien zu schicken wäre ihm nicht unangenehm, doch sagte ich ihm, daß ich mich noch näher erkundigen würde.

Bericht an den König.

München, 4. August 1867.

Wenn es der treugehorsamst Unterzeichnete wagt, eine Frage zu berühren, die dem Kreise der seiner Amtstätigkeit zugewiesenen Gegenstände fernliegt, so wollen Eure Königliche Majestät diesen Schritt durch die allergnädigste Erwägung entschuldigen, daß es dem treugehorsamst Unterzeichneten als Vorsitzendem des Königlichen Ministerrats obliegt, diejenigen Hemmnisse sofort zur Kenntnis Eurer Königlichen Majestät zu bringen, welche sich einer ersprießlichen Tätigkeit des Ministerrats entgegenstellen. Zu solchen Hemmnissen muß der treugehorsamst Unterzeichnete die längere Erledigung des Justizministeriums rechnen, wenn er auch sehr wohl weiß, daß einer früheren Wiederbesetzung des Königlichen Justizministeriums unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden.

Jetzt aber naht sich im Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten die Beratung des neuen Zivilprozesses ihrem Ende. Bevor die letzte Feststellung erfolgt, sollte der verantwortliche Chef des Justizwesens denselben nochmals prüfen, um die Interessen der Regierung vollständig zu wahren; bei den Verhandlungen im Ausschusse der Reichsratskammer kann der Justizminister ohnedies nicht fehlen. Die Entwerfung des Budgets ist nicht länger zu verschieben, und es kann ein solches für den Justizdienst unmöglich von einem andern endgültig aufgestellt werden als von demjenigen, welcher es den Kammern gegenüber zu vertreten hat. Endlich, so unbedeutend an sich die Sache ist, macht doch der in Aussicht stehende Juristentag gleichfalls eine baldige Entscheidung zum Bedürfnis, da es sicherlich eine für Bayern höchst empfindliche Kritik hervorrufen müßte, wenn zur Zeit der Versammlung das Justizwesen eines obersten Leiters entbehren müßte.

Alle diese Gründe haben den treugehorsamst Unterzeichneten veranlaßt, eine entsprechende Persönlichkeit zu suchen, welche er Eurer Königlichen Majestät zur Wiederbesetzung des Postens in Vorschlag bringen könnte. Es ist nicht zu leugnen, daß die Wahl eine sehr schwere ist. Denn wenn auch vor allem von dem zu ernennenden Justizminister verlangt werden muß, daß er ein tüchtiger Jurist und Geschäftsmann und als solcher nicht bloß seinen näheren Amtsgenossen, sondern in weiteren Kreisen anerkannt sei, so glaubt doch der treugehorsamst Unterzeichnete, daß diese Eigenschaften allein nicht genügen dürften.

Das bayrische Justizwesen und die Justizverwaltung selbst bedürfen einer durchgreifenden und gründlichen Reform. Nur ein Mann von wahrer Energie, der streng zu sein versteht, ohne tyrannisch zu werden, wird die schwere Aufgabe lösen können, aber auch nur ein Mann, welcher im bureaukratischen Leben nicht den Blick für die Fehler und Mängel seines Berufsstands verloren hat und welcher die Bedürfnisse der Gegenwart hinsichtlich einer volkstümlichen, vom hergebrachten Schlendrian befreiten, Justizverwaltung erkennt.

Dies alles aber würde nach der Ansicht des treugehorsamst Unterzeichneten nicht ausreichen, wenn der neue Justizminister nicht zugleich eine Persönlichkeit ist, welcher die Vertretung des Landes mit Vertrauen entgegenkommt und welche die Unterstützung derselben zu finden hoffen darf, um die unumgänglich nötigen pekuniären und disziplinären Maßregeln bei der Kammer durchzusetzen.

Endlich erfordert es wohl die allgemeine politische Lage, daß in dieser Hinsicht Uebereinstimmung des in das Ministerium eintretenden Mannes mit den übrigen Ministern stattfinde, und ist es daher schon aus diesen Rücksichten untunlich, eine Persönlichkeit aus einer jener Parteien zu wählen, welche nach der einen oder andern Seite hin die extremen Ansichten vertreten.

Faßt nun der treugehorsamst Unterzeichnete zusammen, was nach seiner innersten Ueberzeugung von dem zu ernennenden Justizminister gefordert werden muß, und prüft er die möglicherweise in Betracht zu ziehenden höheren Justizbeamten, so muß er nach reiflicher Ueberlegung als den würdigsten Kandidaten den Ministerialrat Lutz bezeichnen. Da Eure Königliche Majestät denselben seit Jahren kennen, wird der treugehorsamst Unterzeichnete sich kurz zu fassen haben und kann wohl darüber, daß in ihm ein Minister gefunden wäre, welchem die Wahrung der Selbständigkeit Bayerns am Herzen liegt, ebenso hinweggehen als darüber, daß derselbe die nötige Energie und Willensstärke besitzt, im Justizwesen die gebotenen Reformen durchzuführen. Was aber die spezielle Befähigung im Justizdienste betrifft, so hat sich Herr von Lutz durch seinen hervorragenden

Anteil an der Beratung des deutschen Handelsgesetzbuchs nicht bloß in der bayrischen, sondern in der deutschen Justizwelt einen ehrenvollen Namen erworben, und glaubt der treugehorsamst Unterzeichnete noch besonders bemerken zu müssen, daß Ministerialrat von Lutz dem Koteriewesen und den persönlichen Beeinflussungen, welche sich in den höheren Beamtenkreisen der Justiz mitunter fühlbar machen sollen, fernsteht und daher der rechte Mann wäre, auch in dieser Hinsicht durchzugreifen. Der treugehorsamst Unterzeichnete verkennt nicht, daß der Vorschlag, Eure Königliche Majestät wollen einen so treuen und zuverlässigen Arbeiter Allerhöchstihrem unmittelbaren Dienste entziehen, eine nicht geringe Anforderung enthält; allein die Ueberzeugung, daß es das Interesse Eurer Königlichen Majestät unabweisbar verlangt, den Posten des Justizministers mit einem vollkommen geeigneten Manne zu besetzen, legt dem treugehorsamst Unterzeichneten die Pflicht auf, dennoch mit diesem alleruntertänigsten Antrage hervorzutreten.

Journal.

München, 23. August 1867.

Nachdem mir durch den französischen Gesandten gestern der Wunsch des Kaisers Napoleon [1]) ausgesprochen worden war, mich hier auf dem Bahnhof zu sehen, und nachdem ich auch von dem König noch gestern Abend den Auftrag erhalten hatte, den Kaiser und die Kaiserin in seinem Namen zu begrüßen, begab ich mich um 3/4 12 Uhr Mittags auf den Bahnhof, um den Zug zu erwarten.

Dieser kam um die bestimmte Stunde. General Fleury fragte gleich, ob ich da sei, und ich wurde sodann, nachdem der Schlag geöffnet war, vom Kaiser eingeladen, hereinzusteigen.

Nachdem der Kaiser mich begrüßt und seine Dankbarkeit für Seine Majestät den König über den Empfang, den er in Bayern gefunden hatte, ausgesprochen, erwähnte er, daß er für Bayern noch lebhaftes Interesse fühle, da er hier seine Jugend zugebracht habe. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn daran zu erinnern, daß er mir schon vor Jahren in Paris diese Gesinnungen ausgesprochen habe, als ich die Ehre gehabt hätte, ihm vorgestellt zu werden.

Dann nahm er mich beiseite an eines der Waggonfenster und begann die politische Konversation mit den Worten: „Vous trouvez beaucoup de difficultés?“ Ich erwiderte, daß allerdings die Lage der Mittelstaaten eine schwierige sei. Dazu komme, fuhr der Kaiser fort, noch die Presse,

[1]) Auf der Rückreise von Salzburg, wo vom 18. bis 23. August die Begegnung mit dem Kaiser von Oesterreich stattgefunden hatte. König Ludwig hatte den Kaiser am 17. August in Augsburg empfangen.

worauf ich erwiderte: „La presse chez nous est encore très peu civilisée.“

Lachend antwortete er: „Oui, chez nous aussi elle n'est pas très civilisée.“

Dann fuhr er ernsthaft fort, er hoffe, daß der Friede erhalten werde. Er sei immer für den Frieden, die Menschheit bedürfe des Friedens, und der Gedanke, daß die Vergrößerung und Kräftigung eines Landes eine Drohung für einen Nachbarstaat sei, „est passée de mode“. Viel hänge freilich von Preußen ab. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei leicht irritiert, und es komme darauf an, ob Preußen den Norddeutschen Bund noch weiter ausdehnen wolle. Ich erinnerte nun daran, daß Bismarck selbst erklärt habe, er könne uns nicht brauchen. „Oui, M. de Bismarck,“ antwortete der Kaiser, „m'a aussi parlé avec beaucoup de modération, mais,“ fügte er lächelnd bei, „il prétend que ce sont les Etats du midi qui le forcent à aller plus loin.“

Ich erwiderte, daß dies Drängen nur von einer Partei ausgehe, und daß man sich im allgemeinen in betreff des Eintritts in den Norddeutschen Bund abgekühlt habe.

Dann sagte er, indem er mich halb fragend ansah: „Je regrette que vous n'ayez pu former la confédération (oder union) des Etats du midi de l'Allemagne. Mais c'était impossible?“ Ohne auf die Frage näher einzugehen, verwies ich auf die materiellen Interessen, die uns mit dem Norden von Deutschland verbinden, und bemerkte, daß die Abneigung gegen einen Süddeutschen Bund zum Teil ihren Grund in der Befürchtung fände, daß dadurch diese materiellen Interessen geschädigt werden könnten. Er wiederholte dann nochmals die Friedensversicherungen, und ich benutzte die Gelegenheit, zu sagen, daß eine Einigung von Oesterreich, Preußen und dem übrigen Deutschland und eine Allianz dieser Konföderation mit Frankreich jedenfalls das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens und zum Schutze der Zivilisation sei. Was der Kaiser beifällig aufzunehmen schien, indem er sagte: „Oui, la civilisation est bien menacée.“ Er sprach noch von den Gefahren der sozialen Bewegung und brach dann das Gespräch ab.

Darauf kam die Kaiserin, die mir von meinem Bruder [1]) und meiner Schwägerin in Salzburg, von meiner Familie u. s. w. sprach, und daran eine längere Unterhaltung über die Urlaube der Minister knüpfte, bis der Kaiser kam und erinnerte, daß es Zeit sei, abzureisen. Er bedauerte, nicht länger mit mir sprechen zu können, trug mir auf, dem König seinen Dank auszusprechen, worauf ich den Waggon verließ. Mit mir war noch

---

[1]) Dem österreichischen Obersthofmeister Prinzen Konstantin zu Hohenlohe.

im Waggon gewesen der französische Gesandte und seine Frau, und Herr von Radowitz,[1]) der sich der besonderen Gunst des kaiserlichen Hofs erfreut.

Großherzog Friedrich von Baden an den Fürsten Hohenlohe.

Karlsruhe, 29. August 1867.

Seit Sie die Güte hatten, mir zu schreiben, ist eine so lange Zeit verstrichen, daß ich fast Anstand nehme, noch auf die damals berührten Gegenstände zurückzukommen. Ein Dank kann aber nie zu spät kommen, und somit hoffe ich, daß Sie ihn auch heute noch freundlich aufnehmen wollen.

Eine gründliche Veränderung der Verhältnisse hat aber inzwischen stattgefunden und die damals uns bewegende Luxemburger Frage hat bereits andern den Platz geräumt.

Die Lage der Verhältnisse von Südwestdeutschland hat, wie mir scheint, eine Verbesserung erfahren durch Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins. Wir haben wenigstens ein festeres Band mit Norddeutschland geschlungen und können daraus noch bessere Verbindungen in politischer Beziehung entwickeln.

Diese Aussicht scheint mir einen wesentlichen Antrieb zur Salzburger Zusammenkunft gegeben zu haben. Die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Südwest- und Norddeutschland bildet, wie ich mich persönlich überzeugte, einen fortwährenden Gegenstand der Sorge in Paris.

Die Haltung der süddeutschen Regierungen wird für die weitere Entwicklung der französisch-österreichischen Absichten von entscheidender Bedeutung werden. Wir werden vielleicht schon bald in der Lage sein, vorläufige Fragen zu beantworten, und es treten daher von neuem die Aufgaben an uns heran, mit denen wir beide unsre ersten geschäftlichen Berührungen pflegten.

Im Hinblick auf diese etwa bevorstehenden Aufgaben schien es mir von Bedeutung, Ihre Aufmerksamkeit einem Verhältnis zuzuwenden, dessen Vorzüge ich für so hervorragend erachte, daß ich nicht versäumen wollte, Ihnen die Möglichkeit zu geben, davon Nutzen zu ziehen.

Als der König von Württemberg nach Paris reiste, traf ich unterwegs mit ihm zusammen, und da sprach er mir von dem Wunsch, mit dem König von Preußen zusammenzutreffen, wenn derselbe etwa, wie gewöhnlich, im Spätsommer zu uns ins Land kommen sollte. Da der König von Württemberg meist bis Ende September in Friedrichshafen residiert,

---

[1]) Legationsrat an der preußischen Gesandtschaft.

so schlug ich ihm vor, eine solche Begegnung zu vermitteln, insofern die Absicht des Königs von Preußen sich realisiere, den Geburtstag der Königin Augusta auf Schloß Mainau zuzubringen. Ich versprach dem König von Württemberg, ihn sofort in Kenntnis zu setzen, wenn diese Pläne der preußischen Majestäten feststehen.

Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß diese Absichten sich erfüllen werden, da der König von Preußen schon bald in Baden-Baden erwartet wird.

Wie erfreulich es wäre, wenn der König von Bayern sich entschließen könnte, diese Gelegenheit zu benutzen, um ebenfalls den König von Preußen am Bodensee aufzusuchen, bedarf keiner Versicherung. Hingegen will ich nicht versäumen, Ihnen diese Frage ans Herz zu legen und dabei die Versicherung zu geben, daß ich mich glücklich schätzen würde, dem König auf Schloß Mainau die Gelegenheit dazu zu bieten. Die Entfernung von Hohenschwangau nach Lindau ist gering, und von Lindau aus könnte der König an einem Tage hin und zurück einen Besuch auf Mainau abstatten. Es versteht sich aber von selbst, daß wenn der König auch länger bei uns vorlieb nehmen will, es mich sehr erfreuen würde.

Ich stelle daher meine Vermittlung sowohl als auch meine Gastfreundschaft Ihrem Könige zur Verfügung und würde mich freuen, wenn Sie ebenfalls daran teilnehmen wollten. Ich glaube indessen Ihnen allein überlassen zu müssen, ob Sie meinen Gedanken verwerten wollen oder nicht. Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie mir bald eine Andeutung über eine etwaige Annahme meines Vorschlags geben wollten, damit ich mich rechtzeitig mit dem Könige von Preußen in Verbindung setzen könnte. Der Geburtstag der Königin von Preußen ist der 30. September, und vorher gehen beide Majestäten nach Hohenzollern.

Möchten Sie meine Absicht nicht verkennen und überzeugt bleiben von der ausgezeichneten Verehrung

Ihres ergebenen

Friedrich, Großherzog von Baden.

Bericht an den König.

Aussee, 1. September 1867.

Eurer Königlichen Majestät beehrt sich der treugehorsamst Unterzeichnete alleruntertänigst zu berichten, daß er ein Schreiben des Großherzogs von Baden erhalten hat, in welchem derselbe den Vorschlag einer Zusammenkunft Eurer Königlichen Majestät mit den Königen von Preußen und von Württemberg macht.

Der treugehorsamst Unterzeichnete hält sich verpflichtet, dieses Schreiben

ehrfurchtsvollst in Vorlage zu bringen. Eure Königliche Majestät werden Allerhöchstselbst am besten zu ermessen vermögen, inwiefern ein solcher Vorschlag Allerhöchstihren Interessen entspricht.

Wenn es dem treugehorsamst Unterzeichneten erlaubt ist, seine Ansicht ehrfurchtsvollst auszusprechen, so erlaubt er sich zu bemerken, daß die Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen und der Besuch auf der Insel Mainau gemeinschaftlich mit dem Könige von Württemberg manche Vorteile bietet.

Abgesehen von dem Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen Eurer Königlichen Majestät mit dem königlich preußischen Hofe zu erhalten, würde die Anwesenheit Eurer Königlichen Majestät bei der Zusammenkunft der süddeutschen Monarchen einseitige Verabredungen, die den Intentionen und dem Interesse Eurer Königlichen Majestät zuwiderlaufen, verhindern.

Indem der treugehorsamst Unterzeichnete indessen alles dem weisen Ermessen Eurer Königlichen Majestät anheimstellt, bittet er um den Allerhöchsten Befehl, in welchem Sinne er auf das Schreiben des Großherzogs antworten soll.

Großherzog Friedrich von Baden an den Fürsten Hohenlohe.

Karlsruhe, 5. September 1867.

Aus Ihrer heute erhaltenen freundlichen Antwort vom 1. September habe ich mit Dank entnommen, daß Sie meinen Vorschlag gern aufnehmen. Ich beeile mich daher, Sie in Kenntnis zu setzen, daß ein Brief des Königs von Preußen heute mich benachrichtigt, daß es ihn sehr freuen werde, wenn Seine Majestät der König von Bayern ihn während seines Aufenthalts bei uns besuchen wolle. Dem Könige erscheint Schloß Mainau ebenfalls als geeignetster Punkt für diese Begegnung. Er wird wohl bald nach Eröffnung des Reichstags Baden besuchen, einige Tage dort bleiben und dann nach Mainau kommen. Die Tage stehen noch nicht fest, werden aber wohl bald bestimmt werden, und dann werde ich Sie sofort davon in Kenntnis setzen.

Nun aber habe ich noch die Frage, ob Sie es für richtig und der Sache förderlich halten, wenn ich selbst an den König von Bayern schreibe, um ihn einzuladen, nach Mainau zu kommen. Ich würde in diesem Falle dem König sagen, daß, da der König von Württemberg dorthin kommen wolle, um den König von Preußen zu besuchen, es mir eine Pflicht scheine, ihm die Möglichkeit zu gewähren, den gleichen Schritt in angenehmer Weise tun zu können u. s. w. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir Ihre Ansicht darüber mitteilen wollten.

Ministerialrat von Lutz an den Fürsten Hohenlohe.

Hohenschwangau, 10. September 1867.

Einen Tag nach Ihrem Schreiben vom Anfang dieses Monats kam das Schreiben Eurer Durchlaucht an Seine Majestät den König nebst dem beigebogenen Briefe des Großherzogs von Baden dahier an. Ich werde kaum Ursache haben, Eurer Durchlaucht näheres über die Aufnahme der Sache an der entscheidenden Stelle zu schreiben. Daß ich gefaßt darauf war, manche Rede halten zu müssen, wenn es zur Annahme der Einladung nach Mainau kommen sollte, werden Eure Durchlaucht ohnedies sehr wohl ermessen können. Ich habe es denn auch nicht daran fehlen lassen, alle Gründe für die Reise nach Mainau ins Feld zu führen und so namentlich den Beweggrund, welchen Eure Durchlaucht mir an die Hand zu geben die Güte hatten, und welcher von der Rührigkeit des Herrn von Varnbüler hergenommen ist — aber bis jetzt vergebens. Bis heute wurden jeden Tag die Gründe für und wider in Erwägung gezogen; die Gründe gegen die Reise wurden aber von Seiner Majestät mit so viel Schärfe aufgesucht und ward denselben so großes Gewicht beigelegt, daß ich heute endlich den Befehl erhielt, Eurer Durchlaucht zu schreiben, Seine Majestät zögen es vor, die Einladung nach Mainau dankend abzulehnen. Seine Majestät haben mir befohlen, Eurer Durchlaucht folgendes dabei zu sagen: nach der Ansicht Seiner Majestät gehe aus der Zeit der Einladung und aus den Motiven des Großherzogs unzweideutig hervor, daß die Absicht dahin gehe, mit der Zusammenkunft in Mainau eine politische Demonstration gegen die Salzburger Zusammenkunft zu machen, welche etwa dahinauslaufe, daß die süddeutschen Fürsten laut vor aller Welt ihre Abneigung gegen die Teilnahme an einem französisch-österreichischen Bündnisse und gegen jede Einmischung Frankreichs und Oesterreichs in die deutschen Angelegenheiten, anderseits aber ihr Festhalten an Preußen und an dem Bestreben nach dem Anschlusse Süddeutschlands an Norddeutschland dokumentieren wollten, alles dieses selbst auf die Gefahr hin, daß dies von Frankreich oder Oesterreich übel vermerkt werde. In welchem Sinne eine solche Trutzerklärung von dem Großherzoge aufgefaßt werde, dafür gebe die badische Thronrede genügenden Aufschluß.[1]) Nun sei zwar Bayern sicher nicht gewillt, französisch-österreichische Bündnisse zu suchen, sondern wolle ehrlich und treu an dem abgeschlossenen Bündnisse festhalten, aber auf den Standpunkt des Großherzogs könne sich Seine Majestät deshalb

---

[1]) In seiner Thronrede vom 5. September hatte der Großherzog gesagt: „Die ... Friedensverträge haben ... Preußen an die Spitze des Norddeutschen Bundes gestellt und den süddeutschen Staaten vorbehalten, eine nationale Einigung mit diesem Bunde einzugehen. Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben."

doch nicht stellen, und zu einer Trutzerklärung gegen die andern Mächte, die Bayern mehr als nötig an Preußen knüpfe und letzteres nur noch zu weiteren Uebergriffen ermutigen werde, scheine die Salzburger Zusammenkunft keinen genügenden Anlaß zu bieten. Man scheine die Sache in Berlin selbst jetzt ruhiger zu betrachten als anfangs, wie unzweideutig aus der gemäßigten Sprache der offiziösen Presse hervorgehe. Dazu komme, daß in Mainau doch leicht weitere Propositionen gemacht werden könnten, deren Ablehnung in der Tat unangenehmere Folgen haben könne als die Vermeidung der Gelegenheit zu deren Proposition.

Beifügen soll ich, daß Seine Majestät nichts dagegen zu erinnern fänden, sondern sogar nicht ungern sehen würden, wenn Eure Durchlaucht nach der Mainau gingen und etwa den Herrn Ministerialrat von Völderndorff mit sich nehmen wollten. Wenn mich Eure Durchlaucht fragen, wie das letztere zu verstehen sei, so kann ich nur auf den Schlußsatz Ihres Briefs hinweisen, wo es heißt: „Wenn Seine Majestät mich allein hinschicken, so genügt das nicht." Alle Versuche der Interpretation dieser Stelle in dem Sinne, daß Ihren Absichten mit Völderndorffs Beiordnung nicht genügt werde, haben nicht zum Ziele geführt. Den Brief des Großherzogs lege ich wieder bei, ich habe für den Fall des Bedürfens Abschrift zurückbehalten. Wenn Eure Durchlaucht nochmals in einem Berichte auf die Sache zurückkommen wollen, so ist vielleicht doch noch ein andres Resultat zu erreichen. Letzteres ist übrigens nur meine Privatmeinung.

Ueber den Justizminister hoffe ich in den nächsten Tagen Entscheidendes melden zu können. [1])

Bericht an den König.

Aussee, 13. September 1867.

Durch Schreiben des Kabinettssekretärs Eurer Königlichen Majestät ist dem treugehorsamst Unterzeichneten der Auftrag erteilt worden, die von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden angeregte Zusammenkunft mit den Königen von Preußen und von Württemberg dankend abzulehnen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete wird diesem Befehle sofort nachkommen und erlaubt sich dabei, ehrfurchtsvollst zu berichten, daß nach einem gestern eingetroffenen Telegramm des Staatsrats Daxenberger der König von Württemberg die gemeinschaftliche Begegnung mit dem König von Preußen abgelehnt, sich dagegen vorbehalten hat, dem Könige von Preußen allein einen Besuch auf Mainau zu machen. Hiermit fällt die

[1]) Die Ernennung des Ministerialrats Lutz zum Justizminister erfolgte am 16. September, gleichzeitig die Ernennung des Polizeidirektors Lipowsky zum Kabinettssekretär des Königs.

Voraussetzung, auf welche der in dem alleruntertänigsten Antrage vom 1. d. M. enthaltene Vorschlag gegründet war, und bietet sich ein passendes Motiv zur Ablehnung.

Nachdem der treugehorsamst Unterzeichnete indessen gestern ein Schreiben des Großherzogs auf die vorläufige Anzeige des treugehorsamst Unterzeichneten, daß er an Seine Königliche Majestät Bericht erstatten werde, erhalten hat, in welchem der Großherzog schreibt:

> „Ich beeile mich, Sie in Kenntnis zu setzen, daß ein Brief des Königs von Preußen heute mich benachrichtigt, daß es ihn sehr freuen werde, wenn Seine Majestät der König von Bayern ihn während seines Aufenthalts bei uns besuchen wolle,"

so muß der treugehorsamst Unterzeichnete dem Allerhöchsten Ermessen Eurer Königlichen Majestät anheimstellen, ob Allerhöchstdieselben es für angemessen erachten, dem Könige von Preußen, und zwar zu einer andern Zeit als der König von Württemberg, einen Besuch abzustatten, der in diesem Falle ohne alle politische Bedeutung und nur ein Akt der Höflichkeit sein würde. Inwiefern derselbe den Charakter einer Erwiderung eines von Seiner Majestät dem Könige von Preußen Seiner Majestät gemachten Besuchs tragen würde, vermag der treugehorsamst Unterzeichnete bei seiner Unkenntnis der früheren Vorgänge nicht zu ermessen, auch glaubt er sich jeder weiteren Beurteilung der nun den Charakter einer Etikettenfrage annehmenden Angelegenheit enthalten zu sollen.

An den Großherzog von Baden.

Aussee, 13. September 1867.

Eurer Königlichen Hoheit gnädiges Schreiben vom 5. d. M. habe ich gleichzeitig mit der Antwort Seiner Majestät des Königs auf meinen Bericht über die Begegnung mit Seiner Majestät dem König von Preußen erhalten. Seine Majestät trägt mir auf, Eurer Königlichen Hoheit seinen herzlichen Dank für die freundliche Vermittlung einer Begegnung mit den Königen von Preußen und Württemberg zu sagen, glauben aber jetzt, nachdem die Nachricht eingelaufen ist, daß Seine Majestät der König von Württemberg die Zusammenkunft abgelehnt und sich vorbehalten haben, einen gesonderten Besuch bei Seiner Majestät dem König von Preußen zu machen, auch seinerseits nicht in der Lage zu sein, die freundliche Einladung Eurer Königlichen Hoheit anzunehmen.

Ich habe nun den Inhalt des letzten Schreibens Eurer Königlichen Hoheit Seiner Majestät dem König mitgeteilt und Allerhöchstdemselben anheimgestellt, über den etwaigen gesonderten Besuch Beschluß zu fassen.

Was die Frage Eurer Königlichen Hoheit betrifft, so kann ich zwar der Entschließung Eurer Königlichen Hoheit nicht vorgreifen, glaube aber

bei der gegenwärtigen Wendung, welche die Frage der Zusammenkunft der Monarchen genommen hat, ehrfurchtsvollst raten zu sollen, keine Einladung an Seine Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn, ergehen lassen zu wollen. Wenn es möglich ist, den König zu einem Besuche bei Seiner Majestät dem König von Preußen und bei Eurer Königlichen Hoheit zu bestimmen, werde ich die nötigen Schritte tun. Sollte ich die Einladung Eurer Königlichen Hoheit später für erforderlich halten, so darf ich mir wohl erlauben, darauf zurückzukommen.

Bericht an den König.

München, 19. September 1867.

Aus dem Schreiben des Kabinettssekretärs Eurer Königlichen Majestät hat der treugehorsamst Unterzeichnete ersehen, daß Eure Königliche Majestät beabsichtigen, den Gegenbesuch dem König von Preußen nicht auf der Mainau, sondern bei passender Zeit in Berlin zu machen. Wenn der treugehorsamst Unterzeichnete dessenungeachtet auf diesen Gegenstand zurückzukommen sich erlaubt, so geschieht dies im Gefühl der Verantwortung, die ihm seine Stellung auferlegt und ihn verpflichtet, das Interesse Eurer Königlichen Majestät nach Kräften zu wahren.

Er erlaubt sich daher, nachstehendes ehrfurchtsvollst vorzutragen.

Nachdem der Großherzog von Baden und der König von Preußen, wie dies aus dem Briefe des Großherzogs ersichtlich ist, bestimmt auf den Besuch Eurer Königlichen Majestät rechnen und nachdem auch der diesem alleruntertänigsten Berichte beiliegende Brief des Großherzogs in derselben Meinung geschrieben zu sein scheint, würde das Unterlassen dieses Besuchs — der, wie der treugehorsamst Unterzeichnete aus dem Schreiben des Ministerialrats Lutz entnehmen zu müssen glaubt, ein Gegenbesuch Eurer Königlichen Majestät wäre — jedenfalls große Verstimmung hervorrufen.

Hiermit nimmt die Frage eine politische Bedeutung an, und der treugehorsamst Unterzeichnete darf Eurer Königlichen Majestät seine Befürchtung nicht verschweigen, daß bei der Stellung, welche Preußen jetzt in Deutschland einnimmt und bei den Mitteln, welche der preußischen Regierung zu Gebote stehen, eine solche Verstimmung des preußischen Monarchen für Eure Königliche Majestät wie für Bayern die nachteiligsten Folgen haben könnte.

Es können Zeiten und Verhältnisse eintreten, wo Eure Königliche Majestät der freundlichen Gesinnungen des Königs von Preußen bedürfen, und diese Zeiten können so bald eintreten, daß eine Verzögerung der Wiederherstellung dieser freundschaftlichen Beziehungen im höchsten Grade bedenklich erscheint.

Der treugehorsamst Unterzeichnete kann es deshalb nicht unterlassen,

Eurer Königlichen Majestät ebenso ehrfurchtsvollst als dringend zu raten, in eignem Allerhöchstem Interesse einen Besuch auf der Mainau zu machen.

Sollten Eure Königliche Majestät anders beschließen, so glaubt der treugehorsamst Unterzeichnete durch diese alleruntertänigste Darlegung seiner Pflicht genügt zu haben und kann die Verantwortung für alle Folgen, welche die Unterlassung des angeregten Besuchs mit sich führen wird, von sich ablehnen.

Großherzog Friedrich von Baden an den Fürsten Hohenlohe.

Karlsruhe, 23. September 1867.

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 13. d. M., aus dem ich mit Freuden entnahm, daß Sie noch nicht ganz die Hoffnung aufgeben, Seine Majestät den König von Bayern zu einem gesonderten Besuche seines Herrn Oheims bewegen zu können.

Ich bedaure sehr, daß mein Vorschlag einer gleichzeitigen Begegnung der drei Monarchen in Stuttgart einen Anlaß gab, nach München Bedenken darüber zu äußern, und daß dadurch Ihr König sich abhalten ließ, eine Sache auszuführen, welche bei der nahen Verwandtschaft mit dem König von Preußen so unbedenklich wäre.

Zur Unterstützung Ihrer Bemühungen erlaube ich mir daher, über die Reisepläne der preußischen Majestäten Ihnen noch folgendes mitzuteilen:

Am 27. September trifft der König auf Schloß Mainau ein und bleibt dort bis zum 2. Oktober, an welchem Tage die Reise nach Hohenzollern angetreten wird. Am 1. Oktober wird der König den König von Württemberg bei uns empfangen, und es ist wahrscheinlich, daß am folgenden Tage die preußischen Majestäten diesen Besuch auf der Reise nach Hohenzollern in Friedrichshafen erwidern werden.

Hienach wäre immer noch die Möglichkeit vorhanden, daß Ihr König entweder auf Mainau oder in Hohenzollern, etwa in Sigmaringen, dem König von Preußen einen gesonderten Besuch abstatten könnte. Der Aufenthalt in diesem Fürstentum wird doch wohl mindestens drei Tage in Anspruch nehmen, und mein Onkel, der Fürst von Hohenzollern, wird sich gewiß sehr freuen, Ihren König bei sich bewirten zu dürfen. Auch hierfür übernehme ich die eventuelle Vermittlung.

Möchten Sie in diesen Mitteilungen nur die Absicht erkennen, Ihnen möglichst nützlich zu sein bei Ausführung Ihres schwierigen Amts.

Fürst Hohenlohe an den Großherzog von Baden.

München, 30. September 1867.

Eurer Königlichen Hoheit gnädigstes Schreiben vom 23. d. M. habe ich bisher nicht beantworten können, da die Entscheidung des Königs

meines allergnädigsten Herrn, nicht erfolgt war und ich immer noch die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, daß die Reise nach der Mainau noch stattfinden werde. Nun ist indessen der negative Entschluß gefaßt, und ich erlaube mir, Eure Königliche Hoheit zu bitten, mich auf den Ausdruck meines Bedauerns beschränken zu dürfen und mich von der weiteren Ausführung der Gründe des Entschlusses zu dispensieren.

Die Bemühungen des Fürsten hatten schließlich den Erfolg, daß König Ludwig sich entschloß, den König von Preußen auf dessen Rückreise, die ihn von Sigmaringen nach Nürnberg führte, auf bayrischem Gebiete zu begrüßen. Die Begegnung fand am 6. Oktober 1867 Nachmittags von 4 bis 6 Uhr auf dem Bahnhofe zu Augsburg statt.

Am 28. September traten die Kammern zusammen. Ihre erste Aufgabe war die Beratung des neuen Zollvereinvertrags.

Rede des Fürsten in der Kammer der Abgeordneten am 8. Oktober 1867.

Meine Herren! Die Vorlagen, welche Sie soeben entgegengenommen haben, gehören wohl zu den wichtigsten, welche im Laufe dieser Landtagsperiode Ihrer Beratung unterstellt worden.

Die große politische Bedeutung derselben mag es gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn ich davon Anlaß nehme, einige Worte über die äußere Politik der Staatsregierung und insbesondere über unsre Stellung zur deutschen Frage zu sprechen.

Sie sind mir, als ich das letztemal Gelegenheit hatte, diese Frage zum Gegenstand meines Vortrages in diesem hohen Hause zu machen, mit einem so hohen Grad ehrenden Vertrauens entgegengekommen, daß ich fürchten müßte, dieses Vertrauens verlustig zu gehen, wollte ich Ihnen nicht jetzt, nach Ablauf fast eines Jahres, rückhaltlos über die Tätigkeit der Staatsregierung in einer Angelegenheit Rechenschaft ablegen, die ebenso tief das Nationalgefühl des deutschen Volkes berührt, wie sie in dessen wichtigste materielle Interessen eingreift.

Ich werde versuchen, Ihnen und damit dem Lande gegenüber den Beweis zu liefern, daß die Staatsregierung die Ziele, welche ich damals als diejenigen der bayrischen Politik bezeichnet habe, nicht aus dem Auge verloren, daß sie sich unablässig bemüht hat, sie zu erreichen; wie sie denn auch die Hoffnung des Gelingens und damit die Hoffnung in die Zukunft Deutschlands und Bayerns nicht aufgegeben hat.

Ich weiß, daß man von einer Seite diese Bemühungen für ungenügend erklärt, daß man das Ziel als gegeben, als leicht zu erreichen betrachtet,

und daß man die einfachste Lösung der deutschen Frage in dem Eintritt Süddeutschlands in den Norddeutschen Bund erblickt.

Meine Herren! Wenn es die Staatsregierung schon damals, als nur der Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung bekannt war, mit ihrer Pflicht nicht vereinbar hielt, den bedingungslosen Eintritt in den Norddeutschen Bund, das heißt den Eintritt ohne vorherige Abänderung der Bundesverfassung anzustreben, so muß sie um so mehr jetzt, wo diese Verfassung abgeschlossen ist und eine Umgestaltung derselben nicht in Aussicht steht, auf ihrem Standpunkt beharren.

Gründe der äußeren und inneren Politik haben Preußen veranlaßt, die norddeutschen Staaten mit einer Verfassungsform zu umschließen, der man das Verdienst nicht absprechen kann, die staatliche Einheit des Nordens von Deutschland anzubahnen, die sich aber eben deshalb in ihrer Entwicklung von dem Charakter einer Bundesverfassung im eigentlichen Sinne des Wortes mehr und mehr entfernen dürfte.

Wohl habe ich es anerkannt, daß kein Bundesverhältnis dem nationalen Bedürfnisse genügt, wenn nicht von den einzelnen Kontrahenten die entsprechenden Opfer zum Gedeihen des Ganzen gebracht werden; allein das Maß der Opfer, welches der Eintritt in den Norddeutschen Bund den süddeutschen Staaten auflegen würde, entspricht nicht dem Grade der Selbständigkeit, welchen diese Staaten sich zu erhalten berechtigt und, wie ich annehmen darf, ihrer überwiegenden Mehrheit nach auch entschlossen sind.

Die freie konstitutionelle Entwicklung Süddeutschlands, wie sie sich seit fünfzig Jahren gestaltet hat, gibt dem süddeutschen Volk zu diesem Entschluß das Recht und die Kraft.

Es kann hierbei füglich unerörtert bleiben, inwieweit die Nikolsburger Präliminarien und der Prager Frieden einen berechtigten Grund abgeben würden, der Ausdehnung der norddeutschen Bundesverfassung auf das gesamte Deutschland entgegenzutreten. Jene Verträge sind indessen unter Berücksichtigung realer Machtverhältnisse abgeschlossen, deren Bedeutung derjenige nicht verkennen darf, der dazu berufen ist, mit gegebenen Tatsachen zu rechnen, und der verpflichtet ist, alles zu vermeiden, was die Entwicklung der Geschicke unsers Vaterlandes in unberechenbar gewaltsame Bahnen leiten könnte.

Die preußische Regierung hat zudem selbst erklärt, sie verlange die Verbindung mit dem Süden keineswegs auf derselben Grundlage wie jene, auf welcher der Bund mit den norddeutschen Staaten beruht; es bedürfe nur eines unzweideutigen Ausdrucks der nationalen Gemeinschaft, welcher gleichzeitig die Gewißheit gebe, daß die süddeutschen Staaten nicht einer feindseligen Tendenz gegen Norddeutschland verfallen, und daß die

Pflege der gemeinsamen materiellen Interessen des deutschen Volkes durch gemeinsame organische Einrichtungen sichergestellt werde.

Wenn demnach Gründe der äußeren Politik sowohl als Rücksichten auf die Erhaltung der Selbständigkeit des Landes die Verbindung Bayerns mit dem deutschen Norden auf der Grundlage der norddeutschen Bundesverfassung nicht möglich erscheinen ließen, so mußte die Staatsregierung einen andern Weg suchen, um diese Verbindung zu bewirken. Denn die Staatsregierung konnte und wollte sich der Aufgabe nicht entziehen, welche von mir am 23. Januar mit den Worten bezeichnet wurde:

> „Durch vertragsmäßige Vereinbarung einen Zusammenschluß Deutschlands zu ermöglichen auf Grundlagen, die mit der Integrität des Staates und der Krone vereinbar sind."

Es ließen sich hier drei verschiedene Wege denken.

Einmal: die Bildung zweier Bundesstaaten, eines süddeutschen gegenüber dem norddeutschen, mit gemeinsamen Organen für einzelne bestimmte Zwecke,

zweitens: ein internationaler Bund aller einzelnen deutschen Staaten, analog der früheren deutschen Bundesverfassung,

und drittens: ein internationaler Bund der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde.

Gegen den Versuch einer organischen Verbindung eines für sich bestehenden süddeutschen Bundesstaates mit dem nördlichen Deutschland sprach die Abneigung derjenigen Staaten, mit welchen Bayern diesen süddeutschen Bundesstaat gründen müßte. Es sprach dagegen die Schwerfälligkeit eines Organismus, in welchem der Keim des Unfriedens gelegen hätte, und endlich die Gefahr der Weiterausbildung des Gegensatzes zwischen dem Norden und dem Süden von Deutschland.

Die internationale Verbindung sämtlicher deutscher Staaten auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrags war durch die Auflösung des früheren Deutschen Bundes und durch den eben erst ins Leben getretenen norddeutschen Bundesstaat unmöglich geworden. Es konnte Preußen nicht zugemutet werden, die norddeutsche Bundesverfassung, die Frucht seiner Siege, wieder aufzugeben.

Es blieb also der Staatsregierung kein andrer Weg, als auf die Wiedervereinigung Deutschlands hinzuarbeiten unter Anerkennung der bestehenden Tatsachen.

Diese Tatsachen lagen vor: in dem Austritt Oesterreichs aus dem Bunde, in dem festgeschlossenen norddeutschen Bundesstaate und in den auf sich selbst angewiesenen süddeutschen Staaten.

Der Weg einer internationalen Verbindung der letzteren mit dem Norddeutschen Bunde war also vorgezeichnet.

Die Vorbedingung zur Erreichung eines günstigen Resultats in dieser Richtung erblickte die Staatsregierung in einer Uebereinstimmung der süddeutschen Staaten untereinander über die Schritte, die zu geschehen hätten, sowie über die Zugeständnisse, die zu machen wären, um eine praktisch wertvolle Verbindung mit dem Norden herzustellen. In diesem Gedanken begann die Staatsregierung alsbald, nachdem ich die Leitung der Geschäfte übernommen hatte, diplomatische Verhandlungen, welche sich zuvörderst auf eine gemeinsame Aktion hinsichtlich derjenigen Maßregeln bezogen, die ein loyaler Vollzug der mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse notwendig machte.

Es ist Ihnen bekannt, daß deshalb zu Stuttgart ein Zusammentritt der süddeutschen Minister stattfand, daß hier in bezug auf die militärische Organisation eine Reihe wichtiger Einverständnisse erzielt wurde, und ich hoffe, daß die Militärkonferenzen, welche damals für den Monat Oktober verabredet wurden, und welche demgemäß in Bälde dahier zusammentreten werden, die gleichmäßige Organisation der süddeutschen Wehrkräfte weiter entwickeln werden.

Sobald dieses Resultat erreicht war, begannen auch Verhandlungen auf dem politischen Gebiete. Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß diese Verhandlungen mit großen Schwierigkeiten verknüpft waren — Schwierigkeiten, welche durch die bedenkliche Gestaltung der Luxemburger Frage nicht wenig erhöht wurden.

Es würde hier zu weit führen, den Gang und die Phasen der Unterhandlungen im einzelnen darzulegen; ich beschränke mich darauf, als das Resultat im allgemeinen zu bezeichnen, daß dieselben zu einer vorläufigen Verständigung über die Grundlagen geführt haben, auf welchen mit dem Norddeutschen Bunde unterhandelt werden sollte.

Hierbei wurde der Gedanke einer Allianz dieses Staatenbundes mit Oesterreich als einer notwendigen Ergänzung der nationalen Bestrebungen festgehalten.

Meine Herren! Ich bin weit davon entfernt, die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu ignorieren oder der vergeblichen Arbeit mich anschließen zu wollen, das Geschehene ungeschehen zu machen. Ich bin auch jetzt wie früher der Ansicht, daß ein Verfassungsbündnis der süddeutschen Staaten unter der Führung Oesterreichs nicht möglich ist. Dabei will ich nicht anstehen, zu erklären, daß uns weder von Oesterreich noch von Frankreich in dieser Richtung irgendwelche Andeutungen oder Vorschläge gemacht worden sind. Je weniger wir aber jetzt die Gefahr einer unheilbaren Trennung Deutschlands in ein Süd- und Norddeutschland zu besorgen haben, um so dringender tritt an uns die Anforderung heran, Oesterreich, als dem natürlichen Verbündeten Preußens sowohl wie des

südlichen Deutschlands, einen Weg nicht zu verschließen, der allein geeignet ist, den Frieden Europas auf sicherster Grundlage zu verbürgen.

Diese Erwägung konnte nicht ohne Einfluß auf die Grundzüge bleiben, welche die Staatsregierung für eine deutsche Gesamtverfassung festhalten zu müssen glaubte.

Im allgemeinen können diese Grundlagen dahin definiert werden, daß die in Artikel 3 und 4 des ursprünglichen Entwurfs der norddeutschen Bundesverfassung enthaltenen Gegenstände — sonach ein nicht unbedeutendes Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung — für gemeinsam erklärt und als Bundesangelegenheiten behandelt werden sollten, und daß im übrigen die Verbindung den Charakter eines Staatenbundes unter preußischem Präsidium zu tragen habe.

Während diese Verhandlungen im Gang waren, erhielt die Staatsregierung die Einladung zur Teilnahme an den Berliner Zollkonferenzen. Die Staatsregierung konnte sich derselben um so weniger entziehen, als sie hierzu durch die Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages sowohl wie durch die Fürsorge für die materiellen Interessen des Landes verpflichtet war.

Der Vertrag, welcher aus diesen Konferenzen hervorging, liegt Ihrer Beurteilung vor.

Sie werden unschwer erkennen, daß die Bedingungen, an welche Preußen die Aufrechterhaltung des Zollvereins knüpfte, nicht ohne Einfluß auf den weiteren Fortgang des begonnenen Werkes bleiben konnten. Die Staatsregierung mußte notwendigerweise das Inslebentreten der neuen Organisation des Zollvereins mit seinen Folgen abwarten, um danach zu ermessen, in welcher Form neben derselben der beabsichtigte Staatenbund zur Durchführung gebracht werden könne.

Die Staatsregierung sieht demnach ihre Aufgabe nicht als gelöst an. Sie wird die Politik, die sie als die allein richtige erkennt, nach wie vor festhalten. Sie wird es versuchen, in Uebereinstimmung mit ihren süddeutschen Bundesgenossen und unter Berücksichtigung bestehender Verträge, auf den gewonnenen Grundlagen die nationale Verbindung mit dem deutschen Norden herzustellen.

Die Staatsregierung ist sich aber der Verantwortlichkeit bewußt, die ihr die Pflicht der staatlichen Selbsterhaltung Bayerns und die gefahrvolle Lage Europas auflegt.

Daraus ergibt sich von selbst die Richtung, welche die Staatsregierung einhalten wird.

Ich will es versuchen, diese Richtung möglichst klar und einfach auszudrücken.

Wir wollen nicht den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund,

wir wollen kein Verfassungsbündnis der süddeutschen Staaten unter der Führung Oesterreichs; wir wollen keinen südwestdeutschen Bundesstaat, der für sich abgeschlossen wäre oder sich gar an eine nichtdeutsche Macht anlehnte; wir wollen ebensowenig eine Großmachtspolitik und glauben nicht, daß Bayern in einer Vermittlerrolle das Endziel seiner Politik zu suchen hat.

Das ist es, was wir nicht wollen.

Was wir aber wollen, und was wir auch ferner anstreben werden, ist die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde, und damit die Einigung des zurzeit getrennten Deutschlands in der Form eines Staatenbundes.

Es ist dies dasselbe, was die Nikolsburger Präliminarien und der Prager Frieden anerkennen.

Meine Herren! Ich sage nicht Verbindung Bayerns mit dem Norddeutschen Bunde, ich sage Verbindung der süddeutschen Staaten. Und ich wünschte, daß darüber vollständige Klarheit herrsche. Wie sich die Verhältnisse jetzt gestaltet haben, wäre es nach meiner Ueberzeugung weder politisch korrekt noch zweckmäßig noch auch — man gebe sich keinen Illusionen hin — in friedlicher Weise durchführbar, daß einzelne Staaten südlich des Mains mit Norddeutschland in nähere Verbindung träten.

Das nationale Band, das zwischen uns und dem Norddeutschen Bunde geschaffen werden soll, muß den ganzen Süden umfassen. Nur in dieser Form ist es zulässig und zurzeit erreichbar.

Hiermit habe ich Ihnen, meine Herren, dargelegt, nach welchen Grundsätzen ich die auswärtige Politik Bayerns bisher geführt habe, und das Ziel bezeichnet, welches die Staatsregierung zu erreichen bestrebt ist.

Sie werden bei Beratung der Ihnen heute gemachten Vorlagen Gelegenheit haben, sich auszusprechen, ob der Weg, den die Staatsregierung eingeschlagen hat, den Ansichten des Landes entspricht.

Welches Urteil Sie aber auch über meine politische Tätigkeit fällen mögen, darin werden Sie mit mir übereinstimmen, daß das Band nicht zerrissen werden darf, welches die materiellen Interessen Deutschlands sichert und ohne welches eine nationale Verbindung irgendeiner Art unbedingt nicht gedacht werden kann.

Die Rede des Fürsten wurde in Berlin gut aufgenommen. Die amtliche Provinzial-Korrespondenz erkannte in der Erklärung des Fürsten ein ernstes nationales Streben und hoffte, die Politik des bayrischen Ministerpräsidenten werde für die weitere Entwicklung der deutschen Sache von wichtigen Erfolgen sein. Preußen lege weniger Wert auf Namen, unter welchen die nationalen Beziehungen gepflegt werden, als auf die

tatsächliche einigende Gemeinschaft für die praktischen Aufgaben und Interessen der Nation. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" rühmte die antidualistische Tendenz in der Rede des Fürsten, bemerkte bezüglich der Ablehnung des Eintritts in den Norddeutschen Bund, daß Preußen keine Anstrengungen machen würde, diesen Entschluß zu ändern. Ueber die Aeußerungen betreffend die Bildung eines Staatenbunds zwischen Norddeutschland und den süddeutschen Staaten sowie über die Allianz mit Oesterreich seien weitere Aufklärungen abzuwarten. Gegenüber der Erklärung, daß dieser Staatenbund den ganzen Süden umfassen müsse und daß kein einzelner süddeutscher Staat eine nähere Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde eingehen dürfe, wurde betont, daß in dieser Beziehung jeder einzelne süddeutsche Staat seine freie Entschließung haben müsse. In der Kammer der Abgeordneten begegnete die Regierungsvorlage keinen wesentlichen Schwierigkeiten. Der Gesetzentwurf betreffend die Wahl der Abgeordneten zum Zollparlament schrieb die Wahlberechtigung jedem zu, „der dem Staate eine direkte Steuer entrichtet". Gegen diese Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts wendete sich ein Antrag der Abgeordneten Kolb und von Stauffenberg, daß „jeder selbständige Angehörige des bayrischen Staats" Wähler sein solle. Der Antrag wurde von der Kammer abgelehnt. Am 22. Oktober wurde die Vorlage in der Kammer der Abgeordneten mit 117 gegen 17 Stimmen angenommen.

Anders entwickelten sich die Dinge in der Kammer der Reichsräte. Der Ausschuß dieser Kammer hatte die Regierungsvorlage mit neun gegen eine Stimme verworfen. Am 26. Oktober fand die Verhandlung im Plenum statt, deren ungünstiger Verlauf außer Zweifel stand. Diese Aussicht bewog den Fürsten, einem Amendement des Fürsten Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, welches wenigstens die Gefahr einer sofortigen endgültigen Ablehnung zu beseitigen versprach, freundlich zu begegnen. Das Amendement lautete: „In Erwägung, daß die Kammer der Reichsräte stets bereit sein wird, dem Fortbestehen des Zollvereins und dem großen Nutzen, den derselbe dem Lande gewährt, Opfer zu bringen, sobald dieselben sich nur auf dem Boden der materiellen Interessen bewegen, nicht aber, wenn sie die Selbständigkeit Bayerns in Gefahr stellen, beschließt die Kammer, den vorliegenden Verträgen ihre Zustimmung nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu erteilen, daß das dem Staate Bayern in dem bisherigen Zollvereinsvertrage zustehende Recht der Zustimmung oder Verwerfung in allen das Zollwesen und die innere Besteuerung betreffenden Fragen auch in den neuen Verträgen Ausdruck finde."

Fürst Hohenlohe erklärte, daß er als Reichsrat keinen Anstand nehme, für dieses Amendement zu stimmen, daß er als Vertreter der Regierung sich nicht in der Lage sehe, sich über den Erfolg dieses Amendements aus-

zusprechen, daß aber die Regierung sich für verpflichtet halte, wenn der Antrag zum Beschlusse erhoben werde, ihm eingehende Würdigung zuteil werden zu lassen. Darauf wurde der Antrag Löwenstein mit 47 gegen 3 Stimmen angenommen. An demselben Abend noch reiste der Fürst mit dem Berichterstatter der Kammer der Reichsräte, dem Freiherrn von Thüngen, nach Berlin, um das bayrische liberum veto noch einmal in loyaler Weise zu vertreten.

Ueber die Berliner Reise findet sich die folgende Aufzeichnung des Fürsten.

Notizen über die Reise nach Berlin am 27. Oktober 1867.

Abreise von München infolge des Kammerbeschlusses der Reichsräte, um zu versuchen, ob weitere Konzessionen bezüglich des Vetos von Preußen zu erreichen und um Herrn von Thüngen Gelegenheit zu geben, sich selbst von der Lage der Dinge in Berlin zu überzeugen. Am 27. kamen wir, Thüngen, Weber und ich, in Berlin an. Perglas[1]) auf dem Bahnhof, der mir mitteilte, daß Bismarck uns um 2 Uhr empfangen werde.

Um 2 Uhr zu Bismarck. Ich stellte Thüngen vor, indem ich den Zweck unsrer Reise darlegte.

Thüngen ergriff sodann das Wort, rechtfertigte in einer Ansprache die Auffassung der Kammer der Reichsräte und sprach den Wunsch aus, daß durch ein Entgegenkommen Preußens die Zustimmung der Reichsräte ermöglicht werden möge, darauf hindeutend, daß das Bündnis zwischen Bayern um so fester werden würde, wenn es nicht durch Zwang herbeigeführt werde.

Bismarck entwickelte in längerer Auseinandersetzung den Standpunkt der preußischen Regierung, beteuerte seine deutsche Gesinnung, verwies auf die Verhandlungen des Friedensvertrages, in welchem er die Interessen Bayerns den in dem entgegengesetzten Sinne geltend gemachten Strömungen entgegengestellt habe, versicherte aber, daß die Rücksicht auf ihre Bundesgenossen die preußische Regierung abhalte, weitere Konzessionen an Bayern zu machen.

Thüngen schlug nun vor, wenn auch nicht den Regierungen, doch der Majorität der nichtpreußischen Abgeordneten im Parlament ein Einspruchsrecht zuzugestehen.

Wogegen Bismarck einwendete, daß dadurch die norddeutsche Verfassung gefährdet würde. Er versicherte dann, daß es der preußischen Regierung fern liege, auf die süddeutschen Staaten irgendeinen Druck ausüben zu wollen.

---

[1]) Der neuernannte bayrische Gesandte in Berlin.

Dem Wunsch Thüngens auf Verlängerung der Ratifikationsfrist bis nach neuen Wahlen in Bayern, glaubte Bismarck auch nicht entsprechen zu können, versicherte aber, daß er auch dann, wenn wir verhindert wären, die Ratifikationsfrist einzuhalten, dieselben Bedingungen gewähren wolle, die er im Juni geboten habe. Er sprach offen und nicht nach der Art der Pferdehändler.

Wir entfernten uns nun, nachdem uns Bismarck auf 5 Uhr zum Diner geladen hatte.

Hier fanden wir Delbrück und Keudel nebst einigen Mitgliedern der Familie. Delbrück bestätigte das, was Bismarck gesagt hatte, bedauerte, wenn ich aus dem Ministerium ausscheiden müsse, versicherte aber, daß man keine Konzessionen machen könne.

Herr von Keudel war vollkommen unterrichtet über die Stimmung in Bayern.

Ich fragte noch Bismarck, ob er bezüglich der Festung Ulm irgendeinen Druck auf die württembergische Regierung ausgeübt habe, was er entschieden verneinte. Es sei Preußen im Gegenteil sehr angenehm, wenn Bayern mehr Einfluß in Ulm erlange. Sollte Württemberg von Preußen einen Beitrag zur Unterhaltung von Ulm verlangen, so würden sie diesen gewähren und gar keine Rechte in Ulm beanspruchen während des Friedens; doch müßten sie dann nur verlangen, daß man als Gegenleistung Ludwigshafen befestige, was der strategisch wichtigste Punkt sei. Rastatt habe wenig Bedeutung und sei nur für Baden wichtig. Ludwigshafen und Germersheim seien die eigentlichen wichtigen Festungen für eine Aktion gegen Frankreich.

Von Oesterreich hätten wir nichts zu befürchten. Oesterreich habe gar kein Bündnis mit Frankreich, da sonst sofort ein Bündnis mit Rußland in Aussicht stehe, und auch England nicht zusehen könne, wenn Frankreich die Ostseehäfen blockiere.

Das Verhältnis zu Oesterreich werde sich nach und nach bessern. Eine Verbindung Oesterreichs, der süddeutschen Staaten und Preußens bezeichnete er als „couronnement de l'œuvre".

Am andern Morgen, dem 28., Audienz beim König. Er forderte uns auf, zu reden. Baron Thüngen setzte seine Ansichten und die der Kammer der Reichsräte auseinander. Der König antwortete sehr eingehend, aber sehr bestimmt, daß er sich auf keine Modifikation des Vertrags einlassen könne, der eine Abänderung der Bundesverfassung voraussetze. Glaubten wir nicht beitreten zu können, so sollten wir austreten. Doch glaube er nicht, daß die Majorität des Landes auf seiten der Reichsräte sei.

Dann sprach er länger über die preußische Politik im allgemeinen. Preußen sei zu den Annexionen gegen seinen Willen gedrängt worden.

Fünfzig Jahre hätte man ruhig im Lande gelebt, und es sei weder seinem Vater noch seinem Bruder noch ihm selbst je eingefallen, sich an dem Besitz seiner Nachbarn zu vergreifen, bis die Ereignisse des Jahres 1866 ihn dazu genötigt. Er habe Bayern gegenüber Mäßigung bewiesen.

Am Abend des 28. verließen die bayrischen Vertreter Berlin und kamen am 29. Oktober Abends nach München zurück. Der Freiherr von Thüngen war durch diese Reise überzeugt worden, daß das gewünschte Veto für Bayern nicht zu erreichen sei. Am 30. Morgens machte der Fürst dem Ausschuß der Kammer der Abgeordneten Mitteilung über das Ergebnis der Reise. Dieser Ausschuß beschloß darauf, der von den Reichsräten beschlossenen Modifikation des Vertrags nicht beizutreten. Dieser Antrag wurde an demselben Nachmittag in einer Plenarsitzung der Kammer der Abgeordneten ohne Diskussion angenommen. Desgleichen ein Antrag des Ausschusses: die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung werde dahin wirken, daß die Präsidialmacht Preußen das ihr nach § 12 des Vertrags eingeräumte Einspruchsrecht nicht in einer den wirtschaftlichen Interessen Bayerns nachteiligen Weise üben werde. Fürst Hohenlohe hatte zu diesem Antrage erklärt, die Staatsregierung habe gegen die Fassung des von dem Ausschusse vorgeschlagenen Wunsches um so weniger etwas einzuwenden, als preußischerseits erklärt worden sei, von dem Rechte zum Widerspruch gegen eine von Preußens Verbündeten gewünschte Abänderung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung oder Verwaltungsvorschriften jedenfalls nur dann Gebrauch machen zu wollen, wenn durch solche Abänderung nach Preußens wohlerwogener Ueberzeugung das Gedeihen oder die Einnahmen des Zollvereins gefährdet würden. Am Abend des 30. Oktober, verhandelten die kombinierten Ausschüsse beider Kammern. Am 31. Oktober, dem letzten Tag vor Ablauf der vertragsmäßigen Ratifikationsfrist, um 11 Uhr fand die Plenarversammlung der Kammer der Reichsräte statt. Vorher hatte der Ausschuß dieser Kammer mit 8 gegen 1 Stimme die Zustimmung zu den Verträgen beschlossen. In der öffentlichen Sitzung sprach sich der Freiherr von Thüngen in demselben Sinne aus. Die Annahme erfolgte mit 35 gegen 13 Stimmen. An demselben Abend wurde die Ratifikation des Vertrags nach Berlin mitgeteilt.

Unterredung mit Baron Beust, 6. November 1867.[1]

Baron Beust begann mit der Eröffnung dessen, was er in Paris und London erfahren, bemerkte, daß der Kaiser Napoleon die Idee eines Kon-

[1]) Es war die erste Begegnung des Fürsten mit Beust. Siehe Graf Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, Bd. II S. 138.

gresses zur Regelung der römischen Frage noch immer verfolge, auch sei es nötig, den Kaiser darin zu unterstützen. Es werde nicht von einem Kongreß der katholischen Mächte, sondern von einem Kongresse aller Mächte gesprochen, welche katholische Untertanen haben. Er meinte, wir hätten schon eine Einladung erhalten, was ich verneinte. Es werde sich allerdings von den Geldmitteln handeln, die zur Unterhaltung des Papstes nötig seien, etwa einem obligatorischen Peterspfennig. Doch ließ er das wieder fallen und kam darauf auf die deutsche Frage.

Er erzählte, daß er mit Goltz in Paris eine längere Unterhaltung gehabt und diesen darauf aufmerksam gemacht habe, daß die deutsche Frage in einer Weise geregelt werden müsse, die den Franzosen den Vorwand zum Kriege nehme. Die Vorstellung herrsche nun einmal, daß Preußen ganz Deutschland sich einverleiben wolle, und diese Vorstellung müsse man den Franzosen benehmen durch Bildung eines süddeutschen Bundes, einer Konföderation oder Union. Die Form sei gleichgültig. Goltz habe sich damit einverstanden erklärt und diesen Zustand, dieses Projekt ein „provisorisches Definitivum" genannt. Beust gab zu, daß ein solches Arrangement nur mit der Zustimmung Preußens zu erreichen sei, denn Baden werde nur auf Befehl Preußens zustimmen. Varnbüler [1]) habe sich damit einverstanden erklärt, jedoch gegen ein süddeutsches Parlament protestiert. Beust schien darauf wenig Wert zu legen. Er meinte, die internationale Verbindung des Südens mit dem Norden bestehe schon durch die Schutz- und Trutzbündnisse und den Zollvereinsvertrag, es handle sich jetzt nur um die im Prager Frieden vorgesehene Einigung der süddeutschen Staaten unter sich. Er riet wiederholt dazu, die Sache zu überlegen, was ich versprach. Auf meine Frage, wie er sich das Verhältnis Oesterreichs dazu denke, sagte er, Oesterreich wolle daraus fernbleiben, da es glaube, dadurch die Sache zu fördern. Er behauptet, der Friede sei nur dann zu erhalten, wenn eine solche süddeutsche Vereinigung gebildet werde. Wenn wir deshalb Schritte in Berlin tun wollten, so werde er uns unterstützen. Es ist ungefähr die Idee eines Rheinbunds unter preußischem Protektorat, die hier wieder auftaucht. Bezeichnend war auch die Aeußerung, in Rom sei jetzt die revolutionäre Partei besiegt, [2]) die Regierungen in Europa hätten wieder mehr Macht, man müsse also jetzt die Gelegenheit benutzen und auch in Deutschland das revolutionäre Element bekämpfen.

Der Gedanke Beusts und des Kaisers Napoleon würde wohl in einer

---

[1]) Beust hatte eine Besprechung mit Varnbüler am 6. November im Eisenbahnzuge zwischen Bietigheim und Stuttgart. Nach einem Berichte des badischen Gesandten in Stuttgart hatte Beust gesagt, jedes Zeichen selbständigen Lebenstriebs der süddeutschen Staaten würde im Sinne des Friedens wirken.

[2]) Durch die Niederlage Garibaldis bei Mentana am 3. November.

Union der süddeutschen Staaten in militärischer und diplomatischer Beziehung seine Realisierung finden.

Auf meine Frage, ob denn das bloße Abwarten diesen Zweck nicht ebenso erreiche, meinte er sehr eifrig, damit werde der Krieg nicht vermieden.

Es scheint, daß die entschiedene Absicht besteht, uns, wenn wir nicht gutwillig auf den Gedanken eingehen, bei der ersten Gelegenheit dazu zu zwingen.

Jedenfalls dürften vor allem in Berlin und Stuttgart Erkundigungen einzuziehen sein, was Bismarck davon hält und was Varnbüler zugesagt hat.

Bayern kann sich am Ende eine solche Union gefallen lassen, wenn damit kein wirklicher Bundesstaat gebildet werden soll. Ob Württemberg und Baden ihre Gesandten aufgeben wollen und süddeutschen Bundesgesandten die Vertretung ihrer Interessen zu übertragen geneigt sein werden, steht dahin. Auch die militärische Einigung hat noch keine großen Fortschritte gemacht und berechtigt zu geringen Hoffnungen.

Bericht an den König über die Lage der süddeutschen Staaten.

München, 23. November 1867.

Eure Königliche Majestät haben dem treugehorsamst Unterzeichneten durch Allerhöchst Ihren Sekretär den Auftrag erteilen lassen, über die dermalige Lage der süddeutschen Staaten und den Stand des Erfolges des von dem treugehorsamst Unterzeichneten angestrebten Zieles eines Bündnisses unter denselben Bericht zu erstatten.

Der treugehorsamst Unterzeichnete erlaubt sich daher, nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Wie Eurer Königlichen Majestät aus den früher erstatteten Berichten bekannt ist, hatten die mit den süddeutschen Staaten im März dieses Jahres begonnenen Unterhandlungen den Zweck, eine gemeinsame Basis für die mit dem Norddeutschen Bunde anzuknüpfenden Verhandlungen zu schaffen.

Das Resultat war die zwischen Bayern und Württemberg abgeschlossene Ministerialerklärung vom 16./31. Mai l. J., inhaltlich welcher gewisse Gegenstände allgemeinerer Natur künftig als gemeinsame deutsche Angelegenheiten der Behandlung in einem weiteren zwischen Norddeutschland und den süddeutschen Staaten abzuschließenden Bunde unterstellt werden sollten.

Nachdem jedoch in der Zwischenzeit die Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins stattgefunden hatten, glaubte der treugehorsamst Unterzeichnete vorerst weitere Schritte unterlassen und erst das Insleben-

treten des neuen Zollvereins mit seinen Folgen abwarten zu sollen, ehe weitere Unterhandlungen über eine Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde begonnen werden könnten.

Der treugehorsamst Unterzeichnete unterließ es daher auch, die projektierte Ministerialerklärung zwischen Bayern und Baden zum Abschlusse zu bringen und hat mit Genehmigung Eurer Königlichen Majestät am 5. August l. J. eine Depesche an den Königlichen Gesandten in Karlsruhe abgesendet, in welcher der Wunsch der Königlichen Regierung ausgesprochen wurde, die Unterhandlungen vorläufig beruhen zu lassen.

Aus einer dem treugehorsamst Unterzeichneten vor kurzer Zeit durch den Königlich württembergischen Gesandten vorgelesenen Depesche des Ministers von Varnbüler ergibt sich', daß auch die Königlich württembergische Regierung weitere Schritte zurzeit unterlassen will, welche eine Verbindung mit dem Norden Deutschlands zum Zwecke hätten.[1])

So ist nun diese Unterhandlung vorläufig als beruhend anzusehen. Allein der treugehorsamst Unterzeichnete kann sich nicht verhehlen, daß mit diesem rein negativen Verhalten den Interessen Bayerns nicht gedient wäre; die Zustände, wie sie zurzeit liegen, sind so unfertig, die Strömung der öffentlichen Meinung ist so gewaltig, daß, wenn die Regierung die Initiative aus der Hand gibt, andre Elemente über sie hinweg Ereignisse hervorrufen können, welche die Selbständigkeit Bayerns bedrohen würden. Der Zustand der Zerrissenheit Deutschlands, wie er gegenwärtig besteht, scheint der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung so unerträglich, daß sie sich immer von neuem bemühen wird, eine Aenderung zu veranlassen, und bietet man nicht eine annehmbare Form der Einigung, so gewinnt, das ist vorauszusehen, nach und nach der Gedanke des unbedingten Eintritts in den Norddeutschen Bund immer mehr Anhänger. Dies ist insbesondere bei Baden und Hessen der Fall, deren Verhalten stets zweifelhaft bleibt und das ruhige Abwarten fast zur Unmöglichkeit macht.

Es ist aber in jüngster Zeit ein neues Element in diese schwierige politische Frage eingetreten. Dem treugehorsamst Unterzeichneten sind Andeutungen geworden, daß eine abwartende Stellung der süddeutschen Staaten auch den Regierungen von Oesterreich und Frankreich Besorgnisse einflößt, und daß dort die Bestimmungen des Prager Friedens erst dann

---

[1]) Am 11. Dezember 1867 erklärte der Freiherr von Varnbüler bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen in der Zweiten Kammer, es sei entschiedene Ansicht der Regierung, daß, nachdem sie die beiden Verträge mit Preußen abgeschlossen und damit ihre nationale Pflicht erfüllt habe, kein Grund sei, über diese Grenzlinie hinauszugehen. Schon am 7. November hatte der württembergische Geschäftsträger eine Note des Freiherrn von Varnbüler von gleichem Inhalt dem badischen Minister von Freydorf mitgeteilt.

als erfüllt betrachtet werden, wenn die in denselben in Aussicht genommene Einigung der süddeutschen Staaten nicht ganz aussichtslos ist.

Wenn es dem treugehorsamst Unterzeichneten auch nicht ratsam scheint, die süddeutschen Staaten zu einem Bundesstaate nach Analogie des Norddeutschen Bundes zusammenzuschließen, ein Unternehmen, welches überdies auf entschiedenen Widerspruch sowohl bei Württemberg als insbesondere bei Baden stoßen würde, so glaubt doch der treugehorsamst Unterzeichnete, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sein dürfte, wo diese Staaten zu einer Verbindung die Hand bieten würden, welche wenigstens gemeinsame militärische Einrichtungen und eine gemeinsame Beratung über gleichmäßige politische Haltung zur Folge haben könnte.

Ob dann hieraus eine weitere politische Verbindung, ein süddeutscher Staatenverein zu gestalten sein wird, hängt zunächst von der Haltung der preußischen Regierung ab, ohne deren Zustimmung weder Baden noch auch Hessen und selbst kaum Württemberg auf einen solchen Gedanken eingehen werden.

Es wird demnach nunmehr nötig, vorerst sich der wohlwollenden Aufnahme eines Vorgehens in dem obenbemerkten Sinne von seiten Preußens zu versichern, ferner über die in einem Gespräche des Barons Beust mit dem treugehorsamst Unterzeichneten nur im allgemeinen angedeuteten Gedanken der österreichischen und französischen Regierung nähere Nachricht einzuziehen, und endlich sich im allgemeinen der Mitwirkung Württembergs zu versichern.

Alle diese Schritte können aber nur höchst vertrauliche sein und müssen mit der größten Vorsicht und Diskretion behandelt werden; dieselben sollen nur zur Information dienen und in keiner Weise bindende Verpflichtungen für Bayern in das Auge fassen.

Insofern Eure Königliche Majestät hiermit einverstanden sind und die Ermächtigung zu dieser vorbereitenden Information zu erteilen geruhen, wird der treugehorsamst Unterzeichnete dieselbe in Angriff nehmen und deren Erfolg unter weiterer Antragstellung allerehrfurchtsvollst berichten.

Marginalreskript des Königs auf vorstehenden Bericht:

Ich bin wegen der Unabhängigkeit Meiner Krone und wegen der Selbständigkeit des Landes sehr besorgt. Deshalb habe Ich Sie zu einer Darstellung der politischen Lage veranlaßt. Es gibt Mir nun Ihr Bericht doch einige Beruhigung, da Ich hieraus wahrnehme, daß es Ihnen gelingen werde, die drohenden Gefahren durch Bildung eines süddeutschen Staatenvereins abzuwehren. Ich spreche Ihnen für Ihre Tätigkeit gerne Meinen Dank und Meine Anerkennung aus und bin auch mit den von Ihnen

vorgeschlagenen Schritten einverstanden. Da diese Angelegenheit Meine Aufmerksamkeit unausgesetzt in Anspruch nimmt, so sind Mir Ihre Berichte ganz genehm.

Hohenschwangau, 26. November 1867.

Ludwig.

Fürst Hohenlohe an den Freiherrn von Varnbüler in Stuttgart.

München, 30. November 1867.

Eure Exzellenz haben die Anschauung geteilt, daß die Angelegenheit, welche in der Ministerialerklärung vom 16./31. Mai d. J. ihren Ausdruck gefunden, und welche zum Zwecke hatte, zwischen der Königlich württembergischen und der Königlich bayrischen Regierung ein Einverständnis zu erzielen, auf welche Weise die im Prager Frieden in Aussicht genommene nationale Verbindung des Südens mit dem Norden anzubahnen sei, vorläufig auf sich zu beruhen habe. Was mich betrifft, so bin ich dabei nicht von der Ansicht ausgegangen, eine solche Vereinigung aufzugeben, denn ich halte es nach wie vor für eine dringende Notwendigkeit, dieselbe auf einer die Selbständigkeit der Südstaaten gewährleistenden Grundlage zu erstreben, um nicht Gefahr zu laufen, durch die wachsende Gewalt der nationalen Zentripetalkräfte wider unsern Willen in die norddeutsche Bundesverfassung hineingeführt zu werden. Ich habe aber geglaubt, vorerst mit der Zollvereinsangelegenheit ins reine kommen zu müssen, und darf wohl annehmen, daß auch hierin Eure Exzellenz meine Ansicht teile.

Nunmehr tritt die Frage, was zu geschehen habe, unabweisbar heran, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich behaupte, daß die Agitation sich nicht lange mehr still verhalten wird, wenn die Regierungen der Südstaaten sich auf eine lediglich negative Tätigkeit beschränken wollten.

Ich habe überdies Anhaltspunkte dafür, daß eine bloß negative Politik auch nach andern Richtungen hin nicht entsprechend erachtet werden würde. Es ist Eurer Exzellenz ohne Zweifel gleichfalls bekannt, daß in Kreisen, deren Gewicht nicht unterschätzt werden darf, die Ansicht besteht, der Abschluß der Allianzverträge und des Zollvereinsvertrages entspreche nur dann den Bestimmungen des Prager Friedens, wenn auch der als Voraussetzung der nationalen Verbindung des Südens mit dem Norden in Artikel IV (nach jener Ansicht) stipulierte Verein der süddeutschen Staaten *unter sich* in das Leben trete. Man mag hiermit einverstanden sein oder nicht, ignorieren, meine ich, können wir im Süden diese Anschauung nicht, um so weniger, als ich Andeutungen erhalten habe, daß schon ein Versuch in dieser Richtung, der Beginn von Verhandlungen, in jenen Kreisen sehr angenehm berühren würde.

Nachdem nun Seine Majestät der König mich ermächtigt hat, die erforderlichen Schritte zu tun, liegt mir bei der Achtung, welche ich stets gegen das hohe staatsmännische Talent Eurer Exzellenz gehegt habe, und bei dem lebhaften Wunsche, nur gemeinsam mit Württemberg in der deutschen Frage vorzugehen, vor allem daran, Eurer Exzellenz Ansicht in der Sache zu kennen. Ich habe die in das Auge zu fassende Frage einstweilen als einfache Privatarbeit[1]) etwas zu formulieren versucht und erlaube mir diese Skizze ganz vertraulich Eurer Exzellenz anliegend zu übersenden. Es würde mir von höchstem Werte sein, Ihre Ansicht im allgemeinen und über einzelne Detailbestimmungen zu hören. Wenn einzelnes, wie zum Beispiel die Zuziehung eines preußischen Bevollmächtigten in die Militärkommission, zu weit zu gehen scheint,[2]) so liegt hierbei der Gedanke zugrunde, daß ohne Zustimmung und tätige Beihilfe Preußens eine Vereinigung der süddeutschen Staaten in irgendwelcher Form eine Unmöglichkeit sein würde, und daß also, um diese Geneigtheit zu erzielen, demselben günstige Bestimmungen aufzunehmen eine unumgängliche Notwendigkeit ist.

Die Frage, in welcher Weise die legislativen Faktoren ihre Tätigkeit bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten geltend zu machen hätten, habe ich noch unberührt gelassen.

Ich wiederhole jedoch, daß ich diese Skizze nicht als Minister des Auswärtigen, sondern lediglich als Freund Eurer Exzellenz vorlege, und daß ich weitere Schritte nicht unternehmen wollte, ohne die Ansicht Eurer Exzellenz gehört zu haben.

Entwurf.

Im Hinblick auf Artikel IV des Prager Friedens, welcher eine Vereinigung der südlich des Mains gelegenen deutschen Staaten zur Voraussetzung einer nationalen Vereinigung mit Norddeutschland nimmt, sind Ihre Majestäten und Königlichen Hoheiten, die Könige von Bayern und Württemberg und die Großherzoge von Baden und Hessen, letzterer für die südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums, übereingekommen wie folgt:

I. Abteilung.

Art. 1.

Die Königreiche **Bayern** und **Württemberg**, das Großherzogtum **Baden** und der südlich gelegene Teil des Großherzogtums **Hessen** ver-

---

[1]) Der nachfolgende Entwurf war eine Arbeit des Ministerialrats Freiherrn von Völderndorff. Ueber dessen nahe geschäftliche und persönliche Beziehungen zu dem Fürsten, siehe die aus seinem Nachlaß herausgegebene, leider unvollendete Schrift: „Vom Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe“, München 1902.

[2]) Artikel 6 Absatz 2 des nachfolgenden Entwurfs.

binden sich zu einem Staatenverein und führen fortan den Namen: „Vereinigte Süddeutsche Staaten".

Art. 2.

Die gemeinsamen Angelegenheiten dieses Vereines werden von einer Vereinsbehörde geregelt, welche aus Vertretern jedes der Vereinigten Staaten gebildet wird.

Der Sitz der Vereinsbehörde befindet sich an dem jeweiligen Vorort.

Art. 3.

In der Vereinsbehörde führt Bayern 6, Württemberg 4, Baden 3, Hessen 2 Stimmen.

In derselben Weise wechselt und zwar jährlich der Vorort, so daß in fünfzehn Jahren Darmstadt zweimal, Karlsruhe dreimal, Stuttgart viermal und München sechsmal Vorort ist.

Der jeweilige Vorortsstaat führt in der Vereinsbehörde den Vorsitz.

Art. 4.

Die Vereinsstaaten verpflichten sich, alle Streitigkeiten, sowohl mit Vereinsgliedern als mit auswärtigen Staaten, vor die Vereinsbehörde zu bringen.

Die ersteren werden, falls eine gütliche Ausgleichung nicht zu erzielen ist, vor ein Austrägalgericht verwiesen, über dessen Berufung, Zusammensetzung und Verfahren sofort detaillierte Bestimmungen erfolgen werden.

Streitigkeiten mit Nichtvereinsstaaten werden, sobald die Vereinsbehörde den Vereinsstaat im Rechte befindet, als gemeinsame Sache behandelt werden.

Art. 5.

Das Heer der Vereinigten Süddeutschen Staaten ist ein gemeinsames, vorbehaltlich der für Hessen bestehenden besonderen Vereinbarungen.

Es wird in demselben eine gleiche Organisation und gleiche Einrichtungen eingeführt, soweit dies für eine Aktion im Felde nötig oder nützlich ist.

Im Frieden steht jeder Heeresteil unter dem alleinigen Befehle des betreffenden Staatsoberhauptes; er ist nur von diesem in Eid zu nehmen und kann nur innerhalb der betreffenden Landesgrenzen verwendet werden, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen hinsichtlich der Besetzung der Bundesfestungen.

Art. 6.

Zur Aufrechthaltung der Gemeinsamkeit der Heereseinrichtungen und zur Ausarbeitung und Ueberwachung der hierauf bezüglichen Maßregeln besteht am jeweiligen Vororte eine Militärkommission, in welcher jeder Vereinsstaat (Hessen ausgenommen) vertreten ist, und je eine Stimme führt.

Es bleibt hierbei vorbehalten, wegen Vertretung Preußens in dieser Kommission durch einen Bevollmächtigten mit beratender Stimme weitere Vereinbarung zu treffen.

Art. 7.

Es wird zur Ausbildung der süddeutschen Offiziere in München eine gemeinsame Kriegsakademie, in Stuttgart eine gemeinsame Equitationsschule, in Karlsruhe eine gemeinsame Ingenieur- und Artillerieschule errichtet werden. Jedes Jahr finden gemeinsame Uebungen von Heeresteilen aller drei obengenannten Staaten statt, wobei der Oberbefehl von dem jeweiligen Vorortsstaate geführt wird.

Art. 8.

Als Festungen der Vereinigten Süddeutschen Staaten werden erklärt: Ulm, Rastatt und Germersheim.

Die oberste Aufsicht und Leitung derselben steht der Militärkommission zu. Im übrigen sind für deren Besatzung, Befehligung und Instandhaltung die Grundsätze des früheren Bundesreglements maßgebend.

Die Militärkommission wird diese sofort der benötigten Revision unterstellen und zugleich für das Gebiet der Vereinigten Süddeutschen Staaten ein vollständiges Defensivsystem entwerfen, welches schleunigst und auf gemeinsame Kosten in Ausführung zu bringen ist.

Art. 9.

Die Vertretung nach außen übt jeder Vereinsstaat da, wo er eine solche für nötig erachtet, selbst aus. Jedoch ist jeder Vereinsstaat, welcher an einem auswärtigen Hofe eine Gesandtschaft unterhält, verpflichtet, auch den Schutz der Angehörigen eines Vereinsstaates, welcher daselbst keinen Vertreter hat, gleich dem der eignen zu übernehmen. Wo keiner der Vereinigten Süddeutschen Staaten diplomatisch vertreten ist, soll für die Angehörigen des süddeutschen Vereinsgebietes der Schutz der preußischen Gesandten erwirkt werden.

Art. 10.

Hinsichtlich der Konsulate soll dahin gewirkt werden, daß gemeinsame süddeutsche Konsuln aufgestellt werden. An überseeischen Plätzen und wo es sonst zweckmäßig erscheint, soll für die Angehörigen der Vereinsstaaten der Schutz der norddeutschen Konsuln erwirkt werden.

Art. 11.

In den Vereinigten Süddeutschen Staaten besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß hinsichtlich des Aufenthaltes, des Gewerbe-, Fabrik- und Handelsbetriebes, der Zulassung zu öffentlichen Aemtern, der Besteuerung und des Genusses aller sonstigen bürgerlichen Rechte, endlich in betreff des Rechtsschutzes und der Rechtsverfolgung der

Angehörige eines Vereinsstaates als Landeseingeborner behandelt wird. Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden hierdurch nicht berührt. Ebenso bleiben bis auf weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Auszuweisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehöriger bestehen.

Seine Militärpflicht in der aktiven Armee, der Reserve und der Landwehr kann im Frieden jeder Angehörige der Vereinigten Süddeutschen Staaten in dem Staate, in welchem er sich dauernd aufhält, erfüllen.

Art. 12.

Es soll für das Gesamtgebiet der Vereinigten Süddeutschen Staaten ein gemeinsames Zivil- und Kriminalrecht und ein gemeinsamer Zivil- und Kriminalprozeß bestehen. Hierbei soll zugleich die Gemeinsamkeit dieser Gesetzgebung mit jener des Norddeutschen Bundes soweit möglich angestrebt werden.

Art. 13.

Zur fortdauernden Wahrung der Rechtseinheit sollen alsbald nach Verwirklichung der gemeinsamen Gesetzgebung gemeinsame Obergerichte in das Leben gerufen werden.

Schon jetzt wird für die Vereinigten Süddeutschen Staaten ein gemeinsamer oberster Gerichtshof in Handelssachen zu Nürnberg errichtet.

Art. 14.

Außerdem sind Vereinsangelegenheiten:

1. die Ordnung des Maß- und Gewichtssystems, das Münzwesen und die Feststellung der Grundsätze über Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergeld;

2. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;

3. die Erfindungspatente;

4. der Schutz des geistigen Eigentums;

5. der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle;

6. Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Zivilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;

7. Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei.

Art. 15.

Zwischen den Vereinigten Süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bunde soll ein internationales Band, insoweit dieses nicht bereits durch

die Allianz- und Zollvereinsverträge besteht, dadurch erzielt werden, daß im Wege des Vertrages die in Artikel 13 bis 14 aufgeführten Gegenstände gemeinsam geregelt werden.

Eine zweite Abteilung des Entwurfs enthält Bestimmungen über die „nationale Verbindung" der Vereinigten Süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde.

Freiherr von Varnbüler beantwortete das Schreiben des Fürsten vom 30. November 1867 um Neujahr 1868 dahin, daß die gemeinsame Durchführung der militärischen Einrichtungen notwendig sei, daß er aber betreffs der übrigen Punkte zweifeln müsse, daß diese zu einer organischen Einigung der süddeutschen Staaten Stoff liefern, und daß die Tätigkeit eines Bundesorgans ohne gemeinsame Volksvertretung die öffentliche Meinung befriedigen werde. Ein süddeutsches Parlament aber wollte er nicht.

Vom 4. bis 7. Dezember 1867 fanden in München Konferenzen der Kriegsminister von Bayern, Württemberg und Baden statt zur Ausführung der Stuttgarter Beschlüsse vom 5. Februar. Fürst Hohenlohe eröffnete diese Konferenzen mit folgender Ansprache:

Ich erlaube mir vor Beginn der militärischen Konferenz Ihnen, meine Herren, als den Vertretern der Königlich württembergischen und der Großherzoglich badischen Regierung den Dank der bayrischen Staatsregierung auszusprechen dafür, daß Seine Majestät der König von Württemberg und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden Sie beauftragt haben, an der Konferenz teilzunehmen. Es tritt damit eine Ergänzung der Stuttgarter Februarkonferenzen ein, die wir nicht hoch genug anschlagen können.

Wenn es, wie ich nicht zweifle, die Absicht aller süddeutschen Regierungen ist, an den mit Preußen abgeschlossenen Allianzverträgen festzuhalten und bei kommenden Eventualitäten gemeinsam mit unsern Alliierten des deutschen Nordens die Integrität des deutschen Gebiets zu verteidigen, so wird das Zusammengehen der süddeutschen Staaten die Erreichung dieses Zwecks nicht stören, sondern fördern.

Die Verständigung der süddeutschen Staaten unter sich wird uns vom deutschen Norden nicht entfernen, sondern die Erfüllung unsrer Allianzpflichten erleichtern; sie wird uns gestatten, jene Besonderheiten zu pflegen, auf deren Erhaltung wir in Süddeutschland Wert legen; sie wird uns gestatten, den Grad der Selbständigkeit zu erhalten, den wir unbeschadet des gemeinsamen Ziels erhalten dürfen; sie wird uns endlich stärken und zu wertvollen Alliierten machen.

In diesem Sinne wünsche ich den bevorstehenden kameradschaftlichen Beratungen das beste Gedeihen und den erfolgreichsten Fortgang.

Die Verhandlungen wurden nach dieser Begrüßung von den militärischen Bevollmächtigten allein fortgesetzt. Die schließlichen Vereinbarungen wurden in zwei Protokollen vom 7. Dezember 1867 bekundet. Das erste dieser Protokolle stellt zunächst fest, daß den Stuttgarter Beschlüssen in allen Punkten allseitig nachgekommen sei, soweit es den einzelnen Staaten bisher möglich gewesen. Zur Ergänzung und Erläuterung der früheren Vereinbarungen wurde als wünschenswert erklärt, im Einklange mit der inzwischen ergangenen norddeutschen Bundeskriegsverfassung, soweit immer tunlich, die Kriegsformation von 2 % und die Friedenspräsenz von 1 % und damit prinzipiell die dreijährige Präsenz zu erreichen. Die übrigen Bestimmungen betreffen die Erhaltung eines tüchtigen Unteroffizierstands, die Friedensstärke der Reiterei, die Notwendigkeit übereinstimmender Exerzierreglements, übereinstimmende Abzeichen für die Offizierschargen und gleiche Benennungen der Unteroffizierschargen. Das zweite Protokoll verpflichtet die drei Regierungen zu Verhandlungen über im kommenden Sommer oder Herbst zu veranstaltende gemeinschaftliche Uebungen und enthält bezüglich der Festungen folgende Bestimmung:

„Vom militärischen Standpunkte aus betrachtet kann die Frage über die Festungen Süddeutschlands nur im Zusammenhange mit dem Verteidigungssystem von ganz Deutschland einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden, und erkennen es daher die hier versammelten Kriegsminister in dieser Beziehung als militärisches Bedürfnis, daß ein Organ bestehe, welches unter stetem Hinblick auf das Verteidigungssystem Deutschlands überhaupt die näheren Anhaltspunkte für die einzelnen festen Plätze und Positionen regelt.

Nachdem jedoch die Durchführung dieses Bedürfnisses vorerst nach den verschiedensten Seiten in Erwägung gezogen werden muß, so soll hier lediglich das Bestehen desselben konstatiert, ein definitiver Beschluß jedoch nicht ausgesprochen sein."

Bericht an den König, die Neubildung der Kammer der Reichsräte betreffend.

München, 12. Dezember 1867.

In dem Programm, welches der treugehorsamst Unterzeichnete vor Eintritt in sein Amt Eurer Königlichen Majestät vorgelegt hat und welches die Billigung Allerhöchstderselben fand, ist auch die Reform der Kammer der Reichsräte als eine anzustrebende Maßregel aufgeführt.

Um diesem für notwendig und den Staatsinteressen ersprießlich erachteten Verlangen Rechnung zu tragen, erlaubt sich der treugehorsamst

Unterzeichnete Eurer Königlichen Majestät sechs Gesetzentwürfe[1]) vorzulegen, durch welche nach seiner Ueberzeugung ohne Gefährdung der wahrhaft konservativen Grundlagen der Verfassung die Institution der Ersten Kammer den steten Anfechtungen entzogen würde und gegen die berechtigten Bemängelungen, welche dieselbe in jüngster Zeit mehrfach gefunden, Abhilfe geschaffen wäre.

Die sechs Gesetzentwürfe stehen in innigem Zusammenhange. Der Entwurf über Abänderung des Fideikommißedikts schafft dem bürgerlichen großen Grundbesitze die Möglichkeit, in die erbliche Pairie einzutreten; er beseitigt sonach die Ausschließlichkeit dieses Privilegiums, ohne dessen konservativen Charakter zu zerstören.

Der Entwurf über Abänderung des Titels VI § 3 der Verfassungsurkunde ruft hingegen eine Anzahl alter adliger, mit großem Grundbesitz versehener Familien in den Reichsrat, welche bisher, offenbar ohne inneren Grund, dadurch von demselben ausgeschlossen waren, daß sie in ihrem Familieneigentum den uralten, echt germanischen Grundsatz des Gemeinguts aufrechterhalten haben. Der treugehorsamst Unterzeichnete ist der Meinung, daß in einer Ersten Kammer des Königreichs Bayern Familien wie die Crailsheim, Egloffstein, Seckendorff, Thüngen, Tacher u. s. w. nicht unvertreten sein sollten ...

Ebenso führt der Entwurf über die Stellvertretung der erblichen Reichsräte dazu, daß die von der Verfassung in die Erste Kammer berufenen Familien mehr, als jetzt infolge häufiger und schwer zu vermeidender Hindernisse der Fall ist, wirklich zur Ausübung ihrer Standschaft gelangen.[2])

Dieser Vermehrung des erblichen Elements gegenüber schien es erforderlich, auch dem königlichen Ernennungsrechte eine weitere Ausdehnung zu vindizieren, und diesem Zwecke entspricht der Entwurf eines Gesetzes, welches die in § 4 Titel VI der Verfassungsurkunde normierte Zahl von $^1/_3$ auf $^1/_2$ erhöhen soll.

Was endlich den Entwurf über Erweiterung der Reichsratskammer speziell betrifft, so erlaubt sich zu dessen Begründung der treugehorsamst Unterzeichnete im allgemeinen auf die Motive desselben allerehrfurchtsvollst sich zu beziehen. Er glaubt bei dem Versuche einer Reform des Instituts sich auf das Notwendigste beschränken zu sollen, und insbesondere eine vollständige Neugestaltung der Verfassungsbestimmungen über die Erste Kammer nicht vorschlagen zu sollen, da eine solche

---

[1]) Die sechs Gesetzentwürfe waren eine Arbeit des Freiherrn von Völderndorff. Siehe dessen Schrift: „Vom Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe", S. 22.

[2]) Der Gesetzentwurf wollte den erblichen Mitgliedern die Befugnis einräumen, sich für die Dauer der Session durch ein Familienmitglied vertreten zu lassen.

zu weitläufigen Debatten und möglicherweise zu weitgehenden Vorschlägen in der Abgeordnetenkammer führen könnte, während der Entwurf in der kurzen Fassung, die ihm gegeben wurde, zwar den dringendsten Bedürfnissen Rechnung trägt, aber im großen ganzen die Grundlage der verfassungsmäßigen Institution der Ersten Kammer unangetastet beläßt.

Der Entwurf über die Beschlußfähigkeit der Kammer der Reichsräte gründet sich, wie die Motive näher ausführen, auf einen von hervorragenden Mitgliedern dieser Kammer bereits früher gestellten Antrag und wird einem höchst dringenden Bedürfnisse abhelfen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubte, ehe in dem Ministerrate die in Frage stehenden Entwürfe, welche als von dem Gesamtstaatsministerium ausgehend den Kammern vorzulegen sein dürften, einer Beratung unterzogen würden, vorerst die Befehle Seiner Königlichen Majestät einholen zu sollen und erlaubt sich demnach den allerehrfurchtsvollsten Antrag zu stellen, Eure Königliche Majestät möchten die Beratung der sechs anliegenden Entwürfe im Ministerrate Allerhöchst anzuordnen geruhen.

Aus den Motiven der Gesetzentwürfe sei folgendes mitgeteilt:

1. Abänderung des Fideikommißedikts.

Man kann darüber zweifelhaft sein, ob das Institut der Fideikommisse, wie solches in der bayrischen Verfassung hergestellt ist, an sich zweckmäßig und daher neu einzuführen wäre. Allein darüber besteht wohl kein Zweifel, daß, wenn das Gesetz die Errichtung von Fideikommissen einmal zuläßt, die Beschränkung desselben auf den Adel weder mit den materiellen Verhältnissen noch mit den Ansichten der Gegenwart über die Gleichheit vor dem Gesetze im Einklang steht. Wenn deshalb die Staatsregierung diese Anomalie zu beseitigen strebt und durch Aufhebung des bisherigen Vorrechts der adligen Familien jedem die Befugnis einräumt, sein Eigentum in der bisher nur dem Adel möglichen Form zugunsten der Familie zu binden, so wird dies keinenfalls als unbillig oder unzeitgemäß angefochten werden können.

Aber auch nicht als unbillig oder indifferent erscheint eine solche Ausdehnung des Fideikommißrechts, denn es wird dadurch dem bürgerlichen Grundbesitz der Eintritt in die Reichsratskammer geöffnet, es hört das Institut der erblichen Reichsratswürde auf, ein Privilegium des Adels zu sein, und wird Gemeingut der ganzen Nation.

2. Gesetzentwurf über die Verleihung der erblichen Reichsratswürde an im Gesamtbesitze befindliche Personen.

Die Verfassungsurkunde geht nicht nur von dem Prinzip aus, daß fideikommissarischer Verband des Grundbesitzes ohne gleichzeitige Herrschaft des Erstgeburtsbesitzes unzulässig sein solle. Dieselbe will auch,

wo eine solche Erstgeburtsbevorzugung nicht stattfindet, dem Familiengrundbesitz eine politische Bedeutung nicht beigelegt wissen.

Es läßt sich nun anführen, daß das Fideikommißinstitut in der zurzeit geltenden beschränkten Sukzessionsweise besteht, und man kann mit guten Gründen der Ansicht sein, daß, wenn einmal das Vermögen zugunsten der Familie gebunden werden dürfe, den Nutzgenuß auch allen Familiengenossen zusammen zu gönnen, billiger und natürlicher sei als die Bevorzugung der zufällig Erstgeborenen. Allein die Regierung wollte nicht eine so tiefgreifende und immerhin erheblichen Bedenken unterliegende Neuerung vorschlagen, glaubte vielmehr das Fideikommiß als solches einfach, wie es einmal in Bayern hergebracht, bestehen lassen zu müssen. Dagegen ist es so ungerechtfertigt, den Familienbesitz, welcher auf dem alten echt deutschen Grunde des gemeinsamen Nutzgenusses aller Familienglieder beruht, in seiner politischen Bedeutung dem auf Erstgeburtsrecht Stehenden gegenüber zurückzusetzen, daß hierin eine Aenderung angezeigt scheint. Die Frage der Teilbarkeit des Nutzgenusses und der Verwaltung ist lediglich eine innere Angelegenheit der Familie und kann die Bedeutung des Grundbesitzes als solchen nicht ändern oder mindern.

Nun ist die Zahl an Gütern der bezeichneten Art in den fränkischen Provinzen nicht unbedeutend, ja, es ist eigentlich der größere Teil des Familiengrundbesitzes in Bayern infolge jener Bestimmungen bisher in der Reichsratskammer unvertreten geblieben. Eine Aenderung hierin muß daher als ebenso billig wie zweckmäßig erachtet werden.

3. Gesetzentwurf, die lebenslänglichen Reichsräte betreffend.

Unter den Mängeln, welche sich zurzeit in betreff der Zusammensetzung der Kammer der Reichsräte ganz besonders fühlbar machen, wird ohne Zweifel der Umstand hervorzuheben sein, daß in derselben zu wenig eigentlich juristisch, administrativ, finanziell und militärisch gebildete Mitglieder zu finden sind und eben deshalb die Uebertragung der Referate in solchen Fragen auf große Schwierigkeiten stößt.

So politisch richtig nun auch der in der Verfassungsurkunde für die Zusammensetzung der Reichsratskammer aufgestellte Grundsatz ist, daß das Ernennungsrecht des Königs in einem gewissen Verhältnisse zu den übrigen Kategorien stehen muß, und so wenig es sich anempfehlen möchte, durch die Statuierung eines unbegrenzten sogenannten Pairsschubs den Charakter der Unabhängigkeit der Ersten Kammer zugunsten der einem raschen Wechsel unterworfenen jeweiligen politischen Zeitströmung aufzugeben, so erscheint doch anderseits die Zahl, die in der Verfassungsurkunde für das Ernennungsrecht des Königs vorgeschrieben ist, als eine zu eng bemessene, und es wird dies noch in höherem Grade der Fall sein, wenn die Kammer etwa noch durch gewählte Mitglieder verstärkt werden sollte. Alle diese

Gründe sprechen dafür, die beantragte Erhöhung der Verhältniszahl der lebenslänglichen zu den erblichen Reichsräten von $^1/_3$ auf $^1/_2$ vorzunehmen.

4. Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Reichsratskammer.

Dieser Gesetzentwurf will die Erweiterung der Kammer der Reichsräte durch 29 gewählte Mitglieder herbeiführen, nämlich

a) 5 Vertreter der Universitäten, des Polytechnikums und der Akademie,
b) 8 Vertreter des Handels und der Industrie,
c) 8 Vertreter des Grundbesitzes und
d) 8 Vertreter der Städte.

Wenn die Regierung nicht eine Umgestaltung, sondern eine Erweiterung der Reichsratskammer vorschlägt, so geht sie vor allem davon aus, daß in dem Zweikammersystem — sofern dasselbe überhaupt eine reelle politische Bedeutung haben soll — die Erste Kammer durch Erblichkeit und lebenslängliche Ernennung eine gewisse Ständigkeit erhalten muß, daß sie dadurch das konservative Element zu besonderer Geltung bringen soll und eben damit befähigt wird, die rasch wechselnde momentane Stimmung des politischen Lebens vor einem Uebermaß und einer Ueberstürzung zu bewahren. Ferner wird sich nicht verkennen lassen, daß der zurzeit durch die erblichen Reichsräte vertretene Grundbesitz ein historisch wie dem materiellen Gewichte der Interessen zufolge wohl berechtigtes Element einer Pairskammer zu bilden geeignet ist; endlich, daß das Recht der königlichen Ernennung ein notwendiges Mittel bildet, um solche Kapazitäten zu der gesetzgebenden Tätigkeit beizuziehen, welche in andrer Weise hierzu nicht gewonnen werden könnten. Demnach ergibt sich, daß dasjenige, was in bezug auf Reform der Reichsratskammer zu geschehen hat, in einem Beiziehen solcher Elemente bestehen muß, durch welche, ohne den Grundcharakter des Instituts zu verwischen, eine lebendigere Entwicklung der momentan im politischen Leben wirkenden Meinungen und Reibungen ermöglicht wird.

Es muß also eine Verstärkung durch gewählte Mitglieder eintreten.

Die Anzahl der gewählten Reichsräte soll selbstverständlich in einem gewissen Verhältnisse zu den übrigen Kategorien stehen, und wenn der Entwurf 29 Mitglieder durch Wahl berufen lassen will, so ist dies etwa das Doppelte der zurzeit lebenslänglich ernannten, und werden die erblichen Mitglieder künftig nicht zahlreicher sein als die gewählten und ernannten zusammengerechnet.

Die Kategorien, aus welchen gewählt werden soll, anlangend, so ist eine allgemeine Wahl nach örtlichen Bezirken von vornherein ausgeschlossen. Denn es wäre kein innerer Grund vorhanden, der auf diesem Prinzip beruhenden Zweiten Kammer eine auf derselben Basis ruhende Vertretung in der Ersten Kammer entgegenzusetzen. Anderseits glaubte die Regierung

eine Abänderung im Wahlmodus durch Beschränkung auf die höheren Steuerklassen allein nicht für genügend und auch nicht für zweckmäßig ansehen zu können, da hierdurch die Erste Kammer als lediglich auf dem Vorzug des Geldes ruhend in der allgemeinen Volksanschauung schwerlich zu einem gesteigerten Ansehen gelangen würde.

Hiernach ergibt sich von selbst die vorgeschlagene Wahl nach Standesklassen, und zwar müßten hierbei nicht die früheren, historisch gewordenen, sondern die in dem modernen Staatsleben ausgebildeten Kategorien der Bevölkerung in das Auge gefaßt werden. Was hier speziell die Geistlichkeit betrifft, so ist dieselbe bisher schon in entsprechender Weise in der Kammer der Reichsräte vertreten und konnte daher bei der Aufstellung übergangen werden.

Rede des Fürsten in der Kammer der Abgeordneten bei Beratung des Gesetzes über die Wehrverfassung am 13. Dezember 1867.

Bei der gestrigen und heutigen Debatte ist auch das Gebiet der auswärtigen Politik betreten worden. Ich will es indessen unterlassen, auf manche Behauptung, welche aufgestellt wurde, auf manche bittere Bemerkung, die gefallen ist, näher einzugehen; ich würde sonst in die Notwendigkeit versetzt sein, die Grundsätze Ihnen nochmals vorzuführen, die ich für die bayrische Politik festhalten zu müssen geglaubt habe, und ich würde fürchten, Sie durch die Wiederholung derselben zu ermüden. Zudem sind gerade jene Behauptungen auf Befürchtungen von eintretenden, kommenden Ereignissen gegründet, an denen eine Partei mit einer gewissen Vorliebe festzuhalten pflegt. Ich beschränke mich deshalb für heute auf einige allgemeine Bemerkungen. Darin werden Sie, meine Herren, mit mir übereinstimmen, daß unsre Zeit eine gesteigerte Anstrengung in militärischen Dingen, eine möglichste Erhöhung unsrer Wehrkraft unabweisbar fordert. Wir leben in einer Zeit des Uebergangs. Alte Allianzen sind zerrissen und neue sind in der Bildung begriffen, die Leiden Europas haben, wenn ich so sagen darf, einen akuten Charakter angenommen, und die fieberhafte Erregung läßt auf den baldigen Eintritt großer Erschütterungen schließen. Welcher Art die Entwicklung dieser Krisen sein wird, vermag niemand zu sagen, allein darüber wird kein Zweifel bestehen, daß auch wir davon nicht unberührt bleiben können. Wir werden Opfer zu bringen haben, aber diese Opfer werden nur dann das Maß des Erträglichen nicht übersteigen, wenn wir zu rechter Zeit Sorge tragen, den kommenden Gefahren gerüstet, und ausreichend gerüstet, entgegenzugehen. Die Entwicklung Europas und Deutschlands mag sich wie immer gestalten, Bayern muß durch ausreichende Entfaltung der ihm innewohnenden Kraft diejenige Achtung

erwerben, deren es bedarf, und als Teil des großen Ganzen jene Stellung einnehmen, die seiner allein würdig ist. Daß zu diesem Zwecke unsre gegenwärtige Wehrverfassung nicht ausreicht, ist gestern und heute in beredten Worten dargelegt worden; daß aber auch eine bloße Reform unsrer Wehrverfassung unter Belassung der Prinzipien nicht ausreicht, ist gleichfalls außer Zweifel. Ebensowenig endlich würde ein dem schweizerischen nachgebildetes Wehrsystem dem Zwecke genügen. Es blieb also der Staatsregierung kein andres Mittel, als zu der Wehrverfassung zu greifen, welche den Erfolg für sich hat und welche uns die Gewißheit gibt, eine schlagfertige Armee zu schaffen, und welche namentlich den Vorteil hat, durch gleiche Formation und gleiche Bildung ein zu gemeinsamer Aktion mit unserm Alliierten taugliches und dem seinigen ebenbürtiges Heer herzustellen. Durch die Einführung dieser Heeresverfassung werden wir der Armee dasjenige Vertrauen in die eigne Kraft und die eigne Tüchtigkeit verschaffen, ohne welches die Erreichung kriegerischer Erfolge nicht zu denken ist; wir werden mit diesem Wehrsystem uns dem gesamten Deutschland näher und inniger anschließen, wir werden aber zugleich auch damit diejenige Selbständigkeit wahren und erhalten, welche Bayern unbeschadet der durch das Schutz- und Trutzbündnis eingegangenen Verpflichtung erhalten kann und soll, indem wir der etwa drohenden Gewalt das mit der nötigen Macht unterstützte Recht entgegenstellen. Ich empfehle Ihnen daher den Gesetzentwurf zur Annahme.

Journal.

München, 19. Februar 1868.

Das Resultat der Wahlen [1]) hat die ultramontane Partei übermütig gemacht, und sie glauben nun, es sei nötig, daß auch die Regierung sofort zu ihr übergehen müsse. Das kopflose und unstete Wesen des Kabinettssekretärs Lipowsky bietet ihr dazu die Möglichkeit. Dieser Mann, der es mit allen Parteien halten will und darin die wahre Staatsweisheit erblickt, hört viel und verdaut wenig, intrigiert aber desto mehr. Der Artikel der „Süddeutschen Presse", der der ultramontanen Partei entgegentritt, hat seine Indignation erregt, die er auch Fröbel ausgesprochen hat. Trotzdem glaube ich nicht, daß der König ihm, wie er sagt, zu dieser Aeußerung Veranlassung gegeben hat. Die ultramontane Partei freilich ist über Fröbels Artikel indigniert, und zwar deshalb, weil er ihre Pläne durchkreuzt, die darauf abzielen, die Regierung von der Fortschrittspartei zu trennen, sie ganz in das ultramontane Lager herüberzuziehen. Es geht das Gerücht, man wolle Schrenck an die Stelle von Schlör bringen. Trautt-

[1]) Zum Zollparlament, die am 10. Februar stattgefunden hatten.

mansdorff [1]) möchte Schlör entfernen und dafür einen gescheiteren einerseits und ultramontaneren Minister anderseits hineinbringen. Er behauptet, er wolle, daß ich bleibe, will aber zugleich, daß ich eine bestimmte Schwenkung nach der Seite der Ultramontanen mache. Fröbel meint, daß er mit Beust in Widerspruch sei. Ich teile nicht diese Ansicht. Ich glaube, daß Beust hier mit den Ultramontanen und in Wien gegen sie agiert.

Morgen wird die Wahl von Schlör hier entschieden. Ich höre verschiedene Vermutungen. Die einen glauben, daß er gewählt wird, die andern meinen das Gegenteil. Jedenfalls wäre dessen Entfernung aus dem Ministerium kein Unglück.

München, 22. Februar 1868.

Schlör ist also gestern gewählt worden. Wäre er nicht durchgedrungen, so hätte er wahrscheinlich bald aus dem Ministerium austreten müssen; so kann er bleiben. Ob dies ein Vorteil ist, steht dahin. Bei Trauttmansdorff hatte ich eine lange Unterredung mit Feilitzsch über die Presse im allgemeinen. Wir stimmten darin überein, daß nichts ohne Geld zu machen sei, und daß wir, da uns dies fehlt, nicht viel ausrichten werden.

Dr. Haas hat Völdernndorff Artikel gebracht, die er in verschiedene Blätter hat einrücken lassen, und die in meinem Interesse die Angelegenheit der Burg von Nürnberg [2]) besprechen und Pfordten verdammen. Völderndorff wußte nicht, wie er sich die Freundlichkeit des ultramontanen österreichischen Preßagenten deuten solle, bis ich ihm sagte, daß auch Trauttmansdorff mir habe zu verstehen gegeben, daß man von jener Seite einen Sturz des gegenwärtigen Ministeriums nicht wolle. Der Moment scheint den Herren zu ungünstig, gutes Einvernehmen mit Preußen vorzuziehen. Sie fürchten den Eindruck, den mein Sturz, wenn er durch die österreichische Partei veranlaßt würde, in Berlin hervorrufen könnte. Die Dummheiten des Königs von Hannover [3]) haben in Berlin eine irritierte Stimmung gegen Oesterreich hervorgebracht, die sie kein Interesse haben jetzt zu vermehren. So scheint es, werde ich einige Zeit Ruhe haben. Der Stephansorden wird diese Stimmung konstatieren.

---

[1]) Graf Trauttmansdorff, österreichischer Gesandter.

[2]) Nach dem Friedensschlusse hatte der König von Bayern durch einen Brief vom 30. August 1866 dem König Wilhelm angeboten, die „ehrwürdige Burg seiner Ahnen“ gemeinsam mit ihm zu besitzen und bei etwaigem Aufenthalte in Bayern zu bewohnen, welches Anerbieten König Wilhelm mit Dank annahm. Zu einer Abtretung des Eigentums und überhaupt zu einem Staatsvertrage darüber kam es nicht. Dies wurde durch eine offiziöse Aeußerung vom 15. Februar 1868 festgestellt.

[3]) König Georg von Hannover feierte am 18. Februar 1868 in Hietzing seine silberne Hochzeit und empfing eine Massendeputation von Hannoveranern, welcher er in einer Tischrede seine Hoffnung auf Wiederherstellung seiner Herrschaft aussprach. Die hannoversche Legion, welche bei Gelegenheit der Luxemburger Ver-

Lipowsky war Abends bei mir, um über die fremde Presse zu klagen und mich im Auftrag des Königs zu bitten, Schritte dagegen zu tun. Sein eigentlicher Zweck war aber zu hören, ob ich ihm nicht etwas über den Nachfolger des kranken Ministers von Pechmann sagen würde. Er machte sich sehr lieb und schien auf eine Eröffnung der Art zu warten. Ich schwieg aber. Außerdem sprach er von Gerüchten über den König und beklagte sich über die Münchner und ihre bösen Zungen.

Heute kam die Prinzeß Maria Theresia mit dem Prinzen Ludwig[1]) an. Ich empfing sie mit Moy und Trauttmansdorff auf dem Bahnhof. Sie glänzte ganz in ihren neuen Toiletten und war sehr nett und graziös. Wir wurden vorgestellt, begleiteten sie an den Wagen und fuhren dann nach Hause. Die höchsten Herrschaften hielten ihren feierlichen Einzug, von dem ich nichts sah. Der König liegt zu Bett. Es gibt wenig Leute, die glauben, daß er krank sei.

München, 24. Februar 1868.

Fröbel erzählt mir soeben, daß er von Baron Gruben, dem Taxisschen Beamten in Regensburg, neulich einen Mahnbrief erhalten habe, sich mit der klerikalen Partei zu verständigen. Gruben ist, wie mir Fröbel sagt, ein Agent des Jesuitenordens, der zum Fürsten Taxis gesetzt ist, um das große Vermögen im Interesse des Ordens zu exploitieren. Er war mit Dörnberg der Hauptagent während des Fürstentages im Jahre 1863 und hat damals mit Fröbel das Verfassungsprojekt beraten und dem Kaiser vorgelegt, jedoch die zu demokratischen Beisätze Fröbels gestrichen, woran dann die Sache scheiterte. Man hatte damals in Regensburg weitgehende Pläne; der Erbprinz sollte die Rheinlande bekommen, und es wurde deshalb auch mit Napoleon unterhandelt. Daher die Wut der Regensburger Ultramontanen gegen Fröbel.

Pascal Duprat, der bekannte Republikaner, war kürzlich hier bei Fröbel und hat ihm seine Erlebnisse in Ungarn, woher er kam, erzählt. Die ungarische Linke zweifelt an dem Fortbestand des gegenwärtigen liberalen Regimes in Oesterreich und unterhandelt deshalb schon in Aussicht auf eintretende Katastrophen mit den Südslawen, um das große Donaureich oder die Donauföderation zustande zu bringen oder vorzubereiten.

---

wicklung gebildet worden war, war im Januar 1868 aus der Schweiz nach Frankreich übergetreten. Am 20. Februar wurde Graf Beust in den Delegationen wegen der massenhaften Uebersendung österreichischer Pässe für die Welfenlegionäre durch die Wiener Polizeidirektion in die Schweiz und wegen der Bankettrede des Königs Georg interpelliert.

[1]) Prinz Ludwig von Bayern hatte sich am 20. Februar 1868 zu Wien mit Maria Theresia, Erzherzogin von Oesterreich-Este-Modena, vermählt.

Die Südslawen wollen von einem Anschluß an Rußland nichts wissen, nehmen aber das russische Geld, um damit ihre eignen Pläne zu fördern.

4. März.

Die letzten Tage war ich sehr in Anspruch genommen. Der Tod des Ministers Pechmann und die Frage, wer ihn ersetzen solle, beschäftigte mich vor allem. Da es mir schien, als wolle Lipowsky mich bei der Wiederbesetzung des Ministerpostens umgehen, so erklärte ich Mittwoch im Ministerrat, daß ich bemerke, man wolle, ohne mich zu fragen, das Ministerium ergänzen; sei dies wirklich der Fall, so würde ich um meine Entlassung bitten. Dies wirkte. Die Minister bekamen einen heilsamen Schrecken, der König wurde sofort davon in Kenntnis gesetzt, und am Donnerstag Abend ließ er mich rufen, um mit mir von allerlei zu reden. Er kam auch auf das Ministerium des Innern, fragte nach Hörmann, den ich aber nicht als geeignet bezeichnete. Die Partei Neumayr arbeitet für Hörmann. Freitag kam Lipowsky, um mich direkt um meine Ansicht zu fragen. Ich sagte ihm offen, daß ich Hörmann nicht wolle wegen seiner Beziehung zur Neumayrschen Clique. Wir besprachen noch Schubert, den er sehr rühmt, und Pfeufer, den er nicht sehr protegiert.

Samstag kam die Nachricht vom Tode des Königs Ludwig I.[1]) Darüber viele Geschäfte, Telegramme, Notifikationen u. s. w.

Die Ministerfrage ist damit etwas in den Hintergrund getreten. Dazu ist der König wieder krank, Fieber u. s. w.

Im Ausschuß am Montag wurde das Budget des Ministeriums des Aeußeren beraten. Der Referent wollte mir für die Gesandtschaften nur 200000 Gulden bewilligen, ich erklärte aber, daß ich nicht unter 250000 Gulden heruntergehen könnte und meine Entlassung nähme, wenn man mir sie nicht bewillige. Darüber große Verstimmung im Ausschuß und schließlich Zustimmung zu meiner Forderung.

Gestern, Dienstag den 3. März, viele Besuche im Ministerium. Darunter Stenglein, der wissen wollte, ob wir uns ebenso passiv bei den nächsten Kammerwahlen verhalten würden wie diesmal bei den Wahlen zum Zollparlament. Was ich verneinte. Er sagte, daß in diesem Fall, wenn wir den Kammermitgliedern zur Wahl verhelfen wollten, die Bildung einer liberalen Partei in Aussicht stehe.

München, 22. März 1868.

Heute Abend war Lipowsky bei mir und sagte mir, Seine Majestät habe ihn beauftragt, mich zu fragen, welche Punkte ich ihm in betreff

---

[1]) Starb in Nizza am 29. Februar.

der Besetzung des Ministeriums des Innern vortragen wolle.[1] Seine Majestät könne mich nicht empfangen, da Allerhöchstderselbe eine geschwollene Backe habe.

Ich erwiderte, daß ich Seiner Majestät die Bitte vorgetragen hätte, mich vor der Entscheidung über die Frage der Wiederbesetzung des Ministeriums mündlich zu hören, und daß ich auf dieser Bitte bestehen müsse und mich auf weiteres nicht einließe. Im Falle Seine Majestät mir diese Bitte nicht gewähren sollten, müsse ich mir meine Entschließung vorbehalten. Lipowsky beteuerte, daß er sein Möglichstes getan habe, den König zu veranlassen, mich heute zu sehen, es sei ihm aber nicht gelungen. Ich sagte, es tue mir leid, darauf bestehen zu müssen. Ich sei mir das selbst schuldig.

Am 30. März wurde der Regierungspräsident von Hörmann zum Minister des Innern ernannt.

Bericht an den König.

München, 30. März 1868.

Durch den Königlich preußischen Gesandten ist der treugehorsamst Unterzeichnete in Kenntnis gesetzt, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Preußen zu der am 20. April stattfindenden Vermählung des Kronprinzen von Italien nach Turin reisen und dabei München berühren wird. Die Zeit der Reise dürfte auf die Woche nach Ostern fallen.

Nachdem der König von Preußen und andre Mitglieder des preußischen Königshauses verschiedene Besuche am Hofe Eurer Königlichen Majestät gemacht haben, welche Eure Königliche Majestät zu erwidern noch nicht in der Lage waren, so dürften vielleicht Rücksichten der zwischen den Allerhöchsten Höfen bestehenden Etikette dem Kronprinzen von Preußen den Besuch am Hofe Eurer Königlichen Majestät nicht gestatten.

Da aber der Kronprinz über den Brenner nach Italien reist, so kann er München nicht umgehen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt dies zur Kenntnis Eurer Königlichen Majestät bringen zu sollen, indem er fürchtet, es möchte Eure Königliche Majestät vielleicht nicht angenehm berühren, wenn der Kronprinz von Preußen sich hier aufhielte, ohne seinen Besuch am Allerhöchsten Hofe zu machen. Wäre dies der Fall, würden Eure Königliche Majestät wünschen, den Besuch des Kronprinzen zu empfangen, so könnte der treugehorsamst Unterzeichnete die Angelegenheit durch Baron Perglas in Berlin

[1] Der Fürst hatte durch Bericht vom 21. März um eine Audienz nachgesucht, um über die Wiederbesetzung der Stelle des Ministers des Innern seine Ansichten mündlich darzulegen.

zur Sprache bringen lassen und das etwa vorliegende Etikettenhindernis durch Hinweis auf einen von Eurer Königlichen Majestät beabsichtigten Besuch in Berlin, dessen Zeitpunkt nicht berührt zu werden brauchte, beseitigen.

Der treugehorsamst Unterzeichnete erlaubt sich daher ehrfurchtsvollst um die Allerhöchsten Befehle zu bitten, ob und in welcher Richtung er den Baron Perglas mit Instruktionen versehen soll.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 6. April 1868 hatte der Abgeordnete Ruland die Regierung heftig angegriffen wegen verschiedener in der „Süddeutschen Presse" enthaltenen Artikel.

Fürst Hohenlohe sagte darauf: ich muß vor allen Dingen hervorheben, daß die Staatsregierung eine eigentliche Regierungspresse nicht besitzt. Sie wollte kein Regierungsorgan und ließ deshalb die „Bayrische Zeitung" eingehen. Die „Süddeutsche Presse" ist kein Regierungsorgan. Sie erhält keine Instruktionen, und die Regierung ist also für die Aeußerungen, welche in der „Süddeutschen Presse" enthalten sind, nicht verantwortlich. Sie können dieses Verhältnis vielleicht auffallend finden, indessen werden Sie mir recht geben, wenn ich sage, ich habe eine zu hohe Meinung von der Presse im allgemeinen, um mir ein größeres, bedeutenderes Organ der Presse zu denken, welches nach Instruktionen arbeiten, welches nach Vorschrift oder nach Anweisung denken könnte. Ein solches Organ wäre nur denkbar in der beschränkten Form eines Staatsanzeigers, für dessen einzelne Teile die Regierung verantwortlich sein kann.

Ich muß also die Angriffe, welche gegen die Staatsregierung bezüglich der Regierungspresse erhoben worden sind, als gegenstandslos bezeichnen.

Bericht an den König, die süddeutsche Frage betreffend.

München, 10. April 1868.

Durch das am 5. d. M. ergangene Allerhöchste Signat verlangen Eure Königliche Majestät Aufklärung, aus welchen Gründen der Versuch einer Bildung eines süddeutschen Staatenvereins gescheitert ist.

Der treugehorsamst Unterzeichnete beeilt sich demzufolge, nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Die Gründung eines süddeutschen Staatenvereins, welcher die Voraussetzung des Artikels IV des Prager Friedens erfüllen sollte, hatte von vornherein nur dann eine Aussicht auf Erfolg, wenn die Idee die vollständige Billigung Eurer Königlichen Majestät fand und damit die Hoffnung gegeben war, daß Allerhöchstdieselben der beabsichtigten diplomatischen Aktion die unbedingteste Zustimmung erteilen würden.

Aus dem Allerhöchsten Signate vom 28. Januar[1]) d. J. glaubte aber der treugehorsamst Unterzeichnete entnehmen zu sollen, daß Eure Königliche Majestät den beabsichtigten Vertragsabschluß keineswegs vollkommen billigten, und daß bei Allerhöchstdenselben Bedenken gegen denselben vorwalteten. Dies mußte in dem treugehorsamst Unterzeichneten vom Anfange an die Befürchtung erwecken, daß der Erfolg der vorgeschlagenen Maßregeln zweifelhaft sein werde.

Demungeachtet hatte der treugehorsamst Unterzeichnete nicht versäumt, dem Befehl Eurer Königlichen Majestät gemäß die Sache dem Ministerrate vorzulegen; er hat, um eine sorgfältige und ersprießliche Beratung zu ermöglichen, jedem der Herren Staatsminister ein Exemplar des Vertragsentwurfes mitgeteilt und den Gang der bisherigen Verhandlungen sowie die Gründe, welche ihn zu dem Vorschlage bestimmt hatten, schriftlich dargelegt. Auch in dem Ministerrate zeigte sich für den Vorschlag keine Sympathie, es wurden bei den Besprechungen fast von sämtlichen Ministern Bedenken erhoben, und nur der Kriegsminister sprach sich wenigstens der Hauptsache nach für eine Verständigung der süddeutschen Staaten untereinander aus.

Soviel hat sich schon jetzt herausgestellt, daß im Staatsministerium jene vollständige Uebereinstimmung der Ansichten über die Rätlichkeit und Nützlichkeit des Projektes nicht besteht, welche zur Durchführung einer so umfassenden Reform vollkommen unentbehrlich ist.

Abgesehen von diesen dem Plane entgegenstehenden Umständen, haben sich inzwischen die äußeren und inneren politischen Verhältnisse so gestaltet, daß der treugehorsamst Unterzeichnete auf einen Erfolg der Eurer Königlichen Majestät am Anfange dieses Jahres vorgeschlagenen diplomatischen Schritte nicht mehr rechnen kann.

Der treugehorsamst Unterzeichnete war darüber nie im Zweifel, daß die direkten Wahlen zum Zollparlamente dasjenige Resultat haben würden, welches sie nunmehr in dem größten Teile von Bayern und in ganz Württemberg gehabt haben, denn es waren schon längst Anzeichen genug vorhanden, welche den nunmehr offen zutage getretenen Bund der klerikalen und demokratischen Elemente erkennen ließen. Nachdem nun aber dieses Bündnis zu solchen bedeutenden äußeren Resultaten bereits geführt hat, und nachdem in der unter dem Deckmantel konservativer Interessen betriebenen Agitation auch republikanische Tendenzen auftauchen, würde ein süddeutscher Staatenbund ohne gleichzeitige Gewährung eines gemeinsamen, dem norddeutschen Parlament entgegengesetzten süddeutschen Parlaments auch nicht die geringste Aussicht mehr haben, in der öffentlichen Meinung

[1]) Liegt nicht vor.

der Bewohner Süddeutschlands Boden zu gewinnen. Die Gewährung eines süddeutschen Parlaments aber wäre nach Ansicht des treugehorsamst Unterzeichneten, so wie sich die Sache jetzt gestaltet hat, die äußerste Gefahr, denn die Verbindung Ultramontaner und Republikaner würde dieses Parlament nur dazu benutzen, um die Autorität der süddeutschen Einzelregierungen, gegen welche schon jetzt ihre zügellose Presse Tag und Nacht mit allen Mitteln wirkt und wühlt, gänzlich zugrunde zu richten und damit jene Pläne fördern, welche als ihr Endziel die republikanische Föderativverfassung Süddeutschlands mit dem Anschluß an die Schweiz im Auge haben. Es liegen Anzeichen vor, daß dieser Plan von Frankreich aus nicht ungern gesehen würde, weil man jenseits des Rheines hofft, über derartig zerrüttete Staatenbildungen leicht ein Protektorat ausüben zu können.

Was die äußeren politischen Verhältnisse betrifft, so ist Eurer Königlichen Majestät aus den früheren Anträgen des treugehorsamst Unterzeichneten bekannt, daß derselbe nur deshalb den schwierigen Plan, einen süddeutschen Verein zu gründen, neuerdings und in solch bestimmter Weise aufgegriffen hat, weil gegen Ende des vorigen Jahres jene Konstellationen eingetreten waren, unter welchen allein die Durchführung eines solchen Vereins möglich ist; es ist dies einerseits die Entente cordiale zwischen Oesterreich und Frankreich und anderseits die Geneigtheit Preußens, zur Erhaltung des Friedens dadurch beizutragen, daß es seinen Einfluß auf Baden und Hessen anwendet und zugleich einen gelinden Druck auf Württemberg ausübt, um diese Staaten zu einer Erfüllung der Prager Stipulationen zu veranlassen. Von diesen beiden Vorbedingungen ist zurzeit keine mehr vorhanden. Zwischen Oesterreich und Frankreich ist sichtlich eine Erkaltung eingetreten; es scheint, daß Frankreich die Hoffnung aufgegeben habe, Oesterreich zu einer ihm nützlichen Aktion zu bewegen, und daß es deshalb seine Pläne auf andre Weise zu erreichen strebt. Preußen aber, welches zur Zeit jener vertraulichen Vorbereitung, welche der treugehorsamst Unterzeichnete auf Grund der Allerhöchsten Ermächtigung vom 26. November vorigen Jahres begonnen hatte, sich wenigstens nicht ablehnend verhalten hatte, ist seitdem offenbar andrer Meinung geworden. Die dezidierten Erklärungen gegen das Projekt eines süddeutschen Bundes, welche Baden in seiner offiziellen „Karlsruher Zeitung" geben ließ, und die wiederholt durch preußische offiziöse Blätter provozierten Erklärungen, daß an einen solchen süddeutschen Bund nicht gedacht werde, lassen erkennen, daß Preußen keineswegs mehr gesonnen ist, einen desfallsigen Plan zu unterstützen.[1])

---

[1]) Baden wollte von Anfang an auf das Projekt des Südbunds nur dann näher eingehen, wenn gleichzeitig mit dessen Gründung eine nähere Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde in Aussicht genommen würde. Bismarck hielt in

Unter diesen Verhältnissen wäre jeder Versuch, eine Maßregel wie die seinerzeit Eurer Königlichen Majestät proponierte durchzuführen, ohne alle Aussicht auf Erfolg, und der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt, daß Bayern sich einem Mißerfolg dieser Art nicht aussetzen dürfe. Sollten sich diese Verhältnisse ändern und für Gründung eines süddeutschen Staatenvereins sich wiederum günstiger gestalten, so wird der treugehorsamst Unterzeichnete nicht versäumen, die Sache neuerdings in Angriff zu nehmen, denn er ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß die größte Gefahr für Süddeutschland noch immer in den nicht erfüllten Bestimmungen des Prager Friedens liegt. Zu diesem Zweck wird er den Gang der Ereignisse und die politischen Konstellationen genau verfolgen, um in der Lage zu sein, im richtigen Augenblick den Plan wieder aufgreifen zu können. Allein, wie bereits im Eingange dieses Berichtes ehrerbietigst bemerkt wurde, nur wenn Eure Königliche Majestät sowohl als das Gesamtstaatsministerium einem solchen Plane unbedingt und mit vollem Vertrauen zustimmen, läßt sich ein Erfolg hoffen.

Königliches Signat auf vorstehenden Bericht:

Ich habe von Ihrer Darstellung Einsicht genommen und sehe weiteren Berichten entgegen.

München, 15. April 1868.

Ludwig.

Journal.

München, 18. April 1868.

Nachdem mir der Kronprinz [1]) gestern hatte sagen lassen, daß er mich heute zu sprechen wünsche und ich bei ihm frühstücken möchte, begab ich mich um 9 Uhr zu ihm.

Er berührte zu Anfang flüchtig meine Stellung zum Könige, worauf ich aber nicht weiter einging. Wir kamen dann auf die große Politik zu sprechen. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn zu warnen, daß Preußen ja nicht zu übergreifend gegen den Süden vorgehen möchte, wies auf die

---

einer Unterredung mit dem badischen Gesandten in Berlin am 1. Dezember 1867 das Projekt des Südbunds für in vielen Punkten unannehmbar, widerriet aber dessen sofortige Abweisung und empfahl die Fortsetzung der Verhandlungen. In derselben Zeit lehnte er den in einem Privatschreiben des Ministers Mathy ausgesprochen Wunsch, er möge sich bereit erklären, Baden in den Norddeutschen Bund aufzunehmen und nur den Zeitpunkt mit Rücksicht auf die europäische Lage noch unbestimmt zu lassen, ab und empfahl dabei der badischen Regierung, „nicht mit zu großer Schärfe Ziele zu bezeichnen, welche den mächtigsten süddeutschen Staat in entgegengesetzte Bahnen treiben müßten“.

[1]) Der Kronprinz von Preußen traf am 17. April in München ein und stieg in der Residenz ab. Er blieb bis zum 18. Abends.

republikanisch-ultramontanen Tendenzen in Württemberg hin, auf die Stimmung in Bayern und vor allem auf Frankreich. Er schien das einzusehen, sprach dann länger über Württemberg und die dortigen Tendenzen, nicht über Baden und verhielt sich überhaupt sehr zurückhaltend. Als die Rede auf die preußischen Intrigen in Oesterreich kam, schien er dies zu mißbilligen, wie denn überhaupt aus seinen Reden eine gewisse Opposition gegen Bismarck hervorzuleuchten schien.

Ueber den Krieg mit Frankreich sagte er, daß die Allianz der süddeutschen Staaten mit Preußen selbstverständlich das gemeinsame Vorgehen mit Preußen bedinge, fragte, wer der Oberbefehlshaber der bayrischen Truppen sein werde, ging dann über auf die Kriegstüchtigkeit der preußischen Armee und meinte, daß diese der französischen mindestens gleich sei. Auch die Tapferkeit der bayrischen Armee hob er hervor. Im allgemeinen sprach er sich sehr friedlich aus, sagte, daß er den Krieg verabscheue, und daß der Krieg zwar zuweilen unvermeidlich, aber nie als Mittel zum Zweck zu empfehlen sei.

Er scheint die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung als selbstverständlich vorauszusetzen, dagegen schien mir, daß er die moralischen Mittel den gewaltsamen vorzieht.

Berlin, 26. April 1868.

Von 8 Uhr bis heute früh 7 Uhr verbrachte ich die Zeit größtenteils schlafend, was ich um so bequemer tun konnte, als ich den ganzen Waggon für mich allein hatte. Gegen Leipzig zu sah ich von Zeit zu Zeit aus dem Wagen und bemerkte an den Stationen verschiedene nahrungsuchende Zollparlamentsmitglieder in verwahrlostem Zustand. Später wurden die Mitglieder mitteilend, man trank zusammen schlechten Kaffee und aß belegte Butterbrote.

Um 12½ Uhr waren wir in Berlin. Die ganze Gesandtschaft und Staatsrat Weber empfingen mich. Viktor war noch in Potsdam, kam aber bald, nachdem ich Besitz von meiner Wohnung ergriffen hatte. Ein sehr hübscher Salon und ein geräumiges Schlafzimmer im dritten Stock.

Um 3 Uhr kam Perglas, der mir verschiedene politische Mitteilungen machte. Er sagt, man wisse nicht, was Bismarck tun werde, wenn ein Antrag auf Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments gestellt werde; Bismarck sei unberechenbar. In der Frage der Festungen zeigte er mir eine Antwort, die ihm Bismarck geschickt hat und die entgegenkommend ist. Ich fürchte, er hat sich etwas zu schnell eingelassen.

Varnbüler kommt noch nicht. Er liegt zu Bett, doch glaubt man, daß er nicht wirklich krank ist, sondern nur den schlechten Empfang fürchtet.

Mit Viktor sprach ich über die Schwierigkeit meiner Lage. Dann kam Roggenbach, der versicherte, Bluntschli habe nicht die Absicht, einen

Antrag auf Erweiterung der Befugnisse des Zollparlaments zu stellen. Es komme ganz darauf an, ob die Stellung eines solchen Antrags meine eigne Lage in Bayern verschlimmere; in diesem Fall werde Bismarck Mittel finden, die nationalliberale Partei daran zu hindern. Roggenbach wollte, nachdem ich ihm die Nachteile auseinandergesetzt hatte, die mir ein solcher Antrag brächte, darauf wirken, daß er unterbleibe, nur müsse ich suchen, auf die Bayern zu wirken, was durch Luxburg geschehen kann. Das einzige, was Bluntschli beabsichtige, sei, den einzelnen Staaten die Möglichkeit zu verschaffen, sich in gewissen Fragen dem Zollparlament anzuschließen, d. h. einzelne Gegenstände ihres Staates dem Zollorganismus einzufügen.

Dann kam er noch auf eine ihm eigene Idee, er meinte, ob man nicht die Ueberschüsse aus den Zolleinnahmen für bestimmte Festungen verwenden könne, aus denen man eine Art Bundesfestungen machen würde. Der Zollbundesrat müsse dann durch eine Militärkommission verstärkt werden.

Abends war ich im Theater. Dort kam Graf Henckel von Donnersmarck zu uns und erklärte, die Nationalliberalen seien alle dafür, mich als ersten Vizepräsidenten zu wählen, und nun möchte man sich mit den Freikonservativen über die Wahl des zweiten Vizepräsidenten einigen. Die Zuneigung der Nationalliberalen wird mir ordentlich unheimlich, doch fängt die Ansicht an Boden zu gewinnen, daß man nicht guttun würde, die süddeutschen Antipathien durch weitergehende Anträge zu reizen. Ich hoffe die Freikonservativen noch dahin zu bringen, daß sie sich gegen einen Antrag auf Erweiterung der Zollparlamentskompetenz erklären. Es ist hier ein sehr wohlorganisiertes Fraktionswesen, das seine Vorteile hat.

Bismarck habe ich noch nicht gesprochen. Heute ist die Eröffnung. Perglas muß als bayrischer Zollbundesrat das Hoch auf den König von Preußen ausbringen, was ihn sehr beschäftigt. Es läßt sich aber nicht vermeiden.

Berlin, 28. April 1868.

Gestern war um 12 Uhr der Gottesdienst, dem ich in der katholischen Kirche beiwohnte, und um 1 Uhr Eröffnung des Zollparlaments. Die Versammlung im Weißen Saal war höchst glänzend. Als wir hineintraten, war der Saal noch fast leer, da der protestantische Gottesdienst in der Schloßkapelle noch nicht beendigt war. Wir begrüßten uns gegenseitig. Ich fand viele alt gewordene Jugendbekannte, so Roßhirt, den ich seit Heidelberg, Oheimb, den detmoldschen Minister, den ich seit Bonn nicht mehr gesehen hatte. Ersterer ist ultramontanes Mitglied des Zollparlaments, Oheimb ist detmoldscher Bundesrat. Nach und nach füllte sich der Saal mit Beamten und Offizieren, die man, um den Saal zu füllen, dazu ein-

geladen oder befohlen hatte. Endlich war die Predigt zu Ende, und es ging der Zug des Königs die Treppe herunter. Alles war sehr glänzend. Der König ging durch den Saal, hielt sich nur bei mir auf, um sich nach dem Befinden Seiner Majestät unsers Königs zu erkundigen. Dann verließ er wieder den Saal, und unterdessen stellte sich alles auf, links neben dem Thron die Mitglieder des Bundesrats, Bismarck und Perglas an der Spitze, rechts waren leere Stühle für die Prinzen, und wir standen dem Thron gegenüber. Nun kam der König mit den Prinzen, nahm auf dem Thron stehend Platz, bedeckte sich und las die Thronrede. Wir waren alle sehr gespannt; die Rede machte auf mich einen beruhigenden Eindruck und wird wohl auch so im allgemeinen wirken. Das Hoch beim Eintritt des Königs brachte der Alterspräsident Baron Frankenberg aus. Am Schluß der Thronrede geschah dies durch Perglas. Die Formel war vorher diskutiert worden zwischen Perglas, Delbrück und Bismarck, ob „König von Preußen" oder „König Wilhelm". Man entschied sich für „König Wilhelm", weil man fand, daß dies rücksichtsvoller für die Süddeutschen sei. Perglas machte seine Sache ganz gut. Nach der Eröffnung wurde durch den Alterspräsidenten die Sitzung für 3 Uhr nachmittags angesetzt. Ich hatte vorher Audienz beim König. Derselbe empfing mich wie gewöhnlich sehr liebenswürdig. Er beklagte sich über die ganz unbegründeten Befürchtungen der Süddeutschen. Es sei ungerecht, meinte der König, ihm Eroberungsgelüste zuzuschreiben. Er klagte dann über die Insulten, mit welchen er in Süddeutschland verfolgt würde. Ich entschuldigte uns, daß wir nichts gegen die Presse tun könnten, da die Gesetzgebung mangelhaft sei. Er erwiderte, daß er uns auch keinen Vorwurf mache. Wir sprachen dann von dem Zollparlament. Ich betonte, daß es wünschenswert sei, wenn sich dasselbe ziemlich ruhig verhalte und keine Kompetenzüberschreitung anstrebe. Der König sagte, er sei damit einverstanden, verwies aber auf die Elemente, welche sich in Darmstadt geltend machten und die auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund drängten, da ihre Stellung unhaltbar sei. Uebrigens gab er gleichzeitig zu, daß die Franzosen dies als eine Ueberschreitung der Mainlinie ansehen würden, und daß es dann zum Krieg kommen könne, wenn nämlich Preußen auf diese Wünsche einginge. Da der König müde war und noch andre Leute warteten, so dauerte die Audienz nur ganz kurze Zeit.

Um 3 Uhr war dann Sitzung des Zollparlaments. Hier fand nur die Auslosung in die Abteilungen statt. Um 4 Uhr machte ich einige Besuche, um 6 Uhr war Diner bei Perglas mit Viktor, Luxburg und Berchem. Um 8 Uhr hatte ich mit Bismarck ausgemacht ihn zu besuchen. Ich fand ihn wie gewöhnlich sehr liebenswürdig und zuvorkommend. Ueber das Zollparlament äußerte er sich zurückhaltend. Er sprach die

Hoffnung aus, daß alles ruhig verlaufen werde. Wir kamen dann auf die Festungsfrage zu sprechen, wo er seine Uebereinstimmung mit dem Plan der Auseinandersetzung des Bundeseigentums aussprach, die Notwendigkeit hervorhob, daß Bayern bei der Frage der Verwaltung und der Besatzung von Ulm die vorwiegende Stellung haben müsse, daß Württemberg mehr bei Rastatt beteiligt sei, und daß es Preußen nicht einfalle, die süddeutschen Staaten, namentlich Württemberg und Baden, durch Herauszahlenlassen von Geldern zu benachteiligen. Es handle sich darum, Süddeutschland verteidigungsfähig zu machen. Man müsse sich über die Unterhaltung von Mainz, Rastatt und Ulm verständigen. Dies werde sich dann bei der Beratung über die Auseinandersetzung des Bundeseigentums schon ergeben. Was den Krieg mit Frankreich anbetreffe, so sei es ebenso unmöglich, darüber etwas Sicheres zu sagen, als über das Wetter, welches im Juli sein werde. Doch glaube er nicht an den Krieg, da Frankreich sich zweimal besinnen werde, ehe es mit Deutschland anbinde. Der französische Kriegsplan bestehe darin, in Süddeutschland mit 50000 Mann einzufallen und diese Staaten zur Neutralität zu zwingen. Da werde dann ein schwieriger Moment für Süddeutschland kommen, denn Preußen werde zwar sofort 200000 Mann bei Koblenz und bald 500000 dort haben und damit auf Paris marschieren, allein dazu gehöre Zeit. Seien wir gerüstet und könnten wir die Franzosen aufhalten, so sei dies um so besser.

Um neun Uhr ging ich zur Königin. Sie sprach sehr lange über den König von Bayern und drückte ihre Sympathie für ihn aus. Sie hoffte, daß er sich bald verheiraten werde. Später kam der König, dann Roggenbach, Watzdorf und Viktor. Es war von verschiedenen Dingen die Rede, besonders von der Adresse,[1] die alle Konservativen mißbilligen. Bismarck soll dagegen sein, doch äußert er sich vorsichtig. Man will es hier offenbar mit der nationalliberalen Partei nicht verderben.

In der Sitzung des Zollparlaments vom 28. April 1868 wurde Fürst Hohenlohe mit 238 von 301 gültigen Stimmen (59 waren auf den Freiherrn von Thüngen gefallen) zum ersten Vizepräsidenten gewählt.

Er nahm die Wahl mit den Worten an:

Gestatten Sie, meine Herren, Ihnen meinen tiefgefühlten Dank zu sagen für die Ehre, die Sie mir erweisen, indem Sie mich zu Ihrem ersten Vizepräsidenten ernennen. Ich weiß zwar wohl, daß ich diese Ehre nicht eignem Verdienste, sondern der Rücksicht verdanke, welche ein großer

[1] Der nationalliberale Antrag Metz und Genossen ging dahin, daß das Zollparlament eine Adresse an den König von Preußen richten solle.

Teil dieser Versammlung den süddeutschen Mitgliedern derselben schuldig zu sein glaubt. Allein diese Ueberzeugung vermindert nicht, sondern erhöht meine Dankbarkeit. Denn, ich darf wohl sagen, Sie reichen uns damit freundschaftlich die Hand, die wir ergreifen in dem Vertrauen, daß süddeutsche Eigenart und süddeutsche Anschauungen in dieser Versammlung Achtung und Anerkennung finden werden, daß es gelingen werde, die Aufgabe, die uns der Vertrag vom 8. Juli v. J. zugewiesen hat, in patriotischer Eintracht und Hingebung zu lösen.

Journal.

Berlin, 29. April, Abends.

Heute Morgen war zunächst Sitzung der Abteilungen. Ich fand Franckenstein, Aretin und Eichthal, die Mitglieder derselben Abteilung waren. Zum Vorsitzenden wurde Twesten gewählt, zu Schriftführern einige Unbekannte.

Dann begann die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten. Das dauerte einige Stunden. Simson wurde mit großer Mehrheit gewählt, ich desgleichen, worauf ich meine Dankrede hielt, die guten Eindruck machte, da ich sie frei und fließend vortrug. Auch der Inhalt wurde allseitig als taktvoll gerühmt. Ich war froh, auf diese Weise debütiert zu haben. Es ist keine Kleinigkeit, vor dieser Versammlung zu sprechen. Unmittelbar darauf ließen sich mir eine Menge Mitglieder vorstellen.

Hugos [1]) Wahl konnte erst im zweiten Skrutinium zustande kommen.

Dann ging ich nach Hause, um mich umzuziehen, und um 4 Uhr fuhren wir zu dem großen Bankett. Es war eine äußerst glänzende Versammlung, sehr merkwürdig, der König und die Königin sehr liebenswürdig. Abends Kasino und Theater.

Berlin, 8. Mai 1868.

Nachdem ich gestern Morgen um acht Uhr in Berlin angekommen war, schickte ich zunächst zu Roggenbach, um über den Stand der Verhandlungen über die Adresse genaue Auskunft zu erhalten. Roggenbach kam auch bald und teilte mir den Wortlaut seiner motivierten Tagesordnung mit, der ich vollständig beistimmen zu können glaubte. Auch mit Taufffirchen und Luxburg, die etwas später kamen, wurde die Sache durchgesprochen, und es zeigte sich, daß nach vorhergegangenen Fraktionsbesprechungen der Antrag auf einfache Tagesordnung die meisten Aussichten auf Annahme haben werde. Der Austritt der Fraktion von Thüngen war nach

---

[1]) Fürst Hugo zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest.

wie vor beschlossen, wenn die einfache Tagesordnung nicht angenommen werde, und die beiden württembergischen Minister waren entschlossen, ebenfalls den Saal zu verlassen. Ich ging mit der Absicht, für die motivierte Tagesordnung zu stimmen, in die Sitzung. [1])

Bennigsen sprach zuerst als Referent für die Adresse. Er war durchaus ruhig und gemäßigt, und seine Rede machte guten Eindruck. Thüngen sprach darauf in versöhnlicher Absicht, aber nicht besonders gut. Der Ausdruck, daß die Freundschaft zwischen Süd- und Norddeutschland „eine zarte Pflanze" sei, war offenbar unglücklich gewählt, denn er erregte große Heiterkeit in der Versammlung. Nach ihm sprach Blankenburg für einfache Tagesordnung und Bluntschli für die Adresse. Blankenburg hatte einfache Tagesordnung beantragt, aber mit Motiven versehen, die sehr annehmbar waren. Seine Rede war geistreich, aber etwas zu sehr auf die Heiterkeit des Hauses berechnet. Bluntschli sprach lang, weitläufig, ermüdete die Versammlung und schadete dadurch seiner Sache. Ich fand nun, daß nur die Nationalliberalen und die dem Eintritt in den Norddeutschen Bund huldigenden Süddeutschen gegen, und daß alle andern Fraktionen für die einfache Tagesordnung seien mit Ausnahme jener Mitglieder, welche wie Ujest und Roggenbach die motivierte Tagesordnung unterzeichnet hatten. So wäre ich als bayrischer Minister in die schiefe Stellung geraten, nicht allein gegen die Konservativen und Ultramontanen, sondern auch gegen föderalistische Fraktionen zu stimmen. Damit hätte ich trotz des gemäßigten Wortlauts der motivierten Tagesordnung mich auf den Standpunkt der Partei gestellt, die in ihren letzten Zielen die Aufhebung der Selbständigkeit der Einzelstaaten anstrebt. Eine solche Stellung wäre mehr als schief gewesen und hätte die bayrische Regierung als solche kompromittiert. Nachdem alle Redner gegen die Adresse die Festhaltung an den Verträgen, Thüngen selbst — zum Entsetzen seiner Partei — die Fortentwicklung auf dem Wege des Vertrags hervorgehoben hatten, entschloß ich mich, der einfachen Tagesordnung beizustimmen und besprach dies auch mit Edel und einigen andern Bayern, die meinen Entschluß vollkommen billigten. Selbst Stauffenberg, der gegen die ein-

---

[1]) Die motivierte Tagesordnung des Freiherrn von Roggenbach lautete: „In Erwägung, daß die Neugestaltung des Zollvereins auf Grund des Zollvertrags durch Berufung von Vertretern des deutschen Volks zu einer gemeinsamen Gesetzgebungstätigkeit das Unterpfand einer stetigen Fortentwicklung der nationalen Institutionen gewährt und den berechtigten nationalen Ansprüchen auf wirksame Einigung der Staatskräfte eine befriedigende Erfüllung sichert, in Erwägung, daß ein einmütiges Zusammenwirken für die Aufgaben des Zollparlaments dieses Ziel am meisten zu fördern geeignet ist, wird über den Adreßantrag die Tagesordnung beantragt."

fache Tagesordnung zu stimmen gezwungen war, riet mir dazu, dafür zu stimmen. Die Majorität nahm dann die einfache Tagesordnung an,[1]) und damit wurde einer mehrtägigen unliebsamen Debatte ein Ende gemacht. Nach der Sitzung wurde dieses Resultat vielfach besprochen, indessen neigt sich die größere Mehrheit aller Urteilsfähigen dahin, dasselbe als günstig anzusehen. Denn wenn auch damit die nationale Frage vertagt ist, so entspricht dies doch der gegenwärtigen Stimmung in Süddeutschland und wird wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beitragen, was vorläufig die Hauptsache ist, wenn nicht die Annäherung der deutschen Stämme aneinander bedroht werden soll. Den Franzosen gegenüber würde ich ein andres Resultat gewünscht haben, denn diese werden darüber Freude empfinden. Allein wenn damit die Irritation in Frankreich beschwichtigt und der Friede gesichert wird, so ist das auch ein günstiges Resultat.

Bismarck hat sich bei der ganzen Debatte und bei den vorhergehenden Besprechungen sehr zurückhaltend benommen. Man sagt, die Kriegsbefürchtungen nehmen hier zu, namentlich infolge von Nachrichten aus England. Ich werde heute diplomatische Besuche machen und hoffe näheres zu erfahren.

Am 21. Mai fand in der neuen Börse ein Bankett statt, welches die Stadt Berlin zu Ehren der süddeutschen Abgeordneten zum Zollparlament gab. Graf Bismarck hielt die erste Rede, welche mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen!" an die süddeutschen Brüder schloß. Darauf erwiderte Fürst Hohenlohe:

Die Begeisterung, welche die Worte des Bundeskanzlers in den Herzen der Süddeutschen hervorgerufen haben, mag Ihnen beweisen, daß eine Annäherung zwischen Süd und Nord stattgefunden hat, welche nicht vermindert, sondern vermehrt worden ist durch die Arbeit des Zollparlaments. Ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage: die Arbeit deutschen Geistes hat das Band der Stämme enger geschlungen. Diesem Verständnis deutschen Geistes ist eine Mission zuteil geworden, herrlicher und höher als andre sogenannte zivilisatorische Missionen. (Stürmischer Beifall.) Lassen Sie uns in diesem Geist, lassen Sie uns in dieser Mission zusammenhalten, und in diesem Sinne bringe ich ein Hoch der Vereinigung der deutschen Stämme!

Nach dem Fürsten redete Völk auf „die Zukunft des deutschen Staats".

---

[1]) Mit 186 gegen 150 Stimmen. Die Majorität bestand aus den Konservativen, der Fortschrittspartei und der süddeutschen Fraktion.

Journal.

Berlin, 23. Mai 1868.

Infolge der vielen ermüdenden Sitzungen mußte ich meine Aufzeichnungen aussetzen. Von Wichtigkeit kam auch wenig vor. Die Sitzungen waren interessant, sind indessen stenographiert und gedruckt. Außerhalb der Sitzung war ein Gespräch mit Varnbüler über die Festungsfrage und einige Unterredungen mit Bismarck und endlich eine von Bluntschli gewünschte Besprechung wichtig. Varnbüler sieht meine Stellung hier mit scheelen Augen an, der Vizepräsident des Zollparlaments, meine guten Beziehungen zu Bismarck, der von mir weiß, daß ich ihn nicht betrüge, meine Stellung zum Hofe u. s. w., das alles „giftet" ihn und hat ihn veranlaßt, seinem Unwohlsein, welches nicht zu bestreiten ist, eine größere Ausdehnung zu geben, als es vielleicht nötig gewesen wäre. Bei meiner ersten Unterhaltung mit Varnbüler wurde die Festungsfrage verhandelt.[1]) Varnbüler wollte auf eine Verständigung kommen, glaubte mit mir allein leicht fertig zu werden und wollte deshalb direkte Verhandlungen mit mir führen. Ich aber berief Völderndorff von München mit den Akten. Bei der Besprechung kamen wir darin überein, daß eine Verständigung vor der Berufung der Liquidationskommission nötig sei zwischen Bayern und Württemberg. Daß sie aber zustande kommen wird, das ist die Frage, und deshalb ging ich auf den Wunsch Varnbülers nicht ein und gab die Zusammenberufung der Liquidationskommission nicht auf, sondern faßte das Protokoll in einer Art, daß die Berufung der Liquidationskommission nicht von dem Zustandekommen der Verständigung zwischen Bayern und Württemberg (über Ulm) abhängig gemacht werde. Varnbüler wünscht auch, daß vor dem Ausbruch eines Krieges mit Frankreich Preußen Zusicherungen mache,

1. daß wir nach dem Krieg an den Friedensverhandlungen teilnehmen,
2. daß nach dem Krieg der Rechtszustand bleibe, wie er ist.

---

[1]) Die Bundesliquidationskommission (siehe Seite 200) hatte sich am 31. Juli 1867 vertagt, ohne, wie Bayern gewünscht hatte, die tatsächliche Auseinandersetzung durchzuführen. Die gegenseitigen Ansprüche waren nur rechnerisch festgestellt worden. Diese Rechtslage hinderte die freie Verfügung der Territorialstaaten über das in den süddeutschen Festungen befindliche bewegliche Material. Die bayrische Regierung hatte daher im April 1868 Verhandlungen angeregt mit dem Zwecke, „die bisher noch bestehende faktische Gemeinschaft des beweglichen Eigentums der ehemaligen Bundesfestungen durch definitive Teilung auseinanderzusetzen". Den Mitgliedern der hierzu zu berufenden Kommission sollte nach dem Wunsche der bayrischen Regierung zugleich die Beratung über die Bildung einer ständigen süddeutschen Militärkommission und über ein gemeinsames Festungsreglement übertragen werden. Ueber die Verhältnisse der Festung Ulm, die wegen ihrer geographischen Lage nur als ein einheitlich verwalteter Waffenplatz ihren Zweck erfüllen konnte, war eine Verständigung zwischen Bayern und Württemberg äußerst dringlich.

Ich machte dagegen darauf aufmerksam, daß Preußen nicht darauf eingehen werde. Varnbüler wünschte zu wissen, ob ich nichts dagegen hätte, ohne Zweifel, um sich darauf bei Bismarck zu berufen. Ich setzte indessen, da ich morgen abreise, Perglas davon in Kenntnis, um zu überwachen, was Varnbüler tut.

Bluntschli war bei mir, um mir zu sagen, daß doch nun etwas geschehen müsse, um die nationale Sache zu fördern, man könne aber nichts tun ohne Bismarck, und Bismarck habe Rücksichten auf Bayern, und deshalb komme viel auf uns an. Er führte dann aus, daß es für Baden und Hessen unmöglich sei, länger so zu bleiben, wie sie jetzt sind, Bismarck würde sie auch in den Norddeutschen Bund aufnehmen, kümmere sich gar nicht um Frankreich, wohl aber um Bayern. Ob man uns denn nicht etwas bieten könne, eine Ausnahmestellung, wodurch wir so bevorzugt wären, daß wir dann uns leichter in eine Verbindung einlassen könnten. Bayern sei ein Staat von berechtigter Bedeutung, den man nicht ebenso wie Baden und Hessen behandeln könne.

Auf meine Frage, was er sich denn unter der bevorzugten Stellung Bayerns denke, sagte er, die Diplomatie und das Heer könne man Bayern belassen und dem König ein Ehrenamt einräumen, etwa ein Reichsvikariat. Ich setzte ihm auseinander, daß es sehr schwer sei, diese Konzessionen als genügend darzustellen. Die Gegner des Eintritts in den Norddeutschen Bund würden sich dadurch nicht bestimmen lassen. Die Dynastie würde nicht, um einer Eventualität zu entgehen, die noch nicht feststehe, etwas sicheres Unangenehmes annehmen. Uebrigens stellte ich ihm anheim, mir einmal schriftlich seine Ansichten mitzuteilen. Roggenbach, den ich nachher sprach, war entgegengesetzter Ansicht. Er meinte, man solle jetzt gar nichts tun. Es sei gar kein Grund dazu vorhanden.

Berlin, 24. Mai 1868.

Bei meinem Abschiedsbesuch bei Bismarck kam zunächst die Rede auf das Zollparlament, auf dessen Erfolg, auf die Thronschlußrede, die den Nationalliberalen nicht gefallen habe, was Bismarck mit einem gewissen Empressement hervorhob, und dann lenkte ich das Gespräch auf die Militär- und Festungsfrage. Er wiederholte in dieser Beziehung, was er mir schon gesagt hatte, daß er nämlich vorziehe, wenn die Beratungen mit dem bayrischen Militärbevollmächtigten allein ohne den württembergischen gepflogen würden, da aus einer gemeinschaftlichen Beratung leicht Beunruhigung der öffentlichen Meinung hervorgehen könnte. Was die Festungsfrage betreffe, so legt er augenscheinlich großen Wert auf die Auseinandersetzungskommission und bat, die Sache nicht fallen zu lassen. Ueber die militärische Bedeutung von Ulm sprach er sich nicht deutlich

aus, doch schien aus seinen Aeußerungen die Befürchtung hervorzugehen, daß, wenn wir Ulm ganz an Württemberg überließen und nicht vorher die Festung ganz eingelegt würde, dann Oesterreich bei Gelegenheit die Hand darauf legen würde. Wie bedenklich überhaupt die Stellung von Oesterreich gegenüber von Bayern sei, suchte er nachzuweisen, indem er erzählte, daß man in Nikolsburg sich zu einer Abtretung von Oesterreichisch-Schlesien bereit erklärt habe, wenn man dafür die Grenze an den Inn verlege; ebenso hätten kühne Politiker in Nikolsburg von einer Abtretung des alten österreichischen Württembergs vom Schwarzwald bis Ulm gesprochen. Jedenfalls muß bei der Auseinandersetzung von dem Besatzungsrecht Bayerns in Ulm gesprochen werden. Es ist gut, daß wir uns Varnbüler gegenüber nicht weiter gebunden haben, als wir es taten, und es ist notwendig, daß wir bei der Beratung mit den württembergischen Kommissaren nicht das Geringste aufgeben, da uns Preußen aus Furcht vor der künftigen Besetzung Ulms durch Oesterreich entschieden unterstützen wird. Die Zusammenberufung der Liquidationskommission wünscht Bismarck nicht vor Ende August, da er ihr doch eine so große Wichtigkeit beilegt, daß er nicht gut ohne Kenntnis des dort Vorgehenden bleiben möchte und seinen Urlaub nicht früher unterbrechen will.

Ich fragte dann, ob seit der Eröffnung des Grafen Wimpffen über das Gespräch zwischen mir und Beust im November die Frage des süddeutschen Bundes nicht von österreichischer Seite wieder angeregt worden sei. Er bemerkte natürlich, daß ich die Frage nur deshalb gestellt hatte, um zu wissen, was er zu dem süddeutschen Bunde sage, und erklärte sofort, er selbst sei eigentlich gar kein Gegner desselben, er teile nicht die Ansicht, daß dadurch die Trennung Deutschlands, die Verewigung der Mainlinie geschaffen werde, führte dies aber nicht weiter aus. Doch fügte er bei, wenn er sich nicht dafür aussprechen könne, so liege der Grund darin, daß er damit die öffentliche Meinung und insbesondere die Nationalliberalen verletzen würde, die darin ein Attentat auf die Einigung der deutschen Stämme erblickten. Er erkenne im Gegenteil darin ein Mittel zur Verständigung. Auf meine Bemerkung, daß eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich von Bedeutung sei, um diesen Plan zu fördern, sagte er, daß Beust sich immer zurückhaltend benehme, daß er die Tauffkirchensche Mission falsch dargestellt und nicht benützt habe, daß die Folge davon eine engere Verbindung zwischen Rußland und Preußen gewesen sei. Er verkannte nicht die Rücksicht, die Beust den Franzosen schuldig war, bedauerte aber, ob nun aufrichtig oder nicht, daß eine Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich bis jetzt nicht möglich gewesen sei. Was die Kriegsfrage anbetrifft, so wiederholte er mir, was er bereits früher gesagt, daß die Franzosen nur 320000 Mann ins Feld stellen könnten,

Norddeutschland aber 500000 zu seiner sofortigen Disposition habe. Er erzählte mir ferner ein Gespräch, welches er gestern gehabt, wo ein Gegner der Allianzverträge aus Württemberg sich dahin ausgesprochen habe, beim Ausbruch eines Krieges mit Frankreich müßten wir alle gegen Frankreich gehen. Er (Bismarck) habe ihm darauf erwidert, daß es eine ganz ungerechtfertigte Vermutung sei, wenn man glaube, Preußen werde die Allianzverträge zu Eroberungskriegen benützen. Er wisse nicht, was Preußen erobern solle, er zählte die Länder an der Grenze auf, nannte Polen, Böhmen, Belgien und das Elsaß.

Schließlich schieden wir auf das freundschaftlichste. Ich unterließ es, die Frage der Beglaubigung des bayrischen Gesandten beim Norddeutschen Bund zu berühren, da ich es für zweckmäßiger hielt, mich keiner ausweichenden Antwort auszusetzen, und vorziehe, dies bei Werthern zur Sprache zu bringen.

Rede, gehalten im „Bayrischen Hof" beim Diner am Konstitutionsfest.

26. Mai 1868.

Meine Herren! Wenn es einen Tag gibt, an welchem wir stolz sein können, uns Bayern zu nennen, wenn es ein Fest gibt, das uns berechtigt, mit hoher Befriedigung auf die Vergangenheit und mit freudiger Zuversicht in die Zukunft zu blicken, so ist es das heutige Fest der Einigung zwischen Fürst und Volk, jener Einigung, die die Grundlage unsrer Freiheit, unsrer Selbständigkeit, unsrer staatlichen Existenz ist. Daß wir aber dieses Fest in ungetrübter Freude feiern, das verdanken wir unsrer Dynastie, und darum ist es gerechtfertigt, wenn heute vor unserm dankbaren Blicke die erhabenen Gestalten der Monarchen aufsteigen, in deren Hände in dieser Zeit die Geschicke unsers Vaterlandes geruht haben.

Und hier sehen wir zuerst König Maximilian I., den das Volk mit Recht den Guten nennt, den unvergeßlichen Geber der Verfassung, den seltenen Monarchen, der aus eignem freien Antriebe das staatsrechtliche Band dargeboten, welches nun seit fünfzig Jahren Krone und Volk zu einträchtigem Handeln umschlingt.

Wir sehen König Ludwig I., wie er fest und selbstbewußt den Thron der Väter betritt und in langer und segensreicher Regierung und in längerem segensreichem Leben gerecht und beharrlich die Ziele verfolgt, die sein hoher Geist ihm als die richtigen vorzeichnete. Was König Ludwig Bayern war, was er der Welt war, das haben beredtere Lippen vor kurzem geschildert; jede Beredsamkeit muß aber zurücktreten vor seinen Werken und vor den Tränen, mit denen sein Volk ihn zur letzten Ruhestätte geleitet hat.

Ein harmonisches Bild bietet die Erinnerung an den König Max II., dessen warme Begeisterung für Wahrheit und Recht, dessen freundliche Milde, dessen sorgsame Gewissenhaftigkeit ihn stets die Mittel finden ließen, den Frieden mit seinem Volke zu erhalten oder, wenn er erschüttert war, ihn wieder zu festigen.

Und über diesem ganzen Fürstenhause schwebt ein Geist der Treue, der die Versuchung fernhält, die da drehen und deuten möchte an dem gegebenen Fürstenwort.

So ist unser allergnädigster König und Herr, des jetzt regierenden Königs Ludwig II. Majestät, unter Auspizien erhabener Vorbilder an die Regierung getreten.

Auch ihm ward eine reiche Fülle geistiger Gaben zuteil, in höherem Maße vielleicht als irgend einem seiner Vorgänger. Wir sehen darin um so mehr eine sichere Gewähr für die Zukunft, als es dem Könige in der kurzen Zeit seiner Regierung gelungen ist, die Fortbildung unsrer inneren Zustände in einer Weise zu fördern, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Und wie heute der König in edeln Worten an sein Volk es ausgesprochen hat, „daß auch er nach dem Vorbild seiner Ahnen das Banner der Verfassung hochhalten werde", so bringen wir ihm heute den Ausdruck des Dankes, der Verehrung und der Liebe dar, der Liebe seines Volkes, die das wahre Fundament jedes Fürstenthrones ist.

Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, Freiherrn von Perglas.

Berlin, 25. Mai 1868.

Nachdem Eure Durchlaucht bereits mündlich von mir über eine Mitteilung des französischen Botschafters in Berlin unterrichtet worden sind, ermangle ich nicht, dieselbe hier schriftlich vorzutragen.

Herr Benedetti kam gestern zu mir und beklagte sich formell über den Ausdruck eines Passus in der Rede, welchen Eure Durchlaucht bei dem Feste in der Börse gebraucht hätten, als Hochdieselben nämlich von „angeblich zivilisatorischer Mission einer andern Nation" gesprochen hätten. Da durch den öffentlichen Beifall, welcher diesem Gedanken und seiner Fassung gezollt worden sei und durch die hier desfalls verbreitete und geltende Ansicht der Passus unverkenntlich sich auf Frankreich beziehe, bedaure er lebhaft, daß Eure Durchlaucht sich bewogen gefunden hätten, diesen Ausdruck als Minister von Bayern öffentlich zu gebrauchen, denn er werde von der Presse ausgebeutet und wegen des noch verletzenderen Worts „angeblich" in Frankreich einen sehr übeln Eindruck verursachen. Er müsse dieses Verfahren Eurer Durchlaucht als nicht „courtois" bezeichnen, insbesondere im Hinblick auf die äußerste Reserve der fran-

zösischen Regierung und die absolute Zurückhaltung der französischen Botschaft in Berlin bei Gelegenheit der Zusammenkunft des Zollparlaments und überhaupt der inneren Angelegenheiten Deutschlands, daher ihm die Haltung Eurer Durchlaucht hier nicht billig und gerechtfertigt erscheine und er mir nicht vorenthalten wolle, daß er in diesem Sinne nach Paris berichtet habe, da überdies sein Eindruck von allen Personen geteilt werde, mit welchen er über die Sache verkehrt habe.

Herr Benedetti hatte den Ausfall auch als auf die Person des Kaisers gerichtet bezeichnet. Hier, wie überhaupt bezüglich seiner Beschwerde, wies ich zurück jede direkte Absicht einer offiziellen ministeriellen Verletzung der Rücksichten gegen Frankreich von seiten Eurer Durchlaucht und erinnerte vielmehr den Botschafter an meine Mission in Paris, während welcher Eure Durchlaucht fortwährend durch mich Beweise an die französische Regierung haben gelangen lassen von dem Werte, den Hochdieselben auf gute und intime Rapports mit der französischen Regierung legten — ich könnte nicht zugeben, daß Eure Durchlaucht eine Nation resp. die französische bezeichnet hätten, am wenigsten aber die Person des Kaisers.

Herr Benedetti ersuchte mich, von seiner Mitteilung Eurer Durchlaucht Nachricht geben zu wollen. Er beharrte bei seiner empfindlichen Auffassung, bewahrte aber den Ton der freundlichen und guten Beziehungen, welche zwischen mir und ihm bestehen.

Aufzeichnung des Fürsten vom 28. Mai 1868.

Die Depesche des Freiherrn von Perglas veranlaßte mich, bei Gelegenheit eines Gesprächs mit dem Marquis de Cadore diesem mein Erstaunen auszudrücken über die mir von Benedetti durch Perglas zugegangene Mitteilung. Ich bemerkte ihm dabei, daß es vollkommen irrig sei, wenn der Botschafter in Berlin darin eine Aeußerung des bayrischen Ministers erblicke, daß ich als Zollparlamentsabgeordneter gesprochen, auch der französischen Nation nicht Erwähnung getan habe und deshalb nur bedaure, wenn die überdies nur unvollkommen wiedergegebene Aeußerung Anlaß zu Mißverständnissen habe geben können.

An den bayrischen Gesandten in Berlin.

München, 28. Mai 1868.

Infolge der in Ihrem Berichte enthaltenen Mitteilung begab ich mich gestern zu dem hier beglaubigten Kaiserlichen Gesandten Marquis de Cadore und drückte ihm mein Erstaunen aus, wie Herr Benedetti dazu komme, mir eine derartige Eröffnung durch E. H. machen zu lassen. Ich müsse annehmen, daß dies lediglich eine Privatansicht des Herrn Benedetti

sei, was Herr de Cadore ebenfalls nicht bezweifelte. Ich fügte ferner bei, daß meine Aeußerung nicht als die Ansicht der bayrischen Regierung gelten könne, daß ich überdem bei jenem Toast der französischen Nation keine Erwähnung getan hätte und daß ich bedaure, wenn diese Aeußerung zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe. Ich teile E. H. dies lediglich als Notiz zu Ihren Akten mit, ohne damit den Auftrag zu einer weiteren Mitteilung irgendeiner Art zu verbinden.

Journal.

München, 5. Juni 1868.

Gestern war ich bei dem Diner, welches der französische Gesandte dem hier durchreisenden Prinzen Napoleon[1]) gab. Anwesend waren außer dem Gefolge des Prinzen und dem Personal der französischen Gesandtschaft: Graf Castell, Graf Moy, General von der Tann, Herr von Schrenck, der österreichische und der italienische Gesandte.

Ich saß neben dem Prinzen. Während der Tafel sprach er von verschiedenen Gegenständen der inneren Verwaltung Bayerns, von der Zusammensetzung der Kammer der Reichsräte, von der Tätigkeit der Kammer, vom Budget u. s. w. Er schien sehr genau bekannt, und seine Fragen bezweckten nur die Bestätigung von dem, was man ihm schon früher gesagt hatte.

Nach Tisch im Lauf des Abends zog der Prinz mich beiseite und ließ sich auf ein tiefer eingreifendes politisches Gespräch ein.

Er sprach über Württemberg, das er genau kennt, erzählte, daß der Geist der württembergischen Offiziere sich eigentümlich geändert habe, daß die württembergischen Offiziere mißvergnügt seien, einer kleinen Armee anzugehören, und sich danach sehnten, Teile einer deutschen Armee zu werden. Dann sprach er vom Zollverein, von den Gefahren, die in der neuen Organisation für die Selbständigkeit der einzelnen süddeutschen Staaten lägen, es sei kein Vertrag, sondern ein Verein, der uns zu Teilen eines größeren Ganzen mache, erwähnte des bereits in der bekannten Depesche des Grafen Quadt berührten Vergleichs mit Belgien, schloß aber damit, daß nichts zu machen sei. Auch der Allianzverträge erwähnte er und bestritt die Gegenseitigkeit derselben. Er erzählte, er habe Bismarck gefragt, ob er den Casus foederis anerkennen werde, wenn einmal Bayern, um Tirol zu erobern, Krieg gegen Oesterreich anfangen werde, worauf ihm Bismarck geantwortet habe: „de droit, oui, de fait, non."

---

[1]) Prinz Napoleon hielt sich auf seiner Reise durch Deutschland vom 3. bis 5. Juni in München auf. König Ludwig hatte sich nicht entschließen können, ihn zu empfangen.

Der süddeutsche Bund sei früher möglich gewesen, jetzt nicht mehr. Württemberg würde nur zugunsten einer grande Allemagne auf seine Autonomie verzichten, nicht aber zugunsten Bayerns. Ja, wenn der König von Bayern alles aufs Spiel setzen wollte, aufs Pferd steigen und mit Hilfe der Revolution den König von Württemberg und den Großherzog von Baden vertreiben wollte, dann sei es möglich, ein süddeutsches Königreich zu gründen, das an Oesterreich und Frankreich gute Alliierte haben werde. Er fügte bei: „Je n'ai jamais compris la triade avec deux souverains et une confédération.“ Nur eine zentralisierte Monarchie könnte die Trias begründen. Das sei aber ein gefährlicher Weg, und dazu gehöre ein schon gereifter Monarch, der sehr populär in Deutschland und der sehr kühn vorzugehen entschlossen sei.

Auf die Kriegsfrage übergehend, erlaubte ich mir zu sagen, daß es mir unbegreiflich scheine, wie man in Frankreich zum Krieg drängen könne. Niemand werde dabei gewinnen.

Er gab dies zu, sagte aber, man müsse die Eigentümlichkeit des französischen Charakters in Anschlag bringen. Der Franzose könne nicht warten wie der Deutsche. Was er für zweckmäßig halte, das suche er sofort auszuführen. Die Stockung des Verkehrs sei groß, der Franzose glaube, daß die Beunruhigung nach dem Krieg aufhören werde; und da der gegenwärtige Zustand ihm unerträglich sei, so hoffe er zu Ruhe und Frieden und zur Geschäftshebung durch den Krieg zu kommen.

„Quant à moi,“ setzte er hinzu, „je trouve que la guerre est un immense malheur qu'il faut éviter à tout prix, elle n'aura que des conséquences funestes et vous serez perdus les premiers. L'unité allemande sera faite. Vous avez donc tout intérêt à désirer la paix.“

Er sei übrigens überzeugt, daß Preußen den Krieg nicht wolle, Preußen könne nichts dabei gewinnen. Es habe keinen Grund, die Entwicklung Deutschlands zu überstürzen. Uebrigens, wenn er auch glaube, daß die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten bedroht sei, so glaube er nicht, daß jetzt Gefahr drohe, der gegenwärtige Zustand könne noch lange Jahre fortdauern.

Durch das ganze Gespräch zog sich eine große Bewunderung für Bismarck und großer Respekt vor den preußischen Institutionen. Alles was man von den inneren Schwierigkeiten der preußischen Lage sage, sei dummes Zeug und Uebertreibung. Er kennt die Schattenseiten des preußischen Wesens sehr genau, spricht den Süddeutschen mehr Talent, mehr Selbstgefühl und größeren Lebensgenuß zu, während der Norddeutsche sich nie Ruhe gönne und stets nach Gewinn laufe. Allein er legt großen Wert auf die merkwürdige Disziplin im preußischen Volk, auf das Heerwesen und die Verwaltung.

Schließlich sprach er vom König. Er sagte: „On dit que votre roi est charmant, qu'il a beaucoup d'esprit et de talent, mais il est timide?“ Ich erwiderte, daß ich deshalb bedaure, daß er ihn nicht kennen gelernt habe, doch sei der König sehr leidend gewesen und bedürfe der Bewegung in der Gebirgsluft, was er sehr natürlich fand.

Bericht an den König.

München, 5. Juni 1868.

Eure Königliche Majestät erlaubt sich der treugehorsamst Unterzeichnete alleruntertänigst um Gewährung eines Urlaubs vom 12. Juni bis Ende des Monats zu bitten, um sich nach den überaus anstrengenden Arbeiten während des vergangenen Winters und während seines Aufenthalts in Berlin etwas in der Gebirgsluft erholen zu können.

Dabei wagt er der Allerhöchsten Erwägung anheimzugeben, ob Eure Königliche Majestät geruhen wollen, dem treugehorsamst Unterzeichneten vorher noch eine Audienz zu bewilligen, um über seinen Aufenthalt in Berlin und insbesondere über sein Gespräch mit dem Prinzen Napoleon mündlich Bericht zu erstatten.

Der treugehorsamst Unterzeichnete würde in der Gewährung dieser Bitte zugleich ein Mittel erblicken, um den stets von neuem von Parteien und einzelnen ehrgeizigen Individuen verbreiteten Gerüchten, nach welchen Eure Königliche Majestät dem treugehorsamst Unterzeichneten Allerhöchstihr Vertrauen entzogen hätten, ein Ende zu machen.

Marginalreskript des Königs:

Nachdem ich Sie in Audienz empfangen habe, gewähre ich den erbetenen Urlaub mit dem Wunsche, daß derselbe zur nötigen Erholung und Stärkung gereichen möge.

Schloß Berg, 13. Juni 1868.

Ludwig.

Journal.

Aussee, 15. Juni 1868.

Vor meiner Abreise von München hatte ich gewünscht, dem König noch einen Vortrag über meinen Aufenthalt in Berlin sowie über das Gespräch mit dem Prinzen Napoleon zu halten, und bat deshalb in einem Antrag um Audienz. Der Sekretär Lipowsky antwortete mir, daß der König „als Zeichen des allerhöchsten Vertrauens“ mich wahrscheinlich am Tage der Prozession empfangen werde. Während der Kirche erhielt ich die Nachricht, daß der König mich unmittelbar nach der Prozession sehen wolle.

Ich fand den König auffallend liebenswürdig und heiter. Er

erkundigte sich, ob die Bukette, die er mir von Hohenschwangau gesandt, richtig und gut angekommen seien, worauf ich Gelegenheit nahm, ihm nochmals dafür zu danken. Wir sprachen dann von meinem Aufenthalt in Berlin, ich erzählte, daß ich bessere Eindrücke mit weggenommen hätte, als ich anfangs gefürchtet, daß man die staatliche Berechtigung Bayerns auch in der nationalliberalen Partei anerkenne, daß man einsehe, Bayern sei zu groß, um in ein Verhältnis zum Norddeutschen Bund wie Sachsen oder Mecklenburg zu treten, jedenfalls, sagte ich, sei zurzeit nichts von Preußen zu befürchten. Es kam dann die Rede auf die ultramontane Partei, über die sich der König sehr ungehalten zeigte. Ich hob hervor, daß man sie im Interesse der Dynastie gebrauchen, sie aber stets sich vom Leibe halten müsse. Die Ultramontanen hätten die Absicht, Bayern an Oesterreich zu bringen, man könne ihnen also nicht trauen. Das sah der König ein. Als ich bemerkte, daß diese Partei auf meinen Sturz hinarbeite und ein neues Ministerium schon fertig habe, sagte er, daß die Ernennung der Minister von ihm abhinge. Ueber meinen Toast am Tage des Verfassungsfestes äußerte er sich sehr zufrieden und hob besonders die schwungvolle Sprache hervor. Dann sprach er von den Ministern, sagte, daß ich dieselben mehr beherrschen müsse, sie müßten tun, was ich wolle, da ich Ministerpräsident sei. Ich erwiderte, daß dazu nur das Vertrauen des Königs und der Beweis nötig sei, daß ich das Vertrauen des Königs hätte, dies geschähe am besten, wenn er mich öfters persönlich sähe und mir direkt seine Aufträge an den Ministerrat erteile. Auf den Besuch des Prinzen Napoleon übergehend, meinte er, daß man ja die üble Laune des Kaisers (wenn dieselbe hervorgerufen sei dadurch, daß er den Prinzen nicht empfangen habe) dadurch beschwichtigen könne, wenn er ihm einen höflichen Brief schreibe. Ich bestritt dies und sagte: „qui s'excuse, s'accuse,“ auch ließe sich jetzt nichts machen; wolle der König später etwas tun, um den französischen Hof zu gewinnen, so könne dies durch einen kurzen Besuch in Paris am besten geschehen. Als ich ihm sagte, daß der Prinz Napoleon sehr bedauert habe, ihn nicht zu sehen, da er schon so viel von Seiner Majestät gehört habe, so schien ihn das zu wurmen, und er kam öfters darauf zurück. Es war dann noch von den „Meistersingern“ die Rede, die am 21. aufgeführt werden sollen, von Wagner und von Frau von Bülow. Schließlich bat ich um Urlaub auf vierzehn Tage.

Abends kam Gustav Castell zu mir ins Theater. Er erzählte, daß ihm Holnstein gesagt habe, ich stünde jetzt wieder fest beim König, nachdem ich vor einigen Wochen gewankt hätte. Holnstein habe erzählt, Lipowsky habe mit Platen unterhandelt, der mich ersetzen solle. Dies muß aber ein Mißverständnis sein. Ich glaube eher, daß man mit Windt-

horst unterhandelt hat. Jedenfalls hat aber Lipowsky gegen mich intrigiert. Ich beauftragte daher vor meiner Abreise am andern Morgen Völderndorff, sich nach jemand umzusehen, der Lipowsky ersetzen könne, zugleich auch herauszubringen, ob diese Unterhandlungen über meinen Nachfolger wirklich stattgefunden hätten oder nicht, damit ich nach meiner Rückkehr auf seine Entfernung hinarbeiten kann.

In dem Protokoll vom 7. Dezember 1867 [1]) war als ein militärisches Bedürfnis die Bildung eines Organs bezeichnet worden, welches „unter stetem Hinblick auf das Verteidigungssystem Deutschlands überhaupt die näheren Anhaltspunkte für die einzelnen Plätze und Positionen" regeln sollte. Die Lösung dieser Aufgabe sollte nach der ursprünglichen Absicht mit der Fortsetzung der Verhandlungen über die Regelung der unter den deutschen Staaten bestehenden Eigentumsgemeinschaft durch die hierfür eingesetzte Kommission [2]) verbunden werden. Am 9. April 1868 regte die bayrische Regierung die Wiederaufnahme der am 31. Juli 1867 vertagten Arbeiten der Liquidationskommission an und schlug vor, den süddeutschen Kommissaren zugleich die Beratung über die Einrichtung einer süddeutschen Militärkommission zu übertragen. Baden stimmte diesem Vorschlage im allgemeinen zu unter der Voraussetzung, daß die zu ernennenden Kommissare über die Zusammensetzung und Kompetenz der zu bildenden ständigen Kommission in freie Beratungen eintreten sollten. Nachdem aber die Verhandlungen zwischen Bayern und Württemberg über Ulm in Berlin zu einem Vertrage geführt hatten, [3]) in welchem die süddeutsche Militärkommission vorausgesetzt wurde, mußte zur Ausführung dieses Vertrags die baldige Lösung der in dem Protokoll vom 7. Dezember 1867 gestellten Aufgabe erwünscht sein. Außerdem wünschte Bayern jetzt, daß diese Kommission ins Leben treten möge, ehe die Liquidationskommission ihre Arbeiten wieder aufnähme. Man wollte dadurch dem Bestreben der badischen Regierung, welches auf eine Vertretung des Norddeutschen Bundes in der zu bildenden Kommission gerichtet war, rechtzeitig begegnen. Deshalb legte der bayrische Gesandte in Karlsruhe dem dortigen Ministerium am 3. Juli 1868 den Entwurf „der allgemeinen Grundlagen für Organisation einer süddeutschen Militärkommission" vor, welche am 15. Juli in München ins Leben treten sollte. Der Entwurf sah eine sehr weitgehende Kompetenz der Kommission vor. Die Festungsbehörden sollten ihr „unterstellt und eidlich verpflichtet werden" und „alle Weisungen unmittelbar durch sie empfangen". Die badische Regierung fand diese Aufforderung, insbesondere wegen der

[1]) Siehe Seite 288.
[2]) Siehe Seite 200.
[3]) Siehe Seite 310.

Kürze der Frist „überraschend und verletzend" und lehnte am 6. Juli die Einladung ab.

Bericht an den König.

München, 10. Juli 1868.

Nachdem mündliche Mitteilungen des großherzoglich badischen Gesandten zu der Befürchtung Veranlassung geben, daß die von dem treugehorsamst Unterzeichneten gemeinschaftlich mit dem Kriegsminister in Anregung gebrachte süddeutsche Militärkommission in Karlsruhe auf Bedenken stoßen wird und diese vielleicht durch mündliche Besprechung mit dem Großherzoge selbst gehoben werden können, erlaubt sich der treugehorsamst Unterzeichnete um die Allerhöchste Ermächtigung zu bitten, sich unter dem Vorwand von Privatangelegenheiten nach Baden-Baden begeben zu dürfen, um dort zu versuchen, die Bedenken des Großherzogs zu beseitigen und seine Zustimmung zu den betreffenden Vorschlägen zu erlangen.

Zugleich erlaubt sich der treugehorsamst Unterzeichnete ehrfurchtsvollst um die weitere Allerhöchste Ermächtigung zu bitten, sich bei dieser Gelegenheit in Stuttgart aufzuhalten, um mündlich die Ratifikation des Ulmer Vertrags bei Freiherrn von Varnbüler zu betreiben.

Journal.

Baden, 14. Juli 1868.

Am 13. früh kam ich in Stuttgart an, wo ich ein Telegramm Varnbülers fand, der mir seine Rückkehr von seinem Landsitz auf 10 Uhr in Aussicht stellte. Schon um 9 Uhr schickte er aber, um zu fragen, ob er mich besuchen könne, worauf ich mich zu ihm begab.

Er empfing mich mit der Bemerkung, daß er soeben die Ratifikation des Königs empfangen, deshalb das Protokoll aufzusetzen angeordnet habe und bereit sei, die Unterzeichnung desselben und den Austausch sogleich vorzunehmen. Er hob dann hervor, welche Konzessionen Württemberg gemacht habe.[1]) Durch die Uebertragung der Vizegouverneurstelle an Bayern, resp. durch das Wegfallen des württembergischen Vizegouverneurs sei die zweite Stadt des Königreichs beim Verhinderungsfalle des Gouverneurs in die Hände Bayerns gegeben; ebenso sei auch der Geniedirektor ein großes Opfer, und er habe dies alles nur sehr schwer durchsetzen können. Auch werde ihm dies große Schwierigkeiten in der Kammer machen, denen er nur dann mit Erfolg entgegentreten könne, wenn wir ihm anderseits in der Frage der Verkehrsverhältnisse entgegenkämen. Hier habe er sich schon mit Herrn von Schlör verständigt, und er bäte, daß ich die Absichten des

---

[1]) Bayern wurde durch den Ulmer Vertrag das Recht eingeräumt, den Vizegouverneur und den Geniedirektor zu ernennen.

Herrn von Schlör unterstützen möchte. Als seine Wünsche bezeichnete er die Abkürzung des Termins, innerhalb dessen von Heidenheim nach Ulm nicht gebaut werden könne, die Frage des Anschlusses südlich von Ulm und die beschleunigte Ausführung der Bahn von Ansbach nach Crailsheim. Er wünscht, daß diese Punkte in einem Staatsvertrag zusammengefaßt werden möchten. Ich erwiderte ihm, daß ich mit Schlör, der in Urlaub sei, darüber noch nicht gesprochen habe, versprach aber mein möglichstes zu tun, seinen Wünschen entgegenzukommen. Was die Militärkommission betrifft, so ist er von deren Notwendigkeit überzeugt. An den Punkten, die in München aufgesetzt wurden, hat er nur zu erinnern: 1. die Eisenbahnen, deren Erwähnung in dieser Allgemeinheit er nicht zugeben will, da die Militärs vom Eisenbahnwesen nichts verstünden, er könne deren Leitung nicht aus der Hand geben, sondern höchstens das Gutachten über die Anlage derselben vom strategischen Standpunkt aus gewähren, sowie 2. die Frage wegen des Vorsitzes. Wenn die Kommission in München zusammentrete, so sei der gleichzeitige bayrische Vorsitz zuviel. Wäre sie irgendwo sonst, so habe er gegen den bayrischen Vorsitz nichts zu erinnern. Er habe vom preußischen Gesandten erfahren, daß man es in Baden übelgenommen habe, daß wir in Berlin die Besprechung gehalten und das Protokoll vom 23. Mai unterzeichnet hätten, die Majorisierung geniere Baden und erhebe man überhaupt dort Schwierigkeiten. Es werde mir wohl nicht schwer fallen, das Mißverständnis beim Großherzog aufzuklären.

Er sei bereit, zu einer Beratung jemand abzuschicken, rate aber, die Liquidationskommission noch hinauszuschieben, um vorher noch Zeit zu einer Beratung der süddeutschen Staaten und zum Zustandebringen der Festungskommission (wie er sie zu nennen rate) zu gewinnen.

Wenn die Liquidationskommission auf den 10. oder 20. September vertagt werde, so könne man die Vorberatung im Lauf des August vornehmen. Am 1. September sei ohnedies alles noch auf Reisen.

Er sprach dann noch über die Wahlen, die so schlecht ausgefallen seien, weil die Ultramontanen, auf deren Unterstützung die Regierung gerechnet habe, im letzten Augenblick umgeschlagen hätten, und zwar infolge direkter Weisung aus Rom!

Dann kam er noch auf Degenfeld [1]) zu sprechen, den er abberufen will, sobald er es tun kann, nämlich sobald die ritterschaftlichen Wahlen vorüber seien, in welcher Klasse Degenfeld Freunde habe, und dann werde er entweder Linden oder Soden schicken. Wäre es ihm nicht möglich, Linden zu ernennen, so möchte ich ihm aus der Verlegenheit helfen, indem

---

[1]) Württembergischer Gesandter in München.

ich ihm einen Brief zugunsten Sodens schriebe. Er werde mir darüber Nachricht geben.

Nachdem diese Besprechung zu Ende war, wurde das Protokoll unterzeichnet. Der Austausch der Urkunden wird durch Gasser erfolgen, der noch im Bett lag.

Um 2 Uhr fuhr ich nach Baden. Dort empfing mich ein Brief des großherzoglichen Adjutanten mit der Bitte, um 8 Uhr Abends zum Großherzog zu kommen. Ich fand den Großherzog wieder ganz hergestellt; begann meine Ansprache sofort mit der Darlegung der Verhältnisse und der Aufklärung des Mißverständnisses, darauf hinweisend, daß eine Abmachung mit Württemberg nicht stattgefunden habe und die Besprechung über die Militär- resp. Festungskommission sich nur an die Ulmer Beratungen angeknüpft habe, legte ausführlich die Notwendigkeit einer Verständigung der süddeutschen Staaten über die Festungsfrage dar, betonte, daß, gerade bei den in Baden und Württemberg herrschenden Befürchtungen vor einer Herauszahlung, eine vorher feststehende Abmachung und die Bildung eines Verwaltungsorgans nützlich sein werde und bat um Zustimmung. Ich erklärte, daß eine Teilnahme Preußens an der Kommission von Bayern und Württemberg nicht zugegeben werden könne und daß ich befürchte, wenn nichts ausgemacht sei, werde die Liquidationsverhandlung zu gegenseitiger größerer Verstimmung dieser Staaten gegenüber von Norddeutschland führen. Ich hob endlich hervor, daß gerade die Angriffe, welche gegen den Gedanken der süddeutschen Militärkommission seitens der ultramontanen Presse erhoben würden, beweisen, daß dieselbe nicht zur Auflösung der Allianzverträge führen werde, mithin auch Baden dadurch nicht auf eine seiner bisherigen Politik entgegengesetzte Bahn gedrängt werden solle.

Der Großherzog antwortete sehr eingehend. Er legte seine Politik dar, die durchaus nicht darauf ausgehe, seine Souveränität preiszugeben, sondern deren Grundgedanke nur d e r sei, daß sich die kleineren Staaten Deutschlands vor unbegründetem Souveränitätsschwindel zu hüten hätten und sich über ihre Machtstellung keine Illusionen machen sollten. Durch das Festhalten an den Allianzverträgen, durch Anlehnung an Preußen werde ihre Existenz gesichert. Er strebe nicht nach dem Eintritt in den Norddeutschen Bund, allein das Militärwesen müsse möglichst mit dem preußischen auf gleichen Fuß gebracht werden. Die Militärkommisssion, wie wir sie im Auge hätten, bilde eine Macht der süddeutschen Staaten, die gegen Preußen angewendet werden könne, wenn ein Umschlag stattfinde und die ultramontan-demokratischen Elemente hier zur Herrschaft kämen. Er wolle Ausbildung des Allianzvertrags auf Grundlage des Prager Friedens, und diese werde durch eine Militärkommission für ganz Deutschland, gemeinschaftliche Verwaltung sämtlicher, nicht bloß der süddeutschen Bundes-

festungen am besten erreicht. Dies werde am leichtesten bei Gelegenheit der Liquidationsverhandlungen bewerkstelligt werden können. Ich erwiderte darauf, daß eine Herrschaft der ultramontan-demokratischen Elemente noch in weitem Felde stehe, trete diese ein, so werde damit gleichzeitig ein solcher Umschwung stattfinden, daß man dann keine Militärkommission brauche, sondern dann würden die Allianzverträge gekündigt. Auf die Kommission komme es also dann nicht mehr an. Was den Prager Frieden betreffe, so setze dieser ja gerade die Vereinigung der süddeutschen Staaten voraus. Unser Vorschlag sei also viel mehr in Uebereinstimmung mit dem Prager Frieden als der Gedanke des Großherzogs. Wolle der Großherzog bei Beratung über die Militärkommission Vorschläge machen, die auf eine Verbindung der süddeutschen Militärkommission mit der Militärgewalt des Nordens Bezug hätten, so stehe das ihm immer frei. Wir wollten auch keine Trennung, wir wollten für den Kriegsfall die gemeinsame Aktion, aber keine Teilnahme eines preußischen Kommissars an den Beratungen der Kommission. Das könnten und dürften wir nicht zugeben. Unsre Stellung sei eine andre als die Badens, und diese müßten wir zu erhalten suchen. Auch sähe ich dies gegenüber dem König als eine Ehrensache an. Er, der Großherzog, könne als Souverän eine nationale Politik befolgen und so weit gehen, als er wolle, ich als bayrischer Minister könne nicht dem König raten, auf seine Selbständigkeit zu verzichten. Ich bat deshalb, wenigstens die Beratung nicht zurückzuweisen. Damit erklärte sich der Großherzog einverstanden und meinte, die Kriegsminister könnten ja zusammentreten, um die Frage der Militärkommission sowie die Grundlagen, von welchen bei der Liquidationsverhandlung auszugehen sei, zu besprechen. Mit der Verschiebung des Termins zur Eröffnung der Liquidationsverhandlungen war er einverstanden, um so mehr, als er Wert darauf legt, daß General Beyer, der noch nicht wieder hier ist, gehört werde.

Ich bat um die Erlaubnis, mit Freydorf das Nähere besprechen zu dürfen, was er auch zugestand.

14. Juli, Abends.

Herr von Freydorf kam heute Abend von Karlsruhe zu mir. Ich wiederholte in betreff der Mißverständnisse das, was ich schon dem Großherzog gesagt hatte, und empfahl ihm die Angelegenheit der Militärkommission. Herr von Freydorf hatte (wie mir Riederer [1]) später bestätigte) eigentlich die Absicht, sich auf nichts einzulassen. Ihm scheint es im Interesse seiner Stellung zur liberalen Partei des Landes bedenklich, sich einem Schritt anzuschließen, der ihm von der nationalliberalen Partei als ein Abweichen von seinen preußischen Tendenzen ausgelegt werden könnte, er gesteht dies

[1]) Freiherr von Riederer, bayrischer Gesandter in Karlsruhe.

sogar offen zu. Er drang also sofort darauf, daß wir den ursprünglichen Plan festhalten und die Frage der Festungskommission während der Liquidationsverhandlung beraten möchten, wo sich dann der heilsame Einfluß preußischen Rates geltend machen werde. Das Abkommen, welches im Oktober 1866 vorgeschlagen worden war, schwebte ihm dabei als maßgebend vor.

Dagegen erwiderte ich sofort, daß die Zeiten sich geändert hätten, was damals möglich gewesen, sei jetzt nicht mehr durchzuführen, und bayrischer- oder württembergischerseits werde auf eine Teilnahme Preußens an der Verwaltung der süddeutschen Festungen nicht eingegangen werden. Auch an einzelnen Bestimmungen der zwischen dem bayrischen Kriegsminister und Suckow festgesetzten Punkte hatte er manches auszusetzen, behauptete nicht zu verstehen, wie die Kommission gegen den Willen der Regierungen Geld durch Majorisierung bewilligen könne, wiederholte den Einwurf, der schon durch Riederer berichtet wurde, daß die Kommission einen Verzicht auf einzelne Souveränitätsrechte seitens der süddeutschen Staaten voraussetze, und gebärdete sich ganz unzugänglich und ängstlich wie immer, wenn es sich davon handelt, etwas zu tun, was in Berlin Anstoß erregen könnte.

Ich beruhigte ihn, indem ich ihm die Stelle aus Perglas' Bericht vorlas, wonach der König von Preußen seine Zufriedenheit mit dem Gedanken der süddeutschen Militärkommission ausgesprochen habe, wiederlegte die Einwürfe bezüglich der einzelnen Punkte des Vorschlags und legte ihm dar, daß wir an eine feindliche Stellung Preußen gegenüber nicht dächten, sondern die Verbindung zwischen der Militärkommission und dem preußischen Kriegsministerium, wenn auch auf diplomatischem Wege, aufrechtzuerhalten willens seien. Er solle nicht das Unmögliche anstreben, sondern das Gute, was in der Kommission liege, annehmen. Nun kam er auf die formellen Schwierigkeiten, sagte, daß der Großherzog abreise, daß der Kriegsminister noch nicht da sei, daß sie sich noch nicht schlüssig machen könnten u. s. w.

Um nun doch zu einem Resultat zu kommen und die badische Regierung aus ihrer negativen Haltung herauszubringen und wenigstens ihre Anwesenheit bei der Vorberatung zu erwirken, schlug ich vor, er möge das wenigstens zugeben, daß eine Vorberatung über die bei der Liquidationskommission einzunehmende Haltung unter den süddeutschen Staaten resp. deren Vertretern stattfinde und, um die Teilnahme daran für Baden zu ermöglichen, proponierte ich den Zusammentritt dieser Vorberatungskommission in München am 20. August. Sei es nötig, so könne man den Beginn der Liquidationskommission etwa bis zum 10. September vertagen. Das gab er endlich zu, um so mehr, als ich ihn versicherte, daß der Großherzog damit einverstanden sei. Wir kamen nun dahin überein, daß, ganz abgesehen von der bisherigen Korrespondenz, unter Hinweisung auf unsre mündliche Beratung seitens Bayerns der Vorschlag gemacht werden solle,

eine Beratung der zur Liquidationskommission abzuordnenden Mitglieder oder auch der Kriegsminister (oder wenigstens des badischen Kriegsministers, worauf der Großherzog Wert zu legen scheint) in München am 20. August zusammentreten soll, wo 1. über die Grundsätze, von welchen die süddeutschen Regierungen bei der Liquidationsverhandlung ausgehen wollen, Verständigung herbeigeführt werden solle, und wo 2. auch von seite Bayerns und Württembergs der Vorschlag einer ständigen Festungs- resp. Militärkommission in Beratung gezogen werden soll. Zwar behauptete Freydorf, das werde zu keinem Resultat führen, da man ja noch nicht wisse, ob die Liquidationsverhandlungen dazu führen werden, das Objekt für diese Kommission frei zu machen; allein er hatte gegen die Beratung nichts einzuwenden und will die Sache dem Großherzog und dem Ministerrat vorlegen. Wir haben also nicht abzuwarten, was sie uns hier antworten, sondern sofort die nötigen Einleitungen zu treffen. Bis dahin können dann auch die Vorarbeiten für die Liquidationskommission schon so weit sein, daß das nötige Material vorbereitet ist.

15. Juli.

Heute Morgen war ich bei dem preußischen Gesandten Grafen Flemming. Ich nahm keinen Anstand, ihm mitzuteilen, was ich mit Freydorf abgemacht habe. Er fragte nach dem Grund, warum wir den ursprünglichen Gedanken, die Beratung über die Militärkommission bei Gelegenheit der Liquidationskommission vorzunehmen, wieder aufgegeben hätten. Ich sagte ihm, daß eine Militärkommission, die aus der Liquidationskommission hervorgehe, in welcher preußische Kommissare sitzen, jedenfalls in Süddeutschland mit Mißtrauen betrachtet werden würde, daß ich das Zustandekommen einer solchen Kommission im allgemeinen Interesse für notwendig hielte und daß wir die Teilnahme eines preußischen Kommissars oder Bevollmächtigten an den Beratungen nicht zugeben würden. Der Vorschlag der gemeinschaftlichen Verwaltung der früheren deutschen Bundesfestungen, wie er im Oktober 1866 gemacht worden sei, wäre jetzt unmöglich. Auch widerlegte ich die Befürchtungen, die von seiten Freydorfs im preußischen Interesse gegen die süddeutsche Militärkommission gemacht worden waren, indem ich auf den oft ausgesprochenen Willen der süddeutschen Regierungen hinwies, an den Allianzverträgen festzuhalten.

Graf Flemming bat mich, ihm diese Punkte genau zu diktieren, um darüber seinem König Bericht erstatten zu können, worauf ich um so lieber einging, als ich dadurch Gelegenheit hatte, die Angelegenheit in einer Weise dem König gegenüber dargelegt zu sehen, wie sie unsern Intentionen am meisten entspricht.

Graf Flemming, auf dessen Rat der Großherzog viel Gewicht legt, erklärte sich mit der Beschickung der Beratung am 20. August einverstanden,

was zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß die badische Regierung sich bei der fraglichen Beratung vertreten lassen wird.

Am 16. Juli früh reiste ich wieder von Baden ab.

Bericht an den König.

München, 22. Juli 1868.

Wenn der treugehorsamst Unterzeichnete wagt, Eurer Königlichen Majestät seine Ansicht in einer Angelegenheit darzulegen, die zu denen gehört, welche dem Allerhöchsteignen Ermessen vorbehalten zu werden pflegen, so darf er vielleicht auf Nachsicht rechnen, wenn Eure Königliche Majestät allergnädigst in Erwägung ziehen wollen, daß es Entschlüsse im Privatleben Eurer Königlichen Majestät gibt, die von wesentlichem Einflusse auf die Interessen des Staats im allgemeinen sind.

Eure Königliche Majestät haben den treugehorsamst Unterzeichneten mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, mit der Sorge für die Erhaltung der Monarchie und der Rechte Eurer Königlichen Majestät betraut. Alles, was sonach auf das Wohl des Staats, auf dessen Selbständigkeit und Machtstellung Einfluß haben kann, muß der treugehorsamst Unterzeichnete zum Gegenstand seiner steten Aufmerksamkeit machen.

Hierzu gehören vor allem die Beziehungen Eurer Königlichen Majestät zu fremden Souveränen.

Eure Königliche Majestät kennen die bedenkliche Lage, in welcher sich die Mittelstaaten Deutschlands und insbesondere Bayern seit dem Kriege von 1866 befinden. Mit der Auflösung des Deutschen Bundes ist Bayern in eine Lage versetzt, die große Vorsicht und Klugheit erheischt, wenn das Königreich bei eintretenden größeren Erschütterungen seine Selbständigkeit erhalten soll. Kann nun auch das Königreich in der gegenwärtigen Lage keine Bündnisse mit fremden Mächten eingehen, so liegt doch in den freundschaftlichen Beziehungen Eurer Königlichen Majestät zu fremden Souveränen, insbesondere zu solchen, deren Stimmen im Rate der europäischen Mächte gehört und beachtet werden, eine nicht zu unterschätzende Garantie. Zu solchen Mächten gehört ohne Zweifel Rußland. Die persönlichen Beziehungen Eurer Königlichen Majestät zu dem russischen Hofe sind zurzeit die besten und freundschaftlichsten. Der treugehorsamst Unterzeichnete hat dies im Interesse Eurer Königlichen Majestät stets mit Freude und Beruhigung wahrgenommen. Er kann deshalb nur wünschen, daß dieses Verhältnis ungestört erhalten bleiben möchte. Hierzu bietet wohl die Anwesenheit der kaiserlichen Familie in Kissingen den erwünschten Anlaß. Eure Königliche Majestät haben dies dem treugehorsamst Unterzeichneten gegenüber anzuerkennen und Allerhöchstihre Absicht, dem Kaiser und der Kaiserin von Rußland dort einen Besuch zu machen, auszusprechen geruht.

Der treugehorsamst Unterzeichnete würde also nicht wagen, nochmals auf diesen Gegenstand zurückzukommen, wenn er nicht Grund hätte zu befürchten, daß Eurer Königlichen Majestät von andrer Seite entgegengesetzter Rat gegeben und die Ansicht ausgesprochen werden könnte, es sei ein solcher Besuch nicht nötig oder ohne jede politische Bedeutung.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt im Gegenteil, daß die Unterlassung dieses Besuchs ohne allen Zweifel vom kaiserlich russischen Hofe nicht nur als ein Zeichen der Gleichgültigkeit, sondern als eine direkte Beleidigung angesehen werden würde. Träte infolgedessen in der kaiserlichen Familie eine Verstimmung ein, so würden bei kommenden Ereignissen, in welchen Eurer Königlichen Majestät der Schutz oder die Fürsprache des russischen Hofs erwünscht sein könnte, Allerhöchstdieselben statt des Schutzes und der Fürsprache entschiedener Feindseligkeit begegnen. Nach der Ansicht des treugehorsamst Unterzeichneten hat also ein wenn auch kurzer Besuch in Kissingen, etwa nur mit kleinem Gefolge, vielleicht bei Gelegenheit des Geburtsfests der Kaiserin, eine sehr große und weitgreifende Bedeutung. Um nicht dem Verdachte Raum zu geben, der treugehorsamst Unterzeichnete teile die Ansicht jener, welche dem Besuche Eurer Königlichen Majestät in Kissingen eine geringe Bedeutung beilegen, hält sich der treugehorsamst Unterzeichnete verpflichtet, Eurer Königlichen Majestät seine ehrfurchtsvollste Ansicht auszusprechen und in dem Bewußtsein treuester Anhänglichkeit an Eure Königliche Majestät dringend zu raten, Allerhöchstdieselben wollen geruhen, der kaiserlich russischen Familie in Kissingen einen Besuch abzustatten.

König Ludwig begab sich am 2. August in Begleitung des Prinzen Otto nach Kissingen und verblieb daselbst in lebhaftem Verkehr mit dem russischen Kaiserpaare bis zum 10. August.

Am 13. August ging Fürst Hohenlohe nach Kissingen.

Journal.

Starnberg, 28. September 1868.

Durch den königlichen Befehl war ich veranlaßt, mich hierher zu begeben, um als Minister des Hauses der Vermählung der Herzogin Sophie mit dem Duc d'Alençon, Sohn des Herzogs von Nemours, anzuwohnen. Zu Trauungszeugen waren der Prinz Adalbert und Minister Pfretzschner bestimmt. Da letzterer vorzog, in Starnberg zu übernachten, so entschloß ich mich, schon gestern Nachmittag ½3 Uhr hierherzufahren. Wir kamen um 4 Uhr an, nahmen Besitz von unsern Zimmern im Gasthof „am See" und gingen dann spazieren, um 5 Uhr aßen wir zu Mittag und gingen dann wieder Abends an das Seeufer in der Hoffnung, etwas von den Beleuchtungen zu sehen, die angeblich zu Ehren der in Berg

weilenden Kaiserin von Rußland stattfinden sollten. Es wurde aber 9 Uhr, und da nichts kam, so zogen wir vor, uns nicht weiter zu langweilen, und legten uns bald zu Bett. Das Feuerwerk und die Beleuchtung soll sehr schön gewesen sein, war aber von hier aus wenig zu sehen. Es war Sonntag, und so hatte sich ein zahlreiches biertrinkendes Publikum vor unsern Fenstern etabliert, das schauderhaft lärmte und johlte. Mitunter sangen sie „volkstümliche Weisen", die aber sofort in bestialisches Schreien ausarteten. Ich schlief aber doch bald ein, um so mehr, als ein heilsamer Regenguß die Bande vertrieb. Heute Morgen ging ich auf den Bahnhof, um die Kaiserin von Rußland abreisen zu sehen. Auch Tauffkirchen [1]) war da, um sich der Kaiserin zu präsentieren. Der König begleitete die Kaiserin und fuhr auch mit ihr auf der Eisenbahn gegen München mit, ich weiß nicht bis wohin.

Um 10 Uhr fuhren wir in meinem Wagen, den ich gestern hatte hierherkommen lassen, nach Possenhofen. Es war noch nicht 11 Uhr, weshalb wir noch in unsre Zimmer geführt wurden. In dem meinigen roch es sehr schlecht. Bald kam die Zeit der Trauung, die in einem Saal des Schlosses, der zur Kapelle umgewandelt war, stattfand. Die Hochzeitsgäste versammelten sich in dem anstoßenden Salon, wo ein Klavier den engen Raum noch mehr beschränkte. Pfretzschner und ich beeilten uns, uns allen hohen Herrschaften vorstellen zu lassen. Außer der Familie des Herzogs Max waren da Prinz Adalbert und Prinz Karl. Letzterer begrüßte mich nur von weitem mit einem Gesicht, wie man einen Skorpion anzusehen pflegt. Dann Graf und Gräfin Trani. Die Erbprinzessin Taxis trug ein violettes oder veilchenfarbenes Gewand mit weißem Besatz. Ferner waren da der Graf von Paris und sein Bruder Duc de Chartres, zwei junge wohlgebildete Prinzen, die aber eher den Eindruck preußischer als französischer Prinzen machen. Der Duc de Nemours sieht aus wie ein eleganter Franzose du cercle de l'union. Er trug den Hubertus, ebenso sein Sohn, der Bräutigam. Der Duc de Nemours erinnert an die Bilder Heinrichs IV., doch hat er einen eigentümlichen Ausdruck, der auf Pedanterie schließen läßt. Der junge Duc d'Alençon ist ein hübscher junger Mensch von frischem Aussehen. Der Prince de Joinville und sein Sohn, der Duc de Penthièvre, sehen nicht auffallend aus. Ersterer ist etwas alt und gebeugt, zu alt für sein Alter, liebenswürdig und höflich. Der Duc de Penthièvre hat ein gelbes, etwas jüdisches Gesicht und spricht gedehnt, war aber mir gegenüber sehr freundlich und mitteilend. Herzog August von Koburg ist langweilig wie immer. Interessant war mir, seine Frau kennen zu lernen, die Prinzessin Klementine, eine gescheite, lebhafte

---

[1]) Graf Tauffkirchen war damals bayrischer Gesandter in St. Petersburg.

Dame. Die Prinzessin Joinville, eine brasilianische Prinzeß, ist etwas mumienhaft, mit großen rollenden Augen in einem langen blassen faltigen Gesicht. Dann waren noch zwei Töchter Nemours' da, eine erwachsene und eine kleine. Alles war en robe montante. Die Braut in weißer Seide, mit Orangenblüten garniert, mit Coiffure von Orangenblüten und Tüllschleier. Auf den Aermeln Atlaslitzen, nach Analogie des Leibregiments. Eine Hofdame der Nemours war in feuerfarbener Seide mit strohgelbem Besatz. Als alles beisammen war, ging man in die Kapelle. Das Brautpaar kniete vor dem Altar. Links dahinter Prinz Adalbert, hinter diesem wir beiden Minister und dann hinter uns die Herren des Hauses Orléans. Auf der andern Seite der Duc de Nemours und die Herzogin sowie alle Prinzessinnen. Haneberg begann die Zeremonie mit einer passenden Anrede. Niemand weinte, nur der Herzog Max hatte einigemale ein sehr weinerliches Aussehen. Die Braut sah sehr gleichmütig aus. Vor dem Jawort machte der Bräutigam erst seinem Vater ein Kompliment und ebenso die Braut ihren Eltern. Das Ja der Herzogin klang, als wollte sie sagen: „von mir aus ja", oder „meinetwegen". Doch will ich damit nichts Böses sagen, mir klang es so. Nach der Trauung küßte ich der Herzogin die Hand und beglückwünschte sie. Sie schien recht zufrieden und vergnügt. Die Pause zwischen der Trauung und dem Diner brachten wir in unserm Zimmer zu. Ich vergaß noch zu sagen, daß während der Messe die Militärmusik im Freien spielte zur Begleitung des Gottesdienstes. Es fing an mit der Ouvertüre zu einer Oper von Verdi, ich weiß nicht, ob es die „Traviata" oder der „Trovatore" war. Es war eine etwas gemäßigte Tafelmusik.

Das Diner fand unten in zwei Sälen statt. In einem Saal saßen alle königlichen Herrschaften und ich mit Pfretzschner, im andern die Hofleute. Der Toast auf das Brautpaar wurde ohne Reden getrunken. Ich saß zwischen der jungen Prinzeß von Koburg und dem Herzog Ludwig. Das Diner war nicht besonders lang, aber auch nicht besonders gut. Nach Tisch wurde noch etwas herumgestanden, und dann ging alles auseinander. Die Orléansschen Herrschaften reisten sofort um 4 ½ Uhr ab, ebenso die andern Prinzen. Nur der Herzog von Nemours bleibt bis übermorgen mit seinen Kindern.

Wir fuhren in einem herzoglichen Wagen nach Starnberg zurück, von wo aus wir heute noch nach München mit dem Zug um 8 Uhr zurückkehren.

Bei Tisch wurde der Brautchor aus „Lohengrin" gespielt. Es muß der Exbraut des Königs sonderbar zumute gewesen sein. Eigentümlich war auch das Zusammentreffen, daß gerade am Vorabend der See und Berg beleuchtet waren (für die Kaiserin), und daß auf diese

Weise der König seiner ehemaligen Braut den „Polterabend" verherrlichen mußte.

Der Comte de Paris sprach mit mir von Krieg und Frieden und behauptet, man sei im Volk in Frankreich gegen den Krieg. Doch sei es schwer, die öffentliche Stimme in Frankreich zu beurteilen, da die Presse zu wenig unabhängig sei.

Er ist ein recht vernünftiger, wohlwollender Mann, der sich zu einem konstitutionellen König von Frankreich wohl eignen würde.

München, 1. Oktober 1868.

Bei dem heutigen Empfang der Diplomaten erschien auch der päpstliche Nunzius und brachte mir einen Artikel der „Neuesten Nachrichten", in welchem die Verleihung der Goldenen Rose durch den Papst an die Königin von Spanien und die Ordensverleihung an Bucher in Passau einer Kritik unterzogen wird. Der Nunzius beklagte sich darüber. Ich erwiderte ihm, daß ich diese Ausschreitungen bedaure, und daß ich bereit sei, wenn er mir deshalb den Antrag auf strafgerichtliche Verfolgung des genannten Blattes zukommen lasse, die nötigen Schritte zu tun, wie ich dies fremden Gesandten gegenüber bisher getan habe.

Was Bucher betreffe, so könne ich, fügte ich bei, übrigens mein Erstaunen nicht unterdrücken, wie die päpstliche Regierung einem Manne eine Auszeichnung zuteil werden lasse, der es sich zur Aufgabe setze, die bayrische Regierung in einer gemeinen und pöbelhaften Weise zu beschimpfen, einem Manne, dessen persönlicher Charakter der schlechteste sei, und den ich als einen „Chenapan" bezeichnen müsse. Durch solche Ordensverleihungen könnten die Beziehungen zwischen befreundeten Regierungen nicht gefördert werden.

Der Nunzius war durch diese etwas rücksichtslose Aeußerung ziemlich frappiert, behauptete nichts davon zu wissen, berief sich darauf, daß man Bucher in Rom als einen der Kirche ergebenen Mann geschildert habe, und deutete an, daß die Sache durch Kardinal Reisach in Szene gesetzt worden sei. Ich nahm dies als wahr an, bemerkte aber noch schließlich, daß die Kirche nicht gewinne, wenn ihr Oberhaupt einem gemeinen Journalisten gegen den Bischof, dessen Frömmigkeit und Eifer von niemand in Zweifel gezogen werde, recht gebe.

Die Bemühungen des Fürsten in Baden [1]) hatten den Erfolg gehabt, daß die badische Regierung in die Verhandlungen über Bildung einer süddeutschen Festungskommission eintrat. Entscheidend dafür war besonders

---

[1]) Siehe Seite 323.

der Rat der preußischen Regierung. [1]) Am 31. Juli erklärte der badische Gesandte in München, Robert von Mohl, die Zustimmung seiner Regierung zu dem Zusammentritt einer Kommission am 21. September „zur Vorberatung über die Bildung einer Festungskommission". Am 24. August wurde die Einladung nach München durch Entschließung des Großherzogs angenommen. Die Instruktion der badischen Bevollmächtigten ging auf möglichste Förderung der Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde und Verhinderung alles dessen, was dieser Verbindung zum Nachteil gereichen könnte. Als das einfachste Mittel hierfür wurde die Erhaltung des gemeinsamen Eigentums an dem Festungsmobiliar bezeichnet. Am 21. September trat die Kommission in München zusammen. Bayern war durch den Fürsten Hohenlohe und den Kriegsminister von Pranckh, Württemberg durch den Kriegsminister Freiherrn von Wagner, den Staatsrat von Scheuerlen und den Oberst von Suckow, Baden durch den Kriegsminister General von Beyer und Robert von Mohl vertreten. Preußen hatte seinen Gesandten in München dahin instruiert, daß Preußen keine volle Beteiligung an der zu bildenden Kommission verlange, daß ihm vielmehr die Zuziehung in bestimmten Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen genüge, und daß ein Scheitern der Verhandlungen an der Frage der Beteiligung Preußens zu vermeiden sei. Nach vielfachen Diskussionen in den ersten Sitzungen machte Bayern in der Sitzung vom 25. September den den badischen Absichten entgegenkommenden Vorschlag, der preußische Militärbevollmächtigte am Sitze der Militärkommission solle von allen Verhandlungen in Kenntnis gesetzt, bei wichtigen Gegenständen solle seine Aeußerung im voraus eingeholt und tunlichst berücksichtigt werden, zu Festungsinspektionen solle Preußen eingeladen werden. Am 27. September sprach der preußische Gesandte in Karlsruhe wiederholt die Ansicht seiner Regierung aus, daß Preußen an der Militärkommission teilzunehmen nicht verlange und das Zustandekommen des Vertrags wünsche. Nach einem vorläufigen Abschluß der Verhandlungen der Kommission am 26. September wurde zur Redaktion der Ergebnisse eine Pause verabredet und die nächste Sitzung auf den 5. Oktober festgesetzt. In diesem Stadium wurde das Gelingen des Werks durch Württemberg in Frage gestellt. Baden hatte bei seiner Zustimmung den Vorbehalt gemacht, daß die Festungskommission erst nach dem Beginne der Verhandlungen der Liquidationskommission und nach der Zustimmung Preußens zu den Ver-

---

[1]) Der badische Kriegsminister General von Beyer hatte am 19. und 20. Juli in Berlin mit Roon, Moltke und Thile verhandelt, und am 21. und 22. in Ems dem Könige Vortrag gehalten. Dieser war durch den Bericht des preußischen Gesandten über die Badener Verhandlungen (S. 326) befriedigt.

einbarungen über die Beteiligung des Norddeutschen Bundes ins Leben treten sollte. Hieran anknüpfend erklärte Württemberg nunmehr, daß der Abschluß des Vertrags vor dem Beginne der Liquidationsverhandlungen keinen Sinn mehr habe. Auch sei es sachgemäß, die Einräumungen zugunsten Preußens und des Norddeutschen Bundes vor Bildung der Festungskommission in Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bunde festzustellen. Gegen den bayrischen Vorsitz in der Festungskommission wurde eingewendet, daß hiermit der Schein einer bayrischen Hegemonie in Süddeutschland hervorgerufen werde. Schließlich einigte man sich dahin, daß die in Artikel 7 des Vertrags aufgenommenen Einräumungen zugunsten Preußens wieder gestrichen wurden, worauf Baden diesen Satz in den Vorbehalt aufnahm, mit dem es dem Vertrage zustimmte.

Journal.

München, 4. Oktober 1868.

Gestern kam Herr von Baur, der württembergische Legationssekretär, zu mir und brachte mir eine Depesche seines Ministers, von der er eine Abschrift zurückließ, die so abgefaßt war, daß ich annehmen mußte, daß Württemberg die Verhandlungen über die Festungskommission ganz abbrechen wolle. Ich konnte mir dieselbe, die im Widerspruch mit früheren Aeußerungen Varnbülers stand, nicht zusammenreimen, und teilte sie Völderndorff mit, der sofort zu extremen Schritten riet. Ich legte sie indessen ruhig beiseite und wartete auf die Ankunft des württembergischen Bevollmächtigten, der auch heute ankam. Im Laufe der Konversation mit demselben zeigte es sich, daß seit dem Abgang jener Depesche in Stuttgart wieder ein Umschwung stattgefunden hat, und nun erklärt sich Württemberg bereit, auf den Abschluß des Vertrags einzugehen, wenn der Vertrag bezüglich der Stellung von Preußen in einer Art modifiziert wird, daß die eigentliche Feststellung des Verhältnisses der süddeutschen Festungen zum Norddeutschen Bund bis zur Verhandlung der Liquidationskommission ausgesetzt bleibt. Ich bedaure dies, weil bei der Liquidationskommission Preußen eine Pression ausüben wird, aber Scheuerlen erklärte, daß man diese Pression in Stuttgart nicht fürchte, und sich derselben lieber aussetze, als daß man selbst ein Angebot mache. Wir riskieren am Ende wenig dabei, und da dies das einzige Mittel ist, die Kommission zustande zu bringen, so werde ich die Modifikation annehmen.

Vor $^1/_2$2 Uhr fuhr ich zum Empfang auf dem Oktoberfest. Ich nahm Oettingen mit mir, der keinen Wagen hatte. Wir kamen gegen $^1/_2$2 Uhr hinaus. Dort fanden wir das diplomatische Korps und einige andre uniformierte Herren im Zelt. Der König kam um 2 Uhr und wurde mit Hurra empfangen. Erst sprach er mit dem diplomatischen Korps und

dann mit uns. Mit mir sprach er absichtlich sehr lange über die Kaiserin, über politische Dinge, über die Intrigen, die gegen mich gemacht würden, und daß er davon nichts wissen wolle, und war überhaupt auffallend liebenswürdig. Der Cercle dauerte sehr lange, dann besah er sich die Tiere, worauf die Preisverteilung stattfand, und schließlich das abscheuliche Pferderennen, ein wahrer Skandal, der aber nicht abzustellen ist.

München, 6. Oktober 1868.

Heute Morgen war der Prediger der freien Gemeinde in Nürnberg, ein gewisser Scholl, bei mir, um mir eine Eingabe seiner Gemeinde an das Kultusministerium zu bringen. Sie beschwert sich darin, daß ihr Prediger alle Handlungen vornehmen könne, die sich auf den Kultus beziehen, nur nicht am Grabe reden, da er nicht das bayrische Indigenat habe. Ich verstehe das nicht, daß man das bayrische Indigenat haben muß, um eine Grabrede zu halten!

Der Mann sah recht germanisch aus, lange, ins Graue spielende Haare, einen Schnurrbart und kleinen Zwickelbart, schwarz angezogen, ungeheuer groß und schwärmerischen Aussehens. Die Deutschen bleiben Schwärmer selbst im Unglauben. Er sagte nur, sie hätten kein Dogma, ihr Bekenntnis sei das: Humanität zu verbreiten, sittliches Leben u. s. w. Nachdem er mir seine Angelegenheiten expliziert hatte, fragte ich ihn nach der politischen Richtung der Gemeinde. Er sagte, ein Teil sei großdeutsch-demokratisch, der andre größere Teil nationalliberal, mit den Ultramontanen hätten erstere kein Bündnis. Ihr Zusammengehen bei den Zollparlamentswahlen sei lediglich ein zufälliges, vorübergehendes.

Nach ihm kam Oberbaurat Ritgen von Gießen, der mir vom germanischen Nationalmuseum sprach. Er erzählte, daß er an der Geschichte des Wohnhauses arbeite, und machte nunmehr interessante historische Bemerkungen über die Entwicklung der menschlichen Wohnungen, deren Ursprung in Hochasien sei und die sich alle in gleicher Weise entwickelt hätten. Ursprünglich Zusammenleben mit dem Vieh, dann Trennung, und später Trennung der Familienmitglieder durch Abteilungen der Räume. Er will es publizieren.

München, 10. Oktober 1868.

Nachdem wir mit Württemberg im reinen waren, glaubte ich, daß die Konferenz nun zu einem baldigen Abschluß kommen werde. Leider aber erhielt General Beyer von Karlsruhe nicht die Ermächtigung zum Unterzeichnen und entschloß sich deshalb, gestern Abend selbst nach Karlsruhe zurückzufahren, um dort Instruktionen zu erholen für den hier zurückbleibenden Gesandten.

Die beiden württembergischen Bevollmächtigten kamen gestern um 5 Uhr zu mir, und da sie den ganzen Tag auf eine Sitzung gewartet hatten, so hatten sie sich, um die Zeit zu vertreiben, mit Trinken beschäftigt. Staatsrat Scheurlen sah sehr rot aus und roch wie ein altes Weinfaß. Er lud mich ein, mit ihm bei Marschal zu essen, einer Restauration auf dem Dultplatz. Ich nahm dies an und fand dort außer Völderndorff noch Baur und einen württembergischen Finanzrat Knapp. Es wurde viel gegessen und noch mehr getrunken, Scheurlen hielt dann eine lange Rede auf mich, in welcher er mein „deutsches Herz" und das „im Auge behalten großer Ziele" hervorhob, worauf ich antwortete, daß, wenn man mir sonst wohl das Lob versöhnlichen Charakters gegeben habe, ich heute die Wahrheit dieses Lobes selbst anerkennen dürfe, nachdem es mir gelungen sei, die schwäbischen Querköpfe zu Freunden zu haben. Ich schloß dann mit einem Hoch auf den schwäbischen Volksstamm und auf die hier anwesenden Vertreter desselben. Um 8 Uhr trennte sich die Gesellschaft „in gehobener Stimmung". Ich ging mit Suckow ins Theater, wo ich von General Beyer Abschied nahm.

11. Oktober 1868.

Gestern Mittag erhielt ich die Nachricht, daß die badischen Bevollmächtigten ihre Instruktion hätten. Ich beeilte mich sofort, die Einladung zur Konferenz auf 3 Uhr abzusenden. Um 3 Uhr war alles da. Nur der Kriegsminister Pranckh fehlte. Wir schickten nach ihm, doch war er nirgends zu finden. Ich hielt also die Sitzung ohne ihn, wir vereinigten uns bald, und um 5 Uhr waren wir glücklich fertig. Etwa um 6 Uhr ging ich zum Kriegsminister, um ihm die Beschlüsse mitzuteilen und ihn zur Unterzeichnung auf $^1/_2$8 Uhr einzuladen. Ich fand ihn eben in sein Bureau zurückgekehrt, wo er gerade erst meinen Brief von Mittags erbrochen hatte. Von 12 Uhr bis 6 Uhr war er also spazieren gegangen. Um das Maß voll zu machen, fragte er, ob es nötig sei, daß er um $^1/_2$8 Uhr käme, da er bei sich zu Hause um 8 Uhr eine Spielpartie hätte! Er sah aber doch, daß er durch diese Frage eine Dummheit gesagt hatte, und versicherte sofort, daß er kommen würde. Ich war den ganzen Tag im Ministerium gewesen und hatte nur eine halbe Stunde verwendet, um bei Quatresous[1]) zu essen. Der Kriegsminister, den die Sache doch zunächst anging, verwendet also sechs Stunden des Tags zum Spazierengehen und den Abend zur Spielpartie, an einem Tag, wo wirklich die Ehre Bayerns auf dem Spiele stand, denn hätten wir gar nichts zustande gebracht, so wären wir ungeheuer ausgelacht worden!

---

[1]) Ein Weinrestaurant.

Abends wurde unterzeichnet, ich hielt eine Abschiedsrede, man dankte mir für die vorzügliche Leitung der Verhandlungen, und alles ging um 9 Uhr auseinander.

Der „Vertrag, die Errichtung einer Festungskommission betreffend", vom 10. Oktober 1868 [1]) bestimmt, daß der Sitz der Kommission zwischen München, Stuttgart und Karlsruhe jährlich wechseln soll und daß Bayern „vorläufig zunächst auf drei Jahre" den Vorsitz führt. Jeder Staat kann mehrere Vertreter ernennen, die aber zusammen nur ein Votum abgeben. Aufgabe der Kommission ist, die Verwaltung der drei Festungen Ulm, Rastatt, Landau, ihre Verteidigungsfähigkeit nach militärischen und technischen Rücksichten, ihr strategisches Verhältnis zu einander sowie zu den übrigen deutschen Festungen und Defensivanlagen zu überwachen, auch den Bau, die Unterhaltung und die Vorsorge für die militärische Benutzung strategisch wichtiger Eisenbahnen und Straßen zu erwägen. Sie inspiziert die Festungen. Gegenüber den Regierungen ist die Kommission eine „beratende und vorschlagende Behörde". Die Regierung, welche ein Votum der Kommission nicht berücksichtigt, ist verpflichtet, den übrigen Regierungen ihre Gründe mitzuteilen. Artikel 7 des Vertrags bestimmt: „Die drei Regierungen anerkennen die Notwendigkeit des Zusammenhangs des Defensivsystems von Nord- und Süddeutschland und verpflichten sich, die Prinzipien für die Wahrung dieses Zusammenhangs sowie für die Verwaltung des bisherigen gesamten Bundesfestungsmaterials in der demnächst einzuberufenden Liquidationskommission dementsprechend zu regeln." Artikel 8 bestätigt, daß die mit Preußen geschlossenen Allianzverträge durch die Bildung der Kommission nicht berührt werden. Im Kriegsfalle wird die Tätigkeit der Festungskommission suspendiert. Gleichzeitig mit dem „Vertrage" wurden zwei „Protokolle" gezeichnet. Das eine dieser Protokolle bekundet die Verständigung der drei Regierungen über ihre bei den bevorstehenden Verhandlungen der Liquidationskommission einzunehmende Haltung. Alle drei Regierungen erklären eine Verteilung des vormaligen beweglichen Bundeseigentums, sei es in Natur oder durch Teilung des durch eine Versteigerung erzielten Erlöses, für unzulässig. Bayern würde von sich aus gegen eine Ablösung des in den einzelnen Festungen liegenden Materials durch die Territorialstaaten nichts einzuwenden haben. Da aber Baden und Württemberg widersprechen, so wird verabredet, einen solchen Antrag nicht zu stellen und eventuell dagegen zu stimmen. Baden erachtet als das Erstrebenswerteste die Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums durch eine gesamtdeutsche Kommission unter dem Vorsitz Preußens. Da aber Bayern dem widerspricht, „so verpflichten sich Württemberg und

[1]) Abgedruckt in Hirths Annalen des Deutschen Reichs 1872, S. 1579.

Baden, vorerst weder einen solchen Antrag zu stellen noch für diese Modalität zu stimmen". Bayern und Württemberg wünschen die Verwaltung des Materials durch die Festungskommission. Da aber Baden eine so weitgehende Kompetenz dieser Kommission nicht zugestehen will, so soll die Verwaltung den Territorialregierungen zustehen und durch die Festungskommission nur überwacht werden. Ein „Separatprotokoll" vom 10. Oktober bestimmt zunächst, daß sowohl das ebengenannte Protokoll wie der Vertrag vor dem Zusammentritt der Liquidationskommission der preußischen Regierung mitzuteilen sind. Ferner erklärt Baden, daß „die Festungskommission erst nach Beendigung der Verhandlungen der Liquidationskonferenz und nach Zustimmung Preußens zu der Feststellung der Beteiligung des Norddeutschen Bundes definitiv ins Leben treten könne" und daß seine Zustimmung zu dem Vertrage als „unter diesem Vorbehalt erteilt zu erachten sei". Ferner erklärt die badische Regierung zu Artikel 7 des Vertrags, daß sie im Gesamtinteresse Deutschlands eine Beteiligung des Norddeutschen Bundes an der Wirksamkeit der Festungskommission erstreben müsse mindestens in der Form, daß die Kommission dem an ihrem Sitze befindlichen preußischen Militärbevollmächtigten von dem Ergebnisse aller ihrer Verhandlungen Mitteilung mache und bei wichtigeren Fragen dessen Ansicht vernehme und daß dem Norddeutschen Bunde zustehe, sich bei den periodischen Inspektionen der Festungen durch einen Abgeordneten vertreten zu lassen.

Aus einem Schreiben an den bayrischen Gesandten Freiherrn von Perglas in Berlin.

München, 8. November 1868.

... Die Frage des Verhältnisses von Preußen und Oesterreich habe ich noch viel hin und her überlegt. Ich muß dabei vorausschicken, daß ich mit Ihnen übereinstimme, daß weder uns noch Europa, d. h. dem europäischen Frieden, mit einer bloßen Allianz der deutschen Großmächte genutzt wird. Abgesehen von den Bedingungen, welche eine solche Allianz mit sich bringen kann und die uns speziell in bedenklicher Weise berühren könnten, sind Allianzen auch leicht lösbar und bieten niemand eine Garantie, wenn der Zweck erreicht ist, zu welchem sie geschlossen wurden. Was uns allein retten kann und was auch allein geeignet ist, den europäischen Frieden dauernd zu sichern, ist ein staatsrechtlicher Bund, welcher Oesterreich, Preußen (resp. den Norddeutschen Bund) und Bayern zusammenfassen würde. Ich sage „Bayern", indem ich damit die süddeutsche Gruppe verstehe, welcher Bayern vorzustehen berufen wäre.

Wir hätten damit die Schaffung einer großen Zentraldefensivmacht in Europa, „ohne deren Willen kein Kanonenschuß abgefeuert würde".

Es versteht sich dabei von selbst, daß Preußen die Aufnahme Gesamtösterreichs mit Ungarn bewilligen und daß es die Interessen Oesterreichs an der unteren Donau zu den seinigen machen, sich also zu einer sehr großartigen Politik emporschwingen müßte. Ich weiß, daß Bismarck darauf antworten würde: „Ich kann nicht die russische Allianz aufgeben gegen Eintausch eines Bundesgenossen, dessen ich nie sicher bin."

Allein hier kommt es wieder auf den Unterschied zwischen Allianz und staatsrechtlichem Bund an, und die Bedenken Bismarcks würden zurücktreten, wenn es gelänge, die deutschen Verhältnisse in einer dauernden Art definitiv zu regeln.

Hier liegt ein Problem vor, welches ich heute noch nicht gelöst habe, dessen Lösung ich aber als eine Notwendigkeit, als etwas nicht zu Umgehendes ansehe.

Es fragt sich nur, zieht Preußen den unvermeidlichen Krieg mit Frankreich mit allen seinen Gefahren, dem Aufgeben der Inkorporation Süddeutschlands in den Nordbund vor? Mit andern Worten: Verzichtet Preußen darauf, die Mainlinie zu überschreiten, gegen den Vorteil der dauernden Konstituierung seiner gegenwärtigen Macht? Tut Preußen dies, so ist die Frage lediglich die der Formulierung eines Verfassungsprojekts. Will aber Preußen oder kann es auf dem bisherigen Wege nicht umkehren, so wird es auch auf keinen Schritt eingehen, der jenen Verzicht unbedingt voraussetzt.

Hier ist aber weniger Graf Bismarck maßgebend als die öffentliche Stimmung und namentlich die Stimmung im Lager der nationalliberalen Partei. Ich würde daher bitten, erst die Aeußerungen dieser Kreise aufmerksam zu verfolgen, ehe Sie sich mit Bismarck oder andern offiziellen Persönlichkeiten in ein wenn auch noch so allgemeines Gespräch wieder einlassen.

Solange das preußische Volk und die dasselbe leitende nationalliberale Partei alles eher aufs Spiel setzen, als auf den Weg der Herrschaft „des Adlers vom Fels zum Meer" verzichten will, [1]) so lange wird Bismarck sich auf nichts einlassen, so lange ist auf eine Umkehr nicht zu rechnen.

---

[1]) Emanuel Geibel war in jenen Tagen die Pension, welche er aus der Königlichen Kabinettskasse bezog, und die Münchner Ehrenprofessur entzogen worden, weil er den König Wilhelm bei dessen Besuche in Lübeck mit einem Gedichte begrüßt hatte, das mit den Worten schloß:

> Und sei's als letzter Wunsch gesprochen,
> Daß noch dereinst dein Aug' es sieht,
> Wie übers Reich ununterbrochen
> Vom Fels zum Meer dein Adler zieht.

In der Zwischenzeit will ich die Sache theoretisch ausarbeiten, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Konsul Schwab schreibt, daß der Krieg in Frankreich beschlossene Sache sei und im Januar ausbrechen werde. Ich teile diese Befürchtung nicht, wohl aber die, daß der Krieg unvermeidlich ist — wenn auch erst bei einer den Franzosen günstigen Gelegenheit —, wenn jene Gestaltung einer Defensivmacht im Herzen von Europa nicht gelingen sollte . . .

München, Ende November 1868.

Gestern war die Taufe der neugeborenen Prinzessin.[1]) Um 12 Uhr begab ich mich in die Residenz im Frack und weißer Halsbinde; die Uniform war verbannt, weil die Taufe ganz en famille sein sollte, der Prinzessin Alexandra wegen.

Ich fand dort die Königin und die königlichen Prinzen Otto, Ludwig und Leopold, die Prinzeß Ludwig, Graf und Gräfin Trani. Beide Prinzessinnen waren in blauem Atlas mit weißem Pelz verbrämt. Die Prinzeß Alexandra in einer lila Jacke und Hut. Die Taufe fand in dem Weißen Saal statt, der vor den Gemächern des Prinzen Adalbert ist, die Einrichtung zu einer Kapelle war recht geschmackvoll arrangiert.

Die Prinzessinnen standen links, die Prinzen rechts, Prinzeß Alexandra mit dem Prinzen Adalbert vor dem Altar vor roten Betschemeln. Die kleine Prinzeß Isabella trug die Kerze. Sie sah mit ihren roten lockigen Haaren gar niedlich aus und war sehr stolz auf ihr Amt. Die beiden Söhne des Prinzen trugen spanische Orden in Miniaturformat, der ältere das Goldene Vlies, der jüngere den Orden Karls III. Sie zeigten mir ihn nach der Taufe, wo ich mit den Kindern bekannt wurde. Die Prinzeß Alexandra beantwortete alle Tauffragen sehr geläufig. Der Domdechant Reindl hielt eine taktvolle Rede. Die Namen der kleinen Prinzeß sind Elvira, Alexandra, Klara, Cäcilie, Eugenie. Der Name Elvira mißfällt der Prinzeß Adalbert, die ihn mit Recht zu theatralisch findet, aber Prinz Adalbert findet ihn sehr hübsch. Er sagte mir: „Die Mutter ist eine Spanierin, deshalb ist es sehr passend, daß die eine Tochter Isabella und die andre Elvira heißt."

Nach der Taufe wurde Schokolade serviert, und nach einem langen Cercle wurden wir um 2 Uhr entlassen.

Um 4 Uhr war das Begräbnis des Staatsrats Hermann.[2]) Sein Tod ist ein Verlust. Mir war er eine interessante Persönlichkeit durch seine anregenden Gespräche. Dekan Mayer hielt eine recht interessante

---

[1]) Prinzessin Elvira, Tochter des Prinzen Adalbert und der Prinzessin Amalie, Infantin von Spanien, geboren am 22. November 1868.

[2]) Nationalökonom und Statistiker, starb am 23. November 1868.

Rede, doch begriff ich nicht, warum er mit so besonderem Nachdruck die Phrase wiederholte: „Der Herr Zebaoth hat's gewollt, wer will's ihm wehren!" Daran denkt ja niemand. Mir scheint, daß er den Herrn Zebaoth des Wohlklanges wegen so oft in seinen großen Mund nahm. Um 6 Uhr war Ministerrat, der bis nach 11 Uhr dauerte. Außer der Frage der katholischen Universität wurde auch die Reorganisation der Kammer der Reichsräte eingehend diskutiert. Schlör sprach sich merkwürdigerweise gegen die Erweiterung durch gewählte Mitglieder aus. Die andern Minister stimmten für die Wahl, modifizierten aber meinen Vorschlag dahin, daß nur zwei Mitglieder in jedem Kreis von den dreihundert Höchstbesteuerten genommen werden sollten, dazu die Vertreter der Universitäten und der Akademie sowie des Polytechnikums. So wird wohl der Antrag in der Kammer durchgehen. Minister Hörmann wird nun den Antrag an den König stellen. Die Reichsräte gehen mit dem Gedanken um, selbst einen Entwurf einzubringen, doch wird es besser sein, wenn wir ihnen zuvorkommen.

Um $1/2$ 12 Uhr war ich endlich fertig. Jedenfalls war der gestrige Tag einer der mühsamsten Ministertage.

München, 6. Dezember 1868.

Gestern war Graf Usedom auf seiner Rückreise nach Florenz bei mir und benützte seinen Besuch, mir einen Vortrag über seine Tätigkeit in Florenz während des Jahres 1866 zu halten.

Er begann damit, zu erzählen, wie man von Florenz aus schon im Jahre 1865 Versuche gemacht habe, die Oesterreicher zum Verkauf von Venedig zu veranlassen. Der Abgesandte, ein gewisser Landau, habe in Wien viel Anklang gefunden, sogar Graf Mensdorff habe sich nicht abgeneigt gezeigt, doch sei die Sache an dem Widerspruch des Kaisers und der Militärpartei gescheitert, welche es nicht mit der militärischen Ehre Oesterreichs für vereinbar gehalten hätten, Venedig ohne Kampf aufzugeben. Dies benützte nun Usedom, um die Italiener zum Bündnis mit Preußen zu drängen, um anderseits die preußischen Pläne in Deutschland mit der Hilfe Italiens zur Ausführung zu bringen. Govone wurde nach Berlin geschickt. Lamarmora, der der Ansicht war, man könne ja warten, bis die reife Frucht den Italienern in den Schoß falle, war dagegen. Usedom aber machte geltend, daß, wenn Preußen ohne Italien Krieg führe, das Resultat zweifelhaft sei, und wenn Oesterreich siege, Italien nicht auf Venedigs Abtretung rechnen könne. Dieses Räsonnement scheint den Ausschlag gegeben zu haben. So kam das Bündnis mit Italien zustande. Während nun England und Frankreich auf Lokalisierung des Krieges drangen, drängte Preußen auf den Einmarsch der Italiener in Ungarn.

Daher die Instruktionen Bismarcks und die darauf verfaßte bekannte Note Usedoms. Das Dementi sei dann von Bismarck gemacht worden, der ihn, Usedom, nicht leiden könne und die Akten in Varzin nicht gehabt habe, aus welchen er sich hätte überzeugen können, daß Usedom seinen Instruktionen gemäß gehandelt habe.

Auf meine Frage, was denn Lamarmora zu der Veröffentlichung der Note veranlaßt habe, erwiderte Usedom, dies sei ein Coup monté aus Frankreich, um Preußen mit Italien zu entzweien und ihn in Florenz unmöglich zu machen. Dies sei aber den Franzosen nicht gelungen, da die bekannte Note den Italienern nur die Aufrichtigkeit Preußens bewiesen habe. So hätte er auch von allen Seiten die freundlichsten Zuschriften von Italienern bekommen, und Lamarmoras Coup sei verfehlt. Er behauptet, die italienische Einheit sei in ganz Italien populär, niemand wolle auf die alten Zustände zurück, die Behauptungen in Rom, Italien werde nächstens zerfallen u. s. w. seien Lügen. Die Franzosen machten, fuhr er fort, sehr viele Fehler, sie behandelten die italienische Regierung als Vasallen und zeichneten sich durch Ueberhebung und Unverschämtheit aus, wodurch sie sich die Italiener zu Feinden machten. Der Kaiser stütze sich auf die klerikale Partei in Frankreich und werde dadurch zu dieser Politik gegenüber Italien gedrängt. Lamarmora sei auf französischer Seite, weil er nichts wolle als die Präponderanz Piemonts, die Herrschaft der piemontesischen Partei in Italien, nicht aber das Aufgehen Piemonts in Italien; es sei die italienische Kreuzzeitungspartei. Dem König von Preußen sei die Allianz mit Italien sowie der Krieg mit Oesterreich sehr schwer gefallen. Seine alten legitimistischen Ideen hätten ihm den Entschluß erschwert. Habe er aber einmal einen Entschluß gefaßt, so halte er daran fest.

In der deutschen Frage und über das Verhältnis Preußens zu Oesterreich äußerte sich Usedom sehr vorsichtig. Meine Darlegung unsrer Bemühungen im Jahre 1867 für einen weiteren Bund Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bund hörte er sehr aufmerksam an und schien mit mir darin übereinzustimmen, daß Preußen einen Fehler gemacht habe, uns diesen Plan durch die Abschließung der Zollvereinsverträge zu durchkreuzen. Jetzt, meinte er, müßte man abwarten, man könne keinen Acker pflügen, solange er gefroren sei.

Interessant war mir seine Ansicht über die nordschleswigsche Frage. Er sagte, wir sind alle einig, daß man einen Teil im Norden abtreten muß, doch auf die militärischen Positionen Düppel und Alsen nicht verzichten darf, aber der König ist eigensinnig und macht Schwierigkeiten.

Von Bismarck sagt er, er sei fanatisch für den Frieden und werde

sich sehr vorsichtig benehmen, um Frankreich und Oesterreich keinen Anlaß zum Krieg zu geben.

Bei Gelegenheit einiger lobender Bemerkungen über Hompesch hob Usedom hervor, daß im Juni 1866 Bismarck darauf gedrungen habe, daß Italien an Bayern den Krieg erkläre. Er (Usedom) habe es aber verhindert.

München, 6. Dezember 1868.

Da Usedom Auskunft über die Frage der englisch-indischen Ueberlandpost haben wollte, so ging ich heute zu ihm und gab ihm dieselbe nach Lage der Akten. Dabei kamen wir wieder in ein längeres Gespräch. Er zeigte mir einen Brief eines württembergischen Nationalliberalen, der darauf hinweist, daß die dortige nationalliberale Partei Gefahr laufe, beim Volk allen Boden zu verlieren, wenn man in Preußen im Innern eine reaktionäre Politik befolge. Ich bemerkte darauf, daß besonders die ungeschickte Rede des Justizministers Leonhardt[1]) und die pietistische Richtung Mühlers hier Anstoß erregten, was er vollkommen zugab. Nur meinte er, daß der König sich schwer dazu entschließen würde, diese Männer zu entlassen. Der Kultusminister stehe unter dem Einfluß seiner frommen Frau, weshalb man das Kultusministerium „das Ministerium Adelheid" nenne. Diese Frau sei sehr rührig und mische sich in alles. Dann kamen wir auf die ultramontane Partei zu sprechen, wobei wir darin vollkommen übereinstimmten, daß deren Intrigen eine große Gefahr für die ganze Entwicklung des menschlichen Geschlechtes seien und daß die meisten Menschen diese Gefahr zu leicht nehmen. Von Gustav und den gegen ihn gerichteten Intrigen sprach er mit vieler Sachkenntnis.

Schon gestern hatte Usedom bemerkt, daß in Berlin eine große Konfusion in der Organisierung der Kompetenz der preußischen gegenüber den Behörden des Norddeutschen Bundes herrsche. Heute kam er darauf zurück. Der Norddeutsche Bund sei eigentlich „ridikül". Man könne keinem Preußen zumuten, im Norddeutschen Bund aufzugehen, in Deutschland ja, das sei etwas andres. Als ich ihm sagte, da liege wohl der alte Gedanke an den Kaiser von Deutschland noch vor, sagte er, ja, das sei besser und man könne damit den König von Preußen erhöhen, ohne daß die andern Souveräne tiefer gestellt zu werden brauchten. Eine etwas schwer zu beweisende Behauptung! Bei Gelegenheit, als wir

---

[1]) Der Justizminister Leonhardt hatte am 30. November bei Vorlage des Entwurfs der neuen preußischen Hypothekengesetzentwürfe die Hoffnung ausgesprochen, daß dieses neue Recht in kurzem für ganz Deutschland Geltung gewinnen werde. Wenn das Gesetz sich bewähre, werde es für den Norddeutschen Bund angenommen werden, und zwischen diesem Momente und der Einführung in Süddeutschland werde ein nur nach Monaten zu berechnender Zeitraum liegen.

von Bismarck sprachen, erzählte mir Usedom als ein Beispiel wie man seine Ansichten ändern könnte, daß es Bismarck war, der Manteuffel nach Olmütz trieb. Bismarck hielt damals die österreichische Allianz für das einzige Heilmittel und blieb dieser Ansicht, bis er sich als Bundestagsgesandter davon überzeugte, daß dies nicht möglich sei.

München, 21. Dezember 1868.

Heute war Fröbel bei mir, der eben von Berlin und Wien zurückkam. Er erzählte mir, daß er in Wien die Stimmung vollständig verändert gefunden habe. Während man voriges Jahr noch an den Zerfall Oesterreichs geglaubt habe, sei jetzt das Selbstvertrauen wieder groß, und man gehe schon wieder soweit, ganz bestimmt zu verlangen, Süddeutschland müsse sich an Oesterreich anschließen, damit Oesterreich nicht ganz magyarisiert werde. Auf die kleinen deutschen Dynastien brauche man, meint man dort, keine Rücksicht zu nehmen, da diese sich feindlich oder unbrauchbar erwiesen hätten. Dies ist die Stimmung in den deutschparlamentarischen Kreisen. Die Minister äußern sich vorsichtiger. Mit Beust hatte Fröbel ein längeres Gespräch, in welchem dieser ihm wegen der Haltung der „Süddeutschen Presse" Vorwürfe machte, später sich aber beruhigte. Beust behauptet, sich nicht in die deutschen Angelegenheiten mischen zu wollen. Allein aus seinen Gesprächen ging doch hervor, daß er es nicht ehrlich meint. Im allgemeinen bezeichnet Fröbel die Stimmung in Wien so, daß dort eine friedliche Lösung der deutschen Frage nicht für möglich gehalten wird.

Mit Bismarck hat Fröbel eine einstündige Unterredung gehabt. Bismarck sagte, er werde Süddeutschland gegenüber sich passiv verhalten. Die Entwicklung Deutschlands könne noch dreißig Jahre dauern, und das schade nicht. Es sei eine große Entwicklung, die Zeit brauche. Vom Zollparlament verspricht sich Bismarck die weitere Ausbildung der deutschen Verhältnisse. Er besprach auch das Jahr 1866 und meinte, daß wenn er auch damals ganz Süddeutschland und Deutsch-Oesterreich mit Preußen hätte vereinigen können, er es nicht getan haben würde, weil damit zu viele heterogene Elemente zusammengeworfen worden wären und daraus keine dauernde Gestaltung geschaffen worden wäre. Gegen den süddeutschen Bund hatte er nichts zu erinnern, doch gab er zu, daß damit die erneute Teilnahme Oesterreichs an den deutschen Verhältnissen ermöglicht werde, woraus Schwierigkeiten entstehen könnten. Von einem Bedrohen der süddeutschen Selbständigkeit seitens Norddeutschlands hatte Fröbel in Berlin nichts gemerkt. Unsre Selbständigkeit werde von Oesterreich aus bedroht. Ein Brief eines Mannes aus Wien, der keine politische Stellung habe, aber mit Beust in Verbindung stehe, und den Fröbel hier erhalten hat,

beweist, daß man in Wien an eine Verständigung mit Preußen auf unsre Kosten denkt.

München, 31. Dezember 1868.

Der österreichische Gesandte Graf Ingelheim[1]) führte heute bei dem diplomatischen Donnerstagsbesuch das Gespräch auf die Rede des Ministers von Varnbüler[2]) und bemerkte, daß damit jede Hoffnung auf den Südbund abgeschnitten sei. Ich erwiderte, daß ich dies ohne jedes Erstaunen gelesen habe, weil mir die Ansichten Varnbülers bekannt seien und ich ebenso die Tendenzen des württembergischen Volks kenne, welche dahin gingen, vor allem seine Autonomie zu erhalten. Ohne Aufgabe eines Teils dieser Selbständigkeit aber sei auch der Südbund nicht denkbar, weshalb derselbe in Württemberg wenig Aussicht habe, es sei denn, man gehe auf den Plan ein, eine süddeutsche Föderation von Republiken zu bilden, was jedenfalls weder im Interesse noch im Plane der süddeutschen Regierungen liege.[3]) Ingelheim riet nun zu einer Verabredung der süddeutschen Staaten dahin gehend, sich gegenseitig zu verpflichten, keinen Schritt weiter zur Annäherung an Preußen zu machen. Nur dadurch könne die Gefahr einer Absorbierung durch Preußen abgewendet werden. Ich wandte dagegen ein, daß eine solche Verabredung nur einen negativen Zweck habe und wohlüberlegt sein wolle. Der Prager Frieden stipuliere die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde

---

[1]) Nachfolger des am 14. November von dem Könige in Abschiedsaudienz empfangenen Grafen Trauttmansdorff. Am 12. Dezember hatte Fürst Hohenlohe sein Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

[2]) Bei der Adreßdebatte der Zweiten Kammer am 18. und 19. Dezember hatte Varnbüler gesagt: die Vereinigung der süddeutschen Staaten, die man von der Regierung verlangt, ist nichts andres als der Südbund ... Also nicht bloß eine Verständigung mit den Nachbarstaaten, sondern ein staatliches Gebilde. Ich frage nun: ist ein solches möglich? ... Sie werden mir zugeben, daß eine staatliche Organisation etwas zu tun, eine Kompetenz haben muß. Wie wollen Sie nun diese für Ihre Zentralgewalt, für Ihr Parlament bestimmen? Doch nicht geringer als die Kompetenz des norddeutschen Bundesrats? Dann müßten die süddeutschen Staaten an das Bundesorgan abtreten alle diejenigen Gegenstände, welche in den 15 Ziffern des Artikels IV der norddeutschen Bundesverfassung aufgeführt sind. Dabei haben Sie zu bedenken, daß Württemberg und Baden in den Bundesorganen gegenüber von Bayern stets in der Minorität wären ... Das ganze württembergische Volk würde gegen ein solches Experiment sich erheben ... Wenn Sie alle die Gegenstände ins Auge fassen, welche dem Bunde zufielen, so würde gewiß bald der Gedanke Platz greifen, wenn wir einmal solche Dinge haben sollen, so wollen wir sie lieber mit ganz Deutschland als mit Bayern gemeinschaftlich haben.

[3]) Die württembergische Volkspartei hatte den Südbund in ihr Programm aufgenommen. Ihr Vertreter Karl Mayer sagte in der Adreßdebatte vom 18. und 19. Dezember: „Ich glaube, wenn wir den Südbund gründen, machen wir keinen Hemmschuh für die republikanische Entwicklung Europas."

(was Ingelheim zuerst bestreiten wollte, was ich ihm aber durch Vorlesen des Artikels IV des Prager Friedens beweisen konnte). Ich zeigte ihm dann, daß Oesterreich selbst die Notwendigkeit einer neuen Gestaltung Deutschlands in Artikel IV anerkannt habe, daß also diese Gestaltung stattfinden müsse und daß man sich auf eine negative Haltung nicht beschränken dürfe, ohne dem Prager Frieden zuwiderzuhandeln. Die Verbindung der süddeutschen Staaten in Form eines Staatenvereins und dessen Verbindung mit Norddeutschland sei nicht unmöglich, und deshalb dürfe man keinen Vertrag abschließen, der möglicherweise ein solches Ziel ausschließe. Uebrigens wollte ich mir seinen Rat überlegen.

Der bayrische Gesandte in Karlsruhe Freiherr von Riederer hatte am 15. Januar berichtet, daß Großherzog Friedrich von Baden ihm bei mehreren Gelegenheiten den Wunsch ausgedrückt habe, mit König Ludwig in einen persönlichen Gedankenaustausch über die politische Lage Deutschlands zu treten. Hierauf bezieht sich der folgende Bericht des Fürsten vom 22. Januar 1869:

Eure Königliche Majestät haben dem treugehorsamst Unterzeichneten durch Schreiben Allerhöchstihres Kabinettssekretärs den Auftrag erteilen zu lassen geruht, sich über den in der Depesche des Königlichen Gesandten in Karlsruhe angedeuteten Wunsch des Großherzogs von Baden, mit Eurer Königlichen Majestät zusammenzutreffen, gutachtlich zu äußern.

Der treugehorsamst Unterzeichnete muß diese Begegnung um so mehr als im Interesse Eurer Königlichen Majestät liegend bezeichnen, als die Begründung persönlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen Eurer Königlichen Majestät und dem Großherzog von Baden wesentlich dazu beitragen wird, die Bemühungen des treugehorsamst Unterzeichneten zu unterstützen, Baden von einer einseitigen Politik abzuhalten und dahin zu führen, eine mit der Politik der übrigen süddeutschen Staaten mehr harmonierende Stellung einzunehmen. Der Umschwung, welcher sich in dieser Beziehung in der Stimmung des badischen Volks vorbereitet, scheint diese Aenderung der badischen Politik fördern zu wollen, und ein Zusammentreffen mit Eurer Königlichen Majestät wird dem Großherzog von Baden Vertrauen und Mut geben, sich mehr demjenigen Teile seiner Untertanen zu nähern, welcher das Aufgeben der badischen Selbständigkeit als ein Unglück für das Land betrachtet. Eure Königliche Majestät wissen, daß die Tätigkeit des Ministers in gewissen Situationen nicht ausreicht. Das persönliche Hervortreten Eurer Königlichen Majestät und Allerhöchstderen Zusammentreffen mit den übrigen deutschen Monarchen kann zurzeit noch auf die Gestaltung der Dinge in Deutschland bedeutenden

Einfluß ausüben und die Stellung Bayerns zu der machen, auf welche das Königreich durch seine Geschichte und die ihm innewohnende Kraft Anspruch machen darf. Möchten Eure Königliche Majestät diesen Zeitpunkt nicht unbenutzt vorübergehen lassen!

Der treugehorsamst Unterzeichnete würde eine Begegnung Eurer Königlichen Majestät mit dem Großherzog von Baden als ein folgenreiches Ereignis betrachten und könnte dasselbe nur mit Freuden begrüßen. Nachdem der Großherzog Eurer Königlichen Majestät bereits beim Regierungsantritt einen Besuch gemacht hat, dürfte einem Besuche Eurer Königlichen Majestät in Karlsruhe vom Standpunkte der Etikette ein Hindernis nicht im Wege stehen, ja derselbe aus diesem Grunde einer Begegnung am dritten Orte vorzuziehen sein.

Aus einem Schreiben an Professor Aegidi in Bonn.[1]

München, 28. Februar 1869.

... Ich will den müßigen Streit nicht berühren, ob der Prager Frieden und die Nikolsburger Präliminarien den Verein süddeutscher Staaten als den einzigen Weg offen lassen, mit dem Norden in nähere Verbindung zu kommen oder nicht. Ich fasse die Sache nur vom praktischen Gesichtspunkte ins Auge.

Wer die süddeutschen Zustände aufmerksam beobachtet, wird leicht erkennen, daß die Gefahr für Deutschland in der mehr und mehr um sich greifenden Entfremdung zwischen Süddeutschland und Norddeutschland liegt. Je strammer das Band gezogen wird, welches die Staaten des Norddeutschen Bundes umschließt, um so schwerer wird es dem Süddeutschen, sich mit dem Gedanken einer Vereinigung mit dem Norden zu befreunden. Die nationale Abneigung der süddeutschen Stämme gegen die Norddeutschen ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Diese Abneigung, verbunden mit der Furcht vor dem Aufgehen in dem preußisch-deutschen Einheitsstaate, hat seit dem Jahre 1866 auffallend zugenommen, und alle Feinde Preußens und Deutschlands benutzen diese Stimmung, um die Kluft von Tag zu Tag zu erweitern. So werden die süddeutschen Staaten unmerklich zu einer feindlichen Stellung gegenüber dem Norden geführt, und bricht irgendeine von den Gegnern Preußens gewünschte und geförderte Katastrophe aus, so tritt die Gefahr nahe, daß Süddeutschland von Norddeutschland dauernd abgetrennt werde. Um diese Gefahr abzuwenden, ist es nötig, sobald als

---

[1]) Aegidi, mit welchem der Fürst im Zollparlament zusammengetroffen war, hatte ihm am 7. Februar einen Entwurf eines süddeutschen Staatenvereins gesandt, dessen Inhalt sich im wesentlichen auf den der Schutz- und Trutzbündnisse beschränkte und nur durch die Bildung des „Vereins" als solche eine Förderung der süddeutschen Verfassungsfrage herbeiführen wollte.

möglich aus allen Provisorien herauszukommen und die Neugestaltung Deutschlands ernstlich zu Ende zu führen.

Diese Neugestaltung kann aber, wie die Dinge heute liegen, nicht durch einfachen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund bewerkstelligt werden. Wer sich dieses Ziel setzt, wird das Provisorium und damit den gegenwärtigen prekären Zustand ins Unbestimmte verlängern. Wird aber zugegeben, daß das Provisorium gefahrbringend ist, so wird anerkannt, daß wir sobald als möglich zu einer Form gelangen müssen, die den Süddeutschen die Erhaltung ihrer Autonomie, ihrer Eigentümlichkeit, ihres, ich möchte sagen, gemütlichen Staatslebens garantiert und gleichzeitig die Verbindung mit dem Norden ermöglicht.

Haben die Süddeutschen diese Garantie, so werden sie sich nach und nach in das große deutsche Gemeinwesen einleben, wenn nicht, nicht!

Ein süddeutscher Staatenverein, der mehr wäre als eine bloße völkerrechtliche Allianz, ein Verein, an dessen Spitze ein gemeinsames Bundesorgan (wenn auch ohne Parlament) stände, gemeinsame Regelung der Militärangelegenheiten und der auswärtigen Politik, gemeinsame Leitung der Verkehrsangelegenheiten u. s. w. — dies würde etwa die Form sein, welche den süddeutschen Staaten jene obenerwähnte Garantie bieten könnte, und hiermit wäre denn auch den Süddeutschen der feste Boden geschaffen, von welchem aus sie den norddeutschen Brüdern ehrlich und ohne Rückhalt die Hand reichen könnten. Niemand gibt gern die Hand über einen Graben hinüber, wenn er nicht vorher auf dem diesseitigen Ufer festen Fuß gefaßt hat.

Fürst Hohenlohe hatte schon im November 1868 den Versuch gemacht, die badische Regierung zur Aufgabe ihres Vorbehalts, daß die süddeutsche Festungskommission erst nach Beendigung der Liquidationsverhandlungen ins Leben treten sollte, zu bestimmen. Er wünschte die Festungskommission sofort in Wirksamkeit zu setzen und durch diplomatische Verhandlungen mit Preußen die Frage des Festungsmobiliars zu erledigen, so daß ein neuer Zusammentritt der Liquidationskommission überflüssig geworden wäre. Baden ging darauf nicht ein. Trotz dessen setzte die bayrische Regierung die Bemühung fort, vor dem Zusammentritt der Liquidationskommission, wenigstens eine Garantie dafür zu erhalten, daß nicht in dieser von den preußischen Vertretern eine gemeinsame Verwaltung des Festungsmaterials gefordert werden würde.

Einen Einblick in diese Verhandlungen gewährt der nachfolgende Entwurf eines Schreibens an den bayrischen Gesandten in Berlin, welcher nach einem Vermerk auf dem Manuskript „in veränderter Form" abgegangen ist. Er stammt aus dem Ende Februar 1869.

Auf die Anfrage, welche ich unter dem 15. v. M. durch E. H. an den Grafen Bismarck über die Maßregeln stellen ließ, welche Preußen bezüglich der Behandlung des früheren beweglichen Bundeseigentums etwa als geeignet erachten würde, und von welchen Ansichten die Königlich preußische Regierung in dieser Beziehung bei der Instruierung ihrer Bevollmächtigten zu der in Aussicht genommenen Liquidationskommission ausgehen würde, hat mir Graf Bismarck durch den Freiherrn von Werthern am 28. v. M. eine Mitteilung zugehen lassen. Diese gibt die Bereitwilligkeit der Königlich preußischen Regierung zu erkennen, auf den Wunsch der süddeutschen Regierungen einzugehen, das gemeinsame Eigentum an jenem Festungsmateriale fortbestehen zu lassen, welches sich aus der Zeit des ehemaligen Deutschen Bundes her in Ulm, Rastatt und Landau noch befindet, zeigt aber gleichzeitig, daß die Königlich preußische Regierung, solange die Gemeinschaft fortbesteht, auf eine gemeinschaftliche Beaufsichtigung des Materials nicht verzichten zu können glaubt. Wenn ich somit in dieser Aeußerung eine Begründung der Hoffnung erblicke, daß die insbesondere von den Regierungen von Württemberg und Baden nicht gewünschte Ablösung des vormaligen Bundeseigentums vermieden werden könne, so kann ich auch ein zu weitgehendes und für uns unannehmbares Verlangen darin nicht erblicken, daß die Wahrung der Eigentumsrechte Norddeutschlands auf dem Wege gegenseitiger Beaufsichtigung zur Ausführung gebracht werde. Die protokollarische Vereinbarung vom 10. Oktober v. J., welche wir sofort zur Kenntnis der Königlich preußischen Regierung gebracht haben,[1]) spricht denn auch keineswegs davon, Norddeutschland vollständig von jeder Mitwirkung auszuschließen, im Gegenteil ist hier bereits eine Mitwirkung desselben, solange das gemeinsame Eigentum fortdauert, bestimmt in Aussicht genommen. Nur über das Maß dieser Beteiligung war uns bisher die Ansicht der Königlich preußischen Regierung nicht bekannt, und der Umstand, daß von verschiedenen Seiten die Errichtung einer Festungskommission als beabsichtigt bezeichnet wurde, welcher nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Verwaltung des in den süddeutschen Festungen befindlichen Materials übertragen werden sollte, mußte der Königlichen Regierung im Hinblick auf die protokollarische Vereinbarung der süddeutschen Staaten vom 10. Oktober v. J., in welcher eine solche Festungskommission ausdrücklich ausgeschlossen wird, die Pflicht auferlegen, schon jetzt zu erklären, daß sie auf einen derartigen Vorschlag einzugehen nicht in der Lage wäre.

Wenn die Königliche Regierung diese Erklärung heute wiederholen zu

---

[1]) Durch Mitteilung des Fürsten Hohenlohe an den preußischen Gesandten vom 14. Oktober 1868.

müssen glaubt, so bestimmt sie hierzu der Bericht des Königlichen Majors Freiherrn von Freyberg über eine mit dem Grafen von Bismarck gepflogene Unterredung, aus welcher hervorgeht, daß Seine Exzellenz eine Kommission, gemischt aus Vertretern aller beteiligten Staaten des Südens und aus solchen des Nordbundes, mit der Sorge der Instandsetzung und zeitgemäßen Verbesserung der fortifikatorischen und artilleristischen Mittel u. s. w. als wünschenswert bezeichnet hat. Wenn ich hierin auch keinen offiziellen Vorschlag der preußischen Regierung, sondern lediglich die im Laufe eines Gesprächs über militärische Dinge hervorgetretene Aeußerung über das im militärischen Interesse Wünschenswerte erblicken zu können glaube, so zeigt doch diese Aeußerung Seiner Exzellenz, zu welchen Vorschlägen die Beratung über die Behandlung des früheren Bundeseigentums führen kann, und bestätigt die Notwendigkeit des in meiner Depesche vom 15. v. M. niedergelegten Wunsches, vor dem Zusammentritt der Liquidationskommission die Anschauungen der Königlich preußischen Regierung kennen zu lernen, um schon jetzt in der Lage zu sein, Vorschläge als unannehmbar zu bezeichnen, welche eine gedeihliche Lösung der Aufgabe der Liquidationskommission zu hindern geeignet wären.

Ich bemerke hierbei, daß, wenn meine Depesche vom 15. v. M. davon spricht, daß Forderungen vermieden werden, welche dazu führen könnten, das Band zu lockern, welches zwischen den süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bunde noch besteht, ich dabei nur an jenes Band denken konnte, welches eben in der Gemeinsamkeit des Eigentums an dem früheren Bundesfestungsmaterial liegt. An das Schutz- und Trutzbündnis, welches zwischen Bayern und Preußen besteht und auf welches Graf Bismarck meine Aeußerung bezogen zu haben scheint, konnte ich schon aus dem Grunde nicht denken, weil nach Ansicht der Königlich bayrischen Regierung der Allianzvertrag lediglich ein Akt der äußeren Politik gewesen ist. Auch mußte mir der Gedanke, daß die Regelung des gemeinsamen Festungsmaterials irgendeinen Einfluß auf den Allianzvertrag äußern könnte, um so ferner liegen, als in dem gleichfalls der Königlich preußischen Regierung mitgeteilten Vertrage vom 10. Oktober v. J. ausdrücklich erklärt ist, die Bestimmungen der Allianzverträge sollten durch die Vereinbarung über die Festungskommission in keiner Weise berührt werden.

Ich bin weit davon entfernt, auch nur die Möglichkeit zuzugeben, daß durch irgendeinen Anlaß der inneren Politik die Vereinbarung berührt oder gelockert werden könnte, welche zur gegenseitigen Garantierung der Integrität ihres Gebiets zwischen Bayern und Preußen bestehen. Mag die Angelegenheit des früheren Bundeseigentums zu allseitiger Zufriedenheit gelöst werden oder nicht, mag ein gemeinsames Eigentum zwischen Norddeutschland und Süddeutschland forterhalten bleiben oder

Bayern sich zur Ablösung seines Anteils veranlaßt sehen, die Königlich bayrische Regierung wird an dem Schutz- und Trutzbündnis loyal festhalten. Die durch jene Bündnisse geschaffene nationale Gemeinsamkeit in der Verteidigung deutschen Bodens steht nach unsrer Ueberzeugung so über allen Zweifel erhaben, daß verschiedene Ansichten über jene Detailfragen in keiner Weise dieses feste Band erschüttern können.

Ich freue mich, aus der Mitteilung des Freiherrn von Werthern zu entnehmen, daß Graf Bismarck in dieser Hinsicht mit mir die gleiche Anschauung teilt. Was nun die Grundsätze betrifft, von welchen bei der Regelung des gemeinsamen Festungsmaterials ausgegangen werden dürfte, so eröffnet die Mitteilung des Freiherrn von Werthern die Aussicht, daß sich die Königlich preußische Regierung darin mit der Königlich bayrischen Regierung werde einverstanden erklären können, daß die Verwaltung jenes Materials keine mit dem Norddeutschen Bunde gemeinsame sein solle.

Der Ansicht der Königlichen Regierung würde es mehr entsprechen, wenn die Verwaltung des in Süddeutschland gelegenen Materials nicht den süddeutschen Territorialregierungen, wie dies im Protokoll vom 10. Oktober v. J. vereinbart wurde, sondern der Festungskommission selbst übertragen würde. Nur um dem Wunsche Badens nachzukommen, hat sich die Königliche Regierung jener Fassung des Protokolls angeschlossen. Wie indessen diese Regelung auch stattfinden mag, darin waren die süddeutschen Regierungen einig, daß dem Norddeutschen Bunde als Miteigentümer eine Beteiligung an der Oberaufsicht des gemeinschaftlichen Materials zugestanden werden müsse. Es dürfte nicht schwer sein, eine Form zu finden, in welcher diese gegenseitige Inspizierung des Materials, welches in den früheren Bundesfestungen lagert, stattfinden könnte. Ich gebe mich also der Hoffnung hin, daß die etwa bestehenden Differenzen in der Anschauung der beiden Regierungen bald gelöst werden können, und füge noch bei, daß es wohl am zweckmäßigsten sein würde, die süddeutsche Festungskommission sofort ins Leben treten zu lassen, nachdem durch eine zwischen den süddeutschen Staaten und dem Norddeutschen Bunde getroffene Verständigung die in Artikel VII des Vertrags vom 10. Oktober v. J. vorbehaltene Beteiligung des Norddeutschen Bundes an der Oberaufsicht über die Verwaltung des Festungsmaterials geregelt sein wird.

Indem ich E. H. bitte, diese Depesche zur Kenntnis des Herrn Grafen von Bismarck zu bringen u. s. w.

Diese Verhandlungen mit Preußen führten zu keinem Ergebnis. Im März 1869 erklärte der preußische Gesandte, daß Graf Bismarck jedenfalls der schleunigen Einberufung der Liquidationskommission entgegensehe. Am 9. März konferierte Fürst Hohenlohe auf Befehl des Königs mit

Varnbüler in Nördlingen, und das Ergebnis dieser Besprechung war, daß am 10. März die Liquidationskommission auf den 4. April zusammenberufen wurde.

Der Nachlaß des Fürsten bietet leider nur wenige Zeugnisse von dem lebhaften Verkehr mit Ignaz von Döllinger, welcher in der Periode vor dem Zusammentritt des Vatikanischen Konzils eine so bedeutsame Einwirkung auf die Kirchenpolitik des Fürsten geübt hat. Dieser Verkehr war naturgemäß in der Hauptsache ein persönlicher, und nur zur Ergänzung mündlichen Austausches wurden gelegentlich kurze Briefe geschrieben.

Am 23. März 1869 übersendet Döllinger dem Fürsten den Entwurf zu dem nachfolgenden Rundschreiben vom 9. April.

Das Rundschreiben ist bis auf die Schlußsätze, beginnend mit den Worten: „Ich habe bisher gewartet", von Döllinger verfaßt. Eine französische Uebersetzung des Rundschreibens hat der Fürst eigenhändig geschrieben.

Rundschreiben an die bayrischen Gesandtschaften vom 9. April 1869.

Es läßt sich gegenwärtig mit Bestimmtheit annehmen, daß das von Seiner Heiligkeit dem Papste Pius IX.[1]) ausgeschriebene Allgemeine Konzilium, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischentreten, wirklich im Dezember stattfinden wird. Ohne Zweifel wird dasselbe von einer sehr großen Zahl von Bischöfen aus allen Weltteilen besucht und zahlreicher werden als irgendein früheres und wird also auch in der öffentlichen Meinung der katholischen Welt die hohe Bedeutung und das Ansehen, welches einem ökumenischen Konzilium zukommt, entschieden für sich und seine Beschlüsse in Anspruch nehmen.

Daß das Konzilium sich mit reinen Glaubensfragen, mit Gegenständen der reinen Theologie beschäftigen werde, ist nicht zu vermuten, denn derartige Fragen, welche eine konziliarische Erledigung erheischten, liegen gegenwärtig nicht vor. Die einzige dogmatische Materie, welche man, wie ich aus sicherer Quelle erfahre, in Rom durch das Konzilium entschieden sehen möchte und für welche gegenwärtig die Jesuiten in Italien wie in Deutschland und anderwärts agitieren, ist die Frage von der Unfehlbarkeit des Papstes. Diese aber reicht weit über das rein religiöse Gebiet hinaus und ist hochpolitischer Natur, da hiermit auch die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker, auch die getrennten, in weltlichen Dingen entschieden und zum Glaubenssatz erhoben wäre.

---

[1]) Durch Bulle vom 29. Juni 1868.

Ist nun schon diese höchst wichtige und folgenreiche Frage ganz geeignet, die Aufmerksamkeit aller Regierungen, welche katholische Untertanen haben, auf das Konzil zu lenken, so muß ihr Interesse, richtiger ihre Besorgnis, sich noch steigern, wenn sie die bereits im Gange befindlichen Vorarbeiten und die Gliederung der für diese in Rom gebildeten Ausschüsse ins Auge fassen. Unter diesen Ausschüssen ist nämlich einer, welcher sich bloß mit den staatskirchlichen Materien zu befassen hat. Es ist also ohne Zweifel die bestimmte Absicht des römischen Hofes, durch das Konzilium wenigstens einige Beschlüsse über kirchlich-politische Materien oder Fragen gemischter Natur feststellen zu lassen. Hierzu kommt, daß die von den römischen Jesuiten herausgegebene Zeitschrift, die „Civiltà cattolica", welcher Papst Pius in einem eignen Breve die Bedeutung eines offiziösen Organs der Römischen Kurie zugesprochen hat, es erst kürzlich als eine dem Konzilium zugedachte Aufgabe bezeichnet hat, die Verdammungsurteile des päpstlichen Syllabus vom 8. Dezember 1864 in positive Beschlüsse oder konziliarische Dekrete zu verwandeln. Da diese Artikel des Syllabus gegen mehrere wichtige Axiome des Staatslebens, wie es sich bei allen Kulturvölkern gestaltet hat, gerichtet sind, so entsteht für die Regierungen die ernste Frage: ob und in welcher Form sie teils die ihnen untergebenen Bischöfe, teils später das Konzil selbst hinzuweisen hätten auf die bedenklichen Folgen, welche eine solche berechnete und prinzipielle Zerrüttung der bisherigen Beziehungen von Staat und Kirche herbeiführen müßte. Es entsteht ferner die Frage, ob es nicht zweckmäßig erscheine, daß die Regierungen gemeinschaftlich, etwa durch ihre in Rom befindlichen Vertreter, eine Verwahrung oder Protestation gegen solche Beschlüsse einlegten, welche einseitig, ohne Zuziehung der Vertreter der Staatsgewalt, ohne jede vorhergehende Mitteilung über staatskirchliche Fragen oder Gegenstände gemischter Natur von dem Konzilium gefaßt werden möchten. Es erscheint mir unumgänglich nötig, daß die beteiligten Regierungen gegenseitiges Einverständnis über diese ernste Angelegenheit zu erzielen versuchen.

Ich habe bisher gewartet, ob nicht von einer oder der andern Seite eine Anregung ausgehen werde; nachdem dies aber nicht geschehen und die Zeit drängt, sehe ich mich veranlaßt, Eure ..... zu beauftragen, vorstehende Angelegenheit bei der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, zur Sprache zu bringen, um über deren Gesinnungen und Anschauungen bezüglich dieser wichtigen Sache Erkundigung einzuziehen.

Eure ..... wollen dabei der Erwägung vorgedachter Regierung die Frage unterstellen, ob nicht eine gemeinsame, wenn auch nicht kollektive Maßnahme der europäischen Staaten in einer mehr oder minder identischen Form zu ergreifen wäre, um den römischen Hof über die dem Konzil

gegenüber von ihnen einzunehmende Haltung im voraus nicht im ungewissen zu lassen und ob nicht etwa eine Konferenz von Vertretern sämtlicher beteiligten Regierungen als das geeignetste Mittel erachtet werden könnte, jene gemeinsame Haltung einer eingehenden Beratung zu unterziehen.

Eure ..... wollen, wenn es gewünscht wird, Abschrift dieser Depesche in den Händen des Herrn ..... zurücklassen und über die Aufnahme, welche dieselbe gefunden hat, baldigst berichten.

Gleichzeitig mit diesem Rundschreiben erging an die katholisch-theologischen und an die juristischen Fakultäten der bayrischen Universitäten die Aufforderung zur Aeußerung auf die nachfolgenden von Döllinger formulierten Fragen:

1. Wenn die Sätze des Syllabus und die päpstliche Unfehlbarkeit auf dem nächsten Konzilium zu Glaubenswahrheiten erhoben werden, welche Veränderungen würden hierdurch in der Lehre von den Beziehungen zwischen Staat und Kirche, wie sie bisher in Deutschland praktisch und theoretisch gehandhabt wird, herbeigeführt?

2. Würden in dem vorausgesetzten Falle die öffentlichen Lehrer der Dogmatik und des Kirchenrechts sich verpflichtet erachten, die Lehre von der göttlich angeordneten Herrschaft des Papstes über die Monarchen und Regierungen (sei es als Potestas directa oder indirecta in temporalia) als jeden Christen im Gewissen verpflichtend zugrunde zu legen?

3. Würden die Lehrer der Dogmatik und des Kirchenrechts sofort sich verpflichtet erachten, die Lehre, daß die persönlichen und realen Immunitäten des Klerus Juris divini seien, also auch zum Gebiete der Glaubenslehre gehören, in ihre Vorträge und Schriften aufzunehmen?

4. Gibt es allgemein anerkannte Kriterien, nach welchen sich mit Sicherheit bestimmen läßt, ob ein päpstlicher Ausspruch ex cathedra, also nach der eventuell festzustellenden Konziliumsdoktrin unfehlbar und für jeden Christen im Gewissen verpflichtend sei; und wenn es solche Kriterien gibt, welches sind dieselben?

5. Inwieweit dürften die angestrebten neuen Dogmen und ihre notwendigen Konsequenzen auch einen alterierenden Einfluß auf den Volksunterricht in Kirche und Schule und auf die populären Lehrbücher (Katechismus u. s. w.) ausüben?

Am 31. Oktober 1867 hatte die Regierung den Entwurf eines Schulgesetzes bei der Kammer der Abgeordneten eingebracht. Dieser Gesetzentwurf wurde schon vor der Diskussion in der Kammer der Gegenstand einer lebhaften Agitation der ultramontanen Partei, weil er prinzipiell

das ausschließliche Recht des Staats auf Leitung und Beaufsichtigung der Schule, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, feststellte, demgemäß an die Stelle des Pfarrers als alleinigen Ortsschulinspektors eine örtliche Schulinspektion setzte, an der die Gemeinde, die Kirche, die Familie und der Lehrerstand gleichmäßig beteiligt waren, und gleichzeitig die technische Beaufsichtigung des Unterrichts staatlichen Bezirksschulinspektoren übertrug. In diesen Maßregeln sah die ultramontane Partei die Trennung der Schule von der Kirche und die Entchristlichung der Schule. Eine Adresse des bayrischen Episkopats an den König war durch Handschreiben vom 13. Oktober 1868 dem Kultusminister „zur sorgfältigen und unparteiischen Prüfung" überwiesen worden. Die Beratungen der Kammer der Abgeordneten fanden vom 15. bis 23. Februar 1869 statt und endigten mit der Annahme des Gesetzes durch eine Mehrheit von 114 gegen 26 Stimmen. Fürst Hohenlohe beteiligte sich an der Diskussion nicht. Am 26. Februar kam der Entwurf an die Kammer der Reichsräte, in welcher der Bischof von Dinkel Referent und der protestantische Oberkonsistorialpräsident von Harleß Korreferent war, beide entschiedene Gegner der prinzipiellen Bestimmungen des Entwurfs. Bezeichnend für die politische Lage ist ein Brief Döllingers an den Fürsten vom 15. April 1869. „Eure Durchlaucht," schreibt Döllinger, „werden es mir nicht als Unbescheidenheit deuten, wenn ich mir erlaube, den diesen Morgen geäußerten mündlichen Bemerkungen noch zur Ergänzung ein paar schriftliche nachfolgen zu lassen.

Indem ich mich als treuer Diener meines Königs auf den Standpunkt der Königlichen Regierung stelle und meinen Blick auf die gegenwärtige Lage, die Parteienstellungen und die bevorstehenden Landtagswahlen richte, ergeben sich mir folgende Erwägungen:

Es liegt im Interesse der Regierung, daß noch vor dem Beginn der Wahlen eine versöhnliche und vertrauenerweckende Maßregel von ihr ausgehe. Bei der Mehrheit des Klerus (hoch und niedrig) ist nun einmal, hauptsächlich infolge des Schulgesetzentwurfs, die Ansicht verbreitet, daß die Regierung ihn in seiner bisherigen Stellung zu beeinträchtigen und zurückzudrängen beabsichtige. Daß bei der Beratung des Entwurfs keine Vertreter der Pfarrgeistlichkeit zugezogen wurden, hat diese Ansicht sehr befestigt. Wenn nun die Regierung ankündigte: bei den großen Meinungsdifferenzen, welche sich zwischen den drei Faktoren der Gesetzgebung hinsichtlich dieses Gesetzes herausgestellt haben, erscheint eine nochmalige Erwägung desselben mit Zuziehung der Beteiligten, also einerseits des Klerus, anderseits des Lehrerstandes, zweckmäßig, und die Regierung behält sich vor, das so gereifte Gesetz den beiden Kammern des künftigen Landtags vorzulegen, so würde diese Maßregel allseitig befriedigen, und

insbesondere würde der Klerus in seiner Mehrheit bei den Wahlen wohl eine andre, ruhigere und besonnenere Haltung beobachten, als sonst, wie ich besorge, der Fall sein dürfte. Habe ich doch erst vor wenigen Tagen von einer Seite her, von welcher ich es nicht erwartete, den Wunsch äußern hören, daß das gegenwärtige Ministerium durch ein andres ersetzt werden möge.

Kommt das Gesetz wirklich zur Diskussion im Reichsrate, so ist die notwendige Folge davon,

a) daß alle Leidenschaften wieder aufgeregt werden,

b) daß Herr Minister von Gresser sozusagen zwischen die beiden Mühlsteine der beiden Kammern gerät, da er durch die in der Abgeordnetenkammer bereits getanen Aeußerungen und gegebenen Zusagen gebunden erscheint und voraussichtlich einer sehr großen Majorität des Reichsrats ohne Möglichkeit einer Verständigung gegenüberstehen wird,

c) daß auf die Regierung der ungünstige Schein fällt, als ob sie — und zwar in einer so hochwichtigen Frage — unterlegen sei, ein Schein, der durch freiwilliges Zurückziehen und Ankündigung einer neuen Revision vermieden wird.

Alles dem Ermessen Eurer Durchlaucht anheimstellend, verharre ich verehrungsvoll

Eurer Durchlaucht

untertänigster

Döllinger."

In der Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 19. April 1869 begann die Plenarberatung. Fürst Hohenlohe hielt an diesem Tage folgende Rede:

Ich muß mir erlauben, in der allgemeinen Diskussion das Wort zu ergreifen, weil ich es für Pflicht halte, in einer Frage, die in so eklatanter Weise die Gegensätze der Parteien wachgerufen hat, nicht stillzuschweigen, sondern offen meine Meinung zu bekennen.

Es gibt Zeiten und Fragen, in welchen man nicht neutral bleiben kann. Unsre Zeit ist eine solche, und der Gegenstand der Diskussion liegt so, daß jeder, der berufen ist, im öffentlichen Leben zu wirken, die Pflicht hat, zu sagen, wie er dazu steht. Ueber die Notwendigkeit der Reform unsers Schulwesens sind die Meinungen, wie es scheint, ungeteilt, wenn auch über die Art und Weise der Ausführung der Reform die Ansichten auseinandergehen. Schon vor zwanzig Jahren hat ein beredtes Mitglied dieser hohen Kammer, das wir noch zu den unsrigen zählen, die durchgreifende Reform unsers Elementarschulwesens als eine unerläßliche Not-

wendigkeit bezeichnet. Jener Herr Reichsrat sagte damals: „Ich hoffe, man wird endlich von der in früherer Zeit so ziemlich verbreiteten Ansicht abgekommen sein, daß das Glück des Staats in der Verdummung der unteren Klasse beruhe; unsre erleuchtete Staatsregierung wird die Ueberzeugung hegen, daß Gefahr für den Staat nicht durch Bildung des Volks, wohl aber durch das Gegenteil, durch Mangel an Bildung, entstehen könne, daß die Kraft der Nation und mit derselben der Nationalwohlstand zunächst auf der Intelligenz des Volks beruhe. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, wird sie nicht säumen, die Sünden der Vergangenheit gutzumachen und zunächst unser Schulwesen der gründlichsten Revision zu unterstellen; hiermit zugleich aber wird sie eine Hauptursache zunehmender Verarmung beseitigen."

Indem ich mich diesen Worten aus vollem Herzen anschließe, glaube ich, daß ich wohl von keiner Seite dieses hohen Hauses einem Widerspruch begegnen werde. Diese Mahnung war nicht die einzige, welche durch die Kammer an die Staatsregierung gerichtet wurde. Ich erinnere Sie nur an den Gesamtbeschluß der beiden Kammern vom Jahre 1866, in welchem um die Vorlage eines Schulgesetzes auf freisinniger Grundlage gebeten wurde.[1]) Die Staatsregierung ist diesen Wünschen nachgekommen und hat ein diesen Forderungen entsprechendes Gesetz vorgelegt. Seitdem hat zuerst außerhalb der Landesvertretung und dann in den Kammern die Diskussion begonnen. Es ist einer der Vorzüge des konstitutionellen Lebens, daß Fragen, welche die öffentliche Meinung aufregen, durch die Diskussion der gesetzlichen Vertreter verarbeitet und geklärt werden und daß infolgedessen die Ruhe in die Gemüter zurückkehrt. Auch in der vorliegenden Frage war dies der Fall und, wenn mich nicht alles täuscht, hat die anfängliche Aufregung gegen das, wie man es zu nennen beliebte, heillose Schulgesetz einer mehr unbefangenen Auffassung Platz gemacht. Auch die Beratungen Ihres Ausschusses zeigen, soweit die Protokolle darüber Auskunft geben, nichts von einer leidenschaftlichen Erregung der Herren Mitglieder, und auch die Reden der beiden Herren Referenten zeigen die ruhige und unbefangene Beurteilung des vorliegenden Gesetzentwurfs. Jene vielgehörte Klage, daß durch ein Schulgesetz, wie das von der Regierung entworfene, die Kirche in ihren Rechten bedroht werde, fängt wenigstens außerhalb der Kammer an zu verstummen, denn, wer unbefangen das Gesetz beurteilt, wird nach und nach zu der Ueberzeugung kommen, daß der Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Zustande und den Vorschlägen der Staatsregierung nicht so groß sei, als man ursprünglich geglaubt hatte. Allerdings gehen die Beschlüsse des Ausschusses und

---

[1]) Siehe Seite 174.

die Aeußerungen des Herrn Erzbischofs von Scherr weit über den Gesetzentwurf sowie über die bestehenden Verhältnisse hinaus. Diese Beschlüsse gehen zum Teil wohl aus dem grundsätzlichen Bestreben hervor, der Kirche den vorwiegenden, wenn auch nicht ausschließlichen Einfluß auf die Volksschule zu vindizieren, ein Bestreben, das auch in dem Breve Seiner Heiligkeit des Papstes Pius IX. an den Erzbischof von Freiburg vom 14. Juli 1864 seinen sehr bestimmten Ausdruck gefunden hat. Hier nun begegnen sich zwei entgegengesetzte Strömungen. Denn, wenn die Kirche die unbeschränkte Einwirkung auf den Volksunterricht in Anspruch nimmt, so kann anderseits der Staat seine Rechte auf die Leitung der Volksbildung und -erziehung ebensowenig aufgeben. Könnten wir freilich von einer idealen Auffassung des Staats und der Kirche ausgehen, so müßten wir zu der Folgerung kommen, daß es für den Staat nur erwünscht sein kann, wenn der Kirche, der Spenderin des Heils und des Trostes, der großen Erzieherin des Menschengeschlechts, ein möglichst großer Einfluß auf die Volkserziehung eingeräumt würde. Allein wir stehen nicht auf einem idealen Standpunkt, sondern auf dem Boden des positiven Verfassungsrechts, und dieses allein ist für uns maßgebend. Dieses Verfassungsrecht ist der Ausdruck der Idee des modernen Staats, wie er sich aus dem politischen Leben der Nation entwickelt hat und an welchem das bayrische Volk festhalten will. Ich weiß wohl, daß der Ausdruck „moderner Staat" in gewissen Kreisen perhorresziert wird, allein ich wüßte keinen andern Namen für d e n Staat, der dazu berufen ist, unser ganzes Kulturleben zu schützen und zu pflegen und der den christlichen Glauben nicht gefährdet, sondern nur gefördert hat, wie mir selbst die hier anwesenden Mitglieder des hohen Klerus bestätigen werden, wenn ich sie verweise auf die großartigen Kundgebungen katholischer Gesinnungen, welche in neuerer Zeit stattgefunden haben. Die Schwierigkeit für ein harmonisches Zusammenwirken beider Gewalten, der Kirche und des Staats, liegt aber meines Erachtens darin, daß in neuerer Zeit Aeußerungen kundgegeben sind, die eine Abneigung der in der Kirche zurzeit herrschenden Partei gegen den Staat erkennen lassen.

Ich erinnere Sie an die Enzyklika Gregors XVI. „mirari vos", welche die gesetzliche Sicherstellung der Gewissensfreiheit eine „sententia erronea et absurda", ein „deliramentum", eine irrige und absurde Meinung, einen Wahnsinn nennt. Ich erinnere Sie an die Enzyklika vom 8. Dezember 1864, welche die Freiheit des Kultus zu den verdammenswerten Irrtümern rechnet, ich erinnere endlich an die Stelle derselben Enzyklika, welche aufs bestimmteste in Abrede stellt, daß der Papst sich je mit dem Fortschritt, je mit dem Liberalismus und je mit der modernen Zivilisation versöhnen und vergleichen könne.

Wenn Herr Präsident von Harleß von „revenants“ gesprochen und dieselben aus dem Gebiete des Rationalismus des vorigen Jahrhunderts hat erscheinen lassen, so kann ich es Ihrer Erwägung anheimgeben, ob die Aeußerungen, die ich Ihnen eben vorgeführt habe, nicht auch zur Kategorie der revenants und zwar aus einer längst verflossenen Zeit zu zählen wären, und ob nicht dann ein revenant den andern hervorruft.

Ich bin übrigens weit entfernt, diese Kundgebungen einer Kritik unterstellen zu wollen, ich will dieselben nur anführen, um zu zeigen, daß hier die Tatsache eines Widerspruchs zwischen jenen Aeußerungen und dem modernen Liberalismus nicht nur, sondern auch mit dem positiven bayrischen Verfassungsrechte besteht. Ich erinnere Sie, um das zu beweisen, daran, daß die Verfassung die Gewissensfreiheit als eines der Grundrechte des bayrischen Volks verkündet und garantiert.

Die Verfassung ist eine liberale, sie ist das Produkt des modernen Liberalismus, sie erkennt ausdrücklich an, daß das „Fortschreiten zum Bessern“ — es sind dies die Worte der Verfassung selbst — „nach geprüften Erfahrungen nicht ausgeschlossen sei“.

Dieser Widerspruch, diese prinzipielle Verschiedenheit der Auffassung stört jenes harmonische Zusammenwirken von Staat und Kirche, auf welches ich mir vorhin als das Ideal hinzuweisen erlaubte. Unter solchen Umständen, bei so entschiedenen Gegensätzen mußte für die Staatsregierung, wenn sie ein Schulgesetz vorlegen wollte, nichts andres übrigbleiben, als ein Akkomodement oder, wie man es auch zu nennen pflegt, einen Modus vivendi vorzuschlagen.

Dieser Vorschlag hat allerdings die Nachteile jedes Mittelwegs, allein nach dem Obengesagten war ein prinzipieller Ausgleich nicht denkbar. Ich bin also der Ansicht, daß wir uns damit begnügen sollten, den Gesetzentwurf im wesentlichen nach den Vorschlägen der Staatsregierung anzunehmen, er bietet manche Verbesserungen, die den Gemeinden und den Lehrern zugute kommen, und er wird auch meiner Ueberzeugung nach die Kirche nicht schädigen.

Meine hohen Herren! Es wird zu allen Zeiten Menschen geben — ja, es ist die große Mehrzahl —, die in dem Kampf und Sturm des Lebens Schiffbruch zu leiden fürchten oder Schiffbruch gelitten haben, und die sich in den sichern Hafen der Kirche flüchten, um bei ihr Trost, Hilfe und Versöhnung zu finden. Die Menschheit bedarf dieser helfenden, tröstenden und versöhnenden Kirche zu allen Zeiten, und die 56 Schulinspektoren werden sie nicht erschüttern. Ob die Menschheit auch einer streitenden und verdammenden Kirche bedarf, das mögen die Theologen entscheiden.

Das Schulgesetz wurde in dem Landtage nicht verabschiedet, da eine Verständigung zwischen beiden Kammern nicht zu erzielen war.

Die im April und Mai eingegangenen Antworten der Mächte auf das Rundschreiben vom 9. April wurden Döllinger mitgeteilt, welcher darauf dem Fürsten die folgenden „Bemerkungen" einsendete:

Wie groß die Wahrscheinlichkeit sei, daß mit der Proklamation der päpstlichen Unfehlbarkeit auf dem Konzil Ernst gemacht werden solle, dürfte sich aus folgendem ergeben:

a) Die Sache wird schon seit längerer Zeit betrieben. Rom hat seit etwa sieben oder acht Jahren nachdrücklich zur Haltung von Provinzialsynoden und Diözesansynoden gedrängt und dabei zu bewirken gewußt, daß der Artikel von der päpstlichen Unfehlbarkeit schon in die Beschlüsse oder Akten dieser Synoden aufgenommen worden ist.

b) Die zwei deutschen Bischöfe, welche bisher eigne Schriften über das Konzil herausgegeben haben, Ketteler von Mainz [1]) und Feßler von St. Pölten, [2]) haben sich beide zugunsten des neu zu machenden Dogmas erklärt. Feßler ist bereits vom Papst, wie zur Belohnung, zum Sekretär des Konzils ernannt worden.

c) Wenn die Jesuiten gleichzeitig in Rom und in Deutschland in der „Civiltà" wie in den „Laacher Stimmen" ankündigen, daß das Konzil das neue Dogma machen werde, so ist das bei der Macht, Organisation und umfassenden Personenkenntnis des Ordens von großem Gewichte.

d) Wer die Bischöfe in den romanischen Ländern kennt, weiß, daß die übergroße Mehrheit derselben in Italien, Spanien, selbst in Frankreich der Unfehlbarkeitstheorie anhängt. Es wird ihnen das als ein Fundamentalartikel schon in den Seminarien beigebracht. Selbst die nordamerikanischen Bischöfe haben sich durch das Mittel eines in ihre Synodaldekrete eingerückten Paragraphen bereits einfangen lassen. Von den italienischen, deren wohl an 130 auf dem Konzil erscheinen können, wird voraussichtlich jeder dafür stimmen. Von der Tragweite der Sache haben diese Bischöfe — ich meine die italienischen und spanischen und einen großen Teil der französischen — keinen Begriff.

Folgen des neuen Glaubenssatzes von der Unfehlbarkeit des Papstes:

1. Der Syllabus von 1864 wird eo ipso ein mit unfehlbarer Autorität bekleidetes Glaubensdekret.

---

[1]) Ketteler, Das allgemeine Konzil und seine Bedeutung für unsre Zeit, 1869.

[2]) Feßler, Das letzte und das nächste allgemeine Konzil 1869. Feßler wurde am 27. März 1869 zum ersten Sekretär des Konzils ernannt.

2. Der Papst bestimmt aus eigner souveräner Autorität die Grenzen zwischen Kirche und Staat. In Gegenständen gemischter Art entscheidet einzig das unfehlbar gewordene Urteil des Papstes, von welchem dann kein Nachfolger mehr abweichen darf.

3. Die Bulle Pauls IV., die jeden andersgläubigen Fürsten abzusetzen u. s. w. gebietet, wird Dogma (man nennt sie die Bulle „Cum ex apostolatus officio").

4. Desgleichen die Bulle „Unam Sanctam".

5. Da die Päpste die gegenwärtig allenthalben beseitigten Immunitäten des Klerus für eine auf göttlicher Anordnung beruhende Sache (Juris divini) erklärt haben, so würde dies Glaubenssatz werden.

6. Infolge davon würde zum Beispiel jeder Bischof, ja jeder Geistliche überhaupt der weltlichen Gerichtsbarkeit ganz entzogen sein, oder dies doch nur wie im österreichischen Konkordat als ein einstweiliger Notstand vom Papste auf gewisse Zeit geduldet werden, würde Klerus und Kirchengut nur mit Erlaubnis des Papstes besteuert werden können u. s. w.

7. Es würde für die Katholiken Gewissenspflicht werden, immer einem katholischen Beherrscher vor dem wenn auch angestammten, aber einem andern Religionsbekenntnis angehörigen Landesfürsten den Vorzug zu geben. Diese Konsequenz könnte auch in unsern Tagen bald sehr praktisch werden.

Damit sind jedoch die teils möglichen, teils sicheren Folgen noch nicht erschöpft.

Entscheidend für den Mißerfolg der durch die Zirkulardepesche vom 9. April eröffneten Politik war die Haltung der österreichischen Regierung. Es ist daher geboten, an dieser Stelle die bereits mehrfach veröffentlichte Antwort des österreichischen Reichskanzlers einzufügen.

Graf Beust an den österreichischen Gesandten Grafen Ingelheim in München.

Wien, 15. Mai 1869.[1]

Der Königlich bayrische Gesandte Herr Graf von Bray hat mir von einer Depesche Kenntnis gegeben, welche seine hohe Regierung an ihn gerichtet hat, um die Frage bei uns in Anregung zu bringen, welche Haltung die europäischen Regierungen gegenüber dem nach Rom einberufenen ökumenischen Konzil anzunehmen haben werden. Graf Bray hat diese Depesche mir in Händen gelassen, und ich übersende Eurer Exzellenz im Anschlusse eine Abschrift derselben zu persönlicher Kenntnisnahme.

[1]) Die Depesche ist auch abgedruckt und verteidigt in den Erinnerungen des Grafen Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten, II S. 278.

Unter Berufung auf die ihr zugekommenen Nachrichten über die Vorbereitungen zu der bevorstehenden Kirchenversammlung und über vermutete Absichten des römischen Hofes richtet die Königlich bayrische Regierung an uns — wie ohne Zweifel auch an andre Kabinette — die Anfrage, ob nicht zum Schutze der modernen Staatsprinzipien vorbeugende Maßregeln, wie zum Beispiel Abmahnungen an die Bischöfe der einzelnen Länder oder Protestation in Rom ins Auge zu fassen seien, und ob es nicht für angezeigt gehalten werde, ein Einverständnis über derartige, wenn nicht kollektive, doch möglichst identische Schritte durch gemeinsame Beratungen, vielleicht selbst durch eine Konferenz von Vertretern sämtlicher beteiligten Regierungen, herbeizuführen.

Ich habe diese Mitteilung, wie die hohe Wichtigkeit ihres Gegenstandes es erheischt, der aufmerksamsten Erwägung unterzogen, und mich zugleich für verpflichtet gehalten, vor Beantwortung der von dem Herrn Fürsten von Hohenlohe angeregten weittragenden Fragen mich vertraulich sowohl mit dem Kaiserlich Königlich österreichischen wie mit dem Königlich ungarischen Ministerium zu beraten.

Im vollen Einverständnisse mit den Ministerien beider Reichshälften und mit allerhöchster Ermächtigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs habe ich nunmehr die Ehre, durch Eurer Exzellenz gefällige Vermittlung dem Münchner Kabinette in Erwiderung auf seine Anfrage die nachstehenden Bemerkungen mitzuteilen.

Eine Regierung, welche wie die österreichisch-ungarische die Freiheit der verschiedenen Religionsbekenntnisse innerhalb der freiheitlich konstituierten bürgerlichen Gesellschaft zum leitenden Grundsatze erhoben hat, würde nach unsrer Auffassung die volle Konsequenz ihres Prinzips nicht festhalten, wenn sie einem in der Verfassung der katholischen Kirche begründeten Vorgange, wie es die Einberufung eines allgemeinen Konzils ist, ein System präventiver, einschränkender Maßnahmen gegenüberstellen wollte. Es wird, was diesen prinzipiellen Ausgangspunkt für unsre Betrachtung betrifft, zugleich darauf hingewiesen werden dürfen, daß, soviel bis jetzt bekannt, keine derjenigen Mächte, von denen der Grundsatz der Unabhängigkeit der Kirche am vollständigsten anerkannt und in deren Bereich er am tiefsten in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen ist, Besorgnisse über mögliche Beschlüsse des künftigen Konzils an den Tag gelegt oder sich bereits mit dem Gedanken an abwehrende Gegenmaßregeln beschäftigt hat.

Steht es nun aber als allgemeine Regel fest, daß den anerkannten Religionsgesellschaften in ihren inneren Lebensäußerungen, solange diese nicht mit dem staatlichen Standpunkte kollidieren, die vollste Freiheit gelassen werden müsse, so hat die Kaiserliche und Königliche Regierung in der Sachlage, wie sie sich bis heute darstellt, keine genügenden Motive des Rechts oder der Opportunität zu erblicken vermocht, um schon jetzt dem an sich

so beachtungswerten Vorschlage der Königlich bayrischen Regierung Folge zu geben.

Ueber den Verlauf des Konzils können nämlich dermalen nur Vermutungen, mehr oder weniger wahrscheinliche, aufgestellt werden. Nicht einmal über das Programm der Beratungsgegenstände des Konzils sind andre offizielle Aufschlüsse als die übersichtlichen Andeutungen der päpstlichen Einberufungsbulle vorhanden. Das Gebiet der wirklich rein dogmatischen Fragen wird ohnehin niemand dem allgemeinen Kirchenrate streitig machen wollen. Was aber staatskirchliche Angelegenheiten sowie diejenigen Materien betrifft, welche mit der Konfession zugleich das bürgerliche Recht berühren, so läßt sich heute schwerlich schon ein Urteil darüber gewinnen, ob die Gefahr vorhanden sei, daß die in diesem Bereiche seither hervorgetretenen Gegensätze durch Verhandlungen und Beschlüsse des Konzils noch geschärft und zu größerer Gefährlichkeit für die Ruhe der Staaten gesteigert werden könnten. Wir können das Vorhandensein einer solchen Gefahr weder bestätigen noch in Abrede stellen. Doch dürfte im allgemeinen kaum vorauszusetzen sein, daß die Bischöfe der katholischen Welt, die der großen Mehrzahl nach in Ländern mit vollkommen säkularisierter Gesetzgebung leben und wirken müssen, nicht eine genaue Kenntnis der praktischen Notwendigkeit unsers Zeitalters nach Rom mitbringen sollten. Und wenn die Erwartung berechtigt ist, daß es dem Zwecke der Erhaltung des Friedens zwischen Staat und Kirche an Wortführern unter den Prälaten des Konzils nicht fehlen werde, so liegt es vielleicht nicht im Interesse der Regierungen, diese Stimmen als von Staats wegen patronisiert erscheinen zu lassen und dadurch in ihrer Autorität zu beeinträchtigen. Es läßt sich ferner dermalen noch nicht erkennen, wie die päpstliche Kurie, welche in der jetzigen Weltlage die Präzedenzien früherer Jahrhunderte in bezug auf die Teilnahme der weltlichen Fürsten an den Konzilien nicht wird erneuern können noch wollen, gegenüber den Regierungen hinsichtlich derjenigen Verhandlungsgegenstände sich zu verhalten gedenkt, in welchen die Beschlüsse des Konzils nicht ohne staatliche Anerkennung zur Ausführung gelangen könnten. Nach unsrer Auffassung sind aber die Regierungen vollkommen in der Lage, die in dieser Richtung etwa erforderlich werdenden Schritte des Kirchenregiments abzuwarten. Würde demnächst das versammelte Konzil sich wirklich anschicken, in die Rechtssphäre der Staatsgewalt überzugreifen, oder würden sich bestimmte Indizien für eine derartige Absicht in authentischer Weise herausstellen, dann wäre auch nach der Ansicht der Kaiserlichen und Königlichen Regierung der Fall sicher nicht auszuschließen, daß neben den abwehrenden und abmahnenden Schritten der einzelnen Staaten auch gemeinsame Beratungen der Kabinette zum Zwecke übereinstimmender Wahrung der Staatshoheitsrechte sich als nötig oder nützlich erweisen

könnten. Dagegen vermögen wir nicht dafür zu stimmen, daß der bloßen Präsumtion möglicher Eingriffe in diese Rechte die Tatsache einer diplomatischen Konferenz entgegengestellt und dadurch — abgesehen von der erhöhten Schwierigkeit, auf so unsicherem Grunde zu festen Einverständnissen zu gelangen — vielleicht der Schein einer beabsichtigten Kontrolle und Beschränkung der Freiheit der katholischen Kirche hervorgerufen und die Spannung der Gemüter ohne Not vermehrt werden könnte.

Die hier dargelegte Auffassung hat übrigens die Kaiserlich Königliche Regierung nicht abhalten können, die von dem Königlich bayrischen Kabinette ausgegangene Anregung zu einem Meinungsaustausche über diese bedeutungsvolle Angelegenheit in ihrem ganzen Werte anzuerkennen. Wir fühlen uns dem Herrn Fürsten von Hohenlohe für die Mitteilung seiner Ansicht und für den uns dadurch gebotenen Anlaß, unser Verhältnis zur Sache darzulegen, aufrichtig verpflichtet, und Eure Exzellenz wollen es übernehmen, dieser Gesinnung bei Seiner Durchlaucht den wärmsten Ausdruck zu verleihen. Eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses sind Sie ermächtigt dem Herrn Ministerpräsidenten, falls es gewünscht wird, zur Verfügung zu stellen.

von Beust.

Von dem Fürsten Hohenlohe geschriebener Artikel für die „Augsburger Abendzeitung".

Die Antwort des Grafen Beust auf die Depesche des Fürsten Hohenlohe betreffend das Konzil ist ein zu eigentümliches Aktenstück, als daß wir es unterlassen könnten, demselben einige erläuternde Worte zu widmen.

Graf Beust geht zunächst von dem Grundsatze aus, daß eine Regierung, welche wie die österreichisch-ungarische die Freiheit aller verschiedenen Religionsbekenntnisse innerhalb der freiheitlich konstituierten Gesellschaft zum leitenden Grundsatze erhoben hat, dem Konzil kein „System präventiver, einschränkender Maßnahmen" gegenüberstellen könne. Wer die Depesche des Fürsten Hohenlohe gelesen hat, wird mit Erstaunen hören, daß sie ein System präventiver, einschränkender Maßnahmen enthalte. Von einem solchen Vorschlage ist in der Depesche keine Spur zu finden. Der bayrische Minister erkundigt sich danach, welche Haltung die Regierungen dem Konzil gegenüber einzunehmen beabsichtigen, und schlägt bestimmte Wege vor zur Verständigung unter den Regierungen zu dem Zwecke, die römische Kurie über die Anschauungen dieser Regierungen nicht im Zweifel zu lassen. Der Zweck der bayrischen Regierung war also kein andrer, als die Regierungen aufzufordern, ihre Stellung gegenüber dem Konzil ernstlich ins Auge zu fassen. Allerdings würde Graf Beust berechtigt gewesen sein, die Opportunität und die Berechtigung „einschränkender Maßnahmen" zu bezweifeln,

wie er es in dem darauffolgenden Satze tut, nachdem es sich aber davon nicht handelt, ist sein Einwurf ebenso unbegründet wie die der bayrischen Regierung untergeschobene Absicht eine willkürliche Maßnahme.

Graf Beust behauptet weiter, über den Verlauf des Konzils könnten nur Vermutungen aufgestellt werden, während er doch wohl durch seinen Gesandten unterrichtet sein mußte, daß das offizielle Organ des Heiligen Stuhls und alle maßgebenden Persönlichkeiten in Rom über die Ziele des Konzils kein Hehl gemacht haben. Denn es ist ohne Zweifel dem österreichischen Gesandten in Rom so gut wie jedermann bekannt, daß die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma erhoben werden soll und daß die Absicht besteht, die Sätze des Syllabus in konziliarische Beschlüsse zu verwandeln. Graf Beust mußte daher so gut wissen, wie man es in München weiß, daß die Tendenz einer in der Kirche herrschenden Partei dahin geht, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in einer Weise schroff zu gestalten, daß dem Staat nur die Unterwerfung oder die vollständige Trennung übrigbleibt. Wenn Graf Beust dessenungeachtet nicht an diese Tatsache glauben will, wenn er die Hoffnung ausspricht, daß, im Falle das *versammelte* Konzil sich anschicke, in die Rechtssphäre des Staats überzugreifen, es immer noch Zeit sei, abwehrende oder abmahnende Schritte zu ergreifen, so übersieht der österreichische Staatsmann, daß das Konzil sich eben nicht „anschicken" dürfte, überzugreifen, sondern sofort handeln und übergreifen wird, ohne daß den Regierungen dann etwas andres übrigbleiben wird, als zu protestieren. Wenn sich aber Graf Beust der Erwartung hingibt, die Bischöfe würden eine genaue Kenntnis der praktischen Notwendigkeiten unsers Zeitalters mit nach Rom bringen, und es werde dem Zwecke der Erhaltung des Friedens zwischen Staat und Kirche an Wortführern unter den Prälaten des Konzils nicht fehlen, so erfreut sich der Graf eines beneidenswerten Optimismus, der sich um so praktischer ausnimmt, wenn man ihn der eben beendigten Schwurgerichtsverhandlung in Linz [1]) gegenüberstellt. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß keiner der österreichischen Bischöfe die Verkündigung des Dogmas der Unfehlbarkeit zu verhindern suchen wird. In diesem Dogma liegt die Zukunft des Ultramontanismus, in ihm liegt der Keim der absolutistischen Organisation der Hierarchie, es ist die Krönung des Werks, dem die ultramontane Partei seit Jahren zustrebt, und kein Bischof wird es wagen, diesem Ziel entgegenzutreten. Aus dem Konzil wird die Hierarchie stärker und mächtiger hervorgehen und den Kampf gegen die moderne Zivilisation mit frischen Kräften

[1]) Bischof Rudigier von Linz wurde durch das Schwurgericht wegen seines Hirtenbriefs vom 12. September 1868, in welchem er das neue Staatsgrundgesetz behandelt hatte, wegen Versuchs der Störung der öffentlichen Ruhe zu zwölf Tagen Kerker verurteilt. Der Kaiser begnadigte ihn am folgenden Tage.

beginnen. Ob das „freiheitlich konstituierte" Oesterreich zu seinen übrigen Schwierigkeiten auch noch eine Vertiefung des Risses zwischen Staatsgewalt und Kirchengewalt brauchen kann, mag der geistreiche Staatsmann an der Donau mit sich selbst ausmachen. Bedauerlich bleibt es immer, daß die mahnende Stimme des Fürsten Hohenlohe in Wien unbeachtet verhallt ist. Wir wollen dabei nicht untersuchen, ob, wie ein Schweizer Blatt behauptet, der Wunsch, die Schwierigkeiten der inneren Lage Bayerns zu vermehren, die Veranlassung ist, daß der österreichische Staatsmann sich nicht auf jene Antwortdepesche beschränkte, sondern die österreichischen Gesandtschaften beauftragte, den Bemühungen des Fürsten Hohenlohe namentlich an den deutschen Höfen soviel möglich entgegenzuarbeiten. Wir wollen nicht untersuchen, ob trotz aller wohlklingenden Phrasen die alte traditionelle Politik auch heute noch in der Wiener Staatskanzlei ihr Interesse darin findet, mit dem Jesuitenorden Hand in Hand zu gehen, um denselben bei gelegener Zeit in der auswärtigen Politik, sei es gegen Rußland in Polen, sei es gegen Preußen in Westfalen und am Rhein, sei es wo immer, zu verwerten und zu verwenden, uns genügt es vorläufig, angedeutet zu haben, daß die Depesche des Grafen Beust sich lediglich in Scheingründen bewegt und die eigentlichen Motive, welche die österreichische Regierung abhalten, sich zu einer bestimmten Haltung gegenüber dem Konzil zu entschließen, mit Stillschweigen übergeht. Wir geben damit aufmerksamen Politikern Stoff zum Nachdenken.

Döllingers „Bemerkungen" zu den ihm mitgeteilten Antworten der Mächte.

Der italienische Gesandte Herr Artom scheint die Angelegenheit mehr weltmännisch als staatsmännisch anzusehen. Wenn er meint, die Regierungen könnten sich den bedenklichen Folgen von Konziliumsbeschlüssen einfach durch Nichtannahme derselben entziehen, so übersieht er dabei, daß, wenn einmal gewisse Sätze als Glaubenslehre (oder „juris divini", wie man kirchlicherseits sich ausdrückt) durch das Konzil proklamiert sind, dann der Klerus sie auch als solche dem Volke verkündigt und sie demselben als nunmehr zum Wesen der Religion gehörig und unbedingt jeden Christen verpflichtend darstellt; dies kann dann keine Regierung der Welt mehr hindern, noch auch die Folgen, die sich daran knüpfen werden, abwehren. An solchen Faits accomplis läßt sich nichts mehr ändern. Seine Hinweisung auf das Konzil von Trient, dessen Beschlüsse ja auch einige Staaten nicht angenommen hätten, geht von einer ganz unrichtigen Voraussetzung aus. Die dogmatischen Dekrete dieses Konzils sind in allen katholischen Ländern ohne irgendeine Widerrede angenommen worden, oder vielmehr sie bedurften gar keiner Annahme, sie galten sofort von selbst; nur die dis-

ziplinären Verordnungen (z. B. über geistliche Immunitäten oder die Strafen eines Duells und ähnliches) wurden von einigen Staaten (z. B. Frankreich) zurückgewiesen. Nun sollen aber gerade auf diesem Konzil neue Glaubenslehren, und zwar solche, welche in kirchenpolitischer Hinsicht höchst bedenklich werden würden, aufgestellt werden. Wenn dies wirklich geschieht, so wäre es völlig vergeblich, daß die Regierungen etwa hintennach kämen mit der Erklärung: „wir nehmen sie nicht an," man würde ihnen lachend erwidern, eure Völker, von ihren Priestern belehrt, glauben sie bereits, ohne euch darum zu fragen. Wird zum Beispiel die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma erhoben, so ist eo ipso die berühmte Bulle „Unam Sanctam" Regula fidei, unverbrüchliche Glaubensvorschrift für die ganze katholische Welt, und damit ist die vollständige Oberherrschaft des Papstes über alle Monarchen und Regierungen auch in weltlichen Dingen und in der Politik mit einem Male zum göttlich geoffenbarten Dogma gestempelt, welches nun konsequenterweise auch in den Katechismen, im Beichtstuhl und auf allen Kanzeln und Kathedern gelehrt werden muß. Die römischen Jesuiten in der „Civiltà" haben vor wenigen Tagen (in ihrem Heft vom 3. April S. 21) diese Konsequenzen bereits vollkommen und mit aller Offenheit akzeptiert. Man steuert also in Rom mit klarem Bewußtsein auf dieses Ziel los.

Nach der Ansicht des Herrn von Beust wäre zu besorgen, daß ein zeitiges Hervortreten der Regierungen eher ermutigend auf die ultramontane Partei wirken und sie in Rom zu entschlossenem Fortschreiten auf der betretenen Bahn bestimmen möchte.

Es ist aber dagegen zu erinnern, daß die römische Kurie selber schon seit Jahrhunderten sich vorzugsweise durch das Motiv der Furcht hat leiten lassen und daß sie alsbald zurückzuweichen oder einzuhalten pflegt, wo sie auf energischen Widerstand stößt, ganz besonders dann, wenn dieser Widerstand ein kombinierter mehrerer Mächte wäre. Wozu noch kommt, daß nach übereinstimmenden Berichten in Rom auch eine gemäßigte, oder antijesuitische Partei besteht, zu welcher selbst einige Kardinäle gehören. Diese Partei würde sich durch eventuelle Erklärungen oder Schritte der Regierungen ermutigt und gestärkt fühlen und sich in den Stand gesetzt sehen, dem bis jetzt allerdings überwiegenden Einflusse der Gegenpartei, welche die neuen Dogmen anstrebt, sich mit Erfolg zu widersetzen.

Zirkular an die königlichen Gesandtschaften vom 29. Mai 1869.[1])

Nachdem nunmehr auch die Erklärungen der bei den letzten Neuwahlen mehrfach Gewählten abgegeben sind und sonach die Zusammensetzung der

[1]) Veröffentlicht im Oktober 1869 durch die „Donauzeitung" A. A.-Z. 17. 10. 1869 Nr. 290.

künftigen Kammer[1]) vollständig bekannt ist, ergibt sich, daß in derselben vertreten sein werden: 1 Mitglied der Volkspartei, 56 Mitglieder der Fortschrittspartei, 20 Mitglieder der Mittelpartei, sonach 77 Liberale und 77 von der klerikalen Partei vorgeschlagene Kandidaten.

Der Regierung konnte dieses Resultat nicht unerwartet sein; es ist eine bekannte Erfahrung im politischen Leben, daß in erregten Zeiten, und wenn sich die Bestrebungen der Parteien in leidenschaftlicher Weise gesteigert haben, stets die Extreme von einem gewissen äußerlichen Erfolg begleitet sind und diejenigen Parteien, welche mit Ruhe und Besonnenheit vorangehen wollen, für eine Zeitlang in dem Wahlkampfe in der Minderheit bleiben.

Bei der großen Rührigkeit, insbesondere der klerikalen Richtung, bei den bedeutenden Mitteln zur Agitation, über welche sie verfügt, wäre sogar ein Sieg dieser Partei keineswegs unmöglich gewesen und war sogar von verschiedenen Seiten erwartet worden. Um so mehr kann die Regierung sich damit zufrieden erklären, daß es ungeachtet aller Anstrengungen ihren Gegnern nicht gelungen ist, die Majorität in der Kammer zu erlangen, und daß selbst das gegenwärtige Resultat nur dadurch erreicht werden konnte, daß die antiliberale Richtung, um deren Sieg es sich im Schoße dieser Partei eigentlich handelte, mittels der vorgeschobenen Sorge für die Selbständigkeit der Krone und des Landes und mittels der wohlbenutzten Abneigung der Mehrheit des Volkes gegen eine Unterwerfung unter preußische Oberhoheit maskiert wurde. Die ausgesprochene Anschauung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aber, nicht in den Norddeutschen Bund eintreten zu wollen, kann die Regierung nur als eine — wenn auch von den gegnerischen Führern nicht beabsichtigte — Zustimmung zu der von ihr bisher verfolgten Politik ansehen, denn gerade dieser Grundsatz war es, der die äußere Politik Bayerns bisher leitete, und welchen zu verlassen das Ministerium weder Anlaß noch Neigung gehabt hätte. Dagegen hat es selbst die extremste klerikale Richtung nicht gewagt, mit einem Programm aufzutreten, welches den Bruch der Allianzverträge, eine Anlehnung an eine fremde Macht oder auch nur eine internationale Politik gefordert hätte, vielmehr haben selbst die ausgesprochensten Feinde des Ministeriums für notwendig gehalten zu betonen, daß auch sie eine nationale Verbindung mit den norddeutschen Stammesgenossen anstreben. Ueberdies hat sich gezeigt, daß jedenfalls in den Städten und in einem großen Teile des Landes die klerikale Richtung überhaupt keinen Boden hat.

Unter diesen Umständen ist dem gegenwärtigen Ministerium sein Verhalten klar vorgezeichnet. Dasselbe hat keine Veranlassung, solange Seine

[1]) Die Wahlen hatten am 20. Mai stattgefunden.

Majestät der König ihm sein Allerhöchstes Vertrauen bewahrt, die Geschäfte niederzulegen, und noch viel weniger, eine andre als die bisherige Politik im Innern sowohl als nach außen einzuschlagen. Was insbesondere die Gesetzgebung in inneren Angelegenheiten betrifft, so ist allerdings bei der voraussichtlich schwankenden Majorität zurzeit ein weiteres Vorangehen in den Reformbestrebungen nicht wohl tunlich; es ist dies aber auch keineswegs nötig. Denn es wird nur zum Besten des Landes dienen, wenn die vielen umfangreichen neuen Gesetze allmählich sich in dem sozialen Leben einzubürgern Zeit haben, wenn eine Pause in der bisherigen Fruchtbarkeit der Legislation eintritt, und wenn man eine Konsolidierung der bisherigen Erfolge abwartet, ehe man mit Neuerungen weiter vorangeht. Daß aber die bisherigen Errungenschaften wieder aufgehoben würden und eine den Bestrebungen der letzten Jahre entgegenarbeitende Strömung in der Gesetzgebung Platz greifen könnte, dazu reicht die Macht der klerikalen Partei in der Kammer nicht aus; ganz abgesehen davon, daß sich jetzt schon Anzeichen finden, es werde sich alsbald innerhalb dieser 77 klerikal Gewählten eine Scheidung vollziehen, indem hierunter eine große Anzahl wohldenkender, ruhiger und patriotischer Männer zu zählen sind, welche keineswegs geneigt sein werden, die Zwecke der extremen Parteiführer mitzuverfolgen.

Die äußere Politik der Regierung hat, wie ich bereits oben erwähnt habe, materiell die Zustimmung des Landes gefunden, und es wird deshalb das Ministerium wie bisher auch fortan bestrebt sein, die Selbständigkeit der Krone im vollsten Maße zu wahren, ohne dabei die Aufgabe aus den Augen zu lassen, welche die Friedensverträge des Jahres 1866 für die künftige Entwicklung Deutschlands ausgesprochen haben, die Aufgabe, die Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands durch ein nationales Band wieder aufzuheben, welches Macht und Ansehen des Vaterlandes gegen fremde Angriffe sichert, ohne der Gleichberechtigung der Stämme und ihrer Fürsten einen Eintrag zu tun.

Ich ersuche Sie, in diesem Sinne sich bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, auszusprechen, und benütze diesen Anlaß u. s. w.

Journal.

Berlin, 3. Juni 1869.

Abreise von München gestern abend 6 Uhr. Auf dem Bahnhof fand ich Arco-Valley mit Familie. Arco fuhr mit mir, was mir insofern unangenehm war, als er Konversation machte, was mir auf der Eisenbahn sehr unbequem ist; ich legte mich daher bald in die Ecke und schlief. Um 4 Uhr früh kamen wir nach Hof, wo er mich aufweckte, um Kaffee zu trinken. Dort traf ich eine Anzahl Abgeordneter, Franckenstein, Zu Rhein

und ähnliche, auch mehrere Fortschrittler. Arco-Valley verspätete sich in Altenburg und mußte zurückbleiben.

In Berlin fand ich Viktor, Perglas und das Personal der Gesandtschaft. Ich fuhr mit Viktor ins Hotel, zog mich schnell an und fuhr dann um 2 Uhr zu der Eröffnung des Zollparlaments, welche ohne alle Zeremonie im Weißen Saal durch Delbrück geschah. Wir waren im Frack. Nachher war eine Sitzung, in der nur Formalien abgemacht wurden.

4. Juni 1869.

Gestern bei der ersten Sitzung wurde ich von vielen alten Bekannten begrüßt, u. a. von dem im Reichstag berühmten Finanzredner Benda, der mit mir vor fünfundzwanzig Jahren bei der Regierung in Potsdam war. Er hat sich seit jener Zeit so verändert, daß ich ihn nicht wiedererkannt hätte. Damals ein junger schöner Mann mit schwarzen Locken, jetzt ein alter Professor mit grauem Haar und ohne Zähne. Andre sind wieder gar nicht verändert. Ich mache die Erfahrung, daß leidenschaftliche Charaktere am schnellsten alt werden, während ruhige Naturen die äußere Hülle am wenigsten abnutzen und sich deshalb „konservieren".

Eben komme ich aus der Sitzung, in der ich wieder zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden bin. Ich war bis zum letzten Augenblick zweifelhaft, ob ich mich bei meiner Antwort auf wenige Worte beschränken oder etwas mehr sagen sollte. Nun zeigte ich Viktor die Rede, wie ich sie aufgesetzt hatte und wie ich sie dann wirklich gehalten habe, und dieser riet mir unbedingt dazu, da sie auf die Versammlung den besten Eindruck machen werde und es mir am Ende gleichgültig sein könne, was die ultramontane Partei, mit der ich es doch verdorben hätte, dazu sage. Was Viktor vorausgesagt hatte, war auch der Fall. Meine Rede wurde lebhaft begrüßt und hat mir meine Position verstärkt. Ich wurde nachher vielfach behändedrückt. Bei der Lage der Dinge, wie sie sich nach und nach gestaltet, ist es notwendig, immer klar zu sagen, was man denkt, und nur nie sich dem Vorwurf auszusetzen, daß man nicht den Mut habe, seine Ueberzeugung zu bekennen. Simson wurde wieder zum ersten Präsidenten und Hugo zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Rede.

Indem Sie mich zum zweiten Male zu Ihrem Vizepräsidenten erwählen, erweisen Sie mir eine Ehre, für welche ich Ihnen zu aufrichtigem Danke verpflichtet bin. Diese Ehre ist um so größer, als ich im vergangenen Jahre nicht Gelegenheit hatte, Beweise für meine Befähigung zu dem mir übertragenen Amte abzulegen. Wenn Sie mir heute dessenungeachtet Ihre Stimmen geben, so bin ich berechtigt, das Motiv Ihres

Vertrauens in der Beurteilung meiner außerhalb des Kreises dieser Versammlung liegenden Tätigkeit zu suchen. Damit gewinnt aber Ihre Abstimmung für mich eine höhere politische Bedeutung. Das Votum dieser Versammlung gibt mir den Mut, auszuharren auf dem Wege, den ich für den richtigen halte, auszuharren in dem Bestreben, die Versöhnung, Verständigung und Eintracht der deutschen Stämme nach Kräften zu fördern.

In diesem Geiste nehme ich das mir übertragene Amt an und bitte Sie nur noch, mir Ihre wohlwollende Nachsicht nicht zu entziehen, wenn ich berufen sein sollte, die Verhandlungen dieser hohen Versammlung zu leiten.

Berlin, 7. Juni 1869.

Gestern war ich zum Diner nach Potsdam eingeladen. Ich fuhr um $^3/_4$2 Uhr auf den Bahnhof, wo ich Hugo und Stillfried fand, mit denen ich in einen Waggon stieg. In Neuendorf (zu meiner Zeit hieß es Nowawes) fanden wir die königlichen Equipagen, die uns nach Babelsberg brachten. Ich war seit vierundzwanzig Jahren nicht dort gewesen. Das Schloß ist sehr schön geworden, noch schöner der Park. Wo zu meiner Zeit nur elende Anpflanzungen waren, ist jetzt ein schöner englischer Park mit großen Bäumen. Alles prächtig gehalten. Beim Diner waren der König, die kronprinzlichen Herrschaften, der Prinz von Hessen mit Prinzeß Alice und alle sonstigen Herrschaften. Der König war liebenswürdig wie immer, erkundigte sich nach dem König von Bayern und Prinz Otto, ließ sich aber sonst nicht in politische Gespräche ein. Die Kronprinzeß sprach viel eingehender, fragte, wann der König kommen werde, und erging sich in deutsch-politischen Erörterungen. Prinzeß Alice erinnerte mich an Osborne. Ueberhaupt war man sehr liebenswürdig und sagte mir viel Schmeichelhaftes über meine Rede. Ich saß neben Prinz Georg, mit dem ich viel über Wagner sprach. Nach Tisch kam eine Menge kleiner Prinzen und Prinzessinnen, die den alten König umringten und ihm die Hand küßten. Es sah recht hübsch und patriarchalisch aus. Um 6 Uhr war ich wieder zurück, ging dann noch zu Perglas, wo ich eigentlich hätte essen sollen, und begrüßte die dort eingeladenen Größen, die bei der Zigarre in „angegessenem Zustand" im Salon saßen. Abends machte ich einen Spaziergang zu Kroll, wo ich die „süddeutsche Fraktion" fand: Schrenck, Franckenstein, Aretin u. s. w., mit denen ich freundschaftlich nach Hause wanderte.

Heute Morgen war Zollparlament. Ich hatte die nationalliberale Partei bewogen, die Frage wegen des bayrischen Wahlgesetzes zum Zollparlament, die voriges Jahr unangenehme Debatten veranlaßt hatte und die wieder auftauchen wollte, fallen zu lassen, indem ich ihnen versprach,

eine beruhigende Rede zu halten. Dies tat ich auch; die Rede erntete Bravos, und wir kamen ohne Diskussion über die ganze Geschichte weg. Um 6 Uhr war Diner bei dem amerikanischen Gesandten. Ich saß neben seiner Frau, einer alten Amerikanerin, sehr elegant, mit der ich scheußliches Englisch sprach. Sie schwärmt für Erckmann-Chatrian und empfiehlt seine Bücher allen young ladies. Nachdem wir die verschiedenartigsten Weine getrunken hatten, brachte Mister Bancroft einen Toast auf den König von Bayern aus. Ich erwiderte, daß ich diesen Toast dem König melden würde, der eine große Sympathie für die Amerikaner habe, daß seine Worte um so mehr Wert hätten, als sie von einem so ausgezeichneten Manne wie Mister Bancroft kämen, sprach noch von der Verbrüderung der Nationen und von der Hoffnung, welche alle Wohlgesinnten beseele, daß die Völker dieses Ziel erreichen würden, und trank dann in einem nicht sehr glücklichen Uebergang auf das Wohl des Mannes, der diese Hoffnung teile, nämlich auf Mister Bancroft. Die Rede war nicht sehr abgerundet, aber doch erträglich.

Berlin, 8. Juni 1869.

Heute Morgen war Perglas lange bei mir, um mit mir über die Liquidationsverhandlungen zu sprechen. Während er da war, kam auch ein Herr Sterkow (oder wie er heißt), der mit dem Zeichen (—) Korrespondenzartikel in die „Allgemeine Zeitung" schreibt. Ein wohlunterrichteter Mann, aber der Typ eines Preßhusaren. Dann fuhr ich Visiten. Zuerst bei Prinz August von Württemberg, der mir seinen mit Jagdgegenständen reich verzierten Saal zeigte, dann zu verschiedenen Prinzen, wo ich mich einschrieb, und endlich zu Moltke, mit dem ich ein langes Gespräch über den Krieg hatte, das ich besonders aufzeichnen werde. Es ist ein merkwürdiger, klarer, entschlossener Mann. Um 4 Uhr war großes Diner bei Hof zu Ehren des Vizekönigs von Aegypten. Wir fuhren, Viktor und ich zusammen, in der Galaequipage. Im Schloß war schon alles versammelt, mit Ausnahme des Königs. Der Vizekönig kam etwas früher als der König. Er ist ein kleiner Mann mit einem Bart; trotz seiner gestickten Uniform und dem Schwarzen Adler machte er mir den Eindruck eines französischen Cafégwirts. Bei Tisch saß ich neben Boguslaw Radziwill und Viktor. Ersterer sprach schwärmerisch von seinen verschiedenen Kindern, die im geistlichen Stande sind. Eine Tochter Nonne und zwei Söhne Geistliche. Es war rührend, wie er mir erzählte, daß er seine Tochter, die für ihn eine wahre Freundin gewesen sei, so ungern habe ins Kloster gehen lassen, daß sie jetzt aber sehr glücklich sei. Sie ist barmherzige Schwester. Nach Tisch hatte ich eine lange Unterhaltung mit Prinzeß Karl, dann mit Prinzeß Alice, die sehr heiter und liebenswürdig ist, endlich mit der Kronprinzeß, für die ich ein ganz besonderes tendre

habe, und dann ließ ich mich dem Vizekönig vorstellen, der glücklich war, mit mir über Aegypten sprechen zu können. Er spricht sehr gut Französisch. Alles, was Berlin an großen Tieren besitzt, war anwesend. Auch Bluntschli traf ich, mit dem ich über Jesuiten, Konzil und Protestantentag redete.

Nun bin ich aber von alldem ganz schwindlig, um so mehr, als man die grauenhafte Idee hatte, eine Militärblechmusik während der Tafel spielen zu lassen, was wahrhaft betäubend wirkte.

Gespräch mit General von Moltke am 8. Juni 1869.

Bei einem Besuche bei General von Moltke kam die Rede auf die süddeutschen Verhältnisse. Moltke verkannte nicht, was wir bisher getan hätten, bemerkte aber, daß wir möglicherweise bei einem auswärtigen Kriege die Politik des Zuspätkommens befolgen würden. Wir seien nicht gerüstet und würden diese Politik befolgen, ohne uns eines Vertragsbruchs schuldig zu machen. Ich erwiderte, daß man zu einer tüchtigen Ausbildung der Armee viel Geld brauche. Dieses werde aber von den Kammern abhängen. Diese teilen sich in Ultramontane und Liberale. Letztere bewilligten überall nicht gern Geld für die Armee. Erstere würden mehr Geld bewilligen, wenn sie nicht die Befürchtung hegten, daß der Krieg doch schließlich mit dem Verlust der Selbständigkeit des Landes ende. Hätte diese Partei die Gewißheit, daß der Krieg das Resultat des Verlusts der Selbständigkeit nicht habe, so würden sie eher zu Geldbewilligungen bereit sein. Eine solche Garantie biete uns nur ein staatsrechtliches Band unter den süddeutschen Staaten. Moltke erwiderte, ohne auf letzteren Punkt einzugehen, daß die Befürchtung vollkommen grundlos sei. (Das gleiche wurde mir eingehend von dem General der Artillerie Prinzen Hohenlohe auseinandergesetzt.)

Auf den Krieg selbst eingehend, sagte er: Frankreich werde keinen Krieg beginnen, wenn Oesterreich nicht mitgeht, so dumm seien die Franzosen nicht. Sie wüßten zu gut, daß sie Preußen nicht gewachsen seien, wenn sie allein angriffen. Oesterreich aber sei jetzt nicht gerüstet. Wenn der Krieg mit Frankreich und Oesterreich ausbreche, so werde sich Preußen in seinem Feldzugsplan nicht irre machen lassen. Man werde alle Streitkräfte auf Frankreich werfen und die Oesterreicher möchten unterdessen tun, was sie wollten, und wenn sie bis Berlin marschierten.

Was Ulm betrifft, so sagte Moltke, es sei eine österreichische Festung und habe wenig Wert. Man könne es aber doch nicht aufgeben.

Bezüglich der Liquidationskommission erwähnte er nur, daß man in Preußen nichts wolle, als sich vergewissern, daß die Kanonen, welche doch

Preußen mitgehörten, so placiert seien, daß man sie nicht gleich wegnehmen könne.

Berlin, 10. Juni 1869.

Gestern eine kurze Sitzung des Zollparlaments. Göler wollte über einen Artikel des Vertrags mit Japan eine nationalgefärbte Rede halten. Ich hielt ihm meine Gründe entgegen, und er verschluckte seine schöne Rede und schwieg. Eine seltene Selbstbeherrschung.

Nachmittags Fahrt nach Potsdam, wohin wir zum Theater „in kleiner Uniform" eingeladen waren. Wir kamen um 6 Uhr dort an, begaben uns von der Station Wildpark zu Fuß in das Neue Palais, wo man uns unterdessen, bis das Theater anging, ein Zimmer gab. Wir brachten aber den größten Teil der Zeit auf der Terrasse zu, obgleich das Wetter nicht sehr schön war. Um 7 Uhr begann das Theater. Es ist ein hübsches kleines neukonstruiertes Theater im Neuen Palais. Die höchsten Herrschaften saßen vorn auf Stühlen. In der Mitte die Kronprinzeß mit Prinzeß Alice von Hessen. Links der Vizekönig, rechts der König von Preußen, dann die übrigen Prinzen. Hinter der Kronprinzeß saßen die Prinzeß Charlotte und die Prinzeß von Hessen, zwei Mädchen von sechs oder acht Jahren, und zwischen sich hatten sie den Sohn des Vizekönigs. Die beiden Mädchen waren sehr vertraut mit ihrem Spielkameraden im roten Tarbusch und dem impassibeln türkischen Gesicht. Die kleine Prinzeß von Hessen arrangierte ihm den seidenen Büschel auf seinem Tarbusch, und als das Theater vorbei war und sie wegging, küßte sie ihn, worüber er sehr erstaunt war. Sie fragte ihn auch, wo denn seine Mama wäre, worüber er keine Auskunft geben konnte. So erzählte die Kronprinzeß nachher. Das Theater bestand aus einem französischen Lustspiel „Les souliers de bal" und einem horrend dummen Ballett unter dem wenig französischen Titel „La fête du jour de naissance". Unter anderm kam auch ein „pas styrien" zur Aufführung. Zwei Tänzer in kurzen schwarzen Schwimmhosen, rosenfarbenem Trikot und weißen Socken bis etwas über die Knöchel tanzten mit zwei Damen mit roten Strümpfen. Die übliche Bewegung der Daumen in den Hosenträgern fehlte nicht, dazu sang ein Chor abenteuerlicher Steirer, mit grünen Hüten und roten Westen, die bekannten angeblichen Gebirgsjodler „Wenn ich nun von der Alpe weka geh u. s. w.", durch und durch Berliner Holdrio. Viktor und ich sowie Fritz, die wir nebeneinander saßen, unterhielten uns sehr darüber.

Nach dem Theater war Souper, wo ich zwischen General Loë und Aristarchi Bei saß. Dann war Cercle, und um 10 Uhr wurden wir entlassen, um mit dem Extrazug nach Berlin zurückzufahren. Bismarck lud mich ein, mit ihm zu fahren, und benützte die Gelegenheit, mit mir von Geschäften zu sprechen.

12. Juni 1869.

Gestern übergab mir Simson das Präsidium des Zollparlaments bei Beratung des neuen Zollgesetzes. Ich brachte die 166 Paragraphen in drei Stunden durch. Glücklicherweise kam keine Streitigkeit und Unannehmlichkeit vor. Die Redner sprachen alle von der Sache und niemand machte Unfug. So ging mein erster Versuch glücklich ab, und ich bin nun genug eingewöhnt, um auch bei weniger ruhigen Sitzungen zu präsidieren. Simson war sehr unwohl, und wenn es bis Montag nicht besser ist, so wird er ernstlich krank. Dann bleibt mir der Vorsitz für den Rest der Session, doch hoffe ich nicht. Um 5 Uhr war Diner bei Scheidt, Geheimer Kommerzienrat, im Hotel Royal. Ein langes lärmendes Vergnügen mit viel Wein.

Abends, um mir Bewegung zu machen, Kegelpartie im Unionsklub bis 1/2 1 Uhr.

Unterredung mit Bismarck am 12. Juni 1869.

Nach einem Diner bei Bismarck lud dieser mich und Varnbüler ein, mit ihm in den Garten zu gehen. Bismarck brachte sofort das Gespräch auf das Konzil, das ihn ganz besonders zu interessieren scheint. Er erging sich zunächst in allgemeinen Bemerkungen und sprach seine Uebereinstimmung mit meiner Auffassung aus. Varnbüler dagegen verteidigte seinen Standpunkt, welcher darin besteht, die in Rom beabsichtigten Extravaganzen als einen Nagel zum Sarg der ultramontanen Bestrebungen anzusehen. Ich verteidigte dagegen die Ansicht, daß eine solche Hoffnung sich als trügerisch erweisen und die Beschlüsse des Konzils nicht allein die katholische Kirche schädigen, sondern auch den Staat in Gefahr bringen würden.

Nachdem Varnbüler aber sich bereit erklärt hatte, seinen Standpunkt insoweit aufzugeben, daß er sich von gemeinsamen Schritten nicht ausschließen werde, kam Bismarck auf den Vorschlag, es sollten die deutschen Staaten gemeinsame vertrauliche Schritte in Rom tun, um dort vor zu weitgehenden Maßregeln abzumahnen.[1]) Er denke sich, sagte Graf Bismarck,

---

[1]) Bismarck hatte bereits in der Depesche an Arnim vom 26. Mai 1869, in welcher dessen Antrag auf Sendung von Oratores zum Konzil abgewiesen wird, dem Gesandten geschrieben: „Seine Majestät der König haben mich ermächtigt, mit der Königlich bayrischen Regierung und eventuell mit den übrigen süddeutschen Regierungen in vertrauliche Verhandlungen zu treten und womöglich im Namen des gesamten Deutschlands, auf welches es uns zunächst hier nur ankommen kann, gemeinsame Einwirkungen auf die Kurie zu versuchen, welche ihr die Gewißheit geben würden, daß sie bei etwa beabsichtigten Ausschreitungen einem entschiedenen Widerstand der deutschen Regierungen begegnen werde." Friedrich, Geschichte des Vatikanischen Konzils, Bd. I S. 785.

die Sache so: Bayern solle an die deutschen Regierungen den betreffenden Vorschlag machen, dann würden sich die preußische und die übrigen Regierungen damit einverstanden erklären, und diese Noten könnten dann dem Bevollmächtigten, welchen Bayern in Form eines Reisenden von Distinktion nach Rom schicken müsse, als Beglaubigung dienen. Der betreffende Bevollmächtigte müsse keinen offiziellen Charakter haben, sondern zu seinem Vergnügen nach Rom reisen, dürfe aber dort über seine Qualität als offiziöser Bevollmächtigter keinen Zweifel lassen. Wer diese Person sei, müsse freilich noch überlegt werden. Wir gingen verschiedene Persönlichkeiten durch, konnten aber zurzeit niemand finden und beschlossen, daß die Frage der Person des Abzusendenden noch in suspenso bleiben solle.

Den andern Tag kam der Geheime Rat Abeken, Referent für die Konzilsachen im auswärtigen Ministerium, zu mir, und wir verabredeten die in dem anliegenden Promemoria enthaltenen Schritte.

Promemoria.

Berlin, 14. Juni 1869.

Am 13. Juni begab ich mich im Auftrage des Herrn Ministers zu dem hier anwesenden Königlich bayrischen Staatsminister und Minister des Aeußern, Herrn Fürsten von Hohenlohe, Durchlaucht, um demselben nebst andern auf das bevorstehende ökumenische Konzil bezüglichen Schriftstücken auch die unter dem 28. v. M. an den Königlichen Gesandten in München gerichtete Depesche vorzulegen. Seine Durchlaucht erklärte sich mit dem Inhalt derselben vollkommen einverstanden und fügte noch hinzu, daß er ebenso einverstanden sei mit dem in bezug auf die Form des in Rom zu tuenden Schrittes ihm mündlich gemachten Vorschlage des Grafen Bismarck, daß die vertraulichen Vorstellungen und Mahnungen durch eine von der Königlich bayrischen Regierung in vertraulicher Mission nach Rom zu entsendende Persönlichkeit gemacht werden sollten. Dieser Abgesandte würde nicht im Namen Bayerns allein, sondern im Namen aller deutschen Regierungen zu sprechen haben, deren Beteiligung an diesem Schritte durch besondere Schreiben, welche dem Abgesandten gleichsam zur Beglaubigung seines gemeinschaftlichen Auftrags dienen würden, zu konstatieren sei.

Der Königlich bayrische Herr Minister sprach seine Absicht aus, nunmehr ohne weiteres mit dem Vorschlage zu einer solchen Sendung und zur Verständigung über die Sprache, die in Rom geführt werden solle, wofür Seine Durchlaucht die in der diesseitigen Depesche vom 28. Mai angedeuteten Grundsätze billigte, sich an die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt zu wenden. Die Persönlichkeit, welche

zu der Sendung zu wählen, müsse er vorerst noch in suspenso lassen. Von der erfolgten Mitteilung an die gedachten Höfe versprach der Fürst hierher Mitteilung zu machen, damit der Vorschlag von preußischer Seite unterstützt werde. Ob Sachsen von seiten Bayerns oder von seiten Preußens aufzufordern sei, möge noch weiterer Erwägung vorbehalten bleiben.

Im Laufe der Besprechung zeigte sich Seine Durchlaucht der Fürst Hohenlohe auch dem von preußischer Seite angeregten Gedanken nicht abgeneigt, daß neben den Schritten in Rom auch an die deutschen Bischöfe vor ihrem Abgange nach dem Konzil respektive bei der ihnen dafür zu erteilenden Erlaubnis eine Kundgebung der deutschen Regierungen, und zwar ebenfalls in völliger Uebereinstimmung des Inhalts, gerichtet würde, um ihnen den Standpunkt, welchen die Regierung dem Konzil gegenüber einnehme, klarzumachen und sie vor der Teilnahme an Beschlüssen, welche in die Rechte des Staats übergriffen, zu warnen. Hierüber wollte der Königlich bayrische Herr Minister indes noch weitere Mitteilung erwarten; der nächste nach Rom hin zu tuende Schritt solle aber dadurch nicht aufgehalten werden.

Bei dem mündlichen Vortrage, welchen ich dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Bismarck noch am 12. vor seiner Abreise hierüber erstattete, erklärte sich derselbe mit der von dem Königlich bayrischen Herrn Ministerpräsidenten beabsichtigten Behandlung der Sache vollkommen einverstanden.

Abeken.

Journal.

Berlin, 19. Juni 1869.

In der gestrigen Sitzung des Zollparlaments kam der Metzsche Antrag zur Beratung, der dahin ging, den Zollbundesrat aufzufordern, Maßregeln zu ergreifen, um das gleichzeitige Tagen von Einzellandtagen mit dem Zollparlament zu verhindern. Nun ist Metz ein unverschämter, gemeiner Schreier, und der Ton des Antrags hatte mich schon lange geärgert. Ich dachte aber, es würde von irgendeiner Seite eine Modifikation kommen, und kümmerte mich nicht darum. Als ich nun in die Sitzung kam, hörte ich zu meinem Erstaunen, daß selbst die süddeutsche Fraktion keine Einwendung erheben wolle. Nun wußte ich aber zu gut, daß Metz dem Antrag eine solche Deutung geben würde, die es mir schließlich unmöglich machen würde, zuzustimmen. Da der Antrag an sich zweckmäßig war, so machte ich noch in der Sitzung eine Modifikation und zeigte sie Schrenck, Varnbüler und Simson. Alle fanden meine Fassung anständiger. Varnbüler aber, der von einer großen Eifersucht über meine Stellung im Parlament beseelt ist, riet mir ab, die Modifikation einzubringen, es sei nicht nötig, Delbrück werde schon etwas sagen u. s. w., nur weil er wußte, daß ich

mir wieder einen parlamentarischen Sukzeß erringen würde. Da ich nun unsre lieben, gemütlichen Landsleute kenne, so schwieg ich, war aber um so mehr entschlossen, meinen Antrag einzubringen. Nun kam die Diskussion. Der Referent stellte den Antrag sehr harmlos dar. Ein Hesse sprach dagegen, und nun wollte man schon schließen, worauf dann Metz nur allein noch gesprochen haben würde. Ich bat also ums Wort und motivierte kurz meinen Antrag. Darauf sprach Metz, gerade wie ich es vorausgesehen hatte, mit Ausfällen auf den süddeutschen Partikularismus, in seinem gewöhnlichen, verletzenden, marktschreierischen Ton. Da ich gesagt hatte, der Antrag verletze in der Form mein ästhetisch-diplomatisches Gefühl, so gab er mir einen kleinen Hieb, rühmte aber meine „nationale Gesinnung" und erklärte sich mit meiner Modifikation einverstanden und zog seinen Antrag zurück. So kam denn mein Antrag fast einstimmig zur Annahme. Fast alle Ultramontanen stimmten mit. Ich habe dadurch mir den Boden in München für die Rückkehr wieder smooth gemacht, ohne mir hier zu schaden. Was meine Rede anbetrifft, so hatte ich den Fehler begangen, sie vorher zu notieren, wodurch sie schlecht wurde, wie ich nachher aus den stenographischen Aufzeichnungen ersah. Der Erfolg blieb aber doch.

Nach der Sitzung fuhr ich in den Friedrichshain, den ich noch nie gesehen hatte, da er am Ende der Königstraße liegt. Eine hübsche, englische Anlage.

Abends war ich mit Karl und Kraft im Wallnertheater, um „Heydemann und Sohn" zu sehen. Ein außerordentlich amüsantes Stück. Das Wallnertheater ist das einzige, das ich besuche. Das Ballett „Fantaska" habe ich einmal gesehen. Es ist das unsinnigste Zeug, der glänzendste Blödsinn, der noch je auf dem Theater dargestellt wurde. Die Ausstattung ist prachtvoll, doch ist es schade, so viel Geld auf ein so wahnsinniges Machwerk zu verwenden. Wenn man sieht, wie solche Sachen bewundert werden, so überschleicht einen das wehmütige Gefühl, daß die Menschheit zurückgeht.

Gespräch mit Graf Bismarck.

Berlin, 23. Juni 1869.

Der preußische Minister sprach zuerst von der Beendigung des Parlaments und dessen Resultaten und von der Haltung der Parteien, er erklärte sich sehr zufrieden, daß wenigstens etwas zustande gebracht worden sei. Was die politischen Diskussionen betrifft, so habe er die Parteiführer darauf aufmerksam gemacht, daß es gegenüber der Stimmung in Süddeutschland ganz unfruchtbar sei, Fragen zu berühren, bei welchen doch nur eine süddeutsche Minderheit über die süddeutsche Mehrheit mit Hilfe der Norddeutschen den Sieg davontragen werde.

Davon abspringend, berührte er die Frage der Liquidationskommission, erklärte sein Einverständnis mit den Münchner Verabredungen und fügte bei, daß er den Antrag bei dem König von Preußen gestellt habe, diese Vereinbarungen genehmigen zu wollen; er habe nur noch den Wunsch, der ihm durch das Kriegsministerium nahegelegt worden sei, und der darin bestehe, es möchten Mitglieder der Subkommission, bayrische und preußische (oder auch andre), eine Reise nach Landau machen, um dort zu beraten, ob es nicht zweckmäßiger sei, das bewegliche Material nach Germersheim zu bringen und Landau ganz aufzugeben. Er bat mich, ich möchte die Sache in München in Anregung bringen. Auf die deutsche Frage zurückkehrend, erging sich Graf Bismarck in einer längeren Darlegung der Gründe, weshalb Preußen gar nicht daran denke, irgendwie die Selbständigkeit Bayerns oder der andern süddeutschen Staaten zu beeinträchtigen. Baden habe für Preußen keinen Wert, und das Entgegenkommen Badens könne von Preußen nicht berücksichtigt werden. Dort seien Offiziere, aber keine Soldaten — politisch gesprochen. Damit könne man nichts machen.

Die Entwicklung in Deutschland werde sehr langsam gehen, und Preußen habe noch zu viel im Norddeutschen Bund zu tun, um sich darauf einzulassen, heterogene Elemente in den Bund aufzunehmen oder mit denselben einen Bund einzugehen, der den Kristallisationsprozeß des Norddeutschen Bundes nur stören würde.

Darauf bemerkte ich, es liege in dem gegenwärtigen Zustand von Deutschland eine große Gefahr sowohl für den Norden als den Süden. Solange Frieden bleibe, habe dies nichts zu sagen, aber breche der Krieg aus, so würde man sich in Süddeutschland fragen, wozu führen wir den Krieg? Siegen wir, so werden wir nachher in den Norddeutschen Bund eintreten, werden wir besiegt, so sind wir auch verloren. Um solche Erwägungen zu beseitigen, um den Süden zu rückhaltloser freudiger Mitwirkung zu bringen, sei es notwendig, ihm die Garantie seiner Selbständigkeit n a ch dem Kriege zu verschaffen, und dies geschehe durch einen weiteren Bund nach Analogie des alten Deutschen Bundes zwischen Süddeutschland und dem Norden. Ich fragte also Graf Bismarck, ob er auch diese Verbindung als eine solche ansehe, welche die Entwicklung und Ausbildung des Norddeutschen Bundes störe. Er erwiderte eifrig, da müsse er sich nicht klar ausgedrückt haben, dieser Gedanke sei ihm fern, jede Verbindung, die wir ihm böten, werde er dankbar annehmen. Jene Befürchtungen seien aber unbegründet; erstens werde Preußen nach dem Krieg, wenn er mit Hilfe Süddeutschlands geführt werde, nicht so niederträchtig sein, seinen Bundesgenossen Bedingungen vorzuschreiben, die sie nicht annehmen könnten, und dann werde der Krieg jedenfalls für Preußen siegreich ausfallen, da Frankreich Preußen nicht gewachsen sei. Er führte das

durch Aufzählung der preußischen Truppen und durch Vergleichung mit den Franzosen weitläufig aus. Außerdem wies er auf die Allianz mit Rußland hin, widerlegte meine Einwände bezüglich einer antipreußischen Stimmung in Rußland, indem er nachwies, daß dies nur die Preßmanöver der Hietzinger Intriganten seien, welche durch Vermittlung des Großfürsten Konstantin gleichzeitig dieselben Artikel in die „Moskauer Zeitung", den „Beobachter" und die „Sächsische Zeitung" einrücken ließen.

An den Bruch der Allianzverträge seitens der süddeutschen Staaten glaube er nicht im entferntesten. Auch sei dies für Bayern viel zu gefährlich, da trotz seiner deutschen Gesinnung und seinem guten Willen im Fall des Bruchs der Allianzverträge dann eine Strömung eintreten könne, die zur Teilung Bayerns zwischen Norddeutschland und Oesterreich führen würde. Er würde dagegen sein, aber er werde es in einem solchen Falle nicht hindern können. Die Allianz Frankreichs mit Italien habe für ersteres keinen Wert, die Italiener würden nicht marschieren, wenn auch Viktor Emanuel, der durch Geld und Frauenzimmer zu allem zu bringen sei, einen Vertrag mit Frankreich abschließen wolle.

Er kam dann auf die französische Diplomatie zu reden, äußerte sich wegwerfend über Grammont und Moustier, günstig über Benedetti. Dann ging er auf die Erinnerungen von 1866 über. Hier erzählte er, der eigentliche Grund, weshalb er sich beeilt habe, den Frieden in Nikolsburg zu schließen, habe in der ungarischen Frage gelegen. Sie hätten nicht daran gedacht, die ungarische Revolution loszulassen, wenn sich Frankreich nicht eingemischt hätte. In dem Augenblick der französischen Einmischung habe man aber den Krieg mit Frankreich befürchten müssen, und deshalb habe er dann Klapka losgelassen. Nun sei aber daraus die Gefahr entstanden, diese Bewegung zu einer Ausdehnung heranwachsen zu sehen, die zu europäischen Verwicklungen geführt und namentlich Rußland beunruhigt haben würde. Die Befürchtung, den Krieg so große Dimensionen annehmen zu sehen, die Rücksicht auf die Gefahren, welchen die preußische Armee durch Cholera und Fieber ausgesetzt gewesen, hätten ihn veranlaßt, in Nikolsburg entschieden auf Frieden zu dringen, selbst mit Anbieten seiner Entlassung.

„Man glaubt immer," sagte er, „ich hätte damals nur in Triumphen geschwommen, und ich kann Sie versichern, daß ich nie eine schrecklichere Zeit durchgemacht habe. Alle im Hauptquartier sahen mich wie einen Verräter an, und wenn ich an den hohen Fenstern des Schlosses stand, so dachte ich oft: ‚Tust du nicht am Ende besser, wenn du da hinunterspringst?' Ich habe oft im Konseil solche Szenen gehabt, daß ich aufsprang, hinauslief, die Türe zuwarf, mich aufs Bett legte und wie ein Schloßhund heulte."

Von der Bundesverfassung sprechend, sagte er, mit dem König von Sachsen hätte man einen Bundesvertrag schließen können, das sei ein vernünftiger, gewissenhafter Mann von deutscher Gesinnung. Mit dem König von Hannover sei dies nicht möglich gewesen, deshalb habe man Hannover annektieren müssen.

Schließlich fragte ich ihn noch über mein Projekt eines weiteren Bundes. Er erklärte, auf Verhandlungen eingehen zu wollen, doch möchte ich dies direkt mit ihm tun. (Ich bemerke, daß ich besonders betont hatte, daß es sich nur von einem Staatenbund wie in der alten Bundesverfassung handle, ohne Parlament.) Auch möchte ich ihm eigenhändig schreiben, wie er mir eigenhändig antworten werde. Natürlich sollte dies nur eine vorläufige unverbindliche Korrespondenz sein, was nicht ausschließt, daß wir die Korrespondenz als eine sehr ernste und vorsichtig zu behandelnde Sache zu betrachten haben. Das Resultat des Gesprächs ist, Bismarck will zurzeit nichts von Süddeutschland, er glaubt nicht an den Krieg mit Frankreich, er ist aber im Fall des Krieges ebenso wie Moltke überzeugt, daß Preußen siegen wird, und er wird Bayern zu vernichten trachten, wenn es den Allianzvertrag nicht hält.

Berlin, 23. Juni 1869.

Mit Roggenbach das Verfassungsprojekt besprochen. Er sagt, die nationalliberale Partei und Preußen überhaupt sehe in einem solchen Projekt nur eine Desorganisation des bisher bestehenden Zustands. Sie wollen alles oder nichts. Keine gemeinschaftliche Gesetzgebungsarbeit, sagt man hier, ohne Unterordnung unter die Gewalt des Bundes.

Baden werde nicht zustimmen wegen der Furcht, majorisiert zu werden.

Er rät: kein Parlament, weder süddeutsches noch norddeutsches, Zurückkommen auf das frühere Projekt: Staatenbund, gemeinschaftliche Militärangelegenheiten, Analogie des alten Bundes. Keine weiteren Konzessionen an die süddeutschen Nationalliberalen.

München, 3. Juli 1869.

Gestern erhielt ich um 12 1/2 Uhr Mittags ein Telegramm von Lipowsky, welches mir mitteilte, daß der König mich und Schlör in Berg zu sehen wünsche zwischen 2 und 3 Uhr. Der Wagen, hieß es am Schluß, werde uns in der Wohnung abholen. Zuerst dachte ich, daß der Nachsatz ein Irrtum sei, es fand sich aber wirklich ein Wagen ein, der uns durch den Fürstenrieder Park nach Berg brachte. Wir kamen dort nach 3 Uhr an. Der König empfing mich zuerst. Er gab mir, was er selten tut, die Hand und war sehr liebenswürdig. Ich sprach ihm zuerst von meinem Bericht über das Gespräch mit Bismarck und führte die Gründe, weshalb jetzt an eine weitere Bedrohung Bayerns durch Preußen nicht zu denken

sei, weiter aus. Der König ist immer voll Mißtrauen, was in seinem äußerst skeptischen Wesen begründet ist. Den Allianzvertrag, behauptete er, könnten wir jeden Augenblick lösen, es sei darin ein Passus, der uns dies ermögliche, was ich natürlich bestreiten mußte, wogegen ich zugab, daß man jeden Vertrag kündigen kann, wenn man es in seinem Interesse findet. Dies aber sei hier nicht der Fall. Ich führte die Gefahr aus, die uns das bringen würde. Besser sei es, ein Bündnis nach Art des Deutschen Bundes mit Preußen abzuschließen. Dagegen seien zwar die Minister, die behaupteten, daß ein solches Bündnis den Fortschrittlern zu wenig und den Ultramontanen zu viel sei. Der König erwiderte sehr treffend, das sei gleichgültig, auf die öffentliche Meinung dürfe man nicht zu viel geben. Auch begreife er nicht, was die Minister damit zu tun hätten. „Sie sind ja Minister des Aeußern, die andern geht das gar nichts an."

Ich erwiderte, daß die auswärtige Politik auf die Lage des ganzen Ministeriums so viel Einfluß habe, daß man es den Ministern nicht übelnehmen könne, wenn sie wissen wollen, was ich tue. Dazu kommt, daß der König den andern Ministern sein Erstaunen ausspricht, wenn sie nichts von dem wissen, was im Ministerium des Aeußern geschieht, wodurch diese Herren natürlich gegen mich aufgehetzt werden. Das ist so die Natur des Königs, die Leute hintereinander zu hetzen. Ich kann das nur durch die größte Ehrlichkeit und Offenheit konterkarieren. In bezug auf das Konzil machte ich einen kurzen Vortrag über die gegenwärtige Lage. Der König fand wieder sehr richtig den Kern der Sache, indem er bemerkte, daß das Recht der Staaten der Kirche gegenüber auf den Konkordaten beruhe und diese durch einseitiges Vorgehen der Kirche verletzt würden. Wir kamen dann auf die Todesstrafe. Der König erwähnte, es habe ihn vielfach beschäftigt, daß ich ihm in der letzten Unterredung gesagt hätte, ich sei ein Gegner der Todesstrafe. Wir besprachen weitläufig die bekannten Gründe für und gegen.[1]) Endlich machte er mich noch auf die Aquarelle aufmerksam, die er in seinem Zimmer hatte, und entließ mich dann. Schlör wurde dann gerufen, und als er wiederkam, aßen wir mit Sauer zu Mittag und fuhren nach Starnberg, wo wir den Bahnzug nach München bestiegen und um $1/2$ 9 Uhr nach Hause kamen.

Der König war wie immer sehr scharfsinnig in seinen Fragen und Antworten. Es ist schade, daß seine Fähigkeiten so brach liegen und er

---

[1]) Die Kammer der Abgeordneten hatte am 22. März 1867 in namentlicher Abstimmung mit 87 gegen 44 Stimmen einen Antrag angenommen, „daß dem gegenwärtig versammelten Landtage ein Gesetzentwurf über die Abschaffung der Todesstrafe vorgelegt werde".

sich mehr und mehr auf die schlechte Gesellschaft des Bereiters Hornig beschränkt. Gestern Abend wollte er noch nach der Riß fahren, wahrscheinlich um der Ankunft des Kaisers von Oesterreich zu entgehen.

Die Kommission zur „Auseinandersetzung des vormaligen beweglichen Bundeseigentums" war am 4. April 1869 zusammengetreten. Die endgültigen Vereinbarungen enthält das Protokoll der neunten Sitzung vom 6. Juli 1869. Dieses Protokoll bestimmt:[1])

1. Eine Teilung des gemeinsamen Materials der vormaligen Bundesfestungen Mainz, Ulm, Rastatt, Landau wird zurzeit nicht beschlossen. Dieses Material verbleibt im gemeinschaftlichen Eigentum der auf der Konferenz vertretenen Staaten und wird „im Interesse des allgemeinen deutschen Verteidigungssystems verwaltet, erhalten und ergänzt".

2. Das Material in Ulm, Rastatt, Landau wird durch die Territorialregierungen, das in Mainz durch den Norddeutschen Bund verwaltet.

3. Die Kosten der Unterhaltung und Ergänzung tragen die Staaten, welche die Verwaltung übernehmen.

4. Alljährlich im Monat September findet eine Inspizierung statt durch besondere Kommissionen, deren Zusammensetzung für die verschiedenen Festungen bestimmt ist, und zwar so, daß in jeder Kommission Preußen und der Norddeutsche Bund und die süddeutsche Festungskommission neben der Territorialregierung vertreten sind.

5. Der Umfang der Inspektion und der Geschäftsgang der Kommissionen ist bestimmt.

6. Der preußische Militärbevollmächtigte am Sitze der süddeutschen Festungskommission wird von den Ergebnissen der Verhandlungen der letzteren, soweit sie das bewegliche Eigentum betreffen, fortlaufend unterrichtet. Bei Beratungen der Festungskommission, welche wesentliche Aenderungen der Substanz des Festungsmaterials betreffen, wird er zugezogen.

7. Bei denjenigen Fragen, welche sich auf die Wahrung des Zusammenhangs des Defensivsystems zwischen Norddeutschland und Süddeutschland beziehen, und in solchen Angelegenheiten, welche von wesentlichem Einflusse auf das gesamte deutsche Verteidigungssystem sind, werden die süddeutschen Regierungen vor Erledigung solcher Gegenstände die Ansichten des Norddeutschen Bundes in der Regel durch Vermittlung des Militärbevollmächtigten hören, und wenn sie den Vorschlägen des Norddeutschen Bundes nicht Folge geben, dem Norddeutschen Bunde die Gründe mitteilen.

---

[1]) Abgedruckt in Hirths Annalen des Deutschen Reichs, 1872, S. 1579.

An den bayrischen Gesandten Baron Perglas in Berlin.

München, 12. Juli 1869.

Euer Hochwohlgeboren haben in Ihrem Bericht vom 8. d. M., welchen ich Seiner Majestät vorgelegt habe, Ihre Anschauungen über die Haltung der preußischen Regierung gegenüber dem Konzil in einer Weise dargelegt, die eine Kritik der Schritte der bayrischen Regierung deutlich erkennen läßt. Ich glaubte in der ganzen Sache Euer Hochwohlgeboren bisher stets mit voller Bereitwilligkeit Auskunft über die Motive gegeben zu haben, welche mich veranlaßten, die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Jene Kritik läßt mich aber ersehen, daß ich mich nicht deutlich genug ausgesprochen haben muß, da Sie von der Ansicht auszugehen scheinen, als habe die bayrische Regierung ohne Rücksicht auf ihre katholische Bevölkerung und ohne sich der Stütze bewußt zu sein, welche diese Bevölkerung der Macht und Selbständigkeit der Krone bietet, unbedacht die Frage angeregt und damit die Sympathien eines Teils des Landes verscherzt. Wenn überhaupt zugegeben wird, und darüber dürfte kein Zweifel bestehen, daß die weltlichen Regierungen es sich selbst schuldig sind, nicht unvorbereitet das Konzil an sich herankommen zu lassen, so mußte eine Regierung die Initiative ergreifen. Es braucht aber keiner machiavellistischen Suppositionen, um einzusehen, daß die preußische Regierung als eine akatholische nicht in der Lage war, den ersten Schritt zu tun. Er würde nicht allein ihre Stellung gegenüber den katholischen Untertanen erschwert haben, sondern auch als ein unberechtigter bezeichnet worden sein. Das gleiche gilt von Württemberg und Baden. Oesterreich hatte seine eignen Gründe, ein doppeltes Spiel zu spielen.

So blieb von den deutschen Regierungen nur Bayern. Gerade aber um Konflikte zu vermeiden, die das bevorstehende Konzil, wenn es die angekündigten Beschlüsse faßt, mit sich bringen würde, gerade um den Frieden zwischen der Staatsregierung und der katholischen Bevölkerung nicht noch mehr gefährden zu lassen, mußte die bayrische Regierung darauf denken, wie jenen extremen Beschlüssen entgegenzuarbeiten sei. Daß eine einzelne Regierung in Rom nichts ausrichten werde, war klar. Nur vereinigte Maßregeln aller oder mehrerer Regierungen können dort Eindruck machen, und um diese herbeizuführen, war eine Mitteilung an die Regierungen der andern beteiligten Staaten nötig.

Die bayrische Regierung hat damit zwar die Sympathien des Jesuitenordens verscherzt, wenn sie diese überhaupt je gehabt hat, sie hat aber die Zustimmung aller guten Katholiken erworben, die nicht unter dem Einfluß jenes Ordens stehen, und sie glaubt in keiner Weise ein Aergernis bereitet zu haben. Auch kann sie hoffen, jene religiösen Konflikte entfernt zu haben, welche für die Stellung Bayerns und für das Heil der Kirche selbst verderblich werden könnten.

Aus einem Bericht an den König vom 14. Juli 1869.

. . . Sämtliche Regierungen stimmen darin überein, daß dem Konzil auf dem religiösen Gebiete die vollständigste Freiheit der Entscheidung gewahrt bleiben, daß dagegen ebenso entschieden jedes Herübergreifen dieser geistlichen Versammlung in das Gebiet des Staats abgewehrt werden müsse, und daß Konziliarbeschlüsse von der Beschaffenheit, wie sie der Unterzeichnete vorhersieht, die höchste Gefahr für den religiösen Frieden und für die Ruhe des sozialen Lebens mit sich bringen werden.

Dagegen besteht darüber eine Differenz, ob schon jetzt Schritte, um derartige Beschlüsse zu verhindern, geschehen sollen oder ob man zuwarten soll, bis derartige Beschlüsse gefaßt seien. Wenn die Motive, welche für die letztere Alternative angeführt werden, wirklich die richtigen wären, wenn es nämlich wirklich, wie namentlich österreichischerseits hervorgehoben wird, unglaublich wäre, daß die Mehrheit der Bischöfe sich zu solchen extremen Entscheidungen hinreißen lassen werde, so ließe sich allerdings gegen ein Zuwarten nicht viel einwenden. Allein die von dem treugehorsamst Unterzeichneten gehegte Besorgnis ist nach allen Informationen eine wohlbegründete, und der treugehorsamst Unterzeichnete kann sich der Meinung nicht entschlagen, daß auch jene Staaten, welche diese Besorgnis nicht zu hegen vorgeben, in Wirklichkeit nicht von diesen Motiven, sondern von andern geleitet werden, insbesondere von einer gewissen Eifersucht auf die Initiative Bayerns, dann wohl auch, weil es im Interesse mancher Staaten gelegen scheint, wenn namentlich Bayern noch tiefer in die Kämpfe mit der ultramontanen Partei verwickelt und dadurch in seiner politischen Aktion nach außen gelähmt wird.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt daher, daß, ungeachtet dieser gegen seine Maßregel von einzelnen Staaten versuchten politischen Diversion, dennoch auf dem betretenen Wege vorgegangen werden sollte, jedoch mit um so größerer Vorsicht und Delikatesse . . . Es erscheint jetzt als wünschenswert, daß durch einen zuverlässigen und seiner Persönlichkeit wie seinem sozialen Stande nach passenden Bevollmächtigten der deutschen Staaten in Rom die nötigen Schritte geschehen, um einen näheren Aufschluß über die beabsichtigten Maßregeln zu erlangen und um nochmals auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche für den religiösen Frieden und die Kirche selbst aus den Beschlüssen des Konzils hervorgehen müßten, die in die Rechtssphäre des Staats übergreifen würden.

Marginalreskript des Königs:

Die bisherigen Verhandlungen haben die Schwierigkeiten nachgewiesen, die Regierungen zu einem gemeinsamen präventiven Vorgehen in der Konzilfrage zu bestimmen, aber dazu gedient, die Aufmerksamkeit zu schärfen

und somit ihren Zweck teilweise erfüllt. Die Abordnung eines Agenten ohne Kreditiv, jedoch mit der Bestimmung, im Namen sämtlicher deutschen Regierungen zu sprechen, scheint mir gegenüber der bisherigen Ablehnung gemeinschaftlichen Handelns und der verschiedenen Stellung der verschiedenen Regierungen nicht recht ausführbar und im Erfolge zweifelhaft. Halten Sie aber dafür, daß Verfassung und Gesetze Mittel zur Abwehr ausreichend nicht in die Hand geben und daß daher Ihre Sorge für volle Sicherung meines königlichen Oberaufsichtsrechtes und der staatlichen Interessen nebiges Mittel nicht umgehen läßt, so will ich nicht hindern, daß Sie es anwenden, verfüge jedoch in diesem Falle, daß Sie mir hierüber Bericht erstatten und über die Person des Abgeordneten gutachtlichen Vorschlag machen.

Hohenschwangau, 31. Juli 1869.

Ludwig.

An den Grafen Bismarck.

München, 5. August 1869.

Eure Exzellenz haben die Güte gehabt, mit Baron Varnbüler und mir über die in Konzilsangelegenheiten zu ergreifenden weiteren Maßregeln sich zu besprechen, und es wurde damals als das zweckmäßigste anerkannt, einen gemeinsamen Bevollmächtigten in vertraulicher Mission nach Rom zu senden, um auf die Entschließungen, welche dort gefaßt werden, in mäßigender Weise einzuwirken. Wie ich mich seither überzeugt habe, wird diese Maßregel insolange nicht auf die Zustimmung der sämtlichen deutschen Regierungen rechnen können, als nicht zugleich mit dem Vorschlage auch die Persönlichkeit benannt werden kann, welcher die ebenso schwierige als delikate Mission übertragen werden sollte. Eine solche Persönlichkeit zu finden ist mir bisher nicht gelungen. Ich wollte die Gründe, weshalb ich in der besprochenen Angelegenheit noch nicht weiter vorgegangen bin, Eurer Exzellenz nicht länger vorenthalten, behalte mir aber weitere Mitteilung vor, sobald es mir gelungen sein wird, einen Vertreter zu finden, dessen allseitige Akzeptation gehofft werden kann.

Graf Bismarck an den Fürsten Hohenlohe.

Varzin, 11. August 1869.

Eurer Durchlaucht danke ich verbindlichst für die gefällige Mitteilung vom 5. d. M., welche mir verspätet über Berlin zugegangen ist. Von seiten der diesseitigen Regierung bitte ich das Einverständnis mit der Wahl jeder Persönlichkeit, welche der Königlich bayrischen für den beabsichtigten Zweck geeignet erscheinen wird, vorauszusetzen. Eurer Durchlaucht wird es zur Genugtuung gereichen, daß schon jetzt die Besprechungen

der deutschen Regierungen untereinander, wie sie auf die von Bayern ergangene Anregung stattgefunden, in Rom im Sinne der Vorsicht und des Friedens nicht ohne Wirkung geblieben sind. Es gibt dort eine Partei, welche mit bewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europas zu stören bestrebt ist, in der fanatischen Ueberzeugung, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Erfahrungen von 1848 und auf die psychologische Wahrheit fußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht, als die irdisch befriedigte. Der Papst indessen soll angesichts des Widerstands, der sich in Deutschland ankündigt, bedenklicher und dem Einflusse jener Partei weniger zugänglich geworden sein.

Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Uebergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohltat, die den geistlichen wie den weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn der Konflikt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt. Auf unser Episkopat hat das Kultministerium sich bemüht in vertraulichem Wege vorbeugend einzuwirken.

Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser, und wenn ich mich auch von den Landtagsverhandlungen nach Möglichkeit fernhalte, so hoffe ich doch für den Norddeutschen Bund zu Anfang des Jahres vollkommen geschäftsbereit zu sein.

Genehmigen Sie den Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu sein

Eurer Durchlaucht
gehorsamster Diener
von Bismarck.

Journal.[1])

Warschau, 10. August 1869.

Gestern früh fuhr ich über Pilchowitz nach Gleiwitz, um von da nach Warschau zu reisen. In Kattowitz bestiegen wir den polnischen Zug, auf dem schon Polnisch sprechende Kondukteure waren. In Sosnowize wurde das Gepäck revidiert, da aber der Marschall Berg dorthin Befehle erteilt hatte, so wurden wir ohne Revision durchgelassen. Der Zug war sehr besetzt, doch ließ man uns allein. Ich las die ganze Zeit den „General

---

[1]) Von einer Reise nach den Wittgensteinschen Gütern.

Leberecht von Knopf", fand aber die Lektüre etwas ermüdend, wie alle gar zu lang ausgesponnenen Satiren. In Warschau empfing uns ein Adjutant des Feldmarschalls, der mich in einer kaiserlichen Equipage in das Hotel Viktoria geleitete, und zwar durch den erleuchteten Salon der kaiserlichen Familie, wo auch der Oberpolizeimeister, ein General in großer Uniform, mir vorgestellt wurde. Das Publikum wurde mir zulieb auf die Seite gepufft, und ich ward wie ein gekröntes Haupt angestaunt. Nach einem kleinen Souper ging ich um 11 Uhr zu Bett. Heute machte ich früh einen Spaziergang in dem schönen Jardin de Saxe, und nach dem Frühstück fuhr ich, dem Feldmarschall Berg einen Besuch zu machen. Er empfing mich sehr freundlich, führte mich in sein Kabinett, d. h. einen großen Salon mit Säulen, wo er mir während $1^1/_2$ Stunden über hohe Politik sprach. Er ging davon aus, daß die Ruhe in Europa nur erhalten und die Möglichkeit einer Entwaffnung nur dann geschaffen werden könne, wenn Oesterreich, Rußland und das übrige Deutschland einig wären. Diese Entente sei aber sehr schwer herzustellen. Er erklärte mir nun die Gründe, wodurch Oesterreich und Rußland einander feind geworden seien. Um dies zu tun, ging er zurück auf die Geschichte von 1840 bis 1854. Der erste Grund sei Krakau. Er erzählte, wie er die Beseitigung der Republik Krakau in Berlin durchgesetzt habe.[1]) Damals, als der Vertrag zwischen ihm, Canitz und Ficquelmont in Berlin unterzeichnet wurde, habe er vorgeschlagen, Oesterreich die Bedingung aufzuerlegen, das Salz von Wieliczka zu einem bestimmten Preis an Rußland abzugeben und sich zu verpflichten, Krakau nicht zu befestigen. Kaiser Nikolaus habe dies nicht genehmigt. Bald darauf habe Oesterreich Krakau befestigt, und dies habe Kaiser Nikolaus verletzt.

Im Jahre 1849, als der ungarische Krieg schlecht ging, habe der Kaiser von Oesterreich den Kaiser von Rußland um Hilfe gebeten. Berg wurde damals nach Wien abgeschickt, um die Vorbereitungen zum Krieg zu treffen. Er erzählte nun, wie er nach Brünn zum Kaiser von Oesterreich, nach Wien zu Schwarzenberg und nach Preßburg gefahren sei. Alles wurde schnell und freundschaftlich verabredet. Der Kaiser von Rußland kam nach Warschau, dort besuchte ihn der Kaiser von Oesterreich. Alles war abgemacht bis auf den Oberbefehl. Der Kaiser Nikolaus wünschte, daß Paskiewitsch den Oberbefehl haben solle, weil er den Ehrgeiz Paskiewitschs kannte. Allein Kaiser Franz Josef erklärte, daß sich dies mit seiner Ehre nicht vereinigen lasse, da es sich um einen Krieg gegen seine Untertanen handle. „Plutôt périr qu'agir contre mon honneur!“ habe er gesagt, worauf ihn Kaiser Nikolaus umarmt hätte.

---

[1]) Treitschke, Deutsche Gedichte, Bd. V S. 546.

Nun aber wurde Paskiewitsch tückisch und boshaft und tat alles, um die Kampagne schlecht zu führen, wodurch er nichts andres erreichte, als dem österreichischen General mehr Vorteil zuzuwenden.

Der dritte Grund der Szission kam dann noch dazu während des Krimkriegs, wo Oesterreich eine Armee in Galizien aufstellte, was den Russen den größten Schaden brachte. Da entbrannte denn die Abneigung gegen Oesterreich auch im russischen Volk.

Graf Berg scheint ein Anhänger der alten nordischen Allianz. Er wünscht dieselbe wiederhergestellt zu sehen, beklagt, daß Gortschakow die Avancen, die Beust in Petersburg gemacht, zurückgewiesen habe, und hofft, daß es doch noch gelingen werde, auf eine Politik zurückzukommen, die Europa den Frieden erhalten werde. Nur wenn Rußland, Oesterreich und Preußen zusammengingen, würde Frankreich ruhig sein, und England sich den drei alliierten Mächten anschließen. Heute Nachmittag will er mir die Politik der russischen Regierung gegenüber der katholischen Kirche auseinandersetzen.

Graf Berg kam um 4 Uhr zu mir, um sein politisches Gespräch weiter fortzusetzen. Er erzählte mir den ganzen polnischen Aufstand von 1863. Die Polen würden nicht angefangen haben, wenn sie nicht von Frankreich und England das Versprechen erhalten hätten, sie zu unterstützen. Daraufhin wurde die ganze Insurrektion von den Chefs der Bewegung eingeleitet. Er berührte dann die Periode des Ministers Wielopolski, der auch von seinen eignen Leuten betrogen wurde, und kam dann auf die Zeit, wo er selbst die Verwaltung zu führen hatte. Die ganze Polizei war in den Händen von Polen. Er nahm deshalb 60 Offiziere und 3000 Soldaten und schaffte sich damit eine Polizei für einige Wochen. Dreimal gelang es ihm, die geheime Nationalregierung aufzuheben und zu verurteilen und dreimal kamen wieder neue. Bis beim dritten Male die Polen die Sache aufgaben.

Bei den Untersuchungen, welche hierauf folgten, fand sich, daß der Klerus wesentlich kompromittiert war. Es konnte daher nicht vermieden werden, einzelne Geistliche zu entfernen. Die Bischöfe waren im allgemeinen gut. Nachdem der Erzbischof Fialkowski von Warschau gestorben war, wurde auf Empfehlung der Frau von Meggendorf ein in Petersburg beschäftigter junger Geistlicher zum Erzbischof gemacht, er hieß Felinsky. Dieser war aber, wie man erst später erfuhr, bei Mieroslawski gewesen, hatte Barrikaden gebaut und war wegen einer unglücklichen Liebe in den geistlichen Stand getreten. Dieser machte nun auch den Revolutionsschwindel mit, bis man ihn wegschickte.

Von Lubienski erzählte er, daß er anfangs ganz vernünftig gewesen, später aber plötzlich umgeschlagen sei. Er stand in Korrespondenz mit

Ledochowski und Chigi, die ihn aufhetzten. Er starb auf der Reise, weil er zuviel Obst gegessen, sich einen Ruhranfall zugezogen hatte und diesen durch starken Wein kurieren wollte.

Nachdem er mir dies und vieles andre erzählt hatte, fuhr mich Graf Berg in seinem offenen Wagen, von Tscherkessen begleitet, nach dem Schloß Lazienki, wo uns seine Schwägerin und seine Nichte erwarteten. Es war noch der Chef des Generalstabs von Minkwitz da und ein andrer General sowie ein junger Graf Berg, der Neffe des Generals. Das Diner fand in einem sehr schönen Saal statt, und nach Tisch tranken wir auf einem Balkon, von dem man die Aussicht auf den Garten hat, Kaffee. Es war leider etwas kühl. Bei warmem Wetter muß der Aufenthalt in dem von Teichen und Gartenanlagen umgebenen Schlosse sehr angenehm sein.

Heute den 11. August fuhren wir mit dem Zug um 10 Uhr nach Biala, wo wir um 3 Uhr ankamen.

Biala, 13. August 1869.

Der heutige Tag war bestimmt zum Besuch des Guts Olszyn. Es ist einige Meilen von hier entfernt. Wir fuhren um 8 Uhr weg. Der Weg geht durch Felder, wo Hafer geschnitten wurde, und durch den Wald. Alles fremde Güter. Eine halbe Stunde von Olszyn kamen wir in den eignen Wald, etwa tausend Morgen, meistens kleine Eichen und Buchen, ohne Wert hierzulande. Olszyn ist ein trauriger Ort. Der Boden ist aber nicht schlecht. Dort empfing uns der Pächter Herr Gerlicz, der früher ein bedeutendes Vermögen und eignen Besitz hatte, das aber alles durchgebracht hat und nun Pächter ist. Im Salon hingen einige Oelbilder, die er gemalt hat. Auffallend war eine heilige Magdalena, ein sehr dekolletiertes Frauenzimmer mit einem roten Schurz, welches vor einem Tisch kniet, auf dem ein von innen beleuchteter Totenkopf liegt, der die Formen der Heiligen erleuchtet. Nachdem wir die Gebäude besehen, eine Bauerndeputation angehört und den Obstgarten bewundert hatten, betrachteten wir die Photographien der Verwandtschaft im Salon und ich unterhielt mich mit Madame Gerlicz, einer blonden feinen Polin, für die Oberst Devel, der Landrat des Kreises, schwärmt. Er war auch anwesend. Herr Gerlicz und Oberst Devel hatten sich Arm in Arm photographieren lassen, und das Bild hängt im Kabinett der Madame Gerlicz. Wir mußten dann das pflichtmäßige Diner essen und schließlich eine große Produktion der Madame Gerlicz auf dem Flügel mitanhören. Gerlicz sagte: „Ma femme, elle est artiste." Es war von Chopin, und sie spielte mit großer Fertigkeit. Als wir um 5 Uhr nach Hause kamen, waren schon die beiden jungen Grafen Berg angekommen, die Neffen des Marschalls, die morgen mit uns jagen sollen.

14. August.

Heute Jagd. Um $8^1/_2$ Uhr fuhren wir von Biala weg. Ich mit einem der jungen Berg, die andern folgten. Auf einem Hügel an der Eisenbahn fand sich die Jagdgesellschaft zusammen. Der Oberst Devel in Uniform, sein Adjutant, ein Major von der Gendarmerie, ein Ablösungskommissär und verschiedene andre Tschinowniks. Wir hofften Wölfe zu schießen, das Wetter war schön, und wir glaubten, daß es nicht fehlen könne. Aber wir jagten den ganzen Tag ohne Resultat. Die verschiedenen Sonntagsschützen, die statt Jagdtaschen alte Geldtaschen umhängen hatten, freuten sich eines reichhaltigen Frühstücks und wurden Abends zu einem großen Diner eingeladen, das von 8 bis 11 Uhr dauerte. Mir tat der Spaziergang im Wald sehr wohl. Die jungen Grafen Berg sind sehr wohlerzogene nette Leute, mit denen ich mich befreundete. Der eine war in Ischl, um Gemsen zu jagen, was ihm natürlich nicht gelang. Ich proponierte ihm, nächstes Jahr zu uns zu kommen.

16. August.

Abfahrt um 8 Uhr nach Domaczew zur Jagd. Wir fuhren am Bug her, dann durch den Fluß nach dem Dorf Domaczew. Von da nach dem Wald führt der Weg durch eine desolate Sandwüste. Ich habe selten etwas Traurigeres gesehen, dazu der graue Himmel mit schweren Regenwolken, die sich auch bald zu entladen begannen. In einem Dorf am Wald war die „Oblawa", die Treiber, etwa zweihundert an der Zahl, in den malerischsten Kostümen. Die Frauen in braunen Röcken, mit sonderbaren roten oder weißen Mützen auf dem Kopf. Die Männer auch in Braun und mit Sandalen von Birkenrinde. Die Jagd war wenig ergiebig. Der eine Graf Berg schoß einen Wolf, wir sahen nichts. Der Regen wurde immer stärker, und wir kamen ziemlich naß zu dem Wagen.

17. August.

Fahrt durch die Wälder von Kuzawka nach Januwka; hier waren gegen vierhundert Bauern zur Oblawa versammelt. Alle mit ihren braunen Röcken, roten Schärpen und Strohhüten, auch Juden waren aufgeboten. Man sah verschiedene Judenbuben mit langen Stecken, um sich gegen die Wölfe zu verteidigen. Großes Geschrei, bis die Oblawa in Bewegung gesetzt wurde. Dann gingen wir auf die Stände. Ich bekam einen Platz an einer schmalen Waldwiese. Lange hörte man nichts. Endlich gingen die Treiber, dann plötzlich fielen rechts und links einige Schüsse. Ich sah weit auf der Wiese zwei Wölfe und dachte schon, daß alles vorbei sei, da kam plötzlich ein großer weißlichgelber Wolf in vollem Lauf über die Wiese gegen mich. Ich schoß. Er stürzte, raffte sich wieder auf und

verschwand. Ich lief nach, sah ihn noch einmal, wollte wieder schießen, da versagte das Gewehr. Nun glaubte ich schon, er sei schlecht geschossen. Nach dem Treiben fand er sich aber wenige Schritte hinter mir verendet. Große Freude und Aufregung. Alle andern Wölfe, deren es sieben waren, wurden gefehlt. Nur zwei Rehe und einige Hasen waren geschossen. Nach einem zweiten Treiben, bei welchem ich einen Fuchs schoß, verließ ich die Jagd, um nach Holiszow zu fahren.

20. August 1869.

Um $11^1/_2$ Uhr fuhren wir von Biala ab und kamen um $^1/_2 6$ Uhr in Warschau an. Die beiden jungen Bergs erwarteten mich mit der Equipage ihres Onkels und fuhren mich ins Hotel. Nach dem Essen kam Graf Berg und lud mich für morgen zum Diner ein. Er brachte mir ein ganzes Paket der von seiner diplomatischen Kanzlei jeden Tag gemachten Zeitungsberichte, aus welchen ich mich über den Stand der Politik unterrichten konnte. Der alte Marschall hat eine rührende Zärtlichkeit für seine Neffen und Adoptivsöhne. Er spricht gern von ihnen und ist glücklich, daß ich ihnen die Freude machen will, sie zur Gemsjagd einzuladen. Graf Berg ist überhaupt ein sehr guter Mann, der seine schwierige Stellung mit großem Takt und aller nur irgend möglichen Rücksicht ausfüllt. Jeden Tag wird es mir aber deutlicher, daß zwischen Polen und Russen kein Friede möglich ist. Die Antipathie liegt in den Rassen. Der Russe ist energisch, rücksichtslos, gefühllos und dabei klug. Der Pole leidenschaftlich, feinfühlend, leicht verletzt und nicht ausdauernd. „Le Français du Nord“, wie er sich gern nennt. Die Unterdrückung der einen Rasse durch die andre tritt überall zutage. Der Haß wird dadurch stets von neuem angefacht. Man glaubt in Rußland zu sein, wenn man über die Grenze bei Sosnowize fährt, und doch ist man in einem durchaus antirussischen Lande, dessen Bewohner nur so lange russisch bleiben, als sie durch die russischen Soldaten, Beamten und Priester unterdrückt werden. Jetzt setzen sie ihre Hoffnung auf Oesterreich und auf eine angeblich bevorstehende Revolution in Rußland. Ich glaube, sie täuschen sich. Der russische Koloß liegt wie ein Alp auf Polen, und ich zweifle, daß sie ihn je dauernd werden abschütteln können.

Wien, 25. August 1869.

Nach zweitägigem Aufenthalt in Rauden heute früh in Wien angekommen. Besuch um 3 Uhr bei Graf Beust. Er war sehr liebenswürdig und zuvorkommend wie immer. Erzählte zunächst von seinem Zeitungskrieg mit Preußen,[1]) hoffte, daß nun alles vorüber sein werde,

[1]) Veranlaßt durch die Depesche des Herrn von Thile vom 4. August, welche gegen Aeußerungen Beusts in den Delegationen Verwahrung einlegte.

hob aber hervor, daß es sehr schwer sei, jede Verstimmung zu vermeiden. Die Aeußerungen in den Delegationen seien in Berlin falsch aufgefaßt worden. Im allgemeinen von dem Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich sprechend, meinte er, und das habe er auch Werthern oft gesagt, daß eine Verständigung nur dann möglich sei, wenn Oesterreich sich entschlösse, Preußen in Deutschland freie Hand zu lassen, dann werde Preußen sofort davon profitieren, damit verliere Oesterreich aber die freundliche Stimmung Frankreichs, und die russisch-französische Allianz sei die Folge davon. Damit würden die Interessen Oesterreichs im Orient aufs schwerste bedroht, und Oesterreich sei schließlich doch nicht sicher, ob ihm die Allianz Preußens gegenüber von Rußland den Ersatz für die freundschaftlichen Gesinnungen Frankreichs biete. So folge aus einem Schritt ein zweiter, und man müsse die ganze Reihenfolge im Auge behalten. Ich hob hervor, daß ich gerade deshalb, weil ich für Oesterreich eine dauernde Stellung innerhalb einer Vereinigung von Oesterreich, Preußen und Süddeutschland wünschte, auf die verschiedenen Projekte gekommen sei, denn dazu nötige uns ja auch das eigne Interesse, welches die Verständigung Oesterreichs und Preußens auf unsre Kosten durchaus nicht wünschen lasse.

Beust erinnerte, daß er ebendeshalb auch den süddeutschen Bund (ohne Oesterreich) als eine Garantie des Friedens ansehe, worauf ich ihm bemerkte, daß der süddeutsche Bund an der Eifersucht Württembergs das größte Hindernis finde, ein Hindernis, welches eben nur durch Mittel beseitigt werden könnte, welche ich als zu abenteuerlich dem Könige nicht vorschlagen könne. (Adoptierung des Programms der süddeutschen Demokratie.)

Nach diesen und ähnlichen Gesprächen empfahl ich mich. Noch muß ich bemerken, daß auch das Konzil zur Sprache kam. Ich machte Beust darauf aufmerksam, daß über die Pläne in Rom nicht zu zweifeln sei, erwähnte Manning, die „Civiltà" u. s. w. Er gab das zu, erwähnte aber, daß man sich gedulden müsse. Er hoffe auf eine Spaltung innerhalb des österreichischen Klerus, diese würde sich aber nicht vollziehen, wenn sich die Regierung nicht ganz passiv verhielte. Er hofft viel in diesem Sinne, d. h. im liberalen, vom Bischof von Salzburg.

Aus einem Brief Döllingers.

Herrnsheim bei Worms, 5. September 1869.

Der Brief behandelt die Antwort, welche die theologische Fakultät in München auf die Fragen der Regierung (siehe Seite 353) gegeben hatte. Der Entwurf zu dem Gutachten, welcher von Döllinger verfaßt war, ist „durch die Kollegen nicht gerade wesentlich verändert worden, aber es sind Zusätze, Erweiterungen hinzugekommen, welche — die Klugheit, d. h. das

Bestreben, bei den kirchlichen Autoritäten möglichst wenig anzustoßen, eingegeben hat. Aber wie vorsichtig und behutsam sie nun auch lautet, sie wird dennoch ohne allen Zweifel in Rom, in Regensburg, in Würzburg, überhaupt bei der ultramontanen Partei das stärkste Mißfallen erregen. Ich habe mich zuletzt selbst gewundert, daß meine Kollegen doch so viel zu sagen sich entschließen konnten, mehr als vielleicht das große, gemischte Publikum aus dem Dokument, wenn es bekannt werden sollte, herauslesen wird. Aber sie sind freilich von der Größe des Unheils, welches der Kirche droht, ebenso stark überzeugt wie ich.

Erst vor wenigen Stunden hat mich der Bischof von Orleans,[1]) der zu einem Besuche hierhergekommen war, verlassen. Aus seinen Mitteilungen ersehe ich, daß die Zahl der Bischöfe, welche den römisch-jesuitischen Plänen abgeneigt sind und ihnen entgegentreten wollen, doch bedeutend größer ist, als ich zu hoffen wagte. Er glaubt auf die Stimmen von fast fünfzig französischen Bischöfen rechnen zu können, meint aber zugleich, daß auf die Haltung der deutschen Bischöfe sehr viel ankomme, ja daß diese eigentlich den Ausschlag zu geben berufen seien. Selbst in Italien sind nach seiner Versicherung mehrere Prälaten geneigt, sich den Gegnern der Unfehlbarkeitstheorie anzuschließen. Die Ansicht nämlich, daß die Proklamierung dieses neuen Dogmas sehr inopportun sei und nur die Verlegenheiten der Bischöfe vermehren würde, scheint glücklicherweise dort sehr verbreitet zu sein."

Kardinal Prinz Hohenlohe an den Fürsten.

Rom, 15. September 1869.

... Vielleicht besinnt sich der Heilige Vater noch, doch zweifle ich daran. Bei allem Respekt für das Oberhaupt der Kirche wird mein Gehorsam auf eine harte Probe gestellt. Ich vertraue, Gott wird mir beistehen.

Oft frage ich mich, was soll ich tun in diesen Stürmen? Man hat mich so viel als möglich isoliert. Um nur ein Beispiel anzuführen, halten Reisach und der Rektor der hiesigen deutschen Anstalt (Anima) Monsignore Gaßner u. a. jeden Deutschen ab, mich zu besuchen, und dann das fortwährende Hetzen beim Heiligen Vater, so daß er in fortwährender Aufregung gegen mich ist; alles das und vieles andre macht meine Stellung zu einer schwierigen. Ich habe durch das Isolement allerdings den Vorteil, mehr freie Stunden für mich zu haben. Ich würde, wenn Döllinger hierherkäme, ihn bei mir logieren, oder wenn du oder er einen verläßlichen Theologen (weltlich oder geistlich) wüßtet, den ihr mir zur Zeit des

[1]) Ueber die Zusammenkunft des Bischofs Dupanloup mit Döllinger und Lord Acton in Herrnsheim bei Worms siehe Friedrich, Geschichte des Vatikanischen Konzils, Bd. II S. 396.

Konzils und womöglich schon vorher schicken wolltet, so würde ich ihn bei mir logieren und verköstigen, und es wäre mir sehr lieb, einen solchen Mann in meiner Nähe zu haben so lange als möglich.

Von den Jesuiten wird jetzt wieder die große Komödie aufgeführt, wonach sie vor dem Publikum in zwei Parteien geteilt sind, aber au fond sind sie eins und werden von einem Zentrum regiert. Es existieren also vor dem Publikum zwei Parteien unter den Jesuiten. Die einen schreien und jubilieren für die Unfehlbarkeit des Papstes (wie z. B. die „Civiltà"), um Pius IX. für sich zu haben, provozieren alle guten Katholiken, die nicht jesuitisch sind, gegen die Unfehlbarkeit zu sprechen, entfernen sie dadurch vom Papst, so daß der Papst die Herren der „Civiltà" für seine Leibhusaren auserlesen muß. Die andre Partei, worunter, wie es scheint, auch der Pater Bekr, der General, (früher glaubte ich, Döllinger gehöre au fond auch dazu) schütteln bedächtig den Kopf wie alte erfahrene Leute, die Pius IX. als einen leichtfertigen Jungen ansehen, aber nur im tiefen Vertrauen. Diese halten sich die Türe offen, sei es für ein nächstes Pontifikat, sei es namentlich für den Episkopat, zum Beispiel den französischen, und sobald sich der Wind hier einmal gedreht haben würde, werden die Jesuiten die ersten sein, die die „Civiltà" (dies Spielzeug, erfunden für Pius IX.) perhorreszieren, sich über Pius IX. lustig machen und die „Civiltà"-Väter womöglich nach Australien schicken, woher man sie dann später einmal als reumütige Sünder wieder zurückkommen lassen kann. Ein Beispiel haben wir im vorigen Jahrhundert, wo in Rom die Jesuiten die Gallicam propositionem verabscheuten, während gleichzeitig in Frankreich der Jesuitengeneral mit seinen bons pères die Gallicam propositionem unterschrieb und verteidigte, und dies, weil sie dadurch hofften, die Bourbonen und das Parlament u. s. w. von der Idee der Aufhebung des Ordens abzubringen.

Ich glaube, daß die Frage der Unfehlbarkeit des Papstes von der der Jesuiten vollständig zu trennen ist. Wie die Unfehlbarkeit auch entschieden wird, den Jesuiten ist dies im Grunde einerlei. Sie werden nach wie vor ihre falsche Moral, ihre Intrigen und ihr gottloses Treiben mit Gemütlichkeit fortsetzen. Sie haben die Frage der Unfehlbarkeit jetzt nur als eine Standarte aufgebracht und diese Standarte der „Civiltà" in die Hand gegeben, damit sie dem Papst damit Wind vormacht. Der Papst, entzückt davon, ohne zu ahnen, was die alte Jesuitenpartei sagt und tut, wirft sich der „Civiltà" gerührt in die Arme, umfaßt gar in seiner Verblendung den ganzen Orden als die Retter seiner Ehre in der (ganz unnötig aufgebrachten) Unfehlbarkeitsfrage, flieht alle andern, macht den Jesuiten alle möglichen Konzessionen, und les bons pères lachen sich ins Fäustchen. Wie erklärt sich's, daß Dupanloup überall herumfährt und gegen die Unfehlbarkeit des

Papstes agitiert? Er ist doch auch Jesuit (wenn er gleich jetzt so tut, als habe er sich von ihnen getrennt) — nur um une masse de monde zu kompromittieren und womöglich im entscheidenden Augenblick in einen Chausseegraben zu werfen. Die Unfehlbarkeitsentscheidung, günstig oder ungünstig, bringt uns in der Jesuitenfrage nicht vor noch zurück. Wohl aber hat die Unfehlbarkeitsfrage Pius IX. den Jesuiten so in die Arme gebracht, daß von allen den Plänen und Ideen Pius' IX. gegen die Jesuiten keine Spur mehr übrig ist. Die Patres wissen, daß sie Pius IX. nur dadurch festhalten können, daß er in die Enge getrieben wird und sich zu ihnen flüchten muß. Pius IX. muß vollständig isoliert bleiben, deshalb hetzen sie ihn auch gegen alle Regierungen, damit er, mit allen Regierungen verfeindet, nie mehr auf einen grünen Zweig komme.

... Wenn das Konzil zustande kommt, so mag wohl manches anders kommen, als wir fürchten. Aber eben darum, daß es anders komme, muß man sich rühren. Du bist einer der wenigen, die das einsehen.

Wie gesagt, ist es mir etwas bange, wenn ich sehe, daß Dupanloup sich nun auf einmal als Konvertit geriert, überall herumfährt — auch zum Kölner Erzbischof vor der Fuldaer Konferenz —, und man auch in Paris, sogar in den Kreisen des Erzbischofs von Paris, sich einredet, Dupanloup habe sich ganz geändert. Mit Casa Borghese, sagt er, habe er sich ganz verfeindet und hat sich der Fürstin Rospigliosi (natürlich nur geistig) in die Arme geworfen. Ob er aber nicht gerade im entscheidenden Augenblick seine neue Partei in den Graben wirft? Hoffen wir das Beste! Ein sehr nützlicher, verläßlicher Mann ist Hefele, der neuernannte Bischof von Rottenburg. Man scheint hier seine Präkonisation noch hinausschieben zu wollen ...

Bericht an den König.

München, 23. September 1869.

Eurer Königlichen Majestät beehrt sich der treugehorsamst Unterzeichnete ehrfurchtsvollst anzuzeigen, daß er heute den Besuch des österreichischen Ministers Grafen Beust erhalten hat, welcher auf seiner Rückkehr von Baden und der Schweiz nach Wien sich einen Tag in München aufhält.

Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt, daß der Inhalt des Gesprächs mit dem Grafen Beust für Eure Königliche Majestät nicht ohne Interesse sein dürfte und erlaubt sich darüber im nachstehenden alleruntertänigst zu berichten.

Der Besuch, den der österreichische Minister bei Ihrer Majestät der Königin von Preußen in Baden gemacht hat, war bloß ein Akt der Courtoisie. Ueber Politik hat Graf Beust mit der Königin nicht gesprochen. Dies erscheint auch um so wahrscheinlicher, als die Tatsache des Besuchs und der Einladung zum Diner bei der Königin vollständig dem Zweck

entsprach, der nach dem Erachten des treugehorsamst Unterzeichneten darin bestand, vor der Welt die besseren Beziehungen Oesterreichs zu Preußen zu dokumentieren. Von Baden ging Graf Beust zunächst nach Straßburg, um der dort in der Nähe wohnenden Familie Pourtalès einen Besuch zu machen, wo er mit dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich zusammentraf. Die Erwähnung dieses Besuchs führte natürlich auf die Verhältnisse in Frankreich. Graf Beust kann so wenig wie irgend jemand voraussehen, was beim Eintritt des Todes des Kaisers Napoleon in Frankreich geschehen wird. Er glaubt aber, und hat dies dem Kaiser durch den Fürsten Metternich sagen lassen, daß nur das Aufgeben des persönlichen Regimes und das unbedingte Eintreten in die konstitutionelle Regierungsform die Dynastie retten könne. Graf Beust hat dem Kaiser deshalb dringend anempfohlen, auf dem Wege der Reform der Staatsverfassung nicht stehen zu bleiben. Er hat auf das Beispiel Oesterreichs hingewiesen, wo die Folge des Konstitutionalismus Beruhigung der Gemüter und Wiederaufblühen der Geschäfte und eine gesicherte Stellung gegen außen gewesen sei. Was die Reise der Kaiserin nach dem Orient [1]) betrifft, so behauptete Graf Beust, daß dieselbe unternommen werde, um die Kaiserin, die ihrer ultramontanen Richtung wegen sehr unpopulär sei, den Franzosen etwas aus dem Gesicht zu bringen.

Der wichtigste Besuch, den der österreichische Minister auf seiner Reise gemacht hat, war ohne Zweifel der bei dem russischen Minister Fürsten Gortschakow in der Schweiz. Er hatte mit ihm eine mehrstündige Konferenz, in welcher über die ganze europäische Lage gesprochen wurde. Es scheint aus den Mitteilungen über die Unterhaltung mit ziemlicher Sicherheit hervorzugehen, daß der Zweck der Reise Beusts vor allem darin bestand, in Anbetracht der bevorstehenden Ereignisse in Frankreich ein besseres Einvernehmen mit den nordischen Mächten herbeizuführen. Graf Beust gab zu, daß der treugehorsamst Unterzeichnete seine Ansicht richtig formuliere, als er ihm sagte, es erscheine nötig, daß die soliden Mächte des europäischen Kontinents sich gegenüber den in Frankreich vorauszusehenden Eventualitäten dahin verständigten, vorläufig ihre gegenseitigen kleinen Mißverständnisse auf sich beruhen zu lassen, oder, wie Beust sich ausdrückte, „die Häkeleien beiseite zu lassen". Man sei, fügte er bei, selbstverständlich weit davon entfernt, diesen „guten Beziehungen" eine bestimmte Form zu geben. Von einer Allianz sei keine Rede, und man unterlasse das, um Frankreich nicht zu verletzen, welches in einer nordischen Allianz immer eine Koalition sehen werde. Aber man hat sich verständigt, und im Interesse des europäischen Friedens ist damit viel erreicht.

---

[1]) Zur Eröffnung des Suezkanals.

Die Befürchtung, daß eine Verständigung Oesterreichs und Preußens auf Kosten der süddeutschen Staaten stattfinden könnte, dürfte hierbei nicht außer acht gelassen werden. Der treugehorsamst Unterzeichnete hat deshalb den Grafen Beust sorgfältig sondiert und hat zu seiner Beruhigung gefunden, daß der österreichische Minister nach wie vor den gleichen Wert auf die Erhaltung des Status quo legt; denn er nahm die Darlegung des treugehorsamst Unterzeichneten über das Unsinnige der Gerüchte, welche Bayern die Absicht zuschreiben, in den Norddeutschen Bund einzutreten, mit entschiedenem Beifall und großem Interesse auf, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn er etwa seine Absicht geändert hätte. Dabei bemerkte er, daß theoretisch der Zustand in Deutschland unbefriedigend sei, daß es aber am Ende in der Politik nicht auf Theorien, sondern auf die tatsächlichen Verhältnisse ankomme, und diese seien für Süddeutschland nicht ungünstig.

Journal.

München, 28. September 1869.

Heute Morgen erhielt ich ein Telegramm mit der Aufforderung, mich bereit zu halten, um 12 Uhr von einem königlichen Wagen abgeholt zu werden, da mich der König um 2 Uhr sprechen wolle. Ich tat dies und wurde um 12 Uhr abgeholt. Minister Hörmann fuhr mit. Unterwegs besprach ich mit ihm die Thronrede und überzeugte ihn, daß sie, so wie sie jetzt vorgeschlagen wurde, nicht bleiben könne. Wir fuhren ziemlich rasch durch den Fürstenrieder Park und kamen um 2 Uhr an; Sauer empfing uns. Zur bestimmten Stunde wurde ich zum König geführt, der mir die Hand drückte und mich mit ganz besonderer Liebenswürdigkeit behandelte. Er hoffte mich dadurch zu bestimmen, mich so auszusprechen, wie er es wünschte, nämlich, daß es nicht nötig sei, daß er die Kammern selbst eröffne. Dies tat ich aber nicht, sondern sagte ihm, mir sei die Thronrede und Adreßdebatte zuwider, aber ich könnte ihm nicht verschweigen, daß man über ihn schimpfen werde, wenn er nicht selbst zur Eröffnung käme. Darüber wurde nun hin und her geredet, immer versuchte er wieder mich zu der Aeußerung zu bewegen, es sei nicht nötig, bis er sich endlich überzeugte, daß es ihm nichts helfe. Er runzelte die Stirne nach allen Richtungen, es half ihm aber nichts, und schließlich erklärte er, er werde sich die Sache überlegen. Wir sprachen dann von allem möglichen, und die Unterhaltung dauerte über zwei Stunden. Nach mir kam Hörmann an die Reihe, der dann die üble Laune schlucken mußte, in die sich der König meinetwegen hineingearbeitet hatte. Schließlich wurde auch noch Perglas gerufen. Ich ging unterdessen im Park spazieren. Ich hatte Sauer gesagt, daß ich das tun würde, und dieser glaubte deshalb erst beim

König anfragen zu müssen. Ueber Lipowsky äußerte sich der König dem Minister Hörmann gegenüber sehr wegwerfend. Es scheint, daß Lipowsky sich seine Stellung durch sein unsinniges Geschwätz verdorben hat. Als alle Audienzen vorbei waren, aßen wir, ich, Hörmann, Perglas und Sauer in einem Gartenpavillon zu Mittag. Es war 6 Uhr geworden, und nach Tisch fuhren wir nach Starnberg, um mit der Eisenbahn hierher zurückzufahren.

Heute Abend um 10 Uhr war ich noch im Klub, wo ich nur einen verschlafenen Kellner fand. Dies sind die Zerstreuungen von München. Die Kammer der Abgeordneten hat einige Wahlen beanstandet, dadurch sind neun Abgeordnete außerstande, den Präsidenten mitzuwählen, ein Abgeordneter ist verhaftet, kann also nicht erscheinen, so daß die Kammer 144 Mitglieder zählt. Davon gehören 72 der ultramontanen und 72 der liberalen Partei an. Morgen ist Präsidentenwahl; wenn sie sich nicht verständigen, so kommt keine Wahl zustande, und dann lösen wir die Kammer auf. Ich denke aber, man wird sich vereinigen und Edel wählen. Es ist schade, denn so hätten wir vier Wochen Ruhe gehabt, während neu gewählt worden wäre.

29. September.

Die Präsidentenwahl in der Kammer der Abgeordneten hat noch immer zu keinem Resultat geführt. 71 Stimmen für Edel und 71 für Weiß. Die Abgeordneten erwarten, daß wir die Kammer auflösen. Völderndorff rät, so lange fortwählen zu lassen, bis einer krank wird. Doch dürfte das nicht möglich sein. Ueberall große Aufregung. Heute Abend war ich in dem Trauerspiel „Drahomira“ von Weilen. Schrecklicher Unsinn und Phrasen. Professor Zachariä von Göttingen besuchte mich in der Loge.

Der Kardinal Prinz Hohenlohe an den Fürsten.

Tivoli, 3. Oktober 1869.

... Was den Professor Friedrich betrifft, so soll er ja kommen, nur wäre es gut, die Sache geheimzuhalten, bis er bei mir ist. In den Unterhandlungen mit ihm wird es gut sein, ihm zu sagen, daß er den Hauptzweck seines Aufenthalts hier nicht mitteilt, sondern einen andern Grund, Rom zu sehen oder dergleichen. Du wirst das besser verstehen, als ich es sagen kann ...

Was Sigmund[1]) betrifft, so habe ich allerdings Grund zu vermuten, daß er sich nach und nach der ultramontanen Partei genähert hat, wenn auch nicht aus Ueberzeugung, doch aus Interesse, „weil er es nicht mit

[1]) Bayrischer Gesandter in Rom.

den Leuten verderben will". Dann soll er aber nicht mehr Gesandter bleiben unter Deinem Ministerium, wenn er ehrlich handeln will. Denn wenn zum Beispiel Kardinal Antonelli ihm sagt: „Le Prince de Hohenlohe veut faire le théologien", so könnte er ihm darauf eine bündige Antwort geben, das tut er aber nicht, sondern erzählt das noch obendrein mit einer gewissen unpassenden Manier andern. Und seine Beziehungen zu dem Corps diplomatique sind auch verfahren. Nachdem er mich jede Woche zweimal besuchte und jetzt gar nicht mehr kommt, nachdem er hier einen immensen Nutzen hätte stiften können durch festes würdiges Auftreten, statt dessen ganz passiv (und nicht einmal immer das) bleibt, so habe ich einigen Verdacht über seine veränderte Stellung, die er wohl eingenommen haben mag, hauptsächlich um sich nicht zu schaden für die Zukunft. Nun ist aber zu bedenken, daß es jetzt schon zu spät ist, vor dem Konzil einen andern herzuschicken. Indessen ein anständiger Mensch, der tut, was Du ihm sagst, sich auch in wichtigen Fällen mit den Gesandten gleichgesinnter Regierungen ins Einvernehmen setzt, sicher in seinen Ansichten, namentlich nicht ultramontan ist, Dich verteidigt, wo es nottut — aber wo findet man das alles vereinigt? Ich wünschte sehr, daß beim Konzil ein würdiger sicherer Vertreter von Bayern wäre, aber ich fürchte, daß es schwer sein wird, einen zu finden. Wenn Döllinger keine Persona minus grata hier wäre, so wäre er sehr geeignet dazu. Uebrigens jemand, der kein Lumen mundi wäre und dem man einen tüchtigen Adlatus gäbe, in der Art wie Professor Huber, wäre auch gut.[1])

Journal.

München, 6. Oktober 1869.

Am Sonnabend hörte ich, daß Haneberg[2]) sich bemüht habe, die Abgeordneten zu einer milderen Stimmung zu bewegen. Ich ging deshalb zu ihm; er sagte mir, daß er es versucht habe, daß es ihm aber nicht gelungen sei, wenngleich der Wunsch bestehe, sich dem Terrorismus des Herrn Weiß, der die ultramontane Partei beherrscht, zu entziehen. Sonntag war das Oktoberfest. Montag keine Sitzung. Dienstag sollte das letzte Skrutinium sein. Es blieben mir also noch zwei volle Tage zur Unterhandlung. Ich ließ sofort alle Minen springen, Völderndorff, Hegnenberg, Dönniges u. a. machten sich auf die Beine. Es war ein immerwährendes Hin- und Herrennen. Die Sache war dadurch schwierig, daß meine Kollegen aus verschiedenen Gründen gegen die Verständigung und

---

[1]) Der bayrische Gesandte von Sigmund wurde noch im Oktober nach dem Haag versetzt. Zu seinem Nachfolger wurde Graf Taufffirchen berufen.

[2]) Damals Abt von St. Bonifaz in München.

für Auflösung intrigierten. Endlich gelang es, die ultramontane Partei zu bestimmen, mir Montag um 11 Uhr eine Deputation zu schicken. Diese kam und beriet mit mir. Sie hatten zum Wortführer den Advokaten Schüttinger aus Bamberg bestellt, der dann auch erklärte, sie hätten die Majorität und wollten die beiden Präsidenten wählen. Ich machte den Herren begreiflich, daß dies keine Verständigung möglich mache; sie sollten wenigstens ohne vorherige Bestimmung eines Kandidaten für das Präsidium eine Besprechung mit Abgeordneten der Linken vornehmen. Das wollten sie aber nicht, sondern verlangten, daß die Wahl von Weiß zum ersten Präsidenten außer Diskussion bleiben müsse. Nun kamen abends die Bevollmächtigten der Fortschrittspartei zu mir. Diese erklärten, sie könnten sich nur dann auf eine Unterredung einlassen, wenn alle Kandidaten diskutiert würden, dagegen seien sie bereit, von ihrem Kandidaten (Edel) abzugehen. Unter diesen Unterhandlungen kam der Dienstag heran und mit ihm wieder die Abstimmung. 71 gegen 71. Nun trat der Ministerrat zusammen. Trotzdem daß die Unterhandlung im Gang war und Hörmann dies wußte, beantragte er sofortige Auflösung. Ich erwiderte, daß dies mich kompromittieren würde und wurde äußerst unangenehm. Stürmische Szene im Ministerrat. Schließlich gaben die Herren nach. Ich telegraphiere an den König um Aufschub. Der König gewährt ihn. Da kommt gestern Abend der Abgesandte der Ultramontanen und sagt, die Fraktion könne sich nicht darauf einlassen, Weiß noch in Frage zu stellen. Um 9 Uhr kommt die Fortschrittspartei und sagt, daß sie unter diesen Umständen sich auf keine Besprechung einlasse. Damit war die Unterhandlung zu Ende, und die Auflösung wurde beschlossen und entsprechend an den König telegraphiert. Ich fürchte, daß wir bei der Auflösung nichts gewinnen werden. Doch konnte ich mich nicht länger widersetzen, da, wenn weitere Unterhandlungen nicht zum Ziel geführt hätten, mir der Vorwurf nicht erspart worden wäre, die Sache in die Länge zu ziehen, und man das Mißlingen, welches nicht unwahrscheinlich war, mir schlecht ausgelegt haben würde. Hätten die Minister weniger gedrängt, so wäre es möglich gewesen, mit Ruhe zur Verständigung zu kommen. Jedenfalls wird man mir den Versuch der Verständigung später um so mehr danken, je schlechter das Resultat der Wahl ausfallen wird. Ein Umschwung der öffentlichen Meinung, die jetzt für Auflösung ist, wird eintreten. Doch ist das ein geringer Trost. Vorläufig haben wir sechs Wochen Ruhe.

München, 26. Oktober 1869.

Die Ankunft des Königs von Württemberg, die Sonnabend den 23. Abends 10 Uhr stattfand, hatte nicht die gewöhnlichen Unruhen und Schreibereien veranlaßt, da der König diesmal von besonderer Liebens-

würdigkeit beseelt und seinem königlichen Nachbarn alle möglichen Liebenswürdigkeiten zu erweisen bereit war. Leider kam aber der König von Württemberg im strengsten Inkognito hierher, so daß das Anerbieten der Wohnung in der Residenz und andre Höflichkeiten nicht angenommen wurden. Doch fuhr unser König nach Augsburg entgegen und mit den Herrschaften hierher, wo Souper auf dem Bahnhofe war. Sonntag 1 Uhr hatte ich Audienz bei dem König von Württemberg. Ich hatte dem König sagen lassen, ob er nicht am Montag, wo kein Hofdiner war, bei mir essen wolle. Er lehnte es aber ab. Als ich nun Montag mein Diner den Ministern und Staatsräten gab, ließ er Schlör während des Essens abholen, eine Rücksichtslosigkeit, die ich ihm sehr übelnehme, da er die Stunde meines Diners wußte.

Viel liebenswürdiger war der Großherzog von Weimar, der heute Morgen ankam. Ich hatte dem Adjutanten einen Besuch per Karte gemacht, worauf er sich bei mir um 7 Uhr anmeldete. Wir sprachen sehr lange über die gegenwärtigen Zustände, über den König, über die Wahlen, über das Konzil u. s. w. Da er nun besonders in letzterer Beziehung Fragen stellte, die ich ziemlich ausführlich beantworten mußte, so wurde meine Auseinandersetzung mitunter etwas lang, so daß ich bemerken konnte, wie ihn der Schlaf übermannte. Denn seine Augen verloren ihren wenigen Glanz, was mich dann sofort zur Abkürzung meiner Vorlesung veranlaßte. Dann lebte er wieder auf und war überhaupt „recht nett" und liebenswürdig.

Morgen ist Ministerrat, wo das Rundschreiben Hörmanns besprochen werden soll. Ich bin darauf sehr neugierig.

München, 22. November 1869.

Die Wahlen[1]) scheinen zuungunsten des Ministeriums ausfallen zu wollen. Gestern sagte mir Feilitzsch, daß in diesem Falle Hörmann seine Entlassung geben wolle. Lutz hat Völderndorff heute gesagt, daß das ganze Ministerium die Entlassung geben müsse, da doch nichts mehr zu machen sei. Lutz konspiriert aber ohne Zweifel mit Schlör, um mich und einige andre Minister hinauszudrücken und vielleicht selbst Minister des Aeußern oder wenigstens Vorsitzender des Ministerrats zu werden. Unter diesen Umständen scheint die Partie verloren oder wenigstens sehr verwickelt.

Um 11 Uhr ging ich zu Döllinger, um ihm die Instruktion Tauffkirchens zur Einsicht zu geben. Wir besprachen die Situation, und da erzählte er mir, er habe eben ein Handbillett des Königs erhalten, welches ihn wegen seiner Broschüre gegen die Infallibilität belobt, und zugleich einen

---

[1]) Die Wahlen fanden am 16. und 25. November statt.

Brief von Sauer, den er aber noch nicht gelesen habe. Wir lasen ihn nun zusammen, und hier fand sich, daß Sauer ihn um Rat fragt, was er in der gegenwärtigen schwierigen Lage dem König vorschlagen soll, insbesondere was der König tun soll, wenn etwa das Ministerium seine Entlassung nach dem Ergebnis der Wahlen einreiche. Ob er raten solle, sie anzunehmen oder nicht. Ich machte nun mit Döllinger, der gerade mehrere Leute hatte, aus, daß er in diesen Tagen zu mir kommen solle, wo wir das Nötige besprechen und ausdenken wollten, was er Sauer raten solle. Zugleich solle er jetzt schon an Sauer schreiben, er würde ihm den gewünschten Rat erteilen. Es handelt sich jetzt darum, ein kurzes Memoire zu machen, um darin die Ratschläge zusammenzufassen, die darauf abzuzielen hätten, der König soll das Ministerium entlassen, d. h. die Entlassung annehmen, und mich mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragen, oder besser gesagt, mir sagen, ich solle ihm Vorschläge machen. Zugleich könnte ihm Döllinger sagen, wenn der König dies nicht wolle, so möchte er gleich die Minister an Stelle der zu entlassenden ernennen. Mit Völderndorff bin ich über folgende übereingekommen:

Ich Minister des Aeußern wie bisher, Pfretzschner Finanzen, Pranckh Krieg, Pfeufer Inneres (Hörmann in die Pfalz), Schubert Kultus, Lutz Justiz, Hegnenberg an Schlörs Stelle.

Dies würde also Döllinger mitzuteilen sein.

Wenn der König, wie dies aus dem Briefe Sauers hervorgeht, mein Entlassungsgesuch nicht anzunehmen Lust hat, sondern mich in einem neuzubildenden Ministerium belassen will, so wäre dem König zu raten, nicht mich mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen, da dies den Traditionen, welche hierzulande üblich sind, nicht entspricht, sondern gleich diejenigen Minister durch neue zu ersetzen, welche er nicht beizubehalten willens ist. Dadurch wird dem ganzen Getriebe des Ehrgeizes, welches während einer Ministerkrisis zutage zu treten pflegt, die Wurzel abgeschnitten, und die Beruhigung des Landes tritt schneller ein.

Ich weiß, daß die ultramontane Partei mir nichts zumuten wird, was ich nicht tun kann. Eine Verständigung ist deshalb möglich, wenn nicht gleichzeitig Minister ernannt werden, mit welchen ich nicht gehen kann. Ich würde daher zu behalten raten: Pfretzschner, Pranckh, Lutz, dagegen die Entlassung annehmen seitens der Minister Gresser, Hörmann und Schlör. An Stelle Gressers wäre Staatsrat Schubert zu ernennen, der für den Augenblick genügt und später durch einen andern ersetzt werden kann. Gresser könnte an seine Stelle in den Staatsrat kommen. An die Stelle Hörmanns würde ich Pfeufer ernennen und Hörmann als Präsidenten in die Pfalz schicken. Endlich wäre Schlör durch Graf

Hegnenberg zu ersetzen, einen Mann, dessen Integrität des Charakters, dessen politische Vergangenheit und Talent von immensem Wert wären und dessen Ernennung wesentlich zur Beruhigung des Landes beitragen würde. Ich getraue mir, Hegnenberg zur Annahme zu bewegen, weshalb es zweckmäßig wäre, mich zu beauftragen, mit ihm zu verhandeln, wenn der König nicht vorzieht, ihn sofort zu ernennen. In diesem Falle müßte ich rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden, um ihn zu verhindern, die Ernennung abzuweisen. Auf dieser Ernennung beruht die ganze Aussicht des Erfolgs der vorgeschlagenen Kombination.

München, 23. November 1869.

Heute ³/₄11 Uhr in die Kapelle des Pfarrers der Ludwigskirche, wo die Trauung Tauffkirchens mit Ernestine Pfeffel zelebriert wurde. In dem Salon des Pfarrers versammelte man sich. Es war die „Elite“ der Gesellschaft anwesend. Die Braut im eleganten weißen Atlaskostüm mit Orangenblüten, Tauffkirchen im Frack mit dem schwarzen Kordon des schwedischen Nordsternordens. Ich war Tauffkirchens Trauzeuge und hatte einen eignen Betschemel mit rotem Samt in der Kapelle. Als alles versammelt war, ging man in die Kapelle. Der Pfarrer Weber von der Frauenkirche hielt die Rede, in welcher viele Gemeinplätze enthalten waren, der man es aber anmerkte, daß er lebhaften Anteil nahm, da er der langjährige Beichtvater von Ernestine Pfeffel ist. Hinter mir kniete die alte Pocci, die ihrem Schnupfen oder ihrer Rührung durch häufiges lärmendes Niesen Luft machte. Nach der Trauung ging man wieder in den Salon des Pfarrers, wo umarmt wurde. Von da fuhr man zu Pfeffel, wo Champagner getrunken und wieder umarmt wurde. Nachmittags fuhren die Neuvermählten nach Italien.

Hier ist alles in Aufregung wegen der Wahlen. Die Ultramontanen haben ohne Zweifel gesiegt. Das Ministerium wird seine Entlassung einreichen, wenn die Wahlen bekannt sein werden. Alle kleinen Ambitionen werden rege, die Raben rüsten sich zum Fluge, da sie ein Aas wittern. Das Ministerium sagt: „Es will Abend werden, und der Tag neigt sich zu Ende.“ Ich sehne mich danach, den Feinden offen und rückhaltlos entgegentreten zu können. Ich kann nicht daran denken, zu bleiben, wenn ich die Majorität der Kammer gegen mich habe, und ich gestehe, daß ich gerne abgehe. Drei Jahre Ministerium ist vorläufig genug.

Morgen wird sich die Sache entscheiden. Wenn die Majorität der ultramontanen Partei ganz entschieden gegen mich ist, reiche ich wahrscheinlich mit dem ganzen Ministerium meine Entlassung ein. Wir werden dann sehen, was der König tut.

Der Kardinal Prinz Hohenlohe an den Fürsten.

Rom, 26. November 1869.

Ich habe Dir neulich durch die Post geschrieben. Der Brief war, wie Du bemerkt haben wirst, darauf berechnet, daß er auf der Post gelesen würde resp. in der Staatssegretaria. Secramondo hatte gegen seinen Nachfolger alle möglichen horreurs hier verbreitet, deshalb habe ich auf alle Weise dem Unfug entgegenzuarbeiten gesucht ... Daß der Bischof von Passau nicht kommt, ist schade. Es wird manchen herben Kampf geben, und ich fürchte, die Ultramontanen werden die Majorität haben. Frech und waghalsig sind sie, und wenn auch für den Augenblick der Papst ziemlich verstimmt ist ob der verschiedenen Manifestationen, als da sind Dupanloup,[1]) nordamerikanische Bischöfe[2]) u. s. w., so glaube ich, im entscheidenden Augenblicke wird die freche Partei alle zu überschreien suchen. Ich bin jetzt obendrein noch recht unwohl, so daß ich mich in einer ziemlich melancholischen Stimmung befinde.

Dupanloups Brief ist gut. Man sieht, Janus und andre Bücher sind ihm in die Nase gestiegen ...

Es scheint, daß Haneberg nun auch nicht kommen wird zum Konzil, während er doch alles Recht als Konsultor hatte. Kardinal Schwarzenberg wünscht sehr, Döllinger hier zu haben, aber er weiß nicht, wie er es anfangen soll. Ich riet ihm, ihn als seinen Theologen zu berufen, aber er schien mir noch unentschlossen. Friedrich wird nun wohl gegen Ende des Monats kommen. Man hat es übrigens so eingerichtet, daß die Kardinäle, die nicht zur Partei gehören, möglichst wenig zu tun bekommen. Man hatte davon gesprochen, ich solle die deutschen Bischöfe hier bei mir wöchentlich empfangen. Ich habe mich aber bei der großen Irritation der Parteien dazu nicht entschließen können, um so mehr, als, wie ich glaube, der Papst ziemlich mißtrauisch gegen mich ist und er am Ende gar noch in seinem Wahn den Bischöfen verbieten könnte, sich bei mir zu versammeln. Kardinal Schwarzenberg hat mir versprochen, die Bischöfe bei sich in der Anima zu versammeln.

Journal.

München, 26. November 1869.

Heute kamen die Minister bei mir zusammen, um die Nachricht über den Ausfall der Wahlen bei mir entgegenzunehmen. Ich begann damit,

---

[1]) Dupanloups „Lettre au clergé de son diocèse relativement à la définition de l'infallibilité au prochain concile“ vom 11. November 1869 erschien in der „Gazette de France“. Friedrich, Geschichte des Vatikanischen Konzils, Bd. II S. 396.

[2]) Die nordamerikanischen Bischöfe hatten sich bei der Durchreise durch Paris gegen die Opportunität der Definition der Unfehlbarkeit ausgesprochen. Friedrich Bd. II S. 378.

Hörmann aufzufordern, über das Resultat der Wahlen Vortrag halten zu wollen, was sehr schnell beendigt war, da die Zahl bereits bekannt und kein Zweifel war, daß die Ultramontanen 80, die Liberalen nur 74 Stimmen hätten. Darauf entstand eine Pause. Ich benützte dieselbe sofort, um das Wort zu ergreifen und den Herren auseinanderzusetzen, daß ich es sei, gegen den sich die allgemeine Antipathie in der patriotischen Partei richte, ich rekapitulierte mein früheres Programm, hob die Aenderung in der Stimmung des Landes hervor und stellte die Frage an die Minister, ob sie nicht glaubten, daß die Aufregung sich beschwichtigen ließe und ein Modus vivendi mit der Kammer dann herzustellen sein werde, wenn ich das Ministerium verließe. Sie möchten mir darauf offen ihre Antwort sagen.

Hörmann ergriff sofort das Wort, um zu erklären, daß er jedenfalls sich mir anschließen werde, da ihn das Mißtrauensvotum des Landes vor allen getroffen. Er rechtfertigte sich in eingehender Weise, indem er nachwies, daß eine Regierung in der gegenwärtigen Zeit nicht parteilos sein könne. Es handle sich, den modernen Staat gegen die reaktionären Gelüste der Ultramontanen zu verteidigen. Wie die Regierung bestehen könne, wenn sie in diesem Kampfe nicht Partei nehmen wolle!

Ihm schloß sich Gresser[1]) an, indem er eine würdige Handbewegung machte. Er schien einen römischen Senator darstellen zu wollen und war äußerst pathetisch.

Pfretzschner, der nun das Wort ergriff, gestand „mit aller kollegialen Offenheit" zu, daß allerdings die Animosität der Parteien sich gegen die drei Kollegen gerichtet habe, und „ließ die Frage unentschieden", ob durch eine partielle Modifikation des Ministeriums nicht am besten der Verlegenheit abgeholfen werden könne.

Schlör sprach sodann gegen den Gedanken einer allgemeinen Entlassung des Ministerrats. Er deutete darauf hin, daß man ja auch bei der Entlassung des Ministers Bomhard nicht den Weg der allgemeinen Entlassung eingeschlagen habe, sprach von der schlimmen Lage, in welche das Ministerium wohl auch aus dem Grunde gekommen sei, weil die Solidarität des Ministerrats nur leerer Schall gewesen, führte verschiedene Fälle an, welche beweisen sollten, daß ich das Ministerium im ganzen in die Verantwortung von Handlungen hineingezogen hätte, ohne daß die andern Minister etwas davon gewußt hätten. Er erwähnte rühmend, wie Pfordten jeden Ministerrat mit Vorlegung von Depeschen begonnen habe, tadelte, daß Ernennungen im diplomatischen Korps stattgefunden hätten,

---

[1]) Der Minister des Kultus und Unterrichts, der durch sein Schulgesetz die besondere Feindschaft der Ultramontanen sich zugezogen hatte.

ohne daß das Ministerium etwas davon erfahren, und daß die Liquidationsverhandlungen beendet worden seien ohne Zutun der übrigen Minister. Er schien offenbar seine Absicht dahin zu richten, mir die Schuld der gegenwärtigen Lage in die Schuhe schieben zu wollen, um die andern Minister gegen mich aufzubringen. Ich widerlegte sofort die einzelnen Vorwürfe, bemerkte, daß, wenn Pfordten im Jahre 1866 die Depeschen vorgelegt habe, dies sehr natürlich gewesen sei, führte den Herren vor, daß ich öfters versucht hätte, die äußere Politik zum Gegenstand der Beratung im Ministerrat zu bringen, stets aber sehr wenig Aufmerksamkeit gefunden habe, vindizierte mir das Recht der Ernennungen im diplomatischen Korps, sogut wie Schlör sich das Recht, Eisenbahnbeamte anzustellen, nicht streitig machen lassen werde, wies nach, daß die Liquidationsverhandlung erst nach einem Ministerratsbeschluß angefangen worden sei, und rechtfertigte mich vollständig. Darauf kam Pranckh, der in seiner gewöhnlichen derben Weise erklärte, wenn man sich die Achtung der Welt erhalten wolle, müsse man jetzt seine Entlassung einreichen, und was der König dann tun wolle, sei seine und nicht unsre Sache.

Hörmann sprach dann noch eingehend und sehr treffend in dem obenerwähnten Sinne.

Lutz erklärte sich dahin, er halte es für bedenklich, wenn das System des Parlamentarismus und der Majoritätsregierung eingeführt werden wolle, deshalb würde er einen partiellen Ministerwechsel vorgezogen haben, nach der Aeußerung Pranckhs könne er aber nur auch der Gesamtentlassung zustimmen und werde nicht allein bleiben. Jedenfalls erkläre er sich gegen ein Koalitionsministerium, in welches etwa Weiß oder ein andrer Patriot eintrete. In einem solchen werde er nicht bleiben.

Schlör kam dann wieder auf den Fall der Entlassung Bomhards zurück, der ihm als ein Muster vorschwebte, und schloß mit dem Vorschlag, ich möchte nach Hohenschwangau gehen und dem König die Lage der Dinge mündlich auseinandersetzen.

Dagegen erklärte ich mich jedoch sofort auf das entschiedenste, da ich nicht Lust hätte, die Sache zu verwickeln, sondern sie klar haben wollte. Der König könnte mir die Entlassung verweigern, und dann werde man mir den Vorwurf machen, daß ich den König dazu bestimmt habe.

Schließlich resümierte ich als Vorsitzender, indem ich bemerkte, daß ein Majoritätsbeschluß in dieser Sache nicht gefaßt werden könne. Jedenfalls sei ich aber entschlossen, bis morgen Mittag 12 Uhr meine Entlassung zu geben. Die Herren möchten sich bis dahin die Sache überlegen. Man kam dann überein, daß Lutz einen Entwurf einer Eingabe an den König machen solle, den er morgen mitbringen wird.

28. November 1869.

Am 27. brachte Lutz seinen Entwurf in den Ministerrat. Die Darstellung gefiel mir nicht, da sie manches Ueberflüssige enthielt. Doch wurde sie modifiziert, wenn auch unvollständig. Nachmittags wurde unterzeichnet. Abends kam Holnstein zu mir, der mir erzählte, man behaupte, ich würde nicht abgehen, da ich die Besoldung nicht entbehren könne. Ich beruhigte ihn durch die Versicherung, daß das Entlassungsgesuch bereits abgegangen sei. Es wird mir immer klarer, daß ich nicht bleiben kann. Ich würde nur dann bleiben können, wenn die ultramontane Partei bestimmt erklärte, daß sie meine Politik billigt, was sie nicht tun wird. Der Neid und die Mißgunst meiner Kollegen im Reichsrat würden Waffen in die Hand bekommen, gegen die ich wehrlos wäre, wenn sie mir vorwerfen könnten, ich bliebe aus Eigennutz gegen den Willen und ohne das Vertrauen des Landes. Ich würde diesen Angriffen in kürzester Zeit unterliegen, und dann nicht mehr wie jetzt mit Ehren, sondern mit Spott und Schande weggeschickt werden. Gehe ich jetzt, so werde ich regrettiert und bleibe immer wieder möglich. Auch kann ich mit Schlör nicht bleiben.

Entlassungsgesuch des Fürsten.

München, 29. November 1869.

Als mir Eure Königliche Majestät vor nun drei Jahren die Gnade erwiesen, mich zur Leitung des Staatsministeriums des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und zum Vorsitze im Ministerrate zu berufen, begann ich meine amtliche Tätigkeit mit einer öffentlichen Erklärung, in welcher ich die Zielpunkte der bayrischen Politik in folgende Sätze zusammenfaßte:

Anbahnung eines Verfassungsbündnisses mit den übrigen Staaten Deutschlands, sobald und soweit dies unter Wahrung der bayrischen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich ist; bis zur Erreichung dieses Zieles die Schaffung einer achtunggebietenden Macht, nicht durch die Organisation des Heeres allein, sondern auch durch den Ausbau unsrer inneren Staatseinrichtungen auf freisinniger Grundlage.

Die Zustimmung Eurer Majestät hat es dem unter meinem Vorsitze vereinigten Ministerium möglich gemacht, diese Grundsätze während der Zeit meiner Amtsführung im wesentlichen zur Ausführung zu bringen. Wenn auch die politische Gesamtlage Europas nicht gestattete, ein Verfassungsbündnis zu schließen, in welchem nach meiner Ueberzeugung die Existenz Bayerns mehr als bisher gesichert erschiene, so ist es doch gelungen, die guten Beziehungen Bayerns zu den verbündeten deutschen Staaten in einer Weise zu pflegen, welche jene Stütze gewährt, ohne

welche ein Staat in der Lage Bayerns nicht bestehen kann. Die Erneuerung des Zollvereins hat die wirtschaftlichen Interessen Bayerns sichergestellt und das Ergebnis der Verhandlungen über das frühere deutsche Bundeseigentum hat die nötige Gemeinsamkeit mit den deutschen Staaten in militärischen Angelegenheiten befestigt, ohne Bayern Opfer aufzulegen, die mit der Selbständigkeit des Königreichs nicht vereinbar gewesen wären. Die Durchführung der sozialen Gesetze bildet die freisinnige Grundlage für den Ausbau der inneren Zustände des Landes, wie auch in der neuen Heeresorganisation der Keim jener achtunggebietenden äußeren Macht gelegt ist, welche ich damals als die Lebensbedingung des bayrischen Staats bezeichnet hatte. Diese Grundsätze und ihre Konsequenzen sind aber schon vom ersten Tage meiner amtlichen Tätigkeit an von einer zu jener Zeit nur wenige Stimmen in der Kammer der Abgeordneten zählenden Partei bekämpft worden. Diese Partei hat seitdem nicht aufgehört, die Tätigkeit der Räte der Krone als eine verderbliche für Eure Königliche Majestät und das Land zu bezeichnen. Es ist ihr gelungen, das von ihr zur Schau getragene Mißtrauen in weitere Kreise zu verbreiten.

Eure Königliche Majestät haben mich während dieser Zeit trotz alledem mit einem Grade des Allerhöchsten Vertrauens beehrt, der mich zu um so tieferer Dankbarkeit verpflichtet, als mir bewußt ist, welche Anstrengungen seitens meiner Gegner bei Eurer Königlichen Majestät selbst gemacht wurden, um dieses Allerhöchste Vertrauen zu untergraben.

Gestützt auf diese gnädigen Gesinnungen, konnte ich bisher die Angriffe der Gegner unbeachtet lassen. Nach dem Ausfall der jüngsten Wahlen aber war es meine Pflicht, in Erwägung zu ziehen, ob ich auch noch ferner imstande sei, Eurer Königlichen Majestät meine Dienste mit Erfolg zu weihen. Ich mußte mir die Frage verneinen. Die alleruntertänigste Vorstellung des Gesamtministeriums vom gestrigen Datum hat Eurer Königlichen Majestät die Gründe darzulegen versucht, aus welchen die Fortführung der Geschäfte durch das gegenwärtige Ministerium nicht ratsam erscheint.

Indem ich mich den Schlußfolgerungen der in jenem Schriftstücke enthaltenen Ausführungen anschließe, kann ich nur noch hervorheben, daß ich gegenüber einer Kammer, welche die Gegner des Ministeriums in festgeschlossener Majorität vereinigt, und gegenüber der Opposition der Kammer der Reichsräte, der ich in erhöhtem Maße ausgesetzt wäre, weil mir dieselbe den Mangel des Vertrauens im Lande zu jeder Zeit entgegenhalten würde, es nicht mit meiner Pflicht vereinbaren zu können glaube, ein Amt ferner zu führen, zu dessen erfolgreicher Erfüllung eine energischere Tätigkeit gehört, als die ist, welche mir unter den obwaltenden Verhältnissen ermöglicht würde.

Indem ich daher Eure Königliche Majestät ehrfurchtsvollst zu bitten wage, die mir übertragenen Geschäfte andern Händen anvertrauen zu wollen, welche zurzeit mehr geeignet sind, die Interessen Eurer Königlichen Majestät zu wahren, lege ich an den Stufen des Thrones den Ausdruck des unauslöschlichen Dankgefühls nieder, zu welchem mich die Beweise des Vertrauens und der Gnade Eurer Königlichen Majestät, deren ich in den letzten drei Jahren in so reichem Maße teilhaftig geworden bin, für alle Zeiten verpflichten werden.

An den König.

München, 1. Dezember 1869.

Eure Königliche Majestät haben mir durch Allerhöchstihren Kabinettssekretär aussprechen lassen, daß mir Allerhöchstihr Vertrauen auch jetzt noch zur Seite stehe, und daß ich deshalb ungeachtet des Ausfalls der Wahlen die Geschäfte fortführen möge. Gegenüber diesem Allerhuldvollsten Beweise des Königlichen Vertrauens kann es mir nicht länger geziemen, meine Ueberzeugung zur Geltung zu bringen, daß ich Eurer Königlichen Majestät und dem Lande möglicherweise später bessere Dienste leisten könnte, wenn ich mich jetzt von der politischen Tätigkeit zurückziehen würde. Es ist vielmehr meine Pflicht, dem Allerhöchsten Wunsche zu gehorchen, und habe ich demnach nunmehr zu erwägen, in welcher Weise ich Eurer Königlichen Majestät, indem ich auf meinem Posten ausharre, am meisten nützlich sein könne.

Ich kann nun in dieser Hinsicht wohl als den Willen Eurer Königlichen Majestät ansehen, daß ich nicht die Aufgabe haben soll, den Parteikampf, welcher unglücklicherweise im Lande allzusehr überhandgenommen hat, noch mehr zu steigern und mit einseitigen Maßregeln den Versuch zu machen, die sogenannte patriotische Partei zu Boden zu werfen. Vielmehr glaube ich, daß Eure Majestät den Versuch gemacht wünschen, ob nicht die gemäßigten und loyalen Elemente dieser Partei mit denen der andern zu gemeinsamem Wirken für das Beste des Landes vereinigt und die bestehende Kluft im Volke geschlossen werden könne. Versöhnung wird also, wie ich glaube, die Hauptaufgabe sein, die ich mir zu stellen habe und wohin sich die Politik Eurer Königlichen Majestät Regierung zu richten haben wird.

In der äußeren Politik wird dies eine Veränderung nicht nötig machen. Wie Eurer Majestät bekannt ist, ist mein Bestreben in dieser Richtung nie ein andres gewesen als die Politik der Versöhnung zwischen den streitenden deutschen Großmächten, ebenso wie die Versöhnung zwischen den unabweisbaren Forderungen des nationalen Gedankens und dem Rechte der Gleichberechtigung aller deutschen Stämme, dem unbestreitbaren

Rechte der bayrischen Selbständigkeit und der unantastbaren Souveränität der Krone Eurer Königlichen Majestät. Allerhöchstderselben ist jeder Schritt bekannt und Eure Königliche Majestät haben jeden Schritt gebilligt, welchen ich in der Leitung der äußeren Politik getan habe. Auch glaube ich nicht, daß die Mehrzahl der sogenannten patriotischen Partei etwas andres will, als was seit den letzten Jahren geschehen, daß sie ebensowenig wie Eurer Königlichen Majestät Ministerium die Zerreißung der Allianzverträge, des Zollvereins, der nationalen Rechtsgemeinsamkeit begehrt, welche den Süden und den Norden verbinden. Es bedarf daher wohl nur einer loyalen und offenen Darlegung der Tatsachen und einer klaren Bezeichnung der Endziele, um das bestehende Mißtrauen zu beseitigen.

Sollte aber dies nicht der Fall sein, sollte sich das Mißtrauen an meine Person heften oder sollte die Mehrzahl der patriotischen Partei wirklich andre Tendenzen verfolgen und eine antinationale Politik anstreben, dann allerdings würde es mir mit dem besten Willen, dem Befehle Eurer Königlichen Majestät nachzukommen, doch unmöglich sein, länger die Geschäfte fortzuführen. Denn ein Aufgeben des Programms, mit welchem ich das Ministerium des Aeußern übernommen habe, den Verzicht auf das Bestreben, die trostlose, durch das Jahr 1866 geschaffene Lage Deutschlands zu beseitigen und auf Grund des Prager Friedens den Süden und Norden Deutschlands wieder verfassungsmäßig zu einer höheren Einheit zu verbinden, könnte ich niemals eingehen. Doch bezweifle ich, wie gesagt, daß die patriotische Partei eine solche Politik verlangt. Was dagegen die innere Politik betrifft, so ist kein Zweifel, daß hier eine Wendung insofern eintreten muß, als die Regierung volle Unparteilichkeit wiederzugewinnen und mit Gewissenhaftigkeit festzuhalten hat. Diese Unparteilichkeit dürfte sich aber nicht durch Schwäche gegenüber den Exzessen aller Parteien, sondern in dem Bestreben dokumentieren, ohne Rücksicht auf die Parteien dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Hierzu gehört vor allem die Wiederbelebung des Glaubens an die Unparteilichkeit der Beamten, wodurch allein ihrem Vorgehen wieder Achtung und Nachdruck verschafft werden kann. Es muß vermieden werden, daß die Entscheidungen der Staatsbehörden als von der Parteigesinnung diktiert erscheinen. Die Regierung und ihre Organe müssen objektiv handeln und damit zeigen, daß sie über den Parteien stehen. Wird nun einerseits in dieser Richtung vorgegangen werden müssen, so wird man anderseits auch die dringendsten Wünsche der sämtlichen Parteien, soweit sie berechtigt sind, nicht länger unbefriedigt lassen dürfen.

Zu diesen rechne ich in erster Reihe die Gewährung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Ich würde daher die Allerhöchste Genehmigung

Eurer Königlichen Majestät erbitten müssen, daß schon in der nächsten Thronrede in dieser Beziehung Erklärungen gegeben werden. Als zweite mit dieser verbundene Maßregel erscheint die Reform der Kammer der Reichsräte. Eurer Majestät ist bekannt, daß ich dieses Verlangen bereits beim Eintritt in mein jetziges Amt unter die vorgeschlagenen Maßregeln meines Programms aufgenommen habe. Ich halte es für nötig, diese Frage nicht länger beruhen zu lassen, würde jedoch, um den Wünschen Eurer Königlichen Majestät entgegenzukommen, das Wahlprinzip aufgeben und an dessen Stelle das Prinzip der Präsentation zu setzen vorschlagen. Endlich glaube ich auch hinsichtlich der von der vorigen Kammer dringend gewünschten Einräumung des Rechts der Initiative von Eurer Königlichen Majestät die Ermächtigung erbitten zu sollen, einem unfruchtbaren Streite zwischen Krone und Landesvertretung ein Ende zu machen.

Um nun diese Maßregeln in dem Sinne durchzuführen, wie ich glaube, daß sie durchgeführt werden sollen, wird allerdings notwendig werden, eine Modifikation des Ministeriums eintreten zu lassen und insbesondere das Ministerium des Innern mit einem Manne zu besetzen, der imstande ist, mit voller Ueberzeugung für diese Richtung der Politik einzutreten und der die Fähigkeit besitzt, dieselbe vor der Kammer zu verteidigen. Nachdem der Staatsminister von Hörmann, welchem es an Befähigung hierzu, an Hingebung an Eure Königliche Majestät und an Energie keineswegs fehlt, seinen Austritt aus dem Ministerium für unvermeidlich hält und auch Eure Königliche Majestät diese Ansicht teilen, würde es sich zunächst um die Besetzung der beiden Ministerien des Innern[1]) handeln. Eure Königliche Majestät haben mir durch Allerhöchstderen Kabinettssekretär die Frage stellen lassen, ob ich mit der Wahl des Staatsrats Schubert für die Stelle des Ministers des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten und mit der Ernennung des Präsidenten Lerchenfeld zum Minister des Innern einverstanden sei. Was den Staatsrat von Schubert betrifft, so habe ich gegen denselben nichts einzuwenden. Bezüglich des Freiherrn von Lerchenfeld dagegen erlaube ich mir, nachstehende ehrfurchtsvollste Bedenken vorzutragen. Freiherr von Lerchenfeld ist ein tüchtiger Beamter und ehrenhafter Charakter. Bei der Wahl eines Ministers, insbesondere wenn derselbe in ein Ministerium tritt, welches einen bestimmt ausgeprägten Charakter trägt, sind aber nicht allein die Eigenschaften des zu Wählenden ins Auge zu fassen, sondern es ist auch der politische Ruf in Anschlag zu bringen, welchen derselbe genießt. Nun gilt Freiherr von Lerchenfeld als ultramontan. Er mag diesen Ruf nicht verdienen, allein er hat als Präsident ein Verhalten gezeigt, welches mit Grund zu diesem Urteil

[1]) Das Ministerium des Innern und das Kultusministerium.

Anlaß gibt, und seine Ernennung an Hörmanns Stelle würde deshalb einem Systemwechsel gleichgeachtet werden, die Hoffnungen der Gegner des Ministeriums verstärken, obwohl nicht befriedigen und gleichzeitig das Vertrauen des liberalen Teils der Bevölkerung zu dem Ministerium auf das tiefste erschüttern. Diese Ernennung trüge das Gepräge der Nachgiebigkeit gegenüber der ultramontanen Partei in einem Grade, der den Charakter der Versöhnung und des Ausgleichs weit überschreiten würde. Ohne also mich mit mir selbst in Widerspruch zu setzen, könnte ich nicht mit Freiherrn von Lerchenfeld gemeinsam in einem Ministerium wirken.

Ehe Eure Königliche Majestät über diese Punkte einen Allerhöchsten Entschluß fassen und ehe ich überhaupt raten könnte, eine Modifikation des Ministeriums vorzunehmen und damit die bestehende Krisis zu beendigen, würde ich es für geradezu unumgänglich nötig halten, daß Eure Königliche Majestät vorher dem Ministerium einen reellen Boden schaffen und ihm die Existenz möglich machen, indem Allerhöchstdieselben, dem konstitutionellen Gebrauche folgend, die Häupter der Gegenpartei, welche die Majorität der Kammer der Abgeordneten hat, hören und deren Ansichten und Vorschläge entgegennehmen. Eure Königliche Majestät vergeben dadurch nichts dem der Krone zustehenden Rechte der alleinigen und letzten Entscheidung über die Wahl der Minister und können, wenn Allerhöchstdieselben diese Vorschläge gehört haben, unbeirrt nach Allerhöchstihrem eignen Ermessen handeln. Allein Eure Königliche Majestät sind König des *ganzen* Landes und *aller* Parteien, und ich bin fest überzeugt, es liegt in Eurer Königlichen Majestät wohlverstandenem Interesse, wenn Allerhöchstdieselben auch die andre Seite hören. Man wird darin einen Beweis der landesväterlichen Unparteilichkeit finden, und ich glaube, die vielen ehrlichen Anhänger Eurer Königlichen Majestät, welche sich ohne Zweifel in den Reihen der sogenannten Patrioten finden, sind dieser Allerhöchsten Gnade nicht unwürdig. Wenn ich demnach Eurer Königlichen Majestät meine alleruntertänigste Anschauung unterbreiten darf, so glaube ich, daß Allerhöchstdieselben vor allem einen und den andern Führer der patriotischen Partei, zum Beispiel Ministerialrat Weiß, Staatsrat von Schrenck oder Freiherrn von Thüngen entweder nach Hohenschwangau bescheiden oder durch Allerhöchstihren Kabinettssekretär nicht nur über die Lage im allgemeinen, sondern speziell über die Bildung eines Ministeriums aus jener Partei und dessen Programm befragen sollten. Entsprechen diese Vorschläge den Ansichten Eurer Königlichen Majestät nicht, so haben Eure Königliche Majestät dann erst den vollen Anlaß, meine obige ehrfurchtsvolle Darlegung in Betracht zu ziehen, und ich wiederhole, falls dieselbe Eurer Königlichen Majestät genehm ist, wie ich es bereits telegraphisch anzuzeigen mir erlaubt habe, meine volle Bereitwilligkeit, den Befehlen

Eurer Königlichen Majestät gemäß das Ministerium fortzuführen. Dann nur wird das Ministerium mit Sicherheit vor die Kammer treten und kann die baldige Wiederholung der Krisis vermieden werden.

Journal.

Hohenschwangau, 3. Dezember 1869.

Resultat der Besprechungen in Hohenschwangau.

Der König und seine Umgebung sind durch die zahlreichen Briefe von allen Seiten, die sie von München bekommen haben, zu der unerschütterlichen Ueberzeugung gekommen, daß Hörmann und Gresser nicht zu halten sind und daß diese beiden Minister gewechselt werden müssen. Ich widersprach und schlug vor, die Aenderung des Ministeriums bis nach der Kammereröffnung und den ersten Debatten zu vertagen. Die Befürchtung, daß dies zu größeren Eingriffen führen und das Werk der Versöhnung mit dem Lande hindern könne, überwog aber in einem Grade, daß ich mit meiner Ansicht nicht durchdrang.

Der König versicherte mich seines vollen Vertrauens und wollte zuerst die Entlassung aller Minister annehmen und mich mit der Neubildung des Ministeriums respektive den betreffenden Vorschlägen beauftragen. Ich lehnte dies ab, da hierzu nicht der Moment sei. Es werde bei dieser Neubildung doch nichts andres herauskommen als höchstens die Entfernung Hörmanns und Gressers, wozu da die großen Worte von Neubildung des Ministeriums anwenden. Auch sei dies gegen die bisherige Uebung. Nun beauftragte mich der König, ihm für Hörmann und Gresser andre Minister vorzuschlagen. Pracher und Lerchenfeld, gegen die ich mich bestimmt erklärte, ließ er fallen, wollte aber dagegen von Feder und Pfeufer nichts wissen. Ich diskutierte mit ihm über diese und kam schließlich zu dem Resultat, daß ich nach Rücksprache mit den Ministern und nach näheren Erkundigungen auch bei Hörmann selbst, „der am besten seinen Nachfolger nennen könne“, dem König in den nächsten Tagen schreiben solle.

Mit der Vorlage eines Wahlgesetzes an die Kammer ist der König einverstanden. Ferner soll ich Eisenhart[1]) Vorschläge machen über die Form, in welcher die Entlassung der Minister zu geschehen habe und in welcher das Promemoria der Minister zu bescheiden wäre.

---

[1]) Am 21. September 1869 war der Ministerialrat von Lipowsky seiner Funktion als Sekretär des Königs enthoben worden. An seine Stelle trat der Appellationsgerichtsrat Eisenhart, dessen Ernennung zum Ministerialrat und Sekretär des Königs am 5. Januar 1870 erfolgte.

Auf eine vorherige Besprechung mit Ultramontanen will der König nicht eingehen, und zwar aus dem nicht zu widerlegenden Grunde, daß man gar keiner festgeschlossenen Partei gegenüberstehe, also nicht mit Parteichefs verhandeln, sondern nur mit Privatpersonen reden könne. Letzteres sei schon genügend durch Eisenhart geschehen, und der König wolle von ihren Vorschlägen nichts wissen. Der König versicherte mich wiederholt seines besonderen Vertrauens. Er kannte alle Geschichten, Intrigen, Schwätzereien u. s. w. auf das genaueste.

An den Kabinettssekretär Eisenhart.

München, 5. Dezember 1869.

... Ich habe heute Morgen sofort mit Lutz und Schlör gesprochen, mit ersterem die Lage besprochen und ihm die Entschließungen Seiner Majestät mitgeteilt, mit letzterem die kleinen Häkeleien, die zwischen uns bestanden, weggeräumt, so daß ich glaube, jetzt mit Schlör gut fortkommen zu können. Dann ging ich zu Hörmann, setzte ihn von dem Willen Seiner Majestät in Kenntnis und benachrichtigte Gresser. Um 1 Uhr war Ministerrat. Hier berichteten Pranckh und ich über unsre Reise, und ich eröffnete nun im Plenum des Ministerrats den Ministern, daß Seine Majestät die Entlassung der Herren von Hörmann und Gresser annehme, dagegen die der übrigen Minister nicht genehmige. Was die Form anbetrifft, so wurde es von den beiden Beteiligten sowohl als von den übrigen Ministern als der geeignete Weg angesehen, wenn Euer Hochwohlgeboren Seiner Majestät vorschlügen, daß durch Allerhöchstes Signat die Entlassung der Minister, welche Seine Majestät im Amte behalten wollen, nicht genehmigt, dagegen die der Herren von Hörmann und Gresser angenommen würde. Dies könnte auf den Antrag des Gesamtministeriums geschehen. Doch dürfte noch an jeden der beiden abgehenden Minister ein Handbillett angezeigt sein. Auch würde ich vorschlagen, daß mit den beiden Herren über ihre Weiterverwendung Rücksprache genommen würde. Die Verwesung der beiden Ministerien könnte durch Staatsräte geschehen.

Was die Wiederbesetzung der beiden Stellen betrifft, so ist unter den einsichtigen Menschen, die ich gefragt habe, kein Zweifel, daß der geeignetste Herr von Feder ist. Ich weiß durchaus niemand anders. Die Konzession, die der ultramontanen Partei durch die Entlassung Hörmanns und Gressers gemacht wird, ist so groß, daß es nicht der weiteren Konzession bedarf, einen ultramontan gefärbten Minister zu nehmen. Feder ist liberal, hat aber nie den Ultramontanen Anlaß zu Unzufriedenheit gegeben. Lieber wäre mir Graf Hegnenberg, der nimmt aber ohne Zweifel nicht an.

Jedenfalls wäre es gut, wenn ich telegraphisch die Antwort erhielte. Dann könnte ich gleich mit Feder reden, und die Sache käme zu Ende.

Wenn es noch einige Tage dauert, so wird die Aufregung in den Kreisen der Ministerkandidaten immer größer. Jeder, der seinen Namen schreiben kann, bildet sich in solcher Zeit ein, daß er zum Minister berufen sei und wird zum Unzufriedenen, wenn man ihn nicht wählt.

An den König.

München, 5. Dezember 1869.

Eure Königliche Majestät haben die Gnade gehabt, mich zu beauftragen, über die Wiederbesetzung der Ministerien des Kultus und des Innern Allerhöchstderselben Vorschläge zu machen. Ich habe nun, soweit es bei der Kürze der Zeit möglich war, die umfassendsten Erkundigungen eingezogen, mit erfahrenen Mitgliedern des Beamtenstands und insbesondere auch, dem speziellen Auftrage Eurer Königlichen Majestät entsprechend, mit dem derzeitigen Minister des Innern Rücksprache gepflogen, und von allen ist als die zurzeit geeignetste Persönlichkeit für das Ministerium des Innern der Präsident der Kreisregierung in Ansbach Herr von Feder bezeichnet worden. Es wird an ihm gerühmt, daß er ein allseitig gebildeter, sehr erfahrener, durchaus loyaler Beamter ist, daß er Redegabe besitzt und daß er durch die Versöhnlichkeit des Charakters die Garantie bieten werde, in der jetzigen schwierigen Lage nach keiner Seite hin zu verletzen.

Alle andern höheren Staatsbeamten, welche ihrer Stellung nach zu einem Ministerposten berufen werden könnten und welche ich mit meinen Kollegen durchgesprochen habe, sind in einer oder der andern Weise entweder Eurer Königlichen Majestät nicht genehm oder unbrauchbar oder zurzeit nicht möglich. Unter diesen Umständen und da Eure Königliche Majestät den Zustand der Ungewißheit baldmöglichst beendigt zu sehen wünschen, bleibt mir nichts, als Eure Königliche Majestät alleruntertänigst zu bitten, mir allergnädigst zu gestatten, im Allerhöchsten Auftrage mit dem Präsidenten von Feder unterhandeln zu dürfen. Bezüglich des Ministeriums des Innern für Kultus- und Schulangelegenheiten haben mich Eure Königliche Majestät bereits beauftragt, mit Staatsrat von Schubert zu sprechen, ein Auftrag, den ich morgen ausführen werde.

Aufzeichnung.

München, 7. Dezember 1869.

Sonntag Ministerrat. Hörmann und Gresser den Entschluß des Königs mitgeteilt, daß er sie entlassen will. Abends mit Schlör und Lutz beraten. Es wurde beschlossen, Präsident Feder dem Könige vorzuschlagen. Ich berichte sofort an den König. Montag früh zu Hegnenberg. Er ist nicht abgeneigt, das Ministerium des Innern zu übernehmen. Bittet um 24 Stunden Bedenkzeit. Dienstag den 7. schickt er mir den Brief seines

Arztes, der ihm auf das entschiedenste abrät. Nun nach Berg telegraphiert und um die Ermächtigung gebeten, mit Feder unterhandeln zu dürfen. Der König will von Feder nichts wissen. Ich antworte, daß ich keinen andern wisse.

Einladung an die Minister zur Beratung morgen 10 Uhr früh. Heute mit Schubert verhandelt, der seine Bedenken äußert und seine Gesundheit als zu gestört angibt. Doch will er die Sache bis morgen überlegen. [1])

München, 9. Dezember 1869.

Heute Morgen dem königlichen Auftrag entsprechend mit Graf Hegnenberg nochmals gesprochen. Er beweist, daß es gar nicht möglich ist, da er an einem Herzfehler leidet, wodurch ihm jede Tätigkeit unmöglich wird.

Mit Marquard Barth gesprochen. Er ist sehr erfreut zu hören, daß ich kein Koalitionsministerium bilden will, perhorresziert Lerchenfeld, Daxenberger und Völderndorff. Mit Feder und Schubert einverstanden. Rät auch zu Hohe! Auch Pfeufer wäre der Fortschrittspartei recht.

Mittags zu Schubert, den ich nicht zu Hause traf, der aber zu mir kam. Er wird wieder in seinem Entschluß schwankend und bittet sich noch Bedenkzeit aus.

Dann an Feder telegraphiert, der hierherkommen wird.

Nachmittags Diplomatentag, abends die Minister.

10. Dezember, Abends.

Um 12 Uhr mit Feder gesprochen. Aengstlicher Bureaukrat, der sich nicht traut, das Ministerium zu übernehmen. Er geht weg und verspricht Antwort. Ich konferiere mit den Ministern und schreibe dann an Feder, was wir ihm bieten. Abends kommt seine und Schuberts Ablehnung. Nun Brief an Eisenhart, worin ich Pfeufer als das ultimum refugium bezeichne.

München, 15. Dezember 1869.

Beschluß im Ministerrat: Einberufung der Kammern notwendig.

Provisorisches Versehen des Ministeriums des Innern bis zum Zusammentritt der Kammer nicht ratsam.

Also Minister des Innern Pfeufer oder Braun (direkte Wahlen), Kultus Lutz. Nach Hohenschwangau berichten lassen. Telegramm mit vorläufiger Anzeige.

Am 17. Dezember an Eisenhart telegraphiert, daß Braun annimmt.

---

[1]) Laut Telegramm an Eisenhart vom 8. Dezember lehnte er an diesem Tage ab.

In der Thronrede, mit welcher der Landtag am 17. Januar 1870 eröffnet wurde, sagte König Ludwig in Rückblick auf die Parteikämpfe der Wahlperiode:

„Der Widerstreit entgegenstehender Meinungen hat in der letzten Zeit einen Grad ungewöhnlicher Heftigkeit erreicht. Infolgedessen haben sich vielfach irrtümliche und beunruhigende Vorstellungen verbreitet. Im Vertrauen auf Ihrer aller Vaterlandsliebe und Einsicht gebe ich mich der Hoffnung hin, daß das Vorbild maßvoller Haltung, welches Sie dem Lande geben werden, wesentlich zu seiner Beruhigung beitragen wird.

Ich weiß, daß manche Gemüter die Sorge erfüllt, es sei die wohlberechtigte Selbständigkeit Bayerns bedroht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt. Treu dem Allianzvertrage, für welchen ich mein königliches Wort verpfändet habe, werde ich mit meinem mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Bayerns einstehen, wenn es unsre Pflicht gebietet.

So sehr ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der deutschen Staaten wünsche und hoffe, so werde ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbständigkeit Bayerns nicht gefährdet.

Indem ich der Krone und dem Lande die freie Selbstbestimmung wahre, erfülle ich eine Pflicht nicht allein gegen Bayern, sondern auch gegen Deutschland. Nur wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung Gesamtdeutschlands auf dem Boden des Rechts."

Die Kammer der Reichsräte hatte am 18. Januar 1870 einen Ausschuß für den Entwurf einer Adresse an den König zur Beantwortung der Thronrede gewählt. Diesem Ausschusse gehörten an außer dem Direktorium — dem durch den König ernannten ersten Präsidenten, Freiherrn von Stauffenberg, dem von der Kammer gewählten zweiten Präsidenten, Freiherrn von Thüngen, und den ebenfalls von der Kammer gewählten beiden Sekretären, Reichsrat von Niethammer und Grafen von Lerchenfeld — drei für diesen Zweck besonders gewählte Mitglieder, nämlich der Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums von Harleß, Freiherr von Aretin und Reichsrat von Bomhard. In dem von dieser Kommission vorgelegten Entwurfe lauteten die Absätze 4 und 5 wie folgt:

„Entsprechend der tiefgefühlten Treue gegen Eure Majestät und der festen Anhänglichkeit an das Land und dessen selbständige Entwicklung, hat sich in der Majorität des Volkes ein durch die Parteistellung des

Ministeriums noch gesteigertes Mißtrauen gebildet, dessen Ausdruck der Erfolg der Wahlen ist.

Wohl sind die erhabenen Worte Eurer Majestät geeignet, die erregten Gemüter zu beruhigen. Allein ein wirkliches Vertrauen wird nur dann zurückkehren, wenn es Eurer Majestät gelingt, Männer als Räte der Krone zu finden, welche den entsprechenden Willen mit der Festigkeit des Handelns vereinen und die in gleicher Weise das Vertrauen Eurer Majestät wie das des Landes besitzen."

Nachdem in der Generaldebatte über den Entwurf der Adresse der zweite Präsident, Freiherr von Thüngen, das Mißtrauensvotum gegen die Politik des Fürsten Hohenlohe begründet hatte, erwiderte dieser:

Nachdem der zweite Herr Präsident meinem Wunsche entgegengekommen ist, mir Gelegenheit zu geben, mich gegen die Anschuldigungen, welche in der Adresse enthalten sind, zu verteidigen, so werde ich von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. Ich kann dabei ein gewisses Erstaunen nicht unterdrücken, daß die Mitglieder des hohen Ausschusses erst jetzt von einem solchen Mißtrauen gegen die Königliche Staatsregierung befallen werden, nachdem sie sich drei Jahre demselben Ministerium gegenüber befanden, ohne demselben je ein Zeichen des Mißtrauens gegeben zu haben, ja der bedeutendste, der folgenreichste Akt des Ministeriums, welchem ich vorzustehen die Ehre habe, die Erneuerung des Zollvereins ist unter Zustimmung der Majorität des hohen Hauses, in welcher sich auch der größte Teil der Ausschußmitglieder befunden hat, vollzogen worden. Seitdem sind zwei Jahre vergangen. In dieser Zeit ist nicht ein Akt meiner amtlichen Tätigkeit in diesem hohen Hause auch nur einer Kritik unterstellt worden, und ich denke, Sie würden es nicht unterlassen haben, wenn ein Grund dazu vorhanden gewesen wäre.

Das letztemal haben sich die Kammern im Mai v. J. getrennt.

Was ist seitdem Neues geschehen, um den Tadel zu rechtfertigen, welcher heute gegen die Minister ausgesprochen werden soll?

Der zweite Herr Präsident sagt, es seien nicht bestimmte Tatsachen, sondern mehrere kleine Tatsachen, die zusammengerechnet das Mißtrauen rechtfertigen.

Der zweite Herr Präsident hat auf meine Haltung im Zollparlament hingewiesen. Es wird mir dadurch Gelegenheit gegeben, die Angriffe, welchen ich in dieser Beziehung in einem Teil der Presse ausgesetzt gewesen bin, zu beleuchten. Es handelt sich von der Rede, welche ich bei Gelegenheit meiner Wahl zum Vizepräsidenten gehalten habe.[1])

---

[1]) Siehe Seite 369.

Ich bitte, meine hohen Herren, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, was ich damals gesagt habe. Ich wies darauf hin, daß ich meine Wahl zum Vizepräsidenten dem Vertrauen der Mitglieder des Zollparlaments verdanke, und ich konstatierte, daß dieses Vertrauen sich auf meine außerhalb des Parlaments liegende Tätigkeit beziehe.

Ich präzisierte diese Tätigkeit aber mit den Worten: Es sei das Bestreben, die Eintracht, die Versöhnung und Verständigung der deutschen Stämme zu befördern. Ich begreife nicht, wie ein solches Bestreben mir von den Organen der sogenannten patriotischen Partei als Vergehen angerechnet werden kann.

Ich will aber die kleinen Tatsachen nun beiseite lassen und zu dem eigentlichen Kern der Sache übergehen.

Der Herr Präsident Freiherr von Thüngen hat es offen gesagt, der Tadel sei vorzugsweise mir bestimmt, das Mißtrauen richte sich gegen meine ganze politische Anschauung und Haltung seit zwanzig Jahren.

Wenn Sie nun, meine hohen Herren — ich meine damit die Herren Ausschußmitglieder —, bisher keinen Tadel gegen das Ministerium ausgesprochen haben, so darf ich annehmen, daß Sie es deshalb nicht getan haben, weil Sie auf Erfolg nicht rechnen konnten.

Gegen solche Anklagen brauche ich mich übrigens nicht weiter zu verteidigen, allein ich bin es mir selbst schuldig, einen Rückblick auf meine ganze politische Tätigkeit während der letzten drei Jahre zu werfen, und ich bin hierzu um so mehr veranlaßt durch die schönen und tiefgedachten Worte Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Karl Theodor in Bayern.[1])

Meine hohen Herren! Ich will nicht zurückgehen auf die Ereignisse vor dem Jahre 1866.

Ich will nicht untersuchen, ob das Schicksal, welches Bayern im Jahre 1866 getroffen hat, nicht durch rechtzeitiges Eingehen auf die Vorschläge bezüglich der Reform der deutschen Bundesverfassung zu vermeiden gewesen wäre. Jene Vorschläge sind von der damaligen Staatsregierung nicht mit der Bereitwilligkeit aufgenommen worden, welche notwendig gewesen wäre, um zu einem befriedigenden Resultate zu führen. Darin hat der zweite Präsident vollkommen recht, daß er mich auf meine frühere Tätigkeit in diesem hohen Hause verweist. Ich habe es damals

---

[1]) Herzog Karl Theodor hatte „die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines ganz Deutschland umfassenden nationalen Bandes" betont und der bisherigen Führung der auswärtigen Angelegenheiten bezeugt, daß sie das doppelte Ziel, Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns und Herstellung einer ganz Deutschland umfassenden Bundesverfassung stets angestrebt habe. Er hatte es aus diesem Grunde abgelehnt, sich dem in dem Adreßentwurfe enthaltenen Mißtrauensvotum anzuschließen.

schon an Warnungen nicht fehlen lassen, die aber nicht beachtet wurden. So wurde Bayern unvorbereitet von den Ereignissen des Jahrs 1866 überrascht, und es mußte nun die Folgen früherer politischer Fehler büßen.

Die Lage Bayerns am Schlusse des Jahrs 1866 war eine trostlose. Die Verbindung, welche bis dahin die deutschen Staaten geeinigt hatte, war zerrissen, der deutsche Bund aufgelöst, Oesterreich aus jeder näheren Verbindung mit Deutschland ausgeschieden, der Zollverein war gekündigt und Bayern demnach nicht allein in seiner politischen Stellung bedroht, sondern auch der Gefahr ausgesetzt, seine wirtschaftlichen Interessen geschädigt zu sehen. Die norddeutschen Staaten waren teils Preußen einverleibt, teils im Begriffe, dem engeren Bunde beizutreten. Den süddeutschen Staaten bot der Prager Friedensvertrag den Trost, sich zu einem Vereine zusammenschließen zu können, dessen nationale Verbindung mit dem Norden der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb.

Schon im August des Jahrs 1866 habe ich in diesem hohen Hause darauf hingewiesen, welche Gefahren aus einer solchen Gestaltung der Dinge entstehen würden. Ich habe durchaus nichts zurückzunehmen von dem, was ich damals hier gesagt habe.[1]) Ich riet, die Zeit zu benutzen, solange noch alles im Fluß sei, die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland anzubahnen, ehe der Norddeutsche Bund abgeschlossen sei.

Ich sagte: Wenn das Gebäude des Norddeutschen Bundes fertig sei, so würden wir entweder ausgeschlossen bleiben oder wir müßten Bedingungen annehmen, welche die Rechte der Dynastie und des Landes schädigen könnten. Die hohe Kammer und die Staatsregierung waren damals andrer Ansicht als ich, und als ich Ende des Jahrs 1866 in das Ministerium trat, waren die Prinzipien des Norddeutschen Bundes festgestellt und die Annexionen in Preußen vollzogen.

Einem so gearteten Bunde beizutreten, konnte ich nicht raten.

Meine Erklärungen, welche ich im Januar 1867 gegeben habe, lassen über die Absichten der Staatsregierung bezüglich des Nichteintritts in den Norddeutschen Bund keinen Zweifel. Allein es wäre ein Fehler gewesen, wenn man im bloßen Abwarten das Ziel der bayrischen Politik sich hätte vorsetzen wollen, und ich habe nicht gewartet, bis man mir Vorschläge entgegentrüge.

Ich begann zunächst mit den süddeutschen Staaten die bekannten Verhandlungen, welche den Zweck hatten, die militärischen Kräfte der süddeutschen Staaten auf gleichmäßiger Grundlage so zu organisieren, daß

---

[1]) Siehe Seite 171.

sie zu gemeinsamer achtunggebietender Macht befähigt werden. Dies führte zur Stuttgarter Vereinbarung vom Februar 1867.

Wenn es aber, meine hohen Herren, unbestreitbar ist, daß die deutschen Mittelstaaten ihre Existenz nicht sowohl ihrer Macht als vielmehr ihren geschichtlichen und vertragsmäßigen Rechten verdanken, so mußte es sich mir als unabweisbare Pflicht aufdrängen, sobald als möglich für die Stellung der Mittelstaaten wieder den Boden vertragsmäßiger Rechte zu finden. Dies war die Veranlassung zu den Verhandlungen mit Württemberg und Baden über ein Verfassungsprojekt, welches die Gründung eines weiteren Bundes für die süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde zum Zweck hatte. Ich habe im Herbst des Jahres 1867 eingehend darüber Auskunft erteilt, aber ehe noch diese Vereinbarung zum Abschluß kam, wurde der Zollverein auf seiner neuen Grundlage abgeschlossen. Schon damals konnte ich mir nicht verhehlen, daß die Entwicklung, die Neugestaltung des Zollvereins abgewartet werden müsse, ehe man ermessen könne, ob das Verfassungsprojekt, welches jenen Verhandlungen zugrunde lag, seine Lebensfähigkeit werde bewähren können. Die Erfahrungen, welche wir innerhalb des neugestalteten Zollvereins gemacht haben, zeigen, daß jenes Verfassungsprojekt in seiner damaligen Form Aussicht auf Verwirklichung nicht hat.

Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich niemals versucht habe, das erfolgreichste Mittel für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten anzuwenden, nämlich die Gründung des süddeutschen Bundes, so wird mir die Verantwortung darüber nicht schwer.

Zu einem süddeutschen Bunde gehören süddeutsche Staaten, die ihn abschließen.

Daß Baden einem süddeutschen Bunde ungünstig gestimmt ist, wird Ihnen bekannt sein. Aber auch in Württemberg ist keine Aussicht auf Gründung eines süddeutschen Bundes, wenngleich in Württemberg eine ansehnliche Partei besteht, welche den süddeutschen Bund auf ihr Programm geschrieben hat. Die württembergische Regierung hat sich in den Kammern schon vor längerer Zeit und wiederholt auf das entschiedenste gegen diese Ansicht ausgesprochen und Sie, meine hohen Herren, werden mir am wenigsten zumuten, mit Umgehung der württembergischen Regierung jener Südbundpartei die Hand zu reichen.[1]

Wenn aber auch ein Südbund mit einem süddeutschen Parlament und einer süddeutschen Exekutive eine Unmöglichkeit ist, so halte ich es doch noch heute für das eigentliche Ziel, welches ein bayrischer Minister anstreben muß, eine möglichst nahe Verbindung der süddeutschen Staaten

---

[1] Siehe Seite 344.

und ein gemeinsames Handeln derselben in allen politischen Fragen anzubahnen, und in dieser Beziehung glaube ich behaupten zu können, daß ich mehr geleistet habe, als jemals ein bayrischer Minister geleistet hat.

Die Gründung der süddeutschen Festungskommission und der Abschluß der Liquidationsverhandlungen bieten dafür den deutlichsten Beweis.

Es ist damit eine süddeutsche Einrichtung geschaffen, die einzige, die seit fünfzig Jahren ins Leben getreten ist.

Ob diese Einrichtung Ihren Beifall findet, kann ich nicht ermessen. Was mich betrifft, so glaube ich damit nicht nur im bayrischen, sondern im deutschen Interesse gehandelt zu haben, da die Erfüllung der Allianzverträge durch diese Einrichtung erleichtert wird.

Am Schluß der Generaldiskussion sagte der Fürst:

Meine hohen Herren! Ich will Ihnen offen sagen, was ich als den Grund Ihres Mißtrauensvotums ansehe. Ihre Wortführer haben sich einer Partei angeschlossen, welche zwar von den Allianzverträgen spricht, im Grunde ihres Herzens aber mir die Vertragstreue dem Norddeutschen Bunde gegenüber zum Vorwurf macht. Nur so kann ich das Mißtrauensvotum, welches Sie zu formulieren im Begriffe sind, mir erklären, und wenn ich es mir so erkläre, so muß ich es als ein ehrenvolles Zeugnis meiner politischen Tätigkeit hinnehmen.

Das Mißtrauensvotum und die ganze Adresse wurde mit unwesentlichen Aenderungen des Wortlauts von der Kammer angenommen. Mit „Nein" stimmten zwölf Reichsräte, unter ihnen der Herzog Karl Theodor in Bayern. Die übrigen königlichen Prinzen, nämlich Prinz Otto, Prinz Luitpold, Prinz Ludwig, Prinz Leopold, Prinz Adalbert und Herzog Ludwig in Bayern stimmten der Adresse zu.

Der Empfang der Adresse und der zu ihrer Ueberreichung gewählten Deputation wurde durch königliches Schreiben vom 1. Februar 1870 abgelehnt. Das Schreiben lautet:

„Die Adresse der Kammer der Reichsräte hat durch prinzipielle Angriffe auf den Gesamtbestand des gegenwärtigen Ministeriums ohne jede tatsächliche oder gesetzlich greifbare Begründung dem Geist der Versöhnung nicht entsprochen, welchen ich in meiner Thronrede der Landesvertretung entgegengebracht habe, und hierdurch die Möglichkeit ihrer Annahme für mich ausgeschlossen. Uebrigens werde ich deshalb nicht vermeiden, dem Lande die durch das Uebermaß der Parteibewegung gestörte Ruhe wiederzugeben. Von dieser Entschließung ist der erste Präsident der Kammer der Reichsräte sofort zu verständigen."

In der Kammer der Abgeordneten begann die Adreßdebatte am 29. Januar 1870. Das Mißtrauensvotum gegen den Fürsten Hohenlohe war in den Absätzen 3 und 4 des Adreßentwurfs so formuliert:

„Eurer Majestät Königliches Wort: ‚Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossen habe, sind dem Lande bekannt,‘ legt den Grund zur Beruhigung der durch ein schweres Schicksal beunruhigten Gemüter. Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unserm Volke Eingang finden.

Aber wir leben in einer Zeit, die zu entscheidenden Krisen führt und wo von europäischen Rechtszuständen kaum mehr die Rede sein kann. Die Verträge mit Preußen sind erfahrungsmäßig der Deutung fähig und die möglichen Deutungen verbreiten Beängstigung im Volke. Daraus entspringt unwillkürlich das Verlangen nach einem Leiter unsrer auswärtigen Angelegenheiten, dem das Vertrauen des Landes entgegengetragen werde.“

Gleich nach Beginn der Generaldebatte hielt der Fürst die folgende Rede:

Meine Herren! Der Entwurf der Adresse verlangt einen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Bayerns, welchem das Vertrauen des Landes entgegengetragen würde. Er will damit offenbar sagen, daß mir dieses Vertrauen fehle.

Die Adresse gibt Gründe hierfür nicht an, sie bezeichnet jenes Verlangen als ein „unwillkürliches“ und weist nur ganz im allgemeinen auf bevorstehende Krisen und auf die Möglichkeit von Deutungen, deren die mit Preußen geschlossenen Verträge erfahrungsmäßig fähig seien.

Auf dieses Gebiet der subjektiven unwillkürlichen Gefühle, der Antipathien und Sympathien, kann ich nicht eingehen. Wenn der Herr Referent [1]) und seine Parteigenossen und mit ihnen die Majorität des Ausschusses mich nicht für fähig halten, die Verträge mit Preußen in einer Weise zu deuten und vielleicht umzudeuten, wie sie den Anschauungen seiner Parteigenossen entspricht, so will ich darüber nicht streiten.

Ich möchte aber der Debatte eine positive Grundlage schaffen, und deshalb erlauben Sie mir, daß ich schon jetzt Ihnen in kurzen Worten meine politische Tätigkeit während meiner dreijährigen Amtsführung darlege. Diese meine Ausführung kann aber nur darin bestehen, Sie auf die Grundsätze zu verweisen, mit welchen ich in das Ministerium getreten bin, und darzulegen, daß ich diesen Grundsätzen treu geblieben bin.

---

[1]) Referent war Edmund Jörg, der Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter“.

Die Grundsätze nun, nach deren Darlegung Seine Majestät der König mich vor drei Jahren an die Spitze der Geschäfte gestellt hat, sind dieselben, welche die jüngste Thronrede fest und bestimmt ausspricht. Zu verteidigen brauche ich dieselben nicht; der Entwurf stimmt diesen Grundsätzen mit so viel Wärme zu, daß nichts zu wünschen übrigbleibt.

Meine Herren! Ich kann den leitenden Gedanken meiner Politik in zwei Sätze zusammenfassen. Es ist die Erhaltung des Zusammenhangs der süddeutschen Staaten mit dem Norden und die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Bayerns.

Wenn Sie die Verhandlungen der bayrischen Kammern seit dem Jahre 1848 durchgehen, so werden Sie nicht leicht eine Diskussion allgemein politischen Inhalts finden, in welcher nicht der nationale Gedanke zum Ausdruck gekommen wäre. Dieser Gedanke des Zusammenhangs der deutschen Stämme, die Wiederherstellung der nationalen Verbindung hat durch die Ereignisse des Jahres 1866 an Bedeutung nicht verloren. Gerade das Gefahrvolle der Lage, in welche die Mittelstaaten durch jene Ereignisse — die Zerstörung des Deutschen Bundes — versetzt waren, hat den Ruf nach Sicherstellung dieser Lage vermehrt. Ausgehend von dem Grundsatze, daß die Mittelstaaten nicht ihrer Macht, sondern ihrem vertragsmäßigen und historischen Rechte ihre Stellung verdanken, mußte die Staatsregierung darauf Bedacht nehmen, den Mittelstaaten sobald als möglich den Boden vertragsmäßiger Rechte wiederzugewinnen. Wir sind einmal die Schwächeren in Deutschland, und die Geschichte lehrt, daß der Schwächere, wenn er in ungünstiger Lage ist, durch Abwarten nicht gewinnt, sondern immer nur verliert. Aus diesem Grunde habe ich stets von neuem gestrebt, die Bestimmungen des Nikolsburger Präliminarvertrags, der zurzeit die Grundlage der deutschen Politik bildet, zum Vollzug zu bringen, und wer auch zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in Bayern berufen sein wird, der wird die Erfahrung machen, daß, je später die nationale Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands auf vertragsmäßigem Wege geregelt wird, um so größer die Opfer sein werden, welche Bayern zu bringen haben wird.

Die praktische Anwendung meiner soeben entwickelten Grundsätze ergab sich sofort bei Erneuerung des Zollvereins. Wenn wir damals aus der wirtschaftlichen Verbindung mit dem Norden ausgetreten wären, wenn wir damit eine gesonderte Stellung eingenommen hätten, die nicht nur in bezug auf die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch in bezug auf unsre ganze politische Stellung eine isolierte geworden wäre, so unterliegt es keinem Zweifel, daß wir diese Stellung in kurzer Zeit und mit weit größeren Opfern an unsrer Selbständigkeit wieder hätten aufgeben müssen.

Meine Herren! Ich bin stolz darauf, daß ich damals jene Verhandlungen zu einem glücklichen Resultate geführt habe und daß es mir gelungen ist, die Zustimmung beider Kammern zu dem Zollvereinsvertrag zu erhalten und jene Abtrennung des Südens oder, um mich besser auszudrücken, nachdem Württemberg und Baden der Erneuerung des Zollvereinsvertrags zugestimmt hatten — die Abtrennung Bayerns von dem übrigen Deutschland zu verhindern.

Eine weitere Frage, in der jene Grundsätze zur Anwendung gekommen sind, war die gleichmäßige Gestaltung des deutschen Wehrsystems.

Ich beklage mit Ihnen die Lasten, welche dem Volke für militärische Zwecke auferlegt werden, allein, meine Herren, so wenig angenehm Ihnen diese Behauptung klingen mag, diese Lasten sind notwendig, um Bayern das Schicksal zu ersparen, im Momente der Gefahr wehrlos dazustehen und dann Opfer bringen zu müssen, im Vergleich zu welchen diejenigen Leistungen, die wir jetzt für die Armee verlangen, eine Kleinigkeit sind. Aber diese Lasten können auch deshalb nicht vermindert werden, weil wir die Verpflichtungen erfüllen wollen, welche uns das Gesamtinteresse Deutschlands auferlegt. Die Verträge, welche Süddeutschland zur Wahrung der Integrität deutschen Gebiets mit Preußen abgeschlossen hat, waren vorhanden, als ich ins Amt trat, und ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne einem in der Presse aufgetauchten Vorwurf entgegenzutreten. Ich nehme Anlaß, um mit Entschiedenheit hervorzuheben, daß ich diese Verträge nie geleugnet habe. Wenn ich in meiner Rede vom 19. Januar 1867, wo ich das Geheimnis noch zu bewahren hatte, den Inhalt jener Verträge als dasjenige hinstellte, was Bayern auch aus allgemein politischen Gründen zu erstreben habe, so kann mir daraus sicherlich ein Vorwurf nicht gemacht werden. Der Adreßentwurf betont so entschieden, daß ein Vertragsbruch in Bayern unmöglich sei, daß ich kein Wort in dieser Richtung weiter verliere.

Aber, meine Herren, es gibt eine zweifache Art des Vertragsbruchs, eine offene und eine versteckte. Sollte der Allianzvertrag nicht illusorisch werden, so mußte die Wehrkraft des Südens der des Nordens ebenbürtig gemacht werden, nicht weil der Wortlaut des Allianzvertrags uns dazu verpflichtete, sondern aus freiem Entschlusse und weil Bayern seiner Stellung, seiner eignen Würde schuldet, ein wertvoller Alliierter zu sein. Weil ich aber auch auf die Gemeinschaft des Südens stets einen entscheidenden Wert gelegt habe, so wurde, um diese Organisation möglichst gleichmäßig für Süddeutschland zu erzielen, die Vereinbarung von Stuttgart im Februar 1867 getroffen, an welche sich dann der Vertrag vom 10. Oktober 1868 sowie die Verhandlungen der Liquidationskommission in diesem Sommer anschlossen, deren Resultate bekannt sind. Wenn sich hieraus ergibt, daß die Regierung alles getan

hat, um Deutschland vor weiterer Zersplitterung zu bewahren, eine Tätigkeit, die, wie ich mich wohl rühmen darf, unzweifelhaft zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen hat, so wird doch niemand imstande sein, in allen diesen Handlungen irgend etwas zu finden, was der Selbständigkeit Bayerns zu nahe treten und die Rechte der Krone oder des Landes schädigen könnte.

Was ich außerdem angestrebt habe, um die deutschen Verhältnisse einer definitiven Regelung zuzuführen, ist Ihnen bekannt. Ich habe darüber bei früheren Gelegenheiten ausführlich Rechenschaft gegeben. Man mag darüber urteilen wie man will, das eine aber wird die Zukunft lehren, es wird keinem bayrischen Minister gelingen, einen andern Weg zu finden, um der Aufgabe, welche nach dem Inhalt der Nikolsburger Präliminarien gestellt ist, gerecht zu werden und die nationale Einheit mit der berechtigten Selbständigkeit Bayerns in Einklang zu bringen, als den, welchen ich gegangen bin.

Meine Herren! Es konnte, und damit werden die praktischen Politiker dieses Hauses einverstanden sein, nicht Aufgabe der Regierung eines Staats von der Stellung Bayerns sein, sich der unfruchtbaren Bemühung hinzugeben, theoretischen Ausarbeitungen Anerkennung zu verschaffen, deren Annahme nicht durch inneren Wert der Arbeit, sondern durch die politische Lage Europas bedingt ist.

In diese Kategorie theoretischer Arbeiten gehört auch das Projekt des sogenannten süddeutschen Bundes. Nachdem die Nikolsburger Präliminarien den Satz aufstellen, daß die südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten sollen u. s. w., ist der Gedanke, ja der Wunsch gerechtfertigt, das gegenwärtige Provisorium auf diesem Wege in ein Definitivum umzuwandeln. Wenn Sie den Südbund näher betrachten, Sie mögen ihn nun süddeutschen Staatenverein oder wie immer nennen, wenn Sie darunter kein bloßes Scheingebilde, sondern einen lebensfähigen, staatsrechtlich konstruierten Organismus verstehen, so werden Sie zugeben, daß derselbe nicht zustande kommen kann, ohne daß die einzelnen Staaten, welche ihn bilden, auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte verzichten. Sowohl die gesetzgebende als die exekutive Gewalt der Einzelstaaten würde zugunsten der Kollektivgewalt des Bundes beschränkt werden müssen. Um nur ein Beispiel anzuführen, so würde die auswärtige Vertretung nicht etwa eine bayrische, württembergische oder badische sein, sondern eine Vertretung des süddeutschen Bundes werden müssen. Dies würde nun für Bayern, welches im süddeutschen Bunde schon durch die Zahl seiner Einwohner eine überwiegende Stellung einnimmt, kein Nachteil sein. Ob aber unsre Nachbarstaaten Lust hätten, die Beschränkung ihres Selbstbestimmungsrechts zugunsten

eines Südbundes sich gefallen zu lassen, das ist die Frage. Sie ist, was Württemberg betrifft, beantwortet, und zwar durch die Rede des württembergischen Staatsministers des Aeußern in der Sitzung der Kammer vom 19. Dezember 1868. Er sagt:

„Ich frage Sie, meine Herren, wollen Sie für Württemberg diese Dinge in die Hand eines Bundes geben, bei welchem Sie in verschwindender Minorität sind, wollen Sie sich von Bayern vorschreiben lassen, wie Ihre Eisenbahnen, wie Ihre Posten zu verwalten seien, wollen Sie sich in dieser Beziehung von Bayern Bestimmungen geben lassen; ist dies der Sinn des hohen Hauses? Ich werde es nie und nimmer glauben, und das ganze württembergische Volk würde gegen ein solches Experiment sich erheben, wenn es einmal die Folgen zu tragen hätte."

Wenn mir nun eingewendet wird, dies sei nur die Ansicht des württembergischen Ministers, so erinnere ich daran, daß Württemberg nicht eine von Freiherrn von Varnbüler regierte absolute Monarchie ist, sondern ein konstitutioneller Staat, in welchem Freiherr von Varnbüler damals die Majorität der Volksvertretung für sich hatte und in welchem er, soviel ich weiß, dieselbe noch immer für sich hat. Ich will auch die Aeußerung eines andern württembergischen Ministers anführen über denselben Gegenstand. Es ist die Rede des Ministers von Mittnacht. Er sagte:

„Ein Südbund, wie man ihn auf jener Seite einrichten würde, ein Südbund, in dem ein in sich uneiniges, von Parteiungen zerrissenes Parlament regieren wollte, wäre die wirksamste Propaganda für unser rasches Aufgehen im Nordbund, welches schwerlich abgewendet würde durch das geträumte Milizheer von einigen Millionen Streitern."

Das sind die maßgebenden Ansichten über den Südbund in Württemberg, und ich glaube nicht, daß ein Ministerwechsel in Württemberg eine Aenderung hervorrufen würde. Der Württemberger verzichtet ungern auf die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit seines Landes, vielleicht zugunsten einer deutschen Republik, möglicherweise zugunsten einer gesamtdeutschen Monarchie, nie und nimmer aber zugunsten eines aus Bayern, Württemberg und Baden bestehenden Südbunds, wie er von den Verteidigern desselben geträumt wird. Wenn aber schon in Württemberg dem Südbunde unüberwindliche Schwierigkeiten begegnen, so werden Sie zugeben, daß er in Baden der Unmöglichkeit entgegensieht.

Ich habe Ihnen nun dargelegt, welche Politik ich bisher befolgt habe und daß ich eine andre nicht befolgen konnte. Ich habe stets erklärt, daß die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht so gestaltet ist, daß Bayern dieselbe annehmen könnte. Ich habe diesen Grundsatz in allen meinen politischen Handlungen festgehalten. Allein, meine Herren, wenn ich

zugebe, daß die Pflege des nationalen Gedankens bis zu einem Grade ausgedehnt werden kann, welcher mit der Pflicht eines bayrischen Ministers nicht vereinbar wäre, so wollen Sie nicht vergessen, daß es auch eine Pflege der Selbständigkeit Bayerns gibt, die mit den Pflichten nicht vereinbar ist, welche die Tatsache uns auferlegt, daß Bayern einen Teil unsers großen deutschen Vaterlands bildet. Die Grenze ist hier genau bestimmt, erwarten Sie von mir nicht, daß ich sie jemals überschreite; ich werde mich mit den zentrifugalen Elementen, welche sich zurzeit in Süddeutschland geltend machen, nie verbinden.

Der Adreßentwurf gesteht zu, daß für Bayern eine andre Politik nicht möglich sei als diejenige, welche von der gegenwärtigen Staatsregierung befolgt worden ist. Die Adresse erklärt sich mit allen Grundsätzen einverstanden, welche die Thronrede proklamiert hat und welche wir auf Befehl Seiner Majestät des Königs seit drei Jahren durchführen. Dabei spricht aber der Entwurf aus, daß die Gesinnung des gegenwärtigen Ministers des Aeußern dem Lande kein Vertrauen einflöße. Ich glaube nicht, daß es irgend jemand gelingen würde, mir durch Tatsachen nachzuweisen, daß ich dieses persönliche Mißtrauen in meine Pflichttreue gegenüber der Dynastie, gegenüber dem Lande verdient habe. Wenn aber dieses Mißtrauen darin besteht, daß man von mir annimmt, ich sei unfähig, ein doppeltes Spiel zu spielen, ich sei unfähig, Jahre hindurch freundliche Gesinnungen gegen Norddeutschland zu heucheln und dieselben bei gelegener Zeit in feindliche umzuwandeln, dann hat dieses Mißtrauen allerdings Grund. Zu einer solchen Politik bin ich nicht fähig, aber ich kann dann verlangen, daß man auch klar, deutlich und ohne Umschweife sage, daß ich deshalb das Vertrauen der patriotischen Partei nicht besitze.

Auf verschiedene Bemerkungen „patriotischer" Redner bezüglich des Rundschreibens vom 9. April 1869 erwiderte Fürst Hohenlohe am 4. Februar:

. . . Ich bitte Sie, meine Tätigkeit bezüglich des Konzils lediglich vom Gesichtspunkte der einfachen Pflichterfüllung aufzufassen. Als ich im Jahre 1868 zuerst von der Zusammenberufung des Konzils Kenntnis erhielt, mußte es für mich Pflicht sein, die Stellung mir klarzumachen, welche die Regierung dem Konzil gegenüber einzunehmen habe. Ich habe deshalb die Geschichte zu Rate gezogen und habe gefunden, daß bei dem letzten, dem Tridentinischen Konzil, die Regierungen an der Beratung teilgenommen haben. Ich verweise Sie auf die Tätigkeit des bayrischen Gesandten Paumgartner, welcher bekanntlich einen lebhaften Anteil an den Beratungen des Konzils gehabt und insbesondere dadurch sich bekannt gemacht hat, daß er die Aufhebung des Zölibats in Antrag brachte. Daß von einer solchen Tätigkeit zu unsrer Zeit nicht mehr die Rede sein kann, ist selbstverständlich.

Allein es schien nach den Berichten, welche ich aus Rom erhielt, die Frage über die Teilnahme der Regierungen am Konzil noch keineswegs entschieden zu sein.

Die Berichte im Sommer 1868 ließen alle ersehen, daß Kardinal Antonelli damals noch im Zweifel war, ob eine Einladung an die Regierungen zur Teilnahme erfolgen solle. Wir mußten uns also darauf gefaßt machen, zu dem Konzil eingeladen zu werden. Das war also ein formeller Grund, weshalb die Regierung verpflichtet war, sich näher mit der Sache zu beschäftigen und sich mit den übrigen europäischen Regierungen ins Benehmen zu setzen, damit eine gleichmäßige Haltung gegenüber dem Konzil ermöglicht werde. Ein zweiter Grund, weshalb die Regierung ihre Aufmerksamkeit dem Konzil zuwenden mußte, war der Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen. Hier boten sich uns offiziöse Mitteilungen aus Rom dar, in welchen die Absichten, welche von einer sehr mächtigen Partei in Rom gehegt wurden, dargelegt waren. Es waren dies die „Civiltà cattolica" und die „Laacher Blätter". Was in jenen Zeitschriften über die Absichten enthalten war, welche dem Konzil zugeschrieben wurden, mußte die Regierung mit einiger Besorgnis erfüllen. Das war der Grund, weshalb ich mich an die andern Regierungen gewendet und auf die Gefahren aufmerksam gemacht habe, die aus solchen Beschlüssen hervorgehen könnten, und ich habe zugleich darauf angetragen, sich durch gemeinschaftliche Beratungen darüber klar zu werden, in welcher Weise man etwaigen Beschlüssen der Art, welche Staat und Kirche in Zwiespalt zu bringen geeignet wären, entgegenarbeiten könnte. Es lag darin durchaus keine feindliche Absicht gegenüber der Kirche. Um nun aber auf festem Boden zu stehen, wurden auch noch sowohl die theologischen als die juristischen Fakultäten zu Gutachten aufgefordert; diese sind durch die Presse veröffentlicht, und sie beweisen, daß die Befürchtungen der Staatsregierung nicht unbegründet waren. Der Herr Abgeordnete Westermayer hat gefragt, was denn in der Zwischenzeit geschehen ist, um die Tätigkeit der Regierung zu rechtfertigen. Ich will Sie nicht weiter mit Ausführungen ermüden, sondern lediglich bitten, wenn die Sitzung vorüber ist, die „Allgemeine Zeitung" von heute zu lesen, in der Sie das „Schema de ecclesia Christi" [1]) finden. Ich glaube, daß, wer dieses Schema, welches den Beratungen des Konzils unterstellt werden wird, aufmerksam durchliest, keinen Zweifel darüber haben wird, daß hier der Keim zu einem Konflikt zwischen Staat und Kirche gegeben sein dürfte.

---

[1]) Das von dem Jesuiten Perrone verfaßte „Schema de ecclesia" erneuerte die Ansprüche der Päpste auf Oberherrschaft über Fürsten und Völker. Friedrich, Das Vatikanische Konzil, Bd. III S. 542.

Auf die Begründung des Mißtrauensvotums durch den Referenten Jörg erwiderte der Fürst am 5. Februar:

... Der Herr Referent hat am Anfang der Adreßdebatte gesagt: Europa blicke auf diesen Saal. Es ist richtig, meine Herren, die Entscheidung, welche Sie hier treffen werden, wird von weittragender Bedeutung sein, nicht deshalb, weil die Ereignisse unsers Königreichs für die Welt von so großer Wichtigkeit wären, sondern deshalb, weil der Kampf, der hier seit einer Woche entbrannt ist, nur einen Teil des großen Kampfs bildet, der zurzeit die Welt bewegt. Es ist der Streit der beiden Anschauungen, deren eine im modernen Rechtsstaate und in der ganzen freiheitlichen Entwicklung der Gegenwart etwas zu Erhaltendes und zu Pflegendes erblickt und deren andre diesen modernen Staat und die ganze moderne Entwicklung perhorresziert und das Heil der Menschheit in einer Neugestaltung des Staats auf andern Grundlagen sucht, in einer Neugestaltung, welche durch die Kirche, und zwar durch eine im absolutistischen Sinne rekonstruierte Kirche, vervollständigt und getragen würde. In diesem Kampf eine Aenderung der Ueberzeugungen durch Worte herbeiführen zu wollen, wäre die vergeblichste aller Bemühungen. Meine Auffassung wird auch nicht beirrt durch die Versicherungen jener, welche sich frei wissen von Absichten, wie ich sie eben bezeichnete, auch nicht durch die glänzende Rede eines sehr geehrten Mitglieds, welches die Versöhnung des Liberalismus mit der Kirche zur Aufgabe seines Lebens macht, welches aber wohl demselben Schicksal entgegengehen wird, welches alle diejenigen getroffen hat, welche dieselben Bestrebungen hatten. Denn, meine Herren, ich kann mich des Gedankens nicht entschlagen, daß ein Teil der Gegner nur deshalb mit den Feinden des modernen Staats gemeinsame Sache macht, weil es diesen gelungen ist, für ihre Tendenzen jene erregte Stimmung zu benutzen, in welche die Gemüter durch die Ereignisse des Jahres 1866 gebracht worden sind. Diese Erregtheit beruht aber einesteils auf der Furcht, welche der gegenwärtige Zustand Deutschlands einflößt, nachdem das Band zerrissen ist, welches die deutschen Stämme bis zum Jahre 1866 zusammengehalten hat. Sie beruht ferner auf der Furcht vor den Bestrebungen derjenigen, welche den nationalen Gedanken zum endlichen Ausdruck zu führen suchen, ohne den gegebenen Tatsachen und den Gefühlen des Volks allseitig Rechnung zu tragen.

Ich habe mich seit drei Jahren redlich bemüht, Bayern aus diesem Zustande der Unsicherheit herauszuführen, ich habe mich bemüht, schon jetzt und gerade vor jener Zeit, wo eine Kündigung des Zollvereins stattfinden kann, zu vertragsmäßig geordneten Zuständen zurückzugelangen. Freilich haben einzelne Redner gemeint, daß überhaupt eine vertragsmäßige Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Norden vom Uebel sei.

Allein das kann ich nicht als die Ueberzeugung der ganzen Partei annehmen. Denn sonst würden Ihre Versicherungen in Ziffer IV des Adreßentwurfs nicht denjenigen Grad von Glaubwürdigkeit verdienen, welchen ich Ihnen, wie man es einem loyalen Gegner schuldig ist, gern zugestehe.

Sie sprechen aus, daß Sie eine nationale Verbindung der deutschen Stämme wollen und verlangen, und ich darf annehmen, daß Sie diesen Wunsch und diese Hoffnung nicht in eine nebelhafte Ferne und in eine Zeit verlegen wollen, in welcher durch ungeahnte und nicht zu erwartende Ereignisse nicht etwa bloß die Basis der Friedensverträge von 1866 beseitigt, sondern auch der ganze seit Jahrhunderten vollzogene Entwicklungsgang der deutschen Staaten in sein Gegenteil verkehrt sein würde. Wenn Sie aber, meine Herren, darauf nicht warten wollen, so gibt es nur einen Weg, diese nationale Verbindung zu erlangen, und das ist derjenige, welchen die bayrische Regierung versucht hat. Es ist der Weg, durch Verträge, also durch Akte der gleichberechtigten Staatssouveränität, eine verfassungsmäßige Gemeinschaft des Südens mit dem Norden herbeizuführen . . .

Ich muß es gegenüber den Aeußerungen des Herrn Referenten nochmals betonen, ich habe niemals, auch nicht im August 1866,[1]) mich für den Eintritt in den Norddeutschen Bund ausgesprochen. Der Norddeutsche Bund war damals noch nicht abgeschlossen, und der Herr Referent würde im Verfolg meiner Aeußerungen von damals gefunden haben, daß ich eben deshalb für die Annäherung an den Norden Deutschlands gesprochen habe, weil es damals noch nicht unmöglich gewesen wäre, Bedingungen zu erlangen, mit welchen die Selbständigkeit Bayerns vereinbar gewesen wäre. Sie werden vielleicht eine solche Voraussetzung naiv finden, ich bitte Sie aber, nicht zu vergessen, daß ich noch nicht Minister war und als Privatmann nicht die volle Kenntnis aller tatsächlichen Verhältnisse besitzen konnte. Ich halte auch den Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht bloß für eine Frage der Zeit, wie mir der Herr Abgeordnete Pfahler imputieren wollte. Ich habe die Gründe — und es sind nicht bloß Geldgründe, wie derselbe Herr Redner meinte, weshalb ich die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht für die geeignete Form einer nationalen Vereinigung für uns Süddeutsche ansehen kann — so oft und so verständlich auseinandergesetzt, daß es wohl genügen dürfte. Aber meine Herren, das ist doch vollkommen unmöglich, überhaupt eine nationale Verbindung zu schaffen, wenn gar keine Rechte, gar keine Gegenstände, gar keine Legislative, überhaupt gar nichts, was bisher der einzelne Staat für sich besorgte, künftig gemeinsam besorgt werden soll; und ich erachte die Selbständigkeit Bayerns dadurch allerdings nicht für gefährdet, wenn es gewisse Angelegenheiten

---

[1]) Siehe Seite 171.

einer gemeinsamen Behandlung unterstellt, bei welcher Behandlung aber allerdings — und das ist das Unterscheidende — Bayern ebenso viele Rechte hat und eine ebenso entscheidende Stimme führt wie jeder andre Staat. Ich bin nun mit dem Herrn Referenten einverstanden, daß wir die Beaufsichtigung über diese Angelegenheiten und die Gesetzgebung innerhalb derselben nicht einer Bundesbehörde übertragen sollen, wie sie an der Spitze des Norddeutschen Bundes steht und in welcher Bayern keine andern Befugnisse hätte, als daß ihm im Bundesrate nur etwa sechs oder acht Stimmen zuständen, und wo dann im Reichstage die Minorität von fünfzig bayrischen Abgeordneten in der großen Masse der norddeutschen verloren ginge. Ich habe auch in meiner Rede vom 8. Oktober 1867 nicht gesagt, wie der Herr Referent meint, daß ich bestrebt sei, diese Rechte und Befugnisse an das norddeutsche Parlament zu übertragen; auch ich halte die Organisation des Norddeutschen Bundes und die dadurch bedingte Behandlungsart der Bundesangelegenheiten nicht für geeignet, die damals als gemeinsam projektierten Angelegenheiten ihr zu unterstellen. Ich habe getrachtet, in jenen Verhandlungen eine vertragsmäßige Gemeinsamkeit aller der Angelegenheiten zu erzielen, bei welcher die einzelnen süddeutschen Staaten als gleichberechtigte Faktoren in Behandlung dieser Angelegenheiten anerkannt worden wären. Das ist es, was meine Verhandlungen im Auge hatten, welche ich mit den süddeutschen Staaten — denn mit dem Norddeutschen Bunde haben gar keine Verhandlungen stattgefunden — bezüglich eines weiteren Bundes zwischen Süddeutschland und Norddeutschland geführt habe. Und deshalb bezeichnet meine damalige Rede die anzustrebende Verbindung ausdrücklich als einen Staatenbund. Sie wissen, woran jene Verhandlungen gescheitert sind. Der Versuch der Gründung eines süddeutschen Staatenvereins, unter dessen Voraussetzung die Bestimmungen der Nikolsburger Präliminarien hinsichtlich einer nationalen Verbindung mit dem Norden Deutschlands allein zur Ausführung zu bringen wären, ist bisher nicht gelungen. Es gibt politische Situationen, in welchen der Wille des einzelnen Menschen, ja der Wille eines Staats sich als unzulänglich erweist. Die Schwierigkeiten, welche sich einer befriedigenden Neugestaltung Deutschlands entgegenstellen, sind durch den Gang, welchen die Erneuerung des Zollvereins genommen hat, in gewisser Beziehung vermehrt worden. Ich habe es damals versucht, die Rekonstruktion des Zollvereins auf andern, mehr föderativen Grundlagen zu erwirken. Allein meine Vorschläge sind in Berlin vereinzelt geblieben, und wenn wir den Zollverein nicht aufgeben wollten, mußten wir der neuen Form zustimmen. Damals stand der Weg offen, auszuscheiden aus der deutschen Gemeinschaft und eine isolierte Stellung sowohl in wirtschaftlicher als politischer Beziehung einzunehmen, es stand der Weg offen, uns auf uns selbst zurückzuziehen.

Ich hätte einer solchen Politik nicht zustimmen können, ich war bereit, im Sommer 1867, als ich von Berlin zurückkam und bevor der Zollvertrag abgeschlossen war, mein Amt niederzulegen. Ich habe die Entscheidung Seiner Majestät dem König und dem Lande überlassen. Seine Majestät der König und das Land haben sich für Erhaltung des Zollvereins auf der von Preußen vorgeschlagenen Grundlage entschieden ausgesprochen. Damit war die Gestaltung Deutschlands in föderativer Richtung wesentlich erschwert; daß auch der Gedanke des Südbundes dadurch nicht gefördert wurde, werden Sie begreifen.

Ich konstatiere bei dieser Gelegenheit mit Vergnügen, daß auch der Herr Referent seine Ansicht dahin ausgesprochen hat, es hätte auch kein andrer als ich den Südbund zustande gebracht. Wenn der Herr Abgeordnete Greil aber verstanden hat, ich halte den Südbund nicht für ratsam, weil dadurch die Selbständigkeit der einzelnen Staaten gefährdet werde, so hat der Herr Abgeordnete mich falsch verstanden. Ich habe nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Konstruierung des Südbunds deshalb entgegenstanden, weil derselbe nur dann zustande kommen könne, wenn jeder der süddeutschen Staaten auf einen Teil seiner Selbständigkeit, auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechts verzichtet. Ich fügte bei, Bayern könne dieses Opfer bringen, da wir die stärkste Macht innerhalb des Südbunds sein und die gebrachten Opfer durch die Stellung wieder ausgeglichen würden, welche Bayern im Südbunde einzunehmen hätte. Ich fügte dann bei, daß Württemberg und Baden auf einen solchen Verzicht einzugehen, wenig Grund hätten.

Der Herr Abgeordnete Greil will aber weder den Bundesstaat noch den Staatenbund, ja nicht einmal ein „Anlehnen an den Palast des Norddeutschen Bundes". Damit ist aber auch der von mir angestrebte weitere Bund verurteilt und die Politik des Abwartens als die eigentlich bayrische Politik proklamiert. Es ist möglich, daß wir vorderhand dazu gezwungen sein werden; allein, meine Herren, es gibt für uns zwei Arten des Abwartens. Die eine besteht darin, daß wir die gegebenen Verhältnisse offen und rückhaltlos akzeptieren und sie nicht als solche ansehen, die wieder zu zerstören wären, daß wir aufmerksam beobachten, ob und wann der Augenblick gekommen sein wird, in welchem an der großen nationalen Aufgabe mitgewirkt werden kann unter Wahrung der Rechte und Interessen unsers engeren Vaterlands, und es gibt eine andre Art des Abwartens, die darin besteht, mit Ungeduld nach dem Augenblick zu spähen, wo man das Geschehene ungeschehen, wo man die Ereignisse rückläufig machen und Revanche für das Erduldete nehmen könne. Daß, meine Herren, ich mit letzterer Art des Abwartens nicht einverstanden bin, das werden Sie begreifen, ich würde dadurch mit meiner ganzen politischen Vergangenheit in Widerspruch geraten...

Ich kann nicht schließen, ohne noch einem Vorwurfe zu begegnen, der mir von seite des Herrn Referenten gemacht worden ist, es ist meine vielbesprochene Rede im Zollparlament.[1]) Ich glaube, der Herr Referent hat nicht die ganze Rede vorgelesen, ich glaube der Schluß wurde vergessen. Der letzte Satz beginnt: „Das Vertrauen dieser hohen Versammlung wird mir die Kraft geben, auszuharren" — dieser Anfang des Satzes wurde von dem Herrn Referenten noch gelesen, aber der Schluß nicht, welcher lautet: „in dem Bestreben, für Verständigung, Versöhnung und Eintracht der deutschen Stämme mit allen Kräften zu wirken".

Meine Herren! Ich habe diese Erklärung nicht abgegeben in einer Versammlung eines fremden Landes, ich habe sie abgegeben in einer Versammlung, welche auf Grund des Vertrags vom 7. Juli 1867 in Berlin tagte, ich habe sie abgegeben in einer *deutschen* Versammlung. Ich habe nicht im Sinne der nationalliberalen Partei gesprochen, sondern ich habe meine Tätigkeit dahin bezeichnet, daß ich für Versöhnung, Eintracht und Verständigung der deutschen Stämme fortarbeiten werde, und insofern konnte ich mich auf meine Tätigkeit als bayrischer Minister des Aeußern beziehen. Wahrlich, meine Herren, es wäre weit gekommen, wenn man von Versöhnung und Eintracht deutscher Stämme nicht mehr reden könnte, ohne sich die Vorwürfe eines Teils seiner deutschen Mitbürger zuzuziehen. Ich bin überzeugt, daß ein andrer Minister nicht anders gesprochen hätte. Aber wie etwa ein Minister hätte sprechen müssen, der nach dem Sinne des Herrn Referenten gewesen wäre, das will ich Ihnen sagen; er hätte sprechen oder wenigstens denken müssen: „Dank meinen Bemühungen, dank den Bemühungen der Presse meiner Partei ist es nicht möglich, von Versöhnung, Verständigung und Eintracht der deutschen Stämme in diesem Saale zu reden." Daß ich, meine Herren, so nicht sprechen konnte und so nicht gesprochen habe, darauf bin ich stolz.

Schreiben des Königs Ludwig an den Fürsten vom 6. Februar 1870.

Mit großem Interesse habe ich soeben die meisterhafte, in der Tat unwiderlegliche Rede, welche Sie gestern in der Zweiten Kammer gehalten haben, gelesen, und es drängt mich, noch ganz unter dem Eindruck derselben, Ihnen meine Freude und meine vollste Anerkennung hierüber aus ganzem Herzen auszusprechen.

Möge es Ihren bestimmten und beredten Worten gelingen, die letzten Nebel des leider immer noch nicht gänzlich verscheuchten Mißtrauens zu bannen.

---

[1]) Siehe Seite 369.

Mögen Sie ausharren in Ihrem ehrenvollen Amte, getragen von dem Bewußtsein meines unerschütterten Vertrauens und mich nicht durch Ihr Ausscheiden in die Gefahren eines etwaigen Systemwechsels mit seinen unausbleiblich unheilbringenden Folgen stürzen. Indem ich Ihnen und der Fürstin meine freundlichsten Grüße sende, bleibe ich mit bekannten Gesinnungen

Ihr sehr geneigter König

Ludwig.

Der das Mißtrauensvotum enthaltende Satz der Adresse wurde am 10. Februar mit 77 gegen 62 Stimmen angenommen.

Fürst Hohenlohe an den Prinzen Otto von Bayern.

München, 12. Februar 1870.

Durchlauchtigster Prinz!
Gnädigster Herr!

Eure Königliche Hoheit wollen mir gnädigst gestatten, in nachstehendem eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, in welcher nur Eure Königliche Hoheit die nötige Aufklärung geben können.

In einer Nummer der „Donauzeitung" vom 9. d. M. finde ich folgende Stelle: „Die ‚Kölnische Volkszeitung' berichtet: Man erzählt sich vom Prinzen Otto, derselbe sei mit dem Vorsatze in die Kammer gekommen, seine Stimme gegen die Adresse abzugeben; allein vor Beginn der Sitzung habe ein andrer Prinz des königlichen Hauses ihn in einem Nebenzimmer von Aktenstücken Einsicht nehmen lassen, die beweisen sollen, daß Ministerpräsident von Hohenlohe sich dem Grafen Bismarck gegenüber zu Dingen engagiert habe, die der Selbständigkeit Bayerns Gefahr bringen müßten."

Eure Königliche Hoheit werden mit mir einverstanden sein, daß dieser Artikel die schwerste Anschuldigung enthält, die gegen einen bayrischen Minister erhoben werden kann, und daß ich verpflichtet bin, solchen Gerüchten entgegenzutreten. Ich erlaube mir daher, Eure Königliche Hoheit ehrfurchtsvoll zu bitten, mir gnädigst sagen zu wollen, ob irgendein Vorkommnis Veranlassung zu obigem Gerüchte geben konnte oder ob die ganze Sache eine gewöhnliche Erfindung ist.

Prinz Otto von Bayern an den Fürsten Hohenlohe.

Eure Durchlaucht!

In Beantwortung Ihrer Zeilen vom 12. d. freue ich mich, Eurer Durchlaucht versichern zu können, daß jener Artikel nur lügenhafte Angaben enthält, und ermächtige Eure Durchlaucht, von dieser meiner Aus-

sage im Falle einer Dementierung obigen falschen Gerüchtes Gebrauch zu machen.

Zugleich füge ich den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochschätzung bei und verbleibe

Eurer Durchlaucht

freundlich geneigter

Otto.

München, 13. Februar 1870.

Journal.

Ministerrat am 13. Februar 1870.

Zur Besprechung der Lage traten heute um 11 Uhr die Minister zusammen. Ich eröffnete die Sitzung mit dem Bemerken, daß wohl alle Herren mit mir einverstanden sein würden, daß ich nicht bleiben könne. Ich hätte indessen nicht vorgehen wollen, ohne die Kollegen davon in Kenntnis zu setzen.

Pfretzschner war damit einverstanden und hob in seinem Votum hervor, daß die Kammer der Abgeordneten den übrigen Ministern kein Mißtrauensvotum gegeben habe.

Schlör begann damit, zu sagen, er würde an meiner Stelle nicht einen Tag länger in diesem Ministerium bleiben. Was die übrigen Minister betreffe, so habe er sich die Sache reiflich überlegt. Ein Entlassungsgesuch ihrerseits sollten sie nicht einreichen, das sei ein abgenutztes Mittel. Dagegen schlage er vor, daß die übrigen Minister gleichzeitig mit meinem Entlassungsgesuch ein Memorandum an den König einreichen sollten, in welchem sie ihre Anschauung von der Lage der Dinge darstellen müßten.

Pranckh hielt diesen Weg nicht für korrekt. Die Stellung der übrigen Minister werde nach meinem Rücktritt unhaltbar. Alle müßten zugleich ihre Entlassung einreichen und abwarten, ob bei einer Neubildung einer oder der andre wieder eintreten könne. Er begründete seine Ansicht durch Hinweis auf die Haltung der Kammer der Reichsräte.

Lutz sagt: Was die Entschließungen des Fürsten Hohenlohe betrifft, so muß ich sie ihm allein überlassen. Will der Fürst bleiben, so bleibe ich mit ihm. Eine Entlassung einzureichen und dann wieder zu bleiben, sei eine Komödie.

Nach längerem Hin- und Herreden fand wieder ein Umschwung der Meinung statt, und es wurde anerkannt, daß man doch nicht wohl ohne mich bleiben könne.

Schließlich wurde beschlossen, sich die Sache allseitig noch einmal zu überlegen. Ich erklärte übrigens, daß ich nicht bleiben könne. Ich sei in einer andern Lage, mit zwei Mißtrauensvoten könne kein Minister bleiben u. s. w.

Fürst Hohenlohe an sämtliche Minister mit Ausnahme des Kriegsministers.

München, 14. Februar 1870.

Eurer Exzellenz

beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß ich nach Rücksprache mit Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister und nachdem derselbe die Bedenken, welche er im gestrigen Ministerrate gegen mein einseitiges Vorgehen erhoben hatte, fallen gelassen hat, mich entschlossen habe, noch heute mein Entlassungsgesuch Seiner Majestät zu überreichen. Ich habe mich zu diesem Schritte auch aus dem Grunde veranlaßt gesehen, daß ich heute Abend von Seiner Majestät empfangen werde und es mir notwendig erschien, daß Seine Majestät vorher schon die Motive in Händen habe, welche mich zu der fraglichen Bitte zwingen.

An König Ludwig.

Die Hoffnung, welche Eure Königliche Majestät in Allerhöchstderen Handschreiben vom 6. d. M. an mich auszusprechen geruhten, daß es gelingen möchte, das Mißtrauen zu beseitigen, welches gegen mich besteht, ist leider unerfüllt geblieben. Die Partei, welche nach dem Ausfalle der Wahlen die Mehrheit in der Kammer der Abgeordneten bildet, ist trotz aller Mühe nicht zu überzeugen gewesen, daß ihr Mißtrauen unbegründet ist. Die gesetzlichen Vertreter des Landes haben sich in ihrer Mehrheit gegen mich ausgesprochen, und so stehe ich zwei Beschlüssen der beiden Kammern des Landtags gegenüber, welche die entschiedene Absicht bekunden, meine fernere Tätigkeit im Ministerium unmöglich zu machen. Dieses Mißtrauen mag auf vorgefaßten irrigen Meinungen oder auf Einwirkung von außen beruhen, Tatsache ist, daß beide Körperschaften, mit welchen die Regierung das Wohl des Landes zu beraten hat, eine feindselige Stellung gegen mich genommen haben. Ich bin Eurer Königlichen Majestät für die Festigkeit, mit welcher Allerhöchstdieselben mich bisher zu unterstützen die Gnade hatten, aus tiefstem Herzen dankbar. Aber eben diese Dankbarkeit und die treue Anhänglichkeit an Eure Majestät legten mir die Pflicht auf, mit mir zu Rate zu gehen, ob ich einen weiteren Anspruch auf die Unterstützung Eurer Königlichen Majestät erheben darf, ohne Eure Königliche Majestät den ernstesten Gefahren preiszugeben. Nie, solange die bayrische Verfassung besteht, haben sich die Monarchen Bayerns vom konstitutionellen Wege entfernt. Selbst nach den stürmischen Ereignissen des Jahres 1848, wo zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in fast allen Staaten Europas Oktroyierungen oder Staatsstreiche stattfanden, hat sich Bayern nicht auf diesen Weg drängen lassen. In dieser Tatsache wurzelt neben der angeborenen Anhänglichkeit das tiefe

Vertrauen, welches das bayrische Volk in seine Dynastie setzt. Ich kann Eurer Königlichen Majestät nicht raten, einen andern Weg einzuschlagen, welcher das Vertrauen des Volks in Eure Königliche Majestät vermindern und Allerhöchstdieselben, wenn auch nicht mit Notwendigkeit, doch möglicherweise zu gewaltsamen Schritten führen könnte.

Eure Königliche Majestät würden damit einer um so größeren Gefahr entgegengehen, als sich in nicht zu ferner Zeit gewaltsame Umwälzungen in Frankreich und vielleicht auch in andern europäischen Staaten voraussehen lassen. Träfe eine solche Zeit mit einer Beunruhigung des Königreichs zusammen, welche in dem Umstand Nahrung fände, daß den konstitutionellen Rechten zuwidergehandelt worden ist, so würde die Bewegung sich nicht mehr gegen das Ministerium, sondern gegen die Allerhöchste Person Eurer Königlichen Majestät selbst richten. Einer solchen Eventualität dürfen Eure Königliche Majestät nicht ausgesetzt werden. Ich erlaube mir den ehrfurchtsvollen Rat, Eure Majestät wollen sich in den konstitutionellen Formen eine stets bereite Handhabe erhalten, um die Beruhigung des Landes nach der einen oder der andern Richtung herbeizuführen. In dieser Erwägung und lediglich im allerhöchsten Interesse Eurer Königlichen Majestät wage ich daher die alleruntertänigste Bitte, mich von dem mir allergnädigst übertragenen Amte entheben zu wollen. Ich bin bereit, die Geschäfte des Ministeriums fortzuführen bis es Eurer Königlichen Majestät gelungen sein wird, den Eurer Königlichen Majestät geeignet erscheinenden Nachfolger zu finden.

Journal.

München, 14. Februar 1870.

Um 3 Uhr schickte ich mein Entlassungsgesuch an den König. Um ½ 7 Uhr ging ich in die Residenz. Der König empfing mich sehr liebenswürdig, bedauerte die Lage der Dinge und daß es soweit gekommen sei, schien aber wohl einzusehen, daß ich nicht anders habe handeln können. Er war über die Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten sehr wohl unterrichtet, zitierte Stellen aus meiner Rede und sprach seine Entrüstung über die „Patrioten" aus. Er meinte, es sei eine Schwäche, nachzugeben, und bestritt meine Auffassung. Ich suchte ihm zu beweisen, daß ich nur in seinem Interesse handle, indem ich ihn nicht in eine Lage versetzte, entweder nachzugeben oder zu einem Staatsstreich zu kommen. Ich sagte, daß er vollkommen in seinem Recht gewesen sei, der Kammer der Reichsräte sein Mißfallen zu erkennen zu geben, daß aber der Beschluß der gewählten Vertreter des Landes eine andre Bedeutung habe und das Verbleiben eines Ministers, dem die Kammer so feindlich gegenüberstehe, zu übeln Folgen führen könne. Er protestierte dagegen, daß er unkon=

stitutionell verfahren wolle, kam aber immer wieder darauf zurück, daß in meiner Entlassung eine Schwäche und ein Nachgeben liege. Er fragte mich, wen er denn nehmen solle, und ich nannte ihm Bray. Ultramontane Minister und insbesondere Thüngen will er um keinen Preis. Es wurde dann noch viel hin und her geredet über Konstitutionalismus, absolute Monarchie u. s. w. Schließlich fragte er mich, ob ich nicht die Geschäfte vorläufig noch fortführen wolle, was ich bejahte. Beim Nachhausegehen begegnete ich Hörmann, der mir bestätigte, daß ich vollkommen recht getan habe und daß vorläufig an eine Versöhnung zwischen mir und der Patriotenpartei nicht zu denken sei.

München, 17. Februar 1870.

Werthern teilte mir im Auftrage des Grafen Bismarck folgendes mit:

Bis auf die neueste Zeit habe es ihm zweckmäßig geschienen, daß ich abginge. Ich würde, habe er gemeint, mich nur in kleinen Streitigkeiten aufreiben und sei dann nicht mehr fähig, bei großen Aktionen mitzuwirken.

Seitdem sich aber der König mit solcher Entschiedenheit in den Vordergrund gestellt habe, bedürfe es nicht mehr des Experiments, welches mein Rücktritt zur Folge habe, um den König zu überzeugen, daß er mit der ultramontanen Partei nicht regieren könne. Diese Ueberzeugung habe der König. Wenn Werthern sage, er wisse nicht, wie weit und in welchen Schritten mich der König unterstützen werde, so liege dies doch nur in meiner Hand. Der Kampfplatz sei geöffnet, ich brauche daher nur anzufangen. Als Mittel des Kampfes bezeichnet Bismarck die Auflösung der Kammer der Abgeordneten und einen Pairsschub.

Ferner teilt mir Werthern ein langes Exposé über das Hospiz dell'Anima in Rom mit. Nach einem Breve von 1859, welches infolge einer Enquete erlassen wurde, blieb Oesterreich im Besitz des Protektorats jener Anstalt. Preußen findet dies „nach Königgrätz und Prag" ganz unzulässig und will dieses Protektorat Oesterreich streitig machen. Er fragt, ob ich von der Sache Kenntnis habe, wie ich es ansehe, und ob Bayern geneigt sei, sich den Schritten anzuschließen, die Preußen im allgemeinen deutschen Interesse zu tun beabsichtige. Ich erwiderte, daß mir die Verhältnisse der Anima nicht unbekannt seien, daß ich aber die Sache für ernst hielte, da gleichzeitig Oesterreich und der Jesuitenorden verletzt würden, und daß ich erst Tauffkirchen zum Bericht auffordern müsse u. s. w., ehe ich mich weiter erkläre.

Aus einem Briefe Döllingers an den Fürsten.

München, 21. Februar 1870.

Die Lage wird immer ernster und drohender. Eben kündigt die „Donauzeitung" an, daß neben Ketteler und Melchers auch unser Herr Erz-

bischof zu den Infallibilisten übertreten wolle. Sehr möglich, da er unter dem Einflusse seines Sekretärs Kagerer steht, dessen Gesinnung allgemein bekannt ist.

Das Rettungsmittel wäre ein gemeinschaftliches Vorgehen der Mächte, Frankreichs vor allem, Oesterreichs, Bayerns. Aber dazu, fürchte ich, ist keine Aussicht.

Angesichts des Schema de ecclesia erscheint jedenfalls die von Eurer Durchlaucht im Sommer ergriffene Initiative vollständigst gerechtfertigt.

Ich selber hätte noch vor einigen Monaten so etwas nicht für möglich gehalten.

König Ludwig an den Fürsten Hohenlohe.

München, 7. März 1870.

Mein lieber Fürst!

Sie haben wiederholt an mich die Bitte um Enthebung als Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußern gebracht. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse habe ich in Würdigung der von Ihnen vorgebrachten persönlichen Motive diesem Ihrem Gesuche heute Folge gegeben. Indem ich Ihnen dies eröffne, fühle ich mich gedrungen, Ihnen für die opferwillige Hingebung und bewährte Treue, wodurch Ihre Amtsführung ausgezeichnet war, mit vollstem Herzen meine Anerkennung auszusprechen. Dieser Anerkennung tatsächlichen Ausdruck zu verleihen, habe ich Sie, mein lieber Fürst, in die Zahl der Kapitulare meines Ritterordens vom heiligen Hubertus aufgenommen. Indem ich Ihnen die erneute Versicherung meines freundlichen Wohlwollens erteile, verbleibe ich fortan

Ihr sehr gewogener König

Ludwig.

Ende des ersten Bandes.

